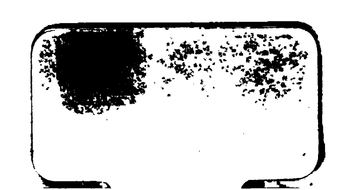
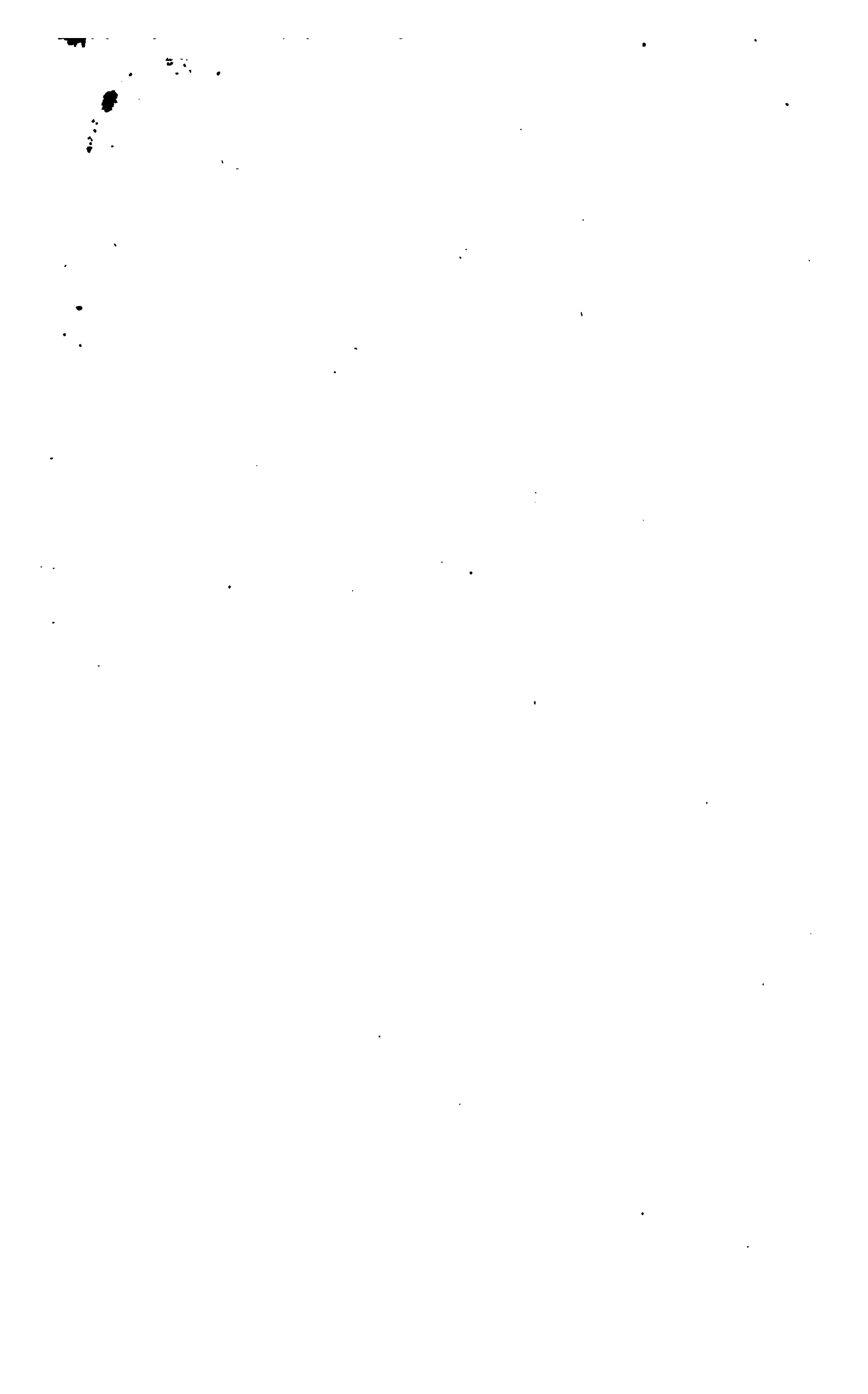
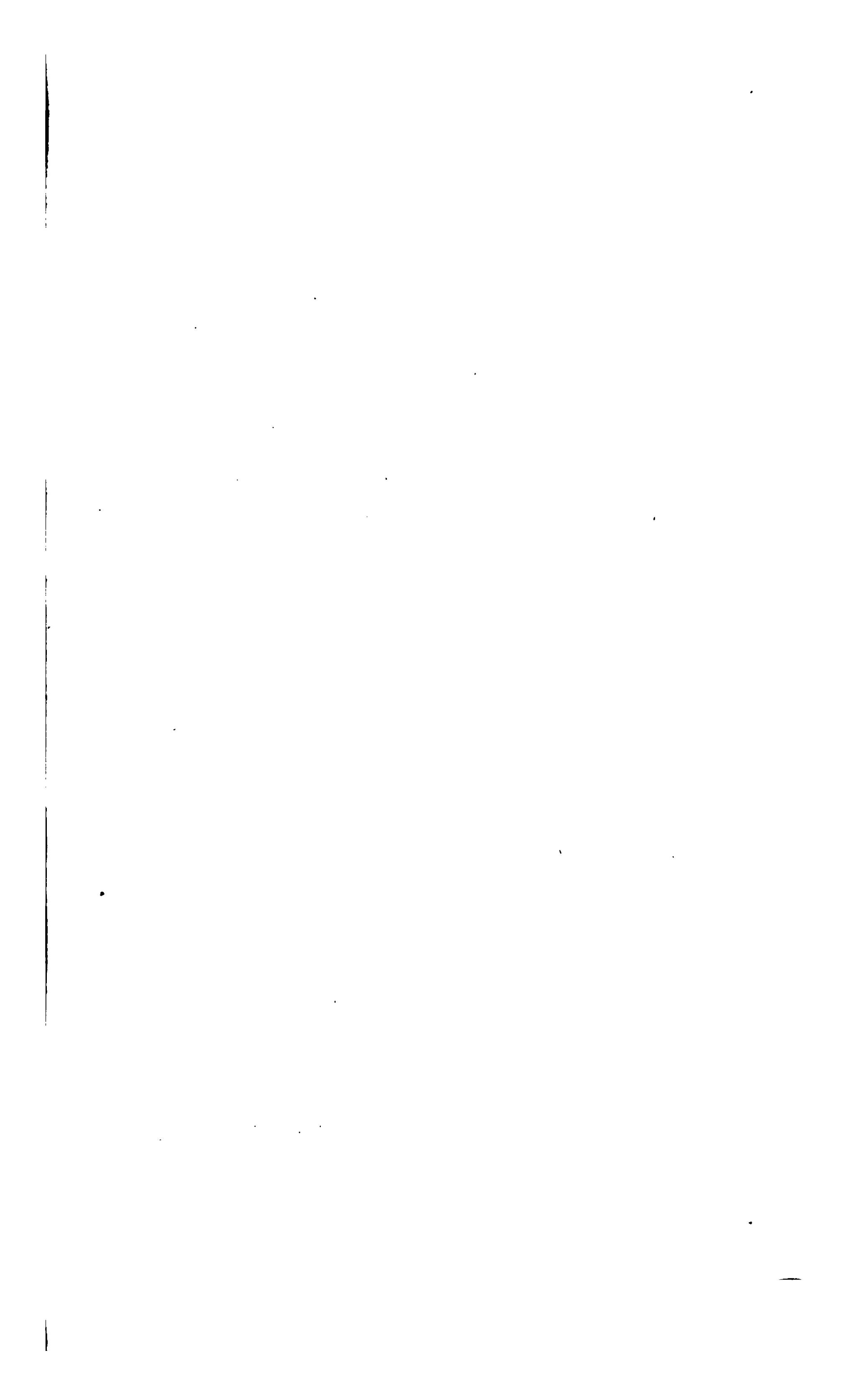






XLIII. Lief., 1. Abth.



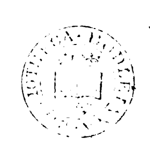
Geschichte
der
europäischen Staaten.

Herausgegeben
von
A. H. L. Heeren, F. A. Ukert
und
W. v. Giesebrecht.

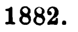
Neuere
Geschichte des preußischen Staates
von
E. Reimann.

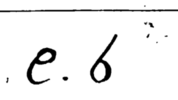
Erster Band.





Gotha.
Friedrich Andreas Perthes.
1882.





10 ...

Dreiundvierzigste Lieferung.

(1. Abtheilung.)

Geschichte der europäischen Staaten.

Enthaltend:

Reimann, Neuere Geschichte des preußischen Staates.

1. Band.

Die erste Lieferung (3 Bände, Preis ℳ 15) enthält:

Pfister, Geschichte der Teutschen. 1. Theil.

Leo, Geschichte der italienischen Staaten. 1. u. 2. Theil.

Die zweite — (2 Bände, Preis ℳ 13) enthält:

Pfister, Geschichte der Teutschen. 2. Theil.

Leo, Geschichte der italienischen Staaten. 3. Theil.

Die dritte — (2 Bände, Preis ℳ 13) enthält:

Leo, Geschichte der italienischen Staaten. 4. Theil.

Stenzel, Geschichte des preußischen Staates. 1. Theil.

Die vierte — (2 Bände, Preis ℳ 9. 50) enthält:

Böttiger, Geschichte von Sachsen. 1. Theil. 2. Aufl. v. Flathe

Lembke, Geschichte von Spanien. 1. Theil.

Die fünfte — (2 Bände, Preis ℳ 13. 50) enthält:

Leo, Geschichte der italienischen Staaten. 5. (letzter) Theil.

Pfister, Geschichte der Teutschen. 3. Theil.

Die sechste — (2 Bände, Preis ℳ 21) enthält:

Böttiger, Geschichte von Sachsen. 2. Theil. 2. Aufl. v. Flathe.

Wenzelburger, Geschichte der Niederlande. 1. Theil.

Die siebente — (2 Bände, Preis ℳ 9) enthält:

Strahl, Geschichte von Rußland. 1. Theil.

Geijer, Geschichte Schwedens. 1. Theil.

Die achte — (2 Bände, Preis ℳ 14) enthält:
van Kampen, Geschichte der Niederlande. 2. (letzter) Theil.
Pfister, Geschichte der Teutschen. 4. Theil.

Die neunte — (2 Bände, Preis ℳ 11. 50) enthält:
Lappenberg, Geschichte Englands. 1. Theil.
Geijer, Geschichte Schwedens. 2. Theil.

Die zehnte — (2 Bände, Preis ℳ 13) enthält:
Pfister, Geschichte der Teutschen. 5. (letzter) Theil.
Mailath, Geschichte d. österr. Kaiserstaats. 1. Theil.

Die elfte — (2 Bände, Preis ℳ 14) enthält:
Schäfer, Geschichte Portugals. 1. Theil.
Schmidt, Geschichte Frankreichs. 1. Theil.

Die zwölfte — (2 Bände, Preis ℳ 9. 50) enthält:
Geijer, Geschichte Schwedens. 3. Theil.
Mailath, Geschichte d. österr. Kaiserstaats. 2. Theil.

Die dreizehnte — (2 Bände, Preis ℳ 9. 50) enthält:
Lappenberg, Geschichte Englands. 2. Theil.
Stenzel, Geschichte des preußischen Staates. 2. Theil.

Die vierzehnte — (2 Bände, Preis ℳ 10. 50) enthält:
Schäfer, Geschichte Portugals. 2. Theil.
Strahl, Geschichte von Rußland. 2. Theil.

Die funfzehnte — (2 Bände, Preis ℳ 11. 50) enthält:
Dahlmann, Geschichte von Dänemark. 1. Theil.
Schmidt, Geschichte Frankreichs. 2. Theil.

Die sechszehnte — (2 Bände, Preis ℳ 15) enthält:
Wachsmuth, Geschichte Frankreichs. 1. Theil.
Zinkeisen, Geschichte des osmanischen Reiches. 1. Theil.

Die siebzehnte — (2 Bände, Preis ℳ 12) enthält:
Stenzel, Geschichte des preußischen Staates. 3. Theil.
Roepell, Geschichte Polens. 1. Theil.

Die achtzehnte — (2 Bände, Preis ℳ 12. 50) enthält:
Wachsmuth, Geschichte Frankreichs. 2. Theil.
Dahlmann, Geschichte von Dänemark. 2. Theil.

Die neunzehnte — (2 Bände, Preis ℳ 11. 50) enthält:
Bülau, Geschichte Deutschlands von 1806—1830.
Mailath, Geschichte d. österr. Kaiserstaats. 3. Theil.

Die zwanzigste — (2 Bände, Preis ℳ 12) enthält:
Wachsmuth, Geschichte Frankreichs. 3. Theil.
Dahlmann, Geschichte von Dänemark. 3. Theil.

Die einundzwanzigste — (2 Bde., Preis ℳ 15) enthält:
Wachsmuth, Geschichte Frankreichs. 4. (letzter) Theil und Register.
Schäfer, Geschichte Spaniens. 2. Theil.

Die zweiundzwanzigste — (2 Bde., ℳ 14. 40) enthält:
Schmidt, Geschichte Frankreichs. 3. Theil.
Herrmann, Geschichte Rußlands. 3. Theil.

Die dreiundzwanzigste — (2 Bde., ℳ 16. 40) enthält:
Mailath, Geschichte d. österr. Kaiserstaats. 4. Theil.
Schmidt, Geschichte Frankreichs. 4. (letzter) Theil u. Register.

Die vierundzwanzigste — (2 Bde., ℳ 13. 20) enthält:
Herrmann, Geschichte Rußlands. 4. Theil.
Schäfer, Geschichte Portugals. 3. Theil.

Die fünfundzwanzigste — (2 Bde., ℳ 9. 20) enthält:
Stenzel, Geschichte des preußischen Staates. 4. Theil.
Mailath, Geschichte d. österr. Kaiserstaats. 5. (letzter) Thei und Register.

Die sechsundzwanzigste — (2 Bde., ℳ 14) enthält:
Herrmann, Geschichte Rußlands. 5. Theil.
Schäfer, Geschichte Portugals. 4. Theil.

Die siebenundzwanzigste — (2 Bde., ℳ 18. 80) enthält:
Pauli, Geschichte Englands. 3. Theil.
Zinkeisen, Geschichte der Osmanen. 2. Theil.

Die achtundzwanzigste — (2 Bde., ℳ 11. 60) enthält:
Stenzel, Geschichte des preußischen Staates. 5. Theil und Register.
Schäfer, Geschichte Portugals. 5. (letzter) Theil u. Register.

Die neunundzwanzigste — (2 Bde., ℳ 14. 80) enthält:
Carlson, Geschichte Schwedens. 4. Theil.
Pauli, Geschichte Englands. 4. Theil.

Die dreißigste — (2 Bde., ℳ 18. 80) enthält:
Zinkeisen, Geschichte des osman. Reiches. 3. u. 4. Theil.

Die einunddreißigste — (2 Bde., ℳ 16. 80) enthält:
Zinkeisen, Geschichte des osmanischen Reiches. 5. Theil.
Pauli, Geschichte von England. 5. Theil.

Die zweiunddreißigste — (2 Bde., ℳ 15) enthält:
Zinkeisen, Geschichte des osmanischen Reiches. 6. Theil.
Herrmann, Geschichte Rußlands. 6. Theil.

Die dreiunddreißigste — (2 Bde., M 13. 20) enthält:

Schäfer, Geschichte von Spanien. 3. Theil.

Zinkeisen, Geschichte des osmanischen Reiches. 7. (letzter) Theil.

Die vierunddreißigste — (2 Bde. und 1 Registerheft, M 15. 20) enthält:

Caro, Geschichte von Polen. 2. Theil.

Zinkeisen, Geschichte des osmanischen Reiches. Register für alle 7 Bände.

Herrmann, Geschichte Rußlands. Ergänzungs-Band.

Die fünfunddreißigste — (2 Bde., M 18. 80) enthält:

Flathe, Geschichte von Sachsen. 3. (letzter) Theil und Register.

Caro, Geschichte von Polen. 3. Theil.

Die sechsunddreißigste — (2 Bde., M 18) enthält:

Carlson, Geschichte von Schweden. 5. Theil.

Caro, Geschichte von Polen. 4. Theil.

Die siebenunddreißigste — (2 Bde., M 16. 80) enthält:

Hertzberg, Geschichte Griechenlands. 1. Theil.

v. Reumont, Geschichte Toscana's. 1. Theil.

Die achtunddreißigste — (2 Bde., M 26. 40) enthält:

v. Reumont, Geschichte Toscana's. 2. Theil und Register.

Hillebrand, Geschichte Frankreichs 1830—1871. 1. Theil.

Die neununddreißigste — (2 Bde., M 18) enthält:

Hertzberg, Geschichte Griechenlands. 2. u. 3. Theil.

Die vierzigste — (2 Bde. u. 1 Reg.-Heft, M 30. 40) enthält:

Riezler, Geschichte Baierns. 1. Theil.

Hertzberg, Geschichte Griechenlands. 4. Theil.

Hertzberg, Geschichte Griechenlands. Register für alle 4 Bände

Die einundvierzigste — (2 Bde., M 20) enthält:

Hillebrand, Geschichte Frankreichs 1830—1871. 2. Theil.

Brosch, Geschichte des Kirchenstaates. 1. Theil.

Die zweiundvierzigste — (2 Bde., M 22) enthält:

Riezler, Geschichte Baierns. 2. Theil.

Schirrmacher, Geschichte Spaniens. 4. Theil.

(Diese Blätter sind wegzuschneiden.)

Geschichte
der
europäischen Staaten.

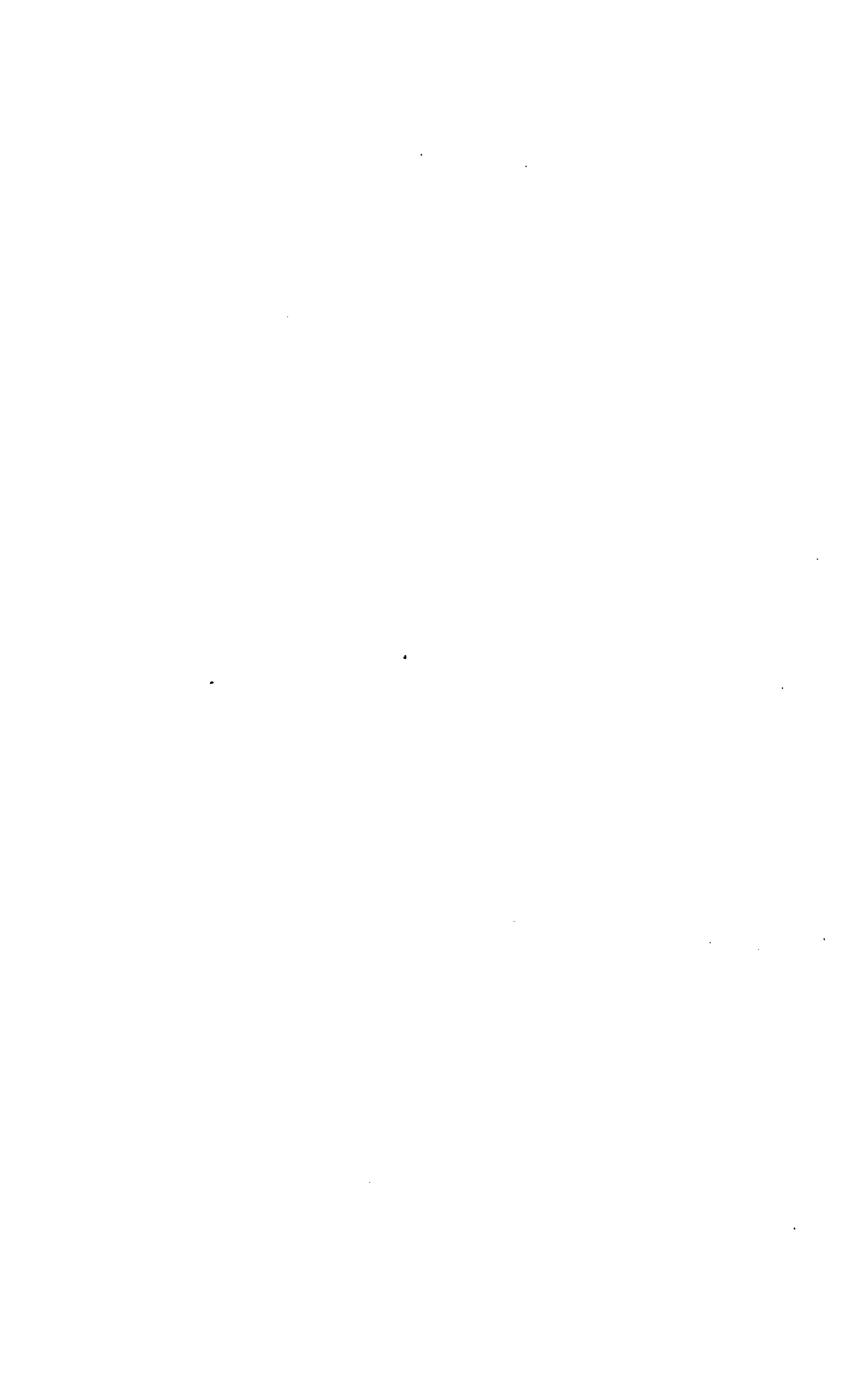
Herausgegeben
von
A. H. L. Heeren, F. A. Ukert
und
W. v. Giesebrecht.

Neuere
Geschichte des preußischen Staates
von
E. Reimann.

Erster Band.



Gotha.
Friedrich Andreas Perthes.
1882.



Neuere Geschichte

des

Preußischen Staates

vom Hubertsburger Frieden

bis zum Wiener Kongreß.

Von

E. Reimann.

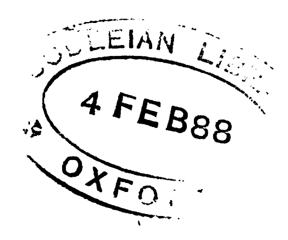
Erster Band.



Gotha.

Friedrich Andreas Perthes.

1882.



Vorrede.

Endlich bin ich so glücklich, einen Band preußischer Geschichte meinen lieben Landsleuten als Fortsetzung des wohlbekannten Werkes von Stenzel darbieten zu können.

Stenzel ist der erste namhafte Historiker gewesen, den ich von Angesicht zu Angesicht kennen lernte; gerade vor vierzig Jahren las ich wieder und wieder seine fränkischen Kaiser, deren zweiter Teil mich in die Geheimnisse der Forschung einführte. In den historischen Übungen, welche Stenzel leitete, sowie an den Abenden, wo wir Studenten mit dem Professor gleichsam ein historisches Tabakskollegium bildeten, kam das Gespräch immer auch entweder auf die fränkischen Kaiser oder auf die preußische Geschichte, von welcher 1841 der dritte Band erschienen war. Damals konnte der Verfasser nicht ahnen, wie weit er letzteres Werk führen und wer etwa die Fortsetzung übernehmen würde. Er hat alsdann noch einen Teil veröffentlicht, und ein fünfter ward 1854 unvollendet nach seinem nicht erwarteten Tode herausgegeben.

Zwanzig Jahre sind hierauf verflossen, ohne daß die

Verlagsbuchhandlung eine Fortsetzung erlangte. Jedoch diese Zeit ist dem Werke, wenn ich nicht irre, sehr zustatten gekommen; denn erstens haben sich die Räume des Wiener und Berliner Archivs den Forschern seitdem geöffnet, und einen zweiten großen Vorteil gewährt dem gegenwärtigen Bearbeiter der neueren preußischen Geschichte nach meinem Dafürhalten die politische Entwickelung in Deutschland. Als Stenzel aus dem Leben schied, erscholl noch immer das Feldgeschrei: „Hie Österreich! Hie Preußen!“ Seitdem aber diese beiden Staaten in dauerhafter Weise sich auseinandergesetzt haben, urteilen wir nicht mehr als Mitglieder einer Partei, sondern nach dem großartigen Gange, welchen die Weltgeschichte genommen, also ruhiger und sicherer, über die Bestrebungen des vorigen Jahrhunderts, in welchem zuerst eben jener Gegensatz grell in die Erscheinung trat.

Das Jahr 1866 hatte mich angetrieben, einen Abschnitt aus der preußischen Geschichte zu bearbeiten, und ich wählte wegen der neuen und vortrefflichen Hilfsmittel, die noch unbenutzt lagen, den bayerischen Erbfolgekrieg. Ich gestehe, daß in mir alsdann der Wunsch aufstieg, das Werk Stenzels weiterzuführen, und zwanzig Jahre nach dem Erscheinen seines letzten Bandes übernahm ich wirklich die Fortsetzung. Die Aufgabe, die mir nun zufiel, war die nämliche, die ein früherer Schuldirektor der Stadt Breslau, der berühmte Manso, schon einmal gelöst hatte. Sein Werk ist mit Recht geachtet, doch will ich nicht verschweigen, daß wenigstens das erste Buch sehr dürftig ausgefallen ist; dreiundzwanzig Jahre der Regierung Friedrichs des Großen füllen 126 Seiten.

Als ich diesen Gegenstand zu studieren begann, waren zwei neue Arbeiten darüber veröffentlicht worden, nämlich eine von Max Duncker aus den Akten des Berliner Geheimen Staatsarchivs geschöpfte Abhandlung „über die Besitzergreifung Westpreußens“, die, später in erweiterter Gestalt wieder abgedruckt, 149 Seiten umfaßt, und ferner von Adolf Beer zwei Bände „über die erste Teilung Polens“. Letzteres Werk ist zwar auch von einem sehr reichen und guten Material, aber ohne Sorgfalt aufgebaut. Ich hätte mich also darauf beschränken müssen, Dunckers Arbeit abzuschreiben, um nicht ein Gemisch von Wahrem, Halbwahrem und Falschem zu bringen. Statt dessen bin ich an die Quellen selbst herangegangen und habe daraus meine Darstellung geschöpft. Ich studierte zunächst die Auszüge, welche sich Häusser im Geheimen Staatsarchiv in Berlin gemacht, und setzte dann die Arbeit dieses Gelehrten für die Jahre 1767—1777 fort; ich nahm die Berichte der Gesandten aus Petersburg, Warschau, Wien, Konstantinopel und Paris durch, ferner die geheimen Kabinettsakten und ebenso die „geheime Korrespondenz König Friedrichs II. mit Finckenstein über die Verhandlungen mit Rußland betreffend die Teilung Polens“ (R. XI, Nr. 175). Der Königlichen Archivverwaltung bin ich für die große Unterstützung, welche meine Studien bei ihr gefunden, zu lebhaftem Danke verpflichtet.

Wenn ich Beer unzuverlässig nenne, so muß ich doch den Fleiß anerkennen, mit welchem er vorzügliche Materialien zusammengetragen. Es versteht sich, daß ich von denjenigen, die er dann hat abdrucken lassen, reichlich Ge-

brauch gemacht. Einige Ergänzungen aus dem Wiener Archiv hat später noch Arneth im 8. Bande seiner Geschichte Maria Theresias gebracht. Von Wert waren mir außerdem die Depeschen der englischen Gesandten aus Petersburg, von denen zwar Fr. v. Raumer in deutscher Übersetzung Auszüge veröffentlicht hat, die aber in ihrer Vollständigkeit noch manches Neue bieten, ferner der Briefwechsel zwischen Friedrich dem Großen und Katharina II., und die von Herrmann herausgegebenen Depeschen des Grafen Solms aus den Jahren 1763—67, lauter Quellen, die in dem Magazin der kaiserlich russischen historischen Gesellschaft in Petersburg (Sbornik russkago istoričeskago obščestva) abgedruckt sind. Wenn man nun so viele eingehende Studien gemacht hat, dann entschließt man sich ungern, die Fülle von wissenswerten Nachrichten der Welt vorzuenthalten. Jedoch ich hoffe, man wird mir meine Ausführlichkeit verzeihen, wenn man findet, daß ich die Geschichte der ersten Teilung Polens noch mehr, als es bisher geschehen ist, aufgehellt habe.

Wenigstens bin ich zu anderen Ergebnissen gekommen. Der Plan der Teilung stammt unleugbar von Friedrich her. Ich habe den Ursprung dieser Idee um drei Monate früher ansetzen müssen, als man bisher geglaubt, und ich behaupte, daß Rußland den Vorschlag keineswegs abgelehnt hat; es wollte vielmehr darauf eingehen, aber die Bedingungen, die es stellte, scheuchten Friedrich zurück, so daß er seinen Gedanken fallen ließ. Erst anderthalb Jahre später nahm die Kaiserin von Rußland letzteren wieder auf. Als ihr Österreich in ihrem glücklichen

Kriege gegen die Türken in den Arm zu fallen drohte, da mußte sie, wenn sie die Frucht ihrer Siege nicht verlieren wollte, den Wiener Hof entweder gewinnen oder durch Preußen in Schach halten. Lange schien es, als würde das zweite nötig sein, bis die Furcht vor einem Kriege nicht nur mit Rußland, sondern auch mit Preußen Österreich bewog, an der Zergliederung Polens teilzunehmen. Das ist das Ergebnis meiner Forschungen, und so begreift man, wenn ich nicht sehr irre, den Schritt Katharinas. Merkwürdig, daß Ranke, welcher so manchen kleinlichen Beweggrund aus der Geschichte gestrichen hat, bei dieser Gelegenheit anders verfährt. „Es ist sehr wahr“, schreibt er, „daß die Wendung der Dinge, welche ein Weltgeschick einschließt, in der Konversation eines Salons wie ein halber Scherz angebahnt worden ist.“ Zu meinem Leidwesen hab' ich gefunden, daß die erste Teilung Polens eine gefährliche Stelle für den großen Historiker geworden ist, indem seine Unparteilichkeit hier ausglitt.

Die Archive von Wien und Berlin werden schwerlich noch wichtige neue Aufschlüsse bringen; dagegen dürfen wir uns aus dem russischen Archive dergleichen versprechen, und besonders müssen wir wünschen, über die Beweggründe, von denen die Politik Katharinas vom Oktober 1770 bis zum Januar des folgenden Jahres geleitet ward, urkundliche Nachrichten zu erhalten. Ich lebe der Zuversicht, daß dieselben meine Darstellung bestätigen und natürlich auch ergänzen werden.

Ich habe meiner ursprünglichen Absicht gemäß die preußische Geschichte bis 1780 ausgearbeitet, aber dann,

um den Band nicht zu stark zu machen, das dritte Buch zurückgelegt und dafür lieber ein Kapitel über die neue Organisation Westpreußens hinzugefügt; die Studien, die ich darüber anstellte, haben dann noch zu einigen Zusätzen Anlaß gegeben. Indem aber auf diese Weise von dem nächsten Bande schon ein gut Teil vollendet ist, wird derselbe desto eher ans Licht treten können, und wenn mir die feste Gesundheit bleibt, deren ich mich bisher erfreut habe, so darf ich hoffen, nicht allein dieses Werk bis 1815 zu führen, sondern vielleicht auch noch meinen früheren Arbeiten einen gewissen Abschluß zu geben.

Breslau, den 28. September 1881.

E. Reimann.

Inhaltsverzeichnis.

Zweites Buch.

Die erste Teilung Polens.

Erstes Buch.

Friede zu Hubertsburg, Bündnis mit Katharina II. und Unterstützung der russischen Politik in Polen.



Erstes Kapitel.

Der Friede zu Hubertsburg.

Im Jahre 1740 traten in Deutschland zwei überaus wichtige Todesfälle ein; binnen noch nicht fünf Monaten starben der König in Preußen und der Kaiser. Karl VI. war der letzte männliche Sprosse jenes berühmten Hauses, das drei Jahrhunderte lang ununterbrochen die Herrschaft über das Deutsche Reich innegehabt und im Laufe dieser langen Zeit ein Gebiet von außerordentlichem Umfange zusammengebracht hatte. Von Wien aus wurden Österreich, Steiermark, Kärnten, Krain, Tirol, Böhmen, Mähren, Schlesien, Besitzungen in Schwaben, dann Ungarn mit Siebenbürgen und Kroatien, ferner die Lombardei und endlich die südlichen Niederlande regiert, ein Völkergemisch, wie es kaum bunter gedacht werden kann. Für die Herrscher eines solchen Reiches war es unmöglich, rechte deutsche Kaiser zu sein und eine deutsche Politik zu befolgen; ihnen kam es vielmehr nur darauf an, von den Ständen, die in Regensburg vertreten waren, so viel Nutzen für ihre österreichische Politik zu ziehen als möglich. Eben deshalb mußten sie suchen, die Leitung dieser Versammlung fest in ihrer Hand zu behalten. Im allgemeinen war ihnen das bisher auch gelungen, und es würde dem Wiener Hofe wahrscheinlich noch weiter geglückt sein, wenn sich nicht im Lauf eines Jahrhunderts in Norddeutschland ein Staat gebildet hätte, so gefähr-

lich, aber bei weitem fester gefugt, als die Ländermasse Heinrichs des Löwen.

Preußen war kaum eine Macht zweiten Ranges, als Friedrich der Große den Thron bestieg; allein dieser Herrscher wollte sich nicht mehr niederhalten lassen, wie sein Vater, sondern er hatte den Ehrgeiz, eine höhere Stufe zu erklimmen. Indem er nach dem Tode Karls VI. auf Teile von Schlesien Anspruch machte, bot er der Tochter desselben sein nützliches Bündnis gegen eine Abtretung von Land und Leuten an; aber dies ward abgelehnt, und die Waffen mußten entscheiden. Wie erstaunte die Welt, als ein König von verhältnismäßig geringen Mitteln die Kühnheit hatte, eine selbständige Politik zu verfolgen und gegen die Erbin der habsburgischen Besitzungen ins Feld zu ziehen! Jedoch er unternahm das Wagnis und bestand es.

„Fünfmal donnerte Friedrich Wodan,
Und sein war Silesia, seiner Krone
Köstliches Gestein.“

Aber Maria Theresia wollte diese Provinz, deren Verlust ihre Macht bedeutend gemindert und die ihres gewaltigen Feindes zu sehr vermehrt hatte, nicht aufgeben [1]). Im Bunde mit Rußland und Frankreich durfte sie sich auch zu den kühnsten Erwartungen emporschwingen und hoffen, dieses Preußen, welches ihr so gefährlich geworden war, für alle Zeiten unschädlich zu machen. Die Interessen ihres Hauses, der rechtgläubigen Religion und des Reiches schienen ihr das zu verlangen. Es ist, als ob sie geahnt hätte, daß die Erhebung Preußens den deutschen Protestantismus unüberwindlich machen und sowohl die deutsche Verfassung zertrümmern als auch die Herrschaft der Habsburger über das Reich vernichten würde.

Maria Theresia wollte vor allem Schlesien und die Grafschaft Glatz wieder in Besitz nehmen; aber das sollte nur einen kleinen Teil der preußischen Zergliederung ausmachen.

1) Das Folgende ist bereits in der Schlesischen Zeitung (4., 7. und 8. Dezember 1875) abgedruckt gewesen unter dem Titel: „Das Ende des Siebenjährigen Krieges.“

In dem Vertrage, welchen sie mit der Kaiserin Elisabeth von Rußland am 2. Februar 1757 schloß, wurde gesagt: „Da die Ruhe von Europa nicht sichergestellt werden kann, ohne daß man dem Könige von Preußen die Mittel sie zu stören nimmt, so werden die Kaiserinnen alles aufbieten, um der Menschheit diesen Dienst zu erweisen, und sich hierzu mit allen Mächten verbinden, bei denen sie die nämlichen Gesinnungen voraussetzen dürfen."

Natürlich wollte man die Höfe, die sich anschließen würden, nicht unbelohnt lassen. In dem Vertrage vom 1. Mai 1757, welchen der französische König Ludwig XV. mit Maria Theresia einging, wurde bestimmt, daß der Krieg so lange dauern sollte, bis Friedrich II. zum allermindesten Schlesien, Magdeburg, Halberstadt, Krossen, das frühere schwedische Pommern, den Erwerb aus der jülichschen Erbschaft und das Oberquartier von Geldern abgetreten hätte; demnach blieben übrig: Ostpreußen, auf welches aber Rußland später ernstlichen Anspruch erhob [1]), Hinterpommern, Brandenburg, Ostfriesland und Minden. Den Löwenanteil hatte die Kaiserin-Königin für sich selbst in Aussicht genommen; sie dachte nicht allein an Schlesien und Glatz, sondern sie wollte diese beiden Länder, an deren Zurückeroberung sie nicht zweifelte, durch Krossen und einen Teil der Lausitz, welche damals gänzlich zu Sachsen gehörte, noch etwas abrunden und dafür den Dresdener Hof, welchem von vornherein Magdeburg zugedacht war, durch das ehemalige Stift Halberstadt entschädigen. Es war, als ob Maria Theresia von der Besorgnis gequält würde, dem Könige von Preußen zu viel übrig zu lassen.

Dem Wiener Hofe muß man zugestehen, daß er sein Ziel mit der größten Standhaftigkeit verfolgte; bei den Franzosen dagegen regten sich sehr bald die Friedensgedanken. Schon

1) Als Stenzel seinen V. Band schrieb, kannte man den Vertrag vom 2. Februar 1757 noch nicht. Schäfer hat denselben veröffentlicht, und wir ersehen daraus, daß Rußland damals Ostpreußen nicht begehrte, wie Stenzel begreiflicherweise vermutete; das geschah erst den 12. Dezember 1759 (Schäfer, Geschichte des Siebenjährigen Krieges II, 1. S. 495).

im Jahre 1758 wurde Bernis von ihnen geplagt; aber König Ludwig mochte damals hiervon nichts wissen, und die Leitung der französischen Politik ging in andere Hände über. Jedoch der Nachfolger, der Herzog von Choiseul, verzweifelte gleichfalls daran, daß der Wiener Hof jemals die Oberhand über den Berliner gewinnen würde; er wünschte wohl, daß Friedrich der Große sich zur Abtretung von Glatz bequemen möchte, weigerte sich aber, in den Vertrag, welchen Frankreich mit dem Wiener Hof im Dezember 1758 abschloß, die Verpflichtung wiederum aufzunehmen, daß der Krieg so lange fortgeführt werden sollte, bis nicht allein jene Grafschaft, sondern auch Schlesien erobert wäre.

In den folgenden Jahren änderte sich wenigstens für Frankreich die Lage nicht, und im September 1760 setzte der Herzog von Choiseul dem Wiener Hofe die unabweisliche Notwendigkeit, Frieden zu schließen, in einer Denkschrift auseinander. Maria Theresia vernahm diese Nachricht mit Bestürzung; denn gerade damals meinte sie — und keineswegs mit Unrecht — dem Ziel ihrer heißesten Wünsche nahe zu sein. Die Schlacht von Torgau erschütterte dann gewaltig ihre Zuversicht, und diese Niederlage, sowie die furchtbare Zerrüttung der österreichischen Finanzen bewirkten, daß man in Wien die Friedensfrage von jetzt an williger ins Auge faßte. Man wußte, daß der preußische König von keiner Abtretung etwas hören wollte; man fürchtete, daß es schwer sein würde, auch nur das im Juli 1760 eroberte Glatz im Besitze zu behalten. An den Gewinn von ganz Schlesien wagte man also nicht mehr zu denken, sondern man war bereit, sich mit Oberschlesien, ja sogar mit dem Schlüssel Böhmens, wie man jene Grafschaft bezeichnete, zu begnügen.

Während man hier von der ursprünglichen Absicht den größten Teil aufgab: brachte man dagegen eine ganz neue Forderung vor. Man wollte nämlich schon jetzt verhüten, daß Ansbach und Baireuth, die sogen. fränkischen Markgrafschaften, jemals an Preußen fallen dürften. Man wußte, daß ein „vor 10 bis 12 Jahren“ abgeschlossener Vertrag ihre Vereinigung

mit Preußen nach dem Erlöschen der jüngeren Linie der Hohenzollern bestimmte. Die schädlichen Folgen davon lagen nach der Meinung des Staatskanzlers auf der Hand. Er sah die Verbindung der Besitzungen des Hauses Habsburg wenigstens teilweise dadurch unterbrochen. Ihn quälte weiter die Vorstellung, daß der König von Preußen seine Kriegsmacht alsdann um mehr als 30000 Mann vergrößern, sich in das Herz von Deutschland ausbreiten und als Burggraf von Nürnberg nicht nur diese Stadt, sondern auch den ganzen fränkischen Kreis in die höchste Gefahr bringen würde. Argwohn führt nun einmal zur Übertreibung. Der Staatskanzler sah hieraus ein noch größeres Übel hervorgehen, als aus dem Verluste Schlesiens, und er faßte deshalb den Entschluß, im Einverständnis mit den übrigen deutschen Höfen und mit Frankreich, die es alle gleichmäßig anginge, bei den künftigen Friedensunterhandlungen Vorsorge zu treffen, daß Ansbach und Baireuth niemals mit Brandenburg vereinigt werden dürften [1]).

Wenn man sich Niederschlesien gänzlich aus dem Sinne schlug, so genoß man den Vorteil, daß man sich um die Abrundung durch Krossen und einen Teil der Lausitz nicht weiter zu bemühen brauchte. Die Falkenaugen des Staatskanzlers hatten aber schon einen anderen Winkel des Reiches erspäht, wo eine Abrundung möglich und nützlich sein würde. Die kurfürstlich bayerische Linie drohte zu erlöschen; da wünschte denn Kaunitz, wenigstens den Strich bis an den Inn zu gewinnen [2]), und er ließ bereits archivalische Studien für den Fall machen, daß er auf dem Friedenskongreß, den er im Auge hatte, mit seiner Absicht hervortreten könnte.

Die Unterhandlungen zwischen Wien und Versailles dauerten sehr lange; denn die Anschauungen der beiden Höfe waren

1) Arneth, Geschichte Maria Theresias V, 212.

2) Schäfer bringt hier sehr viel Neues, und ich folge ihm, zum Teil mit selbständiger Benutzung des von ihm gegebenen Materials. Wenn aber der Verfasser (II, 2. S. 190) vom Innviertel spricht, so führt er irre, da wir darunter den Landstrich verstehen, welchen Österreich 1779 von Bayern erhalten hat, und der hier nicht gemeint ist.

äußerst verschieden. Sagte doch der Herzog von Choiseul im Mai 1761 dem Grafen Stahremberg: „Die Österreicher müßten froh sein, wenn Friedrich jeden der kriegführenden Teile das Seinige wie vor dem Ausbruche des Krieges behalten ließe und nicht selbst auf einer Entschädigung für sich bestände!“

Der Feldzug des Jahres 1761 rechtfertigte keineswegs die Ansicht des Herzogs von Choiseul; aber der Wiener Hof wagte doch auch nicht, zu großen Hoffnungen sich zu erheben. Auf Befragen des Grafen Stahremberg antwortete Kaunitz am letzten Oktober: es wäre nach dem wahren Interesse seines Hofes ohne Zweifel sehr zu wünschen, daß, wenn nicht ein glücklicher, so doch ein erträglicher Friede bald zustande gebracht werden könnte; denn die inneren Kräfte wollten nicht mehr zureichen, die ungeheuer großen Kriegserfordernisse länger zu bestreiten, die bisherigen Militäroperationen entsprächen den gehegten Erwartungen nicht; bei dem russischen Heere fänden sich Gebrechen, deren Verbesserung wenig oder gar nicht zu hoffen stände, und auf die fortwährende Friedfertigkeit der Türken wäre nicht gänzlich zu rechnen. Mehr aber noch als alles dieses fiel die Kränklichkeit der russischen Kaiserin ins Gewicht. „Ihr Tod während des Krieges könnte“, schrieb Kaunitz, „außerordentliche Veränderungen nach sich ziehen.“ Wenn sich daher ein zureichendes Mittel zur Beförderung eines anständigen Friedens fände, so wollte der Staatskanzler solches mit Freuden ergreifen und einem Ausgleich kein unbilliges Hindernis in den Weg legen; nur sollte dieses Verlangen vor Freunden und Feinden so viel als irgend möglich verborgen bleiben. Kaunitz traute den Bundesgenossen zu, daß sie sich die Gelegenheit zunutze machten, die Gehässigkeit auf den Wiener Hof schöben und die Vorteile sich allein zueigneten.

Ein anderer Grund bestimmte den Staatskanzler noch mehr. Der Kaiser hatte, nachdem er das Reich zur Teilnahme am Kriege gegen Preußen bewogen, den Ständen die feste Versicherung gegeben, er werde nicht eher von der Handlung

seines kaiserlichen Amtes nachlassen, als bis auch dem gesamten Reich und allen Kreisen desselben der zu machende Aufwand erstattet wäre. Für den sächsischen Hof war schon 1757 in den Verträgen, welche Maria Theresia mit Rußland und Frankreich geschlossen hatte, das Herzogtum Magdeburg als Entschädigung bestimmt worden. In Wien gab man sich aber inbezug auf Eroberungen zu der Zeit keiner Täuschung mehr hin, und so schrieb denn Kaunitz in dem angeführten Brief an Stahremberg weiter: „Da das Vertrauen anderer Höfe so wesentlich in Staatsgeschäften zu schätzen ist, wie der Kredit bei einem Banquier, so würden die schädlichen Folgen nicht zu übersehen sein, wenn alle die Stände des Reiches und Höfe, die sich mit einer Entschädigung schmeicheln, den Verlust ihrer Hoffnung der Zaghaftigkeit oder Entkräftung des hiesigen Hofes beizumessen hätten." Ebendaher war es auch gekommen, daß Österreich bisher in den bedenklichsten Umständen den französischen Absprung und einseitigen Frieden für weniger schädlich angesehen, als wenn es selbst einen Schritt in dieser Richtung hätte thun sollen. Endlich war auch die Rücksicht auf Friedrich II. von Einfluß auf den Staatskanzler. Er schrieb darüber an Stahremberg: „Die Gesinnung des Königs in Preußen ist weltbekannt, und wenn er wahrnehmen sollte, daß dem hiesigen Hofe der Mut und die Kräfte zur Fortsetzung des Krieges ausgegangen wären, so würde er nicht nur zu gar keiner Entschädigung sich verstehen, sondern solche Friedensbedingungen auf die Bahn bringen, die der Religion und der ganzen Reichsverfassung zum größten Nachteile gereichen müßten."

Während Österreich, großen Hoffnungen entsagend, im Herzen den Frieden ersehnte, war Preußen desselben noch weit mehr bedürftig, und die Rücksicht auf diese traurige Lage hatte Pitt bewogen, zu einer kleinen Nachgiebigkeit zu raten, als er im Juni 1761 sich erkundigte, wie Friedrich über die Ansprüche des Wiener und des sächsischen Hofes dächte. Den Entschluß, in keinem Falle sich zu einer Landabtretung zu verstehen, konnte der große britische Minister doch nicht ganz billigen, und er

meinte: man werde schwerlich den Frieden erlangen können, ohne wenigstens an Sachsen eine Entschädigung zu gewähren und dem Wiener Hof einige kleine Vorteile zu bewilligen, wenn auch nur auf Kosten des Reiches oder vermittelst eines anderen Abkommens. Friedrich wies aber wirklich jede Erniedrigung, wie er sich ausdrückte, mit Bestimmtheit von sich; er habe den Krieg bisher mit Ehren geführt und wolle ihn nicht mit Schande beschließen.

Die Gesinnung, welche sich hier offenbart, ist höchst ehrenwert, und, wie der Eindruck lehrt, den sie auf den Wiener Hof machte, war es zugleich sehr klug, sie überallhin kundzugeben; aber auf die Spitze getrieben, müßte sie getadelt werden. Oder wäre es nicht besser gewesen, sogar noch mehr zu thun, als Pitt in mögliche Aussicht nahm, und die Grafschaft Glatz abzutreten, als daß etwa der König starrköpfig den Tod gesucht, und sein Bruder Heinrich als Vormund die Zügel der Regierung ergriffen hätte?

Die Zeiten wurden aber für Friedrich den Großen noch schlechter. Am 5. Oktober 1761 schied Pitt aus dem Ministerium, weil sich dasselbe weigerte, den Krieg, dem es dann doch nicht entging, an Spanien zu erklären, und Bute, der Günstling Georgs III., wollte nun den Frieden, über welchen sich der Herzog von Choiseul und Pitt nicht hatten vergleichen können, durchaus zustande bringen. Er schrieb deshalb an Mitchell, den englischen Gesandten bei dem großen König: „Es sei wohl Zeit, ernstlich an den Frieden zu denken, das britische Ministerium könne den Krieg nicht Sr. preußischen Majestät zu Gefallen verewigen.“ Und als die Teilnahme Spaniens am Kampfe gegen England sich entschieden hatte, da ging er noch weiter und wendete sich auch an die übrigen feindlichen Hauptmächte. Dem österreichischen Staatskanzler ließ er durch Mittelspersonen sagen: „Man werde nichts dawider haben, wenn der König von Preußen, der sich schwerlich erholen oder sein Heer zeitig genug verjüngen könne, ganz Schlesien wiederum an Österreich abtrete.“ Ähnliches wurde nach St. Petersburg gemeldet: „Es sei nach der Ansicht des

englischen Kabinetts unmöglich, daß der König von Preußen ohne beträchtliche Gebietsabtretungen den Frieden erlange." Bute wollte ferner durchaus nicht daran glauben, daß Rußland seine natürlichen Bundesgenossen jemals dem Könige von Preußen und dem Wohle des letzteren das des Wiener Hofes nachsetzen könnte. Deshalb sprach er den Wunsch aus: „Es möchten keineswegs die russischen Truppen zurückgezogen werden; denn wenn sie mit den österreichischen nicht zusammen wirkten, so würde der König von Preußen imstande sein, den Krieg noch lange fortzusetzen."

In welchen Abgrund von Verrat blicken wir! Höchst ruhmvoll klang Englands Name damals durch die Welt. Es verdankte seine glänzenden Erfolge der eigenen Tüchtigkeit; aber der Krieg, welcher die deutschen Fluren verwüstete, war hierbei doch sehr von Nutzen gewesen. Und nun will Bute den Plan der Zergliederung Preußens, an welche die Feinde kaum noch denken, er, der Minister der engverbündeten Macht, wieder anregen? Trieb ihn seines Königs welfisch-hannöverische Eifersucht? Und dabei wagte der treulose Staatsmann noch hinzuzufügen: er suche den König vor gänzlichem Verderben zu retten! Wahrhaftig, anders als mit Abscheu kann ein guter Preuße den Namen jenes Erzverräters nicht aussprechen!

Wenn die Kaiserin Elisabeth noch auf dem Zarenthrone gesessen, so würden König Georg und sein Günstling vielleicht ihren Zweck erreicht haben; aber diese verrufene Frau lebte glücklicherweise nicht mehr. Ihr Tod, der am 5. Januar 1762 erfolgt war, bildet das einzige Verdienst, welches sie in der Weltgeschichte sich erworben: sie starb, bevor es für Preußen zu spät war. Kaunitz hatte die Folgen eines solchen Ereignisses ganz richtig vorausgesehen. Wie verzweifelt klingen die Worte, die Friedrich am 18. Januar an d'Argens schrieb, und wie glückselig war er, als er am Schlusse des Monats die ersten Eröffnungen von Peter III. empfing und sich nun den Rücken frei wußte![1]) Man kann wohl sagen, daß er

1) Oeuvres de Frédéric le Grand XIX, 282. 283; XXVI, 237.

durch diese Thronbesteigung noch mehr gewann, als er durch Pitts bedauernswerten Abgang verloren hatte; denn es traten wirklich die größten Veränderungen jetzt ein. Am 23. Februar erklärte der Kanzler Woronzow den kriegführenden Mächten: „Rußland wolle das, was es erobert, wieder herausgeben in der Hoffnung, daß sämtliche verbündete Höfe die Rückkehr des Friedens und der Ruhe den Vorteilen vorziehen würden, die sie von dem Kriege sich versprechen könnten.“ Die That folgte den Worten; am 5. Mai wurde der wichtige Vertrag unterzeichnet, und zwei Wochen später brachte denselben der Hauptmann v. Schwerin, ein Neffe des Feldmarschalls, nach Breslau. Heiße Dankgebete stiegen hierauf aus unzähligen aufatmenden Menschenherzen zu Gottes Barmherzigkeit empor, und auch der König von Preußen schrieb: „Noch steht uns der Himmel bei und führt alles zu einem guten Ende.“

Der Friedensvertrag, welcher schon nach 17 Tagen einen zweiten mit Schweden zur Folge hatte, enthielt überdies in einem besonderen Artikel die Ankündigung, daß die beiden Herrscher, um sich gegenseitig ihre Gebiete zu sichern und ihre Interessen zu fördern, noch enger mit einander sich verbinden und darüber sofort in Unterhandlung treten würden. Und damit nicht genug. Peter versprach schon jetzt, 18000 Mann gegen die Österreicher zuhilfe zu senden, und befahl seinem Gesandten in Wien, dem Staatskanzler damit zu drohen, falls der Wiener Hof nicht Frieden schließen wolle.

Wie hatten die Nachrichten, die seit Monaten über die Wendung der russischen Politik aus Petersburg anlangten, obwohl sie erwartet wurden, die Kaiserin-Königin betrübt und geschmerzt! Und ehe noch der letzte Schlag von dorther traf, verwundete die nicht minder unangenehme Kunde von neuen recht ernsthaften Friedensunterhandlungen zwischen Frankreich und England. Die beiden Höfe waren übereingekommen, ihren Verbündeten in Wien und Berlin Mitteilung davon zu machen. Der Graf Choiseul entledigte sich dieser Pflicht am 12. Mai, und am 28. antwortete ihm Kaunitz. Maria Theresia bedauerte lebhaft, daß sie der Hoffnung entsagen sollte, den

König von Preußen in die gehörigen Grenzen zu setzen und dadurch nicht nur die Wohlfahrt, das Ansehen und die Sicherheit ihres Erzhauses, sondern auch die katholische Religion und die deutsche Reichsverfassung zu unterstützen und zu befördern; aber nachdem der Zar von dem Bündnis abgesprungen, erachtete sie es für unmöglich, jenen Absichten nachzugehen, und sie war bereit zum Frieden. Sie wollte nur die Grafschaft Glatz behalten und die Vereinigung von Ansbach und Baireuth mit Preußen auf immer verhüten. Wir sehen, wie vortrefflich man mit der Zeit in Wien gelernt hatte, Wasser in seinen Wein zu gießen.

Fünf Tage später, am 2. Juni, gab der Fürst Galitzin die Erklärung ab, die ihm vom Zaren aufgetragen worden war. Wie feindlich klang es, wenn der russische Gesandte die Fortdauer des Krieges dem Verlangen des Wiener Hofes zuschrieb, dem Könige von Preußen Schlesien und die Grafschaft Glatz wieder wegzunehmen, obwohl diese Länder durch die feierlichsten Verträge abgetreten worden wären! Indem der Kaiser alsdann durch den Mund des Fürsten Galitzin auf sein eigenes uneigennütziges Vorgehen, sowie auf die Unterhandlungen hinwies, die er mit dem Könige von Preußen über ein Schutzbündnis pflog, ließ er hinzufügen: er würde nicht umhin können, diesem Herrscher mit einem Armeecorps beizustehen, wenn sich der Wiener Hof weigerte, den Frieden unter billigen und gemäßigten Bedingungen herzustellen.

Nichts Widerwärtigeres konnte Maria Theresia erfahren! Dennoch mußte sie sich bezwingen und sanftmütig antworten. Der Graf Kaunitz suchte der russischen Erklärung den bedrohlichen Charakter durch Auslegung zu nehmen, er sprach dann, als ob die Worte „Selig sind die Friedfertigen“ von ihm herstammten, und wie schon gegen Frankreich, ebenso ließ er gegen Rußland die Kaiserin-Königin zu einem Waffenstillstande sich erbieten. An demselben Tage (4. Juni) ward auch an Stahremberg geschrieben. Maria Theresia drückte gegen ihren Vertreter in Versailles den dringenden Wunsch aus, es möchte der französisch-englische Friede glücklich zustande kommen und

diesem der ihrige bald folgen, auf daß sie mit Ehren aus dem Kriege scheiden könnte.

Erst am 28. Juni sendete Frankreich mit den eigenen Friedensvorschlägen die österreichische Erklärung über die Unterhandlung mit Preußen nach London. Die Kaiserin erbot sich, ihre Bevollmächtigten nach Augsburg zu schicken und mit denen der anderen kriegführenden Teile dort an der Beilegung der deutschen Wirren arbeiten zu lassen. Ihrerseits war sie bereit, auf dem Fuße des damaligen Besitzes in die Unterhandlung einzutreten und schon vorläufig unter derselben Bedingung einen Waffenstillstand zu schließen.

Die englischen Minister schickten die Erklärung des Wiener Hofes am 14. Juli an Friedrich den Großen, der sich dann keineswegs mit der Antwort beeilte; denn es gab Wichtigeres für ihn zu thun. Das russisch-preußische Bündnis war wirklich zustande gekommen und der General Czernitscheff mit 20000 Mann zu seinem Heere gestoßen. Außerdem hatte Peter III. versprochen, sich nicht zu widersetzen, wenn die Türken zugunsten des Königs von Preußen gegen die Österreicher vorgehen wollten; ja, er that sogar Schritte, sie dazu noch aufzumuntern [1]).

Während aber Friedrich im Begriffe steht, von der russischen Unterstützung, die ihm die schwärmerische Freundschaft Peters bereitwillig gewährt, einen erheblichen Nutzen zu ziehen: wird der Zar von seiner Gemahlin Katharina vom Throne gestoßen. Sie übernahm selber die Regierung und rief sofort Czernitscheff wieder ab; dagegen versprach sie den Frieden vom 5. Mai zu bestätigen. Von dem Schutzbündnis sagte sie kein Wort. Am 18. Juli traf den König die überraschende Kunde. Wie man weiß, bewog er den russischen Befehlshaber, den Abmarsch noch um drei Tage zu verschieben; er besiegte Daun am 21. Juli und beschäftigte sich hierauf mit den Vorbereitungen zur Belagerung von Schweidnitz. Er schritt nicht

1) Forschungen zur deutschen Geschichte IX, 61. Vgl. Friedrich an Heinrich in den „Oeuvres“ XXVI, 249. 252. Arneth V, 333.

mehr, auf das Schlimmste gefaßt, am Rande des Abgrunds hin und konnte wieder zuversichtlich um sich blicken. Am 7. August antwortete er durch den Grafen Finckenstein dem englischen Kabinett und verlangte, daß die Kaiserin-Königin sich in unmittelbaren Verkehr mit ihm selber setzen sollte.

Das war eine sehr harte Zumutung für den Stolz des Wiener Hofes und seine Begier, der Zusicherungen von Schadenersatz, mit denen er Sachsen und andere Stände des Reiches fester an sich geknüpft hatte, wieder ledig zu werden. Und die Lage der Dinge wurde nicht besser, sondern verschlimmerte sich noch. Was für Hoffnungen hatte die Nachricht von Katharinas Thronbesteigung erweckt! Der fromme Wiener Hof beugte sich vor der göttlichen Vorsehung, die über Österreich, Rußland und die Christenheit gewacht hätte [1]). Doch jene freudigen Erwartungen erwiesen sich als eine schöne Luftspiegelung, und außerdem täuschte man sich auch in der Erkenntnis der Pläne der göttlichen Vorsehung; denn die Waffen der Gegner blieben siegreich. Nach dem Gefecht bei Reichenbach zog sich Daun in die Grafschaft Glatz zurück und gab die Festung Schweidnitz ihrem Schicksal preis, welches am 9. Oktober über sie hereinbrach. Ungefähr um dieselbe Zeit erfuhr man in Wien die Eroberung Havannas, das den britischen Waffen am 12. August erlegen war; nachdem Frankreich über die Bedingungen seines eigenen Ausgleichs mit England bereits einig geworden, mußte Spanien jetzt unzweifelhaft ebenfalls hastig nach der Friedenspalme greifen. Wie sehr wünschte Daun diesen Unterhandlungen ein gutes Ende! „Wenn aus den Präliminarien nichts werden sollte", schrieb er nach der Mitte des Oktober an Maria Theresia, „folglich kein Friede zu hoffen, so sehe ich nicht, wie Ew. Majestät den Krieg werden fortführen können, da nach den obwaltenden Umständen sehr zu besorgen, daß die Armee nicht einmal den Winter hindurch zu erhalten sein wird." [2])

Außerdem lebte der Wiener Hof seit dem September in

1) A. Beer, Die erste Teilung Polens I, 13.

2) Arneth V, 372.

der Besorgnis, daß die Türken im nächsten Frühjahr in das Banat einfallen würden; es war das noch eine Folge der Bemühungen Peters III. Der Hinblick auf ein solches Ereignis war besonders unangenehm. Am 3. November schrieb Kaunitz an Stahremberg: „Ew. Excellenz werden unschwer ermessen, daß unser Hof sich in nicht geringer Verlegenheit befinden müsse und diese zwar so viel als möglich zu verbergen suche, aber einem solchen Frieden, welcher wenigstens dem Allerhöchsten Ansehen und guter Treu' und Glauben nicht zuwiderlaufe, mit Verlangen entgegensehe.“ Der Staatskanzler meint, und nicht mit Unrecht, es dürfte von so vielen höchst wichtigen Staatsveränderungen, die sich innerhalb der kurzen Zeit von neun Monaten ereignet hätten, kein Beispiel zu finden sein. „Nachdem aber“, schreibt er weiter, „zum Unglück fast alle unsere Hoffnungen sich vereitelt und einen widrigen Ausgang genommen haben, bleibt der Satz an sich richtig, daß zwar ein schicklicher Ausweg zu einem anständigen Frieden sehr erwünscht wäre, daß aber ohne unser Verschulden solcher noch nicht gefunden worden.“

Eine Sorge verzog sich, die vor den Türken, welche das Schutz- und Trutzbündnis mit Preußen am 14. Oktober abgelehnt hatten, vielleicht infolge des russischen Thronwechsels mit leichterem Herzen; aber dafür traf die Meldung ein von dem Siege, welchen der Prinz Heinrich über kaiserliche Truppen und das Reichsheer am 29. Oktober bei Freiberg davongetragen. Dazu gesellte sich in kurzem die Nachricht von der Eroberung Kassels, durch welche der hochverdiente Prinz Ferdinand von Braunschweig seiner ruhmreichen Heldenlaufbahn den würdigsten Abschluß gab, und die Unterzeichnung der Präliminarien vonseiten Englands, Frankreichs und Spaniens. Besonders hart traf den Wiener Hof der Schlag des Prinzen Heinrich; denn durch diese empfindliche Niederlage wurden sowohl Böhmen als das Reich den preußischen Einfällen bloßgestellt. Indem daher der Staatskanzler jetzt ernsthaft den Frieden begehrte, fand sich auch sehr schnell der schickliche Ausweg, den er suchte.

Der Kurfürst von Sachsen, dessen Land unsäglich durch den Krieg gelitten, war endlich auch ein heißer Liebhaber des Friedens geworden. Im Mai hatte Brühl bei dem preußischen Residenten in Warschau, Benoit, Erkundigungen einziehen lassen, ob Friedrich II. wohl einen Neutralitätsvertrag mit August III. abschließen würde, und sich heilig verschwören, daß nicht er an der Feindschaft zwischen den Höfen von Berlin und Dresden schuld wäre, sondern, wie er andeutete, die verstorbene Königin von Polen. Benoit hatte ferner Zusammenkünfte, denen Brühl nicht fremd war, mit dem sächsischen Geheimen Rate v. Saul gehabt; aber ein Erfolg war nicht sichtbar geworden. Im August mischte sich Rußland in diese Verhältnisse. Katharina II. wollte den Frieden vermitteln, Österreich und Preußen dahin bringen, daß sie Sachsen räumten, und dem Könige von Polen eine Entschädigung auswirken. Die Kaiserin hatte dabei ihre besonderen Absichten; sie wünschte Kurland zum Vorteile Rußlands in die Hände des ehemaligen Herzogs Biron zurückzugeben und dem regierenden Herzoge, dem Prinzen Karl von Sachsen, durch säkularisierte Bistümer einen Ersatz in Deutschland zu verschaffen. Letzteres mag sie wenigstens haben andeuten lassen; denn am Warschauer Hofe war wieder von Entschädigung durch geistliche Besitzungen die Rede. Wie Benoit am 4. September meldete, sollte Saul deshalb nach Wien geschickt werden [1]. Zuerst jedoch ließ man ihn nach Paris gehen, um zu sehen, was Frankreich für Sachsen zu thun gedächte; den Rückzug aber nahm der Abgesandte dann über Wien, wahrscheinlich um hier dieselben Erkundigungen einzuziehen.

Von dieser Anwesenheit suchte nun Kaunitz eilig Gewinn zu ziehen. Er mochte sich um keinen Preis an Friedrich unmittelbar wenden, teils um nicht dem Ansehen des Wiener Hofes zu schaden, teils weil er wähnte, daß er dadurch den König in seinem Übermute bestärken und den Frieden also nicht befördern, sondern erschweren würde. Von einer fran-

1) Forsch. IX, 6. 8.

ßisch-englischen Vermittelung erwartete der Staatskanzler seit der Antwort, welche der König von Preußen am 7. August dem Londoner Hofe gegeben, gar keine oder doch nur eine sehr späte Wirkung. Der Beistand, welchen Katharina II. den kriegführenden Mächten im August angeboten, war, wie anderwärts, also auch in Wien zurückgewiesen worden, und ebenso wenig dachte der Staatskanzler jetzt an eine solche Vermittelung; denn die russische Gesinnung fand er nicht erfreulich, und er versprach sich deshalb von dort keine eifrige Verwendung zum Vorteile seines Hofes, während umgekehrt die große Entfernung die Unterhandlungen unvermeidlich hindern und aufhalten müßte. Dagegen schien ihm Sachsen höchst brauchbar, die erste Einleitung zum Frieden zu treffen. Er meinte: wenn das durchlauchtigste Erzhaus einen wesentlichen und vorzüglichen Nutzen von dem Frieden hoffen dürfte, so würde es gegen alle Staatsvorsicht laufen, dem sächsischen Hause gewissermaßen das Friedensgeschäft in die Hände zu geben; aber es komme jetzt beinahe ganz allein darauf an, das allerhöchste Ansehen zu retten [1]). Kaunitz wollte seiner Herrscherin den demütigenden Schritt ersparen, beim Könige von Preußen wegen des Friedens anzuklopfen, und außerdem durch sein Verfahren dem sächsischen Hofe die Gelegenheit nehmen, um einer Entschädigung willen in die Kaiserin-Königin zu bringen und, wenn er nichts bekäme, bei allen europäischen Mächten darüber ein Geschrei zu erheben oder wohl gar alsdann von Österreich selbst einige Vorteile zu verlangen.

Als Maria Theresia den Antrag ihres Staatskanzlers genehmigt hatte, machte dieser zweimal den Versuch, durch den Staatsreferendar v. Binder den Grafen Flemming, welcher den sächsischen Hof in Wien vertrat, dahin zu bringen, daß derselbe, ohne ihn bloßzustellen, zur Sprache käme, d. h. anscheinend von freien Stücken Kaunitz um Beförderung des Friedens bäte. Der Gesandte trug aber Bedenken, eigen-

1) Kaunitz an Stahremberg in Sybels' Historischer Zeitschrift XIV, 170 ff.

mächtig einen solchen Schritt zu thun, und so mußte denn ein anderer Weg eingeschlagen werden. Um nichts an der kostbaren Zeit zu verlieren, die Anwesenheit des Herrn v. Saul sich zunutze zu machen und dem Grafen Flemming jeden Anstand zu benehmen, lud Kaunitz die beiden Herren und den dem letzteren beigegebenen kursächsischen Residenten v. Pezold zu einer Unterredung ein, zu welcher er selbst nur den Baron v. Binder mitbrachte, und hielt — am 4. November — einen langen Vortrag, worin er auseinandersetzte, daß die Kaiserin-Königin trotz der letzten Widerwärtigkeiten sich keineswegs außer Stande sähe, den Krieg so lange wie der König von Preußen fortzuführen, und schon verdoppelte nachdrückliche Veranstaltungen zum nächsten Feldzuge machen ließe, aber durch die traurige Lage der sächsischen Lande, damit diese nicht gänzlich zugrunde gingen, an Herstellung eines Friedens, wenn derselbe nur einigermaßen anständig und billig wäre, zu denken bewogen würde. Hierauf zeigte Kaunitz, welchen Weg er eingeschlagen wissen wollte, und er hoffte, dafür die Billigung des Königs von Polen zu erhalten.

Flemming nahm den Vorschlag an, setzte nach der Anleitung des Staatskanzlers ein Schriftstück auf und empfing dann von demselben die Antwort, deren sich der mündlichen Verabredung gemäß Sachsen bedienen sollte, um dem Könige von Preußen eine Probe der friedfertigen Gesinnung des Wiener Hofes vorzulegen und ihn zu fragen, ob und wie er eine Unterhandlung eröffnen wollte. Es hieß in der österreichischen Erwiderung: „die Kaiserin-Königin sei zur Stiftung eines baldigen, billigen und dauerhaften Friedens wahrhaft geneigt und werde sich auch jede anständige Form, folglich die Unterhandlung mit oder ohne Vermittelung gefallen lassen“. Die letzten Worte sind sehr wichtig; sie sollten den König überzeugen, daß Maria Theresia es ernsthaft meinte, da sie sich mit ihm auch ohne Zwischenkunft einer dritten Macht vergleichen wollte.

Noch dringender als der Wiener Hof wünschte Sachsen das gute Einvernehmen mit Preußen wiederhergestellt zu sehen.

König August III. genehmigte nicht nur den von Kaunitz an die Hand gegebenen Plan, sondern er wollte sogar nötigenfalls einen Frieden für sich schließen. Unter dem immerhin auch begründeten Vorwand, um Erleichterungen in der Behandlung des Landes zu bitten, mußte der Geheime Rat Freiherr v. Fritsch zum König von Preußen, der ihn kannte und schätzte, nach Meißen gehen, von welchem er auch unverzüglich angenommen ward. Als er im Laufe der Unterredung erzählte, daß sein Herr nicht nur in Versailles, sondern auch in Wien auf Herstellung des Friedens antragen lassen und hier die billigsten Erklärungen zur Antwort erhalten hätte, da zieh ihn der König mit Lächeln einer allzu gutherzigen Leichtgläubigkeit. Nun holte Fritsch die beiden Aktenstücke hervor, welche Flemming und Kaunitz mit einander gewechselt hatten. Friedrich erklärte, daß er kein Verehrer der weitläufigen deutschen Schreibart sei, und er verlangte von Fritsch: derselbe sollte nur das Notwendigste lesen und zwar sehr langsam und deutlich, weil ihm diese Sprache nicht so geläufig wie das Französische wäre. Fritsch gehorchte, kam aber damit nicht gut vorwärts und zog nun eine französisch abgefaßte Instruktion vor, die ihm für diesen schon vorhergesehenen Fall mitgegeben worden war. Der König hörte sehr aufmerksam zu, geriet über einzelne Behauptungen des Wiener Hofes ohne Not in heftigen Zorn, beruhigte sich dann wieder und hatte noch ein langes Gespräch mit Fritsch. Als letzterer die Besorgnis aussprach, daß ihn die Schwäche seines Gedächtnisses hindern könnte, die Antwort ganz richtig abzufassen, erwiderte der König lächelnd: „Ich merke wohl, was Ihr von mir wünscht, und da ich der Versicherung von den friedlichen Gesinnungen der Kaiserin-Königin einstweilen trauen will, so soll mich auch die Mühe nicht verdrießen, die Feder zu gebrauchen; weil ich aber die hergebrachte Weise des Wiener Hofes zu gut kenne, auch bereits das fünfzigste Jahr überschritten und also Lehrgeld genug gegeben habe, so muß mir etwas Zeit gelassen werden, damit ich alles zuverlässig und genau ausdrücken kann, wie ich es meine."

Am folgenden Tage gab der König dem Freiherrn v. Fritsch die Erklärung, die er aufgesetzt, und fügte noch manche Bemerkungen hinzu, aus denen hervorging, daß er fest entschlossen war, in keine Gebietsabtretung zu willigen. Er sagte: „Die Kaiserin-Königin muß Schlesien verschmerzen und vergessen, dann wird nicht leicht wieder ein Krieg, so lange ich lebe, zu befürchten sein.“ Er versicherte, daß er es gern sehen würde, wenn der Dresdener Hof das erwünschte Friedenswerk einleitete. Wenn auch er von den ernsthaftesten Anstalten für den künftigen Feldzug sprach, so beteuerte er dabei doch höchlich, daß ihm in der Welt nichts lieber wäre, als einen baldigen billigen und dauerhaften Frieden zu erlangen. Kaunitz war mit der Art, wie Sachsen zuwerke gegangen, einverstanden. Wenn der König von Preußen in seiner Erklärung vom 29. November behauptet hatte, daß er aufrichtiger als der Wiener Hof den Frieden wünschte, so unterließ es der Staatskanzler, darüber mit ihm zu streiten; er wollte durch Thaten antworten und war bereit, in einigen Tagen eine vertraute Person unter einem anderen Vorwande nach Dresden zu schicken mit der Ermächtigung, nicht allein zu unterhandeln, sondern auch abzuschließen. Wirklich langte dort am 18. Dezember der Hofrat v. Collenbach an; er erschien mit einem Gefolge, dessen große Zahl es schwer machte, den Zweck der Reise zu verbergen.

An demselben Tage kam Fritsch nach Leipzig zum Könige von Preußen, der anfangs einige Verwunderung bezeigte, den Freiherrn wiederzusehen, und gestand, daß er den in Meißen geschehenen Antrag auf sich hätte beruhen lassen. Mit Freuden ging er aber dann auf weitere Besprechungen ein. Was den Ort betrifft, so war ihm jeder recht, und er erklärte sich sogar bereit, einen Gesandten nach Wien zu schicken; doch da gewiß durch seine Anwesenheit viel Zeit gewonnen würde, so wollte er den österreichischen Bevollmächtigten in Leipzig erwarten. Im übrigen kam er mehrmals auf die Frage zurück, was der Wiener Hof unter einem billigen Frieden verstände, und er wünschte zu wissen, ob man in Dresden erraten könnte,

was mit diesen Worten gemeint wäre. Fritsch beteuerte, darüber keine Auskunft geben zu können. Da fuhr der König mit Lebhaftigkeit auf und sprach: „Wenn ich nicht alle meine Länder wieder erhalte, so ist an nichts zu denken und der Handel wird kurz sein.“ Fritsch meinte: „Wenn nun Ew. Majestät einen Ersatz für Glatz bekämen, da selbiges der Kaiserin nötig ist, um Böhmen zu decken, so erreichten Sie doch Ihren Endzweck.“ Friedrich wies aber die Zumutung ernsthaft ab und sprach: „Ich will meinem Nachfolger nicht die Gefahr hinterlassen, Schlesien zu verlieren, welches nur durch Glatz auf jener Seite gedeckt wird.“ Fritsch fragte den König auch, was er mit dem armen Sachsen machen werde, und als dieser antwortete: „Ich gebe Euch Euer Land wieder“, fuhr er fort: „Ist das genug, wie es jetzt aussieht? Ew. Majestät sollten die letzten Akte der Tragödie zu Dero Ruhm billig zu endigen bedacht sein, da mein Hof künftig gewiß der beste und nützlichste Nachbar sein wird.“ Aber davon wollte der König nichts hören. „Rechnet ja nicht darauf“, sprach er, „ein Dorf oder einen Groschen von mir zu bekommen; macht, daß es bald alle wird, ich will dann sorgen, Euch einen Vorteil zu verschaffen.“

Als Fritsch nach Dresden zurückgekehrt war, sollte er sogleich wieder mit dem Herrn v. Collenbach gen Leipzig reisen; aber letzterer trug natürlich Bedenken, ohne seines Hofes ausdrücklichen Befehl dorthin zu gehen, und erst durch die Bitten des kurprinzlichen Paares, das die Verantwortlichkeit übernahm, ließ er sich dazu bestimmen. Beide Männer fuhren am 23. Dezember von Dresden ab, der Österreicher eine Stunde früher als der Sachse. Wie nun dieser den Wiener Hofrat abends einholt, findet er ihn in der größten Aufregung. Collenbach zieht Fritsch in ein abgelegenes Zimmer und führt ihm aufs ernstlichste zu Gemüte, zu welchem nachteiligen Schritt er Veranlassung gegeben; denn die ganze Unterhandlung, die doch auf das strengste Geheimnis gebaut gewesen, könne dadurch vereitelt werden. Schon in Dresden hatte der Hofrat, wie er sagte, Unglaubliches über seine Reise

vernommen; aber was mußte er hören, als er auf der Meißener Fähre über die Elbe setzte? „Da kommen die Wiener, die gehen zum König!“ hatte nämlich ein preußischer Soldat zu vielen Kameraden gesagt. Mit Hin- und Herreden verging der größte Teil der Nacht. Endlich verglich man sich und fuhr gemeinschaftlich noch bis Wermsdorf; hier blieb Collenbach zurück, und Fritsch reiste weiter nach Leipzig.

Aber während der sächsische Bevollmächtigte mit Friedrich II. über den Ort der Unterhandlung ins reine zu kommen suchte, schien es, als würde der Wiener Hof sich wieder zurückziehen. Kaunitz war empört, als er erfuhr, daß der König von Preußen Leipzig bestimmt hatte; denn er sah darin eine Mißachtung der Würde seines Hofes, und er war entschlossen, Collenbach dorthin, wo Friedrich II. sich aufhielt, auf keinen Fall ziehen zu lassen, sollte sich darüber auch das ganze Geschäft zerschlagen. Wie fuhr er erst auf, als er hörte, daß der unselige Hofrat wirklich mit Fritsch nach Leipzig abgereist wäre. „Wenn ich die hiesigen Minister jemals betreten und aufgebracht gesehen“, schrieb Flemming am 26. Dezember, „so war es diesmal.“ Alle Vorstellungen des sächsischen Gesandten halfen nichts; man antwortete durch einen Eilboten: die Würde des kaiserlichen Hofes gestatte durchaus nicht, auf den preußischen Vorschlag einzugehen, und man werde lieber äußersten Falles die ganze Unterhandlung sich zerschlagen lassen, als dazu sich bequemen. Collenbach sollte daher erklären, daß sein Hof die Reise nach Leipzig verwerfe.

Der österreichische Bevollmächtigte hatte das aber nicht nötig; denn Friedrich war unverzüglich auf dessen Antrag eingegangen, daß Wermsdorf für die Unterhandlung gewählt würde, und der Kurprinz ließ die besten bewohnbaren Räume des ganz in der Nähe gelegenen Jagdschlosses Hubertsburg, das im Januar 1761 von den Preußen auf einen unrühmlichen Rachebefehl Friedrichs II. greulich verwüstet worden war, für die Bevollmächtigten instand setzen.

In Wien erfuhr man mit Vergnügen, daß Collenbach die anstößige Reise noch zu rechter Zeit unterbrochen, und der

König sich mit der Wahl von Wermsdorf einverstanden erklärt hatte; man erblickte darin eine Rechtfertigung des eigenen Verhaltens und meinte: „jetzt könne die Unterhandlung mit weit mehr Ordnung und Gelassenheit eröffnet werden, als wenn man bei allzu naher persönlicher Gegenwart des Königs beständig neue Überraschungen oder gar Einschüchterungen, woran er so sehr gewöhnt, zu befürchten gehabt hätte". So war endlich die Bühne gefunden, wo gleichsam der letzte Auftritt des Siebenjährigen Krieges gespielt werden sollte.

Von preußischer Seite kam nach Hubertsburg der Geheime Legationsrat v. Hertzberg. In dem verwüsteten Hauptgebäude konnten die Bevollmächtigten aber nicht aufgenommen werden. Der Hofrat v. Collenbach bezog daher die Räume, die bis dahin ein Kammerherr inne gehabt hatte, Fritsch nahm einige Stuben des Bettmeisters in Anspruch, und einen anderen Kammerherrn bewog er, die beiden großen Zimmer, die derselbe mit eigenem Hausgerät versehen, für die Sitzungen herzugeben. Die Wohnung eines Inspektors wurde für Hertzberg eingerichtet.

Letzteren hatte sein König aus Berlin kommen lassen und ihm in Leipzig am 28. Dezember Verhaltungsbefehle gegeben. Darin hieß es: „Die ersten Vorschläge des österreichischen Bevollmächtigten werden allem Anscheine nach sehr übertrieben und unannehmbar sein. Das ist die hergebrachte Sprache des österreichischen Stolzes, und der Herr v. Hertzberg muß sich darauf vorbereiten. Man wird ohne Zweifel die Grafschaft Glatz behalten wollen; man wird vielleicht der Form wegen die nämliche Forderung inbezug auf Geldern und Cleve stellen; man wird für Sachsen eine Entschädigung verlangen und möglicherweise noch andere unvorherzusehende Ansprüche dazufügen, auf die man sich bei dem Wiener Hofe gefaßt machen muß, ohne sich jedoch darüber zu beunruhigen; denn er verlangt anfänglich immer viel, um nachher, je nachdem er Widerstand findet, herunterzulassen. Der Herr v. Hertzberg wird alles zum Bericht nehmen, und wenn die Forderungen zu stark sind, wird er sie mit einer Art von Erstaunen und mit dem Be-

merken zurückweisen, daß er nicht wagen könnte, sie dem Könige zu melden; Gebietsabtretungen liefen der gegenwärtigen Lage der Dinge gänzlich zuwider. Nachdem der König den Krieg eine so lange Reihe von Jahren standhaft ausgehalten, könnte man wohl glauben, daß er schließlich nicht solche Bedingungen annehmen würde, und da das Suum cuique die natürlichste Grundlage für einen billigen Frieden sei, so hoffe er, daß man ihn also in den Stand setzen werde, einen Bericht abzufassen, durch welchen ein für die Menschheit so heilsames Werk gefördert und beschleunigt werden könne."

So sollte der preußische Bevollmächtigte im gegebenen Falle sprechen. Man dachte natürlich auch daran, daß etwa der österreichische Unterhändler die großen Hilfsquellen seines Hofes und die Vorbereitungen für den nächsten Feldzug geltend machte, und man befahl dem Herrn v. Hertzberg, in solchem Falle mit ähnlichen Behauptungen hervorzutreten.

Würde für Sachsen eine Entschädigung begehrt, alsdann sollte der Bevollmächtigte auf die ungeheure Verwüstung der preußischen Provinzen hinweisen, niemals aber hierbei die Russen nennen, sondern nur allgemein von den Feinden des Königs reden; denn Friedrich wollte bei den freundschaftlichen Beziehungen, in die er zu Katharina II. getreten war, der österreichischen Regierung keine Gelegenheit bieten, ihn irgendwie mit Petersburg zu entzweien.

Der König hatte nicht die Absicht, eher mit Sachsen Frieden zu schließen, als bis er des Wiener Hofes versichert wäre; vielmehr sollte sich Hertzberg dieses Umstandes bedienen, um an dem sächsischen Bevollmächtigten einen Gehilfen zu gewinnen und den Wiener Hof gelehriger zu machen. Freilich durfte der Friede auch nicht zu schnell kommen; denn Sachsen könnte nicht geräumt werden, ehe nicht für den Unterhalt der preußischen Truppen gesorgt wäre, d. h. also nicht vor dem Ende des Februar. Anderseits aber wünschte der König zu der Zeit bestimmt zu wissen, woran er wäre.

Wenn die Unterhandlungen gut abliefen, so wollte Friedrich II. dem Erzherzog Joseph seine Stimme für die römische

Königswahl versprechen, und ebenso war er bereit, einem Sohne des Königs von Polen, dem Prinzen Klemens, ein erledigtes Bistum zu verschaffen.

Der König von Preußen war, wie sich bald zeigte, zu mißtrauisch gewesen; denn gleich in der ersten Sitzung vom 30. Dezember kam Collenbach mit der Sprache sehr heraus und nahm zur Grundlage der Unterhandlung den Satz, daß keine der beiden Parteien durch den Frieden einen wirklichen Verlust erleiden sollte. Das stimmte doch im Grunde mit der Meinung des Königs überein, welcher die Herstellung des Besitzstandes vor dem Kriege verlangte.

Collenbach brachte dann die Forderungen des Wiener Hofes vor. Danach sollte der Friede mit Sachsen zu gleicher Zeit wie der österreichische und zwar auf einem billigen und angemessenen Fuße wiederhergestellt werden.

Maria Theresia wünschte ferner die weibliche Erbfolge der pfälzischen Linie Sulzbach in den Herzogtümern Jülich und Berg wieder anerkannt zu sehen, und Friedrich ist schließlich darauf eingegangen. Dagegen eine andere Beschränkung, die man ihm zumutete, hat er beharrlich von sich gewiesen; er weigerte sich, darein zu willigen, daß Ansbach und Baireuth niemals mit dem Hauptlande vereinigt würden.

Inbezug auf Schlesien hatte Maria Theresia drei Forderungen. Zunächst wünschte sie die Grafschaft Glatz zu behalten, nicht als ein erobertes Ländchen, obwohl sie sich damals im Besitze desselben befand, sondern in der vorgeschobenen Absicht, den Frieden dauerhaft zu machen. Sie war dafür erbötig, eine große Geldsumme zu zahlen, deren Zinsen, zu fünf Prozent gerechnet, den Einkünften aus der Grafschaft gleichkämen, und als der König hierauf nicht einging, wollte sie sogar den Teil des Fürstentums Neiße, der in ihrem Besitze war, abtreten. Mündlich fügte Collenbach hinzu: wahrscheinlich seien die Einkünfte der Grafschaft Glatz größer als die des angebotenen Bezirks, aber man erbiete sich den Unterschied dadurch auszugleichen, daß man einen verhältnismäßigen Teil der schlesischen Schuld übernehme.

Jedoch in diesem Punkte waren alle Vorschläge vergeblich; schon am 4. Januar hatte Hertzberg gesagt: „Es kommt alles auf die Erklärung über Glatz an; ist diese erfolgt, so ist die Unterhandlung in einem Tage aus." In der Duplik vom 24. Januar begründete Preußen sorgfältig und ausführlich diesen Punkt. Durch den Besitz des Glätzer Ländchens, hieß es darin, erhalte der Wiener Hof stets einen offenen Eingang nach Schlesien bei der ersten Eröffnung des Krieges; dasselbe bilde gleichsam eine Bresche in die Provinz, welche die ganze Verteidigung der letzteren schwäche und Preußen verhindere, sich mit Erfolg darin zu wehren. Umgekehrt aber könne diese Grafschaft für Böhmen nicht gefährlich werden; der Posten von Politz sei, wie der Feldmarschall Daun bezeugen werde, gleichsam eine natürliche Festung, welche den Eintritt in Böhmen verwehre; dahinter befinde sich noch eine Reihe von Posten. Folglich können die Österreicher leicht nach Schlesien, die Preußen dagegen nicht so leicht nach Böhmen und Mähren eindringen. Der König ließ auf das allerentschiedenste versichern, daß er weder um Geld, noch um ein anderes Gebiet in die Abtretung willigen werde.

Ob die angeführten militärischen Erwägungen ganz richtig sind, darüber kann man streiten, zumal wenn man sich erinnert, wie die Preußen weder 1778 noch 1866 haben zurückgehalten werden können; aber Österreich hat nichts gethan, um die angeführten Bedenken wegzuräumen.

Einen anderen Schlesien betreffenden Punkt bildeten die Handelsangelegenheiten. Im Berliner Friedensvertrage vom 28. Juli 1742 war festgesetzt worden, daß der Handelsverkehr zwischen den Unterthanen beider Teile so bleiben solle, wie es vor dem Kriege gewesen, und zwar so lange, bis man durch sofort zu ernennende Kommissionen sich hierüber geeinigt habe. Drei Jahre später, als man in Dresden abermals Frieden schloß, verpflichtete man sich nur, den Handel zwischen Österreich und Preußen so viel als möglich zu befördern. Ausgeführt sind aber diese Bestimmungen nicht worden; denn bei den Unterhandlungen, welche stattfanden, hat man sich nicht

verständigen können. Und so ging denn die österreichische Regierung eigene Wege; sie erhöhte gewisse Zölle sogar bis auf sechzig Prozent, und jetzt wollte sie völlige Freiheit in dieser Beziehung gewinnen. Umgekehrt mochte Friedrich die zu Breslau und Dresden erlangten Rechte nicht aufgeben. Er hegte keineswegs die Absicht, auf Kosten des österreichischen Handels Vorteile davon zu tragen, sondern er wünschte nur, daß einige allgemeine Grundsätze für einen künftigen Handelsvertrag aufgestellt würden, und als er abermals eine abschlägliche Antwort empfing, da gab er sehr ausführlich an, was er begehrte. Nach der Tabelle, die er mitschickte, betrug die Ausfuhr aus den österreichischen Ländern nach Schlesien 1,864,000 Thaler, während von hier nur für 723,000 Thaler Waren hinübergingen. Der Unterschied belief sich also auf 1,141,000 Thaler zugunsten Österreichs.

Inbezug auf die Ausfuhrzölle wünschte der König von Preußen keine Veränderung, da dieselben zu Klagen während des Krieges nicht Anlaß gegeben hätten; nur sollten die Waren genannt werden, deren Ausfuhr niemals verboten werden dürfte, und zwar wurden hierfür vorgeschlagen: Flachs, Garn, Leinen, Leinwand, Knoppern, Weinstein, Potasche, Salpeter, Schaf- und Baumwolle. Dagegen begehrte der König von Preußen, daß die Verbrauchssteuern von beiden Parteien auf zehn Prozent festgesetzt würden; ferner die Durchgangszölle war er geneigt also zu lassen, wie sie 1739—1740 gewesen, wenn er auf der anderen Seite die gleiche Bereitwilligkeit fände.

Inbezug auf den Handel suchte der Wiener Hof also volle Freiheit zu gewinnen und dem Könige die Vorteile zu nehmen, die derselbe 1742 und 1745 gewonnen. In einem anderen Falle ging es umgekehrt zu. Im Berliner Vertrage hatte Friedrich Versprechungen inbezug auf die katholische Kirche gegeben, von denen er jetzt befreit zu werden suchte, nämlich, „daß er die katholische Religion in Schlesien in ihrem Bestand erhalten werde, jedoch ohne weder der Freiheit des Gewissens und der protestantischen Kirche, noch seinen Rechten als Sou-

veräm Abbruch zu thun; er werde sich übrigens der letzteren nicht zum Schaden des status quo der katholischen Religion bedienen". Aus diesem Friedensartikel waren aber nachher Streitigkeiten erwachsen darüber, was unter den Souveränitätsrechten zu verstehen sei, welche sich der König vorbehalten habe; z. B. ist behauptet worden, daß unter Religion hier auch das zeitliche Einkommen der Geistlichen, die sogen. Temporalien, inbegriffen wären.

Dieser Streitigkeiten wünschte Friedrich nun ledig zu werden. Durch unangenehme Erfahrungen der letzten Jahre war er überdies zu dem Glauben gekommen, daß bei einem Kriege zwischen Preußen und Österreich der Bischof und die Katholiken mehr an Wien als an Berlin hingen, und so begreift man seinen Wunsch, daß der Breslauer Kirchenfürst nur das preußische Schlesien unter sich haben möchte. In einer Denkschrift, welche dem preußischen Bevollmächtigten in Hubertsburg vorgelegen hat, heißt es: „Wenn der Charakter eines Bischofs das Laster der Undankbarkeit besitzt, so vermag er einen sicheren Verräter nicht nur während des Krieges, sondern auch schon bei den Vorbereitungen dazu abzugeben. Denn da der Bischof der vorzüglichste Stand Schlesiens ist und folglich einen solchen Zutritt hat, wie er anderen verwehrt ist, so müssen ihm gewisse Pläne weit eher bekannt werden, und indem er nun in beiden Teilen Schlesiens in Diöcesanangelegenheiten mit seinen Beamten in beständiger Verbindung bleibt, hat er unverdächtige Gelegenheiten, Mitteilungen zu machen, und ist privilegierter Kundschafter. So hatte der Bischof Schafgotsch in Weidenau und Johannisberg einen Kanal in der Person des Landeshauptmannes, der ihm auch bei seiner Entweichung nach Wien vorausging."

Schon 1748 und 1754 waren Versuche gemacht worden, die Diöcesangrenzen zu ändern, hatten aber keinen Erfolg gehabt, und auch in Hubertsburg ist hierüber nicht verhandelt worden. Maria Theresia wollte den König nicht einmal von dem befreien, was er 1742 versprochen. Wenn er dagegen hätte die Grafschaft opfern wollen, so wäre jenes wünschens-

werte Ziel wahrscheinlich leichter zu erreichen gewesen; denn er würde dann den Teil des ehemaligen Fürstentums Neiße, der jetzt österreichisch war, mit dem schönen Johannisberg erhalten und nun die Breslauer Bischöfe wohl geneigter gefunden haben, die Grenzen ihres Sprengels übereinstimmend mit den politischen machen zu lassen [1]).

Neben der österreichischen Unterhandlung lief die sächsische hin. Daß die Lage der Dinge nicht auf eine den erlittenen Verlusten entsprechende Entschädigung rechnen ließe, hatte der König von Polen wohl eingesehen und am 16. Dezember an den Kurprinzen geschrieben: man müsse zu erreichen suchen, was möglich sei. Unter den Vorschlägen, die er damals mitschickte, befand sich auch die Erwerbung von Erfurt mittelst eines Tausches, ferner wurden die Teile genannt, welche dem Könige von Preußen in der Lausitz gehörten. Näheres war nicht angegeben. Als nun die Unterhandlung begann, verlangte Collenbach wohl, daß der Friede mit Sachsen zu gleicher Zeit wie der österreichische und zwar auf einem billigen und angemessenen Fuße wiederhergestellt würde, dann aber hielt er im Vorlesen inne; denn er hätte den sächsischen Bevollmächtigten gern von der Teilnahme an den Beratungen über den österreichischen Frieden ausgeschlossen, wenn Hertzberg nicht anderer Meinung gewesen wäre. Darüber, was der Wiener Hof als billig und angemessen betrachtete, weigerte sich Collenbach Auskunft zu geben, und als Fritsch infolge dessen zu ihm von den einer verbündeten Regierung schuldigen Rücksichten sprach, erhielt er die herbe Antwort: „Der König von Polen und seine sächsischen Lande wären durch ihren eigenen, der Reichsgrundverfassung gemäßen Willen in ihr Unglück geraten und hätten keinen Vertrag mit der Kaiserin-Königin anzuziehen."

Collenbach handelte hierbei genau nach dem, was ihm vor-

1) Die Kaiserin hätte sogar schlimmstenfalls, um das Glätzische zu behalten, Troppau und Jägerndorf geopfert, wie sie Anfang September einmal an Binder schrieb. Arneth II, 369.

geschrieben war. Der Wiener Hof hatte dem sächsischen eine Entschädigung versprochen. Als aber die Eroberungsaussichten verschwanden, da verschwand auch die Entschädigungslust, und man beschloß: der Bevollmächtigte des Königs von Polen sollte frei begehren, was er wollte, und seine Geschäfte so gut als möglich besorgen; dagegen würde der österreichische keinen Frieden ohne jenes Einwilligung machen. Kaunitz wußte sehr wohl, daß er hierbei nichts wagte; dem sächsischen Hofe müßte, schrieb er an Stahremberg, am meisten daran gelegen sein, das Friedensgeschäft zu befördern und zum baldigen Schlusse zu bringen.

Fritsch und der ihm auf sein Verlangen nachgeschickte Hofrat Gutschmid waren mit Collenbachs Verfahren natürlich ganz unzufrieden; sie rechneten auf den werkthätigen Beistand des Wiener Hofes für ihre wichtigsten Forderungen. Sie mußten wünschen, daß die Feindseligkeiten unverzüglich aufhören und vom 1. Januar ab weder Kriegssteuern noch andere Leistungen mehr verlangt werden sollten, daß ferner Sachsen ebenso schnell von den Preußen geräumt würde, wie die Grafschaft von den Österreichern. Fritsch und Gutschmid forderten außerdem, daß Collenbach mit ihnen gemeinschaftlich über die Mittel beriete, dem sächsischen Hof eine Entschädigung zu verschaffen. Dem Staatskanzler aber ließ der Kurprinz die Erwartung aussprechen, daß der Bevollmächtigte des Wiener Hofes nicht nur die sächsischen Entschädigungsansprüche seinen Vorschlägen einreihen, sondern dieselben auch zu einer Bedingung machen würde, von deren Erfüllung das Ende des Krieges abhinge.

Fritsch und Gutschmid übergaben am 4. Januar ihre Note dem österreichischen Bevollmächtigten und in Abschrift auch dem preußischen. Jener unterstützte nun wohl sehr lebhaft den Termin des 1. Januar, sonst aber blieb er bei seinem Verfahren, und so mußte denn Fritsch den Entwurf eines Friedensvertrages allein vorlegen. Er that es am 8ten und erregte mit seinem Schriftstück den Zorn des Königs von Preußen. Dieser ließ an Hertzberg schreiben: „Die Bedingungen lauteten so,

als ob seine Lage außerordentlich schlecht wäre", und er fügte dann mit eigener Hand noch hinzu: „Man muß die Sachsen ein- für allemal enttäuschen und von ihren schimärischen Ansprüchen abbringen."

Wie auf den österreichischen, so folgt nicht minder auf den sächsischen Entwurf eine preußische Antwort, eine sächsische Replik und eine preußische Duplik. Nach der letzteren sollten die Kriegssteuern vom Tage der Unterzeichnung an aufhören. Man unterließ nicht, darauf hinzuweisen, daß dergleichen in der Grafschaft Glatz noch forterhoben und ebenso die preußischen Unterthanen auf der linken Seite des Rheines in bedeutendem Maße von den Franzosen gedrückt würden, obwohl in letzterem Falle sogar die Präliminarien bereits ratifiziert wären. Inbezug auf den Abmarsch der Truppen hieß es in der Duplik: „Der König sei aufrichtig gesonnen, durch schnelle Räumung Sachsen zu erleichtern; aber da man nicht versprechen wolle, was man nicht halten könne, so ziehe man es vor, freimütig anzugeben, was man für möglich halte und was nicht. Gleich nach der Unterzeichnung werde der König diejenigen Regimenter abmarschieren lassen, die in Westfalen, Preußen, Schlesien und Magdeburg stehen, dagegen die märkischen und pommerschen Truppen könne man erst wegschicken, wenn die Flüsse vom Eise frei seien, und man also die Magazine zu Wasser dahin zu schaffen vermöge." Drei Wochen nach der Ratifikation hoffte der König die Räumung beendet zu haben; aber schon von dem Tage der Unterzeichnung der Friedensartikel an versprach er seine Truppen aus den eigenen Magazinen zu unterhalten. Man sieht, der König gab den Sachsen so viel als möglich nach; dagegen sprach er sein Erstaunen darüber aus, daß sie den Anspruch auf Entschädigung nach den Erklärungen, die er inbezug auf diesen Punkt bei so vielen Gelegenheiten gegeben, dennoch wiederholt hätten, und er drückte die Hoffnung aus, daß der König von Polen dem Beispiele des Berliner Hofes, des Herzogs von Braunschweig und des Landgrafen von Hessen folgen würde.

So weit war am 24. Januar die Unterhandlung vor-

gerückt; es unterliegt keinem Zweifel, daß die Dinge für Preußen günstig standen. Mittlerweile hatten sich auch im Westen die Verhältnisse zum Vorteile Friedrichs II. gestaltet. Durch den Einfall, welchen General Kleist auf Befehl des Königs bis nach Nürnberg hin unternommen, waren die des Krieges überhaupt schon müden Stände noch begieriger nach dem Frieden geworden; im Dezember 1762 begannen sie Verträge mit dem preußischen Gesandten in Regensburg abzuschließen. Den Reigen eröffnete Bayern, welches noch einen besonderen Antrieb hatte, die Freundschaft mit dem großen Könige zu erneuern; denn wenn dieser in dem geheimen Abkommen versprach, des Kurhauses in München sich bestens annehmen und alle widrigen Absichten gegen dasselbe nach Möglichkeit hintertreiben zu wollen, so können hiermit nur die Pläne gemeint sein, die der Wiener Hof inbezug auf die Innlinie verfolgte. Die Pfalz, welche durch dieselben gleichfalls bedroht war, schloß einen ähnlichen Vertrag. Beide wirkten außerdem in Regensburg für den Frieden.

Im Anfange des Jahres 1763 hatten die Höfe von London und Versailles den Reichstag aufgefordert, die Neutralität anzunehmen, da sie sich sonst gezwungen sehen würden, die Stände ihrem Schicksal zu überlassen. Am 10. Januar befürworteten die Gesandten der Wittelsbacher Kurfürsten einen solchen Beschluß, und eine Woche später erklärten sich im Fürstenrate 42 Stimmen dafür, obwohl die kaiserlichen Kommissarien ermahnt hatten, die Beratung nicht zu übereilen. Um die Bewegung nicht ganz selbständig werden zu lassen, machte Franz I. der Regensburger Versammlung durch ein Dekret bekannt, daß Maria Theresia die Stände des Reiches ihrer im Jahre 1757 übernommenen Verbindlichkeiten entließe; und er selbst erklärte sich bereit, zu allen Mitteln huldreich die Hände zu bieten, die geeignet wären, den Ruhestand und die Sicherheit im Reiche wiederherzustellen.

Auch inbezug auf Cleve, Wesel und Geldern konnte Friedrich II. sich jeder Befürchtung, daß die Franzosen diese Plätze den Österreichern übergeben würden, nunmehr entschlagen. Es

war, wie wenn ein frischer Wind fortfährt, die Wolken zu verjagen, die so lange den trüben Himmel bedeckt gehalten haben.

Eben diese Verhältnisse benutzte Collenbach, um auf Fritsch einzuwirken, daß dieser mit den letzten Entschließungen des sächsischen Hofes hervorkommen möchte, sonst könnte der König von Preußen unvermutet darauf verfallen, die Unterhandlungen abzubrechen oder wenigstens noch härtere Bedingungen zu stellen; eine Bemerkung, die dem sächsischen Bevollmächtigten um so mehr einleuchten mußte, als er selbst gegen den Kurprinzen einer ähnlichen Besorgnis Ausdruck gegeben hatte. Collenbach durfte den Freiherrn v. Fritsch nicht auffordern, von jeder Entschädigung abzustehen, es war ihm nur gestattet, mittelbar dahin zu steuern und auf die traurigen Folgen der Verzögerung aufmerksam zu machen. Umgekehrt wähnten der Kurprinz und Fritsch, es würde der König von Preußen, wenn Collenbach endlich Glatz aufgäbe, die Entschädigung Sachsens ernstlich unterstützte und den Frieden davon abhängig machte, vielleicht eine solche noch bewilligen. Das war aber eine grobe Täuschung [1]). Der Kurprinz bemerkte doch einmal ganz richtig dem Freiherrn v. Fritsch, daß der König von Preußen nicht den Frieden suchte und sich dieses Vorteils wohl bewußt wäre; die Duplik zeigte ferner sehr deutlich den festen Willen des letzteren, keiner Entschädigung zuzustimmen. Das einzige Heil lag also für Sachsen darin, das Unerreichbare rasch aufzugeben, um den Frieden zu beschleunigen, dadurch eine frühere Räumung des Landes herbeizuführen und die Leiden der armen Einwohner abzukürzen; die Preußen suchten überdies rückständige Kriegssteuern, zum Teil unter harten Drohungen, noch einzutreiben, ehe der Friedensvertrag es ihnen verböte.

1) Beaulieu-Marconnay, der in seinem Buch „Der Hubertsburger Friede“ ein sehr reiches Material aus den Archiven von Berlin und Dresden zum erstenmale benutzt und in dankenswertester Weise veröffentlicht hat, folgt hier doch zu sehr seinen sächsischen Quellen, während er (S. 35. 36) ganz richtig urteilt, und Schäfer hat sich von ihm gefangennehmen lassen.

Jedoch erst nach einigen Tagen faßte man in Dresden den heilsamen Entschluß, jeder Entschädigung zu entsagen.

Als Fritsch den österreichischen Bevollmächtigten hiervon in Kenntnis setzte, war dieser ohne Zweifel im Herzen froh, jedoch als ein höflicher Mann sprach er nicht ohne Verwirrung sein Bedauern darüber aus, daß das Unglück der Waffen die Absicht des Wiener Hofes, dem sächsischen eine vollständige Entschädigung zu verschaffen, vereitelt hätte. Er machte sich wieder anheischig, den letzten Dezember als Endpunkt der Kriegssteuern zu verlangen, und wünschte, daß Fritsch von dem Verzicht auf Entschädigung noch schweigen möchte. Dieser weigerte sich aber, hinter dem österreichischen Bevollmächtigten am Leitseil einherzugehen, und trat in der Sitzung am 29. Januar mit der Erklärung hervor, ohne welche der preußisch-sächsische Friede nicht zustande kommen konnte. Collenbach unterstützte nicht nur den Termin des 1. Januar, sondern versprach auch vonseiten seines Hofes das gleiche Verfahren; dann bot er die Herausgabe der Grafschaft Glatz unter der Bedingung an, daß die Festung geschleift und inbezug auf den Handel beiden Teilen bis zur künftigen Schließung eines Vertrages vollständige Freiheit gelassen würde. Hertzberg hatte sowohl gegen die eine wie gegen die andere Einschränkung viel einzuwenden, doch was sollte er machen, wenn Collenbach erklärte, daß er von Handelsangelegenheiten gar nichts verstände? „Eine solche Behauptung ist schwer zu bekämpfen", schrieb er nach Leipzig.

Der österreichische Hofrat überreichte ferner ein Schriftstück, welches verschiedene Wünsche zugunsten der katholischen Religion in Schlesien enthielt, und bat Hertzberg, dasselbe dem Könige zu empfehlen. Die darin ausgesprochenen Begehren sind zwar nicht erfüllt worden, aber doch immer mitteilenswert. Erstlich solle die katholische Kirche in dem Stande, wie sie sich 1742 befunden, erhalten werden; dann solle der katholischen Gemeinde dieser Länder erlaubt sein, einen Deputierten am Berliner Hofe zu haben, durch welchen alle Klagen bei den Ministern und erforderlichenfalls auch bei dem Kö-

nige selber vorgetragen werden; dieser Gemeinde sei der Zugang in Religionssachen an den päpstlichen Hof zu gestatten. Dem Domkapitel solle die freie Wahl eines Bischofs, ohne daß der preußische Hof sich einmischen könne, zugestanden und alle geistlichen Pfründen ebenso wie unter der österreichischen Regierung vergeben werden. Der Eintritt in geistliche Orden solle niemandem verwehrt sein, und bei gemischten Ehen solle das Konsistorium über Streitigkeiten entscheiden und die Appellation an die Nuntiatur gehen. Kein Stift sei höher zu besteuern als die Weltlichen. Das Edikt vom Jahre 1753, worin alle Vermächtnisse und Zuwendungen zu frommen Zwecken sowie auch die Errichtung fast aller neuen Fundationen gänzlich verboten und die pia legata und Vermächtnisse für Seelenmessen bis 500 Thaler verschränkt worden, solle gänzlich aufgehoben werden. Endlich seien die Testamente der Geistlichen nur bei dem geistlichen Vikariat zu veröffentlichen und ebendaselbst die daraus entstehenden Streitigkeiten zu entscheiden.

Das Aktenstück an seinen Herrn zu senden, konnte sich Hertzberg nicht weigern; er bemerkte jedoch, daß der König einer fremden Macht schwerlich gestatten werde, sich in dergleichen innere Verhältnisse zu mischen.

Der sächsische Bevollmächtigte war, seitdem er von dem Verzichte seines Hofes auf Entschädigung Kenntnis gegeben hatte, die ganze Zeit über still geblieben; jetzt aber sprach er sein höchstes Bedauern darüber aus, daß das unglückliche Sachsen, obwohl es, von seinen Freunden ohne Hoffnung gelassen, mehr zu erreichen, auf das hin abzuschließen bereit sei, was der Feind zugestehen wolle, doch wegen fremder Zwecke das Ende seines Elendes verzögert sehen müsse. Auf einem Spaziergange, den Collenbach vorgeschlagen, machten diesem die sächsischen Bevollmächtigten über sein Verfahren noch weitere Vorwürfe, die jetzt auch, nachdem der Dresdener Hof allen Entschädigungsansprüchen entsagt hatte, sehr begründet waren.

Collenbach brauchte Zeit, um alles reiflich in Bedacht zu nehmen. Am Abend kam er mit seinem Sekretär wider Ge-

wohnheit zum Besuche zu Fritsch; er ließ Gutschmid holen und erklärte nach einer langen Rede, daß er sein ganzes Geheimnis ihnen offenbaren und in ihre Hände legen wolle. Die beiden Sachsen antworteten: sie möchten sich nicht dem Vorwurf aussetzen, ihn zu einem für den Wiener Hof nachteiligen Schritt verführt zu haben. Aber Collenbach fuhr fort: „Ich kann Glatz mit allen Festungswerken anbieten.“ Er bat nun, Fritsch möge doch Hertzberg ersuchen, seinen Bericht an den König bis zur folgenden Sitzung zu verschieben; der preußische Bevollmächtigte ließ aber weder schriftlich noch mündlich sich hierzu bestimmen. Da wurde Collenbach noch unsicherer und unruhiger und zog sich erst spät zurück, ganz unentschlossen, ob er am nächsten Tage mit seinem Geheimnis herausgehen sollte oder nicht.

Wie Flemming früher dem Staatskanzler, so bahnte dem Wiener Hofrate jetzt der Freiherr v. Fritsch den Weg. In der Sitzung am 30. Januar erklärte letzterer es für unwahrscheinlich, daß Preußen den inbezug auf Glatz gemachten Vorschlag annehmen würde; dann wies er auf das Elend des sächsischen Landes hin, dessen völlige Verwüstung mit allen Mitteln vermieden werden müßte. Zuletzt ersuchte Fritsch den österreichischen Bevollmächtigten auf das angelegentlichste, wenn er noch etwas mehr thun könnte, solches zur Erleichterung Sachsens nicht zurückzuhalten. Nun ging der Angerufene würdevoll über die Brücke, die Fritsch ihm gebaut hatte.

Collenbach war ein Mann von übertriebener Langsamkeit und Vorsicht; hier ergriff ihn aber bald die Reue, wie wenn er zu rasch vorgegangen wäre. Nach der Sitzung kam er in größter Bestürzung zu Hertzberg und flehte dessen Großmut und Religion an. Er habe sich mit seiner Erklärung übereilt; denn er dürfe nur im schlimmsten Fall und unter der Bedingung auf Glatz verzichten, daß der Friede dann sofort unterzeichnet werde. Wenn der Wiener Hof davon Kenntnis erhalte, sei er ein verlorener Mann; er besitze eine große Familie und beschwöre Hertzberg, ihn aus dieser peinlichen Lage zu befreien. Er war mehr tot als lebendig. Der preu-

ßische Diplomat wurde gerührt und gewährte die Bitte. Schon am folgenden Tage jedoch konnte Collenbach mitteilen, daß er die Anweisung empfangen hätte, Glatz mit den Festungswerken und der Artillerie abzutreten, jedoch unter den Bedingungen, daß Sachsen befriedigt sein müßte und beide Teile bis zum Abschluß eines Handelsvertrages in ihrem Lande beliebige Einrichtungen treffen könnten.

Was die zweite Forderung angeht, so hatte Kaunitz gemeint: die von Preußen aufgestellten Grundsätze schienen wohl auf den ersten Blick billig zu sein und auf Gegenseitigkeit zu beruhen; jedoch in Wahrheit zielten sie nur dahin, Österreich auf Irrwege zu leiten und den Aufschwung seiner Manufakturen zu vereiteln. Es war aber mehr herkömmliches Mißtrauen. Man wollte sich nicht im voraus die Hände binden lassen, noch Preußen die Möglichkeit gewähren, die etwaige Nichterfüllung der Vertragsbestimmungen mit den Streitigkeiten zu rechtfertigen, die inbezug auf Handelsangelegenheiten voraussichtlich entstehen würden. Sollte jedoch das ganze Werk an diesem Artikel scheitern, so bestände das letzte Auskunftsmittel darin, daß nicht die Bestimmungen des Breslauer, sondern des Dresdener Friedens von Wort zu Wort in dem neuen Vertrage wiederholt würden [1]). Aber der König von Preußen ließ schon am 2. Februar erklären, daß er, um seine aufrichtige Neigung zum Frieden zu bezeigen, hierin dem Wiener Hofe nachgebe. Lag übrigens nicht auch etwas Erfreuliches in dieser Forderung? Indem Maria Theresia sich weigerte, die alten Verkehrsverbindungen zwischen den Bewohnern dies- und jenseit der Sudeten wiederherzustellen, bekannte sie doch zugleich, daß sie auf Schlesien für immer verzichten müßte.

Auch die Sachsen erfuhren noch einige Milderungen. Fritsch war am 1. Februar nach Leipzig gereist, um selber dem Könige von Preußen Vorstellungen zu machen, und dieser setzte nun fest, daß schon vom 11ten an alle Kriegssteuern aufhören und die Truppen aus den preußischen Magazinen unterhalten

1) Arneth II, 406. 407.

werden sollten; er versprach ferner zwischen dem 15ten und 20sten den größten Teil des Landes räumen zu wollen, so daß nur diejenigen Regimenter etwas länger bleiben würden, welche nach Berlin und Pommern bestimmt wären. Man solle, sprach er, ihm glauben, daß er das Ende so gut als irgend möglich machen werde.

Nach den bei der schriftlichen Unterhandlung festgestellten Grundsätzen sollten die Rückstände von Kriegssteuern nicht erhoben, aber Wechsel und andere Schuldverschreibungen, die infolge solcher Forderungen von Körperschaften oder Einzelnen als Zahlung gegeben worden wären, davon ausgenommen sein. Sachsen hatte noch beinahe 2½ Millionen dieser Art zu entrichten. Auch einige reichsstädtische Wechsel befanden sich in Friedrichs Händen. Um gegen den Dresdener Hof gefällig zu erscheinen, hatte Collenbach am 31. Januar seinen zwei Hauptbedingungen noch die weitere zugefügt: es müßten die Wechsel der Reichsstädte sowohl als der sächsischen Unterthanen gegen die preußischen ausgetauscht werden. Friedrich verstand sich aber auch auf seinen Vorteil. Er nahm nur inbezug auf die reichsstädtischen Schuldverschreibungen den Vorschlag an, nachdem er die Nürnberger, Erfurter und Fuldaer Wechsel in die Hände von Privatpersonen hatte übergehen lassen. Es blieben ihm hierauf noch sechs Bamberger im Betrage von 575,000 Thalern übrig; indem er sie herausgab, empfing er dafür 13 aus preußischen Ländern zurück im Werte von 844,000 Thalern. Die Sachsen dagegen mußten im Friedensvertrage das Versprechen geben, ihre Wechsel zu bezahlen.

Der Religionspunkt hat auch noch einige Schwierigkeiten verursacht. Collenbach wollte dem Könige von Preußen die Verpflichtung auferlegen, den Zustand der katholischen Kirche nicht allein, wie er eben damals war, sondern wie er kraft der Präliminarien von 1742 sein sollte, aufrecht zu halten; umgekehrt nahm Hertzberg alle Souveränitätsrechte ohne Ausnahme für seinen Herrn in Anspruch, obwohl derselbe keineswegs gesonnen wäre, der Ausübung der katholischen Religion in Schlesien Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Collenbach

weigerte sich entschieden, diesen Gegenentwurf anzunehmen; er behauptete sogar, daß er ihm nicht einmal in seinem Bericht eine Stelle geben dürfte, weil die Katholiken ihn steinigen würden, wenn sie das erführen. Ebenso hartnäckig lehnte Hertzberg den österreichischen Vorschlag ab, und als er sich denselben endlich gefallen ließ, da geschah es doch mit einer Änderung. Nicht den Zustand, wie er infolge der Präliminarien von 1742 sein sollte, sondern wie er zur Zeit derselben war, versprach Friedrich zu erhalten, ohne jedoch der Freiheit des Gewissens, der protestantischen Religion und den Souveränitätsrechten Abbruch zu thun. Hertzberg erklärte zu gleicher Zeit: wenn sein König es vielleicht dereinst für notwendig erachten sollte, die Jesuiten aus Schlesien zu vertreiben, so würde er damit nicht gegen den in Rede stehenden Artikel zu handeln glauben, da er in dieser Beziehung nur dem Beispiele verschiedener katholischer Regenten folgen würde. Collenbach konnte dies nicht in Abrede stellen; aber als ein warmer Freund der Jesuiten bat er dringend, Hertzberg möge sich zu ihren Gunsten verwenden; ihre Verfolger thäten ihnen großes Unrecht, sie wären sehr brave Leute und der menschlichen Gesellschaft außerordentlich nützlich.

Endlich möge noch eines Punktes aus diesen Unterhandlungen hier gedacht werden. Als von der zu erlassenden Amnestie die Rede war, wollte Collenbach den preußischen Entwurf erweitern und namentlich in dieselbe nicht nur den Grafen Schafgotsch, Bischof von Breslau, sondern sogar den Baron Warkotsch eingeschlossen haben, und als der preußische Bevollmächtigte widersprach, schlug er vor, es sollte wenigstens die Einziehung der Güter des Verräters aufgehoben werden, auch wenn man ihn für seine Person im Lande nicht leiden wollte. Jedoch Hertzberg lehnte das ebenfalls ab: die Wegnahme sei rechtskräftig erkannt worden und außerdem das Mögliche geschehen, um das Urteil in der Ausführung zu mildern; der Ehefrau dieses Mannes habe man gelassen, was sie demselben zugebracht, ihr außerdem ein Jahrgeld ausgesetzt, und den ruhigen Aufenthalt in den preußischen Landen ge-

stattet, unangefochten wohne sie in Breslau. Später setzte man zwar fest, daß die Gütereinziehungen gänzlich aufgehoben werden sollten, mündlich aber schloß man zugleich wenigstens Warkotsch von der Wohlthat dieser Bestimmung aus [1]).

Das Reich ward ebenfalls in den Hubertsburger Vertrag aufgenommen. Unterdes war auch in Regensburg die Sehnsucht nach Frieden immer mehr zum Vorschein gekommen; vom 7. Februar an wurden sämtliche Stimmen aufgezeichnet, und sie erklärten sich einhellig für die Neutralität, welche dann der preußische Gesandte Freiherr v. Plotho im Auftrage seines Königs am 11. Februar annahm. Eine ähnliche Zusage gab Hannover. Die drei Stände beschlossen, das Reichsheer zurückzuberufen, und der Kaiser hat später (24. Februar) die Entlassung desselben angeordnet.

Die Friedensverträge wurden am 15. Februar in Hubertsburg unterzeichnet. Zwei Tage darauf kam der König hier durch. Als er bei Hertzberg etwas Schokolade zu sich nahm, bemerkte er gelegentlich: „Es ist doch ein gutes Ding um den Frieden, den wir abgeschlossen haben; aber man muß sich das nicht merken lassen.“

Auch in Wien lobte man das Ende. Allerdings über Fritsch und den Dresdener Hof glaubte man Grund zur Beschwerde zu haben. Collenbach hatte jenen als einen Mann beschrieben, mit welchem eine vernünftige Abrede nicht genommen und noch weniger bei seiner außerordentlichen Lebhaftigkeit und seinen eingewurzelten Vorurteilen gehörig ausgeführt werden könnte. Und am 7. Februar schrieb Kaunitz an Stahremberg: „Der Bevollmächtigte hat sich auf die gewöhnliche kursächsische Art benommen und keineswegs so, daß Collenbach ihm einiges Vertrauen hätte bezeigen oder mit seinem Betragen zufrieden sein können.“ [2]) Umgekehrt und mit etwas mehr Grund beklagten sich der Kurfürst und die sächsischen Bevollmächtigten über das eigennützige Verfahren des Wiener

1) Beaulieu-Marconnay, S. 75.
2) Arneth II, 496. Histor. Zeitschrift von Sybel XIV, 173.

Hofes. Dagegen rühmt Collenbach von dem Könige von Preußen, dem er nach der Auswechselung der Ratifikationen seine Aufwartung gemacht hatte, daß derselbe sich bei dem ganzen Friedensgeschäft auf eine sehr anständige Weise benommen und auch in gewissem Maß ein wahres Verlangen zu künftigem guten Einverständnis geäußert hätte.

In einem Vortrage, welchen Kaunitz der Kaiserin-Königin am 31. Oktober 1760 hielt, waren fünf Arten von Friedensschlüssen unterschieden und der Vertrag für den besten erklärt worden, wenn Maria Theresia ganz Schlesien und die Grafschaft Glatz erwürbe, ohne daß Frankreich eine entsprechende Gebietserweiterung empfinge, wenn ferner ihre Bundesgenossen ebenfalls hinlängliche Entschädigungen erhielten, und dadurch die Macht des Königs von Preußen in die engsten Grenzen eingeschränkt würde. Dagegen als der schlechteste Friede war es dem Staatskanzler erschienen, wenn sowohl die Kaiserin-Königin als ihre Verbündeten leer ausgingen und der Besitzstand bliebe, wie er vor dem Kriege gewesen. Gerade letzteres ist aber in Hubertsburg beschlossen worden. Vergleicht man diesen Ausgang mit den ursprünglichen Erwartungen des Wiener Hofes, so wird man lebhaft an Gleims Fabel von der Milchfrau erinnert.

Zweites Kapitel.

Stellung der Großmächte zu der polnischen Thronerledigung des Jahres 1763.

Durch die Politik und Kriegführung Friedrichs des Großen in der ersten Hälfte seiner Regierung erstand dem Hause Habsburg in Preußen ein Nebenbuhler, der am Ende dieses Zeit-

raums unstreitig eine ebenbürtige Stellung neben Österreich einnahm [1]). Der Siebenjährige Krieg hat aber außerdem noch einen ungemein folgenreichen Einfluß auf das Schicksal Polens ausgeübt; er schwächte nämlich die Großmächte so sehr, daß sie sich einem neuen Kampfe nicht sogleich wieder aussetzen mochten, und es löste sich ferner in seinem letzten Abschnitte das Bündnis zwischen den beiden protestantischen Hauptmächten. Infolge der Treulosigkeit Butes konnte Friedrich, der wie ein der verheerenden Sturmflut entronnener Mann von keinem anderen Wunsche beseelt war, als dem nach Ruhe, nur in Rußland eine Stütze suchen. Peter III., der wohlmeinende, wenn auch unvorsichtige Freund, der ihm in der bittersten Not hilfreich die Hand geboten, war elend umgekommen, bevor er das Bündnis, das er mit ihm abgeschlossen hatte, unterschreiben konnte. Dem Könige von Preußen blieb aber keine Wahl. Er folgte, und zwar weit mehr als Maria Theresia, einem Gebote der Notwendigkeit, wenn er derjenigen, die seinen Retter vom Throne gestoßen, zu der erlangten Herrschaft Glück wünschte; denn es war sein Untergang, wenn sie die russischen Heeresmassen abermals auf die Seite der Gegner treten ließ. Zu seinem großen Vorteil erkannte sie den Frieden, den Peter III. mit Preußen geschlossen hatte, sogleich an; das Bündnis dagegen vom 8. Juni bestätigte sie nicht, denn ihre Pläne wichen von denen ihres ermordeten Gemahls ab.

Als Katharina II. sich der Herrschaft bemächtigt hatte, wollte sie dieselbe durch eine große auswärtige Politik befestigen und zugleich dem eigenen starken Ehrgeiz Nahrung geben. Deshalb wünschte sie zunächst, an dem Friedensschlusse von 1763 teilzunehmen; jedoch verfolgte sie hierbei noch besondere russische Interessen.

In Kurland war das alte Herzogshaus im Jahre 1737 ausgestorben. Von August III., welcher hauptsächlich den rus-

1) Dieser Abschnitt ist mit den Beweisen abgedruckt in der Zeitschrift für preußische Geschichte 1877, S. 372ff. unter dem Titel: „Das preußisch-russische Bündnis vom Jahre 1764".

sischen Waffen seinen Königstitel verdankte, war dann auf Bitten der Zarin Anna der Günstling derselben, Biron, mit Zustimmung des Senates zum Nachfolger gemacht worden. Aber seine Herrschaft dauerte nicht lange; denn am 20. November 1740 ward er gestürzt und mußte sehr bald in die Verbannung gehen. Elisabeth rief ihn zwar aus Sibirien zurück; aber sie ließ ihn nicht wieder in sein Herzogtum ziehen. Am 8. Januar 1759 wurde der Sohn des Königs von Polen, Karl, damit belehnt, nachdem die Kaiserin von Rußland schriftlich erklärt hatte, daß ihre Interessen und wesentliche Staatsgründe die Wiedereinsetzung Birons oder seiner Söhne in Kurland niemals erlauben würden, und daß ihr die Ernennung des Prinzen Karl angenehm wäre. Mit dieser Erhebung war aber der Großfürst Peter gar nicht einverstanden, und als er Kaiser geworden, forderte er den Herzog Biron auf, zugunsten des Prinzen Georg von Holstein zu entsagen. Katharina II. war dann durchaus abgeneigt, die Politik ihres Gemahls in diesem Punkte fortzusetzen; ebenso wenig aber wollte sie Kurland aufgeben. Sie zeigte dem Könige von Polen an: Biron sei jetzt wieder frei und folglich imstande, Besitz von seinen Staaten zu nehmen; sie hoffe deshalb, daß ihm dieses werde gestattet werden.

Es war eine höchst beleidigende Zumutung, welche die Kaiserin von Rußland dem Könige von Polen stellte; jedoch sie sann zugleich auf einen Ersatz, den sie dem Dresdener Hofe verschaffen könnte. Sie gedachte Preußen und Österreich dahin zu bringen, daß sie Sachsen räumten, und außerdem wollte sie eine Entschädigung auswirken. Mündlich zeigte man in Warschau an, daß die Bistümer Hildesheim und Paderborn säkularisiert und zusammen mit der Grafschaft und Stadt Erfurt dem Herzoge Karl von Kurland gegeben werden sollten. Man verhehlte sich nun keineswegs, daß dieser Plan nur dann ins Leben treten könnte, wenn sich Österreich damit einverstanden erklärte. Die Zustimmung der Kaiserin-Königin hoffte man aber dadurch zu erlangen, daß man ihr die Grafschaft Glatz wieder verschaffen wollte.

Die erste Bedingung für die russischen Pläne war die, daß die kriegführenden Mächte sich entschließen mußten, Katharinas Vermittelung anzunehmen. Daher wurde denn in Petersburg ein solches Verlangen gegen den preußischen und österreichischen Gesandten ausgesprochen, und außerdem redete der russische Vertreter in Wien, Fürst Galitzin, auch von einem nach den Umständen zu verändernden Bündnis. Aber letzteres war nicht ernsthaft gemeint. „Die Grundsätze des Grafen Kaiserling, welche, wie ich höre, ziemlich an Boden gewinnen", schrieb der preußische Gesandte v. d. Goltz am 21. August an Friedrich II., „werden die Kaiserin dahin bringen, die Verbindung mit Ew. Majestät der mit dem Wiener Hofe vorzuziehen, so viel Mühe sich auch der österreichische Gesandte giebt." Und zwei Tage später erfuhr Goltz noch Erfreulicheres. In einer Unterredung mit ihm äußerte Kaiserling: „es liege zwar nicht im Interesse des russischen Hofes, Schutzbündnisse mit seinen Nachbarn zu schließen; aber er glaube doch, daß die Kaiserin nicht abgeneigt sei, mit dem Könige von Preußen in nähere Beziehungen zu treten, etwa durch einen Allianzvertrag, in welchem man auch Maßregeln inbezug auf Polen festsetzen könnte".

Für Rußland waren die Königswahlen in Warschau wichtiger als für irgendeine andere Macht. In dem Vertrage vom 8. Juni 1762 hatte Friedrich II. versprochen, für einen Piasten, d. h. für einen einheimischen Bewerber, zu wirken, und Katharina gedachte dasselbe Begehr an ihn zu stellen; denn sie wollte den Grafen Stanislaus Poniatowski, ihren früheren Liebhaber, oder wenn das unmöglich wäre, dessen Vetter, den Prinzen Adam Czartoryski, zum Könige von Polen machen.

Das waren die Pläne, welche die Kaiserin von Rußland verfolgte. Zunächst wünschte sie, zu den künftigen Friedensunterhandlungen hinzugezogen zu werden. Goltz antwortete: der König werde mit Vergnügen ihre Vermittelung annehmen, wenn er sich nur einen festen und dauerhaften Frieden hiervon versprechen könne. Der Wiener Hof dagegen, welcher sich

ärgerte, daß Katharina den Frieden vom 5. Mai 1762 für gültig erklärt und das eroberte Preußen zurückgegeben hatte, lehnte die Vermittelung ab, und der König von Polen erhob Vorstellungen gegen das Verlangen, daß sein Sohn Karl dem alten Biron weichen sollte, wiewohl er kraft eines Gesetzes der Republik mit Zustimmung des Senates auf die dringenden Bitten der Stände des Herzogtums und auf Rußlands Empfehlung belehnt worden wäre. August III. bat, man möchte Biron mit seinen Ansprüchen an den obersten Lehnsherrn verweisen.

Im September 1762 wurden vom Berliner Hofe Verhaltungsbefehle für den Grafen Viktor v. Solms beraten; denn Katharina II. hatte gewünscht, einen anderen Vertreter Preußens bei sich beglaubigt zu sehen. Aus Kaiserlings Eröffnungen vermutete man ganz richtig, daß sie gedächte, nicht sowohl das Bündnis vom 8. Juni zu bestätigen, als ein neues zu schließen. Solms ward angewiesen, inbezug auf die Vermittelung, die dem Petersburger Hofe sehr am Herzen zu liegen schiene, dasselbe zu antworten, was bereits von Goltz gesagt worden war; doch glaubte man nicht, daß die Teilnahme Rußlands an den künftigen Friedensunterhandlungen großes Gewicht haben würde. Wenn von einem Bündnisse die Rede wäre, sollte der Gesandte die stärksten Versicherungen von der Bereitwilligkeit des Königs geben, alles zu thun, was die Bande der Freundschaft zwischen den beiden Höfen fester knüpfen könnte. Daß der Kaiserin sehr viel an der Entschädigung Sachsens lag, ahnte der Berliner Hof nicht, und er befahl daher dem Gesandten, einen so albernen Anspruch als etwas Ungereimtes hinzustellen. Inbezug auf den neuen Vertrag konnte man noch keine näheren Vorschriften erteilen; nur der Punkt, welchen schon Kaiserling berührt hatte, ward erwähnt. Die Erledigung des polnischen Thrones, hieß es in der Instruktion, sei für Rußland immer eine Angelegenheit von der größten Wichtigkeit gewesen, und die Verständigung über die Maßregeln, welche zu treffen seien, damit die Wahl auf einen unverdächtigen Bewerber falle, bilde stets einen be-

sonderen Artikel in den Verträgen zwischen dem Berliner und dem Petersburger Hofe. Der König habe nur ein Verlangen in dieser Hinsicht, nämlich einen österreichischen Prinzen fern zu halten, und es werde daher leicht für ihn sein, mit Rußland über einen Piasten oder einen Prinzen übereinzukommen, nur dürfe letzterer nicht aus einem Hause sein, dessen Macht die Nachbarn beunruhigen könne.

Solms gelangte den 4. November nach Petersburg; aber er mußte, weil die Kaiserin nach Moskau gegangen war, ihr dorthin folgen. Am 27sten kam er hier an und hatte sicherlich sogleich eine Unterredung mit Katharina, die am folgenden Tage an den König von Preußen schrieb. Sie befand sich in keiner freundlichen Stimmung. Offenbar grollte sie darüber, daß man ihre Vermittlerhand nirgends eifrig ergriffen. Am sanftesten war Friedrich II. mit ihr verfahren. Wenn ihm auch an der Zwischenkunft der russischen Kaiserin wenig lag, so hatte er sich doch ungemein gehütet, das Anerbieten kühl zurückzuweisen. Aber gerade gegen den, von welchem sie noch am freundlichsten behandelt worden, zeigte sie sich höchst empfindlich. Die Eröffnungen, welche der russische Gesandte Repnin dem Grafen Finckenstein machte, lauteten so, daß der König nicht wußte, woran er mit dieser Macht wäre, wenn er auch allen Grund zu der Annahme zu haben glaubte, daß die Kaiserin mit ihm nicht brechen würde. Bald nachher empfing er den Brief, welchen ihm Katharina am 28. November geschrieben hatte. Je mehr Wert sie darin auf die Freundschaft mit Preußen legte, destoweniger verbarg sie dem König ihr Mißvergnügen, und sie wies auf die Macht hin, welche sie nicht nur früher hätte gebrauchen können, sondern die ihr jetzt auch noch zur Verfügung stände. Daß Friedrich von einer Entschädigung Sachsens nichts hören wollte, darüber war sie aufgebracht, und sie behauptete noch einmal: es würde wohl möglich sein, ohne den einen zu schaden, die andern zu befriedigen und vielleicht sogar dem ganzen Reiche zu nützen, indem man einem Prinzen jenes Landes ein neues Fürstentum verschaffte. Der Brief war so geschrieben, daß er

auf eine Änderung der russischen Politik hindeutete, fast als ob eine bewaffnete Vermittelung erfolgen könnte.

Gerade damals redete Friedrich zum zweitenmale mit dem sächsischen Abgesandten, dem Freiherrn v. Fritsch, über die Eröffnung von Friedensunterhandlungen. Er antwortete nach dessen Abreise der Kaiserin am 22. Dezember in einem Schreiben, worin er sehr offenherzig war und es noch mehr zu sein schien. Über die Unterredungen, die er mit Fritsch gehabt hatte, schwieg er noch; er zeigte den besten Willen inbezug auf die besonderen Absichten Katharinas, ohne sich irgendwie zu binden oder näher zu erklären. Er sprach z. B. seinen Glauben an die Möglichkeit aus, daß alle Welt und auch die Sachsen zufriedengestellt würden, wenn man es nur mit versöhnlichen Gemütern zu thun hätte. Das war aber auch alles, was er über Katharinas Wünsche für August III. und seinen Sohn Karl sagte. Sie erfuhr im Grunde nicht mehr, als sie schon wußte. Jedoch mit welcher Liebenswürdigkeit wurde sie behandelt! Wie viel anmutige Schmeicheleien wob der König mit seiner geschickten Hand in das Schreiben, ohne seiner Würde dabei etwas zu vergeben! Er wußte, daß seine Worte an eine Frau gerichtet waren, deren Herz für Aufmerksamkeiten solcher Art eine ganz besondere Empfänglichkeit besaß. Auch verfehlte der Brief seine Wirkung nicht. Als ihn die Kaiserin erhalten hatte, näherte sie sich bei Gelegenheit eines Maskenballes mit zufriedener Miene dem preußischen Gesandten, sprach zuerst von gleichgültigen Dingen und sagte dann mit halblauter Stimme: „Was Sie mir gestern geschickt, hat mir unendliches Vergnügen gemacht; ich bitte Sie, dem König Ihrem Herrn meinen Dank auszusprechen.“

Inbezug auf Kurland hatte Katharina inzwischen einen anderen Weg gewählt und Beschlag auf die herzoglichen Einkünfte gelegt; denn auf keinen Fall wollte sie ihr erstes auswärtiges Unternehmen scheitern lassen. Biron wurde dann durch russische Truppen zurückgeführt, Herzog Karl mußte der nackten Gewalt endlich weichen, und dem Grafen Borck, welchen August III. nach Petersburg sandte, um dort Vorstellungen

gegen Rußlands Eigenmächtigkeit zu erheben, gewährte Katharina nicht einmal Gehör. Die Polen wurden mit empörender Willkür behandelt [1]; aber sie waren gänzlich außerstande, Furcht einzuflößen.

Für die Wiedereinsetzung Birons hatte sich in Warschau auch Friedrich der Große verwendet, und zwar um so lieber, als er hoffen durfte, Katharina bald als eng befreundete Macht zu begrüßen. Im Januar 1763 waren die Friedensbedingungen und das neue Bündnis der Gegenstand der Unterhaltung zwischen Solms und den Ministern der Kaiserin gewesen. Da nun Petersburg gar zu weit entfernt lag, und überdies die Neigung zum Frieden überall aufrichtig war, konnte Rußland keinen Einfluß auf die Unterhandlungen in Hubertsburg gewinnen. Der König von Preußen unterrichtete nicht nur Katharina wiederholt vom Stande der Dinge, sondern er hat auch, um ihrer Eitelkeit wenigstens einige Befriedigung zu verschaffen, den Vorschlag gemacht, daß sie in einem besonderen Artikel als eine beiden Höfen befreundete Macht in den Vertrag mit aufgenommen werden sollte; doch scheiterte der Antrag an dem Widerspruch des österreichischen Bevollmächtigten.

Kaum war das Friedenswerk glücklich zustande gekommen, so setzte der König von Preußen Katharina davon eigenhändig in Kenntnis und berührte dann sowohl das neue Bündnis als die polnische Frage; denn Graf Panin, welcher sich mit dem nach Warschau geschickten Kaiserling in das Vertrauen Katharinas teilte, hatte gegen Solms geäußert, daß dieselbe nach dem Ende des Krieges erst ihre Stellung zu den übrigen Mächten nehmen würde. Doch stimmten die weiteren Eröffnungen Panins mit denen überein, welche Kaiserling im August des vergangenen Jahres gethan, indem er erklärt hatte, daß es nicht in Katharinas Absicht läge, mit Maria Theresia sich zu verbinden, sondern mit Friedrich II., weil die Interessen

1) In dem angeführten Aufsatz habe ich das Verfahren Katharinas näher dargestellt. Über die Behandlung, welche Borck erfuhr, bringt noch Neues Sbornik russkago istoričeskago obščestva XXII, 31. 34. 41. 45. 50 sqq.

von Rußland und Preußen inbezug auf die polnischen Angelegenheiten zusammenfielen.

Der König äußerte sich mit aller Offenheit. Er sprach das schwerwiegende Wort aus: er sei bereit, auf jede von Rußland vorgeschlagene Maßregel einzugehen. Er schrieb weiter: von allen Thronbewerbern werde er durch die Gesetze einer gesunden Politik nur genötigt, die österreichischen Prinzen auszuschließen; Rußland habe, wie er glaube, dasselbe Interesse. Doch gesteht er ein, daß ihm ein Piast am liebsten sein würde. Friedrich bittet nun die Kaiserin, sich ebenfalls hierüber zu äußern, aber die Sache geheim zu halten, um Intriguen von der anderen Seite zu verhindern. „Ew. Majestät können also“, schließt er, „in dieser Angelegenheit auf eine vollständige Mitwirkung von meiner Seite rechnen. Ich hoffe, gnädigste Frau, die vielen Schritte, die ich thue, werden Sie überzeugen, daß ich den Wunsch habe, Ihre Freundschaft, deren ganzen Wert ich kenne, zu pflegen.“

Indem August III. sehr schwer im Januar erkrankt war, mußte Katharina daran denken, daß der König von Polen schnell einmal sterben könnte, und Maßregeln für einen solchen Fall treffen. Panin ging deshalb auch gegen den Grafen Solms mit der Sprache mehr heraus und sagte: es würde sehr nützlich und der Kaiserin recht lieb sein, wenn sie sich mit Friedrich im voraus darüber verständigte, was bei einer Erledigung jenes Thrones geschehen sollte. Ihre Absicht gehe nicht dahin, sich in die Wahl eines neuen Königs einzumischen oder die polnische Nation bei dieser Handlung zu beschränken, wenn nur die Umtriebe einiger anderen Mächte sie nicht zwingen, es zu thun. Aber da letzteres eintreten werde, so verlange es augenscheinlich der gemeinsame Vorteil, sich darüber zu verständigen, wem man diese Würde übertragen könne. Solms und Panin kamen überein, daß man einen österreichischen Prinzen oder jeden anderen, der durch seine Macht imstande wäre, die Nachbarn zu beunruhigen, ausschließen und Frankreich hindern müßte, seine beiden Kandidaten, den Prinzen Conti oder den sächsischen Prinzen Xaver, durchzubringen.

Panin sprach sich überhaupt gegen jedes Mitglied eines fremden Fürstenhauses aus. Er gab vor, ein solcher würde nur dem Namen nach Pole sein, sich weit mehr nach den Interessen seiner Familie richten und in Abhängigkeit von der Macht bleiben, die ihn erhoben hätte; dagegen ein Piast, der durch Preußen und Rußland auf den Thron gekommen wäre, würde nicht allein mehr nach den Gesetzen regieren, sondern auch erkenntlicher gegen jene beiden Staaten sein. Solms bezeigte sich damit einverstanden. Er hätte weiter gern erfahren, auf welchen Piasten Rußland es absah; doch damit hielt Panin zurück, indem er zu der Ausflucht griff, er wäre nicht unterrichtet genug, um über das Verdienst eines jeden möglichen Thronbewerbers urteilen zu können. So viel glaubte Solms aber wahrzunehmen, daß der Fürst Adam Czartoryski nicht ausersehen wäre; denn wenn er ihn nannte, so antwortete Panin: dieser könne es sein oder auch ein anderer. Wenn er umgekehrt den Grafen Stanislaus Poniatowski erwähnte, suchte der russische Minister das Gespräch abzubrechen und auf einen anderen Gegenstand zu kommen, und so vermutete Solms denn ganz richtig, daß die Kaiserin dem Vetter des Fürsten Adam Czartoryski die Krone gern aufsetzen wollte. Katharinas Antwort auf das Schreiben Friedrichs vom 15. Februar stimmte damit überein. Sie verwarf nicht nur jeden französischen Kandidaten und sprach sich für einen Piasten aus, sondern sie setzte noch weiter hinzu, sie wünsche keinen solchen, der am Rande des Grabes stehe oder Geld von irgendeiner Macht empfange. Der König konnte diese Worte sowohl auf Stanislaus Poniatowski als auf Adam Czartoryski beziehen. Aber nicht allein Solms hatte jenen als den eigentlichen Kandidaten Katharinas bezeichnet, sondern auch der Legationsrat v. Korff, der im Anfange des Jahres auf Kaiserlings Wunsch nach Warschau geschickt worden war, um von diesem genau zu erfahren, auf welche Weise Preußen am besten zum Abschluß eines Freundschafts- und Handelsvertrages gelangen könnte. Wie Korff weiter meldete, sollte darin über die künftige polnische Königswahl ein Verständnis erzielt werden und Friedrich

außerdem sich bereit erklären, inbezug auf Schweden und Polen stets im Einvernehmen mit Rußland zu handeln; beide Mächte würden gemeinschaftlich durch ihre Ratschläge sowohl als durch die That dahin arbeiten, die Ruhe und Sicherheit ihrer Nachbarn zu erhalten.

Indem nun der König von Preußen für den Anteil dankte, welchen die Kaiserin an dem Frieden nahm, sprach er nicht nur seinen Wunsch aus, daß derselbe Bestand haben möchte, sondern er bezeichnete zugleich das Mittel, ihm Dauer zu geben. Ein Vertrag mit Rußland, meinte er, und gewisse Garantieen würden einigen Mächten, die ehrgeizige Entwürfe hätten, die Lust benehmen, sie auszuführen, während sie sonst von neuem Ränke spinnen würden, wenn ihnen die Kräfte wiedergekommen wären.

Katharina teilte die Überzeugung, daß die preußischen und russischen Interessen engere Beziehungen verlangten; „aber weil wir solche gegenseitig wünschen" — fuhr sie in ihrem Schreiben vom 7. Mai fort —, „hängen dieselben, glaub' ich, von uns ab, ja sie bestehen schon, obgleich die herkömmlichen Formalitäten noch fehlen."

Katharina war über Friedrichs Absichten jetzt im klaren und, wie dieser glauben mußte, zum Bündnis mit ihm entschlossen; aber gerade zu dieser Zeit erwartete sie noch in derselben Angelegenheit Antworten aus Wien und Versailles. Ungefähr um den 24. April hatte der russische Gesandte Fürst Galitzin dem Staatskanzler eröffnet: die Kaiserin wünsche sich inbezug auf Polen vertraulich mit dem österreichischen Hofe zu verständigen und in Verbindung mit demselben vorzugehen. Die Mitteilung überraschte sehr; denn man wußte, daß Katharina in den wichtigsten Angelegenheiten die für Preußen eingenommenen Grafen Panin und Kaiserling zurate zog und mit Friedrich einen Briefwechsel unterhielt. Man hegte sogar den Argwohn, sie habe mit diesem bereits abgeschlossen und wolle den Wiener Hof nur ausholen. Man gab indes doch richtig Auskunft. Die Kaiserin-Königin, antwortete man, richte dahin ihre Sorgfalt, daß Polens Verfassung und Freiheit auf-

recht erhalten und alle Unruhen vermieden werden. Man verhehlte keineswegs den Wunsch, den man hatte, das kursächsische Haus weiter in Polen regieren zu sehen, man wies hierbei sowohl auf die Opfer hin, die dasselbe während des letzten Krieges gebracht, als auch auf die ausdrücklich zu seinen Gunsten lautenden Bestimmungen des österreichisch-russischen Vertrages. Aber man versicherte zugleich, daß man auch gegen jede andere rechtmäßig vollzogene Wahl keinen Widerspruch erheben würde. Zuletzt äußerte man natürlich das Verlangen, die Ansichten des Petersburger Hofes zu hören.

Auch in Versailles schlug Rußland vor, über ein Einvernehmen in der polnischen Angelegenheit in Unterhandlung zu treten. Aber der Herzog von Choiseul wollte nicht das mindeste davon wissen. Er hatte von den einzelnen Polen, die nichts ohne Geld thäten, eine schlechte Meinung und eine noch schlechtere von ihrem Staatswesen. In den Instruktionen, welche der Marquis de Paulmy 1760 nach Warschau mitgenommen hatte, lesen wir: es gebe dort keine ordentliche Regierung, die einen gewissen politischen Einfluß in Europa ausübe, sondern nur eine Anarchie; aber da letztere für die Interessen Frankreichs ersprießlich sei, so müsse sich dessen ganze Politik darauf beschränken, jene Anarchie zu erhalten und zu verhindern, daß irgendeine Macht auf Polens Kosten sich vergrößere. Paulmy wurde weiter aufgefordert, die patriotische Partei zur Mäßigung besonders gegen den Petersburger Hof zu ermahnen und von Konföderationen abzuraten; denn ein solches Vorgehen würden die Russen benutzen, um den Plänen, die man ihnen zum Schaden des Nachbarreiches zuschriebe, den Anschein von Gerechtigkeit zu geben. Außerdem könnten die Polen durch die Leiden, die sie dann erführen, von ihrer Verblendung geheilt und zur Errichtung einer stärkeren Staatsgewalt gebracht werden ganz gegen den ersten Punkt der Instruktion, welcher dahin lautete, die Anarchie aufrecht zu halten.

Man sieht, diese Vorschriften atmen keine Freundschaft für den Petersburger Hof, obwohl Frankreich damals im Bunde mit ihm gegen Preußen kämpfte. Die beiden Staaten waren

wie zwei einander gleichgültige Personen, die einen gemeinschaftlichen Freund haben und für dessen Wohl in Übereinstimmung handeln; nur durch den Wiener Hof waren sie mit einander verbunden. In den Instruktionen, welche Breteuil erhielt, als er im Frühjahr 1760 zur Kaiserin Elisabeth als Gesandter ging, stehen die denkwürdigen Worte: „Seit dem Tode Peters I. um die Hälfte gewachsen, sei Rußland zu fürchten, wenn ein unmäßiger Ehrgeiz den Thron beherrsche."

Neben der herkömmlichen Leitung der auswärtigen Angelegenheiten durch den dazu ernannten Minister gab es bekanntlich damals noch eine zweite durch Ludwig XV. selbst, und dieser wollte der anarchischen Monarchie sehr wohl. Inbezug auf Rußland aber stimmte er mit seinem Kabinett überein und freute sich beinahe darüber, daß die Politik Peters III. die Verbindung zwischen den beiden Kaiserhöfen zerrissen hätte. Während er zeitlebens die Freundschaft mit Maria Theresia zu pflegen gedachte, wollte er Rußland so viel als möglich von den europäischen Angelegenheiten fern halten und sich außerdem niemals eng mit dem Könige von Preußen verbinden. Als er im Februar 1763 erfuhr, daß August III. sehr schwer erkrankt war, sprach er sich in seiner geheimen Korrespondenz für die völlige Wahlfreiheit der Polen aus, er wünschte dann einem von den Söhnen des gegenwärtigen Königs die polnische Krone, und da die Dauphine ihren Bruder Xaver den anderen vorzog, so wäre dieser ihm der liebste gewesen. Auch den Prinzen Conti wollte er sich gefallen lassen; den sächsischen Kurprinzen verwarf er gänzlich. Auf Unterstützung mit Geld und Truppen sollten aber die Polen bei dieser Gelegenheit ja nicht rechnen.

Das schlaffe Wohlwollen des Königs von Frankreich ließ also wenig hoffen, und doch that Breteuil seine Schuldigkeit als Warner. Er fand es schrecklich, zu denken, wie ein Amt oder ein Landgut, welches dem einen und nicht dem anderen gegeben wurde, die Polen zu Feinden ihrer Freiheit und der allgemeinen Wohlfahrt machte, er fühlte ganz den Ekel, den ein solches Benehmen bei den Höfen, welche die Erhaltung

dieses republikanischen Gemeinwesens wünschten, hervorrufen müßte. „Je mehr ich aber“, schrieb er an den Herzog von Praslin, „Rußland und den Ehrgeiz derjenigen betrachte, die es regiert, um so mehr bin ich geneigt zu glauben, daß man mit der Verblendung der Polen Mitleid haben und suchen müsse, der durch ihren Eigennutz herbeigeführten politischen Erstarrung abzuhelfen. Ein mühseliges und kostspieliges Geschäft! Aber die Würde Frankreichs erfordert es, jene Nation nicht im Stiche zu lassen.“

Im Jahre 1760 hatte Choiseul selbst erklärt, daß Rußland gefährlich wäre, wenn ein unmäßiger Ehrgeiz es beherrschte. Jetzt erinnerte Breteuil daran; aber er that es vergeblich. Am 8. Mai ward infolge der Anfrage Katharinas ein Ministerrat gehalten und eine Denkschrift vorgelesen, worin der Herzog von Choiseul auseinandersetzte, daß eine Teilung Polens wegen der Eifersucht, welche die vier Nachbarstaaten Rußland, Preußen, Österreich und die Türkei gegen einander hätten, nicht zu fürchten wäre; diesen Mächten könnte man daher die Sorge getrost überlassen, über Polens Unverletzlichkeit zu wachen. Choiseul glaubte, daß nur durch außerordentliche Begebenheiten und nach blutigen Kriegen, denen Frankreich fern bleiben könnte, eine Teilung möglich wäre.

Sprach man aber nicht schon seit längerer Zeit davon, daß die Höfe von Petersburg und Berlin eine solche Zergliederung ins Auge gefaßt hätten? Als die Kaiserin Elisabeth gestorben und die preußenfreundlichen Gesinnungen ihres Nachfolgers noch kaum zutage getreten waren, hatte der Warschauer Hof bereits in ganz Polen ausgesprengt, wie sich bei einer Verbindung zwischen jenen beiden Staaten Rußland durch eine polnische Provinz für die Zurückgabe Preußens entschädigen würde. Friedrich aber, welchen damals andere Sorgen quälten, hatte seinem Residenten in Warschau sofort aufgetragen, den polnischen Herren zu versichern, daß er unfähig wäre, dergleichen Absichten zu fassen, daß es für ihn niemals vorteilhaft sein würde, die Republik zergliedern zu lassen. Leider lagen die Verhältnisse so, daß man eine Befürchtung, wie sie der

Warschauer Hof in die Herzen der Großen träufelte, nur zu sehr als wahrscheinlich bezeichnen mußte; die Zustände der Adelsrepublik luden ja förmlich zur Teilung Polens ein. Und so hatten denn sowohl Breteuil als der Herzog von Praslin im Juni 1762, als sie von dem Bündnis zwischen Peter III. und Friedrich II. hörten, den festen Glauben, daß es sich hierum handelte.

Choiseul sprach in seiner Denkschrift auch von dieser Furcht, von der man ergriffen zu sein schiene; jedoch er blieb unverzagt, indem er sich auf die Wachsamkeit Österreichs und der Pforte verließ. Sollten sich wider Erwarten die beiden Staaten dennoch durch Polen vergrößern, so meinte Choiseul: dieselben würden einander dadurch näher rücken und furchtbarer werden; hieraus würde dann Eifersucht entstehen, diese wiederum in Feindschaft umschlagen und so das Gleichgewicht in jenem Teile von Europa durch die beiden Mächte selbst hergestellt werden.

Choiseul verlegte die Teilung Polens, wenn sie überhaupt eintreten sollte, in eine sehr ferne Zukunft. Und warum war er so blind? Er wollte keine Geldmittel aufwenden, um einem Thronbewerber zum Siege zu verhelfen; denn man hätte dieselben für andere, näher liegende Zwecke notwendig. Man wäre ferner nicht einmal fertig, wenn man eine Wahl durchgesetzt hätte, sondern man müßte sich dann weitere Kosten machen, um den neuen König auf dem Throne zu halten. Und wie leicht könnte man hierbei abermals Unruhen in Europa erregen und das Feuer eines allgemeinen Krieges, nachdem man es mit vieler Mühe ausgelöscht hätte, wieder anzünden, während es doch notwendig wäre, einen neuen Ausbruch zu vermeiden!

Mochte doch Choiseul die Rache für die Wegnahme von Canada nicht aus den Augen verlieren; aber er durfte darum Polen nicht aufgeben. Sehr merkwürdig bleibt es, daß er nirgends in seiner Denkschrift von einem Zusammenwirken mit Österreich spricht. Vielmehr zeigt er die alte Eifersucht gegen den Wiener Hof. Die ganze Politik seines Vaterlandes dreht

sich ihm seit dem Vertrage von Versailles um Österreich. „Was letztere Macht beschränkt", schreibt er, „muß uns ausschließlich beschäftigen. Ehemals war das Gleichgewicht in Schweden, jetzt ist es in Preußen. Die Befestigung dieses Königreiches kann uns keinen Argwohn einflößen, sie kann nur Rußland erschrecken."

Die Ablehnung des französischen Hofes hat Katharina schwerlich überrascht. Einen Monat nach jenem französischen Ministerrat empfing der Wiener Hof Antwort aus Petersburg: man gab vor, die Sache sei nach der Herstellung des Königs von Polen nicht mehr so dringend, und man schwieg über die eigenen Absichten.

Inzwischen hatte Friedrich II. mit Sehnsucht auf weitere Entscheidungen vonseiten Katharinas gewartet; statt dessen vernahm er, daß letztere den französischen Gesandten Breteuil mit größter Auszeichnung behandelte, und daß der Vertreter des Wiener Hofes, Graf Mercy, mit dem alten preußenfeindlichen Kanzler Bestuscheff viel verkehrte. Lieb waren ihm diese Nachrichten nicht. Er glaubte zwar keineswegs an die Möglichkeit einer engen Freundschaft zwischen Rußland und Frankreich, aber er fürchtete, daß die Kaiserin die Absicht hegen könnte, sich mit allen Mächten gut zu stellen und jedes besondere Bündnis mit einer derselben zu vermeiden. Noch unangenehmer waren ihm die Bemühungen Mercys. Im Juni berichtete Solms, Bestuscheff wäre sehr hoch in der Gunst der Kaiserin gestiegen, und im Juli, Panin hätte seine Rolle ausgespielt.

Aber das war alles Blendwerk. Katharina wollte nur sehen, wie eng Maria Theresia mit Frankreich zusammenhinge [1]). Diejenigen Mächte dagegen, mit denen sie sich wirklich zu verbinden gedachte, waren Preußen und England, und wie bei dem einen, so durfte sie auch bei dem anderen auf das größte Entgegenkommen rechnen. In London wollte man mit keinem Hofe lieber als mit dem Petersburger ein Bünd-

1) Sbornik XXII, 96 (No. 48).

nis eingehen, und man konnte sich insofern letzterem nützlich erweisen, als man inbezug auf Polen ebenso wie der König von Preußen keinen besonderen Plan verfolgte. Dagegen war man freilich nicht gesonnen, den Russen in einem Kriege gegen die Pforte den Beistand zu gewähren, den sie wünschten, weil der Handel, welchen die Engländer mit der Türkei trieben, dadurch zugrunde gerichtet werden würde. Jedoch lag hierin nicht die einzige Schwierigkeit. Als am 22. August dem Earl of Buckingham der Entwurf eines Allianzvertrages vorgelesen wurde, nahm er zu seinem Leidwesen wahr, daß alle Abweichungen von dem früheren nur zugunsten Rußlands lauteten und keineswegs auf Gegenseitigkeit beruhten, und er hielt mit der Bemerkung nicht zurück: es schiene, als ob der neue Vertrag ein Subsidienvertrag sein sollte. Der erste geheime Artikel verpflichtete König Georg III. die polnische Wahl durch Geld zu unterstützen, ferner 500,000 Rubel zu zahlen, wenn die Russen in Polen einrücken müßten, und endlich, wenn eine fremde Macht die Kaiserin deswegen angriffe, den im Hauptvertrage festgesetzten Beistand zu leisten. Der andere geheime Artikel bezog sich auf Schweden. Hier sollten die Höfe von Petersburg und London gemeinschaftliche Sache machen, um die französische Partei zu schwächen und das Gleichgewicht zwischen beiden Parteien zu erhalten. Die Worte dieses zweiten Artikels klingen nicht inhaltsschwer; aber die mündlichen Erläuterungen zeigten das Gegenteil. Katharina und Panin verfolgten schon damals die Idee eines nordischen Bundes, an dessen Spitze die Kaiserin stehen, und dessen Hauptteilnehmer Preußen und England sein sollten; von letzterem wünschte Katharina, daß es Hilfsgelder an die Schweden zahlen und diese Nation in Schranken halten möchte, damit der Petersburger Hof von Dänemark Unterstützung empfangen könnte; ferner müßte die Verfassung von 1720, welche das Königtum außerordentlich beschränkte, aufrecht erhalten und keine Änderungen inbezug auf das Recht über Krieg und Frieden und über Besteuerung geduldet werden. Die Engländer fanden den Preis des Bündnisses ungemein hoch und zogen es des-

halb vor, mit Rußland zwar in gutem Einvernehmen zu bleiben, aber keinen förmlichen Vertrag abzuschließen [1]).

Zu der Zeit, als die Unterhandlungen mit London anfingen, wendete Katharina sich auch an Preußen; in einem Briefe, welchen sie am 20. Juli an Friedrich II. richtete, forderte sie denselben auf, ihr einen Entwurf für das neue Bündnis zu schicken [2]). Der König gehorchte so schnell als möglich und zeigte seine Bereitwilligkeit an, ein Schutzbündnis in der Art abzuschließen, daß die beiden Parteien die Gewähr für ihre Länder übernehmen und eine Truppenmacht festsetzen sollten, welche der angegriffene Teil das Recht hätte, von seinem Verbündeten zu verlangen. Inbezug auf Polen überließ es Friedrich der Kaiserin, Vorschläge zu machen. Am 7. August ging der Entwurf ab und ward am 18ten dem russischen Vizekanzler übergeben. Solms erfuhr einige Tage später von Panin, daß Bestimmungen inbezug auf Schweden und Polen aufgenommen werden sollten. Friedrich erklärte sich hierauf bereit, gemeinschaftlich mit Katharina gegen die französische Partei in Schweden zu wirken und auch in Warschau mit Rußland zusammenzugehen. Er stimmte ganz der Meinung Panins bei, daß die gegenwärtige polnische Verfassung und der damit verknüpfte Wirrwarr erhalten werden müßten.

Als nun wieder ein Stillstand eintrat, sprach Friedrich am 23. September seine Verwunderung aus, daß er in dieser Angelegenheit gar nichts mehr vernähme; denn er konnte sich weder eine Wandlung in der Denkungsart der Kaiserin noch andere Hindernisse vorstellen. Und Katharinas Gesinnungen waren in der That unverändert geblieben. Am 8. Oktober schickte sie dem Könige Wassermelonen und Trauben aus Astrachan mit einem sehr schmeichelhaften Schreiben. Wenn er sie freundschaftlich vor gewissen Umtrieben der Gegner in Konstantinopel gewarnt hatte, so antwortete sie: „Meine

1) Sbornik XII, 17. 65. 84. 102. 111. 118. 129. 180. 181.

2) Sbornik XX, 167, wo es aber statt „j'enverrai“ heißen muß „j'en verrai“.

Absichten sind zu rein und uneigennützig, als daß die Zeit nicht die Wahrheit aufdecken und allmählich die ganze Welt davon überzeugen sollte, daß ich keinen anderen Zweck habe, als das Wohl meiner Unterthanen und in Frieden und gutem Einvernehmen mit allen meinen Nachbarn zu leben." Die Heuchlerin setzt hinzu: „So werden wir, wenn der Fall eintritt, so sanft als möglich mit Ew. Majestät Hilfe einen König von Polen machen."

Eben dieser Fall war damals eingetreten. An dem Tage, wo Katharina die schönen Wassermelonen und Trauben aus Astrachan einpacken ließ, gelangte die Botschaft nach Warschau, daß August am 5. Oktober in Dresden verschieden wäre. Die Polen hatten allen Grund, ihr Haupt in tiefster Trauer zu verhüllen; denn aus dem Verfahren, welches Katharina in Kurland beobachtet hatte, konnten sie nur zu deutlich erkennen, welches Schicksal ihnen bevorstand.

Der Primas, Lubienski, Erzbischof von Gnesen, an welchen die Regierung bis zur Wahl eines neuen Königs überging, äußerte sich im November über die trostlose Lage Polens im Senate sowohl als zu der ganzen Nation sehr scharf. „Wir sehen und wissen", sprach er, „in was für einem betrübten Zustande sich unser verwaistes Vaterland befindet. Ein jeglicher muß bekennen, daß sein Fall nahe ist, ja jeglicher verwundert sich, wie diese so unordentliche Maschine noch bis hierher hat bestehen können. Seit 37 Jahren sind alle Reichstage zerrissen worden. Dieser große, weitläufige, von den allermächtigsten Nachbarn umgebene Staat ist beinahe schon seit einem halben Jahrhundert seinem Schicksal überlassen. Die Gesetze werden nicht ausgeführt, die Gerechtigkeit unterliegt der Empörung und Gewalt, die Freiheit wird von der Macht, dem Zwang und Unrecht unterdrückt. Der Handel ist ganz dahin. Die Städte, die Zierden und Stützen eines Reiches, sind verfallen, die Güter und das Vermögen des Edelmannes dem Raub und der Verwüstung ausgesetzt. Der Stärkste macht, was er will. Wir sind ganz kraftlos, die Grenzen stehen jedermann offen; da ist nichts Wehrhaftes,

nichts, was abhalten und zurücktreiben kann. Der öffentliche Schatz ist ohne Geld, und das Geld hat keinen Wert. In der Geschichte wird niemand ein Beispiel von solcher Unordnung finden, und man muß deshalb schließen, ein Reich von so elender Beschaffenheit werde notwendig entweder ein Raub der Feinde werden oder mit der Zeit in tatarische Felder sich umwandeln." [1])

Nehmen wir an dieser Stelle noch hinzu, was der Primas am 10. Mai 1764 vor den vereinigten Senatoren und Landboten gesagt hat. „Wir halten dafür", sprach er, „und thun damit groß, daß wir eine freie Nation und ein unabhängiges Volk sind, und wir stöhnen doch unter dem Joche der Sklaverei und dem Schwerte .... Jedermann will befehlen, jedermann sehnt sich danach, Herr zu sein, jedermann ringt und läuft nach Starosteien und nach dem Brote, welches für das Verdienst ausgesetzt ist; aber niemand oder doch selten sucht einer sich recht verdient um den Staat zu machen." [2])

Wenn sich der Primas auch sehr scharf ausdrückt, so übertreibt er doch keineswegs. Was soll man von einer Nation sagen, welche gewissermaßen Mutwillen mit sich selber treibt und die eigene oberste politische Thätigkeit verhöhnt? Auf dem Reichstage von 1746 war man einmal zu Beschlüssen gekommen, die dann in später Abendstunde noch unterschrieben werden sollten; aber die Gegner wollten keine Lichter in den Saal bringen lassen, und als das doch geschah, bliesen sie dieselben aus, die anderen zündeten sie wieder an, und so ging, während König und Senat daneben warteten, das kindische Treiben fort bis in die zehnte Stunde. „Der Reichstag wurde nicht zerrissen, nicht beendet, sondern er verlosch", sagt ein Zeitgenosse [3]).

Die Schäden, an denen Polen litt, waren im achtzehnten Jahrhundert oft genug aufgedeckt und besprochen worden.

1) Stolterfoth, Entwurf einer pragmatischen Geschichte von Polen, S. 1009. 1031.

2) Ebd., S. 1183.

3) Roepell, Polen um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts, S. 21 (Anm. 2). 76.

Nach dem Tode des ersten Königs aus dem Hause Sachsen hatte z. B. Stanislaus Leszczynski sorgfältig den argen Verfall und die äußerste Ohnmacht dieses wunderlichen Staatswesens angezeigt und den Polen ihr Schicksal vorhergesagt, wenn sie alle Heilungsvorschläge weiter hartnäckig vernachlässigten. „Wir glauben", schrieb er damals, „daß unsere Nachbarn aus Eifersucht gegen einander an unserer Erhaltung Anteil nehmen. Eitles Vorurteil, welches uns täuscht, lächerlicher Starrsinn, der einstmals die Ungarn und Böhmen um ihre Freiheit gebracht hat und sie sicherlich uns nehmen wird, wenn wir, gestützt auf eine so nichtige Hoffnung, fortfahren unbewaffnet zu bleiben. Die Reihe wird ohne Zweifel an uns kommen, und wir werden die Beute eines bedeutenden Eroberers werden; vielleicht auch verständigen die benachbarten Mächte sich über eine Teilung unserer Staaten." [1])

August III., der gegen Stanislaus Leszczynski den polnischen Thron behauptete, hat während seiner langen und friedlichen Regierung mehrere Versuche gemacht, die Hauptmängel abzustellen. Besonders ernsthaft verfuhr der Hof 1750. Der Reichstag sollte sich in eine Konföderation umwandeln, weil bei dieser Form die Mehrheit entschied, und wenn das erreicht wäre, wollte man durch eine neue Einschätzung aller Güter die Einnahmen der Krone vermehren und in Angelegenheiten des Schatzes die Stimmeneinhelligkeit abschaffen. Aber der Reichstag wurde zerrissen, bevor er noch angefangen. Zwei Jahre später trat ein neuer zusammen. Auch von diesem begehrte die Regierung Reformen: man solle das Heer und die Mittel zu seiner Erhaltung vermehren und die Justiz verbessern. Der König verlangte weiter die Rückkehr zum Brauch der alten Reichstage, wonach wenigstens die einstimmig gefaßten Beschlüsse gültig blieben, auch wenn man sich über andere Punkte nicht einigen konnte. Die Czartoryski, welche damals die Hofpartei führten, Michael, Krongroßkanzler von Litauen, und sein Bruder August, Woiwode von Rußland,

1) Oeuvres du philosophe bienfaisant. Leipsic 1764. T. II, p. 42.

sprachen öffentlich davon, daß der Reichstag in eine Konföderation umgewandelt werden müßte, wenn etwas auf demselben zustande kommen sollte, und als die Versammlung in herkömmlicher Weise gesprengt worden war, da erschien ein Manifest, neben anderen unterzeichnet von Michael Czartoryski und seinem Neffen Stanislaus Poniatowski, welcher damals, 20 Jahre alt, zum erstenmale Landbote war. Wenn die Männer, deren Namen unter dem Schriftstück vom 17. Oktober 1752 standen, darin die Meinung aussprachen, daß das Vaterland einer Hilfe bedürfte, welche der schlimme Ausgang der Reichstage nicht gewinnen ließe, so zielten sie mit diesen Worten auf eine Konföderation ab. Auch auf dem Reichstage von 1754 wurden die reformatorischen Vorlagen eingebracht, und ebenso fanden die Sitzungen durch einen Landboten ihr frühes Ende. König August und Brühl verbanden sich nun mit der Partei der sogen. Patrioten, an deren Spitze der franzosenfreundliche Krongroßfeldherr Branicki stand. Die Czartoryski dagegen traten in die Opposition; sie wiesen den Petersburger Hof darauf hin, daß der Einfluß Rußlands in Polen zum Schaden beider Staaten merklich abgenommen hätte. Noch weiter gingen sie aber in ihrer Blindheit, indem sie fortfuhren: „Unser Vaterland würde die Kaiserin preisen, wenn sie das Bestehen desselben mit den wirklichen Interessen ihres eigenen Reiches so fest verbände, daß ohne Rußlands Einverständnis eine Veränderung in Polen unmöglich wäre." Und als der Senat beriet, ob Herzog Karl in Kurland geschützt werden sollte, da gehörte Michael Czartoryski zu der verächtlichen Minderheit, die für Rußland stimmte. „Wie es ein wesentlicher politischer Grundsatz in ganz Europa ist", meinte der kluge Politiker, „so ist es am wesentlichsten für das uns benachbarte, befreundete und mit uns in Vertragsverhältnissen stehende Rußland, das Recht und die Freiheiten, auf denen unsere Republik ruht, in der Form des einmal festgestellten Regiments unerschütterlich aufrecht zu halten." [1])

1) Roepell, S. 79. 91 ff. 103. 115. 174.

Bei dieser Lage der Dinge konnte man sich in Dresden wohl fragen, ob es nicht besser wäre, diesem Zerrbild eines Staates auf immer den Rücken zu kehren; aber man gewann es nicht über sich, der Krone, welche den Königstitel gab, zu entsagen [1]). Die Mitglieder des sächsischen Hauses einigten sich dahin, daß nur der älteste Sohn des verstorbenen Königs von Polen, Friedrich Christian, als Bewerber auftreten sollte. In Versailles und Wien durfte man auf Unterstützung rechnen. Außerdem wendeten sich der Kurfürst und seine Gemahlin Maria Antonia auch nach Berlin und Petersburg; aber an diesen beiden Orten fand ihre Bitte natürlich kein günstiges Gehör. Als Friedrich der Große die Nachricht von dem Tode des Königs August am 7. Oktober empfangen hatte, schrieb er sogleich an Katharina: wenn sie die Partei dessen, den sie begünstige, jetzt in Polen verstärke, so könne sich kein Staat als verletzt ansehen, und wenn sich eine Gegenpartei bilde, so mögen die Czartoryski nur den Schutz der Kaiserin anrufen; sie werde dadurch einen Vorwand erhalten, Truppen nach Polen zu schicken. An einem solchen Einmarsch der Russen nahm also Friedrich ebenso wenig Anstoß wie die Czartoryski. Außerdem riet er der Kaiserin, dem Dresdener Hofe zu erklären, daß sie die Bewerbung Friedrich Christians um die polnische Krone nicht zugeben könne; dann werde sich Sachsen weder rühren, noch Verwirrung stiften. Als der König von Preußen die Feder weggelegt hatte, da empfing er die Bitte, welche Maria Antonia an ihn gerichtet; er legte sofort eine Abschrift ihres Briefes für die Kaiserin bei und teilte zugleich mit, daß er der Kurfürstin raten werde, keinen Schritt zu thun, bevor sie nicht wisse, wie Katharina über die Bewerbung denke [2]). Das hat er denn auch ausgeführt und zugleich Maria Antonia beschworen, keineswegs hastig vorzu-

1) Vgl. meinen Aufsatz „Die Bewerbung des Kurfürsten Friedrich Christian und seines Bruders Xaver um die polnische Krone im Jahre 17⁶³/₆₄" im Archiv für die sächsische Geschichte, Neue Folge IV, 217 ff.

2) Sbornik XX, 174.

gehen, damit sie nicht Europa in die Wirren zurückstoße, denen es kaum entronnen sei.

Ehe noch die Kaiserin von Rußland Friedrichs Brief empfing, schrieb sie am 17. Oktober, wo die Nachricht von der Erledigung des polnischen Thrones nach Petersburg kam, an den König von Preußen und an Maria Theresia. Gegen jenen mußte sie mit der Sprache jetzt herauskommen, und so nannte sie denn als denjenigen, dessen Bewerbung sie begünstigen wollte, den Grafen Stanislaus Poniatowski. Derselbe, schrieb sie, habe von allen Bewerbern die wenigsten Mittel, die königliche Würde zu erlangen, er scheine deshalb von diesem Ziel am weitesten entfernt zu sein und werde sich infolge dessen am erkenntlichsten gegen die erweisen, aus deren Händen er die Krone von Polen empfangen. Wenn man dagegen einen Czartoryski nehme, so werde dieser sein Los zum Teil auch seiner Geschicklichkeit in der Leitung der Wahlangelegenheit zuschreiben. Friedrich könnte zwar einwerfen, daß Poniatowski keine Mittel zum Leben hätte, jedoch die Czartoryski, meinte die Kaiserin, würden dafür sorgen, da es für sie doch immer von Wichtigkeit wäre, daß einer aus ihrem Hause den Thron einnähme.

Katharina weiß, wie sehr der König von Preußen dem Kriege jetzt abhold ist, und sie versichert darum, indem sie von militärischen Anordnungen an der Grenze Nachricht giebt: alle Unruhe sei ihr verhaßt, und sie wünsche dringend, das angegebene Ziel friedlich zu erreichen. Zu dem Ende wollte sie auch in Konstantinopel thätig sein, und sie ersuchte Friedrich den Großen, dort ebenso zu wirken. Als sie wenige Tage später den Brief erhielt, welchen der König von Preußen nach Empfang der Todesnachricht an sie geschrieben und worin auch des beabsichtigten Bündnisses gedacht war, da gab sie ihr Ehrenwort, daß es zustande kommen würde.

Friedrich hätte gewünscht, es wäre schon vor dem Ableben des Königs August fertig geworden; aber er mußte sich in seine Lage schicken und gute Miene zum bösen Spiele machen. Wieder setzt er ihr auseinander, weshalb er sich sehnt, mit

ihr zum Abschluß zu kommen. „Ich habe", schreibt er am 5. November, „den letzten Krieg nicht vermeiden können, eine Verschwörung bestand gegen mich seit langer Zeit. Ich vermochte nicht diesen Sturm zu zerstreuen, und in solcher Lage verlangte die Politik und der gesunde Menschenverstand, daß ich meinen Feinden zuvorkäme, um mich nicht ein Jahr später überwältigen zu lassen. Von allen Ländern, wohin der Krieg sich gewendet, hat das meinige am meisten gelitten, und Zeit und Ruhe gehören dazu, ihm Erholung zu verschaffen. Mein Alter erinnert mich ferner daran, daß ich bald an der Grenze meines Lebens stehen werde. Am Ende meiner Laufbahn darf ich mich nicht mehr zu großen Plänen versteigen. Diese Zeiten sind vorüber. Ich möchte gern ohne Unruhen und Krieg ins Grab sinken, um meinen Nachfolgern ein glückliches Land und eine gesicherte Lage zu hinterlassen, und zu dem Ende wünsche ich Bündnisse zu schließen, welche diese Politik befestigen können." Friedrich schreibt alles das, um die Kaiserin von der Aufrichtigkeit seiner Absichten zu überzeugen, und er überläßt ihr vertrauensvoll die Zeit des Abschlusses.

Auch an Maria Theresia hatte Katharina am 17. Oktober geschrieben. Sie that, als ob sie die Unschuld und Friedfertigkeit selber wäre. Sie wollte den Polen freie Wahl lassen und einem Piasten, wie sie sich ausdrückte, nicht entgegen sein; die militärischen Maßregeln, die sie an den Grenzen anordnete, sollten einzig und allein dazu dienen, daß die ganze Handlung frei und ruhig vor sich ginge.

Einige Tage später antwortete sie dem Kurfürsten von Sachsen. Indem sie ihn aufmerksam machte, daß nur eine freie und einstimmige Wahl das Recht auf die polnische Krone verliehe, wollte sie voraussehen, daß unübersteigliche Hindernisse sich einer solchen freien und einstimmigen Wahl des Kurfürsten entgegenstellen würden, und sie riet ihm daher als wahre Freundin, wie sie sich ausdrückte, von seiner Bewerbung abzustehen, da der Ausgang ohne Zweifel seinen Wünschen keineswegs entsprechen würde.

Deutlicher konnte Katharina nicht reden. Sie war in der

That entschlossen, dem sächsischen Hause den Weg zu dem polnischen Throne zu versperren, wie ein Aktenstück beweist, mit welchem sich Panin damals emsig beschäftigte, nämlich die Verhaltungsbefehle für den Grafen Kaiserling und den Fürsten Repnin, welcher jenem als Gehilfe nach Warschau nachgeschickt werden sollte. Diese Vorschriften trugen das Datum des 6. November. Das Interregnum und die Wahl wurden darin als das wichtigste Ereignis für Rußland bezeichnet, indem bei dieser Gelegenheit die Vollständigkeit seiner Grenzen und sein unmittelbarer Einfluß auf die europäische Politik in Betracht kämen. Katharina verlangte, daß Polen weder erblich werde, noch seine Verfassung ändere, besonders aber müsse die Stimmeneinheit auf den Reichstagen wie bisher notwendig bleiben, und die bewaffnete Macht dürfe nicht vermehrt werden; dagegen sollte man suchen, dem neuen König ansehnlichere Geldmittel zu verschaffen. Die Kaiserin verlangte weiter einen den russischen Interessen dienenden Piasten, welcher ihr allein seine Erhebung zu verdanken hätte. Die Instruktion nannte nun den Grafen Stanislaus Poniatowski.

Zwar stand ein großer Teil der russischen Streitkräfte zum Einrücken bereit an den Grenzen; aber die tugendhafte Katharina zog einen friedlichen Verlauf der Dinge vor, und nur, wenn es auf diese Weise nicht ginge, war sie entschlossen, mit unerschütterlicher Ausdauer alle Kräfte zu gebrauchen, die ihr, wie sie sich auszudrücken liebte, die Vorsehung in die Hand gegeben. Die beiden Gesandten wurden angewiesen, dem Grafen Stanislaus Poniatowski ausdrücklich zu sagen, daß er, wenn man mit Geld nicht ans Ziel käme, mit Gewalt auf den Thron gesetzt werden sollte. Derselbe müsse begreifen, hieß es weiter, daß er für sich allein niemals dahin gelangen werde; deshalb sei er verpflichtet, aus Erkenntlichkeit die engsten Beziehungen der Freund- und Nachbarschaft aufrecht zu halten, gleich nach seiner Erhebung die Streitigkeiten über die Grenzen zu Katharinas Befriedigung beizulegen und das russische Interesse für sein eigenes anzusehen. Auch von den Polen verlangte die Kaiserin Dankbarkeit; auf dem ersten Reichstage sollten sie

5*

den russischen Kaisertitel anerkennen und den Herzog Biron von Kurland von neuem bestätigen und auf dem Krönungsreichstag eine Kommission ernennen, die zusammen mit russischen Mitgliedern für die ordentliche Ausführung des Friedens von 1686 Sorge trüge; letzterem zuwider sei die Mehrzahl der griechisch-katholischen Sprengel gewaltsam uniert worden, und der Rest in Weißrußland erfahre von Geistlichkeit und Adel Unannehmlichkeiten, außerdem seien die Grenzen dort nicht fest bestimmt, ein Landstrich von 988 Quadratwerst gehöre mit Unrecht zu Polen und sei mit russischen Überläufern angefüllt.

„Übrigens werden sich“, fuhr die Instruktion fort, „Kaiserling und Repnin durch nichts mehr Dank verdienen, als wenn sie bewirken, daß der Reichstag sowohl die russische Intervention als auch die Garantie der polnischen Verfassung und Freiheiten nachsucht und sich für die Wiedereinsetzung des alten Herzogs von Kurland bedankt. Die beiden Gesandten sollen weiter den Primas bewegen, daß er eine angesehene Person abschicke, durch sie den russischen Schutz für die Erhaltung der freien Königswahl anrufe und die Kaiserin bitte, keine andere Intervention zu gestatten als die russische.“ Konnte man den Polen schimpflichere Bedingungen stellen als diejenigen, die in dieser Instruktion enthalten sind?

Wir sehen, Katharina war wie bei Kurland zum Äußersten entschlossen, um ihr Ziel zu erreichen. Aber sie ließ doch die Gegenpartei nicht außer Betracht, die versuchen könnte einen anderen Bewerber auf den Thron zu bringen. Für diesen Fall schrieb die Instruktion vor: „Sobald der russische Kandidat gewählt und zum König ausgerufen worden ist, werden ihn Kaiserling und Repnin im Namen Katharinas anerkennen. Brechen Unruhen aus oder entstehen Gegenkonföderationen, so werden die russischen Truppen einrücken und mit Feuer und Schwert das Eigentum der Gegner zerstören.“ „In diesem Fall“, heißt es weiter, „werden wir uns mit dem König von Preußen und Ihr mit dem preußischen Gesandten in Warschau verständigen.“

Endlich sprach die Kaiserin es aus, daß sie, wenn sie ihren Thronkandidaten mit bewaffneter Macht einsetzen und aufrecht halten müßte, das ganze polnische Livland in Anspruch nehmen würde.

In den nächsten Tagen ging Katharina noch einen Schritt vorwärts, indem sie den alten Kanzler Bestuscheff, der die Verbindung mit Österreich wünschte und die Thronkandidatur eines sächsischen Prinzen befürwortete, jetzt entließ und dem Grafen Panin die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übertrug; denn die Polen sowohl als die fremden Höfe sollten die Überzeugung gewinnen, daß Rußland sein Ziel mit unbeugsamer Festigkeit verfolgen würde.

Von den letzteren stand Österreich in erster Reihe. Maria Theresia antwortete der Kaiserin am 9. November; sie that es mit gleicher Geschicklichkeit und mit größerer Wahrheit. Sie erklärte sich der Kaiserin für ihre Mitteilungen sehr verpflichtet und mit dem Plane Katharinas einverstanden, vorausgesetzt, daß der Kurfürst von Sachsen dem freien Wahlrechte gemäß nicht ausgeschlossen und sie selbst gegen eine Zergliederung Polens für jetzt und künftig gesichert würde. Inbezug auf die militärischen Anordnungen äußerte sie das Bedenken, ob dieselben nicht die Mächte beunruhigen könnten, die an dem Schicksal Polens Anteil nähmen. Auf eine Anfrage des Wiener Hofes hatte Friedrich noch im Oktober für eine freie, ruhige und gesetzmäßige Wahl sich ausgesprochen, möge dieselbe den Kurfürsten von Sachsen oder einen Piasten auf den polnischen Thron führen. Unter diesen Umständen konnte Maria Theresia weiter behaupten, daß Unruhen nicht zu fürchten wären.

Übrigens gab man sich in Wien keiner Täuschung hin, und weil man sich von Frankreich kaum Beistand versprechen konnte, beschloß man vorsichtig zuwerke zu gehen und auch in Dresden zur Behutsamkeit zu mahnen. Die beiden Höfe, schrieb Kaunitz am 19. November an den Grafen Flemming in Dresden, müßten mit großer Klugheit und in vollkommenem Einverständnis handeln, um sich mit Ehren aus der

Sache zu ziehen. Österreich wäre bereit, mit Sachsen zu gehen, aber wenn Rußland weiter feindselig bliebe, dürfte man nichts erzwingen wollen; denn durch eine Spaltung der Wähler würde der Bürgerkrieg in Polen herbeigeführt werden, Preußen sich einmischen und eine Teilung unter dem Vorwand einer Entschädigung erfolgen. Bevor man es so weit kommen ließe, müßte der Kurfürst den gelegenen Augenblick ergreifen und aus Liebe zum allgemeinen Besten seine Bewerbung zurückziehen. Die Kaiserin-Königin könnte dann unter der Bedingung darein willigen, daß man sie gegen jede Teilung Polens sicher stellte.

Wir bemerken, von welcher Besorgnis der Staatskanzler Tag und Nacht gequält wurde! Er glaubte, wenn sich Friedrich durch die Erwerbung von Danzig zum Herrn des polnischen Handels mache, wenn er die Provinzen Preußen, Brandenburg und Schlesien durch den großen und fruchtbaren Landstrich an der Weichsel mit einander verbinde, so werde er einen Gewinn davontragen, welcher die Eroberung Schlesiens übertreffe, Preußen zum mächtigsten Staat in Europa erheben und Österreich den größten Gefahren, ja dem Untergang aussetzen.

Dagegen war die Kaiserin-Königin bereit, wenn man den Liebhaber Katharinas, Gregor Orloff, durch Geld zu gewinnen suchte, 200,000 Gulden hierzu beizutragen, jedoch erst dann, wenn der Kurfürst wirklich und mit dem Einverständnis von Rußland den polnischen Thron inne hätte. Freilich irrte man sich hierbei gar sehr in dem Charakter Katharinas; diese wollte nicht sowohl ihren ehemaligen Liebhaber belohnen, als vielmehr einen König in Warschau haben, der ihr ungefähr so gehorchte wie Biron in Kurland. Übrigens ist nichts belehrender, als die Verhaltungsbefehle für Kaiserling und Repnin mit diesen schwächlichen Eröffnungen des Staatskanzlers an den Grafen Flemming zu vergleichen. Man kann sagen, daß in den beiden Schriftstücken das Schicksal Polens enthalten ist.

Die Nachrichten, welche Friedrich Christian aus Wien, Berlin und Petersburg empfing, sowie ohne Zweifel auch

diejenigen, die aus Versailles anlangten, eröffneten keine lachenden Aussichten; aber er oder seine Gemahlin konnten sich doch nicht entschließen, die Krone schon jetzt aufzugeben. Der Kurfürst antwortete der Kaiserin von Rußland am 28. November kurz, aber sehr höflich und versicherte, daß er kein Mittel anwenden würde, welches geeignet wäre, Polens Ruhe zu stören.

Der Graf Flemming, der an Brühls Stelle getreten war, entgegnete dem Staatskanzler ausführlich an demselben Tage. Die Vorschläge, die er machte, waren sehr verständig und konnten allein zum Ziele führen. Vor allem, schrieb er, dürfe man nichts unterlassen, um die Freunde in Polen zu kräftigen und zu ermutigen und den größten Teil der Nation an sich zu ziehen. Denen, welche bereit seien, für das Haus Sachsen sich zu erklären, müsse man, damit sie die nötige Festigkeit haben, die Versicherung geben, man sei gesonnen, sie so zu unterstützen, daß sie keine Gefahr laufen werden.

Flemming wollte ferner zwar alles vermieden haben, was die Kaiserin von Rußland erzürnen könnte; dagegen sollten auch vonseiten der befreundeten Höfe Wendungen gebraucht werden, die ernsthafte Verwickelungen fürchten ließen, wenn jene zur Gewalt schritte. Der sächsische Minister fand die Briefe, die sein Kurfürst und Maria Theresia aus Petersburg erhalten hatten, so geschrieben, als ob Katharina ihr Ziel ohne Mühe und Gefahr zu erreichen wünschte, indem sie der Kaiserin-Königin schmeichelte und dagegen den Dresdener Hof durch Schwierigkeiten, auf welche sie hinwies, und leise Drohungen entmutigte. Eine große Partei in Polen, eine zwar höfliche und verbindliche, jedoch feste Sprache der befreundeten Höfe und eine Erklärung, welche die Pforte bei der Republik abgäbe, meinte Flemming, würden auf Katharina den gewünschten Eindruck machen. Ausgehend von der Friedensliebe, die sie zur Schau trüge, sollte man ihr als das einzige sichere Mittel, den Krieg zu vermeiden, eine Übereinkunft vorschlagen, durch welche die Mächte sich verpflichteten, keine Truppen in die Republik einrücken zu lassen, die Sorge für die Wahl

gänzlich in die Hände der Polen zu legen und sich allein auf gute Dienste zu beschränken. Durch einen solchen Vorschlag, meinte Flemming nicht unrichtig, würde man die Ziele der Kaiserin entdecken und ihr die Schwierigkeiten zeigen, die zu erwarten ständen, wenn ihre Absichten keine guten wären.

Sollte sich ohne Krieg nichts erreichen lassen, so wollte der Kurfürst von seiner Bewerbung zurücktreten. Mit Dank nahm er das Anerbieten inbezug auf Orloff an, und der Graf Sacken in Petersburg erhielt die Weisung, mit möglichster Klugheit den Versuch zu machen.

Indem Flemming am Schlusse seines Schreibens noch einmal ein zwar freundliches, aber festes Auftreten verlangte, fuhr er fort: „Zeige man der Kaiserin die geringste Schwäche, so ermutige man sie, und wenn sie annehmen könnte, daß die großen Mächte von einem Kriege durchaus nichts wissen wollten, so würde sie vielleicht ihrem Ehrgeiz freien Lauf lassen und mit Friedrich II. übereinkommen, den Polen zuerst einen schwachen König zu geben und dann ihr Land zu teilen." Inhaltsvolle Worte, die Flemming damals wohl mehr gesagt hat, um Österreich zu einem kräftigen Handeln anzufeuern, die aber nur zu bald Wahrheit geworden sind.

Am 30. November schrieb der Kurfürst selbst an den Marchese v. Squillace, ließ durch ihn den König von Spanien um einen freundschaftlichen Beitrag zu den Kosten der Bewerbung ersuchen und sprach den Wunsch aus, daß die Höfe von Madrid, Versailles und Wien die sächsischen Anhänger in Polen ermutigen möchten. Und noch einer anderen Hoffnung gab er in seinem Schreiben Ausdruck. Es lag ihm viel daran, auch Englands Mitwirkung dafür zu erlangen, daß niemand sich unterstände, die Wahlfreiheit in Polen zu unterdrücken, und er begehrte diesen freundschaftlichen Dienst vom Könige von Spanien. Doch waren Schritte, die in London etwa gethan wurden, ohne Zweifel völlig umsonst. Als der französische Gesandte gegen Ende des Oktobers dort angezeigt hatte, daß Ludwig XV. gern auf dem polnischen Thron einen Bruder der Dauphine sehen würde, da empfing er zur Ant-

wort: Georg III. hege gar keinen Wunsch in dieser Angelegenheit und werde sich für keinen Bewerber, er sei, wer er wolle, verwenden. Derselbe Gesandte meldete später, daß der Londoner Hof wahrscheinlich nicht einmal, wenn Rußland und Preußen polnische Landschaften wegzunehmen gedächten, sich widersetzen und höchstens aufrichtig Gegenvorstellungen machen würde.

Von Friedrich dem Großen erwartete Flemming nichts Gutes; dessen Antworten in Verbindung mit seinen Grundsätzen und seinem Charakter ließen den Minister glauben, daß der König von Preußen das sächsische Haus mit schönen Worten bezahle und unter der Hand Katharina antreibe, demselben entgegen zu sein. Trotzdem machte die Kurfürstin noch einen Versuch in Potsdam, aber auch jetzt erfolglos; denn der entschiedene Wille, diese Bewerbung nicht zum Ziele kommen zu lassen, bildete gerade das stärkste Band zwischen Berlin und Petersburg. Da nun die Anhänger des Dresdener Hofes schon längst ausgesprengt hatten, daß Rußland und Preußen sich durch Stücke der Republik zu vergrößern gedächten, so wünschte Panin durch eine Erklärung den Polen jede Furcht vor einer drohenden Teilung zu benehmen, und er wollte diese Gelegenheit zugleich benutzen, um sie zur Wahl eines Piasten aufzumuntern. Er hegte weiter die Absicht, den europäischen Höfen folgende Mitteilung zu machen: die Kaiserin von Rußland habe den Wunsch der polnischen Nation, sich einen einheimischen König zu geben, erkannt und infolge dessen beschlossen, dem nicht allein sich nicht zu widersetzen — wie Katharina am 17. Oktober an Maria Theresia geschrieben —, sondern vielmehr das Recht der freien Wahl zu unterstützen. Panin teilte dem preußischen Gesandten die beiden Aktenstücke mit und sprach den Wunsch aus, daß Friedrich II. dasselbe thun möchte.

Wenn man in Petersburg behauptete, daß die polnische Nation einen Piasten wünschte, so schlug man keineswegs der Wahrheit ins Gesicht. In der letzten Zeit, welche König August III. noch in Warschau verlebte, war fast allgemein die

Sehnsucht nach einem einheimischen König erwacht; ohne Zweifel hoffte man von einem solchen die Rückkehr besserer Zustände. Nichts war ja bequemer, als die Schäden, an denen man litt, dem fremden Herrscherhause zur Last zu legen. Stanislaus Poniatowski war nun allerdings ein Einheimischer. Er stammte nicht aus einer altberühmten Familie; sein Vater, der ein Jahr zuvor verstorbene General Poniatowski, war der erste, der sich einen Namen gemacht, aber die Mutter gehörte dem Hause der Czartoryski an. Der junge Stanislaus August, welcher damals im 32. Lebensjahre stand, war ein lebhafter, talentvoller und kenntnisreicher Mann, jedoch wegen seines stolzen Benehmens, durch das er sich unendlich geschadet, unbeliebt und ohne jede Aussicht, auf den polnischen Thron zu gelangen, wenn ihm Katharina, mit welcher er in Petersburg früher einen sehr ernsthaften Liebeshandel unterhalten, ihren kräftigen Beistand versagt hätte.

Panin äußerte zu Solms einmal: „Stanislaus Poniatowski wird weder gefährlich für die Nachbarn, noch mächtig im Innern sein und wider die Freiheiten der Republik und das Interesse von Rußland und Preußen nichts thun können.“ Eben deshalb war er ausersehen worden, und er konnte nicht nur unbedingt auf die russische Hilfe rechnen, sondern es traf sich weiter für ihn so glücklich, daß die Gegenpartei, welche von den Potocki geführt wurde, nicht mit aller Entschiedenheit für einen einzigen Bewerber eintrat; dieselbe wollte zwar den Kurfürsten Friedrich Christian wählen, aber sie nahm zugleich noch einen Einheimischen in Aussicht, den 75jährigen Krongroßfeldherrn Branicki, welcher Poniatowskis junge und schöne Schwester noch auf seine alten Tage (1749) geheiratet hatte, aber von Rußland eine Schmälerung des polnischen Gebietes fürchtete und sich deshalb zu Frankreich hielt. Sein hohes Alter konnte auch das sächsische Haus mit seiner Bewerbung versöhnen, da bei seiner Wahl eine Thronerledigung bald wieder eintreten mußte. Branicki nahm übrigens das Anerbieten der Potocki sehr ernst auf und geriet wohl in Wut bei dem Gedanken, daß ein so junger Mann, wie sein Schwager,

der ihm an Herkommen, Vermögen und Beliebtheit nachstände, die Krone gewinnen sollte.

Nicht lange, so fragte man sich sogar in Dresden ernsthaft, ob man nicht die Bewerbung Branickis unterstützen sollte. Kurfürst Friedrich Christian starb nämlich — für die Partei ein sehr schwerer Schlag — am 17. Dezember an den Blattern. Sein Bruder Xaver, welcher nun die vormundschaftliche Regierung in Sachsen übernahm, meldete gleich am folgenden Tage dem Primas und vielen polnischen Großen diesen Todesfall und teilte weiter einigen derselben mit, daß die sächsischen Prinzen die befreundeten Höfe um Rat fragen und dann ihren Entschluß fassen würden. Bei der Stellung, welche die Großmächte zu der polnischen Frage damals einnahmen, und bei dem großen Geldmangel, der in Wien, Versailles und Dresden schwer drückte, hielt es Flemming für das beste, wenn die sächsischen Prinzen für den Krongroßfeldherrn wirkten, welcher dann bis zu seinem Tode den Thron gleichsam für ein Mitglied des sächsischen Hauses bewahren sollte. Doch handelte man nicht so entschieden, sondern schlug den Höfen, die man durch ein solches Verfahren ohne Zweifel zu kräftigerem Beistande zu bewegen hoffte, drei Bewerber vor, unter denen sie sich für einen erklären sollten, nämlich den Prinzen Xaver, den Herzog Karl von Kurland und Branicki.

Ehe noch die Nachricht von diesem zweiten Todesfalle nach Warschau kam, war hier die Furcht vor einer Teilung gewachsen. Stanislaus Poniatowski gab deshalb seinen Landsleuten die Versicherung, daß er lieber auf die angebotene Ehre verzichten, als irgendeinen Vorschlag annehmen würde, der ihm Verpflichtungen gegen Rußland und Preußen auflegte; und die Czartoryski drängten Kaiserling, die Erklärung, die er entworfen, zu veröffentlichen. Auch in Petersburg wurde von dieser Befürchtung gesprochen. Die russischen Minister stellten natürlich jeden Vorsatz einer Teilung in Abrede. Der Vizekanzler Fürst Galitzin beteuerte dem französischen Geschäftsträger Bérenger nicht nur die Reinheit der Absichten seiner Kaiserin, sondern er erklärte weiter, daß Rußland es nicht

dulden dürfte, wenn etwa andere Mächte durch polnische Stücke sich vergrößern wollten.

Friedrich der Große hatte schon im Anfange des Jahres jedes Streben nach polnischem Besitz ableugnen lassen, und jetzt war dasselbe wieder geschehen, indem er Benoit anwies, zu erklären: weit entfernt, an Vergrößerung zu denken, arbeite der König und werde stets nur daran arbeiten, die Freiheiten der Republik aufrecht zu halten; und einzig und allein zu diesem Zweck habe er sich mit der Kaiserin von Rußland verbunden. Da aber jene Reden nicht verstummten, beschlossen Kaiserling und Repnin, ihre Erklärungen zu veröffentlichen; sie drängten Benoit, dasselbe zu thun, und zwar so sehr, daß er sich entschloß, wenigstens vorläufig eine solche Kundgebung zu wagen. Alle drei fuhren am 27. Dezember in einem Wagen, und zwar in dem russischen, zum Primas, von welchem sie eingeladen worden waren, und übergaben bei dieser Gelegenheit ihre Schriftstücke, von denen das russische durch widerliches Selbstlob abstößt.

Der König von Preußen war nicht ganz mit Benoits Präliminarnote zufrieden. Obwohl einverstanden in der Sache, wollte Friedrich doch den Schein wahren und alles vermeiden, was den Verdacht einer Einmischung in die freie Wahl wecken könnte; nach seiner Meinung hätte Benoit daher keineswegs ausdrücklich die Wahl eines Piasten fordern sollen. In der That übergeht die Erklärung, die er selbst nach Warschau sandte, diesen Punkt, und er hat sich wahrscheinlich auch geweigert, die andere Erklärung, welche Panin an die europäischen Höfe schicken wollte, seinerseits abgehen zu lassen, und deshalb mag Rußland ebenfalls davon Abstand genommen haben.

Aber nur vor solchen schriftlichen Kundgebungen schreckte Friedrich zurück, dagegen sprach er sich bei anderen Gelegenheiten ganz entschieden aus. Als im Anfange des Januar Gadomski nach Berlin kam, um — freilich etwas spät — im Auftrage der Regierung den Tod des Königs August anzuzeigen: da verhehlte Friedrich II. nicht, daß er sich mit

Katharina verbunden hätte, um einen Piasten auf den Thron zu bringen. Sadowski erwähnte den Namen des Stanislaus Poniatowski und später auch den des Krongroßfeldherrn. Der König von Preußen vermied es, für einen von beiden sich zu entscheiden, obwohl er jenen lobte und von dem anderen wegen seines hohen Alters abriet. Vor allen Dingen schärfte Friedrich dem Abgesandten ein, die Polen sollten sich ja hüten, eine Konförderation zu bilden; denn eine solche würde nicht allein ganz vergeblich sein, sondern auch ihr Verderben herbeiführen, weil sie keinen Beistand von außen zu erwarten hätten; sollten aber andere Mächte wagen, ihnen bewaffnete Hilfe zu leisten, so würde Friedrich nicht umhin können, seine Truppen ebenfalls einrücken zu lassen.

Eine solche Äußerung des Königs von Preußen überrascht und läßt beinahe vermuten, daß inzwischen das Bündnis mit Rußland fertig geworden sei. So weit war man allerdings noch nicht gekommen; aber man stand jetzt endlich doch in ernsthafter Unterhandlung, deren Geschichte nachzuholen hier der geeignete Ort ist.

Drittes Kapitel.

Das preußisch-russische Bündnis und die letzte polnische Königswahl.

Der Aufforderung der Kaiserin, einen Vertragsentwurf einzusenden, hatte Friedrich der Große so schnell als möglich entsprochen; aber dann ruhte die Sache wieder lange Zeit. Die Entlassung Bestuscheffs förderte die Unterhandlung über das Bündnis zuerst auch nur sehr wenig. Panin sprach von

Bündnis zustande käme, sehr bezweifelte, dann stände dem Petersburger Hofe das Recht zu, den preußischen Beistand zu verlangen.

Der König nahm die Sache sehr ernst. Er fügte noch einige Zeilen hinzu, die nur für seinen Gesandten bestimmt waren und keinem anderen Menschen gezeigt werden sollten. Er wünsche, schrieb er, mit dem Petersburger Hofe zur Sicherheit für seine Länder ein Schutzbündnis abzuschließen, aber er würde vor seinem Staat und vor der Nachwelt es nicht verantworten können, wenn er um Rußlands willen ohne Not leichtsinnig einen Krieg anfangen wollte, der sein von den schweren Kämpfen der sieben Jahre noch nicht genesenes Land gänzlich zugrunde richten würde. Wiewohl er darauf zu achten habe, daß Polen in seiner alten Freiheit und Verfassung verbleibe und keine despotische Gewalt darin aufkomme, so könne es ihm doch gleichgültig sein, ob ein Czartoryski dort oder ein Poniatowski regiere, ja, er müsse lieber den Kurfürsten von Sachsen den Thron besteigen lassen, als in einen gefahrvollen Krieg sich stürzen. Friedrich fordert den Gesandten auf, gelegentlich an die Thatsache zu erinnern, daß Karl VI. durch zu großen Eifer für seinen Kandidaten Lothringen verloren hätte.

Eine Woche später, am 3. Januar, erbot sich der König von Preußen, 20,000 Mann den Russen zu schicken, wenn dieselben um der polnischen Angelegenheiten willen von Österreich angegriffen würden, jedoch unter der Bedingung, daß ihm ebenso viele Truppen zuhilfe kämen, falls ihn Maria Theresia wegen seines Bündnisses mit dem Petersburger Hofe bekriegen sollte.

Inzwischen hatte Panin mildere Saiten aufgezogen. Rußland wolle ja das Schwierigste übernehmen, sprach er am 29. Dezember zu Solms, und verlange nur, daß der König diejenigen Regimenter, welche der polnischen Grenze am nächsten stehen, einige Bewegungen machen lasse, damit man sehe, daß dieselben bereit seien. Der König, meinte Panin weiter, werde keinen Grund haben, das Bündnis zu bedauern; denn

er solle, wenn es wider Erwarten zum Äußersten komme, seine Mühe so gut wie Rußland bezahlt erhalten und keineswegs umsonst gearbeitet haben. Mehr wollte Panin erst sagen, wenn die Dinge weiter fortgeschritten wären.

Zu seinem Schrecken bemerkte Friedrich in diesen Worten den Plan einer Teilung Polens, und in der Besorgnis, daß dergleichen Absichten Europa in die Unruhen zurückstürzen könnten, denen es eben entronnen wäre, gebot der König seinem Gesandten, außerordentlich auf der Hut zu sein, haarscharf nach den Befehlen, die er empfange, sich zu richten und in der dornenvollen Lage, worin er sich befinde, nicht das Geringste zu sagen, was irgendwie den König weiter, als er wünsche, fortreißen könne[1]).

Solms legte jenen Worten des russischen Ministers eine geringere Bedeutung bei und glaubte nicht an solche kriegerische Hintergedanken Panins, welchem wohl dergleichen Wendungen nur im Augenblicke lebhafteren Gesprächs entschlüpften; aber wenn der Wiener Hof gegen alle Wahrscheinlichkeit einen Krieg wagen sollte, meinte der preußische Gesandte weiter, dann würde Panin wohl Polen oder Österreich die Kosten tragen lassen. So gering aber, wie Solms vermutete, war die Tragweite der angeführten Worte keineswegs. Der russische Minister hatte für den Fall, daß die Thronerledigung zum Kriege führen sollte, das polnische Livland als Entschädigung in Aussicht genommen, und er mußte natürlich, wenn Friedrich II. Beistand leistete, diesem auch eine Bezahlung zugestehen, die dann wohl in einem Stück von Westpreußen bestehen sollte. Jedoch hierüber wollte sich Panin erst äußern, wenn die Notwendigkeit es erforderlich machte; wahrscheinlich hat er an das Bistum Ermeland gedacht.

Ungefähr am 20. Januar 1764 bekam Solms den russischen Entwurf zu Gesicht und unterhandelte noch etliche Tage lang, aber umsonst, um einzelne Milderungen zu erlangen. Am 7. August 1763 waren die höchst einfachen Vorschläge des

1) Sbornik XXII, No. 105, p. 110.

Berliner Hofes nach Petersburg abgegangen und hier sowohl ergänzt als umgestaltet und besonders außerordentlich erweitert worden; in dieser Fassung wurden sie am 26. Januar, also nach 22 Wochen, dem Könige von Preußen wieder zugesandt.

Der für die Öffentlichkeit bestimmte Vertrag, welcher für Friedrich II. die Hauptsache war, weil ihm dadurch seine Länder von Rußland verbürgt wurden, machte nur geringe Schwierigkeiten. Er sollte zunächst auf die Zeit von acht Jahren abgeschlossen und vor Ablauf derselben nach dem alsdann hervortretenden Bedürfnis erneuert werden. Friedrich wollte nur mit Rußland Freundschaft pflegen; Katharina dagegen hielt anderen Mächten eine Thür zum Beitritt offen, denn sie hoffte die beiden skandinavischen Staaten und England in das Bündnis hineinzuziehen. Die Zahl der Hilfstruppen setzte sie auf 10,000 Mann Fußvolk und 2000 Reiter fest, und sie blieb auch dabei stehen, als Friedrich 20,000 Mann vorschlug, weil sie, wie Panin erklärte, bei jenen drei Mächten nicht höher gehen wollte. Wenn Rußland in den an die Türkei und die Krim grenzenden Provinzen oder Preußen in seinen jenseit der Weser liegenden Besitzungen einen Angriff erführe, so sollte, wie ein geheimer Artikel anordnete, die Hilfe nicht in Truppen geleistet werden, sondern in Geld, und zwar wurde die Summe von 400,000 Rubeln aufs Jahr festgesetzt. Aber wenn die Unterstützung nicht ausreichte, wollten beide Teile sich weiter besprechen und im Notfalle mit ihrer ganzen Macht einander zuhilfe kommen.

Friedrich hatte sich im August 1763 gern bereit erklärt, Bestimmungen über den Handel in den Vertrag aufzunehmen, und das war denn auch wenigstens im allgemeinen geschehen, indem ein Artikel vorschrieb, daß die Unterthanen beider Staaten freien Verkehr mit einander behalten und wie befreundete und verbündete Nationen behandelt werden sollten.

An den Hauptvertrag schlossen sich zunächst ein besonderer und vier geheime Artikel. Jener bezog sich auf den Schutz der sogen. Dissidenten, d. h. der evangelischen und nichtunierten Griechen in Polen. Von dem ersten geheimen Artikel ist be-

reits gesprochen worden. Im zweiten verpflichtete sich Preußen, dem Einflusse Frankreichs in Schweden gemeinschaftlich mit Rußland entgegenzutreten und dahin zu wirken, daß die bestehende Verfassung in Kraft bleibe. Ferner übernahm Friedrich wie 1762, so auch diesmal die Gewähr der deutschen Besitzungen des Großfürsten als Herzogs von Holstein und versprach, in Kopenhagen sich dahin zu verwenden, daß jener auch in den Streitigkeiten inbezug auf Schleswig vollkommene Genugthuung empfinge. Durch den vierten Artikel endlich machten die beiden Höfe sich anheischig, das freie Wahlrecht der polnischen Nation und die Grundgesetze der Republik, im Notfalle sogar mit Waffengewalt, zu schützen. Diese Verpflichtung wurde den anderen Höfen auf den Wunsch Rußlands in Verbindung mit dem Hauptvertrage mitgeteilt; er enthielt ja, was auch jene wünschten.

Die eigentlichen Verabredungen über Polen kamen in eine geheime Übereinkunft. In den ersten drei Artikeln derselben verpflichtete sich der König von Preußen, für die Wahl des russischen Kandidaten, dessen Namen wieder ein besonderer Artikel angab, im Vereine mit Katharina II. zu wirken. Hierüber war man einverstanden. Aber die Kaiserin wollte nicht allein die gewöhnlichen Mittel anwenden, sondern alles aufbieten, um ihr Ziel im Bunde mit Preußen zu erreichen. Darum sollte letzteres ebenso, wie Rußland es bereits gethan, Truppen an die polnische Grenze schicken, um die Polen und die fremden Mächte einzuschüchtern. Und Friedrich II. mußte sich dazu verstehen, obwohl er es lieber vermieden hätte.

Katharina war weiter entschlossen, ihren Kandidaten, auch wenn er nur von einer Minderheit gewählt wäre, doch anzuerkennen; in der Erklärung, deren Inhalt der fünfte Artikel vorschrieb, war von dem Einmarsche von Truppen und den äußersten Maßregeln gegen die Urheber einer Konföderation die Rede. Friedrich II. war nicht abgeneigt, in dieser Weise sich mündlich zu äußern; aber er schrak vor einer solchen schriftlichen Erklärung zurück. Er meinte, die fremden Mächte könnten hierüber sich beschweren, als ob man den Polen Ge-

walt anthun wollte, und einen Vorwand zu offener Einmischung daraus nehmen. Aber Katharina und Panin blieben fest, und so mußte denn Friedrich II. versprechen, gemeinschaftlich mit Rußland eine Erklärung folgenden Inhalts im gegebenen Falle zu erlassen: die beiden Mächte würden die Mitglieder einer Gegenkonföderation als Feinde des Vaterlandes und Störer der öffentlichen Ruhe betrachten und schonungslos alle Strenge des Krieges an den Personen und Gütern derselben durch ihre Truppen ausüben lassen.

In dem sechsten Artikel übernahm es Rußland, die Konföderation, welche sich etwa gegen den neuen König bilden sollte, niederzuwerfen. Friedrich II. wurde nur verpflichtet, durch Unterhandlungen und Truppenbewegungen an der Grenze Beistand zu leisten; erst wenn fremde Mächte den Widersachern Hilfe schickten, sollten 20,000 Preußen in Polen einrücken und im Vereine mit den Russen für die gute Sache wirken.

Endlich verlangte die Kaiserin, ohne vorher davon irgendetwas gesagt zu haben, im siebenten Artikel weitere 20,000 Mann von Friedrich dem Großen in dem Falle, daß sie selbst auf Grund der polnischen Angelegenheiten im eigenen Land angegriffen würde; natürlich gab sie dem Könige von Preußen das gleiche Versprechen. Sie bestand auch hier auf ihrer Forderung; umgekehrt trat sie einem Wunsche des Königs entgegen, welcher verlangt hatte, daß Rußland den 20,000 Mann, die vielleicht auf Ansuchen des Petersburger Hofes in Polen einrücken würden, Brot, Fleisch und dergleichen liefern müßte. Diese beiden Punkte verzögerten, wie Solms am 23. Februar meldete, den Abschluß.

Um letzteren zu fördern, erbot sich Katharina, wie der Gesandte weiter schrieb, zu einem besonderen Artikel, in welchem noch einmal ausdrücklich erklärt wurde, daß die 20,000 Mann in Polen nur einrücken sollten, wenn fremde Truppen dasselbe gethan hätten; die kriegerischen Bewegungen der Preußen, von denen die Kaiserin wünschte, daß sie an der Grenze so lange fortgesetzt würden, als die Russen mit der Konföderation

im Kampfe lägen, sollten nur dazu dienen, das Einvernehmen zwischen den beiden Höfen öffentlich kundzugeben. Beinahe möchte man aber glauben, daß die verschmitzten Russen sich stellten, als ob sie in dem ersten Teile dieses besonderen Artikels dem König einen Gefallen erwiesen, in Wahrheit aber nur ihn zu den kriegerischen Bewegungen des anderen Teiles verpflichten wollten.

Friedrich erstaunte besonders über die zweite der erhobenen Schwierigkeiten. Er meinte, daß seine Forderung nicht allein dem Herkommen entspräche, sondern auch militärisch begründet wäre, da es ihm unmöglich sein würde, seine Verbindlichkeiten zu erfüllen, wenn die Preußen nicht die nötigen Magazine fänden, wofür nur Rußland sorgen könnte. Daher bestand er auf der Bedingung, doch war er zufrieden, wenn das russische Ministerium schriftlich erklärte, dafür eintretendenfalls Sorge tragen zu wollen. Übrigens gab Friedrich allen Artikeln seine Zustimmung und ermächtigte seinen Gesandten, den Vertrag zu unterzeichnen.

Solms antwortete den 31. März. Die Unterhandlung, schrieb er, könnte nun als geschlossen gelten, nachdem der König den von ihm verlangten Zusatz hätte fallen lassen. Doch waren Katharina und Panin bereit, in der Sache nachzugeben, wie denn auch eine besondere Erklärung das nachher ausgesprochen hat.

Friedrich II. glaubte die preußischen Interessen am besten zu fördern, wenn er für einen Piasten einträte, mochte dieser heißen wie er wollte. Wenn er Stanislaus Poniatowski begünstigte, so geschah das nur aus Liebe zu Rußland, und er wollte darum wohl der Kaiserin so viel als möglich beistehen, aber an kriegerischen Bewegungen nur als Hilfsmacht teilnehmen, wenn fremde Truppen die Feinde Poniatowskis unterstützten. Katharina dagegen betrachtete den König von Preußen keineswegs als Hilfsmacht; vielmehr sollte Friedrich II. glauben, die eigenen Zwecke bei dieser Gelegenheit so gut wie Rußland zu verfolgen. Wenn der König hier nicht nachgegeben hätte, so würde, wie Solms meldete, die Unterhandlung ge-

scheitert sein; nachdem aber dies geschehen war, wurde das Bündnis abgeschlossen und am 11. April der Vertrag unterzeichnet.

Die Kaiserin von Rußland konnte sich sehr über dieses Ereignis freuen; denn sie durfte jetzt in Polen zu erreichen hoffen, was sie sich vorgenommen, und zwar um so mehr, als auch sonst ihre Angelegenheiten gut standen. Sie hatte den Tod des Kurfürsten Friedrich Christian mit Recht als ein unerwartetes Glück betrachtet und geäußert: die Vorsehung billige die Absichten der beiden Höfe. Nur das hatte sie befürchtet, daß an die Stelle des einen Bewerbers von Wichtigkeit zehn neue, kleine treten könnten [1]; aber es war anders gekommen.

Welche Beschlüsse man in Dresden nach dem Tode Friedrich Christians gefaßt hat, wissen wir. Die Höfe von Wien und Versailles aber trafen keine Wahl unter den drei Männern, die ihnen vorgeschlagen worden waren, sondern sie forderten die sächsischen Prinzen auf, sich unter einander zu verständigen, damit alle Freunde des Hauses Sachsen ihre Stimmen demjenigen geben könnten, welcher als Bewerber auftreten würde. Die beiden Höfe versprachen letzteren so viel als möglich zu unterstützen.

Dieser Rat wurde denn auch befolgt, und Prinz Xaver als Thronbewerber ausersehen. Dieser schrieb dann selbst an die vornehmsten Anhänger, benachrichtigte sie aber zugleich, daß er öffentlich erst auftreten würde, wenn er sich Mittel, die einen Erfolg hoffen ließen, durch die befreundeten Höfe gesichert hätte.

Die letzteren nahmen sich viel Zeit zur Überlegung, und die daraus hervorgehende Ungewißheit wirkte natürlich zum Nachteile des sächsischen Hofes, indem mancher Anhänger desselben es vorzog, auf die andere Seite zu treten. In seiner Verlegenheit wandte sich Xaver am 1. Februar an Choiseul. „Wenn ich zögere“, schrieb er, „die Mittel anzuwenden, die

1) Forsch. IX, 106.

allein imstande sind, den guten Willen meiner Freunde zu stählen und anzufeuern, so werden diese, wie man mir nicht verhehlt, der Rührigkeit und den Wohlthaten, welche Rußland zugunsten Poniatowskis verschwendet, bald erliegen. Doch melden mir die ergebensten Anhänger des Hauses Sachsen, daß es nicht allein noch möglich, sondern sogar leicht sein würde, diesem Bewerber die Stimmen des größten und gesündesten Teiles der Nation entgegenzusetzen, wenn der Adel der Woiwodschaften aus Geldunterstützungen die Überzeugung gewinnen könnte, daß die Republik befreundete Höfe hat, denen meine Wahl nicht gleichgültig ist. Die Antwort, die ich bei der Rückkehr meines Eilboten erwarte, wird unwiderruflich über mein Los entscheiden." [1])

Xaver wünschte womöglich einen günstigen Bescheid, auf jeden Fall aber einen solchen zu erhalten, welcher der Ungewißheit, worin sowohl er als seine Freunde sich befanden, ein Ziel setzte. Jedoch von keiner Seite kamen tröstliche Nachrichten. Wien und Madrid entschuldigten sich mit ihrem Geldmangel, und Versailles, welches in derselben Lage war, beteuerte heuchlerisch, daß es die Last nicht allein auf sich nehmen könnte. Xaver spendete aus eigenen Mitteln, so viel er vermochte; doch er war außerstande, mit Rußland inbezug auf Bestechung einen Wettkampf einzugehen, und er fand sogar einen Gegner, wo er es wahrscheinlich nicht vermutete, nämlich in Konstantinopel.

Bereits am 12. Dezember 1763 hatte der Großvezier dem preußischen Gesandten auf eine Denkschrift desselben durch den Pfortendolmetsch erklären lassen, daß der Sultan mit der Politik der Kaiserin von Rußland und Friedrichs II., einen Einheimischen zum Könige von Polen wählen zu lassen, einverstanden wäre; doch erinnerte der Dolmetsch dabei, daß die beiden Höfe sich aller Gewaltthätigkeiten enthalten müßten und keine Truppen in Polen einrücken lassen dürften, außer wenn es von einer anderen Macht zuerst geschähe. Der König von

1) Le secret du Roi. Par le Duc de Broglie II, 244.

Preußen teilte die Depesche seines Gesandten alsbald in Petersburg mit. Er war über die Versicherung, welche die Türken gegeben hatten, hocherfreut und hoffte, wie er der Kaiserin am 14. Januar 1764 schrieb, er würde dieselben inbezug auf den einen bedenklichen Punkt eines besseren belehren und ihnen begreiflich machen können, daß, wenn eine polnische Partei zu ihrer Unterstützung eine Macht herbeiriefe, welche die Regierungsform und die Gesetze der Republik gewährleistet hätte, diese Macht ihre Verpflichtungen würde erfüllen müssen. Übrigens aber war der König der Meinung, daß die Kaiserin um so eher ihr Ziel erreichen würde, je sanfter sie zuwerke ginge; Geld und Drohungen würden alles machen [1]).

Der Beschluß der Pforte, die Wahl eines Einheimischen zu begünstigen, war ein Grund mehr für Frankreich, sich um Polens willen nicht zu erhitzen. Man faßte zwar die Absicht, in Warschau durch den Marquis de Paulmy eine Erklärung abzugeben, welche die patriotische Partei ermutigen sollte. Zugleich aber ward ein Mitglied der Gesandtschaft angewiesen, sich um Poniatowskis Vertrauen zu bemühen und durchblicken zu lassen, daß er nicht allein anerkannt, sondern sogar unterstützt werden würde, wenn er ohne gewaltsame Mittel den Thron gewänne.

Am aufrichtigsten gegen Sachsen verfuhr Österreich, weil es die Verbindung zwischen Rußland und Preußen außerordentlich fürchtete. Der Wiener Hof hatte den Grafen Merch aus Petersburg abberufen und nach Warschau geschickt, wo derselbe sehr thätig war, die sächsische Partei zu ermutigen. Sein Nachfolger bei Katharina war der Fürst Lobkowitz. Dieser fragte den Grafen Panin um die Mitte Februars, warum Rußland in seiner Erklärung vom 26. Dezember jeden fremden Fürsten ausgeschlossen habe, und was es zu thun gedenke, wenn die Wahl auf einen sächsischen Prinzen falle. Panin bekannte, daß er durch seine Ratschläge nicht allein das

1) Sbornik XX, 185 sqq.; die italienische Versicherung der Pforte ist sehr fehlerhaft abgedruckt.

Wohl der Polen, sondern auch die russischen Interessen fördern wolle; die Wahl eines sächsischen Prinzen stellte er geradezu als etwas Unmögliches hin, und er verschwieg nicht, daß Rußland eine Gegenkonföderation mit allen Mitteln bekämpfen würde. Panin wagte sogar zu behaupten, daß sein Hof weit mehr Einfluß auf die Geschicke von Polen haben müßte denn Österreich, welches nur mit einer einzigen Seite an die Republik stieße; ja, er forderte Maria Theresia auf, wenn sie sich als Freundin seiner Kaiserin zeigen wolle, deren Absichten zu fördern; die letztere werde dann bereit sein, jene nach Frankreich und Italien hin zu unterstützen.

Wie verlegen wird der Staatskanzler dreingeblickt haben, als er den Bericht des Fürsten Lobkowitz erhalten! Überall auf seiner Seite Verzagtheit, Mut nur bei den Czartoryski, ihren Anhängern und Beschützern, die Freundschaft zwischen Rußland und Preußen noch im Wachsen begriffen: es war eine Lage zum Verzweifeln. Mit schwerem Herzen erteilte der Staatskanzler nach Warschau den Auftrag, daß der österreichische Gesandte gleich dem französischen dort eine Erklärung abgeben solle. Am 16. März entledigten sich der Marquis de Paulmy und der Graf Mercy ihres Auftrages. Die Ausschließung von Bewerbern und der Einmarsch fremder Truppen, oder, wie Österreich sagte, Drohungen und Gewaltthätigkeiten wurden in beiden Schriftstücken als Verletzungen der polnischen Freiheit und Unabhängigkeit verurteilt. Der Hof von Versailles stellte ferner seinen Beistand in Aussicht, wenn die Republik in der Ausübung ihrer Rechte gehindert würde. In der österreichischen Erklärung hieß es nur: in einem solchen Falle würden alle Mächte, die an der Erhaltung der Rechte der Republik Anteil nehmen, sich verpflichtet sehen, solchen Unternehmungen entgegenzutreten. Der König von Frankreich versprach zuletzt noch, denjenigen, welcher frei und nach den Gesetzen des Landes würde gewählt worden sein, nicht nur anzuerkennen, sondern auch zu unterstützen und zu beschirmen.

Im ganzen genommen waren die Erklärungen nicht übel;

es kam eben darauf an, ob die Polen das Vertrauen gewännen, daß die beiden Höfe, wenn es nötig wäre, zu Thaten schreiten würden. Friedrich II., welcher sich mit Rußland nur verband, um einige Jahre Ruhe für seinen Staat zu erlangen, betrachtete die Erklärungen mit anderen Augen als die russischen Staatsmänner, die für ein großes Ziel etwas wagen wollten; er äußerte sich nicht ohne Sorge und riet wie immer zur Vorsicht und Mäßigung. Der österreichische Gesandte Graf Merch überredete sich oder wollte den sächsischen Minister überreden, daß die Erklärungen den Mut der Patrioten neu belebt und ihnen Entschlossenheit eingeflößt hätten. Er versprach, mit allem Eifer für das sächsische Haus zu wirken. Dasselbe versicherte Paulmy, obgleich er eingestand, daß er durch die Erklärung seines Hofes verhindert wäre, zugunsten irgendeines besonderen Bewerbers öffentlich einen Schritt zu thun.

Übrigens bedurften auch die Czartoryski der Ermutigung; denn sie glaubten keineswegs mit eigenen Kräften sich halten zu können. Bereits gegen Ende Januars hatten sie um russischen Schutz gebeten, und 800 Kosaken mußten zu ihrer Unterstützung aufbrechen. Als aber diese Partei bald wieder verzagte, da schickte der Petersburger Hof dem Fürsten Daschkoff den Befehl, mit 2000 Reitern geradeswegs auf Graudenz zu marschieren. Dort standen bereits ungefähr 600 Russen noch aus den Zeiten des Siebenjährigen Krieges her, angeblich, um die Magazine zu decken [1]). Am 20. März reiste der General Fürst Wolkonsky von Petersburg ab, nachdem er seine Instruktionen von Katharina selbst empfangen. Er sollte sich von Smolensk her so weit als möglich der Republik nähern, jedoch nicht einrücken außer auf Befehl der Kaiserin oder auf die Nachricht, daß eine dritte Macht die polnischen Grenzen überschritten hätte; weiter ward er angewiesen, allerhand militärische Bewegungen zu machen, aber keine Feindseligkeit zu begehen, welche zu Klagen Anlaß geben könnte. Daschkoff und die 600 Mann in Graudenz sollten ganz von Kaiserling ab-

1) Sbornik XXII, 206. 223.

hängen; es wurde vermutet, daß diese Truppen bestimmt wären, in die Gebiete des Fürsten Radziwill, Woiwoden von Wilna, einzurücken, wenn eine Konföderation gebildet werden sollte [1]).

Inzwischen waren die Wahlen zum Konvokationsreichstage größtenteils erfolgt, ohne daß es überall ruhig und in Ordnung hergegangen wäre. Besonders viel kam auf den Ausfall in dem polnischen Preußen an, und man fürchtete, daß hier die beiden Parteien feindlich zusammenstoßen könnten. Am 22. März wurden in Kulm, Marienburg und Pomerellen die Landtage gehalten und die Vertreter dieser Provinz gewählt; in ihrer Mehrheit gehörten sie der sogen. republikanischen oder patriotischen Partei an, sie mußten aber von dem Generallandtag in Graudenz bestätigt werden. Die russischen Kriegsmänner, welche hier die Magazine mit den verdorbenen Lebensmitteln bewachten, entfernten sich anfangs, kehrten aber, weil Haustruppen polnischer Großen in der Nähe ständen — es waren solche des Fürsten Radziwill gemeint —, nach einigen Tagen zurück und ließen niemanden bewaffnet herein. Die Folge war, daß der Generallandtag nicht abgehalten wurde. Die republikanische Partei rief in einem Manifeste die Gerechtigkeit der Kaiserin von Rußland und die guten Dienste der übrigen Mächte an. Die Czartoryski und ihre Anhänger unterließen natürlich nicht, in einem Gegenmanifest ihre verwerfliche Handlungsweise zu verteidigen.

Es war schlimm, daß Soldaten des Fürsten Radziwill den Russen einen erwünschten Vorwand gaben, aus Besorgnis um ihre Magazine wieder zurückzumarschieren. Ob aber die republikanische Partei dann richtig gehandelt? Hätte sie nicht lieber sollen gegen die Anwesenheit der Russen Verwahrung einlegen, hierauf die Wahlen vornehmen und später auf dem Konvokationsreichstage ihre Klagen vorbringen? Statt dessen that

1) „Précis d'un avis secret touchant les vues et préparatifs militaires de la Russie relativement à la Pologne en date de Pétersbourg du 20 mars 1764“ in Vol. Ia der Gesandtschaftsberichte Essens im Dresdener Archiv.

sie, was die Gegner wünschten, sie zerriß den Generallandtag und verlor die Mehrheit [1]).

Auf das Drängen der patriotischen Partei ließ der Erzbischof von Gnesen den Grafen Kaiserling fragen, ob die russischen Truppen wirklich vorrückten. Mit unerschütterlicher Keckheit erwiderte der Gesandte: dieselben würden sich überallhin begeben, wohin die Befehle der Kaiserin sie riefen, und als der Primas, vom Krongroßfeldherrn und anderen abermals bestürmt, erfahren wollte, weshalb denn die Truppen in Polen einmarschierten, da hatte Kaiserling, der seinen Mann kannte, die Dreistigkeit, zu erwidern: er sei bei der Republik beglaubigt und werde sich daher nur verantworten, wenn diese versammelt sei. Washington hat sich 29 Jahre später eine solche Antwort von dem unverschämten Jakobiner Genêt nicht gefallen lassen.

Da der Primas den russischen Gesandten nicht zum Sprechen bringen konnte, wendeten sich die vornehmsten Mitglieder der antirussischen Partei an Katharina selbst und beschwerten sich in einem Schreiben vom 13. April darüber, daß der Generallandtag von Preußen durch fremde Truppen zerrissen worden wäre, daß andere sich sowohl nach Litauen verbreiteten als nach der Hauptstadt vorrückten und auch schon vorteilhafte Posten in der Nähe der letzteren eingenommen hätten. Sie schickten ferner ihre Klagen auch an die Höfe von Berlin, Wien, Versailles und an die Pforte. Die Schreiben, von fünfzehn der hervorragendsten Männer der Republik unterzeichnet, wurden abgesendet, obwohl der Primas sich weigerte, seinen Namen darunterzusetzen [2]). Dagegen wendete sich

1) Vgl. Büsching, Magazin für neuere Geschichte und Geographie XIII, 23.

2) Die Schreiben sind bei Essen ohne Datum; veröffentlicht ist das an die Pforte bei Hammer (VIII, 531) und bei Angeberg (Recueil des Traités etc. concernant la Pologne 1762—1862), S. 18, es trägt das Datum des 13. April ebenso wie die für Berlin und Wien bestimmten Schreiben. (Beer, Die erste Teilung Polens I, 149 Anm.; Theiner, Vetera monumenta Poloniae IV, 2. p. 39.)

dieser nun schriftlich an Kaiserling. Er war früher ein ergebener Anhänger des verstorbenen Königs gewesen; aber die Russen hatten ihm einen vorzüglichen Pelz im Werte von 24,000 Rubeln geschenkt und nach glücklich erfolgter Wahl 80,000 Rubel zu geben versprochen [1]). Solchen bestechenden Gründen war der Primas erlegen, und er sah das Heil Polens immer mehr im Anschluß an die Czartoryski und Katharina. Die Verschiebung des Konvokationsreichstages und das Aufgebot des Adels schlug er dem Krongroßfeldherrn unerbittlich ab und ließ sich nur bereitwillig finden, an Kaiserling eine Anfrage zu richten. Um seiner Pflicht zu genügen und den an ihn ergangenen Aufforderungen zu entsprechen, begehrte der Primas, weil der Einmarsch der russischen Truppen in das Herz des Königreiches die Gemüter immer mehr beunruhige, den Grund und Zweck dieser Maßregel zu erfahren. Die Antwort erfolgte sehr schnell; doch ist es unnötig, das eitle Gerede näher zu betrachten. Genug, daß die Russen „nur daran dachten, Funken auszudrücken, ehe dieselben in Flammen aufloderten“. Die Partei der Czartoryski wandte sich außerdem auch hier wieder an die Mächte, denen die Schreiben der anderen Partei vom 13ten zugegangen waren.

Die Lage verschlimmerte sich für die Patrioten zusehends, und die Furcht vor den Russen, die Warschau bereits umgaben, nahm reißend überhand. Sollte Branicki sich unter solchen Umständen als Bewerber melden? Er trat vielmehr mit dem Residenten Essen in Verkehr und fragte diesen, was die sächsischen Prinzen für Polen zu thun gedächten. Er erklärte, daß er nichts weiter erstrebe, als sein Vaterland zu retten und es aus der ihm drohenden russischen Sklaverei zu ziehen, und er war bereit, sich mit dem Administrator auf eine diesen zufriedenstellende Weise zu vergleichen. Er schrieb durchaus als warmer Anhänger des sächsischen Hauses an Xaver, welcher dann noch einmal Geld im Betrage von 50,000 Dukaten nach Warschau schickte. Doch wollte zunächst

1) Forsch. IX, 29.

Essen vorsichtig nicht die ganze Summe weggeben, sondern nur einen Teil; erst wenn die befreundeten Höfe dem Beispiele des Prinzen folgten, sollte man nach seiner Ansicht mehr thun. „Wie die Wespen auf den Honig", schrieb er, „werden sich die Polen auf das Geld stürzen; dann folgen schöne Versprechungen, aber keine Thaten. Und ich nehme nicht einen einzigen von diesen Herren aus."

Die Russen lagerten am 4. Mai bereits vor Warschau, und Streifwachen von Husaren ritten sogar durch die Straßen der Stadt. Um die Gemüter zu beruhigen, machten Kaiserling und Repnin an diesem Tage bekannt: die Truppen seien nicht zahlreich genug, um die Rechte einer freien und mächtigen Nation antasten zu können; die Kaiserin, die auf 200 Meilen an Polen grenze und deshalb den größten Anteil nehme, wolle nur die Bewahrung der Freiheit, auf die alle ein gleiches und unbestreitbares Anrecht haben, und sie werde niemals eine Partei durch die andere unterdrücken lassen. Im Namen Katharinas erklärten die Gesandten am Schlusse dem Primas und der Republik aufs feierlichste: die russischen Truppen würden die Beratungen nicht hindern und so lange ruhig bleiben, als man sich jeder Gewaltthat enthielte.

Am 6. Mai empfing der Krongroßfeldherr ein Schreiben des Königs von Preußen als Antwort auf die Beschwerde vom 13. April; jedoch er konnte, so mild auch die Worte lauteten, keinen Trost aus demselben schöpfen; er mußte sich vielmehr überzeugen, daß Preußen und Rußland in der polnischen Angelegenheit ganz ernstlich zusammengingen. Am 11ten überreichte Benoit dem Woiwoden von Rußland ebenfalls ein Erwiderungsschreiben, welches in der Warschauer Zeitung am folgenden Tage zu lesen war. Katharina freute sich unendlich über diese beiden Schriftstücke; sie nannte dieselben bewundernswert. „Das ist eine höchst edle und aufrichtige Handlungsweise", äußerte sie weiter zu Panin, „und wenn die Narren, welche dem Krongroßfeldherrn folgen, sich nicht anders besinnen, so werden sie über ihre wirklichen Interessen sehr blind sein. Sagen Sie dem Grafen Solms, wie hoch

ich die Freundschaft und das Bündnis mit seinem Könige schätze. So zu handeln ist nur ihm eigen. Ich werde keine Gelegenheit vorübergehen lassen, mich erkenntlich gegen ihn zu beweisen." [1])

Die Kaiserin konnte wohl vergnügt sein; denn leichter, als es zu vermuten gewesen war, entwickelten sich überhaupt die Dinge. Die republikanische Partei hatte den Plan gefaßt, den Konvokationsreichstag außer Thätigkeit zu setzen, und war schon am 4ten über eine Kundgebung eins geworden. Dieselbe ward am Abend des 6. Mai von fast allen Ministern, mehr als 20 Senatoren und mehr als 50 Landboten unterschrieben, um am folgenden Morgen im Grod eingereicht zu werden. Anderseits unterließen es die Russen nicht, sich immer wieder bemerkbar zu machen. In der Nacht vom 6. zum 7. besetzte ein Bataillon den Garten Repnins, ein zweites stand mit vier Kanonen in Kaiserlings Garten. Im ganzen waren es 2500 bis 3000 Mann, welche Katharina mit der Sorge für die polnische Freiheit betraut hatte. Am 7ten kam eine Abteilung Husaren und Kosaken in die Stadt, und sie ritten durch alle Straßen, wahrscheinlich um an diesem wichtigen Tage noch einmal zu zeigen, daß sie die eine Partei durch die andere nicht würden unterdrücken lassen. Russen und Haustruppen der Czartoryski besetzten einzelne Punkte von Warschau. Trotzdem übergab der Generalpostmeister Mokranowski das Manifest dem Grod und suchte dann durch eine mündliche Kundgebung die Thätigkeit des Konvokationsreichstages zu hemmen, bis die russischen Truppen zurückgezogen wären [2]). Seine Worte riefen den zu erwartenden Lärm hervor, Säbel wurden gezückt, aber Blutvergießen glücklich verhütet, und als Mokranowski mit seinen wenigen Begleitern unversehrt aus dem Saal entkommen war, da wählten die Landboten den jungen Fürsten Adam Czartoryski, den Sohn des Woiwoden von Rußland, zu ihrem Marschall.

1) Theiner IV, 2. p. 39. Das Blatt der Warschauer Zeitung bei Essen, 16. Mai; Forsch. IX, 112.

2) Essen, 10. Mai (Dresdener Archiv).

„Es fehlt nur noch ein Schritt vonseiten des Krongroßfeldherrn, schrieb am 8ten ein polnischer Berichterstatter an den Dresdener Hof, um die geheimen Wünsche der Czartoryski zu erfüllen, nämlich ihnen durch seinen Weggang das Feld frei zu lassen." Und so geschah es wirklich noch an demselben Tage; denn gegen Abend verließen Branicki, die Woiwoden von Kiew, Lublin, Volhynien, Posen, Wilna, der Bischof von Kaminiec und andere Warschau, von etwa 4000 Mann begleitet. „Man kann noch nicht sagen, wohin das alles hinauslaufen wird", schrieb der nämliche Berichterstatter am 9ten nach Dresden; „aber es ist wahrscheinlich, daß die Czartoryski von diesem Schritte mehr Vorteile haben werden, als ihre Gegner sich einbilden. Nach meiner Meinung hätten die letzteren sich gar nicht hierher begeben oder bis zu Ende bleiben sollen, um sich in allem, was gegen ihr Interesse liefe, den Anträgen zu widersetzen, welche dem Reichstage gemacht werden würden."

Die russische Partei tagte ruhig und unangefochten weiter. Am 12ten wurde dem Krongroßfeldherrn der Befehl über die Truppen der Republik genommen, und der Woiwode von Rußland zum Regimentär oder obersten Anführer gemacht; am 16ten empfing letzterer die Erlaubnis, fremden Beistand anzunehmen, und nachdem dieser Beschluß vom Primas und Reichstagsmarschall unterzeichnet worden war, setzte sich am folgenden Tage der General Daschkoff mit seinen Russen in Marsch, begleitet von einigen Truppen der Republik und der Czartoryski. Das Ziel war Kozenice, wo sich Branicki mit etwa 6000 Mann aufhielt.

Hier aber herrschten Unentschlossenheit und Furcht. Der Krongroßfeldherr wollte stets eine Konföderation errichten und brachte sie doch niemals fertig; indem er noch immer auf die Unterstützung der befreundeten Höfe wartete, zog er sich langsam vor den Russen nach der ungarischen Grenze zurück. Der Woiwode von Kiew, Franz Potocki, mochte seine Truppen mit denen Branickis nicht vereinigen und trachtete nach einem Sonderabkommen mit den Machthabern in Warschau. Der

Fürst Radziwill hielt sich ruhig, bis ihm seine Stadt Nieswicz genommen ward, erst alsdann beging er Feindseligkeiten und beschloß eine Gegenkonföderation in Litauen ins Leben zu rufen. Er wandte sich aber merkwürdigerweise zugleich an Friedrich den Großen. Ein Graf Pac sollte diesem ein Schreiben, worin der Fürst den Schutz des Königs von Preußen anrief, selbst überreichen; aber er wurde nicht vorgelassen. In der schriftlich erteilten Antwort lehnte Friedrich es ab, in die polnischen Angelegenheiten unmittelbar einzugreifen, dann riet er dem Fürsten, den Zeitumständen Rechnung zu tragen und auf die Seite der Mehrheit, welche zugleich der besser gesinnte Teil der Nation sei, zu treten [1]). Inzwischen hatte sich Radziwill schon mit einem zweiten Schreiben an den König von Preußen gewandt; aber er wurde natürlich wieder abgewiesen. Friedrich II. maß ihm sogar unumwunden, jedoch nicht ganz mit Recht, die Schuld von allen Unruhen bei und verwies ihn auf den Rat, welchen er ihm bereits früher gegeben [2]).

Ehe noch der Fürst die erste Antwort Friedrichs empfangen hatte, war seine Sache bereits entschieden worden. Am 26. Juni kam es nachmittags bei Slonim zu einem Treffen, welches bis

1) Sbornik XXII, 260. Essen teilt die Erwiderung Friedrichs (vom 22. Juni) wörtlich mit: „Je ne puis pas me mêler directement des affaires domestiques de la Pologne. Je crois ne pouvoir Vous donner de meilleur conseil que celui de Vous accomoder aux circonstances du tems et aux vues de la majeure et de la plus saine partie de la nation. Je ne doute pas qu'en prenant cette voye et celle de la conciliation, Vous trouverez un moyen de sortir de la situation critique dans laquelle Vous vous trouvez.“

2) Essen schickte am 23sten einen Brief Radziwills an den preußischen Gesandten in Warschau, worin zugleich ein Schreiben an Friedrich II. lag. Er kann nur jenes mitsenden, es lautet: „L'oppression dans laquelle je me trouve par la prise et le pillage de ma ville de Nieswicz et les menaces que l'on fait sur mes biens de Sluck m'ont enhardi de recourir à la haute protection de S. M. Prussienne qui en a daigné être le plus puissant garant.“ Benoit möge den Brief an den König befördern und unterstützen. Die Antwort des letzteren vom 3. Juli steht ganz in deutscher Übersetzung bei Stolterfoth; französisch, jedoch ohne den Eingang, bei St. Priest.

Mitternacht dauerte. Man stritt auf beiden Seiten sehr hitzig. Radziwill wurde geschlagen und suchte zuletzt einen Zufluchtsort in der Moldau, wie Branicki in der Zips [1]. Letzterer hatte noch einmal in Dresden durch Mokranowski um Auskunft gebeten; aber dort konnte man weder selbst helfen noch gute Nachrichten über die anderen Höfe geben. Da reiste der Abgesandte nach Berlin und ward hier besser aufgenommen, als einen Monat früher der Graf Pac [2]. Friedrich II. wünschte die Zahl der Unzufriedenen zu vermindern und hierdurch die Aussicht auf eine ruhige Wahl zu erhöhen. Gerade damals aber, als Mokranowski nach Berlin kam, lebte man hier in neuer Besorgnis vor Störungen.

Den Einflüsterungen der Höfe von Versailles und Wien hatte die Türkei lange widerstanden; nun aber war sie doch in Furcht geraten, es könnte Poniatowski durch eine dynastische Heirat seine Macht verstärken und besonders dann gefährlich werden, wenn er Katharina heimführte. Die Pforte blieb daher wohl bei ihrer Empfehlung eines Piasten, aber sie verlangte nun, daß derselbe sich nicht mehr im ledigen Stande befinden dürfte und weder die Kaiserin von Rußland noch eine österreichische oder französische Prinzessin heiraten könnte; sie würde die Wahl des Grafen Stanislaus Poniatowski für einen Friedensbruch vonseiten des Petersburger Hofes ansehen [3]. Diese Forderung erbitterte Katharina und beunruhigte den König von Preußen, welcher fürchtete, daß nicht nur Branicki, Radziwill und die anderen Unzufriedenen dadurch in ihrem Widerstande bestärkt werden würden, sondern daß auch die Höfe von Versailles und Wien neuen Mut schöpfen könnten und vielleicht gar Lust erhielten, sich wieder einzu-

1) Über die militärischen Bewegungen der patriotischen Partei handelt ausführlicher mein Aufsatz im Archiv für sächs. Gesch., S. 244—249.

2) Xaver, 17. Juli an den Bischof von Krakau, General Mokranowski beharre darauf, nach Berlin zu reisen, und er habe deshalb ihm nicht abreden wollen (durchstrichen: „absolument, quoique je n'attende point de fruit de cette tentation").

3) Sbornik XXII, 285 sqq.

mischen. Er wünschte daher vor allen Dingen, man möchte den Unzufriedenen so weit als möglich entgegenkommen.

Indem nun Mokranowski gerade zu dieser Zeit in Berlin anlangte, ließ ihn der König sogleich nach Potsdam rufen. Den sonderbaren Hauptantrag desselben, die polnische Königskrone dem Prinzen Heinrich anbieten zu dürfen, lehnte Friedrich unbeugsam ab. Dagegen erbot er sich, seine guten Dienste für den Krongroßfeldherrn und diejenigen, die bei ihm waren, einzulegen [1]); er hat Vorschläge Mokranowskis nach Petersburg gesendet und hier außerdem den Rat erteilt, man solle Poniatowski bald mit einer Polin verheiraten.

Der kaiserliche Hof war, wie erwähnt, sehr erbittert darüber, daß er nahe dem Schlusse noch auf Schwierigkeiten in Konstantinopel stoßen sollte. Panin trug nun dem russischen Gesandten daselbst auf, nicht allein die Befürchtungen der Pforte zu zerstreuen, sondern auch, wenn es notwendig wäre, den Großvezier zu bestechen. Außerdem wurde gegen Friedrich der Wunsch ausgesprochen, daß er den Türken ihre Einbildungen ausreden möchte. Man war ferner in Petersburg abgeneigt, auf die Vorschläge Mokranowskis einzugehen, und verschob die Sache wenigstens auf spätere Zeit. Man wollte vor allem die Gesetzlichkeit des Konvokationsreichstages nicht erschüttern lassen [2]).

1) Flemming schreibt am 1. August: „Quoiqu'il (Mokranowski, n'ait pas réussi quant à l'objet principal pour lequel il y est allé, ayant trouvé là-dessus ce Prince inflexible, il paroît cependant que ce dernier se soit assez clairement expliqué sur les bons offices qu'il est prêt d'interposer en faveur du Grand Général et de ceux qui se trouvent avec lui." (Dresd. Archiv.) Benoit erwähnt am 26. Oktober 1774 der „projets qu'on formoit sur le Prince Henri, frère de V. Maj., pendant le dernier interrègne". Das kann sich nur hierher beziehen. (Vgl. Forsch. IX, 11.) — In der „Réponse" Radziwills vom 14. Juni „sur les points qui lui ont été envoyés de Varsovie" heißt es unter Nr. 10: „Il (der Fürst) souhaite que la négociation qu'il va entamer à la cour de Berlin réussisse. Le bon succès en décideroit tout. Il ne sait pas encore quelle résolution on y a donné (sic!) à Mr. Pac." (Dresd. Archiv.) Ob hier der nämliche Antrag gemeint ist?

2) Forsch. IX, 114—119. Nach Essen (29. August) verlangte

Übrigens kam die Erklärung der Pforte zu spät, um auf die Wahl noch Einfluß auszuüben, und in Polen stieg die Mutlosigkeit von Tag zu Tag. Sehr angesehene Gegner der Czartoryski hielten es für das beste, sich nun in die Zeitumstände zu fügen. So unterzeichnete der Fürst Lubomirski, der selbst einmal als Thronbewerber aufgetreten war, die Generalkonföderation, welche den Tag nach dem Schlusse des Konvokationsreichstages, am 24. Juni, errichtet worden war. Andere Mitglieder der patriotischen Partei schrieben nach Warschau und wünschten von den Gesandten der fremden Höfe rundweg zu erfahren, ob sie auf Beistand rechnen dürften oder nicht, um ihr Verhalten danach einzurichten; denn sie möchten keineswegs Hab und Gut und noch mehr verlieren, ohne daß sie eine beruhigende Zusicherung erhalten hätten [1]).

Immer und immer war die Sorge der Polen gewesen: werden uns die auswärtigen Mächte beistehen? Und sie fragten so auch jetzt noch, obwohl der Marquis de Paulmy längst abgereist war (8. Juni). Er hatte zwar Hennin als Residenten zurückgelassen, aber dieser wurde nun gleichfalls angewiesen, fortzugehen, und ebenso empfing Mercy Befehl, seinen Posten aufzugeben, nachdem er vergebens bemüht gewesen war, ein günstiges Abkommen für das sächsische Haus und die patriotische Partei zu erlangen [2]). Die Polen betrogen sich in ihrem unverwüstlichen Vertrauen auf fremden Beistand, und die Russen blieben weiter thätig, jede neu auftauchende Bewegung niederzuschlagen. Die Macht, die hierzu gebraucht wurde, war verhältnismäßig nur gering; jedoch um den Mut zum Widerstande zu nehmen, hatte man immer die Ankunft größerer Massen in Aussicht gestellt. Auch jetzt hieß es, die Russen würden zur Zeit der Wahl 24,000 Mann in Polen haben.

Branicki: 1) „le rétablissement de sa charge telle qu'elle a été avant la diète“; 2) „le rétablissement du Prince Radziwill“; 3) „le changement des constitutions portées à la diète de convocation“.

1) Essen, 16. u. 18. Juli.

2) Essen, 16. Juli. Mercy verließ Warschau am 25. Juli, der spanische Gesandte am 12. August.

Aber der sächsische Resident Essen, der auf diese Verhältnisse seit Monaten sorgfältig achtgegeben und die genauesten Nachforschungen gemacht hatte, glaubt mit Wahrheit versichern zu können, daß in Polen und Litauen sich nur 4- bis 5000 Mann befänden. Man bediene sich ihrer wie der Kobolde, schreibt er; denn durch angestrengte oder heimliche Märsche lasse man sie bald im Norden, bald im Süden erscheinen, eine Abteilung von 100 Mann kündige sich für 1000 an, eine Zahl von 10 Russen verlange für 100 Nahrung, Heu und Stroh. „Solcher Mittel bedient man sich", ruft Essen betrübt aus, „um die Polen einzuschüchtern, und hierdurch lassen sich dieselben bethören. Der Nachwelt wird es unglaublich erscheinen!" [1])

Unter diesen Umständen konnten die Czartoryski nicht ihr Ziel verfehlen. Aber auch jetzt noch gingen sie mit Vorsicht weiter. Am 24. August wurde beschlossen, daß niemand an der Wahl teilnehmen dürfe, der nicht die Konföderation unterschreibe und, wenn er ein Manifest gegen den Konvokationsreichstag früher erlassen habe, schriftlich davon zurücktrete. Der Bischof von Krakau mußte, weil er letzteres nicht thun wollte, von Warschau unverrichteter Sache wieder fortgehen [2]).

Am 27. August trat der sogen. Wahlreichstag zusammen. Er war im ganzen schwach besucht, man zählte nur ungefähr 4000 Anwesende, die am 7. September dem Grafen Stanislaus Poniatowski ihre Stimme gaben. „In unserer ganzen Geschichte", schrieb dieser zwei Tage später an Frau Geoffrin in Paris, „findet sich kein Beispiel einer gleich ruhigen und durchaus einmütigen Wahl. Kein Russe ist zugegen gewesen. Die beiden angesehensten Mitglieder des Hauses Potocki, welches ein Nebenbuhler des meinigen seit 40 Jahren gewesen ist, haben für mich gestimmt. Es ist mir zustatten gekommen, daß ich der Sohn meines Vaters und einer jagellonischen Mutter bin. Die Nation hat sich hieran freundlich zu meinen Gunsten er-

1) Essen, 8. August.
2) Essen, 25. August. — Theiner IV, 2. p. 30. 31.

innert.“ [1]) In welch seltsamer Verzerrung erschienen einer maßlosen Eitelkeit die Ereignisse der letzten Monate! Gleich am 7. September hatte Stanislaus Poniatowski den befreundeten Höfen von seinem Erfolge Nachricht gegeben. Das Schreiben an Friedrich II. war kurz gefaßt, in dem anderen dagegen floß er über von Erkenntlichkeit gegen die Kaiserin, deren Antwort alsdann gleichfalls in lebhaften Farben prangte [2]).

Katharina konnte stolz auf ihre Erfolge sein; denn sie hatte nicht allein ihren früheren Liebhaber den Polen zum König aufgedrungen, sondern auch noch ein anderes Ziel glücklich erreicht, indem die Veränderung, welche sie gewaltsam in Kurland getroffen, vom Konvokationsreichstage gutgeheißen worden war. Außerdem hatte diese Versammlung den Titel Kaiserin aller Reußen anerkannt, wogegen Katharina feierlich erklärte, sie empfinge dadurch kein Anrecht auf die Länder, die unter dem Namen Rußland oder Ruthenien zu Polen und Litauen gehörten, ja, sie erbot sich sogar, die Gewähr für die polnischen Besitzungen zu übernehmen und die Republik gegen jedermann zu schützen, der es versuchen sollte, dieselbe zu beunruhigen.

Ebenso hatte sich Polen nun bereit finden lassen, Friedrich dem Großen den Königstitel zu geben. Um so wie Rußland jeden Argwohn zu zerstreuen, versprach Friedrich II. seinerseits, er werde sich dadurch nicht bewegen lassen, die mit Polen bestehenden Verträge zu verletzen. Dagegen empfand es der König unangenehm, daß die Einlösung der Starostei Draheim und des Elbinger Gebietes in den Wahlbedingungen, den sogen. Pacta conventa, wieder eingeschärft wurde. Woher man freilich das Geld nehmen sollte, war darin nicht angegeben.

Die Flitterwochen des guten Einverständnisses vergingen übrigens schnell, und noch vor Ende des Jahres 1764 gab es Mißklänge. Die ungerechte Behandlung der protestantischen

1) Mouy, Correspondance inédite du roi Stanislas-Auguste et de Mme Geoffrin, p. 101.

2) Theiner IV, 2. p. 56. 57.

und griechischen Christen, der sogen. Dissidenten, deren Zahl nicht unbeträchtlich war, vonseiten der Polen und das wohlbegründete Streben des neuen Königs nach einer Stärkung der Staatsgewalt erregten in Petersburg und in Berlin großes Mißvergnügen.

Wie im Deutschen Reich in den zwanziger Jahren ein ruchloser Bekehrungseifer wütete, so war auch in Polen der Jesuitismus geschäftig, die Dissidenten zur Verzweiflung zu treiben. Auf dem Reichstage von 1724 brachten sie, jedoch vergeblich, ihre Beschwerden vor. Sie klagten in dem traurigen Schriftstück: sie dürften weder ihre Leichen begraben, noch zum Tische des Herrn gehen, ohne die Erlaubnis der Lokalpröpste vorher eingeholt zu haben; ihre Schulen schließe man und verbiete ihnen sogar Hauslehrer zu halten; ihre Kinder locke man zuerst in die katholischen Unterrichtsanstalten und zwinge sie dann zur Annahme der katholischen Religion; man lasse nicht einmal Dissidenten, die auf dem Sterbebette liegen, in Ruhe; besonders die Jesuiten seien in dieser Weise thätig; wenn sie irgendwo von einem schwerkranken Calvinisten oder Lutheraner hören, dringen sie sogleich in sein Haus, reichen ihm das Abendmahl mit Gewalt und sehen ihn nunmehr für bekehrt an, auch wenn er später wieder genese; die Zügellosigkeit der Jesuitenschüler gegen die Dissidenten übersteige jedes Maß, auf öffentlichen Plätzen und Straßen überfallen sie die letzteren, beschimpfen, zerren und quälen sie ungestraft.

Gegen solche Bedrückungen gewährten die weltlichen Gerichte keinen Schutz. Im August 1729 bedrohte in einem Orte, wo Jahrmarkt abgehalten ward, ein trunkener Haufe mit einem Dominikanermönch an der Spitze den protestantischen Prediger und seine Frau mit dem Tode; sie zerschlugen, zerbrachen und zerhackten alle Gerätschaften in der Kirche, Kanzel und Altar nicht ausgenommen, ritten zum Teil mit ihren Pferden im Gotteshaus herum, hieben den messingenen Hängeleuchter herunter und verdarben ihn. Ein königlicher Erlaß verordnete, daß der Vorfall gerichtlich untersucht, die Übelthäter bestraft und Schadenersatz geleistet würde. Jedoch

es geschah nicht. Nur wenn Ketzer zu strafen waren, wie in dem unglücklichen Thorn, da wurden Urteile gefällt und ausgeführt, die uns noch heute mit Grauen erfüllen.

Als am 23. August 1730 an einem anderen Orte der Blitz in einen Speicher der Jesuiten fuhr und die übrigen auch Feuer fingen: da bat der protestantische Prediger, man möchte den seinigen zerstören, damit die Flammen sich nicht weiter ausbreiteten; jedoch die einfältigen Bauern des Herrenhofes ließen es nicht zu, indem sie sagten: wenn die jesuitischen Speicher brennen, so sollen es auch die calvinistischen. Und als die protestantische Kirche Feuer gefangen, hinderte man den Prediger, es auszugießen. Einen Burschen, der ebenfalls mit Wasser herbeikam, hätte man beinahe totgeschlagen, bis er sagte, daß er ein Katholik wäre. Die Protestanten hielten dann in einem Privatgebäude Gottesdienst; aber im folgenden Jahre drangen zwei katholische Geistliche dort ein, warfen die Bänke, die Kanzel, den Altar hinaus und verbrannten alles [1]).

Wenn die Dissidenten inbezug auf ihre kirchlichen Angelegenheiten so hart behandelt wurden, so konnten sie kaum erwarten, daß man ihre politischen Rechte nicht antasten würde. Nachdem sie bereits im Jahre 1717 aus den litauischen Gerichtshöfen ausgestoßen und 1718 der einzige protestantische Landbote, der im Reichstage saß, aus dem Sitzungssaal hinausgewiesen worden war, verloren die Dissidenten 1733 auf immer das Recht, zu Landboten, Mitgliedern der Gerichtshöfe und Kommissionen gewählt und mit Ehrenämtern betraut zu werden.

In Polen war es herkömmlich geworden, daß die verschiedenen Parteien bei dem Auslande Schutz in ihren Nöten suchten. Auch die Dissidenten folgten diesem bösen Beispiel. Im Jahre 1735 wandten sie sich an die Kaiserin Anna von Rußland und klagten: seit 1717 sei es um die freie Gottesverehrung der griechischen und protestantischen Kirchen in Polen

1) Lukaszewicz, Geschichte der reformierten Kirche in Litauen (deutsche Übersetzung) I, 233. 244. 245.

geschehen; denn erstens brenne man ihnen im Vertrauen auf Straflosigkeit ihre Gotteshäuser nieder, dann verwehre man ihnen auf derselben Stelle neue zu errichten; man untersage jede Ausbesserung, wenn eine griechische oder protestantische Kirche wegen Alters einstürze; man lade ihre Prediger vor die geistlichen Gerichte, verbiete denselben die Kranken zu besuchen; die ihnen gehörenden Kirchengelder werden ihnen von den Gerichten abgesprochen, die Glocken weggenommen, ihre Gotteshäuser zur Union gewendet, und bei gemischten Ehen zwinge man die Kinder, Knaben sowohl als Mädchen, zum katholischen Glauben. Die Unglücklichen baten um freie Religionsübung, um die Erlaubnis, ihre alten oder abgebrannten Kirchen ausbessern oder wieder aufbauen zu dürfen, und um Zulassung zu allen Ämtern [1]). Aber ihr Flehen blieb wirkungslos; denn der russische Hof, welcher damals in enger politischer Verbindung mit August III. stand, wollte dieses gute Vernehmen durch eine nachdrückliche Unterstützung der Dissidenten nicht stören.

So blieb es bis zum Jahre 1762. In dem Vertrage, welchen Peter III. mit Friedrich II. abschloß, verpflichteten sich die beiden Herrscher auch, die Dissidenten zu schützen [2]), und Katharina II. ging auf diesem Wege weiter. Als sie im November desselben Jahres zur Krönung in Moskau weilte, da wandte sie sich an einen Mönch, Namens Theophan Leontowitsch, der mit den Verhältnissen der griechischen Kirche in Polen sehr vertraut war, weil er früher in Wilna Abt gewesen, und fragte ihn um Rat, welcher politische Nutzen für Rußland aus der Verteidigung der griechischen Katholiken in Polen hervorgehen könnte. Leontowitsch antwortete: „man solle sich den protestantischen Staaten, wie z. B. Preußen,

1) Lukaszewicz I, 263.

2) Schon 1719 hatte Friedrich Wilhelm I. einen hierauf bezüglichen Artikel vorgeschlagen; 1730 war ein solcher in den Vertrag, welchen man damals abschloß, aufgenommen worden (Droysen IV, 2. S. 280; IV, 3. S. 124); auch in dem Vertrage von 1743 findet sich eine Bestimmung darüber (Forsch. IX, 89).

nähern, wie ja auch Peter der Große stets mehr Zutrauen und Liebe zu den Protestanten gehabt als zu den katholischen Franzosen und Polen. Daher müsse die Kaiserin nicht nur alle Rechtgläubigen, sondern auch die Calvinisten und Lutheraner, welche mit jenen bereits in eine nähere Verbindung getreten seien, in ihren starken Schutz nehmen. „Wenn wir aber nicht die Kraft des Vertrages von 1686 nachdrücklich geltend machen", fuhr der Mönch fort, „so müssen wir gewärtig sein, daß dieser Vertrag überhaupt alle Geltung verliert, da ihn die Polen schon jetzt als unverbindlich betrachten." Endlich wies Leontowitsch darauf hin, wie die Russen hierdurch 600 Werst des besten Bodens mit einer sehr großen Zahl gleichgläubigen Volkes vor aller Welt den Polen mit Recht wegnehmen könnten, Landstriche, die ihnen von den Polen entrissen worden wären [1]).

Die Ratschläge des Mönches fielen auf guten Boden, und daß der Kaiserin die griechischen Christen nicht aus dem Gedächtnis entschwanden, dafür wurde gesorgt. Im Frühjahr 1763 sandte der Bischof von Weißrußland ihr eine Bittschrift im Namen aller Rechtgläubigen zu voll Klagen über das Elend, welches sie in Polen erdulden müßten. „Ich vertraue dieselben Ihrem Schutz an", schrieb Katharina darauf an Kaiserling, „teilen Sie mir mit, was zur Hebung meines Ansehns, meiner Partei erforderlich ist; ich werde nichts vernachlässigen, was dazu dienen kann." [2]) In der Instruktion vom 6. November 1763 heißt es: „Der russisch-polnische Vertrag von 1686 wird wenig beachtet. Ihm entgegen werden die griechisch-katholischen Sprengel unterdrückt, die Mehrzahl ist dem griechisch-unierten Ritus einverleibt worden. Der Rest in Weißrußland mit seinen Kirchen und Klöstern erfährt Unannehmlichkeiten von der römisch-katholischen Geistlichkeit und dem Adel jener

1) Roepell in der Historischen Zeitschrift von H. v. Sybel, 18. Jahrgang, S. 76. Der die Dissidenten betreffende Artikel des Vertrages von 1686 steht ebend. S. 68.

2) Ssolowjoff, Geschichte des Falles von Polen, übersetzt von Spoerer, S. 14.

Gegend." Für die Hilfe, welche Katharina den Czartoryski bei der Königswahl zu leisten bereit war, forderte sie in demselben Schriftstück unter anderm auch unbeschränkte Duldung für die griechischen Christen und Zurückgabe der ihnen entrissenen Kirchen, Klöster und Landgüter [1]).

Ungefähr um die nämliche Zeit ergriff der König von Preußen ebenfalls inbezug auf diesen Gegenstand das Wort. Am 29. Oktober 1763 schrieb er dem Grafen Solms, die Dissidenten hätten wiederholt seinen Beistand angerufen, und weil deren Interessen ihm ebenso sehr wie seinen Vorgängern am Herzen lägen und in allen preußisch-russischen Verträgen einen stehenden Artikel bildeten, trug er dem Gesandten auf, ohne Zeitverlust mit dem Ministerium der Kaiserin hierüber zu reden. Wenn aber Friedrich für die Dissidenten eine wohlwollende Gesinnung hegte, so hatte dieselbe doch ihre Grenzen. Eine Ministerialnote vom 9. März 1764, die an Benoit gerichtet war, lautete folgendermaßen: „Ihr werdet zu ihren Gunsten thun, was möglich ist, und was die gegenwärtigen Umstände zulassen; denn man darf nicht wagen, um ihretwillen die Dinge zu verwirren. Ich sehe vorher, daß man nie so weit kommen wird, die Dissidenten in ihre alten Rechte wieder einzusetzen; aber abgesehen von der Gerechtigkeit ihrer Sache ist es eine gute Politik, wenn ich ihnen meinen Schutz gewähre, um ihnen zu zeigen, daß es nicht von mir abgehangen, wenn sich ihr Los nicht verbessert hat, und um sie dadurch zu bewegen, sich meinen Staat vor andern zum Zufluchtsorte zu wählen, wenn sie etwa in ihrem Vaterlande verfolgt werden sollten." [2]) Wir sehen, das Wohlwollen wird hier durch die Rücksicht auf die Verhältnisse beschränkt, und in dem Vertrage, welchen Preußen und Rußland am 11. April

1) Angeberg, Recueil des Traités, Conventions et Actes diplomatiques concernant la Pologne (1762—1862), p. 4. 8sq. Der Bischof von Mohilew kam 1765 nach Warschau und verlangte 150 Dörfer und Kirchen zurück, deren sich die katholischen Priester bemächtigt hätten. Essen, 3. August 1765.

2) Forsch. IX, 89. 29.

1764 schlossen, zeigt sich dieselbe Mäßigung. „Man verpflichtete sich zwar, den Dissidenten die alten Rechte wiederzuverschaffen; aber wenn das zur Zeit unmöglich wäre, so wollte man sich vorderhand damit begnügen, sie wenigstens gegen die Ungerechtigkeiten und die Unterdrückung zu schützen, worin sie gegenwärtig seufzen." Doch geht diese Fassung etwas weiter als die von 1762, wo die beiden Mächte nur versprechen, die Dissidenten zunächst in ihrem gegenwärtigen Zustande zu erhalten [1]).

Indem sich nun der Konvokationsreichstag näherte: wandten sich die Dissidenten an Katharina und baten sie nicht allein im allgemeinen um Hilfe, sondern sie bezeichneten auch genau, was sie wünschten. Sie verlangen die ihnen entrissenen Kirchen und Kirchhöfe zurück. Sie flehen weiter, daß es ihnen gestattet sein möge, nach ihrer Weise den Gottesdienst frei und öffentlich zu halten, und daß ihre Geistlichen in aller Sicherheit taufen, trauen, begraben und die Kinder in den Schulen unterrichten und konfirmieren dürfen, ohne von den Katholiken gestört zu werden und ohne daß sie nötig haben, sich die Erlaubnis hierzu für Geld vorher zu verschaffen.

Die Dissidenten wollten weiter die Satzung von 1733, durch welche sie von allen Ämtern und Würden ausgeschlossen wurden, aufgehoben haben. Der neue König sollte zugleich geloben, sie künftig an allen Gnaden teilnehmen zu lassen, und sich verpflichten, bei der ersten Gelegenheit, welche sich darböte, sein Versprechen zu erfüllen.

Endlich ersuchten die Dissidenten die Kaiserin, daß sie die Bürgschaft für den Fortbestand ihrer Rechte, wenn sie dieselben zurückerhalten sollten, übernehmen möchte [2]). Leider

1) Nachdem ich den Vertrag von 1743 eingesehen, kann ich noch angeben, daß der die Dissidenten betreffende Artikel desselben ebenso lautet wie der von 1762.

2) Smitt, Frédéric II., Cathérine et le partage de la Pologne, p. 118; aber der Verfasser hält seltsamerweise das Gesuch für eine Denkschrift von Solms. Duncker irrt auch, wenn er sagt, daß die Deputation der Dissidenten dieses Memoire gegen die Beschlüsse des

war bei der polnischen Anarchie ohne den auswärtigen Schutz an keinen sicheren Besitz erworbener Rechte zu denken.

Aber die Dissidenten erreichten auf dem Konvokationsreichstage nichts; es wurden vielmehr die letzten Satzungen gegen sie bestätigt, und überdies bestimmte man ausdrücklich, daß keine Erlaubnis gegeben werden sollte, neue Gotteshäuser in Städten und Dörfern zu bauen; die bereits erteilten Privilegien wurden für nichtig erklärt. Eine Kommission sollte nachforschen, mit welchem Rechte sowohl an anderen Orten als in Thorn, gerade dort, wo frech vergossenes deutsches Christenblut an die schlimmsten Zeiten polnisch-katholischer Unduldsamkeit lebhaft erinnerte, neue protestantische Kirchen gebaut worden wären. Man sprach sogar davon, die Danziger Marienkirche den Katholiken, wie man sich ausdrückte, zurückzugeben [1]).

Die Dissidenten wandten sich jetzt wieder an Rußland und auch an Preußen. „Sie sind gewiß zu beklagen", schrieb Friedrich am 23. Juni an Solms, „und befinden sich in einer sehr unangenehmen und höchst unsicheren Lage, wenn es nicht gelingt, auf dem Wahlreichstage die gegen sie gemachten Satzungen zurücknehmen zu lassen." Der König wünschte nun zu erfahren, was Katharina zu thun gedächte, und ob sie die Absicht hätte, durch eine schriftliche Erklärung die Sache derselben bei der Republik zu beschützen. Man müßte wenigstens, heißt es weiter, ihnen den Genuß der Rechte zu erhalten suchen, in denen sie sich bisher behauptet haben, und bewirken, daß die letzten sehr nachteiligen Satzungen auf dem Wahlreichstage nicht bestätigt werden. Wir sehen, Friedrich steckte sich kein weites Ziel; er glaubte vorsichtig handeln zu müssen, um nicht wichtigeren Angelegenheiten zu schaden [2]).

Konvokationsreichstages übergeben habe. (Aus der Zeit Friedrichs des Großen und Friedrich Wilhelms III., S. 161 Anm.) Sie bitten ja, die Kaiserin solle diese Artikel vorschlagen lassen „à la prochaine diète de convocation".

1) Letzteres meldet Essen am 26. Mai.

2) Forsch. IX, 113. 31.

Minder zaghaft ging Katharina zuwerke; sie hatte die Absicht, die Dissidenten wirksam zu beschützen und die Abstellung ihrer wesentlichsten Beschwerden herbeizuführen; sie wollte zugleich die anderen protestantischen Höfe mitwirken lassen. Letzteres war dem Könige sehr angenehm, und er versprach das Seinige zu thun [1]).

Infolge dieser gegenseitigen Eröffnungen ward am 22. Juli das Abkommen getroffen: die beiden Höfe sollten ihren Gesandten in Warschau den Auftrag geben, sowohl während des Interregnum als nach der Wahl bei dem neuen Könige darauf zu dringen, daß die Dissidenten in den vollen Besitz ihrer alten Rechte, besonders der freien Religionsübung, wieder eingesetzt würden; die anderen protestantischen Höfe sollten eingeladen werden, sich den Schritten Preußens und Rußlands anzuschließen [2]). Friedrich war mit diesen Verabredungen einverstanden.

Erst auf dem Krönungsreichstage sollte die Angelegenheit der Dissidenten wieder zur Sprache kommen. Repnin ward angewiesen, wenn es durchaus unmöglich sein sollte, den Dissidenten alles zurückzugewinnen, jedenfalls ihnen zu verschaffen, was nur irgend wichtig und von bedeutendem Nutzen für sie wäre; vorerst hielt es Panin für genügend, wenn sie in einige Privilegien und Rechte der Republik wieder eingesetzt würden und in Zukunft vor neuen Verfolgungen sicher wären. Wenn alle übrigen Vorstellungen nicht verfingen, sollte Repnin zu verstehen geben, daß fortgesetzte Hartnäckigkeit die Kaiserin nötigen würde, zu anderen Mitteln wider ihre Neigung Zuflucht zu nehmen, um dadurch zu erlangen, was sie durch hohe Wohlthaten und Freundschaft nicht zu gewinnen vermöchte; zu dem Ende würden ihre Truppen, welche bisher so willig und mit so bedeutenden Unkosten zum ausschließlichen Vorteil und

1) Forsch. IX, 114. 119. Die Note bei Smitt (p. 177) ist offenbar die Ausführung des Auftrags, den Friedrich am 23. Juni dem Gesandten erteilt hat, und also im Juli übergeben worden.

2) Sbornik XXII, 302.

Dienste der Republik gebraucht worden wären, noch weiterhin auf deren Gebiete verweilen müssen [1]).

Während hier die Russen drohten, um der Dissidenten willen die Truppen in Polen stehen zu lassen: wurde der nämliche Gedanke beinahe zu derselben Zeit auch noch inbezug auf eine andere Angelegenheit ausgesprochen.

Katharina hatte die größten Summen ausgegeben, um so viel Wähler als möglich für Stanislaus Poniatowski zu gewinnen. Aber der neue König bat ebenfalls um Geld; denn er mußte sein erstes Jahreseinkommen nach einer Vorschrift dieses armseligen Reiches zur Bestreitung der Kosten des Interregnums hergeben, und der Graf Rzewuski, welchen er in Petersburg betteln ließ, empfing auch wirklich eine Unterstützung von 100,000 Dukaten [2]).

Poniatowski und seine Oheime hatten freilich die Absicht, die Stellung eines Königs wesentlich zu verbessern. Zu dem Ende sollte Rzewuski die Erlaubnis der Kaiserin dafür zu erlangen suchen, daß die schlimmsten Auswüchse der polnischen Freiheit beseitigt würden. Auf dem Konvokationsreichstage war der Antrag gestellt worden, die Stimmenmehrheit einzuführen; aber derselbe fand so viel Widerspruch, daß man ihn fallen ließ, zumal da auch die Gesandten von Rußland und Preußen sich dagegen erklärten. Wenn man also jetzt etwas mehr ausrichten wollte, so mußte man klug zuwerke gehen. Man gedachte das Liberum veto für den Reichstag bestehen zu lassen und nur den ärgsten Mißbrauch zu beseitigen, indem man verlangte, daß wenigstens nicht die bereits einstimmig gefaßten Beschlüsse gleichfalls ungültig werden sollten. Dieses letztere Verfahren nannte man mit einem neuen Namen Liberum rumpo, und Rzewuski bat in Petersburg um Erlaubnis, daß die Polen es abschaffen dürften, während noch immer jedem Edelmanne die Befugnis verbleiben sollte, durch seinen Einspruch einen Gesetzvorschlag zurückzuweisen.

1) Ssolowjoff, S. 29ff.
2) Sbornik XXII, 298. 315.

Indem Rzewuski auch den Grafen Solms für seinen Plan zu gewinnen suchte, trat er sehr demütig auf. Er gab z. B. zu, daß eine Vermehrung des polnischen Heeres den Absichten der Nachbarmächte entgegenlaufen könnte; jedoch er meinte, in diesem Falle würde ja der oder jener Landbote, welcher in ihrem Interesse stände, die bekannte Formel aussprechen können. Davon schwieg Rzewuski noch, daß er den Petersburger Hof auch dafür gewinnen sollte, sich eine Vermehrung des Heeres gefallen zu lassen. Er leugnete ferner, daß die Polen sich von den Nachbarstaaten unabhängig machen wollten, sondern sie wünschten nur die großen Mißbräuche zu verbessern, welche sich unter dem Namen von Freiheiten bei ihnen eingeschlichen hätten.

In Berlin machte der Bericht, welchen Solms in dieser Angelegenheit abstattete, den größten Eindruck. Finckenstein und Hertzberg betrachteten das Liberum rumpo als das Hauptmittel, welches den fremden Höfen gegen einen böswilligen König oder eine böswillige Partei zugebote stände; sie machten geltend, daß es für Preußen immer besser sein würde, wenn die Republik, deren natürliche Kräfte sie für sehr beträchtlich hielten, in ihrer Anarchie verbliebe. Friedrich II. selbst war ganz entschieden gegen die Änderung; auch er fürchtete, daß Polen sich dann allmählich heben und seinen Nachbarn gefährlich werden könnte. Bei solcher Besorgnis empfing sein Vertreter in Warschau den Befehl, über den Antrag des Grafen Rzewuski sich unverzüglich zu äußern. Benoit trat beinahe noch heftiger der Änderung entgegen und wünschte, daß der König auf das schleunigste Katharina bewegen möchte, zu erklären: wenn die Form der Reichstage durch Aufhebung der Einstimmigkeit unter welcher Beschränkung immer eine Änderung erführe, so würden die russischen Truppen nicht eher zurückgezogen werden, als bis die Polen diese ihre Absicht förmlich aufgegeben hätten. Der Vorschlag gefiel den Ministern und dem Könige; Friedrich schrieb am 30. Oktober an Katharina, warnte vor dem Antrag, und um zu verhindern, daß die Polen ihrer ersten Begeisterung folgten, gab er der

Kaiserin den Rat, ihre Truppen bis zum Ende des Krönungsreichstages im Gebiete der Republik stehen zu lassen [1]).

Inzwischen hatten Solms und Panin diese Angelegenheit unter sich weiter erörtert. Letzterer meinte: Polen würde, wenn es in Handel, Justiz und Polizei besser geordnet wäre, für Österreich einen Ersatz gewähren können, ohne den Nachbarn gefährlich zu werden. Er hielt für richtig, was Rzewuski vorbrachte, daß die angestrebte Verbesserung gegen kein früheres Gesetz verstieße, sondern daß es sich nur darum handelte, den Mißbrauch einer bis zum Äußersten getriebenen Freiheit zu beseitigen, und er fand es nicht ohne Grund etwas hart, wenn man die Polen hindern sollte, sich einer Art von Barbarei zu entreißen, worin sie sich infolge dieses Mißbrauchs befänden.

Rußland stand anders als Preußen zu dieser Frage, wie Panin selber zugab, indem es eben unmittelbaren Vorteil von der Republik zu ziehen gedachte. Die Kaiserin schwankte zuerst. Allerdings die Stimmenmehrheit, die wenigstens für die Landtage verlangt worden war, verwarf sie entschieden, wenigstens auf so lange, als sie noch kein Bündnis mit Polen abgeschlossen hätte; dagegen war sie nicht abgeneigt, einen Unterschied zwischen dem Liberum veto und Liberum rumpo zu machen. Endlich aber erklärte sie sich gegen jede Neuerung. Nach dem Vertrage vom 11. April durfte sie ja wider den Willen des Königs von Preußen keiner Änderung zustimmen.

Noch ehe Katharinas Befehle nach Warschau kamen, sprach Repnin auf den Antrieb Benoits mit Stanislaus August über die Angelegenheit und brachte diesen so außer sich, wie er ihn noch nie gesehen. „Wie“, rief der König von Polen, „unsere Freunde, unsere Verbündeten werden uns hindern aus dem elenden Zustand herauszutreten, worin wir uns befinden!“ Indes einige Tage später, nachdem wahrscheinlich die Befehle Katharinas angelangt waren, versprach er von der Abschaffung des Liberum veto und der Vermehrung des Heeres für diesmal abzustehen; aber er grollte dem preußischen Gesandten,

1) Sbornik XX, 212.

welcher, wie man ihm gesagt, seine Pläne vereitelt hätte [1]). Der Kaiserin gestand er, daß er ihr den stärksten Beweis von seiner grenzenlosen Verehrung gegeben habe, indem er das geopfert, was ihm über alles teuer sei. „Die Entscheidung durch Stimmenmehrheit auf den Landtagen und die Vernichtung des Liberum rumpo bilden den Gegenstand meiner feurigsten Wünsche. Aber Sie begehrten, daß es einstweilen unterbleiben sollte, und es ist nicht einmal in Vorschlag gebracht worden.“ [2])

Inzwischen hatte die Krönung stattgefunden und daran sich dem Herkommen gemäß ein Reichstag angeschlossen, welcher vom 3. bis zum 20. Dezember Sitzungen hielt und auch über die Angelegenheit der Dissidenten beraten mußte; denn die Gesandten von Preußen und Rußland hatten in Gegenwart des englischen und dänischen Residenten [3]) dem König eine Denkschrift überreicht, worin sie sehr lebhaft für die Herstellung der alten Rechte derselben eintraten. Sobald der päpstliche Nuntius Kunde davon erlangt hatte, ging er aus, Unkraut unter den Weizen zu säen. Er begab sich zum Großkanzler von Litauen und hörte zu seinem Troste von diesem, daß keine Neuerung erfolgen würde. Der Fürst erzählte, daß er den Gesandten geantwortet: wenn dieselben für ihre Sekten eifrig wären, so wären es die Polen gleichfalls für ihre Religion. Auch mit dem Könige sprach der Nuntius, und Stanislaus August äußerte sich nicht so einfältig wie der litauische Großkanzler, aber sehr ergeben gegen den päpstlichen Stuhl: er bedürfe jetzt nicht mehr so nötig der unkatholischen Gesandten und werde seine gute Gesinnung zeigen. Aber ein Zugeständnis wollte der König den Dissidenten doch machen, nämlich ihnen eine Deputation bewilligen, durch welche sie ihre Beschwerden an den Reichstag bringen könnten [4]), offenbar

1) Forsch. IX, 31 ff. 119 ff.

2) Ssolowjoff, S. 23.

3) Diese nennt Essen 1. Dezember.

4) Theiner IV, 2. p. 35. Der König nannte dieses Recht „jus repraesentationis“.

nach dem Vorbilde der böhmischen Defensoren. Übrigens konnte der Nuntius ruhig sein; die Landboten verschlossen ihr Ohr gegen den Ruf nach freier Religionsübung, und sie blieben auch dann noch hartnäckig, als Repnin drohte, die russischen Truppen würden das Land nicht eher verlassen, als bis das Los der Dissidenten verbessert wäre.

Erst am letzten Sitzungstage kam die heikle Angelegenheit vor. Der König ließ Repnin und Benoit der Verhandlung beiwohnen, wahrscheinlich um ihnen zu zeigen, daß es nicht an ihm läge, wenn die Wünsche des Petersburger und Berliner Hofes unerfüllt blieben [1]). Der Eifer der Landboten war so groß, daß sie nicht einmal ein Schriftstück über die Forderungen der Dissidenten anhören wollten, sondern drohten, sie würden den Reichstagssekretär totschlagen, wenn er es vorläse [2]). Die Männer, welche bei der Königswahl eine Furchtsamkeit ohnegleichen gezeigt hatten, bewiesen Unerschrockenheit und Heldentum an unrechter Stelle. Sie wollten hier unerbittlich sein, äußerten sie wohl im Privatgespräch, nachdem sie in allen anderen Angelegenheiten nachgiebig gewesen wären.

Abgesehen von diesem einen Punkte konnte Rußland mit seinen Erfolgen zufrieden sein. Rzewuski ward ermächtigt, ein Verteidigungsbündnis abzuschließen, worin sich die beiden Herrscher gegenseitig ihr Gebiet zusicherten und die Kaiserin außerdem die Bürgschaft für die Freiheit und die Gesetze der Republik übernähme. Der Einfluß, welchen Rußland hierdurch auf die polnischen Angelegenheiten gewinnen mußte, war nach der Angabe des Grafen Solms der letzte wesentliche Punkt, welchen Panin von dem neuen Könige zu erlangen wünschte; daher bezeigte sich der russische Minister im höchsten Grade vergnügt, als er hiervon Nachricht empfing. Preußen war bereits eingeladen, diesem Bunde beizutreten, und bei Gelegenheit der Unterhandlung über die einzelnen Artikel desselben

1) Essen, 26. Dezember.
2) Theiner l. c., p. 37.

wollte Panin auch bestimmen, welche Verbesserungen in der polnischen Verfassung einzuführen wären [1]). Dieser Gegenstand und die Angelegenheit der Dissidenten haben die Höfe von Peterburg und Berlin noch lange beschäftigt.

Viertes Kapitel.

Herstellung Preußens nach dem Hubertsburger Frieden.

Der König von Preußen freute sich sehr, daß die polnische Thronveränderung ohne Störung der allgemeinen Ruhe vor sich gegangen war; denn er wünschte seinem Lande von Herzen die Erholung, deren es so dringend bedurfte. Wie arg hatte der lange Krieg es mitgenommen! Als der Sturm endlich aufgehört, gab es Gegenden, die so verwüstet waren, daß man kaum die Spuren der alten Wohnungen auffinden konnte. Besonders hatten die Russen schlimm gehaust. Manche Städte waren gänzlich zerstört, andere von den Flammen halb verzehrt, 13,000 Häuser völlig verschwunden [2]). Der Acker lag unbebaut, und es fehlten 60,000 Pferde zur Bestellung der Felder. Die Bevölkerung war von 4½ Millionen auf 4 heruntergegangen. Der Adel befand sich in einem Zustande der Erschöpfung, der kleine Mann war zugrunde gerichtet; es blieb ihm nur das nackte Leben übrig und einige Lumpen, um seine

1) Sbornik XXII, 338, No. 186 (wo aber „par l'accession de Votre Majesté“ statt „occasion“ zu lesen ist) u. p. 352.

2) Oeuvres VI, 74: „13,000 maisons dont il ne paraissait plus de vestiges“; an Voltaire schreibt Friedrich am 24. Oktober 1766: er habe 8000 Häuser in Schlesien und 6500 in Pommern und der Neumark bauen lassen.

Blöße zu bedecken. An die Stelle der früheren Ordnung war eine Art von Anarchie getreten. Der König selbst verglich sein Land, welches die Last des Krieges fast allein getragen hätte, mit einem Menschen, der mit Wunden bedeckt, durch Blutverlust geschwächt und nahe daran ist, unter der Last seiner Leiden zu erliegen; er braucht eine strenge Diät, um sich herzustellen, stärkende Mittel, um seine Kräfte wiederzugewinnen, und Balsam, um seine Wunden zu heilen [1]).

Schon bei der Rückkehr des Friedens hält die Hoffnung vergnügt ihren Einzug in die entmutigten Herzen der Menschen; aber mit verdoppeltem Eifer gehen sie an die Herstellung ihrer Verhältnisse, wenn sie wahrnehmen, daß der Herrscher bemüht ist, ihren Anstrengungen zuhilfe zu kommen. Und der König that letzteres mit seiner gewohnten Schnelligkeit. Er wollte nach der Räumung Sachsens, ohne vorher Berlin gesehen zu haben, Schlesien besuchen, dann sowohl die Mark, als Magdeburg und Halberstadt in Ordnung bringen und hierauf zwei Reisen nach Pommern und nach Cleve machen. Er gedachte ferner die Münze bis zum Juni auf einen besseren Fuß zu bringen. „Ich bezahle bis dahin alle Schulden des Staates", schrieb er am 14. Februar 1763 an seinen Bruder Heinrich, „dann kann ich sterben, wann es mir beliebt." Und schon im folgenden Jahre sollte der alte Münzfuß wieder in Geltung kommen. „Ich habe hier eine große Menge von Anstalten zum Vorteile der Provinzen getroffen und hoffe, daß infolge dessen vom Kriege nicht mehr die geringste Spur nach zwei Jahren da sein wird", schrieb der König am 19. Februar aus Dahlen an seinen Bruder; „das Land wird sich sofort um 64,000 Mann, ungerechnet die Proviant- und Artillerieknechte, wieder bevölkern, und so viele Magazine bleiben mir übrig, daß eine Menge Getreide da ist, sowohl zur Aussaat, als um die ungeheuren Preise herunterzudrücken." Und am 24sten schrieb Friedrich: „Ich benutze meine ganze Zeit hier, um Einrichtungen für den

1) Oeuvres VI, 4. 74.

Staat zu treffen, und es leidet keinen Zweifel mehr, daß der größte Teil der Provinzen noch in diesem Jahre wiederhergestellt sein wird; nächstes Jahr dürfen keine Spuren von dem Kriege mehr übrig sein. Es ist meine Pflicht, lieber Bruder, bei dieser Gelegenheit mich anzustrengen; wenn ich dem Staat in meinem Leben einen Dienst erweisen kann, so ist es der, ihm aus seiner Zerrüttung wieder emporzuhelfen, die Mißbräuche womöglich abzustellen und Verbesserungen dort anzubringen, wo es notwendig ist. Dieses Vorhaben ist unendlich groß und umfaßt viele Zweige; schenkt mir aber der Himmel noch einige Lebenstage, dann werd' ich es zu Ende führen. Im entgegengesetzten Falle lass' ich Spuren meiner Thätigkeit zurück, denen alsdann die andern folgen können, wenn sie es für angemessen erachten." [1])

Indem der König seine Truppen allmählich nachhause schickte, war er zugleich gesonnen, ihre Zahl zu verringern. „Die Lage, in welche mich der Friede versetzt, erlaubt mir nicht mehr als 138,000 Mann zu unterhalten", schrieb er am 10. März an den Marquis d'Argens, „und ich werde 188,000 Mann im Felde gehabt haben. In diesem Jahre belief sich das ganze Militär mit Einschluß der Besatzungen auf 219,000 Mann. Doch alles das kehrt wieder nach Preußen zurück. Ich entlasse die Landeskinder und behalte die Fremden." Durch diese Maßregel wurden den Provinzen mehr als 30,000 Menschen zurückgegeben, welche den Acker bestellen konnten; während das Heer immer noch 150,000 Mann stark blieb [2]).

Die zweite Hälfte des Monats März widmete Friedrich der Besichtigung Schlesiens. Die Provinz bekam auf ein halbes Jahr Steuerfreiheit; 8000 Häuser ließ der König bauen, von den hierzu bestimmten Geldern empfing allein Landeshut 200,000 und Striegau 40,000 Thaler [3]). Außer-

1) Oeuvres XXVI, 267—270 (9., 14., 19. u. 24 Februar).
2) Ib. XIX, 385; VI, 92.
3) Ib. VI, 75; XXIII, 112.

dem schenkte der König 17,000 Pferde zum Ackerbau und Getreide zum Brot und zur Saat aus seinen Magazinen. Ferner wurden sogleich Anstalten zur Aufnahme der Nahrungszweige und Volksmenge getroffen. Man rechnete den Abgang der Einwohner durch den Krieg auf mehr als 150,000 Köpfe. Diejenigen Fremden, welche sich mit ihren Familien in den Provinzen des Königs niederließen, empfingen freies Bürger- und Meisterrecht, Freiheit von allen Abgaben und Lasten auf einige Jahre, Freiheit von der Werbung für sich und die mitgebrachten Söhne, Geld aus der königlichen Kasse zu Werkstühlen und Handwerksgeräte. Wer ein Haus baute, dem wurde die Stelle dazu geschenkt, ein Teil der Baumaterialien umsonst gegeben und ein Viertel der Baukosten vergütet. Es versteht sich, daß die neuen Häuser von Mauerwerk und nach einem vorgeschriebenen Plan ausgeführt werden mußten, damit die Städte nicht nur fester und sicherer wider das Feuer, sondern auch schöner würden.

Friedrich hat in seiner Darstellung dieser Zeiten als ein geschichtskundiger Herrscher daran erinnert, wie der große Kurfürst und dessen Nachfolger ein ganzes Jahrhundert brauchten, um die Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges in der Mark wieder fortzuschaffen. Ehe die Schriften des Königs veröffentlicht wurden, war dieselbe Bemerkung schon von einem andern Manne gemacht worden. Der Verfasser des noch heutiges Tages geschätzten Buches über „Schlesien vor und nach dem Jahre 1740“ berichtet, daß zur Zeit der preußischen Eroberung Spuren der Verheerungen sich noch in den meisten Städten und Dörfern gezeigt hätten. „Überall“, schreibt er, „befanden sich Schutthaufen, Brandstellen von halbeingeäscherten Städten und auf dem Lande wüste Bauerngüter, deren Äcker von den Grundherren eingezogen und nicht mit Wirten besetzt waren. Ein ganzes Jahrhundert war also unter den vorigen Regenten nicht hinlänglich gewesen, die Verheerungen des Krieges auszulöschen, das Land wieder zu bevölkern und die verwüsteten Güter und Häuser herzustellen. Gegenwärtig, vierzehn Jahre nach dem Siebenjährigen Kriege, der in Schlesien

ebenso viel Verwüstungen hinterlassen hatte, als der Dreißigjährige, findet man nur noch sehr wenig Brandstellen in den Städten und keine wüsten Bauerngüter mehr auf dem Lande. Fünfzehn ansehnliche Städte, die vorher in polnischer Bauart von aufeinandergelegten Baumstämmen erbaut waren, sind größtenteils auf Kosten des Königs von Mauersteinen in regelmäßiger Art fast ganz neu aufgeführt worden." In den Jahren 1763—1770 entstanden allein im Breslauer Departement 1108, im Glogauer 1074, zusammen 2182 Häuslerstellen [1]).

Am 30. März kehrte Friedrich nach seiner Hauptstadt, die er seit sechs Jahren nicht mehr betreten hatte, zurück. Während seinem Wagen in Taßdorf, etwa 3½ Meile von Berlin, frische Pferde vorgespannt wurden, empfahl der Landrat v. Nüßler der gnädigen Fürsorge des Landesherrn den durch die Russen ungemein verwüsteten niederbarnimschen Kreis, und als er aufgefordert worden war, zu sagen, was diesem fehle, da antwortete er: Pferde zur Bestellung der Äcker, Roggen zu Brot und Sommersaat. Getreide wollte Friedrich geben, aber keine Pferde. Jedoch Nüßler ließ sich nicht abschrecken, sondern erinnerte den König daran, daß er auf Vorstellung des Geheimen Rates v. Brenkenhof der Neumark und der Provinz Pommern Artillerie- und Proviantpferde geschenkt hätte. Der Freimut, mit welchem er sprach, veranlaßte den König, ihn zu fragen, wer er wäre. „Ich bin der v. Nüßler", antwortete der Landrat, „welcher für Ew. Königliche Majestät die große Grenzangelegenheit in Schlesien zustande gebracht hat." — „Ja, ja!" sagte Friedrich, „nun kenn' ich Ihn wieder", befahl ihm alle kurmärkischen Landräte nach der Hauptstadt zu bringen und fuhr weiter.

Da der Tag der Ankunft des Landesherrn bekannt war, standen die Bürger vom Schloß an bis weit über die Stadt-

1) [Klöber], Schlesien vor und nach dem Jahre 1740 II, 204 bis 205. 293. — Beheim-Schwarzbach, Hohenzollersche Kolonisationen, S. 536.

mauer hinaus in ihren Feierkleidern, vergeblich harrend; bei hereinbrechender Dunkelheit versah sich noch ein Teil der Versammelten mit Fackeln. Als man endlich das Gerassel der Wagen und die Ankunft des Herrschers vernahm, da erscholl das allgemeine Freudengeschrei: „Es lebe der König!“ Fünf Tage später feierte die Landeshauptstadt das Friedensfest [1]).

Am 1. April waren die kurmärkischen Landräte zum König auf das Schloß gekommen, und Rüßler hatte für sie das Wort geführt. „Sei Er stille“, sagte Friedrich, „und laß Er mich reden. Hat er Crayon?“ — „Ja!“ — „Nun, so schreib Er auf, die Herren sollen angeben, wie viel Roggen zu Brot, wie viel Sommersaat, wie viele Pferde, Ochsen und Kühe ihre Kreise höchst nötig gebrauchen. Überlegen Sie das recht und kommen Sie übermorgen wieder zü mir, alsdann will ich mich darauf erklären. Sie müssen aber alles so genau wie möglich einrichten, weil ich nicht viel geben kann.“

Die Landräte thaten, wie ihnen geheißen worden war, und überreichten am festgesetzten Tage das Verzeichnis. „Es enthält nur das Allernötigste, was die Kreise brauchen“, bemerkte Rüßler, „und betrifft auch einzig und allein die Stände, welche Kontribution geben, d. h. das Landvolk; der Adel und andere arme Leute, welche von den Russen rein ausgeplündert worden, sind nicht mit in dem Verzeichnis begriffen; es hat aber der Adel durch den Krieg und die Plünderung sehr viel gelitten.“ Friedrich ließ sich die Namen der Edelleute des niederbarnimschen Kreises von Rüßler nennen, der dann noch hinzusetzte, daß er als Landrat am schlimmsten weggekommen sei, weil er 4000 Scheffel Mehl, die von den Russen ausgeschrieben worden waren, nicht geliefert habe. Der König sprach: „Ich kann nicht allen geben; hat Er aber arme Edelleute in Seinem Kreise, die sich gar nicht helfen können, so will ich diesen etwas geben.“ Da das nicht der Fall war, nannte Rüßler einige aus dem Kreise Lebus und forderte die Landräte dieses und des teltowschen Kreises auf, dem Könige

1) „Geschichte eines patriotischen Kaufmannes“, S. 182.

mehrere zu bezeichnen. Friedrich hat dann wirklich an die Ärmsten vom Adel beträchtliche Summen — 8-, 6-, 4000 Thaler — geschenkt. Die noch rückständige Bezahlung der während des Krieges gelieferten Fourage bereitete dem Herrn v. Nüßler noch manche Sorge; er machte den Landeskollegien und sogar mündlich dem Könige viele Vorstellungen und richtete doch so viel aus, daß ein jeder seine Bezahlung nach und nach bekommen sollte, was auch geschehen ist [1]).

Während des Krieges hatte das preußische Geld eine bedeutende Verschlechterung erfahren; der alte sogen. Graumannsche Fuß, nach welchem man aus der feinen Mark 14 Thaler schlug, war aufgegeben worden; auch einigen fremden, besonders sächsischen Münzen von geringem Werte, die in denselben Zeiten der bitteren Not entstanden waren, hatte der König Umlauf gestattet. Jetzt wurde bestimmt, daß alle Zahlungen in einem neuen Gelde, welches sich zu dem guten alten wie 141 zu 100 verhielt, vom 1. Juni 1763 an geschehen sollten. Das Edikt vom 21. April setzte fest, wie es bei der Verschiedenheit der Münzsorten, die während des Krieges geprägt worden waren und in Preußen Umlauf gewonnen hatten, bei Bezahlung von Kapitalien, Zinsen, Vermächtnissen und von Forderungen und Verbindlichkeiten, die aus Verträgen und sonst entstanden wären, in Ansehung des Geldes je nach dem Verhältnis der Münzsorten gehalten werden sollte. Weil aber alle Abgaben an den Staat nach dem Graumannschen Fuße festgesetzt waren, so mußten die Unterthanen, wie das Edikt vom 18. Mai 1763 bestimmte, noch ein Aufgeld von 41% entrichten; doch wurden hiervon die Kurmark, Magdeburg, Halberstadt und andere Provinzen, welche durch den letzten Krieg besonders mitgenommen worden waren, bis zu Ende Mai des Jahres 1764 befreit. Im gewöhnlichen Handel und Wandel sollte das neue Geld für voll gelten und zu dem Ende auch die Bier-, Brot-, Fleisch- und andere Taxen,

1) Büsching, Beiträge zu der Lebensgeschichte denkwürdiger Personen I, 401 ff.

das Tagelohn der Handwerker und Arbeiter danach geregelt werden, damit der ungeheuren Steigerung aller Lebensbedürfnisse, welche durch die umlaufenden Münzsorten von geringerem Gehalt auf das Höchste getrieben worden, Ziel und Maß gesetzt und die Preise dergestalt bestimmt würden, daß Käufer und Verkäufer bestehen und auch der Handel aufrecht erhalten werden könnte." Im folgenden Jahr ist dann der alte Graumannsche Fuß vom 14. Juli 1750 mit der Verbesserung, daß auch die kleineren Münzsorten danach ausgeprägt werden mußten, wiederhergestellt worden und vom 1. Juni 1764 ab in Geltung getreten [1]).

Im Mai 1763 besuchte Friedrich Pommern und die Neumark. Manche Gegenden der erstgenannten Provinz hatten furchtbar gelitten; aber er fand das Übel nicht so ungeheuer, wie die Übertreibung es dargestellt, und er schmeichelte sich, daß Pommern in zwei Jahren bevölkerter und in besserer Ordnung als vor dem Kriege sein würde. Er schenkte hier 1200 Pferde und 374,000 Scheffel Mehl, Gerste, Roggen und Hafer [2]), ließ 1200 Häuser, Scheunen und Ställe neu aufbauen, was ihn 1,300,000 Thaler kostete, und gab auf zwei Jahre Steuerfreiheit. In Pommern hatte die Einwohnerzahl um 59,000 Seelen sich vermindert, in der Neumark um 57,000; Küstrin war gänzlich zerstört, und auf dem platten Lande lagen beinahe 2000 Häuser in Schutt und Asche. Zum Wiederaufbau der letzteren steuerte Friedrich 768,000 Thaler

1) Novum Corpus Constitutionum Prussico-Brandenburgensium II, 208. 224. 381. Nach den „Freimütigen Anmerkungen über des Herrn Ritters v. Zimmermann Fragmente über Friedrich den Großen" (II, 148 ff.) würde es besser gewesen sein, wenn man gleich auf den alten Münzfuß zurückgegangen wäre. Den Schlüssel für Friedrichs Verhalten bietet vielleicht Riedel, der im „Staatshaushalt" (S. 109) erzählt: „Mit dem Jahr 1763 endeten die geschlossenen Münzverträge und stellten den König unabhängiger von dem Rate seiner Münzjuden, deren er sich bis dahin in diesen Angelegenheiten nicht entledigen zu können meinte."

2) So Hertzberg (Huit Dissertations, p. 175); nach Meißner (Leben Franz Balthasar Schönberg v. Brenkenhof, S. 48) wären es sogar 805,872 Scheffel gewesen.

bei, und für Küstrin gab er zu dem gleichen Zwecke 684,000 Thaler; er schenkte ferner 6400 Pferde und 384,000 Scheffel Getreide jeder Art und erließ die Steuern ebenfalls auf zwei Jahre. Zur Verbesserung der Ämter und Domänen setzte Friedrich 32,000 Thaler aus. „Die Neumark ist in voller Arbeit", schrieb er nach seiner Rückkehr am 26. Mai an seinen Bruder Heinrich; „alles rührt sich und legt Hand ans Werk." [1])

Am folgenden Tage schon bestellte sich der König den Kriegsrat Roden in Soest, von welchem der Prinz Ferdinand von Braunschweig ihm viel Gutes erzählt hatte, nach Wesel, wo er ungefähr den 8. Juni einzutreffen gedachte. Jedoch die Nachschrift lautete: „Ihr müßt bereits den 5ten oder 6ten kommenden Monats dort sein." Das war ein Glück; denn Friedrich kam wirklich am 6ten gegen Mittag hier an, und als Roden vor ihm erschien, sprach er: „Hört, durch den Krieg sind viele Häuser ruiniert. Ich will haben, daß sie wieder in den Stand gesetzt werden, wozu ich denjenigen, die sich nicht selbst helfen können, besonders in Soest, Hamm, Lünen und zum Teil Wesel, die am meisten gelitten haben, die Gelder geben will. Ihr sollt mir eine genaue Liste von den Verwüstungen in diesen Städten machen."

Der König diktierte nun, was er wissen wollte, nämlich erstens, wie viele zugrunde gerichtete Häuser dort wären, deren Eigentümer sich selbst helfen könnten, zweitens, wie viele, deren Besitzer es nicht vermöchten, und drittens sollten die Stellen derjenigen, die etwa verstorben oder weggezogen wären, wenn die Abwesenden und Erben nicht bauen wollten, an andere gegeben werden, die dazu Lust hätten. „In sechs Tagen", fügte der König hinzu, „müßt Ihr fertig sein; längere Zeit kann ich Euch nicht gewähren." Roden hoffte so weit zu kommen, wenn er von den Örtern, wo er in der genannten Frist nicht selbst hingelangen könnte, die Nachrichten durch Eil-

1) Oeuvres VI, 75; XXVI, 275. Hertzberg, Huit Dissertations, p. 175. 177. Brenkenhof, S. 42

boten einfordern dürfte, und der König versprach die Stafettengelder zu bezahlen.

Am 12ten wurde der Kriegsrat wirklich noch mit seiner Arbeit fertig. Er befand sich damals in Cleve, wo der König an dem nämlichen Abend anlangte. Am nächsten Morgen überreichte Roden seinen Bericht mit der Tabelle. Friedrich las denselben sogleich durch, prüfte alles genau und bezeigte dem Kriegsrat seine Zufriedenheit. Er beschloß dann, 25,000 Thaler zum Wiederaufbau zu geben, und erteilte die nötigen Befehle an die Kammer. Hierauf fing er an: „So wie Ihr mir beschrieben seid, so finde ich Euch; Ihr seid ein arbeitsamer Mann. Ich muß Euch aber näher bei mir haben. Ihr sollt eine gute, recht gute Pension haben; ich will Euch das Patent umsonst erteilen und auch einen Vorspannpaß auf zwei Wagen geben. Dienet ferner so getreu, wie Ihr bisher gethan." Roden kam wirklich in die kurmärkische Kammer und erhielt bald darauf die Stelle eines Geheimen Finanzrates im Generaldirektorium mit einem Gehalte von 1400 Thalern [1]).

Ende Juni kehrte der König von diesen Reisen nach Potsdam zurück; doch riefen ihn die Geschäfte noch einmal weg in die Nähe von Berlin. „Ich muß noch Rechnungen durchsehen und berichtigen", schrieb er am 16. Juli aus Charlottenburg an seinen Bruder Heinrich; „das geht so schon vier Monate lang ununterbrochen fort. Ich gestehe Dir, es ist kein Vergnügen, für welches ich die geringste Vorliebe hätte; jedoch man muß es sich gefallen lassen, um eine gänzliche Verwirrung in den Finanzen zu vermeiden. Ich muß auch Berlin für den kommenden Winter mit Holz versorgen. Schließlich hoff' ich, um den 19ten mit alle dem fertig zu sein, und ich wünsche dann sehr, erst im nächsten Jahre wieder Rechnungen durchzusehen." Friedrich dankte wirklich dem Himmel, als er diese lange Arbeit hinter sich hatte, die ihm am Ende doch beinahe zuwider geworden war. „Die Ordnung ist jetzt

1) Preuß III, 442ff. und Urkunden-Band dazu, S. 278.

überall hergestellt", schrieb er am 23sten aus Potsdam an seinen Bruder, „und die Dinge fangen an wieder ins alte Gleis zu kommen" [1]).

Auch die anderen Provinzen wurden unterstützt; es empfingen z. B. die Städte Minden 20,000, Bielefeld 15,000, Halberstadt und Halle je 40,000, Krossen 24,000, Reppen 6000, Hohnstein 13,000 Thaler [2]). Doch bekam nicht jeder, welcher bat. Als die Bäcker von Potsdam die Bewilligung von Korn aus dem Magazine nachsuchten, schrieb Friedrich auf den Rand ihrer Bittschrift: „Sie haben über 500 Wispel gekriegt, es seindt Canaillen; der Magistrat muß sie vorkriegen." Und ebenso wenig wollte der König im Jahre 1764 der Bürgerschaft von Potsdam eine Unterstützung bei Abtragung von 32,000 Thalern österreichischer Kontribution gewähren; „sie mögen sehen", schrieb er, „wie sie die Schulden bezahlen können; ich werde das liederliche Gesindel nicht einen Groschen geben". Noch schlimmer kam der Landrat v. Wobeser zu Landsberg weg. Als er im Jahre 1766 wegen erlittenen Brandschadens und weil er seine Habseligkeiten beim Küstriner Bombardement verloren, um eine Vergütigung bat, schrieb Friedrich auf den Rand der Bittschrift: „Am jüngsten Tage kriegt ein jeder alles wieder, was er in diesem Leben verloren hat." [3]) Die besonderen Umstände, die einen solchen Bescheid herbeiführten, sind uns freilich unbekannt. Der Landrat mag nicht unbemittelt gewesen sein; denn sonst wissen wir doch, daß der König bei Kriegssteuern und Brandschäden half. Wie viele Städte, die in den nächsten Jahren nach dem Frieden zu Hubertsburg vom Feuer heimgesucht wurden, haben seine wohlthätige Hand dankbar kennen gelernt! So empfing Callies in der Neumark 80,000 Thaler, und zum Wiederaufbau einer Vorstadt von Landsberg gab Friedrich 40,771 Thaler. Auch Königsberg in Preußen, Belgard und Tempelburg in Pom-

1) Oeuvres XXVI, 279. 280.
2) Ib. VI, 82.
3) Preuß, Urkunden-Band II, 223. 227.

mern, Nauen in der Mark, Freystädtel, Ober-Glogau, Parchwitz, Naumburg a. Qu. und Goldberg in Schlesien, die gleichfalls vom Feuer gelitten hatten, erhielten Unterstützung. Nach seiner eigenen Angabe hat der König an die verschiedenen Provinzen 25,000 Wispel Mehl, Korn und Gerste, 17,000 Wispel Hafer und 35,000 Regiments- und Artilleriepferde verteilt; außerdem empfingen Schlesien 3 Millionen, Pommern und die Neumark je 1,400,000 [1]), Brandenburg 700,000, Cleve 100,000, Ostpreußen 800,000 Thaler. So lautet die Angabe Friedrichs des Großen am Schlusse seiner Geschichte des Siebenjährigen Krieges; die Geldsummen waren ohne Zweifel zum Aufbau der Häuser bestimmt. In den Denkwürdigkeiten über die folgende Zeit meldet der König, daß er im ganzen 20,389,000 Thaler zur Unterstützung der Provinzen und zur Bezahlung der Summen gegeben, welche dieselben geliehen, um die von den Feinden ihnen auferlegten Kriegssteuern zu bezahlen. Vielleicht wurden aus jenen 20 Millionen auch die Kassenscheine noch eingelöst, welche die Zivilbeamten in den letzten Jahren als Besoldung erhalten hatten [2]).

1) Wenn Friedrich (V, 232) sagt, er habe 1,400,000 Thaler „à la Poméranie et à la Nouvelle Marche“ gegeben, so verstehe ich das mit Rücksicht auf Hertzberg (Huit Dissertations, p. 175. 177) so, daß jede Provinz die Summe von 1,400,000 Thaler bekommen habe.

2) Oeuvres V, 232; VI, 75. Daß die Kassenscheine noch während des Jahres 1763 eingelöst wurden, erzählt Friedrich VI, 76. Nach Riedel (Staatshaushalt, S. 92) ward in der ersten Hälfte des Jahres 1763 mit der Einlösung dieser Kassenscheine der Anfang gemacht, jedoch in dem eingeführten neuen Geld und nur für wirkliche Gehälter, nicht für Pensionen; daß die Kassenscheine der letzteren Art den Inhabern verblieben wären, sagt Riedel nicht. Auch die Besoldungen des ersten Friedensjahres wurden in dem neuen brandenburgischen Gelde bezahlt. Fragen wir, woher der König so viel Geld gehabt, so kann erstens auf das hingewiesen werden, was er selbst im Anfange seiner Denkwürdigkeiten (VI, 9) meldet: „Le roi de Prusse était le seul qui eût encore de l'argent comptant, parcequ'il avait eu la prudence d'avoir toujours une année d'avance dans ses coffres.“ Ferner hat er diese 20 Millionen wohl nicht auf einmal bezahlt; er hatte z. B. am 26. Oktober 1765 noch 4000 Häuser herzustellen. Zeitschrift für preuß. Geschichte 1877, S. 300.

Auch den Verlust an Menschen suchte der König schneller durch Einwanderung zu ersetzen. Er hatte bereits am 7. Dezember 1762 den Majoren v. Dyherrn und v. Keller aufgetragen, gute Fabrikanten und andere für Preußen nützliche oder auch bemittelte Leute zur Ansiedelung in seinen Provinzen zu bewegen und zugleich hundert gedruckte Versicherungsscheine mitgeschickt, nach welchen die Einwanderer für sich und ihre Kinder von aller Werbung frei sein sollten. Dasselbe versprach eine Woche später der Wirkliche Geheime Finanz-, Kriegs- und Domänenrat beim Generaldirektorium Franz v. Brenkenhof in einer öffentlichen Bekanntmachung allen Ausländern, welche sich mit ihrem Vermögen und ihren Familien in die Neumark oder nach Pommern zu begeben willens wären und entweder als Handwerker oder Fabrikanten in den Städten oder als Ackerleute auf dem platten Lande sich niederlassen oder auch nur als ledige Knechte dienen wollten. Und am 28. Januar 1763 schrieb der König von Leipzig aus an den schon genannten Major v. Dyherrn, daß es ihm ganz lieb sein würde, wenn derselbe durch die „in der Gegend" stehenden Offiziere noch etwa an die 20 Wollspinnerfamilien mit guter Art bewegen könnte, sich um Berlin herum auf den dort angelegten Spinnerdörfern niederzulassen; man würde ihnen eigene Häuser geben und allen Vorschuß zu ihrer Arbeit thun. Nach hergestelltem Frieden ließ der König an der Netze Moräste, die einige Meilen lang waren, durch kostbare Dämme und Kanäle trocken legen; er rechnete 6000 Familien dort anzusiedeln [1]).

Brenkenhof entfaltete eine rastlose Thätigkeit. Zu Ende des Jahres 1763 waren in der Neumark 4593 Einwohner ersetzt, und im folgenden Jahre wanderten 6235 Menschen ein; Küstrin erhob sich aus der Asche schöner, als es gewesen war; Wollspinner gab es am Schlusse des Jahres 1763 wieder 1959 Meister und 267 Gesellen, die 78,324 Stein

1) Preuß, Urkundenbuch zu Bd. II, S. 123 (Nr. 17). 128 (Nr. 30). Nov. Corp. Constitutionum II, 172. 173 (No. 50). Oeuvres XXVI, 275.

Wolle verarbeiteten und an sechstehalb Tonnen Goldes gewannen. Ebenso wirksam waltete Brenkenhof in Pommern. Fast alle eingeäscherten Wohnungen und Wirtschaftsgebäude waren hier binnen Jahresfrist vollendet, 5883 Menschen in den wüsteliegenden Örtern neu angesiedelt, 192 Wollspinner und 56 andere Handwerker, deren Familien aus 761 und 138 Seelen bestanden, ins Land gebracht. Und wie hier, so ging es anderwärts. Als der Strumpffabrikant Guimbert aus Versailles, welcher bereits neun Stühle errichtet, im Jahre 1764 um ein Haus in Potsdam und 2000 Thaler Vorschuß bat, schrieb der König auf den Rand des Gesuches: „Neun Stühle ist eine Lumperei; wann er mehr etablieren wollte, könnte man ihm wohl Vorschuß geben; aber man muß wissen, ob er ein guter, industriöser Mensch oder eine liederliche Kanaille ist.“ [1])

Trotz dieser großen Ausgaben behielt der König noch Geld übrig, um eine Porzellanfabrik zu übernehmen, die sonst vielleicht aufgehört hätte zu arbeiten. Eine solche war 1751 von einem Kaufmann Wegeli errichtet worden, aber nach einiger Zeit, man weiß nicht weshalb, wieder eingegangen. Als der bekannte Gotzkowsky gegen Ende des Jahres 1760 in Angelegenheiten der Berliner Bürgerschaft zum Könige nach Meißen kam, hatte dieser einige Proben von sächsischem Porzellan in seinem Zimmer stehen; er zeigte sie dem Kaufmann und gestand hierbei: wenn er irgend etwas wünschte, so wäre es, eine solche Fabrik in seinen Landen zu haben, und er wolle gleich nach hergestelltem Frieden alles Mögliche dazu thun.

Der Zufall sorgte für die Erfüllung dieses Wunsches. Gotzkowsky lernte nach seiner Rückkehr in Berlin einen Künstler kennen, welcher das Geheimnis des sächsischen Porzellans besaß und eben nach Gotha gehen wollte, um mit herzoglichen Geldern dort eine Fabrik zu errichten; er sollte dafür jährlich 1000 Thaler, und Frau und Kinder nach seinem Tode die

1) Brenkenhof, S. 43. 44. 47. 49. 50. Preuß, Urkundenbuch II, 224.

Hälfte dieser Summe beziehen. Die Proben, welche Gotzkowsky sah, fand er weit vollkommener als die Erzeugnisse der eingegangenen Wegelischen Fabrik und dem sächsischen Porzellan ganz gleichkommend; er überredete deshalb den Künstler, unter gleichen Bedingungen in Berlin zu bleiben, und errichtete nun selbst eine Fabrik, in welcher gegen 150 Menschen arbeiteten [1]).

Nach dem Frieden brachen in Amsterdam und Hamburg Bankrotte aus, und indem hierdurch auch Gotzkowsky zu Falle gebracht wurde, kaufte der König die Porzellanfabrik samt den vorhandenen großen Vorräten für 225,000 Thaler. Am 24. August übernahm sie Friedrich. Einige Tage später empfing er von dem berühmten Mathematiker Euler Vorschläge, welche diesem inbezug auf die Bereitung des Porzellans gemacht worden waren, diensteifrig zugeschickt. „Das Geheimnis der Zusammensetzung wünschen wir nicht kennen zu lernen“, antwortete Friedrich; „wir sind darüber vollkommen unterrichtet. Was uns bisher gefehlt hat, ist der Ofen; aber jetzt arbeitet man daran.“ [2])

Als der König im September durch Geschäfte nach Berlin gerufen wurde, da begab er sich auch in die neue Fabrik, um sie eingehend zu besichtigen, und verweilte zwei Stunden dort. Bei den Brenngewölben sprach er lange mit dem Kommissionsrat Grieninger, welcher die Anstalt bisher geleitet hatte und als Direktor beibehalten ward, und zeichnete sogar in dessen Schreibtafel hierbei den Umriß eines sächsischen Garofens, wie er meinte, doch war es ein Verglühofen. Seiner Aufmerksamkeit entging übrigens nichts, und wenn er etwas wahrzunehmen glaubte, das anders als in Meißen wäre, fragte er nach dem Grunde der Verschiedenheit. Er wollte auch wissen, ob die Fabrik auf einem für sie geeigneten Platze stände, und

1) Büsching, Reise von Berlin über Potsdam nach Rekahn, S. 26. [Gotzkowsky], Geschichte eines patriotischen Kaufmanns, S. 85 ff. Ich bemerke noch, daß die Unterredung Gotzkowskys mit Friedrich, welche S. 157 erwähnt wird, entweder nicht im Januar 1762 oder nicht in Leipzig stattgefunden haben kann.

2) Oeuvres XX, 208.

als Grieninger antwortete, daß sie viel zu weit von der Spree entfernt wäre, da gab ihm der König recht. „Indessen wollen wir sehen“, fuhr er fort, „wie weit wir hier damit kommen werden; geht es gut, wie ich alle Hoffnung habe, so können wir sie hinbringen, wohin wir wollen.“ Friedrich dachte bis künftigen Juni mit der ganzen Einrichtung fertig zu werden, und er meldete seinem Bruder, daß 507 Menschen darin beschäftigt werden würden [1]).

Inzwischen war der Kaufvertrag aufgesetzt worden. Der dritte Artikel desselben legte dem Verkäufer die Pflicht auf, alle Geheimnisse, Wissenschaften, Künste und Handgriffe, worauf sich die Fabrik gründete, dem Könige getreulich zu entdecken, beschreiben und auszuantworten, nichts für sich und die Seinigen zurückzuhalten und zu verschweigen, auch keinen ferneren Gebrauch davon zu machen, und noch viel weniger einem dritten das Geringste zu offenbaren. Einen solchen Eid hat auch Gotzkowsky laut einer vom Präsidenten, Bürgermeister und Rat der Stadt Berlin vollzogenen Urkunde vom 1. Oktober 1763 abgelegt.

Am 28. September war der König wieder in die Fabrik gekommen. Er teilte dem Direktor mit, daß er Befehl gegeben, die Anschläge zu zwei Gebäuden zu machen, das eine von drei Stockwerken und 350 Fuß Länge, das andere von 2 Stockwerken und 180 Fuß Länge; in den unteren Stockwerken sollten nicht nur eine neue Mühle nebst Stampfwerk und Schlämmgewölbe, sondern auch mehrere Gar- und Berglühöfen angelegt werden. Außerdem machte der König einige Bestellungen; da er sie als Proben zu verschicken gedachte, sollte der Direktor dieselben so weiß und so schön als möglich anfertigen lassen. Grieninger bemerkte: die Manufaktur habe bisher aus Passau ihre Erde bezogen, aber trotz aller Versuche kein reines weißes Porzellan erzeugen können; er bat, es möchten doch von allen in den königlichen Ländern lagernden Thon- und Steinarten Proben eingesandt werden, da namentlich in Schle-

1) Oeuvres XXVI, 284.

sien und im Saalkreise sich eine brauchbare Erde finden dürfte. „Ja, Er kann Recht haben", erwiderte der König. „Ich erinnere mich, daß ich an verschiedenen Orten in Schlesien und besonders auf dem Wege, der von Tannhausen — hat Er eine Schreibtafel? Schreibe Er sich die Namen auf! — nach Charlottenbrunn und weiter nach Langwaltersdorf [1]) führt, ungefähr eine halbe Meile von Tannhausen, eine schöne weiße Erde wahrgenommen habe. Er muß an meinen Minister v. Schlabrendorf schreiben und aus Schlesien Proben kommen lassen." Als der Direktor weiter fragte, wem er den Ausgang dieser Versuche zu melden hätte, da erfolgte die Antwort: „Er berichtet an mich und schickt mir am Schluß eines jeden Monats einen summarischen Kassenextrakt." Brauchbar erwies sich übrigens nur die Erde von Sträbel am Zobtenberg; sie konnte zwar nicht zu größeren Stücken verwendet werden, aber sie machte die Passauer Erde, wenn sie ihr zugesetzt wurde, weißer. Im Jahre 1771 entdeckte man bei Halle ein vorzügliches Kaolin, welches ein sehr festes und schön weißes Porzellan giebt; es war ein Lager von solcher Mächtigkeit, daß es noch lange nicht erschöpft ist.

Der königlichen Manufaktur wurden erhebliche Begünstigungen gewährt. Sie empfing das ausschließliche Recht der Porzellanbereitung und das Monopol des Verkaufs in Preußen; ihr Brennholz, jährlich gegen 1600 Klafter, bezog sie unentgeltlich aus dem Köpeniker und Rüdersdorffer Forst, ihre Bedürfnisse und Fabrikate gingen accise- und zollfrei ein und aus, sie hatte eigene Gerichtsbarkeit mit einem Gerichtshalter und zwei Schöffen und das Recht, ihr eigenes Siegel mit Adler und Scepter zu führen, — Begünstigungen, von denen ihr nur die letzte noch geblieben ist.

Der König nahm an dem Fortgange der Fabrik gewissermaßen einen persönlichen Anteil und wollte nicht verächtlich

1) So muß es wohl heißen und nicht Langenwoltersdorf, wie es bei Kolbe, Geschichte der königl. Porzellanmanufaktur zu Berlin, S. 150 heißt. Das Buch ist übrigens mit Gründlichkeit und Sorgfalt gearbeitet, und ich habe, was ich gebe, meistenteils von daher entlehnt.

von ihr geredet wissen; er meinte, sie wäre schöner als die Meißner. „Aber das Haus", schrieb er am 18. April 1764 an den General Fouqué, „wird erst im September ganz fertig sein mit den zwölf Öfen, die ich bauen lasse; daher können wir noch nicht im großen arbeiten." Wenige Tage später schickte der König mehrere Stücke nach Brandenburg an den General, um ihm zu beweisen, daß das Berliner Porzellan dem sächsischen wenigstens gleich käme; und eine Woche später schrieb er: „Wir haben Aufträge für Rußland und Holland, und man arbeitet unaufhörlich daran, um sie bald auszuführen. Ich beschäftige jetzt 507 Menschen darin. Nur die Öfen halten uns noch auf; aber im Monat September wird dieses Hindernis gehoben sein."

Im Dezember machte der König dem General wieder ein kleines Geschenk; er hätte gern ein Tischservice und Vasen geschickt; „aber wir können", schrieb er, „diese Sachen erst im März haben, wo die ganze Fabrik eingerichtet und imstande sein wird, alles Beliebige zu liefern". Zur angegebenen Zeit schenkte Friedrich in der That zwei Vasen und noch einen Bouillonnapf. Der Empfänger dankte sehr gerührt. „Ich glaube nicht", schrieb er, „daß ein Kind über seine Weihnachtsgeschenke mehr Freude fühlen kann, als ich über die Vasen und den Napf. Ich finde sie von vollendeter Schönheit, sowohl was die Weiße des Porzellans als den Geschmack und die Farben betrifft. Ich bin überzeugt, weder Japan noch Europa haben etwas Ähnliches hervorgebracht, zumal in so kurzer Zeit." [1]) Es ist kein Zweifel, daß diese Zeilen dem Empfänger einige angenehme Augenblicke bereitet haben.

Im Juli 1765 wurde das 350 Fuß lange Fabrikgebäude mit den darunter angelegten Verglüh- und Garöfen vollendet. Der König besichtigte dasselbe im Oktober, äußerte sich sehr zufrieden, namentlich über die beschleunigte Ausführung, und befahl, daß nun auch das sich anschließende Quergebäude, zu welchem eben der Grund gegraben wurde, bis Ende des Jahres

1) Oeuvres XX, 128. 129. 130. 135—138.

fertig gemacht werden sollte. Man war deshalb genötigt, auch bei der strengsten Kälte arbeiten zu lassen, der Kalk wurde mit warmem Wasser angemacht, schlechte Mauersteine mußten verwendet werden, und so gelang es zwar, das Gebäude bis zu der anbefohlenen Zeit zu vollenden, doch stürzte dasselbe schon im Januar 1766 zu mehr als einem Drittel wieder ein, wobei leider ein Mensch verunglückte. Der König sandte, wie das bei solchen Gelegenheiten zu geschehen pflegt, eine Untersuchungskommission; der Oberbaudirektor kam in Arrest, und das eingefallene Gebäude ward im Frühjahr wieder aufgeführt. Es wäre sehr gut gewesen, wenn Friedrich hier, wie er sonst wohl zu thun pflegte, und sich selbst, den Leiter des Baues, an den Spruch des Kaisers Augustus „Eile mit Weile" erinnert hätte.

Der König wollte die Zahl der Arbeiter bis auf 500 vermehrt haben. Grieninger stellte vor, daß er außerstande wäre, so viel brauchbare Leute zu beschaffen oder anzulernen. Da wurden ihm sofort 40 Knaben aus dem Potsdamer Waisenhaus überwiesen; jedoch nur fünf schlugen gut ein, die übrigen mußten nach vielen vergebens aufgewandten Mühen und Kosten zurückgeschickt werden [1]).

Um den Absatz zu heben, ließ der König unter Aufsicht der Kriegs- und Domänenkammern Niederlagen in Stettin, Königsberg, Breslau, Magdeburg, Halle, Minden und Emmerich für Rechnung der Manufaktur einrichten. Der bedeutendste Abnehmer war übrigens er selbst; er machte gewöhnlich Bestellungen und Ankäufe, wenn er die Fabrik besuchte; jedoch einmal sprach er zu Grieninger: „Sieht Er, das ist schön, und schöner als ich's in Meißen gesehen habe; aber ich kann's nicht kaufen, ich habe kein Geld."

Auch seine Gemahlin und andere Mitglieder des königlichen Hauses sowie die Gesandten kamen oft hin, und fremde

1) Kolbe, S. 150, ohne besondere Jahreszahl, doch so, daß man an die Zeit vor 1765 nicht gut denken kann. Wenn aber schon am 27. April 1764 der König von 507 Arbeitern spricht, welche beschäftigt würden, so muß nachher die Zahl derselben vermindert worden sein.

fürstliche Gäste des Königs verließen nicht wohl Berlin, ohne die Porzellanmanufaktur gesehen zu haben. Im Oktober 1769 kam die verwitwete Kurfürstin von Sachsen Maria Antonia in das Haupt-Warenlager. Beim Weggehen sagte sie zu Grieninger: „Sie haben mich zu viel schöne Sachen sehen lassen." — „Alles Nachahmungen der Meißner Manufaktur, die wir als unsere Lehrmeisterin verehren", erwiderte der Direktor. — „Ja, ja! Sie mögen manches von uns gelernt haben", antwortete die Kurfürstin; „aber es kommt mir vor, als wenn die Schülerin damit umginge, wie sie ihre Lehrmeisterin übertreffen wolle."

Friedrich der Große freute sich, wenn das Haupt-Warenlager besucht wurde; dagegen der innere Fabrikbetrieb, namentlich die Konstruktion der Brennöfen, wurde geheim gehalten, und die den König begleitenden Prinzen und Generäle mußten draußen auf seine Rückkunft warten, wenn er jene Stätten besichtigte. Der Prinz Heinrich und der Großfürst Paul, der im Jahre 1776 nach Berlin kam, sind die einzigen, denen während der Regierung Friedrichs des Großen alles hat gezeigt werden dürfen. —

Aber nicht nur für das materielle Wohl seiner Unterthanen sorgte Friedrich mit landesväterlicher Huld. „Die Erziehung der Jugend", schreibt er in seinen Denkwürdigkeiten, „muß als ein Hauptgegenstand der Regierungsthätigkeit betrachtet werden; auf alles übt sie einen Einfluß aus; sie schafft nicht, aber sie kann Fehler verbessern. Dieser so interessante Teil war vielleicht bisher zu sehr vernachlässigt worden, besonders auf dem platten Lande und in den Provinzen." Friedrich erzählt hierauf, wie er aus Sachsen gute Lehrer kommen ließ und ihre Besoldung erhöhte. Das ist auch in der That geschehen; doch beschränkte sich die Zahl derselben auf acht. Bereits vor der Unterzeichnung des Friedens, am 12. Februar 1763, hatte der König von Leipzig den Minister Danckelmann damit bekannt gemacht und sich erboten, weil die Landschulmeister in Preußen gemeiniglich schlecht im Gehalte stehen, den neugewonnenen Lehrern so viel zuzuschießen,

wie sie in Sachsen mehr gehabt hätten. Vier von ihnen sollten in der Kurmark, die andern in Hinterpommern gut angestellt und dabei gegen allen Neid und Verfolgung geschützt werden, den einheimischen Schulmeistern zum Beispiel dienen und ihnen Anweisung geben, auf daß dort eine bessere Erziehung und Unterweisung der Jugend dadurch weiter ausgebreitet würde. Der König nahm dann bei seiner Anwesenheit in Schlesien Gelegenheit, anzuordnen, daß die Superintendenten und die Erzpriester in den ihnen untergebenen Bezirken die erforderliche Prüfung anstellen und alle sechs Monate berichten sollten, wie sie es gefunden hätten und wie nötigenfalls Abhilfe getroffen werden könnte [1]).

Im Sommer 1763 erschien eine sehr umfassende Verordnung, nämlich das General-Landschulreglement vom 12. August. Der Eingang lautet: „Da wir zu unserem höchsten Mißfallen selbst wahrgenommen, daß das Schulwesen und die Erziehung der Jugend auf dem Lande bisher in äußersten Verfall geraten, und insonderheit durch die Unerfahrenheit der meisten Küster und Schulmeister die jungen Leute auf den Dörfern in Unwissenheit und Dummheit aufwachsen, so ist unser so wohlbedachter als ernster Wille, daß das Schulwesen auf dem Lande in allen unseren Provinzen auf einen besseren Fuß als bisher gesetzt werden soll. Denn so angelegentlich wir nach wiederhergestellter Ruhe und allgemeinem Frieden das wahre Wohlsein unserer Länder in allen Ständen uns zum Augenmerke machen, so nötig und heilsam erachten wir es auch zu sein, den guten Grund hierzu durch eine vernünftige sowohl als christliche Unterweisung der Jugend zur wahren Gottesfurcht und anderen nützlichen Dingen in den Schulen legen zu lassen.“ [2])

Als Hauptübelstand bezeichnet Friedrich selbst in den angeführten Denkwürdigkeiten, daß auf den Dörfern des Adels

1) Novum Corpus Constitutionum III, 196 (Nr. 5 u. 6), 204 (Nr. 14 u. 15).

2) Ib., p. 265.

Schneider unterrichteten und in den königlichen Ämtern ebenfalls ungeeignete Personen von den Amtleuten angestellt würden. Um hiergegen Abhilfe zu treffen, war bereits am 11. Februar 1763 angeordnet worden, daß in allen Ämtern und Amtsdörfern der Kurmark nur solche von der Kriegs- und Domänenkammer angestellt werden sollten, welche der Oberkonsistorialrat Hecker aus seinem Küsterseminar vorgeschlagen oder wenigstens geprüft und als dazu tüchtig erfunden hätte. Das General-Landschulreglement erneuerte nicht nur diese Verordnung für die Kurmark, sondern befahl im allgemeinen, weder ungeschickte und untüchtige noch auch ruchlose Schulmeister einzusetzen oder zu dulden. Außerdem versprach sich der König viel von der Erneuerung einer früheren Verordnung, daß kein Prediger sich unterstehen sollte, Kinder, die noch nicht lesen könnten und von den Grundwahrheiten der evangelischen Religion keinen richtigen und hinlänglichen Begriff erlangt hätten, zur Konfirmation und noch weniger zur Kommunion anzunehmen [1]). Damit aber niemand sich mit der Unwissenheit entschuldigen könnte, sondern jedermann wüßte, was der Wille des Königs wäre, sollte diese für die Landschulen aller Provinzen gegebene Verfassung überall gehörig bekannt gemacht und deshalb auch öffentlich von den Kanzeln verlesen werden.

Um auch die Stadtschulen in eine gute Verfassung zu bringen, gebot Friedrich am 20. Dezember 1764, daß die Magistrate, wenn sie einen Schulmeister wählen oder aufrücken ließen, das Protokoll, welches aber auch von dem Schulinspektor unterschrieben sein müßte, an das Oberkonsistorium einsenden sollten, damit daraus ersehen werden könnte, aus was für Gründen sie den Erwählten von denen, welche sich gemeldet, für den tüchtigsten und geschicktesten gehalten hätten [2]).

1) So das Reglement a. a. O., S. 281. Friedrich selbst in den Denkwürdigkeiten (Oeuvres VI, 87) drückt sich natürlich nicht so gläubig aus; er sagt: den Geistlichen wurde geboten, „de ne point admettre les jeunes gens à la communion, à moins que dans les écoles ils n'eussent été instruits dans leur religion“.

2) Nov. Corp. Constitutionum III, 529 (No. 88).

Da das General-Landschulreglement vom 12. August 1763 eigentlich die Einrichtung der evangelischen Anstalten betraf, so ward am 3. November 1765 noch ein zweites ebenfalls ausführliches Reglement für die Römisch-Katholischen in Städten und Dörfern Schlesiens und der Grafschaft Glatz gegeben und darin bestimmt, daß in gewissen Schulen nicht allein die Jugend vorzüglich gut unterrichtet, sondern auch Erwachsene angeleitet werden sollten, wie sie sich beim Unterrichte zu verhalten hätten. Für Niederschlesien waren ausersehen die Schule des Breslauer Domkapitels, die der beiden Cistercienserklöster Leubus und Grüssau und die des Augustinerstiftes zu Sagan, für Oberschlesien die Schule der Stadt Ratibor und des Cistercienserklosters Rauden, und endlich für die Grafschaft Glatz die der Stadt Habelschwert. Diese Schulen sollten als Seminarien der künftigen Lehrer dienen und deshalb nicht allein beständig mit tüchtigen Kräften besetzt, sondern auch mit einem Direktor versehen werden, der alle Sorgfalt wie auf den guten Zustand seiner Schule, so auch auf die Unterweisung derjenigen verwendete, die sich dem Lehrfache widmeten.

In dem Hauptseminar zu Breslau sollten auch alle Kandidaten des geistlichen Standes sich einfinden und mit dem bekannt machen, was Geistliche wissen müßten, um Schulmeister in gehöriger Aufsicht zu haben und diesem Reglement gemäß in Ordnung zu halten [1]). Wir sehen, die Gesetze sind gut; es kam alles darauf an, ob sie ordentlich ausgeführt werden würden, und das ist doch nur teilweise geschehen. Ganz richtig hat Friedrich einmal bei einer anderen Gelegenheit bemerkt: „Das Generaldirektorium schreibt sich die Finger ab mit Reglements; aber was hilft das? Keine Exekution ist dahinter. Da denk' einer dran, und ist das Vornehmste.“ [2])

Zu den guten Vorsätzen, mit welchen sich Friedrich ge-

1) Sammlung aller in Schlesien und der Grafschaft Glatz ergangenen Ordnungen, Edikte, Mandate, Reskripte rc., welche während der Regierung Friedrichs II. herausgekommen sind, VIII, 191. 780 ff.

2) Preuß, Urkunden-Band III, 283.

tragen, als er mit seinem Heere noch in Sachsen stand, gehörte vermutlich auch der Plan, die Lasten des Staates gleichmäßiger zu verteilen und dadurch leichter zu machen; doch sind wir hierüber nicht unterrichtet. Im Frühjahr 1765 kam der bekannte Franzose Helvetius zu ihm nach Potsdam und blieb ungefähr zwei Monate dort, gerade so, wie d'Alembert zwei Jahre früher sich einige Zeit bei ihm aufgehalten hatte. Friedrich liebte den Umgang mit französischen Gelehrten; aber wie er bei d'Alembert noch einen anderen Zweck verfolgte, da er ihn zum Präsidenten der Akademie der Wissenschaften machen wollte, so wird er wohl bei Helvetius, der Generalpächter gewesen war, die Absicht gehabt haben, über die französische Steuerverwaltung sich genau zu unterrichten. Was sie mit einander verabredet haben, wissen wir leider nicht; aber der König war froh, als Helvetius nach seiner Rückkehr ein Lebenszeichen von sich gab. Friedrich erfuhr das in Landeck, wohin er gegangen war, um seine geschwollenen Beine gesund zu machen. Die Quellen erwiesen sich wohlthätig, und der König durfte hoffen, die geschwundenen Kräfte gleichfalls wieder zu gewinnen, er freute sich aber zugleich auf die Zeit, wo er nicht mehr Fisch sein, sondern wieder Mensch werden würde.

Fünf Tage vor dieser sehnsüchtig erwarteten Verwandlung trug Friedrich dem Marquis d'Argens auf, an Helvetius zu schreiben, daß dieser dem König einen Gefallen erweisen würde, wenn er von seinen Steuerpächtern ihm einen Ober- und fünf Unterbeamte schicken wollte [1]). Er hatte vor, dieselben zu gleicher Zeit in verschiedene Provinzen zu senden, einen an den Rhein und nach Westfalen, den zweiten nach Magdeburg, Halberstadt, Hohnstein und in die Kurmark, den dritten in die Neumark und nach Pommern, den vierten nach Schlesien und den fünften nach Preußen. Binnen drei Monaten, meinte Friedrich, könnten sie ihre Nachforschungen ausführen und dann ihre

1) Oeuvres XIX, 398: „Une de ses têtes de ferme avec cinq subdélégués." Auffallend ist das „ses", da Helvetius seit 1751 nicht mehr Generalpächter war. Es ist wohl die Gesellschaft gemeint, welcher Helvetius früher angehört hatte.

Pachtungen vom 1. Mai, wo das Finanzjahr anfinge — er meinte offenbar Juni — ins Leben treten lassen.

In einer Nachschrift berührte der König noch einen anderen, wie er sagt, auch sehr wichtigen Punkt, nämlich die Posten. Er war geneigt, auch diese Verwaltung zu verpachten, wenn ihm jene Männer gute Vorschläge machten. „Es handelt sich nur darum", fuhr er fort, „daß ein Mensch herkommt, der in diesem Fach erfahren ist und mit welchem sich reden läßt. Die Verpachtung der Accisen und Zölle kann nur auf sechs Jahre stattfinden; dagegen die der Posten wird man weiter ausdehnen, weil man hier viele neue Anstalten wird gründen müssen. Ich will mich mit 100,000 Thalern an dieser Pachtung beteiligen." 1)

Dem Marquis, welcher sich damals in der Provence befand und sehr schwer erkrankt war, scheint der Brief nicht zugekommen zu sein; es kann sogar bezweifelt werden, ob die Franzosen, die dann im Januar 1766 in Berlin eintrafen, de Candi, de la Haye de Launay, de Pernety, de Brière und de Lastre, von Helvetius abgeschickt worden sind; einen, den dieser wirklich empfohlen hat, le Grand de Crecy, bezeichneten de la Haye und de Candi, welche die beiden vornehmsten gewesen zu sein scheinen, als überflüssig und verwendeten ihn nicht 2).

Die Franzosen mußten sich nun erst in die preußische Finanzverfassung einarbeiten. Sie empfingen in der von ihnen gewünschten Form Aufschluß über die Accisen und Zölle der verschiedenen Provinzen. Das Generaldirektorium ward angewiesen, ihnen die Aufklärungen zu erteilen, deren sie bedurften, und außerdem erhielt der kurmärkische Kammerpräsident v. d. Horst Befehl, ihnen alle Schriftstücke zu geben, die sie verlangen würden. So gern es dann der König sah,

1) Oeuvres XIX, 398.

2) Preuß, Urkundenbuch III, 15. Friedrich schreibt dies am 10. April, folglich kann Crecy nicht im Februar gestorben sein, wie Beguelin erzählt in seiner Historisch-kritischen Darstellung der Accise- und Zollverfassung in den preußischen Staaten, S. 122. Übrigens hat der Verfasser auch aus den Akten geschöpft.

wenn man schnell arbeitete, so erinnerte er sie doch an den Spruch des Kaisers Augustus: „Eile mit Weile." Friedrich wollte 300,000 Thaler mehr haben, als im Jahre 1764 eingekommen waren; aber de la Haye lehnte dieses Geschäft als zu vorteilhaft für die Generalpächter ab. Er zeigte, wie schon die Einnahme des folgenden Jahres größer wäre, und riet dem König, die Accisen und Zölle nicht zu verpachten, sondern verwalten zu lassen, d. h. eine Regie einzurichten. Friedrich ist auch darauf eingegangen [1]).

Gegen die Mitte des März wurden die Franzosen mit ihren Vorschlägen fertig. Der König hatte doch Ausstellungen zu machen. Er wollte die Abgabe von Fleisch und dem einheimischen Bier und sogar von dem Franzbranntwein niedriger haben; dagegen sollte man von dem englischen, dem Braunschweiger, Zerbster und anderen ausländischen Bieren mehr verlangen. „Pfeffer, Zimmet, Spezereien, mit einem Wort alles, was zum Luxus gehört", fuhr er fort, „überlass' ich euch. Belegt die fränkischen, schwäbischen und andere fremde Weine mit Abgaben; diese bezahlt nicht der Arme, und ich erkläre mich zum Advokaten des Fabrikarbeiters und des Soldaten und muß deren Sache führen. Übrigens ist euer Plan bewundernswürdig, und ihr werdet die Ehre haben, Ordnung, Klarheit und Genauigkeit in dieses Chaos gebracht zu haben. Die Herren de la Haye und de Candi sind die beiden Jupiter, von denen es entwirrt worden ist." [2])

Nachdem man so übereingekommen war, teilte der König dem General-Oberfinanzdirektorium mit: weil die Verwaltung der Accise bisher so schlecht und unordentlich gewesen, hätte er, um die dabei vorfallenden Schmuggeleien abzuschneiden, französische Steuerbeamte kommen lassen, welche vom 1. Juni ab die Verwaltung übernehmen würden [3]). Er ernannte ferner

1) Friedrichs II. ökonomisch-politisches Finanzsystem, gerechtfertigt durch de la Haye de Launay, S. 15. 126. 127.

2) Preuß, Urkundenbuch III, 11—13.

3) Es muß bei Beguelin (S. 113) ohne Zweifel heißen 21. März (nicht Mai) und 9. April.

den Präsidenten v. d. Horst und den Geheimen Kriegsrat Magusch zu Kommissaren, mit denen jene die Ausführung erwägen könnten, und außerdem ließ er den Minister v. Schlabrendorf nach Berlin kommen, damit de la Haye, wenn Ortskenntnis notwendig wäre, von ihm sogleich Auskunft erhalten könnte.

Sehr merkwürdig ist die Bekanntmachung vom 14. April, ein „vorläufiges Deklarationspatent wegen einer neuen Einrichtung der Accisen und Zollsachen", die vom 1. Juni 1766 ab in allen preußischen Provinzen gelten sollte, wo die Accise bisher eingeführt war. In der Einleitung gab der König seinen Unterthanen Kunde von seiner Absicht, eine Erleichterung der Staatslasten durch eine bessere Verteilung herbeizuführen. Aus den Berichten, die er über die Abgaben und Accisen in den verschiedenen Städten empfangen, habe er gesehen, wie die einen weit mehr beschwert seien als die anderen, und um nun eine Gleichheit der Abgaben nach dem Maße des Vermögens einzuführen, den Dürftigen die Last der Billigkeit noch zu erleichtern, den Getreidehandel von aller Beschwerlichkeit zu befreien und dadurch den Ackerbau aufzumuntern, die Verfälschung des Weines, Bieres und Branntweins zu verhindern und der Gewinnsucht der Wein-, Bier- und Branntweinschenker Einhalt zu thun, habe er es für nötig erachtet, vorläufig eine Kommission niederzusetzen, nach deren Berichten er dann die Accisesätze bestimmen werde, und zwar so, daß die allerunumgänglichsten Lebensmittel von Abgaben frei seien und nur solche Gegenstände genommen werden, die von der Willkür der Konsumenten abhangen. Weil nun aber zu einer solchen Untersuchung eine geraume Zeit erforderlich war, und damit bei einem so wichtigen Geschäft keine Übereilung stattfinden sollte, gab der König ein vorläufiges Reglement, welches einige Änderungen in den bisherigen Steuersätzen einführte.

Alle Auflagen auf Getreide und inländisches Mehl, Malz und Branntweinschrot sollten vom 1. Juni ab gänzlich aufhören, abgesehen von den üblichen Zöllen, die beim Vermahlen

und Abschroten des Getreides und bei der Einfuhr von auswärts gemahlenem Mehle bisher bezahlt werden mußten.

Um aber den Ausfall zu decken, welcher durch jene Maßregel entstehen mußte, legte man erstlich auf jedes Pfund Fleisch noch einen Pfennig und nahm nur das Schweinefleisch als die gewöhnlichste Nahrung der Armen von dieser Erhöhung aus; man verlangte ferner 5 Groschen mehr vom Eimer ordinären Weins und 20 Groschen mehr vom Eimer nicht nur des Ungar-, Rhein-, Champagner- und Burgunderweins, sondern auch der Franken-, Mosel- und Neckarweine, weil unter ihrem Namen die Rheinweine häufig ins Land gebracht würden. Außerdem hob der König die Abgaben, die auf den Weinschank gelegt waren, auf und ordnete dafür an, daß fünf Prozent von dem Preise jedes verkauften Fasses an den Staat entrichtet werden müßten.

Indem nun die Steuer wegfiel, die bisher vom Malz und Schrot gezahlt worden war, forderte man von der Tonne Bier 18 Groschen, noch einmal so viel als früher; doch sollte von dem Malz von 5 Tonnen noch eine Tonne Nachbier für die Soldaten und geringeren Einwohner abgabenfrei gebraut werden dürfen. Inbezug auf die fremden Biere blieb es bei den früheren Bestimmungen; dagegen wurde die Abgabe von fremdem Branntwein herabgesetzt und zwar von 14 Groschen fürs Quart auf 10 Groschen. Was die einheimische Fabrikation betrifft, so legte man wie beim Biere die Steuer ebenfalls auf das Getränk und verlangte, daß in den accisebaren Städten von jedem Quart Kornbranntwein gleichfalls noch einmal so viel wie früher, nämlich ein Groschen, gegeben würde; ferner sollten die Schankwirte 10 Groschen vom Eimer verkauften Branntweins entrichten [1]).

Wir sehen, daß der König nicht, wie er im vorigen Jahre gewollt hatte, die indirekten Abgaben verpachtete, sondern nur

1) Nov. Corp. Const. IV, 293 sqq. und in der Kornschen Sammlung IX, 72 ff. Vgl. Freimütige Anmerkungen über des Herrn Ritters von Zimmermann „Fragmente über Friedrich den Großen“ II, 96.

eine neue besondere Verwaltung derselben einführte. Die Erhöhung der Steuern war wohl nicht übermäßig; aber daß Franzosen an die Spitze gestellt werden sollten, beleidigte. Bereits in den letzten Tagen des März hatte der Berliner Pöbel gegen einige Accisebeamte sich lärmend erhoben und den König dadurch zu dem Befehle veranlaßt, es sollten die benachbarten Garden in solchen Fällen auch unaufgefordert den Bedrohten und Gefährdeten Beistand leisten und sie vor Beleidigungen schützen. Er setzte die fünf Franzosen am 1. April hiervon selbst in Kenntnis.

Indem diese nun zur Einführung der Regie schreiten wollten, hatten sie sich, um die notwendigen Hilfskräfte nachgeschickt zu erhalten, an ihre Gesellschaft in Frankreich gewendet; aber diese mochte sich wahrscheinlich nicht der besten Werkzeuge berauben und schickte daher solche, die wenig oder gar nicht geschult waren. Da richtete Friedrich einige denkwürdige Zeilen an de la Haye de Launay. „Ich bin sehr Eurer Meinung", schrieb er am 25. April, „daß es, wenn die Gesellschaft dabei verbleibt, besser sein wird, Landeskinder zu unterweisen und zu verwenden. Nach meiner Überzeugung werdet Ihr und Herr v. Candi sehr wohl Euren Operationsplan mit ihnen ins Werk setzen können; denn es handelt sich hier nicht um die Verwaltung einer Verpachtung, sondern um die Einführung einer guten Regie, für welche die Einheimischen ebenso brauchbar sind wie die Ausländer, zumal wenn diese letzteren nicht geschickter sind und ebenso viel unterrichtet werden müssen wie die andern." Der König wies auf das Verfahren hin, welches man eben bei der Post beobachtete, und als eine neue Antwort der Compagnie, die im Mai einlief, auch nicht befriedigte und es ungewiß ward, ob die neue Einrichtung am 1. Juni würde beginnen können, da forderte der König de la Haye auf, den kürzesten und sichersten Weg einzuschlagen und Landeskinder für die Regie zu unterweisen und zu gebrauchen.

Vielleicht haben diese Bemerkungen Friedrichs des Großen bewirkt, daß die Zahl der zu verwendenden Ausländer verringert worden ist. De la Haye hat später versichert, es seien

nie mehr als 200 Franzosen und diese nur eine Zeit lang in Preußen gewesen; er habe die Hälfte davon sogleich wieder nach Frankreich zurückgeschickt und nur etwa 100 behalten, von denen sieben Achtel in die kleinen Stellen eingetreten seien [1]).

Einige Tage später ging der Geheime Rat Magusch nach Schlesien, um dort die neuen Einrichtungen zu treffen; andere wurden anderswohin geschickt. Im ganzen veranschlagte man die Kosten der Einführung der Regie auf 830,000 Thaler. Am 1. Juni 1766 begann letztere ihre Thätigkeit. Der Kammerpräsident v. d. Horst ward im Laufe dieses Monats zum Staatsminister und Chef des neuen Accisedepartements ernannt, die fünf Franzosen empfingen den Titel Geheime Räte. Sie bekamen Vollmacht über alle, die in ihre Dienste traten, durften Stellen vergeben, Versetzungen anordnen, treulose, unwissende und widerspenstige Beamte fortjagen, ohne dafür irgendjemandem Rechenschaft schuldig zu sein als dem an der Spitze des Departements stehenden Staatsminister, Acciseämter und Wachen anlegen. Der Beistand aller Militär- und Zivilbeamten war ihnen zugesagt. Ihr Gehalt betrug zusammen jährlich 60,000 Thaler; außerdem sollten sie von dem, was sie an Accisegefällen über den Etat von 1765 und 1766 aufbringen würden, fünf Prozent empfangen. Sie wurden auch ermächtigt, ihren Unterbeamten etwas Bestimmtes von den Überschüssen sowohl als von dem dritten Teil der Strafgelder zu geben. De la Haye de Launay scheint dem Könige besonders gefallen zu haben, da ihm dieser nicht nur ein Gehalt von 15,000 Thalern bewilligte, sondern auch noch eine Pension von 5000 Thalern zusicherte, die nach seinem Tode sogar auf die Kinder übergehen sollte; doch wünschte Friedrich nicht, daß davon gesprochen würde [2]).

1) a. a. O., S. 99. 100. Beguelin schreibt: der erste Stamm der angekommenen Franzosen habe ungefähr 500 Personen in sich begriffen. Andere geben noch weit mehr an (S. 138).

2) Beguelin, S. 136. 137. De la Haye a. a. O., S. 23, verglichen mit S. 127 f.

Der König freute sich, als er vernahm, daß de la Haye de Launay den Entschluß gefaßt, in Berlin zu bleiben, und er wünschte, daß die andern diesem Beispiele folgen möchten; denn er hatte schon damals die ganz bestimmte Absicht, daß diese Acciseeinrichtung auch nach Ablauf der sechs Jahre weiter und zwar für immer bleiben sollte. Er ließ dem Thronfolger einige Monate später über die Regie Vorträge durch de la Haye halten [1]).

Drei Jahre, nachdem der unsterbliche Lessing den Chevalier Riccaut de la Marlinière aus der Linie der Rimmgold geschaffen, überschwemmten die Fremden unser Vaterland. Die Einheimischen verabscheuten die französischen Blutigel, wie sie die Ankömmlinge nannten. Der Bauer, welcher sie fahren mußte, fügte denselben jede Erniedrigung zu. Er teilte sie in große und kleine Franzosen; zu jenen gehörten die, deren Vorspann auf sechs Pferde lautete, zu diesen die, welche mit vier oder gar nur mit zwei Pferden fuhren. In den kleinen Städten fanden die französischen Herren manchmal gar kein Unterkommen [2]).

Wenn der König vorzugsweise den Luxus besteuern wollte, so durfte der Tabak nicht übergangen werden. Friedrich erfuhr, daß die einheimischen Blätter von Fremden ausgeführt würden und, nachdem sie etwas Appretur empfangen, wieder zurückkämen, um hier zwei- bis dreimal teurer verkauft zu werden. So viel Geld wollte der König nicht jährlich außer Landes gehen lassen, und er hatte daher den Verschleiß des Tabaks einem Franzosen, Namens Ribaudt, im Jahre 1765 verpachtet [3]). An seine Stelle war dann kurze Zeit nachher eine Gesellschaft von zehn Mitgliedern getreten, und ihr durch das Edikt vom 17. Juli 1765 auf 15 Jahre die Fabrikation und der An- und Verkauf sämtlichen Rauch- und Schnupftabaks in allen Provinzen mit Ausnahme von Neufchatel und

1) Preuß, Urkundenbuch III, 14—18. 21.

2) Beguelin, S. 116. 117.

3) Einleitung zu dem Edikt vom 11. Juli 1766. Nov. Corp. Constitutionum IV, 499.

Ostfriesland übertragen worden. Strenge Strafen wurden denjenigen angedroht, welche die Gesellschaft in ihren Rechten schädigen würden. Alle, welche fremden Rauch- und Schnupftabak zu ihrem Gebrauche verlangten, sollten sich gegen Erlegung von einem Thaler für das Pfund einen Freipaß von der Gesellschaft geben lassen; wer aber Tabak unberechtigt verkaufte, sollte 1000 Thaler Strafe zahlen. Und wenn der Reisende jetzt noch die Erlaubnis empfing, ein ganzes Pfund für seinen eigenen Bedarf bei sich zu führen, so wurde dieses Gewicht im Anfange des folgenden Jahres auf ein Viertel herabgesetzt [1]).

Die Gesellschaft trat sogleich in alle Rechte, wiewohl in Ansehung der Termine für die Zahlung der Pacht der Vertrag erst mit Anfang November beginnen sollte. Trotz dieser Begünstigung gedieh sie aber aus Mangel an hinreichenden Mitteln nicht und dachte nun daran, sich dieselben dadurch zu verschaffen, daß sie Schlesien in Unterpacht gäbe. Das aber wollte der König nicht gestatten, bevor er nicht klar sähe, wie der Stand des Geschäftes wäre, und er ersuchte de la Haye, die Ursachen des Mißerfolges zu erforschen und nach wirksamer Abhilfe zu spähen [2]).

Der Franzose hielt es für sehr vorteilhaft, wenn die Steuerbeamten auch auf Übertretungen des Tabaksreglements achten sollten. Friedrich erklärte sich damit einverstanden; aber er ging weiter und meinte: um in die Höhe zu kommen, müßte die General-Verpachtungsgesellschaft einen fähigen Mann an die Spitze stellen. Er hatte ihr den bereits erwähnten le Grand de Crecy empfohlen, und indem er hiervon dem Herrn de la Haye jetzt Mitteilung machte, gab er der Überzeugung Ausdruck, daß ein gutes Einverständnis zwischen den Beamten beider Teile sehr nützlich sein und ein solches Zusammenwirken beträchtliche Kosten ersparen würde [3]). Warum dann Crecy

1) Nov. Corp. Constitutionum III, 977.

2) Friedrich an de la Haye, den 22. u. 26. März 1766 bei Preuß, Urkundenbuch III, 13. 14.

3) Friedrich, 10. April, ebd. S. 15; vgl. S. 17 (Nr. 14).

10*

doch keine Verwendung fand, wissen wir nicht. Am 1. Juni schrieb Friedrich an de la Haye: „Ihr werdet mir einen Gefallen thun, wenn Ihr der General-Tabaksverpachtung einige Beamte abtretet, wären es vorläufig auch nur drei bis vier, die als Direktoren verwendet werden könnten, da besagte Gesellschaft ihrer sehr bedarf." Wenigstens zwei scheinen abgegeben worden zu sein. Der schlechte Stand der Gesellschaft führte dann dazu, daß Friedrich sie durch das Edikt vom 11. Juli 1766 von ihren Verbindlichkeiten lossprach, und zwar schon vom 1. Juli an, und die Verwaltung übernahm. Den Aktionären wurde die Verzinsung der Aktien mit 10 Prozent zugesichert und außerdem die Verteilung des Überschusses in Aussicht gestellt, welcher sich infolge besserer Einrichtung und Ersparung der Verwaltungskosten am Ende des Jahres nach Zahlung der übernommenen Pachtsumme und der zehn Prozent Zinsen finden sollte [1]).

Die Tabaksverwaltung wurde nun mit der Accise verbunden; am 1. Januar 1767 forderte der König de la Haye auf, die überflüssigen Beamten abzuschaffen und alsdann die zum Teil übertriebenen Gehälter zu verringern. „Ich begreife", schrieb er weiter, „daß man infolge dessen ein großes Geschrei gegen Euch erheben wird; aber beunruhigt Euch darüber nicht, ich nehme alles auf mich." Übrigens dauerte diese Verbindung nicht lange, sondern wurde noch im Jahre 1767 aufgehoben, und eine getrennte Verwaltung eingeführt [2]).

Auch das Postwesen gestalteten Franzosen um. Nachdem sie mit einigen Geheimen Posträten und technischen Postbeamten über Einführung von Verbesserungen in Beratung getreten waren, erschien am 11. April 1766 eine neue allgemeine Verordnung, das Postwesen betreffend. Darin wurde befohlen,

1) Beguelin, S. 155. Nov. Corp. Const. IV, 499 sqq. Die Pachtsumme betrug nach den „Freimütigen Anmerkungen ꝛc." für Ribaudt 1 Million Thaler und für die Gesellschaft noch 100,000 Thaler mehr (I, 177. 178). Ebenso viel giebt Riedel (Staatshaushalt, S. 103) an.

2) Beguelin, S. 158. 160.

daß Posthalter auf den verschiedenen Postrouten angestellt und verpflichtet werden sollten, zum Behuf einer jeden fahrenden Post drei Pferde zu unterhalten, welche gegen die Stunde der Ankunft des Postwagens in Bereitschaft stehen und, wenn er eingetroffen wäre, vor das Posthaus geführt werden müßten, damit die Abfertigung keinen Aufenthalt erlitte. Ferner sollten die Postwagen auf den Hauptrouten nur in den größeren Städten gewechselt und durchaus von Schirrmeistern begleitet werden. Alles das waren sehr dankenswerte Verbesserungen.

An demselben Tage wurde ferner ein neues Edikt über das Extrapost-Fuhrwesen bekannt gemacht. Es war darin von manchen Beschwerden der Reisenden die Rede, daß sie die nötigen Pferde nicht allerorten in Bereitschaft gefunden und daß die Stationen zu lang wären. Jetzt wurden Einrichtungen getroffen, daß die Reisenden schneller fortkämen. Dagegen ward es verboten, mit gemieteten Pferden sich auf einer Postroute stationsweise fortbringen zu lassen bei Strafe von 200 Thalern, wovon die eine Hälfte der Reisende, die andere der Fuhrmann zahlen sollte.

Am 10. August erschien noch eine Verordnung; darin wurde geklagt, daß die neue Posteinrichtung nicht zur Vollkommenheit gebracht werden könnte, wenn nicht den Mißbräuchen und Eingriffen, welche die immer mehr anwachsende Zahl der Kutscher und Fuhrleute zum Schaden der Posten begingen, zuvor gesteuert und die Posthalter in ihren Prärogativen geschützt würden. Daher sollte sich fortan kein Fuhrmann unterstehen, eine Fuhre anzunehmen, wenn er nicht vorher auf dem Postamt einen Zettel gelöst hätte; jedoch an den Tagen, wo die gewöhnlichen Posten abgingen, durfte die Erlaubnis nur dann erteilt werden, wenn die Postwagen die nötige Zahl von Passagieren hatten. Wer keinen Zettel löste, sollte das erste Mal 50, das zweite Mal 100 Thaler Strafe zahlen und beim dritten Mal auch noch Pferd und Wagen verlieren [1]).

Die neue von Franzosen geleitete Postregie nahm aber

1) Nov. Corp. Const. IV, 279—294. 515—518.

nicht nur auf den Vorteil der Unterthanen Rücksicht, sondern auch auf die Einnahmen des Staates. Schon am 11. April war der Postzwang für Packete von 40 Pfund und weniger angeordnet worden, während er bis dahin sich nur auf solche, die höchstens 20 Pfund schwer wären, erstreckt hatte. Dann trat am 1. Juni trotz des Widerspruchs der meisten Mitglieder des Generalpostamtes eine bedeutende Erhöhung der Brief-, Packet- und Geldtaxe sowie des Personengeldes ein. Danach kostete der einfache Brief von Berlin nach Hamburg, bisher 2½, jetzt 3 Groschen, nach Quedlinburg nicht mehr 2, sondern 3 Groschen, nach Minden statt 2 fortan 3½ Groschen. Ferner bezahlte man sonst für 1 Pfund Sachen von Berlin nach Wesel 2, jetzt 2⅝ Groschen, und nach Königsberg bisher 2½, nunmehr 3⅛ Groschen. Das Porto für 1 Pfund Silbergeld betrug von Berlin nach Hamburg früher 12, künftig 20 Groschen und nach Wesel nicht mehr 1 Thaler, sondern 1 Thaler 11 Groschen. Endlich das Personengeld, bisher durchschnittlich 5 Groschen für die Meile, wurde nun auf 6 Groschen festgesetzt [1]).

Im Juni erschienen die Verordnungen vom 11. April auch in der Ediktensammlung von Schlesien [2]), indem das Postwesen dieser Provinz nun ebenfalls unter das Generalpostamt in Berlin gestellt wurde. Die neue Verwaltung erhielt einen General-Postintendanten, einen Oberintendanten, einen Regisseur und drei Generalinspektoren, lauter Franzosen. Im übrigen blieb das Generalpostamt in seiner bisherigen Verfassung bestehen; doch empfingen einige Räte, welche den Maßregeln der Fremden zu sehr entgegengetreten waren, den Abschied und wurden erst nach drei Jahren, wo die französische Postherrlichkeit verschwand, wieder in ihre Ämter eingesetzt. Der Generalintendant leitete das Postwesen unter der Oberaufsicht des Generalpostmeisters; die Regisseure nahmen Ratsstellen ein. Sie bedienten sich mündlich und schriftlich ihrer

1) Stephan, Geschichte des preußischen Postwesens, S. 293 ff.
2) IX, 60 ff.

Sprache; von den eingehenden Schriftstücken mußten die wichtigeren erst für sie übersetzt werden, bis sie es dahin brachten, daß verschiedene Postmeister ihre Berichte französisch abfaßten.

Eine häßliche Seite der neuen Verwaltung war wie bei der Regie der Accisen und Zölle und bei der General-Tabaksverwaltung die Begünstigung des Spionier- und Denunziantenwesens; auch erzeugte die Erhöhung der Portotaxe den Schmuggel und verscheuchte zum Teil die auswärtige Korrespondenz von den preußischen Postkursen; aber daneben dürfen wir die vielen Verbesserungen, die eingeführt wurden, nicht vergessen. Zu den letzteren gehören vornehmlich: die Anstellung besonderer Posthalter auf allen Stationen, wie es in Frankreich bereits der Fall war, während vorher die Postmeister oder die Postillone zugleich Postunternehmer gewesen waren, ferner die Abkürzung der Stationen, die Aufhebung der Reihefahrten auf den größeren Postrouten [1]) und die Verbesserung des Extrapostwesens, die Beseitigung des fortwährenden Wagenwechsels, die Einführung eines rationellen Modus der Postfuhrvergütigungen und beweglicherer Formen bei dem Rechnungswesen der Zentralstelle [2]).

Außerdem bildete die Reorganisation des Heeres, wie man sich denken kann, einen Hauptgegenstand der Sorgfalt des Königs. Gleich nach dem Frieden empfingen die Befehlshaber sowohl der Infanterie- als der Kavallerie-Regimenter eine Instruktion; dieselbe handelte zuerst von dem kleinen Dienst in den Garnisonen und dann von der Zucht der Gemeinen. Die Vorschriften sind sehr scharf. Wenn z. B. ein Kürassier, Dragoner oder Husar im Dienste das Geringste versähe und den ihm gegebenen Befehl nicht gehörig und auf das genaueste vollführte, so sollte er brav mit Stockschlägen bestraft werden.

1) Diese Reihefahrten durch die Bürger waren zuerst ganz aufgehoben worden.

2) Ich habe hier außer den Edikten benutzt Stephan, Geschichte des preußischen Postwesens nach amtlichen Quellen. Ich wünschte, daß auch noch andere Teile der Staatsverwaltung Friedrichs des Großen so gründlich behandelt würden, besonders die Regie der Accisen und Zölle.

Wenn die vor Arrestanten stehenden Reiterposten sich bestechen ließen und der Verhaftete dann entkäme, so sollten jene 36mal Spießruten laufen. Wenn einer in oder außer dem Dienst, unter oder ohne Gewehr, räsonnierte, sollte sogleich Standrecht über ihn gehalten und er mit 12maligem Gassenlaufen bestraft werden, weil dergleichen kurze Prozesse sehr viel Eindruck auf den gemeinen Mann machten. „Überhaupt", heißt es weiter, „muß der Soldat vor dem Offizier mehr Furcht als vor dem Feinde haben." Wer sich einem Unteroffizier widersetzte, sollte 20mal Spießruten laufen, und wenn es gegen einen Offizier geschähe, sogar erschossen werden, und wer einen Unteroffizier ums Leben brächte, den sollte man lebendig rädern lassen.

Die Instruktionen handelten drittens vom Exerzieren und viertens von der Zucht und Aufsicht der Offiziere. Der König wünschte sehr, von den letzteren wieder ein tüchtiges Corps zu besitzen; daher sollten sie zu einem guten Betragen ernstlich angehalten werden. Weil aber nicht alle Leute gleiche Talente hätten, so schrieb die Instruktion vor, daß diejenigen, welche die wenigste Einsicht und nicht genug Ehrgeiz besäßen, zum kleinen Dienste verwendet würden, damit sie doch einigermaßen bei den Regimentern zu gebrauchen wären; die andern dagegen sollten sich auch noch auf alle einem Generale notwendigen Wissenschaften legen, z. B. Geographie, Sprachen, Kenntnis der Länder und deren Beschaffenheit. Ohne Fortifikation, meinte der König, kann ein General der Infanterie kein rechter General sein; er wollte deshalb, um seinen Offizieren zuhilfe zu kommen, in Wesel, Magdeburg, Berlin, Breslau und Königsberg Schulen gründen, wo dieselben im November, Dezember, Januar und Februar unterrichtet werden könnten, und Karten von Deutschland dahin geben; die hingeschickten Offiziere sollten die letzteren mit größter Aufmerksamkeit nachsehen und sich nicht allein mit den Festungen, Haupt- und anderen Städten und Flüssen, sondern auch mit der Lage der Länder, dem bergigen Terrain, den Ebenen und Wegen bekannt machen. „Das ist das Vornehmste, was ein

Offizier und General wissen muß", hieß es in der Instruktion.

Außerdem empfahl der König den Offizieren beider Truppengattungen die Erlernung der französischen Sprache; denn wer ihrer mächtig wäre, käme in England, Holland, Italien, Polen, Rußland und allerwärts fort, wenn er auch gleich die Nationalsprache nicht verstände. Die Offiziere der schlesischen und preußischen Regimenter wurden außerdem aufgefordert, es möchten, wenn nicht alle, so doch einige sich auf die Erlernung der polnischen Sprache legen.

Die Militärökonomie übertrug der König dem Obersten v. Wartenberg. Den Befehlshabern der Infanterie-Regimenter ward in ihrer Instruktion bei harter Strafe geboten, Leinwand für die schlesischen, märkischen, pommerschen und magdeburgischen Regimenter weder in Sachsen, noch in Mecklenburg, sondern im Inlande zu kaufen; und in der Instruktion für die Befehlshaber der Kavallerieregimenter hieß es: der König habe wahrgenommen, daß seit vorigem Frieden, wo den Regimentern die Wirtschaft der Schwadronen überlassen worden sei, sie fast nur Kriegsräte und Beamte besessen, die nichts als Verstand von Kornpreisen und aufzukaufendem Hafer, Heu und Stroh gehabt; er habe deshalb die Ökonomie den Regimentern gänzlich abgenommen, damit dergleichen Geschäfte nicht die Offiziere vom Dienst abhielten. Auch drohte der König, er werde wegen der Ordnung bei den Regimentern keine Kurzweile verstehen, sondern einen Commandeur, der seine Pflicht nicht thue, sogleich auf dem Exerzierplatze wegschicken und einen anderen an seine Stelle setzen, der die Befehle mit größerer Pünktlichkeit und Genauigkeit vollziehe [1]).

Die Instruktionen tragen das Datum des 11. Mai 1763. Über die Ausführung sollten fünf Inspektoren wachen, nämlich General Diringshofen bei den Regimentern des Rheins und der Weser, Saldern bei den magdeburgischen, v. Ramin,

1) Oeuvres XXIX, 274 sqq. Außerdem benutze ich hier natürlich VI, 91 ff.

v. Steinkeller und Oberst Buttlar bei den märkischen, General Möllendorff bei den pommerschen, Stutterheim bei den preußischen und Tauentzien bei den schlesischen. Was die Reiterei betrifft, so wurde Lölhöffel über die pommersche und neumärkische, Krusemark über die märkische und magdeburgische, Seydlitz über die schlesische und der General-Lieutenant v. Bülow über die preußische gesetzt.

Es kostete Mühe, die Ordnung und Zucht in der Infanterie wiederherzustellen; man mußte den Soldaten durch Strenge gehorsam, durch fleißiges Exerzieren geschickt machen und ihn so weit bringen, daß er in einer Minute viermal lüde, daß er ohne Schwankungen zu machen die Linie beim Marschieren inne hielte, und daß man alle Manöver mit ihm ausführen könnte, die im Kriege bei verschiedenen Gelegenheiten angewendet würden. „Wir exerzieren mit Leib und Seele“, schrieb Friedrich, aus Schlesien zurückgekehrt, am 10. April 1764 an den General Fouqué, „um wieder in einen guten Zug zu kommen. Es fängt an zu gehen, und ich bekenne, daß es mir Vergnügen macht, zu sehen, wie sich das Heer von neuem bildet, das ehedem so gut war, dann durch blutige Kriege zugrunde ging und nun wie ein Phönix aus der Asche wiederersteht.“ Im nächsten Jahr hoffte Friedrich mit dem gemeinen Soldaten abermals so weit zu sein wie vor dem Kriege [1]).

Neben der Feldarmee gab es Regimenter, welche bestimmt waren, als Besatzungen zu dienen. „Diejenigen, welche Plätze verteidigen“, schreibt in den Denkwürdigkeiten der König, „können ebenso große Dienste leisten wie diejenigen, welche Schlachten gewinnen.“ Die einzelnen Soldaten waren hier etwas kleiner, doch nicht unter 5 Fuß 3 Zoll, sie lernten auch nicht so schnell wie die Feldinfanterie laden, im übrigen aber standen sie nach einigen Jahren dieser nicht nach und wurden zu den Musterungen hinzugezogen, welche der König in den Provinzen abhielt. Die Kantonsoldaten empfingen die

1) Oeuvres XX, 126. 131.

Erlaubnis zu heiraten, ohne die Einwilligung ihres Hauptmannes nachzusuchen; und wenige widmeten sich, meldet der König, dem Cölibat, die Mehrzahl zog es vor, zur Vermehrung der Bevölkerung beizutragen.

Die größte Aufmerksamkeit richtete Friedrich auf die Ausbildung der Offiziere. Sie wurden im Sommer in der Umgegend ihrer Garnison unterwiesen, wie sie angreifen und wie sie sich verteidigen sollten; jeden Tag wiederholten sie einen Teil ihrer Lektion. Im Frühjahr und Herbst versammelten sich die Truppen zu großen Kriegsübungen aller Art. „Wir haben", schrieb der König am 19. Oktober 1764 an Fouqué, „Manöver gemacht, die teils gut, teils schlecht ausgefallen sind. Die Offiziere des Generalstabes sind noch nicht umgebildet; um diese Maschine wieder in den alten Gang zu bringen, bedarf es einiger Jahre." Und am 24. September des folgenden Jahres schrieb Friedrich aus Potsdam an seinen Bruder: „Ich habe hier einige Regimenter versammelt und lasse manövrieren, mehr um den Offizier auszubilden als den gemeinen Soldaten."

Der König verstand hierbei keinen Spaß. Er schätzte seinen Neffen, den Prinzen Friedrich August von Braunschweig, und hat ihm wegen seiner Tapferkeit in der Geschichte des Siebenjährigen Krieges ein ehrendes Denkmal gesetzt, er liebte mit dem lustigen jungen Manne zu scherzen; aber er verschwieg ihm auch die Wahrheit nicht. „Ich habe stets in meiner Jugend gelernt", schrieb er ihm am 11. Mai 1766, „daß es besser ist seine Fehler zu verbessern als sie zu beschönigen. Meine Augen sind geübt genug, um zu sehen, daß weder Dein Regiment in Ordnung ist, noch das Puttkamersche. Deine Offiziere sind die Nachlässigkeit selbst, sie wissen nicht Distanz zu halten, sie lassen sich weder zurechtweisen noch mit dem bekannt machen, was sie thun sollen. Das muß unbedingt anders werden. Es ist an Beförderung in diesem Regimente nicht zu denken. Ich habe schon eine Auswahl von Offizieren getroffen, die ich dort hinbringen werde; die Deinigen verdienen nichts, weil sie sich im Kriege schlecht benommen haben

und ihre Pflicht im Frieden vernachlässigen, und ich bin kein so großer Herr, um Truppen zu unterhalten, die an Zucht und Ordnung nicht gewöhnt sind. Die wenigen, die ich habe, müssen gut sein. Das ist meine Denkungsart, lieber Neffe. Du bist in diesem Dienste neu, Du hast den Krieg in einem Truppenhaufen mitgemacht, bei welchem keine Ordnung zu lernen war. Dieser Dienst will von seinen ersten Anfängen an studiert sein, oder diejenigen, welche nicht so zuwerke gehen, verrichten ihn verkehrt." [1])

Die Artillerie war während des Siebenjährigen Krieges eine Haupttruppengattung geworden. „Man hatte die Zahl der Kanonen so ungeheuer vermehrt, daß es ein Mißbrauch wurde", schreibt Friedrich in den Denkwürdigkeiten; „aber um seinen Vorteil nicht zu verlieren, mußte man ebenso viel haben wie der Feind." Nach dem Frieden waren 868 Feldgeschütze umzugießen, und dann ging man zur Herstellung der Festungskanonen über. Im Jahre 1756 hatte Preußen zwei Bataillone Feldartillerie besessen, und während des Krieges waren noch vier neue gebildet worden; jedes bestand aus 900 Mann. Außerdem gab es noch Festungsartillerie. Hierbei blieb man auch nach dem Frieden stehen; aber man baute für jene sechs Bataillone Kasernen in Berlin, damit sie desto besser ausgebildet werden könnten. Der König setzte für sie im Jahre 1768 eine sehr ausführliche Instruktion auf und gab darin die Generalregeln für den Feld- und Belagerungskrieg [2]). Außerdem ließ er die alten Festungen ausbessern. In Kolberg, dessen Wichtigkeit der letzte Krieg hinreichend gezeigt hatte, wurden die Werke bedeutend vermehrt, und Silberberg schuf der König zu einer starken Festung um.

Im letzten Kriege hatten einige Kavalleriegeneräle das Fußvolk und umgekehrt einige Infanterieregimenter die Reiterei manchmal nicht gut verwendet. Deshalb schrieb Friedrich 1770 eine Unterweisung, welche allgemeine Regeln sowohl für

1) Oeuvres XXVII, 2. p. 47.
2) Ib. XXIX, 301—323.

den Angriff, als für die Verteidigung enthielt, unter dem Titel: „Grundsätze der Lagerkunst und Taktik", und teilte sie seinen Generälen, Regiments- und Bataillonscommandeuren mit [1]).

Endlich ließ es sich der König angelegen sein, das Generalquartier besser auszubilden. Er wählte sich zwölf Offiziere aus, die schon etwas vom Geniewesen verstanden, um sie selber zu unterweisen. Sie mußten Terrain aufnehmen, Lager abstecken, Dörfer befestigen, Höhen verschanzen, besonders aber Moräste und Flüsse selbst untersuchen, damit sie nicht einmal aus Versehen dem Heer einen solchen Stützpunkt geben sollten, durch welchen die feindliche Infanterie leicht marschieren könnte.

Die politischen Verhältnisse ließen dem Könige Zeit, das Werk der Reorganisation zu vollenden. Am 4. Mai 1767 hatte er an seinen Bruder geschrieben: „In einem Lande wie das unsrige behauptet sich der Staat so weit, als ihn die Waffen beschützen. Wenn man das Heer jemals vernachlässigte, wäre es um Preußen geschehen. Der letzte Krieg hatte die Truppen zugrunde gerichtet und die Disziplin aufgehoben. Ich habe es als die erste meiner Pflichten betrachtet, beides wiederherzustellen. Jetzt fangen wir an Fortschritte wahrzunehmen; aber in drei Jahren wird die Armee wieder so tüchtig wie ehedem sein." Als diese Frist abgelaufen war, glaubte Friedrich in der That so weit gekommen zu sein, und das mußte ihn um so mehr freuen, als die politische Lage sehr unsicher geworden war. Bereits im Jahre 1768 hatte sich der König veranlaßt gesehen, das Heer um 10,000 Mann zu vermehren, um für alle Fälle gerüstet zu sein [2]). Es ist hohe Zeit, daß wir unseren Blick nach Osten wenden, wo sich viel Merkwürdiges inzwischen zugetragen hatte.

1) Oeuvres XXIX, 3—47.
2) Ib. XXVI, 305. 320; VI, 94. 101.

Fünftes Kapitel.

Irrungen mit Polen und Rußland in den Jahren 1765 und 1766.

Auf dem Konvokationsreichstage von 1764 waren die Fürsten Czartoryski bemüht gewesen, die Einkünfte der Republik zu vermehren; sie hatten unter anderm einen Aus- und Einfuhrzoll vorgeschlagen, und dieser war angenommen worden. Die Remontepferde, welche Preußen in großer Zahl aus Polen kommen ließ, wurden von der Maßregel, wenn sie der Krönungsreichstag bestätigte, gleichfalls betroffen. Benoit that deshalb alles, was in seinen Kräften stand, um die Polen von der Neuerung abzubringen. Nach dem Vertrage von Wehlau durften die letzteren von der Provinz Preußen keinen Zoll verlangen, ohne sich vorher mit dem Könige von Preußen darüber geeinigt zu haben. Und inbezug auf die Remontepferde behauptete Benoit, daß dieselben zum Fürstengute gehörten; nach allgemeinem Herkommen wären aber sämtliche Gegenstände, welche die Herrscher vom Auslande bezögen, steuerfrei. Ungeachtet dieser Einwendungen und trotz dem Widerspruche sowohl der Senatoren als der Landboten des polnischen Preußens nahm der Krönungsreichstag am 17. Dezember die neue Zollordnung an.

Friedrich II. ließ jetzt eine Denkschrift ausarbeiten und schickte sie an Benoit mit dem Auftrage, dieselbe zu verteilen, und wenn er nichts ausrichten sollte, mit Gegenmaßregeln zu drohen. Stanislaus August antwortete auf die Vorstellungen, die ihm nun gemacht wurden: man werde prüfen, ob etwas den Verträgen entgegenlaufe; die neue Zollordnung scheine übrigens eher vorteilhaft zu sein, da mit dem Aufhören der besonderen Zölle eine Erniedrigung eintrete. Auch seien alle notwendigen Bedürfnisse gering besteuert, höher nur die Gegenstände, welche der Pracht dienen, da man ja in Polen die

Mut habe, sich alles von Paris kommen zu lassen. Inbezug auf die Pferde bemerkte Stanislaus August: Preußen habe solche früher nur für die Husaren remontiert, neuerdings aber auch andere, so daß die Zahl jetzt in die Tausende gehe [1]).

Auch in Petersburg kam die Angelegenheit natürlich zur Sprache. Panin drückte den Wunsch aus, daß Friedrich einige Nachgiebigkeit zeigen möchte, damit Stanislaus August in den Stand gesetzt würde, den Glanz der Krone zu bestreiten, ohne seinen Verbündeten zur Last zu fallen. Letzteres betraf doch nur Rußland. Da nun Preußen die Macht des Königs von Polen durchaus nicht vermehren, ihm keine Waffen in die Hände geben wollte, so forschte Solms den Absichten nach, die man in Petersburg in dieser Beziehung hegte. So viel er erfuhr, war man hier weit entfernt, Stanislaus August militärisch unabhängig werden zu lassen, sondern es sollten nur die äußere Würde und der Hof ohne fremde Unterstützung erhalten werden; mit Ausnahme der 1200 Mann Privatgarden, die dem Könige bewilligt waren, sollte Stanislaus August weder über die Soldaten der Republik eigenmächtig verfügen, noch auf seine Kosten ein Truppencorps ausheben dürfen. Daß die Einnahmen des neuen Zolles für das Militär bestimmt wären, leugneten Panin und der polnische Gesandte Graf Rzewuski nicht, und sie räumten sogar ein, daß die ganze Maßregel eine Neuerung sei, jedoch nur dem Namen nach, meinten sie weiter, und nicht in Wirklichkeit, da diese Einnahme an die Stelle der Kopfsteuer, die bisher zur Unterhaltung des Heeres gedient habe, treten [2]) und in die Militärkasse fließen solle, ohne daß der König darüber verfügen könne. Übrigens bedauerte man, daß manche Überschreitung durch Unterbeamte vorgekommen und z. B. die Remontepferde besteuert worden wären. Bei solchen Ansichten ist es nicht zu verwundern, wenn Panin dem Grafen Solms sein Erstaunen

1) Forsch. IX, 26. 35.

2) Nach Essen (19. Dezember 1764) wollte man die Kopf- und Kaminsteuer durch den allgemeinen Zoll und eine Steuer von allen königlichen Gütern ersetzen, behielt aber dann alle vier bei.

ausdrückte, daß Friedrich II. schon beschlossen hätte, Gegenmaßregeln zu ergreifen; er geriet über diese Absicht des Königs von Preußen wirklich in Aufregung und rief dessen Großmut an [1]).

Inzwischen hatte nämlich Friedrich Befehl gegeben, in Marienwerder eine Zollstätte zu errichten. Ungefähr 200 Menschen und 50 Fuhrwerke waren thätig, um die Gebäude für die Beamten, die einstweilen in Bretterhütten wohnen mußten, so schnell als möglich aufzuführen. Der Zoll betrug 10 Prozent von allen Waren, die aus Polen nach Danzig oder umgekehrt von hier nach Polen auf der Weichsel gebracht wurden, und daß niemand sich der Bezahlung entziehen könnte, dafür sollten eine Batterie Kanonen, die am Ufer aufgepflanzt waren, und eine Anzahl Soldaten Sorge tragen [2]).

Die Erhebung des Zolles erregte die größte Bestürzung in dem davon betroffenen Lande; denn beinahe ganz Polen versah sich aus Danzig mit Wein, Tuch, Material und kurzen Waren. Überdies zahlte man nur für Getreide 10 Prozent, für Kaffee dagegen, Thee und andere Artikel 30 Prozent und mehr [3]).

Es war ein unüberlegtes Verfahren, welches die Republik eingeschlagen. Inbezug auf die Remontepferde kann das Verlangen der Polen nicht unbillig erscheinen; aber freilich war die Erhöhung, welche jetzt eintrat, sehr bedeutend. Der sächsische Resident Essen erfuhr von Benoit: früher habe Preußen für jedes Pferd, welchen Wert es auch haben mochte, fünf Tynfe gezahlt, dagegen müßten jetzt die Kavallerie-Offiziere für die Remontepferde 12 Prozent entrichten, und ein Tier, welches ehedem 10 Dukaten kostete, käme nun auf mehr als 11 Dukaten. Unglücklicherweise verband sich mit dieser einen Maßregel noch eine zweite, die offenbar dem Vertrage von Wehlau entgegenlief, da sie ohne Zustimmung des Königs von Preußen

1) Forsch. IX, 152. 154. 155.

2) Essen, 20. April.

3) Vgl. Forsch. IX, 37. Essen, 18. Mai: „Die Impots für manche Artikel belaufen sich auf 30 bis 40 Prozent.“

getroffen worden war. Die Polen hätten überdies ihre vollkommen hilflose Lage bedenken sollen; denn was wollten sie gegen Friedrich thun? Sie sprachen allerdings davon, einen Kanal zu bauen und das Gebiet des Königs von Preußen dadurch zu umgehen; aber für nützliche Dinge hatten sie ja kein Geld, sonst würden sie schon früher für die Schiffbarkeit der Weichsel besser gesorgt haben. Oder sie nahmen sich vor, indem sie ihrer Gewohnheit, auf fremde Hilfe zu rechnen, folgten, England und Holland, die unter dem Zoll von Marienwerder auch leiden würden, für diese Angelegenheit zu interessieren. Danzig verbot, wahrscheinlich zu demselben Ende, die Ausfuhr von Getreide, so daß viele Schiffe verschiedener Nationen, die gekommen waren, um Ladung einzunehmen, leer wieder wegfahren mußten. Die Stadt erklärte zwar, sie müßte sich für den Fall einer Hungersnot mit Getreide versehen; aber Essen vermutete gewiß richtig, daß sie nur die Sturmglocke läuten und die Mächte, welche sich von dort Korn und Weizen zu holen pflegten, veranlassen wollte, gegen den Zoll in Marienwerder aufzutreten.

Stanislaus August betrübte sich über Friedrichs Verfahren so sehr, daß seine Gesundheit darunter litt; er erfuhr nämlich, daß man glaubte, der Zoll in Marienwerder sei eine abgemachte Sache und der Preis für die preußische Unterstützung seiner Wahl. Er wandte sich an Rußland und trat in Briefwechsel mit Friedrich II. Diesen ersuchte Panin abermals und wiederholt durch den Grafen Solms, die Zollstätte vorläufig aufzuheben und sich auf ihn zu verlassen, er werde seinen ganzen Eifer und alles Ansehen seiner Monarchie aufbieten, um dem Könige von Preußen auf dem nächsten Reichstage Befriedigung zu verschaffen. Die Kaiserin Katharina forderte Stanislaus August auf, sich mit Friedrich II. zu verständigen, und sie unterstützte durch ein besonderes Schreiben an letzteren Panins Vorstellungen.

Der König von Preußen war keineswegs begierig, einen Bruch mit der Republik herbeizuführen; er wünschte vielmehr sich in Frieden mit ihr auseinanderzusetzen. Am 13. Mai

schrieb er an seine Minister: es möge von beiden Seiten eine Kommission ernannt werden und über diese Angelegenheit in Beratung treten; und als er so dringend von Rußland ersucht wurde, von seinen Gegenmaßregeln abzustehen, da ging er gern darauf ein, die Erhebung für einige Zeit zu unterlassen. Auf der andern Seite verschob die polnische Schatzkommission die Ausführung der neuen Zollordnung und wollte mit der herkömmlichen Abgabe bis zur freundschaftlichen Entscheidung der Frage sich begnügen [1]).

Der König von Preußen ließ aber in Petersburg noch einen andern Vorschlag machen. Er hatte wahrscheinlich die vorübergehende Maßregel recht einträglich gefunden, und er wünschte sie darum zum Vorteil seiner Finanzen zu einer dauernden zu machen. Panin antwortete, die Kaiserin könne nicht mehr thun als an Repnin schreiben und ihm auftragen, er solle die Gemüter über den Vorschlag ausforschen und ihnen zu wissen thun, daß die Kaiserin sich der Errichtung von polnischen Zöllen nicht widersetzen, aber es zugleich gern sehen würde, wenn ebenso der König von Preußen einen solchen erheben dürfte; die Kommissarien beider Teile sollten sich über die Bedingungen einigen.

Nicht allein der Graf Solms war mit dieser Antwort zufrieden, sondern auch der Berliner Hof, der, wie am 5. Juli an jenen zurückgeschrieben wurde, nur den Wunsch hegte, sich mit den Polen friedlich auseinanderzusetzen, und auch zugestimmt hatte, daß die Unterhandlungen in Warschau stattfinden sollten.

Am 2. August reiste der Freiherr v. d. Goltz von Berlin ab. Jedoch die Polen zogen die Beratungen fruchtlos hin, und man rückte nicht von der Stelle. Namentlich deshalb war es unmöglich, ein Abkommen mit dem Könige von Polen oder seinem Ministerium zu treffen, weil diese stets auf die Entscheidung des Reichstages verwiesen.

1) Forsch. IX, 25, wo das Aktenstück aber fälschlich in das Jahr 1764 gesetzt ist. Die Briefe, welche Katharina und Friedrich in dieser Angelegenheit wechselten, stehen in Sbornik XX, 213 sqq.

Auch inbezug auf die Münze fanden Unterhandlungen zwischen beiden Höfen statt, und sie blieben gleichfalls erfolglos; die polnischen Minister wählten den sächsischen Fuß. Repnin stellte dem Könige Stanislaus August vor, daß er für seine eigene Ruhe besser sorgen würde, wenn er die polnische Münze der preußischen gleich machte, um alle Schwierigkeiten zwischen den beiden Höfen zu vermeiden. Und Benoit erklärte, daß die Hindernisse, die inbezug auf Zoll und Münze bereitet würden, seinem Herrn und Gebieter außerordentlich mißfielen, aber noch weit mehr das ernstliche Bemühen des Warschauer Hofes, ihn mit Petersburg zu entzweien; doch werde sich der König von Preußen zu schützen wissen. Die Strenge dieser Erklärung brachte Stanislaus August gänzlich aus der Fassung.

Friedrich II. verlangte, daß man dem Vertrage von Wehlau gemäß wegen der Münze sich mit ihm verständige. Nun folgten heftige Verhandlungen unter den Ministern: einige sprachen für das preußische System, andere redeten dagegen; man nahm endlich mit 8 gegen 3 Stimmen den Reichsfuß an. Aber einige Tage später änderte man diesen Beschluß und entschied sich mit einer kleinen Abweichung für die sächsische Münze [1]).

Endlich unterhandelte Benoit mit dem Primas über die Grenzkommissarien und Grenzrichter; aber auch hier gelangte man keinen Schritt vorwärts, und so fand Preußen nirgends einen guten Willen. Doch war Stanislaus August vielleicht am wenigsten hieran schuld. Er erklärte dem Vertreter des Königs von Preußen einmal mit Bedauern, daß er in der Münzangelegenheit nicht allein von der Laune, sondern zum Teil auch von der Unwissenheit derjenigen abhinge, die im Rate der Krone säßen [2]).

Heruntergekommene Staaten vermögen ihre Macht nur durch Hinhalten zu zeigen; sie bedenken nicht, wie sehr sie den starken Gegner hierdurch zu ihrem eigenen Schaden gegen sich

1) Die Abweichung war, daß der Dukaten 2 Thaler 19 Groschen haben sollte.

2) Essen, 7., 14., 18. u. 21. Dezember 1765. Forsch. IX, 40.

aufreizen. Dem sächsischen Residenten schien es, als ob die Polen besser thäten, wenn sie sich in Ansehung des Zolles mit dem Könige von Preußen verständigten, anstatt seine Geduld zu erschöpfen und tausend Unannehmlichkeiten sich zuzuziehen; es könnte sonst kommen, daß er, aufgebracht über die Hartnäckigkeit des Warschauer Hofes, wieder zu Thätlichkeiten schritte und den Zoll in Marienwerder abermals erhöbe [1]).

Nicht allein den Polen aber grollte Friedrich II., sondern er fing auch an gegen Rußland argwöhnisch zu werden. Weder Goltz noch Benoit hatten von der Einwirkung des Petersburger Hofes etwas wahrgenommen. Im November sprach zwar Panin gegen den Grafen Solms die Ansicht wieder aus, die er schon früher geäußert, daß die Polen die Zölle mit Unrecht aufgelegt hätten, und letztere deshalb abzuschaffen wären; aber er setzte noch hinzu: Repnin könnte nicht anders, als er gethan, zuwerke gehen, da man zur Aufhebung den nächsten Reichstag abwarten müßte. Gegen Ende des Jahres wünschte Panin sogar, daß Preußen dem Petersburger Hofe den Austrag der Zollangelegenheit überlassen möchte. Friedrich wurde verdrießlich. „Wann werden", schrieb er am 13. Januar 1766 an Solms, „die Gefälligkeiten aufhören, die man fortwährend von mir verlangt?" Aber er machte der Kaiserin die Freude [2]).

Eben damals suchte Panin den König für einen halb Europa umfassenden Bund zu gewinnen. Unter dem Vorgeben, daß die durch den Familienvertrag zusammengehaltenen Höfe von Versailles und Madrid für die Ruhe des Erdteils gefährlich werden könnten, schlug er vor, alle Fürsten und Mächte aufzunehmen, die bereit wären, sich im Vereine mit Rußland und Preußen den Absichten der Häuser Bourbon und Österreich zu widersetzen. Schon früher war davon die Rede gewesen. Im März 1764 hatte Panin dem Grafen Solms die erste Eröffnung gemacht, und im April und Juli seinen

1) Essen, 7. Dezember 1765.
2) Forsch. IX, 185.

Plan näher entwickelt. Nach dieser Auseinandersetzung gedachte Katharina, Dänemark durch das Versprechen zu gewinnen, sie würde bei ihrem Sohne darauf hinwirken, daß er das herzogliche Holstein gegen die Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst an den Hof in Kopenhagen abträte; dafür sollte sich dieser bereit erklären, in Stockholm an der Herstellung der Verfassung von 1720 mitzuarbeiten. Man hatte damals in Aussicht genommen, etwa in Jahresfrist einen besonderen Gesandten zu diesem Zwecke nach Kopenhagen zu schicken. Dies geschah aber erst im Frühjahr 1766, nachdem der nordische Bund wieder Gegenstand der Erwägung zwischen Petersburg und Berlin gewesen war.

Auf welche Menge von Staaten hatten Katharina und Panin hierbei ihr Augenmerk gerichtet! Es war nicht allein von Großbritannien, Schweden, Dänemark, Polen und Holland die Rede, sondern auch die kleineren deutschen Staaten, wie Sachsen, Pfalz, Hannover, Braunschweig, wurden nach dieser Seite hin gemustert. Der König von Preußen war im Grunde seiner Seele diesem Plane gänzlich abgeneigt; ihm genügte das Bündnis, welches er mit Katharina geschlossen; denn selbst wenn er davon in der Zeit des Krieges keinen Vorteil haben sollte, so konnten sich die Russen wenigstens nicht wider ihn erklären, und damit war er zufrieden. Besonders vom Dresdener und Londoner Hofe wollte der König nichts wissen. „Wenn ich dagegen mit Rußland vereinigt bleibe", schrieb er am 25. März an Solms, „so wird mir niemand etwas anhaben, und ich erhalte den Frieden." Er glaubte sich höchstens dann mit England verbinden zu können, wenn er hierdurch zu nichts verpflichtet würde, was Deutschlands Ruhe gefährdete [1]).

Katharina suchte den Widerwillen Friedrichs durch Herrn v. Saldern zu beseitigen, der nach Kopenhagen geschickt ward, aber unterwegs am polnischen und preußischen Hofe mancherlei ausrichten sollte. In Warschau, wo er am 4. April eintraf,

1) Sbornik XXII, 221. 241 sqq. 271—282. Forsch. IX, 185. 169 ff.

bezog sich ein Auftrag auf die neue Zollordnung. Dem Willen der Kaiserin gemäß bequemte sich Stanislaus August zur Nachgiebigkeit, indem er nach ihrem Wunsche zunächst auf diese Einnahme verzichtete und durch den künftigen Reichstag die Abschaffung derselben zu bewirken versprach. Am 21. Oktober ist auch die neue Zollordnung in der That wieder aufgehoben worden [1]). Saldern mußte weiter in Warschau von der Lage der Geschäfte sich unterrichten und etwas deutlich mit den alten Czartoryski und den andern sprechen, welche den Höfen von Petersburg und Berlin jeden Einfluß auf die polnischen Angelegenheiten abschneiden wollten.

Saldern verhandelte ferner über Konföderation und Dissidenten. Was die letzteren betrifft, so war Panin durch das Verhalten, welches der Krönungsreichstag gegen sie beobachtet, keineswegs eingeschüchtert worden, sondern er hatte bereits am 23. Februar 1765 an den Fürsten Repnin geschrieben, daß man in Petersburg die polnischen Angelegenheiten nicht eher für ganz geordnet ansehen würde, als bis die Lage der Dissidenten in gerechter Weise verbessert worden wäre, selbst wenn es eine bewaffnete Unterhandlung erfordern sollte. Jetzt äußerte Saldern gegen Benoit: wenn man für sie nicht alles erreichte, dürfte man nichts annehmen. Hierüber werden die Vertreter der beiden Höfe nicht gestritten haben; dagegen über die Notwendigkeit, die Konföderation fortbestehen zu lassen, scheint Saldern einer Ansicht mit Stanislaus August und den Czartoryski gewesen zu sein. In diesem Punkte stieß er aber bei dem preußischen Vertreter, dem Herrn v. Benoit, auf Widerspruch. Letzterer war ein entschiedener Gegner dieser Maßregel; nach seiner Meinung wurde die 1764 errichtete Konföderation nur deswegen nicht aufgehoben, weil man hierdurch allmählich die Stimmenmehrheit auf allen Reichstagen einführen und daraus ein Gewohnheitsrecht machen wollte; wie einst die Stimmeneinheit geltend geworden, auf demselben

1) Forsch. IX, 162. Büsching XIII, 63. Sbornik XX, 229. Essen, 7. Mai.

Wege gedächte man sie auch wieder zu beseitigen. Als Benoit seine Gründe vorgebracht hatte, da erklärte Saldern: wenn der König von Preußen die Konföderation schlechterdings aufgehoben wissen wolle, so werde die Kaiserin ohne weiteres darein willigen und sich nicht im mindesten widersetzen. Der König von Polen und die Czartoryski gaben die besten Versicherungen auch inbezug auf die Dissidenten und versprachen, daß der Graf Rzewuski nach Petersburg gehen würde, mit den nötigen Verhaltungsbefehlen für die Unterhandlung ausgerüstet [1]).

Im Mai reiste Saldern nach Berlin und hatte zwei Unterredungen mit Friedrich dem Großen. In dem Briefe, welchen er von der Kaiserin brachte, sprach diese von dem Fleiße, mit welchem sie an der Aufrichtung des nordischen Bundes gearbeitet; „Polen, Dänemark und Schweden sind auf gutem Wege", schrieb sie und bat nun, von anderen Staaten schweigend, den König, das Seinige zu thun, um den Hof in Dresden zu gewinnen. Friedrich setzte dem Gesandten auseinander, beide Länder bedürften keines weiteren Bündnisses, und wenigstens er wäre durch das russische vollkommen befriedigt. Inbezug auf Sachsen stimmte der König ganz und gar nicht mit Panin überein. Er traute diesem Hofe nichts Gutes zu und fürchtete, daß derselbe gleichwie früher nur die Absicht verfolgen würde, Rußland von Preußen zu trennen und es dem Wiener Hofe zu nähern. Noch am 14. Juli hat er dem Grafen Solms aufgetragen, sein ganzes Augenmerk dahin zu richten und alle Geschicklichkeit aufzubieten, um Dresden und Petersburg getrennt zu halten. Was über diesen Plan weiter gesprochen worden ist, wissen wir nicht. Wenn Saldern etwa Polens Beitritt vorgeschlagen, so wird Friedrich II. dagegen nichts eingewendet haben; den ganzen nordischen Bund aber hat er abgelehnt. In der Antwort an die Kaiserin sprach er sich nicht nur gegen Sachsen, sondern auch gegen England aus;

1) Forsch. IX, 41. 42. Sbornik XXII, 355. 446. Ssolowjoff, S. 38.

er fürchtete nichts von dem zerrütteten Frankreich noch von dem verschuldeten Hause Habsburg und hoffte vielmehr auf einen langen Frieden [1]).

Der König hielt ferner an der polnischen Verfassung, wie sie damals war, mit äußerster Zähigkeit fest. Saldern bemerkte, was eigentlich sich von selbst verstand, daß die Kaiserin an wesentliche Änderungen nicht im mindesten dächte. Nach seiner Meinung sollte man den Dissidenten helfen und dem König einige Macht geben, damit er imstande wäre, die wenigen Truppen, welche die Republik besäße, auf einen guten Fuß zu bringen. Friedrich blieb aber dabei, daß man Polen in seiner Lethargie lassen müßte. „Die Lethargie ist nur dann gut", erwiderte Saldern, „wenn man sieht, daß das Erwachen für die Nachbarn schädlich sein könnte. Jedoch es giebt Fälle, wo ein Staat gänzlich unbrauchbar wird, wenn man ihm nicht erlaubt, seine Kräfte wiederherzustellen. Rußland und Preußen vermögen in diesem Augenblicke Polen zu erdrücken, wenn es die neugewonnene Macht etwa mißbrauchen wollte. Der König und das Ministerium sind dort gänzlich gelähmt und können ohne den Reichstag nichts thun. Um diesem Übelstand abzuhelfen, würde es, glaub' ich, ebensowohl für Polen, als für die Nachbarn gut sein, wenn man einen ständigen Rat errichtete, der immer zwischen zwei Reichstagen in Thätigkeit wäre." [2])

Wir sehen, Saldern kommt plötzlich, indem er den König zu widerlegen sucht, auf den Vorschlag einer Verfassungsänderung, welche der Petersburger Hof sich lange bemüht hat durchzusetzen, die aber an Preußen den entschiedensten Widersacher fand. Ob die Aufhebung der Konföderation noch ausdrücklich besprochen worden ist, wissen wir nicht, wohl aber, daß König Friedrich in diesem Punkte mit seinem Vertreter in Warschau vollkommen übereinstimmte [3]). So hatte Sal-

1) Sbornik XX, 230. 232; XXII, 449. 451. 459. Forsch. IX, 171.

2) Smitt, Frédéric II, Cathérine et le partage de la Pologne, p. 102 sqq.

3) Forsch. IX, 168. Ministerial-Note vom 22. April.

dern in Berlin nichts ausgerichtet, und es war deshalb natürlich, wenn er in keineswegs angenehmer Stimmung wieder abreiste [1]).

Auf der andern Seite war auch Friedrich in jener Zeit auf Rußland einigermaßen böse. Wahrscheinlich im Anfange des Jahres 1766 hatte der berühmte Mathematiker Leonhard Euler an den Grafen Woronzow geschrieben und sich geneigt erklärt, nach Petersburg, wo er schon früher einmal gewesen war, zurückzukehren; er wünschte, Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften dort zu werden. Katharina freute sich über das Anerbieten des großen Gelehrten außerordentlich und war bereit, die vielen Bedingungen, die er für sich, seine Frau und seine Söhne stellte, zu erfüllen. Sie antwortete dem Grafen Woronzow am 17. Januar 1766: „Durch eine so wichtige Erwerbung wird meine Akademie sich aus der Asche wieder erheben, und ich wünsche mir im voraus Glück dazu, daß ich diesen großen Mann dem russischen Reiche zurückgegeben habe.“ Der Gesandte des Petersburger Hofes in Berlin ward angewiesen, mit Euler abzuschließen, sobald dieser von Friedrich seine Entlassung bekommen hätte. Auf letztere legte Katharina Gewicht, und sie vernahm deshalb mit Betrübnis, daß der König dem Gelehrten den Abschied verweigerte. Friedrich that es aber, weil er Euler sehr hoch schätzte. Er hatte ihn wohl über das beste artilleristische Buch, über die Besetzung von Professuren an der Universität Halle, von Stellen der Berliner Akademie befragt oder ihn den Fünow-Kanal bereisen lassen, um zu erfahren, wie gewissen Übelständen abgeholfen

1) Essen, 30. Juli 1766: Er erfahre aus dem Hause Repnins, daß Saldern in Berlin nichts ausgerichtet habe und abgereist sei „mécontent du peu de disposition que le Roi de Prusse lui a témoigné pour entrer dans les vues de la Russie. On m'assure que ce Prince avoit aussi peu goûté le projet de la Russie pour une grande alliance dans le Nord que la façon dont cette Puissance s'y prend pour arranger ses affaires en Hollstein.“ Vgl. Benoit in den Forschungen IX, 45 (10. September). Sbornik XXII, 452 kann hiergegen nichts beweisen.

werden könnte; als ihm Euler in dem schweren Kriegsjahre 1759 kleine Ferngläser geschickt hatte, da war der Dank des Königs mit der Versicherung ausgesprochen worden: Friedrich würde bei größerer Muße das Geschenk näher betrachten, da ihm seine gegenwärtigen Beschäftigungen nicht erlaubten, es mit der Aufmerksamkeit zu thun, die alles, was von Euler käme, verdiente [1]). Friedrich weigerte sich also, Euler zu entlassen, und antwortete dem Gelehrten, als dieser zum drittenmal am 15. März um seinen Abschied einkam: „Ihr werdet mir einen Gefallen thun, wenn Ihr von Eurem Gesuch absteht und mir nicht mehr hierüber schreibt."

Euler mochte nun aber um keinen Preis mehr in Berlin bleiben, sondern erklärte dem russischen Gesandten, er würde sich nach England oder Dänemark retten müssen, weil die Kaiserin auf seiner förmlichen Entlassung bestände. Umgekehrt war Katharina keineswegs geneigt, sich darein zu fügen; sie fand es schimpflich, daß Friedrich solche Männer in Ketten und Banden halten wollte, und sie forderte Panin auf, mit Solms über die Angelegenheit zu sprechen. Als dieser nun dem Könige meldete, wie übel Katharina die Verweigerung des Abschiedes aufnahm, da antwortete Friedrich: es thäte ihm leid, daß die Kaiserin böse wäre, aber er könnte ihr nicht helfen; denn wenn einer Ursache hätte zu zürnen, so wäre es der, welchem man die Leute abspenstig machen wollte. Jedoch die Meldung des Grafen Solms übte nachträglich noch ihre Wirkung aus; denn als Euler sich am 30. April noch einmal an den König wendete, da erteilte dieser ihm mit kurzen Worten die Erlaubnis nach Rußland überzusiedeln. Dem Grafen Solms aber, von welchem noch ein ganzes Schreiben in dieser Angelegenheit einlief, antwortete der König: er habe dem Euler den Abschied gegeben; jedoch er sage rein weg, wenn die Kaiserin öfters ihm so käme, würde er dessen sehr überdrüssig werden [2]).

1) Euloge de Mr. Léonard Euler par N. Fuss (Pétersb. 1783), p. 25. 36. 42 note.

2) Sbornik X, 58. 67. 68; Oeuvres de Frédéric XXI, 210;

Nicht lange, so glaubte Friedrich abermals in Petersburg sich beschweren zu müssen. Er hatte schon im April auf unangenehme Vorfälle hingewiesen, die an der Grenze spielten. Er wollte damals keinen Lärm machen, sondern bemerkte nur, daß er dieselben mit der Freundschaft, die ihn mit der Kaiserin verbände, nicht in Einklang bringen könnte. Es handelte sich um preußische Unterthanen, die von russischen Werbern hinübergelockt würden. Mitte Juni jedoch trug er seinem Gesandten in Petersburg auf, dem Grafen Panin zu sagen, daß er außerstande wäre, solch ein Verfahren, welches von keiner Macht geduldet würde, länger zu gestatten [1]).

Unter solchen Umständen konnte eine in Aussicht stehende Zusammenkunft des Königs mit Joseph II. einen Vorteil bringen, auf den anfänglich nicht gerechnet worden war; denn wenn auch Friedrich II. weit entfernt war, die eingeschlagene Politik verlassen zu wollen, so mußte doch die Möglichkeit einer Annäherung an Österreich der Kaiserin von Rußland das Bündnis mit ihm wertvoller machen und zugleich mehr Rücksicht gegen ihn auflegen.

Entgegengekommen war Wien; denn kaum war Joseph II. Kaiser geworden, so näherte er sich dem Könige von Preußen freundschaftlich [2]). Er versprach ihm nicht nur Wein zu schicken, den er aus Florenz von seinem Bruder empfangen, sondern er äußerte auch, als ihm für sein freundliches Anerbieten der preußische Gesandte den Dank Friedrichs aussprach, mehrmals den Wunsch, durch wesentlichere Dienste den König von seinen Gesinnungen und seiner Freundschaft zu überzeugen. Am 28. Mai meldete der Freiherr v. Rohd aus Wien: „Es ist gewiß, daß der Kaiser über Dresden bis nach Torgau gehen wird. Sehr viele Leute vermuten auch, daß

Forsch. IX, 185. 186. Solms 4. April und 6. Mai (von Häußer und Herrmann nicht mitgeteilt).

1) Forsch. IX, 186.

2) Vgl. meinen Aufsatz „Über die im Jahre 1766 beabsichtigte Zusammenkunft Friedrichs II. und Josephs II." in der Zeitschrift für preußische Geschichte und Landeskunde 1880, S. 317 ff.

er Lust hat, sich irgendwo bei dieser Gelegenheit mit Ew. Majestät zu treffen." Als eine Woche später der Gesandte, der auf einige Monate nach Preußen reisen wollte, von dem Kaiser sich verabschiedete, ließ dieser den König seiner höchsten Achtung versichern mit dem Zusatze, daß er auf dessen Freundschaft einen sehr großen Wert lege. Joseph äußerte sich hierbei sehr friedlich; „ich liebe das Militär", sprach er, „und beschäftige mich genug damit, aber ich würde sehr zufrieden sein, wenn alle meine Mühen überflüssig wären, und ich es niemals nötig hätte".

Solchen freundlichen Gesinnungen entgegenkommend, trug Friedrich dem Grafen Finckenstein auf, er sollte Gelegenheit suchen, den österreichischen Gesandten zu sprechen und ihm sagen, der König hätte gehört, daß der Kaiser nach Torgau kommen wollte; es würde nun aber Sr. Majestät leid thun, wenn Sie, da es so nahe wäre, nicht das Vergnügen haben sollten, denselben zu sehen. Am 8. Juni entledigte sich Finckenstein seines Auftrags. Drei Tage später kehrte Friedrich aus dem Magdeburgischen von einer militärischen Reise zurück. Er ließ nun dem General Nugent durch Finckenstein eröffnen: wenn der Kaiser eine Zusammenkunft mit dem Könige wünschte, wie dieser nach dem, was der Gesandte gesagt hätte, glauben müßte, so würde sich Friedrich ein Vergnügen daraus machen, die Reise Josephs in solcher Weise zu verwerten, und es käme nur darauf an, über Zeit, Ort und Art der Zusammenkunft einig zu werden. Nugent zweifelte nicht daran, daß der Kaiser erfreut sein würde, solch' eine Gelegenheit zu erhalten; aber er konnte noch nichts Bestimmtes über Zeit und Ort erklären. Er hatte dem Kaiser am 9ten Nachricht gegeben, um diese Zusammenkunft zustande zu bringen, und da ihm Torgau als der geeignetste Ort hierfür erschien, denselben sogleich genannt. Er gedachte den 20sten nach Dresden zu fahren, wohin der Kaiser am 23sten kommen sollte. Von dort versprach er einen Eilboten zu senden, wenn ja die Antwort so lange sich verzögerte. Finckenstein berichtete das dem Könige mit dem Bemerken, Nugent habe seine Freude über diese Zusammenkunft

nicht verhehlt. In seiner Antwort an den Minister bezeichnete Friedrich Lichtenberg in Sachsen als den Ort, der ihm der geeignetste und für den Kaiser bequemste zu sein schien.

Nach dieser Darstellung wird jedermann gern einräumen, daß der König von Preußen sich durchaus angemessen und freundlich bezeigt hat. Um so mehr muß man sich über das Verhalten Josephs wundern. Dieser kam aus dem Lager von Budweis am 16ten nach Karlsbad, und hier erst empfing der General Lascy das Schreiben, welches Nugent am 9ten an ihn gesendet. Die Antwort, welche gegeben ward, ehe von Wien irgendein Befehl eingetroffen war, lautete seltsam. Wenn man in Berlin abermals auf die Angelegenheit zu sprechen käme, sollte der Gesandte den Tag nennen, wann der Kaiser in Torgau sein würde, und wiederholt versichern, daß er in dieser Sache keinen Befehl empfangen hätte; die Überraschung allein könnte der Zusammenkunft Wert verleihen. Wenn aber andere Vorschriften von Wien kämen, sollte sich der Gesandte nach diesen richten.

Die Menschen haben manchmal ihre Wunderlichkeiten. Der junge Kaiser bildete sich ein, nachdem er dem Könige von Preußen einige Freundlichkeiten sagen lassen, müsse dieser Joseph, den Sohn Maria Theresias, lieben und um seiner selbst willen ohne jeden politischen Nebenzweck aufsuchen; eine Verabredung über Zeit und Ort würde die Reinheit der Gesinnung in Frage stellen. Wenn dann Lascy mit der Wahl des Ortes, der ihn an die eigene Niederlage erinnerte, nicht zufrieden war und es aussprach, so traf der Tadel, was er freilich nicht wissen konnte, nur den General Nugent, dem wir wohl noch den Vorwurf machen müssen, daß er am 12ten von der förmlichen Einladung des Königs weder den Kaiser noch den Staatskanzler in Kenntnis gesetzt hat; letzteres geschah erst am 17ten. An diesem Tage sprach Finckenstein abermals mit Nugent, von dem er glauben konnte, daß er jetzt wohl Antwort empfangen haben möchte. Friedrich II. ließ durch seinen Minister dem Kaiser alles nur ersinnliche Freundschaftliche bestellen und ihm zugleich anzeigen, daß er das

größte Verlangen trüge, denselben kennen zu lernen. Er wünschte nun zu erfahren, ob es dem Kaiser nicht gefällig wäre, Zeit und Ort der Zusammenkunft zu bestimmen; ihm selbst würde Lichtenberg in Sachsen am liebsten sein.

Alles dies geschah, ohne daß Friedrich und Joseph durch einen Entschluß aus Wien bestimmt worden waren. Maria Theresia wußte, wie sehr ihren Sohn verlangte, den König von Preußen kennen zu lernen; aber die Aussicht, welche vorhanden war, daß dieser Wunsch in Erfüllung ginge, berührte sie keineswegs angenehm. Sie haßte den glücklichen Eroberer, der ihr Schlesien abgenommen, und den Freigeist; Kaunitz dagegen fürchtete mehr eine Verletzung des österreichischen Stolzes. Er fand es gegen die kaiserliche Würde, wenn man glauben könnte, daß die Begegnung nicht aus bloßer Wißbegierde, sondern aus einer Begeisterung für die Person des Königs von Preußen hervorgegangen wäre, und wenn daraus Folgerungen gezogen werden sollten. Er hatte daher am 14. Juni der Kaiserin vorgeschlagen, ihrem Sohne von der Zusammenkunft nicht nur abzuraten, sondern ihn auch zu bitten, wenn er von ihren Gründen nicht überzeugt würde, seiner Absicht aus Freundschaft für sie zu entsagen.

Am 17. Juni kam Nugents erste Meldung nach Wien. Diesmal hatte Kaunitz gegen die Zusammenkunft nichts einzuwenden, weil die Aufforderung dazu von dem Könige von Preußen ausgegangen war, wofür man ja als Beweis jenes Schreiben des österreichischen Gesandten vom 9. Juni hätte. Der Staatskanzler riet nun der Kaiserin-Königin, sich damit einverstanden zu erklären; nur müßte Joseph sorgfältig alles vermeiden, was den Anschein geben könnte, als ob er die Zusammenkunft gesucht hätte.

Kaunitz äußerte sich um diese Zeit gegen den preußischen Gesandten sehr liebreich und bat ihn, den König seiner höchsten Achtung zu versichern; seine Bemühungen seien auf die Erhaltung des Friedens gerichtet. Er habe dem Könige viel Übles thun wollen, aber darüber müsse man den Vorhang ziehen; gegenwärtig suche er dem Kaiser Gefühle der Achtung

und Freundschaft für Friedrich einzuflößen, und daß seine Arbeit nicht vergeblich gewesen sei, werde der Gesandte wohl bemerkt haben. Kaunitz gab als ehrlicher Mann, wie er besonders hinzusetzte, die Versicherung, daß man Schlesien vergessen habe und diese Provinz künftig keinen Zankapfel mehr bilden werde. Der Staatskanzler und Rohd sprachen auch von der Möglichkeit einer Zusammenkunft der beiden Monarchen. „Manche gelingen", sagte Kaunitz, „andere nicht; nur der Erfolg kann hierüber entscheiden, und man läßt am besten hier den Zufall walten."

Die Nachricht von der förmlichen Einladung, welche Friedrich an Joseph gerichtet, gelangte nach Wien erst am 23. Juni. Kaunitz glaubte nun mit vollem Rechte, daß man die Begegnung nicht zurückweisen könnte, ohne den König von Preußen zu beleidigen; da nun aber die Möglichkeit vorlag, daß Joseph aus Furcht, etwas zu thun, was seiner Mutter mißfiele, Ja zu sagen zögerte, wünschte der Staatskanzler, die Kaiserin-Königin möchte sogleich durch einen besonderen Boten ihrem Sohn anzeigen lassen, daß sie ihm riete, die Einladung anzunehmen. Er teilte dann dem Freiherrn v. Rohd den Inhalt des Schreibens mit, welches Maria Theresia dem Kaiser durch einen Eilboten schickte, und drückte seine Freude darüber aus, daß die beiden Fürsten in Lichtenberg sich würden persönlich kennen lernen. Er sagte bei dieser Gelegenheit: „Ich gäbe mit Vergnügen 2000 Dukaten, wenn ich dieses Glück hätte, jedoch nicht, um den König eine Stunde zu sehen; ich müßte wenigstens einige Tage haben, und ich bin so eitel zu glauben, daß ich ihm gefallen würde." Am folgenden Tage sagte Maria Theresia zu dem preußischen Gesandten: „Heute wird der Kaiser in Dresden sein, er bleibt zwei Tage dort und kommt am 27sten nach Torgau; an diesem oder dem folgenden Tage wird die Zusammenkunft stattfinden." Sie erzählte weiter: seit langer Zeit sei ihr Sohn über die Maßen begierig gewesen, den König kennen zu lernen, und sie gewann es über sich zu sagen, sie habe die Überzeugung, daß daraus nur Gutes entspringen könne.

Joseph kam in der That am 24. Juni nach Dresden, wo Nugent ihn erwartete; denn er war am 22sten von Berlin dorthin gefahren, um die Zusammenkunft möglich zu machen, wenn der Kaiser sich entschließen sollte, darauf einzugehen. Er hat ohne Zweifel seinen Herrn von der förmlichen Einladung des Königs unterrichtet. Das letzte Wiener Schreiben konnte noch nicht angelangt sein, aber das zweite war gewiß eingetroffen, und es stellte sich also der Zusammenkunft von dorther kein Hindernis in den Weg. Aber Joseph blieb bei seinem Entschlusse. Durch einen Eilboten schickte Nugent um 9 Uhr abends einige Zeilen an Finckenstein. „Ich habe", schrieb er, „heute das Glück gehabt, meinen erhabenen Gebieter zu sehen, und gemäß dem Versprechen, welches ich Eurer Excellenz gegeben, habe ich die Ehre, Sie durch den Eilboten zu benachrichtigen, daß Seine Majestät der Kaiser den 27sten von hier abreisen, den 28sten die Umgegend von Torgau besehen und noch an demselben Tage mit der Post nach Bautzen fahren wird." Ungeschickter konnte der Kaiser sich einer förmlichen und freundlichen Einladung gegenüber kaum benehmen; noch merkwürdiger ist es aber, daß er an die Begegnung glaubte. Am Abend vor der Abreise sprach er sich zu Nugent dahin aus, daß der König nach Torgau kommen würde.

Der Gesandte hörte dann mit Erstaunen den Kaiser über die Gegenstände, die etwa zur Sprache kommen könnten, so treffend und so scharfsinnig reden, daß es den in den Geschäften erfahrensten Männern Ehre gemacht hätte. „Ich habe nicht nötig gehabt", berichtete Nugent weiter, „dem Kaiser zu sagen, daß er es mit einem Fürsten ohne Treu und Glauben zu thun haben würde, der alle menschlichen Gefühle in sich erstickt hätte, welchen es nichts kostete, die heiligsten Versprechungen zu geben, um sie dann zu brechen, wenn sein Vorteil es erheischte, dem jedes Mittel recht wäre, wenn es nur zum Zwecke führte. Seine Majestät wußten das alles schon und schienen mir den König ebenso gut zu kennen wie ich." Als Nugent im Laufe der Unterredung die Äußerung that, daß Friedrich II. die Ansprüche Josephs auf Lothringen

erwähnen könnte, da empfing er zur Antwort: „Besser würde Schlesien unser Ländergebiet abrunden.“ Indem der Gesandte so viel Scharfsinn und so viele Kenntnisse bei einem so jungen Fürsten fand, da verließ er ihn mit Staunen und beunruhigte sich nicht weiter über eine Begegnung, die dem Kaiser nur Ehre machen würde.

Am 22. Juni hatte der König von Preußen seinen Bruder Heinrich eingeladen, den 25sten in Potsdam zu sein, wenn er der Zusammenkunft beiwohnen wollte. „Viel wird dabei nicht herauskommen“, schrieb er weiter, „abgesehen von dem üblichen Höflichkeitskram, an welchen die Fürsten gewöhnt sind, ohne darauf etwas zu geben.“ Friedrich verfolgte bei dieser Gelegenheit keine besonderen Zwecke.

Am 26sten erhielt Finckenstein die Zeilen des österreichischen Gesandten. Da der Zusammenkunft mit keinem Worte gedacht war, gestand er, daß er darüber doch etwas beleidigt wäre. Der König aber zog aus der „trockenen“ Zuschrift den Schluß, man lehne die Begegnung ab, und es werde nichts daraus werden. Er schickte nun den Grafen v. Kamecke nach Torgau, um den Kaiser begrüßen zu lassen [1]). Dieser erteilte dem Abgesandten noch am 27sten Audienz. Die Unterredung dauerte eine gute halbe Stunde; doch wurde nichts von Belang gesprochen. Joseph glaubte dem Grafen anzusehen, wie gern er der Zusammenkunft gedacht hätte, wähnte, daß demselben ein dazu ermächtigendes Wort sehr angenehm gewesen wäre; jedoch er schwieg beharrlich. Er nannte das Festigkeit in Entschlüssen, und er that sich darauf etwas zugute, weil er dadurch die einzige Gelegenheit verloren zu haben glaubte,

1) Friedrich schrieb am 26sten aus Potsdam an Finckenstein: „Vous verrez assez clair par la réponse sèche que le Gén. Nugent vient de Vous faire et que Je vous renvois ci close, qu'on veut décliner l'entrevue et qu'il n'en sera rien; ainsi qu'il ne vous restera que de luy répondre convenablement. En attendant J'envois le Comte de Kameke à Torgow pour complimenter l'Emp. de ma part à son passage là.“ Auch am 27sten schrieb Friedrich aus Potsdam an Finckenstein und kann also nicht in Zinna, wie Arneth (VIII, 115) erzählt, die Antwort Nugents erhalten haben.

mit einem Manne zusammenzukommen, welchen kennen zu lernen ihn doch gewaltig verlangte.

Friedrich konnte natürlich nicht vermuten, daß Joseph so wunderlich gewesen war, sondern er schob die Schuld auf Maria Theresia und den Staatskanzler. Dem Erbprinzen von Braunschweig schrieb er am 27. Juli von der verfehlten Begegnung, indem er hinzusetzte: „Der Teufel wird nichts dabei verlieren; denn es heißt im Buche des Schicksals: Rom und Karthago können nicht zusammen existieren."

Maria Theresia erklärte sich mit Josephs Verhalten zufrieden; im Grunde des Herzens freute sie sich ohne Zweifel, daß ihr vielgeliebter Sohn den Umarmungen des Königs von Preußen glücklich entgangen war, und ließ es sich gefallen, wenn der Kaiser auch ihr vorredete, daß er aus Gehorsam gegen ihre Wünsche die Zusammenkunft vereitelt hätte. Joseph war inzwischen auf seiner militärischen Reise bis nach Zuckmantel gekommen. Dort sah er von den Bergen die Festungen Glatz und Neiße mit ihren Umgebungen, und er verglich sich mit Moses, der das gelobte Land erblickte, ohne dasselbe zu betreten. Er nannte es eine zu große Ehre, wenn die Minister von ihm sagten, daß er sich den König von Preußen zum Vorbilde genommen; aber er setzte dann hinzu: „Friedrich ist unnachahmlich für einen rechtschaffenen Menschen, und diese Eigenschaft möchte ich für alle schönen Vorbilder nicht hingeben, wenn beides unvereinbar ist." Bei dieser Gelegenheit verglich er sich mit keinem Manne der Bibel, er konnte sich nicht schnell genug an den Pharisäer erinnern, welcher an seine Brust schlug und Gott dankte, daß er nicht sei wie jener Zöllner. Der geheime Ärger über sein pedantisch ungeschicktes Benehmen mag ihn zu dem Ausfalle geführt haben.

Friedrich verfolgte, wie bereits bemerkt worden ist, bei dieser Gelegenheit keine besonderen politischen Zwecke, wenn auch seine Begegnung mit Joseph II. immerhin eine nicht unwillkommene leise Drohung gegen Rußland gewesen wäre, welches ihm einigemal unangenehm geworden war und in kurzem seinen ganzen Zorn erweckte.

Die Erhöhung der Zölle sowie des Briefportos in Preußen gab nämlich den Russen, hauptsächlich den Kaufleuten, aber auch andern Personen, Anlaß zu Klagen, und Solms konnte nicht umhin, auf dieselben aufmerksam zu machen. „Man glaubt", schreibt er am 22. Juli, „daß es freundlicher gewesen wäre, wenn Ew. Majestät geruht hätten, von diesen neuen Einrichtungen den Petersburger Hof im voraus zu unterrichten und sich mit ihm über die Mittel zu benehmen, um dieselben so wenig drückend als möglich für eine Nation zu machen, mit welcher Sie so eng verbunden sind. . . . Ich fürchte, das wird traurige Folgen haben und alte Vorurteile wieder aufwecken, welche die gegenwärtige Regierung, wenn sie weiter den Vorteil der Freundschaft Ew. Majestät vor derjenigen anderer Mächte gerühmt hätte, gänzlich erstickt haben würde."

Solms ahnte wohl nicht, welchen Sturm er entfesselte. „Ich sehe mit Erstaunen", antwortete der König durch die Minister, „daß Ihr es auf Euch nehmet, mir solche Dinge zu schreiben. Ihr dürft nicht außeracht lassen, und wenn Panin mit Euch darüber spricht, so werdet Ihr ihm sagen, jedoch in freundschaftlichen und maßvollen Ausdrücken: jede Macht könnte im Innern ihrer Länder solche wirtschaftliche Einrichtungen treffen, wie sie es für angemessen hielte, ohne daß ihre Nachbarn und Verbündeten sich darein mischen dürften. Ich hätte mich niemals über die großen Zölle beschwert, mit denen man in Petersburg die aus der Fremde kommenden Waren belastete." [1]) Die Erhöhung des Portos betrug nach einer Berechnung, welche die Minister hatten anstellen lassen, für die russischen Unterthanen jährlich 3960 Thaler [2]). Hierüber ging die Note natürlich mit Stillschweigen hinweg und gedachte nur der Verbesserungen im Postwesen; die neuen Einrichtungen, hieß es darin, wären dieselben, die Gebühren dagegen nicht so hoch wie in Frankreich und Italien.

1) Schlözer, Friedrich der Große und Katharina II., S. 177.

2) Geheime Kabinettsakten 1766. Finckenstein und Hertzberg an den König, 26. August. (Berliner Archiv.)

Nach dieser Auseinandersetzung gab der König der Hoffnung Ausdruck, die russischen Minister würden sich in diese Sache nicht mischen, indem es sonst den schlimmen Anschein haben würde, als ob sie darauf ausgingen, das gute Einvernehmen zwischen den beiden Höfen zu zerstören [1]).

Der letzte Satz war stark genug; aber Friedrich fügte noch selbst eine Nachschrift hinzu: „Ich fange an, das Joch, welches man mir auflegen will, furchtbar satt zu bekommen. Ich werde mit Vergnügen der Verbündete der Russen sein, aber niemals ihr Sklave, so lange mir die Augen offen stehen. Das könnt Ihr jedem, der es hören will, sagen."

Gesandte müssen bisweilen wie Puffer den Zusammenstoß mildern. Wie wird Solms hin und her gesonnen haben, um den Auftrag, welchen er bekommen, hofgerecht zu machen! Er mußte dann die Entgegnungen Panins nach Berlin berichten. Indem so der Streit weiter ging, versicherte Friedrich am 25. September, daß er das russische Bündnis jedem andern vorziehe, und er sei deshalb in seinen Gefälligkeiten gegen die Kaiserin weiter gegangen als irgendein Verbündeter. „Was mich mein Benehmen ändern läßt", fährt er fort, „ist die Unverschämtheit, mit welcher diese Menschen mir in meiner Regierung Gesetze vorschreiben wollen, und ich erkläre mit Bestimmtheit: es ist mein fester und unwiderruflicher Wille, nimmermehr zu dulden, daß sie diesen ersten Schritt thun, möge daraus entstehen, was Gott will. Ihr seht, wie sie Schweden und Polen behandeln, und ich, der ich Souverän von Geburt und bisher auch in Wirklichkeit bin, ich soll mich unter das Joch einer Macht beugen, mit welcher ich ein Bündnis geschlossen, der ich aber nicht gehuldigt habe? Nein, das wird niemals geschehen." Die Ansprüche, welche man in Petersburg inbezug auf die neuen Post- und Handelseinrichtungen erhoben hatte, wurden als unverschämte Forderungen bezeichnet. „Hierüber ist mein Entschluß gefaßt", heißt es in der Depesche weiter; „so lange mir die Augen offen stehen,

1) Schlözer, S. 177.

will ich meine Unabhängigkeit behaupten, und wenn jene Menschen die Absicht haben, mich zu knechten, so ist es besser, daß man sich heute mit ihnen entzweiet, als morgen."

Man sieht, diese zornsprühenden Zeilen sind nicht durch die Hände der preußischen Minister abgeschliffen worden, sondern sie rühren vom König selbst her. Wie aber nach einem heftigen Gewitter wohl einzelne schwächere Donnerschläge gleichsam als Nachzügler die Luft erschüttern, so grollt auch hier der Unwille noch eine Zeit lang weiter. Der König droht am 13. Oktober, er werde den russischen Ministern, wenn sie nicht aufhören, sich in seine inneren Angelegenheiten einzumischen, keine Antwort auf solche Schriftstücke geben und sie auch in Sachen der polnischen Dissidenten nicht unterstützen [1]. Und als der Graf Solms den Petersburger Hof etwas zu entschuldigen suchte, da antwortete der König am 30. Oktober: „Bemerket Ihr die offenbaren Widersprüche nicht, in die Ihr fallet? Ihr behauptet auf der einen Seite, daß die Kaiserin meine Rechte nicht verkürzen will, und auf der andern widersetzet sie sich meinen inneren Einrichtungen? Ihr sagt, sie würde mir für den Beistand, welchen ich ihr in Polen leistete, gestatten, meine Angelegenheiten nach meinem Gutdünken zu besorgen. Katharina und Panin zeigen sich hier noch eigennütziger als bei dem polnischen Grenzzolle." Jedoch noch einmal beteuert Friedrich mit aller Entschiedenheit, daß er sich so etwas nicht werde zeit seines Lebens gefallen lassen [2].

Wie hatte Friedrich Wilhelm I. sich in ohnmächtiger Wut verzehrt, wenn andere Fürsten ihm geringschätzig begegneten! Aber das Preußen von 1763 litt einen solchen Übermut nicht mehr, und überdies bedurfte Katharina seines Beistandes gerade damals dringend. Sie hat denn auch die neuen Post- und Handelseinrichtungen sich gefallen lassen müssen und Unter-

1) Forsch. IX, 187. 188.

2) Diese Depesche, sowie einige andere, sind in den Berichten des Grafen Solms durch Versehen in das „Volumen" gekommen, welches die Korrespondenz des Jahres 1767 enthält.

stützung bei Friedrich in der Angelegenheit der Dissidenten gefunden.

Was für Forderungen die Kaiserin von Rußland inbetreff der griechischen und evangelischen Christen in Polen jetzt erhob, das hatte Saldern dem Könige Stanislaus August und seinen Ratgebern deutlich gesagt; aber diese meinten, es würde sich so viel auf keinen Fall erreichen lassen, und ihr Glaube war leider nur zu gut begründet. Dem kleinen Adel fehlte jede Bildung; je weniger die Menschen aber unterrichtet sind, desto mehr Gewalt übt eine herrschsüchtige Priesterschaft über sie aus. Freilich strotzten auch Geistlichkeit und Mönche von Unwissenheit, und ihr Leben war sehr wenig erbaulich; aber sie verloren dadurch nicht an Ansehen und vermittelten nach wie vor ganz allein den Verkehr mit dem fernen Himmel. Von christlicher Duldung wollten sie in ihrer Einfalt nichts wissen; nur die gebildeten Kreise der weltlichen Herren dachten in dieser Hinsicht vernünftig. Die Czartoryski und Poniatowski nebst einigen andern hauptsächlich aus dem Senatorenstande wollten in Übereinstimmung mit dem Könige den Dissidenten gern erlauben, für ihren Gottesdienst in jedem größeren Ort ein Bethaus oder Privatgebäude zu besitzen. Und wie der kleine Adel in seiner Unduldsamkeit durch Eigennutz bestärkt ward, indem er die Ketzer und Schismatiker mit Vergnügen von allen Ämtern und königlichen Gnadenerweisungen ausgeschlossen sah: so verfolgten die aufgeklärten Männer ebenfalls noch eine Nebenabsicht; in dem sehr dünn bevölkerten Lande gebrach es an Handwerkern, und sie wollten daher, um die Dissidenten anzulocken, solchen Einwanderern einige religiöse und bürgerliche Rechte gewähren, wenn dieselben nur von jedem Anteil an der Regierung ausgeschlossen blieben [1]).

Der Graf Rzewuski reiste im Juli nach Petersburg, um über Dissidenten und Konföderation mit Panin zu unterhandeln. Er erklärte dort: wenn Rußland gemäßigt verfahren wolle, so übernehme der König es, den Dissidenten auf dem

1) Der Nuntius bei Theiner IV, 2. p. 94. 95. 97.

nächsten Reichstage freie Religionsübung auszuwirken, und er hoffe, ja er verspreche, sie sollen von dem alsdann folgenden Reichstage nicht allein zu den gerichtlichen Ämtern, sondern auch als Landboten zugelassen werden [1]).

Ende des Jahres 1764 hätte Katharina diese Zugeständnisse vielleicht angenommen; aber seit dieser Zeit war ihre Kasse reicher, der Zustand des Heeres besser und ihre Stellung fester geworden, und so mochte sie sich mit solchen Einräumungen nicht zufrieden geben. Panin sprach in drohendem Tone mit dem Grafen Rzewuski; denn er wollte, wie er sich gegen den englischen Gesandten ungefähr im Anfange des August äußerte, lieber 50,000 Mann opfern und alles über den Haufen werfen, als in Polen seine Pläne mißlingen sehen [2]). Und die Dissidenten waren in Petersburg geschäftig, um von der günstigen Gelegenheit Vorteil zu ziehen; sie hegten die richtige Meinung, weder Denkschriften noch sogar die stärksten Drohungen der fremden Mächte würden ihnen irgendetwas helfen, und nur die offene Gewalt könnte hier nützen, und um die Kaiserin von Rußland zur Anwendung dieses Mittels zu bewegen, schickten sie den Kammerherrn v. Goltz nach Petersburg.

Umgekehrt predigte die katholische Geistlichkeit in Polen das Kreuz und stellte die Gefahr, worin die Religion sich befände, den Landsleuten vor Augen, so daß Herr v. Benoit in Besorgnis geriet und auf den Fürsten Repnin mäßigend einzuwirken suchte. Letzterer war mit Stanislaus August heimlich übereingekommen, nach eingeholter Erlaubnis seines Hofes um öffentliches und feierliches Gehör im Reichstage zu bitten und dort im Namen der Kaiserin die Befriedigung der Dissidenten zu verlangen. Er wünschte, daß Benoit dasselbe thun möchte. Dieser sah darin aber einen auffallenden Schritt,

1) Raumer IV, 86. Vor fünf Monaten erklärte der König von Polen durch seinen Botschafter dem Grafen Panin ꝛc. Da dieses am 7. Dezember 1766 geschrieben wurde, so gehört die Erklärung in den Juli und also hierher. (Englisch im Sbornik XII, 289.)

2) Ebd. IV, 47. Forsch. IX, 173.

welcher dem Ansehen der beiden verbündeten Höfe schaden würde, wenn kein Heer bereit stände, die Maßregel zu unterstützen [1]). Jedoch seine Vorstellungen blieben umsonst. Außerdem hatte Stanislaus August den Bischof von Krakau bitten lassen, auf dem Reichstage keine Schwierigkeiten zu bereiten, und ihn, als er sich dessen weigerte, bewogen, eine vertraute Person nach Warschau zu schicken. Mit letzterer verhandelten der König von Polen und Repnin, welcher zu dem, was er auseinandersetzte, noch Drohungen fügte. Der Bischof ließ sich aber nicht einschüchtern, sondern wandte sich an die katholischen Mächte, daß sie den Polen gegen die Dissidenten beistehen sollten; er ermahnte die andern Bischöfe zum Widerstand und erbot sich, Märtyrer für die Religion zu werden; er veröffentlichte in seinem Sprengel einen Hirtenbrief an Geistlichkeit und Volk und forderte sie auf, gegen die Absichten der Dissidenten Gott anzurufen [2]).

Beim Empfange solcher Nachrichten loderte der Zorn in der Kaiserin von Rußland in hellen Flammen auf, und sie beschloß die Obersten Igelström und Karr nach Polen zu schicken. Dieselben sollten nicht allein zu dem Bischof von Krakau und seinem gleich eifrigen Amtsbruder, dem Bischofe von Wilna gehen, sondern auch die Vornehmsten der Unzufriedenen aufsuchen und dieselben ermahnen, sich der Herstellung der Rechte der Dissidenten nicht zu widersetzen, sie würden damit die Freundschaft der Kaiserin gewinnen, im entgegengesetzten Fall aber die schlimmsten Folgen empfinden [3]).

Oberst Karr kam zuerst nach Warschau und brachte zugleich den Befehl, daß Repnin für die Dissidenten nicht nur freie Religionsübung mit Einschluß der Befugnis, neue Kirchen zu bauen, sondern auch ganz gleiche Rechte mit den Katholiken verlangen sollte. Die Stimmung der Priesterschaft war in der polnischen Hauptstadt inzwischen eine sehr erregte ge-

1) Forsch. IX, 43. 44.
2) Theiner IV, 2. p. 106. Essen, 16. u. 20. August.
3) Forsch. IX, 175.

worden. Sie summten und brummten: es gebe keine Religion mehr in Warschau, der König sei nicht sowohl ein Katholik, als vielmehr ein Dissident und bediene sich des Namens der Nachbarmächte nur wie eines Mantels, um damit seine eigenen sträflichen Neigungen für die Dissidenten zu verdecken. Sie versicherten alle alten Weiber, daß ihre Männer ganz unzweifelhaft würden verbrannt werden [1]). Sogar Repnin wurde nun bedenklich, er fand die Befehle, die ihm aus Petersburg geschickt worden waren, entsetzlich, und die Haare standen ihm zu Berge, wenn er daran dachte; denn er hatte nicht die geringste Hoffnung, anders als allein durch Gewalt den Willen der Kaiserin inbezug auf die weltlichen Rechte der Dissidenten durchzuführen [2]).

Dem Grafen Panin offenbarte der russische Gesandte seine wahren Gefühle, dem Herrn v. Benoit dagegen wagte er nicht einmal sogleich die empfangenen Instruktionen mitzuteilen unter dem Vorwand, er hätte noch nicht alles entziffern lassen; er sagte nur so viel, daß die Kaiserin die Interessen der Dissidenten sehr ernsthaft zu verfolgen gedächte und in Gemäßheit des Vertrages von 1764 auf die Mitwirkung Friedrichs II. rechnete. Da eigentlich bloß Rußland durch Anwendung von Geld und Truppen handeln würde, fuhr Repnin fort, so brauchte der König nur durch seinen Vertreter in Warschau eine kräftige Sprache zu führen, zu allem, was Rußland thäte, Ja zu sagen und zu erklären, daß die Schritte dieser Macht in Übereinstimmung mit Preußen geschähen. Die Polen würden lärmen und Himmel und Hölle in Bewegung setzen, aber nicht zur Gewalt greifen; Drohungen und der Einmarsch von Truppen in die Bistümer würden ausreichen. Die Pforte könnte man durch Erklärungen beruhigen [3]).

Benoit wollte nun wissen, wie er sich verhalten sollte; denn was er bisher aus Berlin vernommen, zeigte keine Ge-

1) Forsch. IX, 44.
2) Ssolowjoff, S. 43 (17. September).
3) Forsch. IX, 46. Benoit, 17. September.

neigtheit vonseiten Friedrichs, für die Dissidenten auch nur mit Drohungen einzutreten. Der König nannte das Verfahren Rußlands hart und despotisch, und in einem Schreiben an Finckenstein und Hertzberg sprach er die Meinung aus, der Petersburger Hof wolle sich durch den Beistand, welchen er den Dissidenten leiste, eine unabhängige Partei in Polen bilden, die alle seine Vorschläge dort unterstütze [1]). Friedrich fürchtete den Ausbruch eines Krieges, wenn man in seinen Forderungen über die Toleranz hinausginge; denn die Polen würden sich lieber dem Äußersten aussetzen als jenen die Rechte zurückgeben, welche sie schon so lange nicht mehr besäßen, und es könnte zu einem allgemeinen Brande kommen, wenn die Polen sich in die Arme von Österreich würfen. Das war die Besorgnis, welcher er in der Korrespondenz mit Solms am 9. September Ausdruck gab, und zwei Tage darauf schrieb er an Benoit im äußersten Vertrauen: er würde sich nicht ärgern, wenn die Sache mißlänge, doch müßte Benoit es sich nicht merken lassen, sondern thun, als ob es ihm leid wäre. Ja, der König ging in seiner Furcht vor einem Kriege so weit, daß er Benoit anwies, durch dritte oder vierte Hand dagegen zu arbeiten, wenn es so geschehen könnte, daß niemand merkte, woher es käme. Eine Woche später ließ er dem Fürsten Repnin sagen: der König wäre bereit, seine freundschaftlichen Vorstellungen und Erklärungen zugunsten der Dissidenten mit denen der Kaiserin von Rußland zu vereinigen; aber zu gewaltsamen Schritten, welche dem Frieden und der Ruhe nachteilig sein würden, könnte er sich nicht entschließen [2]).

Benoit richtete sich so genau als möglich nach diesen Vorschriften, es half ihm aber nichts; denn die Verhaltungsbefehle, welche dem russischen Gesandten aus Petersburg geschickt wurden, lauteten eben ganz anders. Derselbe wollte nicht nur bei seiner Auffahrt zum Reichstage die größte Pracht entfalten, sondern er forderte von Benoit, daß dieser gleichfalls

1) Geheime Kabinettsakten, Neiße, 25. August.
2) Forsch. IX, 46. 47. 174—175.

um feierliches Gehör vor den versammelten Ständen bitten sollte. Durch keine Vorstellungen ließ er sich davon abbringen, sondern erwiderte: die Kaiserin rechne mit Sicherheit darauf [1]). Dem König von Polen teilte Repnin nicht allein mit, was Katharina für die Dissidenten begehrte, sondern er meldete noch weiter, daß 40,000 Mann an der Grenze bereit ständen, um, wenn auf dem bevorstehenden Reichstage nicht alles durchgeführt würde, den russischen Forderungen den notwendigen Nachdruck zu geben. Stanislaus August entwickelte die Schwierigkeiten, ja, er hielt es für unmöglich, die Nation dafür zu stimmen, daß die Dissidenten sowohl in die Landbotenkammer als in den Senat gelangen könnten. Er suchte zu erfahren, ob das denn wirklich das letzte Wort wäre und ob die Russen einrücken würden, wenn der Reichstag nicht alles bewilligte. Repnin gab ihm die feste Versicherung [2]). Er machte dann dem Vizekanzler dieselbe Mitteilung, indem er ihn auf dessen Anfrage zugleich ermächtigte, jedermann hiervon in Kenntnis zu setzen. Repnin fügte noch hinzu: die russischen Truppen, die in Slonim ständen, hätten Befehl, die ersten drei Wochen während des Reichstags ruhig zu bleiben; wenn aber dann die Angelegenheit der Dissidenten nicht nach dem Wunsche der Kaiserin geordnet wäre, so würde sie diese Truppen gegen ihre Widersacher gebrauchen [3]), — Eröffnungen, welche die Gärung ungemein erhöhten.

Der König von Polen suchte von Katharina noch eine Ermäßigung ihrer Forderungen zu erlangen. „Thun Sie das Mögliche und Unmögliche", schrieb er an Rzewuski, „und stellen Sie vor, daß weder von mir, noch von der ganzen Nation so schädliche Dinge jemals bewilligt werden können, und daß man, wenn man darauf besteht, mich zugrunde richten und die Dissidenten, anstatt ihnen zu helfen, nur unglücklicher machen wird." Noch dringender schrieb Stanislaus August

1) Forsch. IX, 47.
2) Ssolowjoff, S. 48. Raumer IV, 53.
3) Essen, 24. September.

am andern Tage: „Die letzten Befehle, welche der Fürst Repnin empfangen hat, die Dissidenten in den Reichstag einzuführen, sind ein wahrer Wetterschlag für das Land und für mich persönlich. Wenn es noch menschenmöglich ist, so zeigen Sie der Kaiserin, daß die Krone, welche sie mir verschafft hat, ein Nessusgewand für mich werden wird; es wird mich verzehren, und mein Ende schrecklich sein." Er beklagte dann die furchtbare Wahl, zu welcher er, wenn die Kaiserin auf ihren Befehlen bestände, sich in kurzem würde getrieben sehen, entweder ihre Freundschaft aufzugeben oder an seinem Vaterlande zum Verräter zu werden; denn wenn auch nur zehn bis zwölf Dissidenten in den Reichstag kämen, so würden sie gesetzlich anerkannte Häupter einer Partei sein, welche den polnischen Staat nur als einen Gegner betrachten könnte, gegen den sie notwendig und unaufhörlich im Auslande Beistand suchen müßte. Ein nichtiger Vorwand, welchen Katharina und Panin leicht zurückwiesen. „Thun Sie, was Ihnen möglich ist", schrieb Stanislaus August am Schluß, „es handelt sich um alles für Ihr Vaterland, Ihren Freund und König, welcher die ganze Bitterkeit seiner traurigen Würde nie stärker gefühlt hat, als bei dieser schrecklichen Gelegenheit. Umkommen ist nichts, aber umkommen durch die Hand, welche man liebt, ist entsetzlich!" [1])

Inzwischen waren die Bischöfe nach Warschau gekommen. In ihren Sprengeln hatten sie angeordnet, es sollte für die Erhaltung der Religion öffentlich gebetet und das Sakrament ausgestellt, Litaneien gesungen und Prozessionen in allen Städten und Dörfern gehalten werden; denn das sind die Mittel, welche den katholischen Kirchenfürsten zugebote stehen, um die urteilslose Menge zu bethören. Jetzt aber versammelten sie sich in der Hauptstadt des Landes zu gemeinschaftlichen Sitzungen und ermutigten einander und sagten laut und öffentlich: sie würden,

1) Sbornik XXII, No. 271—273. Die beiden Schreiben sind vom 25. und 26. September, vielleicht aber erst den 29sten abgeschickt. (Vgl. Essen zum 1. Oktober.)

wenn man sie gar zu sehr drängte, des Morgens auf die Kanzel steigen und das Volk zum Widerstande gegen die gefährlichen Pläne mahnen, welche gegen die Heiligkeit der Religion geschmiedet würden, und nachmittags in der Reichsversammlung ihre Sache mit derselben Wärme verteidigen. Die Prälaten machten ihr Testament, um ruhig ihr Schicksal erwarten zu können [1]).

Oberst Karr bot alles auf, um diesen Widerstand zu brechen. Er ging von Bischof zu Bischof, von Senator zu Senator, teilte die Forderungen der Kaiserin mit und suchte durch Drohungen einzuschüchtern. Im Anfange des Oktober kam Igelström ebenfalls nach Warschau, versehen mit denselben Verhaltungsbefehlen [2]). Jedoch die Kirchenfürsten blieben fest. Auch die Czartoryski versagten dem russischen Gesandten in dieser Angelegenheit ihren Beistand; der Großkanzler von Litauen erklärte dem Fürsten Repnin: man könne den Dissidenten nicht mehr als Duldung gewähren; Polen erwarte das Schicksal, mit welchem Rußland es bedrohe. Man verbarg sich nicht, daß man der Gewalt würde weichen müssen, aber man tröstete sich mit dem Gedanken, daß die Russen nicht ewig in Polen bleiben würden; nach ihrem Abzuge, spiegelte man sich vor, werde man Mittel finden, um die Lage der Dissidenten tausendmal schlimmer zu machen, als sie gegenwärtig sei, man werde sie dann aus dem Lande jagen.

Bei dieser Lage der Dinge schickte Repnin durch einen Eilboten den Befehl an den Generalmajor Soltikoff, die Dörfer der Bischöfe von Krakau und Wilna, die als die eigentlichen Aufwiegler galten, mit Truppen zu besetzen und die letzteren dort verpflegen zu lassen. „Denn es kann mit der Dissidentensache", schrieb er an Panin, „nicht schlimmer werden, als es bereits ist, und vielleicht macht dieses Verfahren einigen Eindruck und ändert irgendetwas zum Besseren. Es ist nicht die geringste Hoffnung vorhanden, ohne Anwendung von Ge-

1) Essen, 24. u. 27. September.
2) Ebd., 1. u. 4. Oktober.

walt zum Ziele zu kommen. So bleibt denn nichts weiter übrig, als allein auf diese sich zu verlassen; denn nicht ein Teil des Reichstages wird der Sache entgegen sein, sondern alle, Mann für Mann, da außer der gesamten Geistlichkeit und ihrem Anhange der König, die Fürsten Czartoryski und ihre Parteigänger, was allein schon alles in sich vereinigt, den Gegnern sich anschließen." [1])

Stanislaus August hatte schon früher von Panin die Erlaubnis erhalten, daß der Reichstag in den ersten vierzehn Tagen staatswirtschaftliche Fragen beraten könnte; jedoch der Bischof von Krakau konnte die Zeit nicht erwarten. Am 11. Oktober ergriff er eine Gelegenheit, um für die Religion zu sprechen. Er las eine lange Rede vor, worin er die Dissidenten, „dieses Otterngezücht", aufs heftigste schalt, weil sie die Nachbarmächte um Beistand angerufen hätten, er, der schon bei der letzten Königswahl und wiederum vor kurzem dasselbe gethan und sogar an den Liebhaber der Kaiserin, den Grafen Orloff, gegangen war. Der Eiferer stellte dann den Antrag, daß ein Gesetz gegeben werden sollte, durch welches alle der katholischen Kirche günstigen, den Dissidenten nachteiligen Bestimmungen bestätigt und zugleich den künftigen Reichstagen die Befugnis genommen würde, darin Änderungen zu treffen; gegen alle diejenigen, welche dergleichen vorschlügen, Dissidenten oder Katholiken, sollten die strengsten Strafen festgesetzt werden. Die Bischöfe stimmten zu, die Senatoren blieben stumm, die Landboten bezeigten laut ihren Beifall. Aber der König wußte mit Geistesgegenwart und Geschicklichkeit die Gefahr einer plötzlichen Beschlußnahme zu verhindern, und der Reichstag beschäftigte sich weiter mit weltlichen Angelegenheiten [2]).

Die verschiedenen Nachrichten über den polnischen Glaubenswahnsinn blieben in Petersburg doch nicht ganz ohne Wirkung. Panin zeigte sich geneigt, die weltlichen Rechte der Dissidenten

1) Ssolowjoff, S. 45.
2) Theiner IV, 2. p. 100 sqq. 116 sqq.

zu beschränken; aber wenn der Reichstag jede Verständigung hierüber zurückwiese, wollte Rußland eine Konföderation der Dissidenten gegen die Czartoryski ins Leben rufen [1]).

Den Einfluß dieser Verhaltungsbefehle nehmen wir in den Erklärungen wahr, welche die beiden verbündeten Mächte dem Reichstag übergeben wollten. Das russische Schriftstück ist außerordentlich merkwürdig; in der langen Einleitung, welche die Handlungsweise der Kaiserin rechtfertigen soll, wird den Dissidenten die Befugnis zugesprochen, wenn sie für ihre Beschwerden durchaus kein Gehör erlangen, sich von der bisherigen Gemeinschaft loszusagen, an deren Vorteilen sie nicht teilnehmen, unter ihren Nachbarn die auszuwählen, welche zwischen ihnen und ihresgleichen richten sollen, und deren Beistand zu gebrauchen, wenn sie sich der Verfolgung nicht anders entziehen können.

In der Erklärung berief sich Katharina weiter auf den Vertrag von 1686; aus diesem nimmt sie, wie die andern

1) Diese Darstellung beruht auf den Angaben des Grafen Solms in den Forschungen (IX, 177. 178) vom 14. und 21. Oktober. Man hat in Rußland ohne Zweifel am 14ten das Schreiben Repnins vom 5. Oktober bekommen. Am 21. Oktober meldet Solms: Die Antwort der Kaiserin an Stanislaus August „a été envoyée par un courrier au Prince Repnin qui reçoit en même tems des instructions portant que si la diète polonoise refusoit tout accomodement sur le temporel des dissidens, la conféderation générale devoit s'assembler tout de suite de la part des dissidens". Dieselbe werde gegen die Czartoryski auftreten und sich durch alle Unzufriedenen verstärken. Letztere Drohung findet sich in dem Reskript der Kaiserin an Repnin vom 17. Oktober bei Ssolowjoff (S. 45). Katharina antwortet außerdem an demselben Tage dem Könige von Polen, der am 5. Oktober unmittelbar an sie geschrieben hatte (Sbornik XXII, No. 276. 277). Die Instruktionen, deren Solms am 21. Oktober gedenkt, finden sich, wenn ich nicht sehr irre, bei Ssolowjoff, S. 31, wo es z. B. heißt: „Wenn der Reichstag auf gar nichts eingehen sollte, so haben Sie die Dissidenten darauf vorzubereiten, daß sie alle zu derselben Zeit den Reichstag verlassen und eine Konföderation bilden." Ssolowjoff sagt, Repnin habe diese Instruktionen den 26. September erhalten, es muß aber wohl Oktober heißen; in den September lassen sich die Instruktionen gar nicht einreihen.

Mächte aus dem von Oliva, die Verpflichtung, über die Sicherheit aller Teile der Republik zu wachen und jeder Zwietracht unter ihnen dadurch zu steuern, daß sie ihnen volle Gerechtigkeit verschaffe, oder vielmehr, daß sie allen überhaupt und jedem insbesondere dasjenige gewährleiste, was ihnen gebühre.

Die Religionsfreiheit wird ein göttliches, d. h. unveräußerliches Recht genannt und in vollem Maße für die Dissidenten in Anspruch genommen; was dagegen die weltliche Gleichstellung betrifft, so befürwortet die Erklärung wohl dieselbe sehr, fordert sie aber nicht ausdrücklich in ihrem ganzen Umfange, sondern verlangt nur, daß durch eine Unterhandlung mit den Dissidenten der Anteil festgesetzt werde, welchen sie an der Verwaltung des Staates und den Gnadenerweisungen der Krone haben sollen.

Die preußische Kundgebung zählte wie die russische die einzelnen Rechte auf, welche die Dissidenten in religiöser Beziehung haben müßten, und verlangte dann ebenfalls, daß man mit den Dissidenten auf eine billige Weise sich über den Anteil verständige, welchen dieselben an den Gnadenerweisungen und Ämtern des Königreiches haben sollen. Auf den Wunsch des Petersburger Hofes ward hier als Grund für die Einmischung auch das enge Bündnis mit der Kaiserin genannt, mit welcher der König nicht umhin könnte ganz in Übereinstimmung zu handeln [1]).

Am 4. November erhielt der Fürst Repnin die Audienz, die er verlangt hatte; wenige Tage später, am 10ten, auch Benoit. Dann nahm der päpstliche Nuntius dieselbe Freiheit für sich in Anspruch und erschien am 12ten im Reichstag. Er forderte die Polen natürlich auf, den Dissidenten jede Bitte zu verweigern. „Ihr werdet nicht allein die öffentliche Übung der verdammten Religionen aus allen Kräften von

1) Theiner IV, 2. p. 109 sqq. Auch die dänische und englische Erklärung sind dort zu finden; die Gesandten überreichten sie am 4. November vor der Audienz Repnins. Büsching XIII, 67.

eurem Reiche fernhalten", sprach er, „sondern auch keine Bethäuser den Dissidenten gewähren; denn was ist eine solche Erlaubnis anders als eine offenbare Verletzung der katholischen Religion und ihrer Vorschriften? Und wenn man den ketzerischen Geistlichen zu predigen gestattet, heißt das nicht ihnen Gelegenheit geben, ihre falsche Lehre tiefer einzuprägen, damit die Zuhörer den Irrtum eifriger festhalten und hartnäckiger widerstreben? Und wenn man ihre unheilige Abendmahlsfeier duldet, verlockt man da nicht gewissermaßen diese Prediger, das Sakrament des Altars zu beflecken?" [1]) Es ist traurig, wenn man durch die amtliche Stellung gezwungen wird unvernünftig zu reden. Aber der Nuntius hatte davon kein Bewußtsein, sondern er schloß mit den gottlosen Worten: der Geist des Herrn habe durch ihn gesprochen.

Wenn die Polen seinem Rate folgten, so bereiteten sie sich schlimme Tage; denn daß Katharina keine Rücksichten nahm, konnten sie eben wieder an Kurland sehen, wo russische Truppen diejenigen, welche dem neuen Herzoge noch nicht den Eid geleistet hatten, zur Huldigung zwangen [2]). Sollten aber die Katholiken ihre schändlichen Drohungen ausführen und die Dissidenten ächten, so war die Kaiserin entschlossen, dies als eine Kriegserklärung zu betrachten und ihre Truppen in Polen wie in einem feindlichen Lande schalten und walten zu lassen, besonders auf den Besitzungen der Czartoryski [3]).

Indem nun aber die Schwierigkeiten sich vermehrten, suchte Rußland von Preußen bewaffneten Beistand für den Fall der Not zu erlangen. Bereits im Anfange des Oktober hatte Repnin den Wunsch ausgesprochen, Benoit möge bei seinen Unterredungen mit den Bischöfen durchblicken lassen, daß der König, sein Herr, durch hartnäckigen Widerstand dahin gebracht werden könnte, so ernsthafte Schritte zu thun wie Rußland. Um die Mitte des Oktober sprach auch Panin davon, daß

1) Die Rede steht bei Theiner IV, 2. p. 124sqq.
2) Büsching XIII, 63. Essen, am 22. Oktober.
3) Solms, 25. Oktober. Sbornik XXII, 508. 524.

Friedrich wenigstens durch militärische Bewegungen an der Grenze die Kaiserin unterstützen möchte; wenn er sich aber entschlösse, Truppen einrücken zu lassen, so würde er für die mäßigen Kosten, die ihm hieraus erwüchsen, sich im Lande selbst entschädigen können [1]). Jedoch der König von Preußen wollte nur die Erklärung zugunsten der Dissidenten überreichen lassen. „Die Kaiserin", heißt es in einer von ihm aufgesetzten Depesche vom 30. Oktober, „hat mir voriges Jahr durch Saldern selbst geschrieben, daß sie es nicht mit gleichgültigen Augen ansehen würde, wenn ich mich in die polnischen Angelegenheiten mischte; Panin hat Euch zuletzt eröffnet, daß man sich mit meiner Erklärung auf dem Warschauer Reichstage begnügen und das Weitere Rußland übernehmen würde. Es übernehme das denn und man lasse mich in Ruhe; denn wenn ich Truppen in Bewegung setze, so werden die Polen schreien, und in Petersburg, wo man oft launisch ist, wird man finden, daß ich zu viel gethan habe. Diese Plackereien werden mir zuletzt unerträglich werden. Ich habe übrigens nicht den geringsten Vorwand, mich in die polnischen Angelegenheiten zu mischen." Letzteres war aber nicht ganz richtig. Der König fürchtete nur die Gefahr einer neuen Störung des Weltfriedens. „Am Ende", schrieb er, „würde man sich genötigt sehen, mit halb Europa Krieg zu führen." Dagegen die Einführung der Stimmenmehrheit auf den Reichstagen war ihm gänzlich zuwider. „Das kann ernsthaft werden, wenn man nicht acht giebt, und muß in diesem Augenblicke der Hauptgegenstand sein, welcher uns beschäftigt." [2])

Um die Wahl nicht zu gefährden und den Polen zu zeigen, daß man ökonomischen Verbesserungen im Innern nicht entgegenträte, hatte man auf dem Konvokationsreichstage von 1764 zugelassen, daß die Angelegenheiten der beiden neugebildeten Kommissionen des Schatzes und des Krieges auf den

1) Sbornik XXII, 500.

2) 30. Oktober 1766; aber fälschlich in das Volumen von 1767 eingeheftet.

freien, d. h. nicht unter dem Bande der Konföderation gehaltenen Reichstagen mit Stimmenmehrheit entschieden werden sollten. Aber Versuche, die man auf dem Krönungsreichstage gemacht, dieses Prinzip noch weiter auszudehnen, waren gescheitert, und deshalb bemühte sich der Krongroßkanzler von Litauen, jetzt auf versteckte Weise dieses Ziel zu erreichen. Jedoch Benoit und Repnin wurden argwöhnisch, verlangten den Entwurf zu sehen und fanden ihn sehr fein gemacht, aber gefährlich. Indem es ungewiß blieb, welche Gegenstände der Stimmenmehrheit unterworfen wären, fragten am 15. Oktober abends Benoit und Repnin die Czartoryski, ob auch die Einführung neuer Steuern hierzu sollte gerechnet werden, und als das bejaht wurde, da erklärten beide: das würden ihre Höfe niemals dulden; dann könnte man die Geschäfte der Kriegskommission ebenfalls hierher ziehen. „Allerdings", erwiderten die Polen. Das bestritten denn die Gesandten mit Entschiedenheit; sie meinten, jenes Gesetz von 1764 beträfe nur die Verwaltung der Gelder, die im Schatze wären oder durch die Steuern einkämen. Jeder Teil warf dem anderen Willkür in der Auslegung vor. Die Gesandten aber wollten den kostbarsten Edelstein der polnischen Freiheit, sagten sie, das Liberum veto, nicht antasten und eine Vermehrung der Truppen über die Wahlkapitulation hinaus nur mit Stimmeneinheit einführen lassen. „So dürfen wir also bei uns nicht thun, was wir wollen?" fragten die Polen. — „Ja wohl", antworteten die Gesandten, „aber nicht die bestehende Regierungsform umstürzen, und in jedem Fall haben unsere Höfe das Recht, solche Vorkehrungen und Maßregeln zu treffen, wie sie für notwendig finden." [1]) Nach dem Berichte Benoits sprach Repnin hierbei bewunderungswürdig und entfaltete alle wünschenswerte Festigkeit [2]). Der russische Gesandte ging auch zum

1) Forsch. IX, 49 ff.

2) Repnin sagte zu Essen, wie dieser am 21. Oktober berichtet: „que ces messieurs, au lieu de laisser tomber l'affaire de la pluralité en matière d'État, la poussoient après la Déclaration qu'il leur avoit fait au nom de sa souveraine, avec plus de chaleur que jamais,

König, erhielt aber von diesem dieselben Antworten wie in der Konferenz. Jedoch im Reichstage wuchs die Opposition; alle Bischöfe waren der Meinung, ein persönliches Recht, wie das Liberum veto, könnte nur durch Einstimmigkeit wieder aufgehoben werden. Da vertagten die Urheber den gefährdeten Entwurf; aber die Gesandten ließen sich nicht einschläfern.

Repnin teilte nun die preußische Meinung, daß die Konföderation endlich aufhören müßte; Benoit hielt die stärksten Erklärungen für notwendig und wollte sich allen Schritten anschließen, welche jener inbezug hierauf zu thun gedächte, wie energisch sie auch wären [1]). In einem nur für ihn bestimmten Schreiben billigte Friedrich den Widerstand gegen die Fortdauer der Konföderation und gegen jede Veränderung der Regierungsform; dann aber fuhr der König fort: „Da Rußland und Polen möglicherweise sich hierüber entzweien und ich mich nicht darein mischen will, so dürft Ihr während dieses Reichstages nur freundschaftliche Erklärungen abgeben.“ [2]) Indes zu solchem Hader kam es nicht. Der König von Polen blieb allerdings hartnäckig und wollte durchaus das Liberum veto beseitigen; er überredete sich wohl, Repnin überschritte seine Verhaltungsbefehle und die Mächte würden nicht mit gleichgültigen Augen das despotische Verfahren Rußlands ansehen. Seine Brüder bestärkten ihn in dieser Auffassung. Sie glaubten wahrscheinlich mit ihm, daß die Polen aus Haß gegen die Höfe, welche die Dissidenten unterstützten, bereitwilliger als früher sein würden, die Staatsgewalt zu stärken. Aber sie täuschten sich. Die Anhänger einer unvernünftigen Freiheit traten immer kühner als Gegner hervor; an ihre Spitze stellte sich auch hier der Bischof von Krakau. Am 28. Oktober war Repnin zu ihm gegangen und hatte zu ihm und mehreren Senatoren und Landboten gesagt: die Kaiserin beschütze nicht allein die Freiheit der Nation und die Form der Regierung,

qu'il voyoit, que l'on vouloit s'élever en monarchie, payer d'ingratitude la Russie et devenir son plus dangereux ennemi etc.“

1) Forsch. IX, 49 ff. (18. Oktober) u. 51 (22. Oktober).

2) Am 29. Oktober an Benoit, jedoch im Volumen für 1767.

sondern ein jeglicher, der sich über ein Unrecht zu beschweren hätte, könnte sich dreist an sie wenden und auf ihren Schutz rechnen [1]). Die Worte lockten. Auch die Czartoryski hielten inne. Sie sahen ohne Zweifel ein, daß gegen den Einspruch von Rußland und Preußen und gegen die wachsende Opposition des eigenen Volkes keine Reform durchzusetzen wäre; sie begannen darum einzulenken [2]).

Als Repnin von Petersburg Verhaltungsbefehle bekommen hatte, da begab er sich zum König und forderte, daß alles beim alten bleiben sollte; Benoit äußerte sich ebenso. Sie übergaben am 11. November auch schriftlich den Einspruch, welchen ihre Höfe gegen den Vorschlag erhoben, daß der Reichstag durch Stimmenmehrheit über die Auflegung von Steuern und die Vergrößerung des Heeres entscheiden dürfe [3]). Und aus Petersburg kamen von Rzewuski Briefe über Briefe, die nur vom Zorne der russischen Minister und besonders des Grafen Panin redeten, welcher gegen Stanislaus August und die Czartoryski sich in den heftigsten Ausdrücken erging [4]). Es war, wie Essen richtig bemerkt, das sonderbarste Schauspiel, das verwirrteste Chaos, welches man auf Erden je gesehen.

Endlich am 21sten brachte der Krongroßkanzler Zamoyski die Erklärung Rußlands und Preußens gegen das Gesetz von 1764 und zugleich die Dissidentensache vor die Versammlung. Es entstand jetzt ein fürchterlicher Lärm und die Landboten schrieen aus Leibeskräften: man müsse mit der Religion anfangen und den Vorschlag des Bischofs von Krakau gegen die Dissidenten unterschreiben lassen. Die Unordnung nahm so zu, daß der König fortging. Aber am anderen Tage gelang es, die Frage wegen der Schatzkommission zu Ende zu bringen. Der Reichstag entschied, es dürften nur mit Stimmeneinheit

1) Essen am 29. Oktober und 5. November. Infolge dessen blieben die Truppen, die nach seinen Besitzungen marschieren sollten, in der Gegend von Warschau stehen.

2) Raumer IV, 69. 70. Forsch. IX, 52. 53. 181 (18. Nov.).

3) Essen, 12. November. Theiner IV, 2. p. 121.

4) Essen, 19. November.

neue Steuern aufgelegt und bereits bestehende erhöht werden, gerade so, wie es bei der Vermehrung des Heeres, beim Abschluß von Verträgen und bei der Kriegserklärung und anderen Staatsangelegenheiten notwendig wäre. Die Czartoryski hatten dafür gestimmt, und auch der König zu diesem Erfolge mitgewirkt, aber es war der härteste Schlag, welcher letzteren traf. Als ihn der Fürst Repnin am folgenden Tage bei der herkömmlichen Audienz der Gesandten im Schlosse sah, fand er ihn in der trostlosesten Gemütsverfassung, und er hatte demselben kaum für sein Verhalten bei dieser wichtigen Gelegenheit gedankt, als Stanislaus August in Gegenwart aller Anwesenden zu weinen anfing und außerstande war, dem Fürsten etwas zu erwidern. Zu dem englischen Gesandten aber hat er mit Thränen in den Augen gesagt: das wäre der Todesstoß für die Republik, und seine Krone sowie sein Leben hätten jetzt keinen Wert mehr für ihn.

Auch am 22sten hatten die Landboten verlangt, den Entwurf des Bischofs von Krakau zu unterschreiben. Jedoch der König trat dazwischen und legte die Sache noch einmal in die Hände der Bischöfe, damit sie die zeitgemäßen Abänderungen vornehmen möchten; und als dieselben Sonntag früh versammelt waren, da erschienen auch die Minister und suchten ihnen abermals Zugeständnisse für die Dissidenten abzugewinnen. Ebenso waren die Vertreter der Mächte, welche für die Religionsfreiheit sich verwendet hatten, in diesem Sinne thätig. Der englische Gesandte schrieb nach London: „Sie können denken, daß wir keinen Stein unbewegt und keinen Grund unerwähnt ließen, um die Herzen dieser ehrwürdigen Prälaten zu erweichen und sie dahin zu bringen, daß sie allen Vorurteilen um der Sache der Menschheit und Gerechtigkeit willen entsagten und die Gefahren abwendeten, welche sonst ihr Vaterland bedrohten.“ Und Benoit berichtet nicht nur ebenfalls von eifrigen Unterhandlungen, sondern er meldet auch, daß Aussicht auf Zugeständnisse gemacht worden wären [1]). Jedoch

1) Hierher gehört, was Essen am 26. November berichtet: „On

in Wirklichkeit kam es anders. Nachdem die Prälaten nachmittags noch sieben Stunden unter sich beraten hatten, legten sie doch am 24sten den Entwurf des Bischofs von Krakau vor, der jetzt auch unter unendlichem Freudengeschrei unterschrieben ward. Alle dringenden Bitten der polnischen Minister, alle Kundgebungen des russischen Gesandten hatten gar nichts geholfen, und es blieb also bei den unduldsamen Gesetzen von 1717, 1733 und 1764.

Am 28. November verlangte der Bischof von Krakau, daß die seit 1764 bestehende Konföderation endlich aufgelöst würde. Jedoch erst in der letzten Sitzung des Reichstags am 29. November kam dieser Antrag zur Verhandlung; der König bot alles dagegen auf, aber er mußte zuletzt auch hier nachgeben.

Der masovische Landbote Karczewski machte noch einen Versuch, den Dissidenten sogar einige weltliche Rechte zu verschaffen, und ein anderer, Markowski aus Podlachien, empfahl einen Vorschlag, von dem er sagte, daß er aus den Händen eines Bischofs käme. Wirklich hatte der Bischof von Cujavien, wie der päpstliche Nuntius später erfuhr, einen großen Anteil daran gehabt und im Einverständnis mit dem König und den Ministern sich Mühe gegeben, demselben bei den Senatoren und Landboten Eingang zu verschaffen. Doch die Polen ließen den letzten Zeitpunkt, wo sich Rußland noch gemäßigt zeigte, ungenützt vorübergehen. Der Bischof von Krakau und andere widersetzten sich, der Antrag fiel, und nur geringe Zugeständnisse machte die hohe Geistlichkeit, um die ärgsten Mißbräuche zu beseitigen. Nach ihrem Vorschlage, der vom Reichstage

étoit convenu avec le Roi que les Etats accorderoient aux Dissidens plus de liberté dans l'exercise de leur réligion et qu'il leur seroit permis de demander des charges dans les Provinces et des Starosties." Hierher gehörten ferner wohl auch die bei Theiner IV, 2. p. 29 von Michael Czartoryski erwähnten „proposizioni di transazione", welche Repnin auf diesem Reichstage gemacht habe, nämlich: „che la nazione dichiarasse e stabilisse, che il Re possa conferire una Starostia di giurisdizione in ciascun palatinato ad un Dissidente, e che per il tribunale possano le dietine eleggere in giudice pure un Dissidente."

gebilligt wurde, sollten die Dissidenten Kirchen nicht nur ausbessern, sondern auch neu herstellen dürfen, jedoch ohne den Umfang zu vergrößern. Auch wurden sie angewiesen, hier wie bei anderen Gelegenheiten die Erlaubnis des Ortspfarrers einzuholen, die, wenn sie auch umsonst erteilt werden sollte, doch demütigend für die Dissidenten war und den geistlichen Hochmut der katholischen Priesterschaft in Polen nähren mußte. Wo es keine Kirchen gab, da sollten die Protestanten und nichtunierten Griechen in Privathäusern bescheiden und in der Stille ihren Gottesdienst halten dürfen. Das feierliche Begräbnis ward ihnen unbarmherzig verboten, außer wo es bisher gesetzmäßig war. Den Priestern der nichtunierten Griechen erteilte man die Erlaubnis zu taufen, den Trauungen ihrer Pfarrkinder beizuwohnen und zu begraben, nur sollten die Stolgebühren an die katholischen Pfarrer entrichtet werden; doch wollten die Bischöfe letzteren großmütig untersagen, mehr als von den Katholiken zu fordern. Über die Trauung bei den Protestanten wurde gar nichts gesagt. Das ungefähr sind die Zugeständnisse, zu denen sich die kurzsichtigen Bischöfe jetzt herbeiließen [1]).

Daß die protestantischen Geistlichen nicht die Erlaubnis empfingen, denjenigen von ihren Pfarrkindern, die einander heiraten wollten, den kirchlichen Segen zu erteilen, darüber wundert man sich billig; aber die Kunstgriffe der Hierarchie, um Seelen zu fangen, sind sehr mannigfaltig. Kurz nachher weigerte sich auf bischöflichen Befehl ein katholischer Priester in Warschau, einen dissidentischen Soldaten zu trauen, wenn dessen gleichfalls dissidentische Braut nicht katholisch würde. Der Thorner Resident v. Geret, dem wir diese Kunde verdanken, setzt hinzu: „Sogar alle Katholiken, die gescheit denken, haben gesagt, das ginge nicht an, das wäre ja wider die Menschlichkeit und selbst unter Barbaren unerhört." Mit Vergnügen erfährt man, daß doch einige polnische Köpfe noch ein

1) Theiner IV, 2. p. 102—104. 129. Forsch. IX, 54 ff. Raumer IV, 75 ff. Essen, 22., 26., 29. November und 3. Dezember.

richtiges Urteil hatten; aber was ist das für eine Nation, die sich ein solches Joch von ihrer Priesterschaft hat aufbürden lassen!

Erst am 30sten früh um 10 Uhr endete diese Sitzung, die 19 Stunden gedauert hatte, und zugleich der ganze denkwürdige Reichstag. Die Landboten konnten nun fröhlich heimwärts eilen und ihren Gattinnen mit Stolz erzählen, daß sie die Religion gerettet hätten. Die Unseligen frohlockten wie zu unseren Zeiten die Türken über den Ausgang der Konferenz in Konstantinopel.

Sechstes Kapitel.

Der preußisch-russische Vertrag vom 4. Mai 1767 und der außerordentliche polnische Reichstag von 1767/68.

„Die Kaiserin von Rußland hat noch nie das, was sie sich in den Kopf gesetzt, fahren lassen" [1]), bemerkte der Thorner Resident Geret gegen Ende des Reichstags in einem seiner vertraulichen Schreiben, und er zeigte dadurch, daß er einen tiefen Blick in das Wesen dieser Herrscherin gethan. Katharina war weit entfernt, die Niederlage, die sie in Polen erlitten, mit Gelassenheit zu ertragen; vielmehr hatte bereits am 25. Oktober Solms ausführlich berichtet, wie der russische Hof zu verfahren gedächte, wenn Repnins Befürchtungen einträten. In diesem Falle sollten die Dissidenten sich konföderieren und durch russische Truppen geschützt werden; außerdem wollte man den vertriebenen Fürsten Karl Radziwill, den Krongroßfeldherrn

1) Prowe, Polen in den Jahren 1766—1768, S. 21.

und die anderen Unzufriedenen aufmuntern, daß sie die ihnen entrissenen Güter, Stellen und Befugnisse zurückverlangen sollten. Die aus diesen beiden Elementen gebildete neue Partei würde dann, meinte Panin, entweder die andere durch die Furcht, Vermögen, Ansehen und Macht zu verlieren, zu einem Vergleich inbezug auf die Dissidenten zwingen, oder sie vernichten helfen, wenn sich dieselbe weiter hartnäckig erwiese. Der Thron des Königs von Polen sollte davon unberührt bleiben und die neue Generalkonföderation in seinem Namen gebildet werden. Für den Fall, daß eine Gegenkonföderation entstände, wünschte der Hof in Petersburg, gerade wie vor drei Jahren, daß preußische Truppen den russischen zugesellt werden möchten; noch mehr aber nahm er den Beistand Friedrichs in Anspruch, wenn etwa die Österreicher auf die Nachricht von dem Einmarsche der Russen sich in die polnischen Angelegenheiten mischen sollten [1]).

Der König von Preußen blieb aber seinen friedfertigen Gesinnungen treu und schrieb am 6. November zurück an Solms: Rußland habe 200,000 Mann Feldtruppen und könne davon leicht einen beträchtlichen Teil entsenden, ohne seine Grenzen zu entblößen; Preußen dagegen sei einem Angriffe von Österreich und Frankreich ausgesetzt. Er hatte sein Heer noch nicht so weit hergestellt, um an einem neuen Waffengange teilnehmen zu können. Er fürchtete, daß die Pforte sich einmischte, wenn ein Bürgerkrieg in Polen ausbräche, und daß dann Rußland mit den Türken, er selbst aber mit den Franzosen und Österreichern kämpfen müßte. Das schienen ihm Gründe genug, sich zurückzuhalten. Er hatte ja das Bündnis vom Jahre 1764 geschlossen, um den Frieden zu erhalten, und nicht um ihn zu brechen [2]). Er glaubte alle seine Verpflichtungen erfüllt zu haben, und wenn die Kaiserin mehr von ihm verlangte, so müßte sie mit ihm einen neuen Vertrag

1) Forsch. IX, 179.

2) Ebd., S. 188; die Depesche selbst vom 7. November, sowie zwei andere vom 6ten und 9ten desselben Monats befinden sich in dem Volumen des Jahres 1767, tragen aber das richtige Datum.

schließen. Doch schien ihm die Angelegenheit der Dissidenten nicht so viel wert, um abermals Europa in einen Krieg zu stürzen. Er bestritt sogar das Recht der Kaiserin, so weit, wie sie es that, in ihren Forderungen zu gehen, da sie ja in Polen nicht souverän wäre. Freilich in dem Falle, daß man in Warschau die Verfassung zu ändern versuchte, war er bereit, einige Truppen in die Republik einrücken zu lassen, um die Polen daran zu hindern. Hierin scheint er keine Beschränkung der polnischen Souveränität gesehen zu haben.

Bei solchen Gesinnungen war Friedrich mit dem Ausgange des Reichstages von 1766 keineswegs unzufrieden; aber Rußland ließ ihn nicht zur Ruhe kommen. Einen Schritt ging man allerdings in Petersburg zurück. Um die Konföderation zu bilden, erklärte Panin, dazu würde Preußens diplomatische Mitwirkung und die Einigkeit mit Rußland ausreichen; aber wenn der Wiener Hof sich einmischte, dann müßte man auf thätigen Beistand rechnen. Der russische Minister gebärdete sich für einen solchen Fall sehr zuversichtlich. Er erklärte dem Grafen Solms, und zwar sollte dieser es so aufnehmen, als ob es von der Kaiserin selber käme: wenn Österreich einen Krieg wolle, so fürchte Katharina denselben nicht und sei vorbereitet, ihn so zu führen, daß der Wiener Hof es vielleicht bereuen werde. Panin versicherte wiederholt: man wünsche keineswegs den Krieg; müsse man ihn aber führen, so sei es besser jetzt als später. Während man auf der einen Seite den König zu ermutigen suchte, stellte man zugleich die eigenen Absichten als recht unschuldig dar. Die 15,000 Russen, die in Polen einrücken sollten, würden zunächst keine feindlichen Zwecke verfolgen, äußerte Panin, sondern nur veranlassen, daß die Polen sich beruhigten und so bald als möglich einen Reichstag hielten, um ihre Zwistigkeiten freundschaftlich zu schlichten und in ihrer Republik die Eintracht wiederherzustellen [1]).

Während der Petersburger Hof beschloß, neue Truppen nach Polen zu schicken, wünschte Stanislaus August, daß die-

1) Forsch. IX, 182 ff.

jenigen, die seit Jahren dort standen, von der Kaiserin zurückgerufen würden, und er hatte diesem Verlangen in einem Schreiben an Katharina dringenden Ausdruck gegeben; aber er wurde natürlich abgewiesen und an die Zeit erinnert, wo man den Einmarsch der Truppen nicht sowohl für gefährlich, als vielmehr für nützlich gehalten, und sie als eine Stütze der öffentlichen Freiheit gegolten hätten [1]). Nicht lange darauf, am 5. Januar 1767, schrieb Panin an die beiden alten Czartoryski, um von ihnen zu erfahren, ob sie mit Rußland in der Angelegenheit der Dissidenten zusammengehen wollten; wenn sie es ablehnten, so müßte die Kaiserin sich an andere wenden, um ihren Zweck zu erreichen. Außerdem ersuchte Panin den König von Preußen, den Plan des Petersburger Hofes durch seinen Gesandten in Warschau zu unterstützen; die Erklärung des letzteren brauche ja nicht mit der russischen gleich zu lauten, noch Worte zu enthalten, die eine Anwendung offener Gewalt in Aussicht stellten, wenn freundschaftliche Vorstellungen keinen Erfolg hätten. Der russische Minister gab hierauf an, was der Berliner Hof sagen sollte; er wünschte besonders die Erklärung, daß der König durch sein Bündnis mit Rußland verpflichtet wäre, mit der Kaiserin für die Einsetzung der Dissidenten in ihre früheren Rechte gemeinschaftliche Sache zu machen [2]).

Als das Schreiben des Grafen Solms in Berlin ankam, lebte Friedrich in einer gewissen Besorgnis vor Österreich, das er, wie wir wissen, scharf beobachtete. Nach dem Schlusse des polnischen Reichstages hatte Kaunitz im Dezember ein Gespräch mit dem preußischen Gesandten, dem Herrn v. Rohd, gehabt. Er behauptete, Rußland unterstütze die Dissidenten nur, um seine Partei dort zu vermehren, er mißbilligte die Art, wie dasselbe seit einiger Zeit in Polen verfahre, wo es den Meister spiele, und erklärte dann: es müsse den Nachbarn der Republik

1) Am 30. Dezember 1766 bei Herrmann V, 575.

2) Solms, 9. Januar 1767, bei Häusser sehr unvollkommen excerpiert.

mit Einschluß der Pforte, wie er wohlweislich hinzufügte, viel daran liegen, daß das Gleichgewicht im Norden bewahrt bleibe. Friedrich benutzte diese Gelegenheit, um in Petersburg wieder Vorsicht und Milde zu empfehlen und zu beweisen, daß der Staatskanzler die Schritte Rußlands aufmerksam verfolgte [1]).

Letzteres war in der That der Fall, und als der Wiener Hof über Sachsen die Nachricht erhielt, daß ein russisches Heer in Polen einrücken würde, da geriet er in heftige Bewegung. Maria Theresia gab dem englischen Gesandten davon Kenntnis, und mit der Haltung und dem Blicke, die sie hatte, wenn sie sehr ernst und aufgeregt war, fügte sie dann hinzu: „Sehen Sie, ich will offen mit Ihnen reden, und Sie müssen es ebenfalls fühlen: wir können einen solchen Schritt nicht gleichgültig ansehen, nicht mit gekreuzten Armen dasitzen und es dulden, daß ein Fürst, mit welchem wir in Freundschaft leben, mutwillig unterdrückt wird, bloß weil er nicht alles that oder thun konnte, was man von ihm verlangte.“ [2])

Maria Theresia ließ Vorkehrungen treffen, welche Friedrich den Großen beunruhigten. Wie er hörte, sollten in Wien und Olmütz beträchtliche Magazine gebildet, ein Truppencorps im Fürstentum Teschen sich versammeln und die Armee auf Kriegsfuß gesetzt werden [3]). Diese Nachrichten waren übertrieben, aber keineswegs erfunden. „Die Sache wird ernsthaft“, schrieb der König am 26. Januar 1767 an Solms. Er wollte noch weitere Meldungen abwarten; denn wenn es sich so verhielte, müßte die Reiterei gut beritten und das Heer vollzählig gemacht werden. Österreich wäre imstande, leicht und schnell 80,000 Mann in Ungarn oder Mähren zu versammeln, und es könnte Schritt für Schritt zum offenen Bruche kommen. Friedrich ließ den Grafen Panin auffordern, noch 50- bis 60,000 Mann bereit zu halten, wenn 15,000 Russen in Polen einrücken sollten. In einem zweiten Briefe

1) Forsch. IX, 188. 184.
2) Raumer IV, 83.
3) Der König an Benoit 28. Januar 1767.

an den Grafen Solms fragt der König, was wohl den Fürsten Kaunitz, einen klugen und vorsichtigen Mann, bewegen könne, sich den Russen zu widersetzen, und indem er dem Gesandten seine Vermutungen mitteilt, beschwört er die Kaiserin, dieselben recht zu erwägen. Wir sehen, seine Gedanken gehen nicht auf einen Krieg, jedoch weil er denselben für unvermeidlich hält, erscheint es ihm notwendig, zu dem Vertrage von 1764 ein neues Abkommen hinzuzufügen und darin Bestimmungen zu treffen inbezug auf die gegenwärtige Sachlage, sowie auf die Entschädigungen, die er für die ihm bevorstehenden Unkosten und Gefahren mit Recht verlangen dürfte. Durch einen Eilboten wünscht er Antwort zu haben.

In dem weiteren Briefwechsel mit dem Grafen Solms nimmt Friedrich, von der Kriegsgefahr erschreckt, noch mehr als früher Partei gegen die Russen. „Jede souveräne Macht“, schreibt er am 5. Februar, „hat das Recht, Gesetze bei sich abzuschaffen, aufzugeben und zu verkündigen. Von diesem Recht hat Polen Gebrauch gemacht; es ist der Meinung gewesen, daß die Dissidenten keine Ämter besitzen dürften, und hat sie davon ausgeschlossen. Nun muß man also fragen: Mit welchem Rechte kann die Kaiserin von Rußland in eine innere Angelegenheit von Polen sich mischen? Hierauf wird man nur mit schlechten Gründen antworten können.“ Friedrich hält es für schwer, Katharinas Verfahren zu rechtfertigen. Und eine Woche später schreibt er: „Niemand außer etwa einigen polnischen Bischöfen betrachtet die Dissidentensache als eine religiöse Angelegenheit. Das ganze übrige Europa sagt öffentlich: die Kaiserin von Rußland wolle Polen auf den Fuß von Kurland setzen und dort einen König haben, der das Land unter ihrer Oberleitung regiert und nichts ohne ihre Erlaubnis thut. Das ist es, was die Kaiserin-Königin so eifersüchtig macht und weshalb sie sich rüstet, um die Sache womöglich zu verhindern.“ Friedrich findet den wahren Vorteil aller Nachbarn von Polen darin, daß keine politische Veränderung erfolge. Indem er nun so denkt und weiter in Betracht zieht, daß sein Vertrag mit der Kaiserin nur defensiv

ist, kommt er zu dem Schluß, es verdiene die größte Erkenntlichkeit des Petersburger Hofes, wenn er den russischen Interessen die seinigen opfere.

Die Kaiserin ließ durch keine Vorstellungen sich von ihren Absichten entfernen. Sie beschloß auf Friedrichs Rat die Zahl der Truppen, die in Polen einrücken sollten, zu erhöhen, und zwar auf 22,000 Mann. Sie erklärte sich damit einverstanden, daß der König von Preußen eine Entschädigung erhalten müßte, wenn es zum Kriege käme, jedoch natürlich nicht zum Nachteil oder auf Kosten des russischen Reiches, sondern derjenigen feindlichen Macht, deren Verhalten den Krieg herbeiführen würde. Sie wollte sogar es dann als Pflicht und Ehrenpunkt ansehen, die Waffen nicht eher niederzulegen, als bis die in Aussicht genommene Entschädigung auch erlangt wäre. Sie ersuchte den König, sich sowohl hierüber als über die anderen Punkte des neuen Vertrages näher auszusprechen [1]).

Auch nach zugesichertem Schadenersatz blieb Friedrich II. von dem aufrichtigen Wunsche beseelt, es möchte sich Österreich in die polnischen Angelegenheiten nicht einmischen. Jeder von den beiden Höfen beobachtete den anderen mit gespannter Aufmerksamkeit. Im Februar besuchte der Hauptmann Nugent seinen Bruder, den österreichischen Gesandten in Berlin; er kam gerade damals an, als die Kriegsgerüchte sich zu verbreiten anfingen, um dann, wie Finckenstein meinte, mündlich und ausführlich über Preußens militärische Maßregeln seinen Hof zu unterrichten. Friedrich stimmte dem bei, aber er setzte noch hinzu: „vielleicht glauben die Österreicher, daß wir zu gleicher Zeit mit den Russen in Polen einrücken werden, und sie wollen erfahren, was für Pläne wir haben könnten" [2]). Bald nachher hörte er, daß die Österreicher in ihren Rüstungen nachließen. Herr v. Rohd schrieb am 28. Februar aus Wien: „Ich glaube mit Grund annehmen zu können, daß man die

1) Solms, 12. Februar, wie die vorhergehenden Depeschen nur zum Teil in Forschungen IX, 191.

2) Geheime Kabinettsakten, 14. u. 15. Februar 1767. (Berl. Archiv.)

Russen wird in Polen schalten lassen, wenn nur die Preußen nicht mit im Spiele sind; denn sonst wird hier der Verdacht wieder erwachen, es handele sich um die Zergliederung einer Provinz." Und Kaunitz äußerte sich ebenfalls friedlich. Er hatte von dem großen Könige dessen Bild erhalten; Friedrich war dargestellt, wie er mit dem Finger auf die geschlossene Pforte des Janustempels hinweist. Als der Staatskanzler dem Herrn v. Rohd das Geschenk zeigte, sprach er: „Der König kann fest überzeugt sein, daß ich diese Pforte, die er verschlossen halten will, nicht öffnen werde." [1]) Friedrich hörte mit großem Vergnügen, daß Österreich in seinen Rüstungen nachließe; doch war er noch keineswegs ruhig, sondern er wartete begierig, wie der Einmarsch der Russen aufgenommen werden würde.

Panin hatte sich, wie erzählt worden ist, im Anfange des Jahres an die Czartoryski gewendet, und ihnen, um sie desto mehr zur Mitwirkung zu bestimmen, gesagt: wenn der Warschauer Hof darauf rechnete, den Wiener in sein Interesse zu ziehen und ihn an den polnischen Angelegenheiten teilnehmen zu lassen, so würde er einen allgemeinen Krieg entzünden und die Republik darunter am meisten leiden; von den Türken wäre kein Beistand zu hoffen, da Preußen und Rußland in Konstantinopel gut ständen. Beide Bemerkungen waren richtig; aber die Czartoryski ließen sich dadurch nicht bestimmen, sondern antworteten ablehnend [2]). Nun schrieb Repnin an den Fürsten Karl Radziwill, der seit der letzten Königswahl in Dresden in der Verbannung lebte. Begierig, in die Heimat und die alte Stellung zurückzukehren, versprach dieser ganz und gar mit Rußland auch in der Dissidentensache zu gehen [3]). Repnin wendete sich weiter durch den Kronreferendar Podoski, der bei der letzten Wahl ein sehr thätiges Mitglied der sächsischen Partei gewesen war, an andere Männer derselben poli-

1) Rohd, 15. März.

2) Benoit, 4. u. 11. Februar; die Antwort der Czartoryski ist vom 23. Januar.

3) Ssolowjoff, S. 50.

tischen Richtung, z. B. an den Bischof von Krakau, um den Czartoryski noch eine katholische Konföderation entgegenzustellen. „Sollte der Religionspunkt aber dieses verhindern“, schrieb am 4. Februar Benoit, „so werden die russischen Truppen allein die Dissidenten unterstützen und den ganzen übrigen Teil von Polen zwingen; denn die Kaiserin setzt allen Ruhm auf dieses Werk.“ Mit dem Eifer, welchen die Katholiken in der Verteidigung der Ihrigen zu entfalten pflegen, trat Katharina in einem Schriftstücke, das sowohl in Petersburg, als auch nachher in Warschau gedruckt wurde, sehr ausführlich für die Rechte der unkatholischen Christen ein [1]), und alle Welt erfuhr nun, daß die Kaiserin jedem Widerstande zum Trotz darauf beharre, was sie angefangen habe, glücklich zu vollenden.

Welchen Entschluß sollten die Polen bei dieser Lage der Dinge fassen? Die Vernünftigen sagten: man müsse den Dissidenten bewilligen was die Gerechtigkeit verlange; die anderen dagegen wollten für die Verteidigung ihrer Religion alles wagen. „Die Polen müssen sich“, behaupteten die letzteren, „auf zwei äußerste Fälle gefaßt machen; sie sinken entweder in die größte Erniedrigung und hängen künftig ganz und gar von ihren Nachbarn ab, oder sie reißen sich vermittelst der Verzweiflung, welche der Fanatismus gewöhnlich einflößt, aus der Anarchie heraus, worin sie gelebt haben.“ Und wie die Menschen von leichtem Blute gern hoffnungsvoll in die Zukunft blicken, so gewannen auch diese Schwärmer der sehr düsteren Gegenwart eine gute Seite noch ab. „Vielleicht hat die Vorsehung“, meinten sie, „eine solche Gelegenheit herbeigeführt, um die Polen aus dem Nichts herauszureißen, sie brauchen nur einen Mann, der sich an ihre Spitze stellt und sie dahin bringt, daß sie die Schweizer und die Holländer nachahmen und aus ihrem Vaterland einen achtungswerten Staat machen!“ Indes trotz solcher Reden erwartete Benoit keine großen Thaten von den Polen, und mit dieser Ansicht war Friedrich II. ganz einverstanden. „Sie

1) Geschichte der Staatsveränderungen von Polen vom Tode Königs Augustus III. bis ins Jahr 1775 I, 273—305.

werden zuerst viel Lärm machen", schrieb er zurück, „und dann den Russen nachgeben." [1])

Am 10. März empfing Repnin durch einen Eilboten des Generals Nummers die Anzeige, daß dieser mit 15,000 Mann über Smolensk in Polen einmarschiert sei und langsam nach den Woiwodschaften von Wilna und Brzesc vorrücke. Darauf reiste Soltikow zu seinen Truppen, die sich gen Thorn in Bewegung setzten, um die preußische Konföderation zu schützen; ein dritter Heeresteil sollte von Kiew her nach Sendomir aufbrechen und die Konföderation derjenigen unterstützen, die für die Herstellung der alten polnischen Freiheiten sich mit einander verbinden würden. In Thorn trat am 20. März die preußische Konföderation in die Öffentlichkeit. „Wer es wagen sollte", sagte Repnin zum König Stanislaus August, „ihr ein Leid zuzufügen, der würde dem Augapfel der Kaiserin wehe thun." [2]) Bald nachher gelangte die Nachricht, daß auch in Sluck in Litauen an dem nämlichen Tage sich eine Konföderation gebildet habe, nach Warschau. Nun übergaben Repnin und Benoit ihre Erklärungen zugunsten der Dissidenten. Die Czartoryski empfingen auf ihr Schreiben vom 23. Januar keine besondere Antwort; dagegen ward ihnen ein Brief Panins an den russischen Gesandten in Warschau gezeigt, in welchem die neue Politik der Kaiserin angekündigt war, und hierauf ebenso wie jene beiden Erklärungen in den öffentlichen Blättern bekannt gemacht.

Der Hof betrachtete die Mitglieder der Konföderationen als Aufständische; daher behaupteten die polnischen Minister, daß der König keine Abordnung derselben empfangen dürfte. Repnin sagte darauf: „Je mehr Hindernisse der Hof ihnen macht, desto mehr Verdruß wird er davon haben, weil er sich hierdurch jeden Weg zu einer Verständigung mit Rußland ab-

1) Ebenso hatte Kaunitz am 5. Juli 1763 geschrieben: „Es liege in den Gewohnheiten der Polen, starkes Geschrei zu erheben, sich jedoch, wenn es zur Sache komme, zu nichts zu entschließen." Arneth, Maria Theresia VIII, 32.

2) Theiner IV, 2. p. 209 (am 22. April).

schneidet." Er gab vierzehn Tage Bedenkzeit und drohte, daß die Dissidenten nach Ablauf dieser Frist vorgehen würden. Am 28. April ließ der König sie wirklich zum Handkusse zu und erkannte dadurch ihr gesetzliches Dasein an. Da auch aus Wien, wo man gute Miene zum bösen Spiel machte, weiter angenehme Nachrichten kamen, war es für Katharina nicht gerade notwendig, den neuen Vertrag mit Preußen förmlich abzuschließen; aber sie wünschte das doch. Wer konnte wissen, was die Zukunft bringen und ob Friedrich II. dann ebenso bereitwillig sein würde? [1])

Am 4. Mai unterzeichneten Solms, Panin und Gallitzin das Abkommen. Der König von Preußen verpflichtete sich darin, wenn Maria Theresia die russischen Truppen in Polen bekriegen sollte, mit einem mächtigen Heeresteil auf Ansuchen Katharinas in die österreichischen Länder einzufallen; letztere dagegen versprach, ihn nach dem Vertrage vom Jahre 1764 mit einer den Umständen angemessenen Truppenzahl und im Notfalle mit ihrem ganzen Heere zu unterstützen; sie leistete ferner Gewähr für seinen Besitz und verpflichtete sich, ihm eine Entschädigung für seine Kriegskosten zu verschaffen.

Auf den Wunsch des Petersburger Hofes [2]) ward auch noch bestimmt, daß, wenn eine oder die andere der beiden Parteien während der gegenwärtigen Wirren von einem solchen Nachbar, gegen welchen in dem Vertrage von 1764 eine Geldhilfe festgesetzt war, und besonders wenn die Pforte zu einem Einfall in Polen bewogen würde, diese Geldhilfe, wenn es beide Teile für zweckmäßig hielten, auch in eine Truppenhilfe verwandelt werden könnte.

Wir sehen, der neue Vertrag ist gegen Österreich und die

1) Solms, 20. April. Panin „regarde cette Convention comme un document pour prouver la solidité de l'alliance de V. M. pour cet Empire et comme un fondement sur lequel on pourra bâtir dans d'autres circonstances".

2) Finckenstein an den König, 8. Oktober 1768 (Geheime Kabinettsakten). Der Vertrag trägt das Datum des 23. April, das ist aber offenbar alter Stil.

Türkei gerichtet. Die Pforte war damals ganz ruhig und blieb es auch; wenn ihr gesagt wurde, daß die Höfe von Petersburg und Berlin durch die Begünstigung der Dissidenten nur die polnischen Freiheiten umstürzen wollten, so antwortete sie mit gutem Grunde: die Herstellung des Liberum veto und die Aufhebung der Konföderation bewiese das Gegenteil [1]). Auch in Wien war schon längere Zeit nicht mehr die Rede von Magazinen und Rekruten [2]). Gegen Ende des April erklärte Maria Theresia einer Person, die ihr Vertrauen besaß: „Obgleich ich durch das Benehmen der russischen Kaiserin verletzt bin, und mich aus religiösen und anderen Gründen die Wendung schmerzt, welche die Angelegenheiten in Polen nehmen, so ist doch meine eigene Lage und der ganze Zustand Europas von der Art, daß es mir unmöglich ist, mich einzumischen." [3]) Man sieht, wie unzufrieden die Kaiserin-Königin ist, und der preußische Gesandte berichtete ungefähr um dieselbe Zeit, daß die allmählich geschwundene Furcht vor einer polnischen Teilung wieder auflebte [4]). Jedoch bei dem noch immer sehr traurigen Zustande der Finanzen konnte man um so weniger in Wien etwas wagen, als die Pforte ruhig blieb und von Frankreich kein ordentlicher Beistand zu erwarten war; denn auch in Versailles herrschte der größte Geldmangel, und über-

1) Ministerial-Note an Rohd vom 6. April.

2) Rohd, 1. April: „rien ne se remue ici pour les affaires de Pologne et l'on n'en parle plus ni de Magasins ni de Recrues".

3) Raumer IV, 104.

4) Am 6. Mai. Er schreibt: „Le Pr. Kaunitz est trop boutonné pour en dire sa pensée, d'ailleurs ce n'est pas sa méthode de parler d'affaires, mais si l'on peut former quelques conjectures d'après les propos qui échappent aux autres, on doute ici très-fort que les Russes sortent de Pologne, quand même l'affaire des Dissidents soit réglée à leur satisfaction, et on s'imagine qu'avant que d'évacuer ce Royaume ils voudront être indemnisés des fraix que leurs opérations et leurs marches auront causés à la cour de Russie, et qu'en attendant le payement ils se saisiront de quelque province qui se trouvera à leur bienséance, tandisque V. M. en fera autant de son côté en vertu de la grande part qu'elle a eue à toutte cette affaire."

dies nahm der Herzog von Choiseul an dem, was die Engländer in Amerika machten, weit mehr Anteil als an allem, was in Polen vorging [1]). Unter solchen Umständen fiel die gewissermaßen verstärkte Einigkeit der Höfe von Berlin und Petersburg doppelt ins Gewicht. Als Herr v. Rohd am 22. Mai der Kaiserin die glückliche Entbindung der Prinzessin von Preußen von einer Tochter anzeigte, benutzte Maria Theresia die Gelegenheit, um sich über manche Dinge gegen ihn auszusprechen. Inbezug auf die polnischen Angelegenheiten sagte sie: Bisher habe sie sich nicht in dieselben gemischt, und sie wolle das auch künftig nicht thun. Vom Bischofe von Krakau sei sie zwar ebenso gut angegangen worden wie die Höfe von Frankreich und Spanien, aber sie habe nicht einmal wie diese geantwortet, und vom Könige von Polen sei nichts an sie gekommen. Seitdem das Liberum veto wiederhergestellt worden, dessen Erhaltung sie ebenso viel angehe wie die übrigen Nachbarn der Republik, werde sie sich in die Angelegenheiten der Dissidenten, die wahrscheinlich auf dem nächsten Reichstage würden geordnet werden, nicht mischen. Sie leugnete dann, daß sie italienische Regimenter hätte kommen lassen wollen, und sprach davon, daß sie nur 4000 Pferde für die schwere Reiterei gekauft, während sich bei Friedrich die Zahl auf 10,000 beliefe. Die Unterredung dauerte eine ganze Stunde; „noch niemals bisher“, bemerkte Rohd, „hat die Kaiserin-Königin so lange mit mir gesprochen und so viel Vertrauen gezeigt“ [2]). In Berlin aber ließ man sich durch das Gefühl nicht mißleiten, sondern schrieb die österreichische Friedfertigkeit der Haltung der Pforte zu [3]).

So hatten die Polen nirgends Aussicht auf Beistand; gegen Ende des Maimonats erklärte sich der Senat für einen außerordentlichen Reichstag, welcher am 5. Oktober zusammentreten sollte. Katharina gewann freie Bahn für ihre polnischen

1) Raumer IV, 132 (25. November 1767).

2) Rohd, 23. Mai.

3) An Rohd, 5. Juni.

Pläne. Werden aber die Feinde des Königs Stanislaus August und der Czartoryski, die Gegner der politischen Reform, dem Hofe die Hand reichen wollen, welchem sie ihre Niederlage verdankten? Um jene zu sich herüberzuziehen, sagte Rußland ihnen: „die Wiedereinsetzung der Dissidenten in ihre alten Rechte sei eine festbeschlossene Sache; wenn es nicht anders gehe, werde man Gewalt brauchen. Sie sollten darum bedenken, ob es nicht besser wäre, wenn zu gleicher Zeit ihren Beschwerden unter der Garantie Rußlands abgeholfen würde; doch könnte dies nur geschehen, wenn auch die Patrioten den Schutz des Petersburger Hofes anriefen und sich bereit erklärten, den Dissidenten zu bewilligen, was recht wäre." Den Bischöfen gestattete Repnin, daß sie sich in ihrem Manifeste nur in sehr allgemeinen Ausdrücken erklären könnten; den alten Branicki war er bemüht zu gewinnen, indem er dessen treuen Anhänger Mokranowski inbezug auf die Kriegskommission einen Plan ausarbeiten ließ, welcher den Ansichten des Krongroßfeldherrn entspräche. Ferner wurde der Oberst Karr nach Wilna geschickt, um dem Fürsten Radziwill zur Seite zu stehen; er sollte denselben besonders abhalten, Gefühlen des Hasses und der Rache nachzugeben. Die Litauer empfingen den Auftrag, ihre Beschwerden mit Anstand und so mild als möglich vorzubringen. Denen endlich, welche sich einbildeten, daß es sich um die Absetzung des Königs von Polen handelte, bemerkte Repnin, sie möchten einen solchen Gedanken nur fahren lassen [1]).

Der Petersburger Hof hatte die Zauberformel gefunden, welche die verblendeten Patrioten in sein Netz trieb. Am 30. Mai berichtete der Thorner Resident: „Der allgemeine

1) Benoit, 8., 22., 29. April, 22. u. 27. Mai; Panin rühmte sich später, er habe den sächsischen Residenten in Warschau und die besten Anhänger des Hauses Sachsen gebraucht, „pour attirer à cette confédération les personnes qui étoient les plus opposées aux principes qu'on vouloit établir à cette diette"; Repnin habe verstanden, „employer le parti opposé même pour le faire servir contre son gré et à son insceue à l'avancement de sa négociation". Solms, 10. Mai 1768.

Zulauf zu den Konföderationen, sagen selbst erfahrene Polen, ist ohne Beispiel". Besonders gelehrig zeigten sich die Litauer, wie die öffentlichen Kundgebungen ihrer Einzelkonföderationen und die in Wilna zustande gebrachte Generalkonföderation beweisen. Durch den Brief Panins an Repnin von den heilsamen Absichten Katharinas unterrichtet, waren sie voll des lebhaftesten Dankes für das Versprechen, welches die Kaiserin gegeben, der Herrschsucht etlicher Ehrgeizigen, d. h. der Czartoryski, entgegenzutreten, und die alte Freiheit und Gleichheit der Stände wiederherzustellen. „Diese große Fürstin merkte wohl", hieß es an einer anderen Stelle der Konföderationsakte, „daß diejenigen, die ihre Macht so erweiterten, die heiligsten Gesetze der Republik umstießen und sich auf den Trümmern eines vernichteten Reiches zu erheben suchten. Nicht mehr ein Teil, sondern die ganze Republik ruft die Kaiserin von Rußland um den Schutz an, welchen die Minister derselben nicht einem kleinen Teile der Mitbürger, sondern der gesamten Nation überhaupt zu versprechen angewiesen worden." [1])

Man kann sich das Wehklagen denken, in welches der päpstliche Nuntius ausbrach. Er gehörte nicht zu den schlimmsten Eiferern und erhielt, weil er dem römischen Hofe zu milde war, einige Zeit nachher einen Nachfolger von härterem Metall; doch war er unduldsam genug. Er wollte nicht einmal zulassen, daß ein Bethaus, welches unter dänischem Schutz und auf dem Hofplatze des dänischen Residenten in Form eines Schuppens erbaut war, seiner Bestimmung übergeben würde [2]). Da mußte die Konföderationsakte der Litauer ihn ins Herz treffen. „Diese verführte, schwache Nation", schrieb er am 17. Juni nach Rom, durch den Einmarsch der Russen eingeschüchtert, von dem Fanatismus der Mißvergnügten ergriffen und hintergangen durch die Lügen der Schelme, läßt sich

1) Geschichte der Staatsveränderungen von Polen vom Tode Königs Augustus III. bis ins Jahr 1775 I, 346ff.

2) Prowe, S. 28. 30. Theiner IV, 2. p. 218.

immer mehr ins Verderben ziehen und entsagt feige jenen religiösen Gefühlen, die ihr so sehr am Herzen lagen.“ Es war dem Nuntius ein Trost in diesem schweren Leide, zu hören, daß die Polen, die in Radom ihre Generalkonföderation machen wollten, die Zusammenkunft auf den 22. Juni hinausgeschoben hätten, weil sie den Dissidentenartikel nicht so freisinnig, wie die Litauer, aufsetzen, sondern etwas verändern wollten [1]).

In der That wurden die Verhandlungen in Radom viel schwieriger. Zwar machte man den Fürsten Radziwill nach dem Willen des Petersburger Hofes zum Generalkonföderationsmarschall, und ein Teil der Anwesenden zeigte sich bereit, inbezug auf die Dissidenten dem Beispiele der Litauer zu folgen; aber andere wollten sich hierüber nur allgemeiner Ausdrücke bedienen, und eine dritte Partei, an deren Spitze der Woiwode von Kiew, Potocki, stand, gedachte nur dann dem Wunsche Rußlands in diesem Punkte zu willfahren, wenn alles, was zugunsten des Königs von Polen lautete, gestrichen würde, und sie also die Absetzung desselben ins Auge fassen könnte. Die Letzteren machten schon Miene, sich von den übrigen zu trennen; aber der Oberst Karr stellte den Polen die verderblichen Folgen vor, denen sie sich durch alle diese Streitigkeiten aussetzen würden. Indem hieraus leicht ein Bürgerkrieg hervorgehen könnte, die Kaiserin aber einen solchen gern verhüten möchte, sagte Karr, würden die russischen Generäle gegen diejenigen, welche die Zwietracht veranlaßten, der Truppen sich bedienen müssen, die in der Umgegend von Radom ständen und um welche sie selber zum Schutz ihrer Konföderation gebeten hätten. Notgedrungen mußte man sich den Dissidentenartikel gefallen lassen; jedoch es wurde noch eine sehr zweideutige Erklärung angenommen, durch welche man sich eine Hinterthür offen hielt [2]).

Die Unzufriedenheit wuchs, als man zu den politischen

1) Theiner IV, 2. p. 213.
2) Ib., p. 166.

Artikeln überging. Der russische Gesandte, welcher die Patrioten auch hierüber nicht nach ihrem Gutdünken verfahren lassen wollte, sah sich manchmal genötigt, ihnen vier Eilboten an einem Tage zu senden. Die Gesichter der Polen verlängerten sich und sie fingen an zu fürchten, daß Repnin alles andere würde fallen lassen, wenn einmal die Dissidentenangelegenheit geordnet wäre. Zum größten Verdrusse des russischen Gesandten beschloß der alte Branicki, nach Bialystock zu gehen und wieder als Privatmann zu leben, da doch ziemlich alles wie bisher bleiben, und der Hof seine Macht und Herrschaft behalten würde. Mit vieler Mühe kam die polnische Generalkonföderation zustande und vereinigte sich mit der litauischen. Hierauf wurde Radziwill von Stanislaus August empfangen, der sich sehr gnädig gegen ihn benahm und dafür hören mußte, daß der Fürst seine Wiederherstellung und Freiheit der Gnade der russischen Kaiserin verdanke, die Seine Majestät auf den Thron gesetzt habe [1]).

Stanislaus August war in große Betrübnis geraten, als Repnin den Feldzug gegen die Czartoryski eröffnete, jedoch er hatte keine Gegenmaßregeln ergriffen und sogar den Mann, welcher das Hauptwerkzeug des russischen Gesandten gewesen war, den Krongroßreferendar Podoski, nach dem Ableben Lubienskis auf Repnins Verlangen zum Primas von Polen ernannt. Er mußte freilich, wenn er die Krone durchaus behalten wollte, mit dem Petersburger Hofe sich wieder auf einen freundlichen Fuß stellen. Er machte denn auch seinen Frieden mit Repnin und half ihm bei den Wahlen für den Reichstag, die auf den 24. August angesetzt waren. Beide, der polnische König und der russische Gesandte, schickten Männer von Ansehen und Gewicht in alle Provinzen, um den kleinen Adel zu leiten; außerdem sollten überall, wo diese Landtage gehalten würden, russische Truppen anwesend sein. Die Maßregel schien um so notwendiger, als das Mißvergnügen der Konföderierten eher zu- denn abnahm. Sie klagten über Ver-

1) Benoit, 27. Juni, 8., 22. Juli, 5. August.

nachlässigung ihrer Interessen; die Gewalt, behaupteten sie, thäte alles, und der Petersburger Hof würde zuletzt alleiniger Gesetzgeber in Polen sein.

Auch bei den Wahlen wurde Zwang angewendet. Als der Adel in Posen die von Repnin vorgeschlagenen Landboten nicht annehmen wollte, da ließ dieser die Kirche, wo die Versammlung tagte, von Soldaten umstellen; dieselben hatten den Auftrag, niemand herauszulassen, bis nicht nur jenes geschehen, sondern auch für die Landboten richtige Verhaltungsbefehle gegeben wären. In der Woiwodschaft Rußland wurde der fanatische Krongroßmundschenk Czacki auf seinen Gütern durch russische Truppen festgehalten, aber ungeachtet seiner Abwesenheit zum Landboten gemacht. Hier und in Podolien waren alle Wahlen, in Litauen die Hälfte dem Petersburger Hofe feindlich, und wo sie anders ausgefallen, da hatten nur wenige teilgenommen. Auf den Warschauer Landtag z. B. waren nur etwa 20 Edelleute gekommen.

„Der gute Gott weiß, wie das alles ablaufen wird", schrieb am 5. September der preußische Resident. Sein König sehnte sich nach dem Ende dieser Wirren, weil er immer fürchtete, daß es endlich durch Eingreifen fremder Mächte zu einem Kriege kommen könnte. Benoit sagte deshalb dem Fürsten Repnin, es sei notwendig, die Sache so bald als möglich zu Ende zu bringen. Der russische Gesandte wünschte das auch, hielt es aber, da der Reichstag nur zwei Wochen dauern sollte, nicht für möglich, man müßte denn damit anfangen, die Hälfte der Mitglieder niederzuhauen. Deshalb ging sein Plan dahin: der Reichstag ernennt eine Deputation und erteilt ihr Vollmacht, mit den Dissidenten zu verhandeln und auch die anderen Angelegenheiten zu ordnen; er tritt, wenn dieses geschehen ist, wieder zusammen und bestätigt alles [1]).

Ob Repnin so viel erreichen würde, das war freilich mehr als zweifelhaft, wie er selbst in kurzem merkte. Der Woiwode von Kiew sowohl als die anderen Potocki, die zu ihm hielten,

1) Benoit, 12., 26. u. 29. August, 5. September.

und noch mehr die Bischöfe von Krakau und Kaminiec, gerade diejenigen, die zuerst auf den Vorschlag der Konföderation eingegangen waren, weigerten sich die Sache der Dissidenten auf dem Reichstage zu verteidigen; sie hätten, sagten sie, nur unter der Bedingung sich dazu verpflichtet, wenn den Beschwerden der Nation abgeholfen würde; letzteres aber erwarteten sie nicht mehr. Vor den Wahlen, am 15. August, hatte der Bischof von Krakau sich in einem Rundschreiben an die Wahllandtage dahin ausgesprochen: „Die Erklärungen der Kaiserin von Rußland verdienen die Bewunderung der künftigen Jahrhunderte, sie beweisen, daß diese große Fürstin geschaffen ist, um die Nationen glücklich zu machen, die Welt mit ihren Wohlthaten zu erfüllen und dadurch dem Menschengeschlecht ein schönes Beispiel zu geben.“ [1]) Die versprochene Rückkehr zur alten polnischen Freiheit hatte den unklugen Mann bezaubert und in ihm den Glauben erweckt, er würde sein politisches Ideal erreichen, ohne den Dissidenten völlige Gleichheit mit den Katholiken gewähren zu müssen. Jetzt aber, wo jener Wunsch in die Ferne zu rücken schien, die Forderung zugunsten der Unkatholischen dagegen immer lauter erhoben wurde, trat er wieder als religiöser Eiferer auf den Kampfplatz.

„Wenn wir auf dem bevorstehenden Reichstag in der Dissidentenangelegenheit Erfolg haben wollen“, hatte Repnin bereits um den 1. September nach Petersburg geschrieben, „so ist es durchaus erforderlich, den Bischof von Krakau und ähnliche Fanatiker festnehmen zu lassen, sonst werden wir mit ihnen nicht fertig werden.“ Um aber eine so scharfe Maßregel womöglich zu vermeiden, suchte Repnin den gefährlichen Kirchenfürsten einzuschüchtern. In seinem Auftrag und auf seine Bitten redeten der neue Primas Podoski und Benoit mit dem Bischof und drohten ihm mit dem Schicksale Czackis; ein andermal ward er aufgefordert, eine Krankheit vorzuschützen und dem Reichstage fern zu bleiben. Aber er zeigte sich unerschütterlich.

1) Theiner IV, 2. p. 173.

Nach der Mitte des September erhielt Repnin die Erlaubnis, die er nachgesucht, einige Fanatiker festnehmen zu dürfen. Er versprach, nicht ohne die äußerste Notwendigkeit hiervon Gebrauch zu machen; aber er gestand ein, daß er die größte Furcht hätte dazu gezwungen zu werden. Der Bischof freute sich in der That, als Märtyrer einen Ehrenplatz in den Jahrbüchern seiner Nation zu erhalten, und weil ihm Repnin einmal hatte sagen lassen, er könnte statt in den Reichstag vielleicht eine Reise nach Sibirien antreten, so sah er sich im Geiste schon auf dem Wege dahin und machte nicht nur sein Testament, sondern kaufte bereits auch Uhren und Tabaksdosen für die Offiziere und Unteroffiziere, die ihn nach dem Sitz der Kälte bringen würden. Als nun aber keine Drohung verfing, schickte Repnin eine Abteilung russischer Soldaten auf die Landgüter des Kirchenfürsten, um ihm zu zeigen, daß er nicht länger geschont werden könnte [1]). Es war, als dächte der Vertreter des Petersburger Hofes an den Rat, welchen einstmals der Nuntius Caraffa dem Kaiser Ferdinand II. gegeben, durch Drangsale den böhmischen Protestanten Einsicht zu verschaffen.

Um den Bischof von Krakau weiter zu schrecken, wagte Repnin zu derselben Zeit noch eine neue Gewaltthat. Im Hause des Fürsten Radziwill wurden Beschlüsse gefaßt, welche die Petersburger Pläne mächtig fördern sollten, z. B. daß die russischen Soldaten in Polen als Hilfsvölker gelten und alle Landboten, die einen Eid wider die Dissidenten geleistet hätten, von den Sitzungen ausgeschlossen werden sollten. Ein gewisser Kozuchowski, welcher sich diesen Anträgen auf das heftigste widersetzt hatte, wurde nach der Beratung ohne weiteres von einem russischen Obersten auf offener Straße verhaftet.

Bald darauf, am 5. Oktober, nahm der Reichstag seinen Anfang. Die Nacht vorher waren 500 Russen mit 5 Stück Kanonen eingerückt und schlugen im Garten Repnins, wo schon

1) Benoit, 16., 23. u. 30. September.

200 Mann standen, ihr Lager auf. Da inzwischen laut geworden war, in welcher Weise vorgegangen werden sollte, warf sich der Nuntius schon früh in die Kleider, fuhr zum König, zum Primas und zum Fürsten Radziwill und gab unter entsprechenden Begleitworten die Breven an Stanislaus, an die Bischöfe und an die Senatoren, sowie endlich an den Ritterstand ab. Bei Radziwill waren eben die Räte und Beamten der Konföderation versammelt, um ihr Haupt, den Großmarschall, zur Sitzung zu begleiten. Das Breve des heiligen Vaters und die Worte seines Vertreters übten auf die Anwesenden die herkömmliche Gewalt aus; dem Großmarschall rollten dicke Zähren über die Wangen, und allgemeines Schluchzen und Wehklagen erfüllte den Saal. Infolge dieses Auftrittes erschien aber auch Repnin hier und sagte der Versammlung: da sie sich einmal konföderiert und den Beistand der Kaiserin angerufen hätten, so wären sie auch verpflichtet, nach deren Wünschen sich zu richten und auf keine anderen Vorstellungen zu hören, sonst würde man gezwungen sein, zu unangenehmen Mitteln zu greifen.

Es ist ein Zeichen der Schlauheit des Petersburger Hofes, noch mehr aber ein Beweis unglaublichen politischen Unverstandes, daß die Polen ins Garn gegangen waren. Und was für entehrende Vorschläge mußten sie jetzt hören! Der Reichstag sollte nur eine Deputation ernennen, sich dann trennen und erst wieder zusammentreten, wenn sich die Deputation sowohl über die Dissidenten-Angelegenheit als über die politische Freiheit der Polen mit dem Fürsten Repnin geeinigt haben würde; der Reichstag sollte dann das Werk jener Vereinbarung einfach annehmen. Die Mitglieder des Ausschusses hatten der König aus den Senatoren und Radziwill als Großmarschall der Konföderation und Präsident des Reichstages aus dem Ritterstande zu ernennen, und da vierzehn von ihnen und der Primas als Vorsitzender der Deputation beschlußfähig sein sollten, so konnte die Entscheidung bei acht Männern liegen. Das mißfiel nun, wie billig, allgemein und ebenso widerwärtig erschien die Forderung, daß Rußland angegangen werden sollte,

die Gewähr für die Beschlüsse der Deputation zu übernehmen. Die Verhandlungen rückten in der ersten Woche nicht um eine Linie vor, und die zweite fing nicht besser an. Die Polen befanden sich in der übelsten Lage. Die Stadt Warschau war von russischen Truppen umgeben, und Kanonen standen auf dem anderen Ufer der Weichsel, die Mündungen gegen das Schloß gerichtet, wo die Sitzungen gehalten wurden. König und Primas verrieten ihr unglückliches Vaterland, indem sie für Repnins Vorschläge, deren Annahme die Unterordnung Polens unter Rußland bedeutete, mit aller Macht wirkten. Der Gesandte war zum Äußersten entschlossen, und als auch die zweite Woche keine besseren Aussichten eröffnete, da ließ er in der Nacht vom 13ten zum 14ten den Bischof von Krakau, der in richtiger Ahnung an demselben Tage schon für seine Stellvertretung Sorge getragen, und den Bischof von Kiew, den Woiwoden von Krakau Wenzel Rzewuski und dessen Sohn, den Starosten von Dolin, festnehmen und nach Wilna führen. In der Erklärung, welche folgenden Tages erschien, ward als Grund angegeben: diese vier Männer hätten gegen die Würde der Kaiserin gefehlt, indem sie die Reinheit ihrer heilsamen, uneigennützigen und für die Republik freundschaftlichen Absichten angriffen.

Der König von Polen ordnete drei hochgestellte Männer ab, welche den Fürsten Repnin um die Freilassung der Gefangenen ersuchen sollten. Der englische Gesandte betrachtete diesen Schritt mit Recht als einen hinreichenden Beweis für den elenden Zustand der Republik, welche zum Widerstande keine anderen Waffen als demütige Bitten und Thränen hätte. Repnin gab nicht nur die Verhafteten nicht los, sondern er weigerte sich auch, die Sicherheit der anderen Mitglieder des Reichstages zu verbürgen, und drohte diejenigen als Aufrührer gegen die Regierung zu behandeln, welche dem Willen der Kaiserin widerstreben würden. Eine neue Deputation, aus 3 Senatoren und 6 Landboten bestehend, begab sich einige Tage später zu ihm und bat, daß er doch die russischen Forderungen ermäßigen möchte; jedoch auch hier zeigte sich der

schroffe Mann unerbittlich und gewährte nur Unbedeutendes. Er gestattete z. B., daß die russischen Soldaten in Polen nicht als Hilfsvölker, sondern als befreundete Truppen bezeichnet und die Allmacht der Delegation durch den Vorbehalt der Zustimmung der Republik beschränkt würde; jedoch von einer Befugnis, auch abzulehnen, wollte Repnin nichts wissen. Er meinte, dieser Ausdruck sei beleidigend, und es verstieße gegen die Würde der Kaiserin, daß das, was ihr Gesandter und die Abgeordneten der Republik mit einander vereinbart hätten, dann verworfen werden könnte; überdies wisse jedermann, ward höhnisch hinzugefügt, daß mit dem Recht anzunehmen auch das Recht abzulehnen verbunden sei. Endlich die letzte Frage der Deputation lautete dahin, ob es eine Hoffnung auf Milderung dieser Vorschläge gebe. Die Antwort war trostlos; denn Repnin schnitt nicht nur jede solche Erwartung ab, sondern er stellte Gewaltmaßregeln gegen diejenigen in Aussicht, welche mit jenen Vorschlägen nicht zufrieden wären; die Kaiserin würde dieselben als Feinde der konföderierten Nation betrachten und alle Macht gegen sie gebrauchen.

Nachdem der Reichstag von dem Willen des russischen Despoten am 19. Oktober in Kenntnis gesetzt worden war, wurden die beiden verhängnisvollen Schriftstücke über die zu ernennende Delegation und deren Befugnis vorgelesen und zur Annahme gestellt. Nur sehr wenige Mitglieder gaben ihre Zustimmung, die meisten schwiegen, ohne zu widersprechen. Hierauf unterschrieben der König und die beiden Marschälle der Konföderation, und nachdem Stanislaus August und Radziwill die Mitglieder der Delegation ernannt hatten, trennte sich der Reichstag bis zum 1. Februar des folgenden Jahres, und die Blockade der polnischen Hauptstadt ward aufgehoben [1]).

Am Ende des Monats teilte der Berliner Hof dem Grafen Solms die Ergebnisse des Reichstages mit und bemerkte dann darüber: „Diese Bestimmungen, die gewiß einzig in der Ge-

1) Benoit und Theiner IV, 2. p. 231 sqq. 194, wo es aber heißen muß „Lundi 19 (statt 20) Octobre“. Der „Actus limitationis“ und die „Plenipotentia“, ib. p. 184 sqq.

schichte aller Völker dastehen, und die Mittel, durch welche man sie erreicht hat, machen ein sehr lebhaftes Aufsehen im ganzen übrigen Europa, und man betrachtet die Polen überall als eine unterjochte Nation. Man kann zwar annehmen, daß im gegenwärtigen Augenblicke Rußland sein Ziel erreichen wird, ohne daß ein anderer Hof sich ihm in den Weg stellt; aber es ist auch unzweifelhaft, daß, wenn die Lage der Dinge sich mit der Zeit ändert, die Polen alles wieder umstoßen und auch auswärtigen Beistand finden werden." Ähnliche Erklärungen gingen an Benoit: „Ihr könnt Euch wohl vorstellen", schrieb der König am 25. Oktober, „daß die eben eingetretenen Ereignisse mir im Grunde nicht gefallen; aber man darf sich davon nichts merken lassen. Vielmehr müßt Ihr thun, als ob Ihr mit dem Fürsten Repnin an einem Stricke zöget." Der König meinte: wenn Benoit sehr geschickt verführe, könnte sich sogar eine preußische Partei bilden und Gelegenheiten eintreten, wo man davon einen Vorteil hätte, so wenig man auch auf die Polen rechnen dürfte. Drei Tage später schrieb er: „Inbezug auf das Verfahren der Russen ist wohl zuzugeben, daß sie zu weit gehen und sich überdies mit uns nur über wenige Stücke verständigen. Aber Ihr müßt bedenken, daß sie, wenn sie nicht mit uns im Bündnis ständen, sondern mit den Österreichern, ganz ebenso handeln und vorgehen würden. Folglich muß man die Unregelmäßigkeiten, welche vorkommen, als ein unvermeidliches Übel ansehen. Inzwischen thut Ihr wohl daran, daß Ihr hierbei wieder gut macht, was sich verbessern läßt; aber immer müßt Ihr Euch so benehmen, daß Ihr Euch nie mit dem Fürsten Repnin entzweiet. Übrigens ist es mein ausdrücklicher Wille, daß Ihr gegenwärtiges Schreiben, wenn Ihr es gelesen, sofort verbrennt, ohne davon weder eine Abschrift zu behalten noch einen Auszug. Hiernach habt Ihr Euch genau zu richten." [1])

1) Ministerial-Note vom 31. Oktober an Solms, Immediatdepesche vom 25. und 28. Oktober an Benoit. Im letzten Schreiben teilt der König auch mit, „quoique sous le plus inviolable secret", daß er gegen Solms nicht ist „sans soupçons de corruption".

Benoit vernichtete das Schreiben und zog weiter an einem Stricke mit Repnin; doch war er keineswegs auf letzteren gut zu sprechen. Er hatte bereits am 27. Mai geschrieben: „Ich glaube zu bemerken, daß Rußland, wie es allein die Kosten dieser Konföderationen trägt, auch allein das Verdienst von allem, was hier geschieht, haben möchte, damit die Polen nur ihm verpflichtet sind, und damit es so in den polnischen Angelegenheiten immer die Hände haben und dadurch in allem, was die Souveräne von Preußen etwa mit Polen abzuwickeln haben, eine Art von Schiedsrichter werden kann; wenigstens habe ich bei dem, was hier vorgenommen wird, im Vergleich zu dem [russischen] Gesandten ganz das Ansehen eines Subalternbeamten." In dem nämlichen Sinn äußerte sich Benoit jetzt; er war ungehalten, aber er mußte gehorchen und Repnin gewähren lassen.

Zuerst kam die Angelegenheit der Dissidenten an die Reihe. Die eigentlichen Verhandlungen darüber begannen in der Sitzung vom 7. November, wo Repnin sechs Forderungen stellte. Die erste betraf natürlich die freie Religionsübung überhaupt. Zweitens verlangte der russische Gesandte die Einsetzung einer aus Katholiken und Dissidenten bestehenden „gemischten Kommission"; dieselbe sollte die Richtersprüche, durch welche den Dissidenten in früheren Zeiten Kirchen weggenommen und auf andere Weise Unrecht zugefügt worden war, einer erneuten Prüfung unterwerfen. Repnin forderte weiter für die Dissidenten staatsbürgerliche Gleichheit, Befreiung von geistlichen Gerichten und die Befugnis, überall, wo sie es nötig hätten, Kirchen zu bauen. Endlich sollten ihre Güter nicht allein die nämlichen Lasten tragen, wie die der Katholiken, sondern auch die nämlichen Vorteile genießen. Am 10. November wurden diese sechs Forderungen einer Subdelegation von Katholiken und Dissidenten übergeben, in welche die aufgeklärtesten Mitglieder, z. B. Adam Czartoryski, durch Wahl eintraten. Benoit meinte, daß die Dissidenten ihre Wünsche schon jetzt als erfüllt ansehen könnten. Doch zogen die Verhandlungen noch lange sich hin, und einige Vorrechte blieben den Katholiken.

Daß der König und auch die Königin (letztere wenigstens, wenn sie gekrönt zu werden wünschte) der römischen Kirche angehören müßten, war billig; dagegen einige andere Bestimmungen konnten zu Bedenken Anlaß geben. Überall, auch in dem polnischen Preußen, wo das bisher nicht der Fall gewesen, sollte die katholische Kirche als die herrschende bezeichnet, und der Abfall von ihr bestraft werden. Ferner das vor dem Jahre 1717 den Dissidenten zugefügte Unrecht sollte bestehen bleiben; eben diese Bestimmung gab aber zu gegründeten Klagen Anlaß. Der griechische Bischof von Mohilew war darüber sehr erbittert, da seine Kirche gerade während der letzten Zeit des siebzehnten Jahrhunderts am meisten beraubt worden war; desgleichen wurden adelige protestantische Familien hart betroffen, z. B. die Unruhs in Groß-Polen, die Eberts und Czapski in Schlesien. Für die beiden letzteren war Benoit von Friedrich II. angewiesen worden einzutreten, und das that er denn auch; aber er stieß auf Widerstand. Repnin wußte die Polen auf eine unglaubliche Weise einzuschüchtern; als der Vertreter des heiligen Vaters vom Bischof von Cujavien wissen wollte, ob sie denn auch den Koran angenommen haben würden, wenn es der russische Gesandte verlangt hätte, bekam er zur Antwort: gegen die Gewalt könne man nichts ausrichten. Aber wenn die Interessen der Kaiserin nicht im Spiele waren, konnte Repnin auch gemäßigt reden. Er erwiderte dem Vertreter des Königs von Preußen: man solle sich mit dem begnügen, was man erlangen könne, und nicht die Katholiken gar zu sehr vor den Kopf stoßen, indem man Angelegenheiten wieder hervorsuche, bei denen so viele große Familien der Gegenwart interessiert seien; er strebe vielmehr dahin, die Dissidenten für die Zukunft sicher zu stellen. Und Friedrich II. war keineswegs gesonnen, zu weit zu gehen. Er antwortete auf Benoits Bericht am 25. November: „Es ist meine Absicht, Ihr sollt nicht hitzig darauf bestehen, sondern zusehen, was Ihr durch gemäßigte Vorstellungen ausrichten könnt, ohne lebhaft einzutreten, damit Ihr nicht die großen Angelegenheiten verderbet.“ Benoit verhielt sich so, wie der König es wünschte,

und bevor er noch jenen Befehl empfangen hatte, war die Angelegenheit geordnet.

Das lange Aktenstück zählte zuerst die Vorrechte der Katholiken auf, dann die Rechte der Dissidenten; für Kurland und das polnische Preußen wurden noch einige besondere Bestimmungen getroffen. Die Marienkirche in Danzig kam nicht in die Hände der Jesuiten, welche danach sehr eifrig verlangt hatten. Die Protestanten in Thorn verloren zwar zwei Gotteshäuser, die den gegenwärtigen Besitzern, Mönchen und Nonnen, für immer verbleiben sollten; dagegen behielten die Evangelischen die Kirche, welche sie sich einige Jahre zuvor in der Altstadt erbaut hatten, und außerdem wurde das mit Blut geschriebene Urteil von 1724 vernichtet und dessen Folgen aufgehoben; denn das Konsistorium in Thorn erhielt seine alten Rechte, die Stadt das Gymnasium und die evangelischen Schulen nebst der Buchdruckerei zurück und ebenso das Patronat über die Johanniskirche, wie sie es früher mit dem Könige zusammen besessen hatte. Der Adel der Woiwodschaft Kulm sollte zu Beisitzern seiner Landgerichte künftig ohne Rücksicht auf die Religion Mitglieder des Rates wählen. Die Inschrift, welche das Andenken an die polnische Greuelthat von 1724 im Gedächtnis der Menschen erhielt, sollte von den Jesuiten dem Rat überantwortet werden, und um gleichsam des Übels Quelle zu verstopfen, wurde den preußischen Städten ausdrücklich das Recht zugesprochen, Studenten und Schüler, katholische so gut wie nichtkatholische, wenn sie die öffentliche Ruhe störten, festzunehmen, damit sie von dem kompetenten Richter bestraft würden. Wenn der Rat in Thorn seit 1724 zur Hälfte aus Katholiken bestehen mußte, trotzdem daß dazu taugliche Männer bei weitem nicht in genügender Zahl vorhanden waren, so hörte dieser unerträgliche Zwang endlich auf. Dagegen sollten die Katholiken künftig auch in den anderen protestantischen Städten des polnischen Preußens in den Rat eintreten können, und die katholische Kirche mußte fortan auch hier als die herrschende bezeichnet werden.

Mit diesen Bestimmungen waren die preußischen Städte

nicht gänzlich zufrieden. Sie hätten am liebsten die Katholiken von allen Ämtern ausgeschlossen; aber Repnin ging darauf nicht ein, sondern sagte: da die Protestanten die Mehrheit besäßen und den russischen Schutz immer haben würden, so hätten sie die Katholiken in den Magistraten nicht zu fürchten. Und was die Bezeichnung der katholischen Kirche als der herrschenden und das Verbot aus ihr auszutreten betrifft, so antwortete Repnin in seiner unverschämten Weise: das sei eine so hohe Politik, daß sie solche noch nicht einzusehen imstande wären [1]).

Die Bestimmungen über die Dissidenten kann der aufgeklärte, billig denkende Mann nur loben; es war ein Werk im Sinne des Fortschrittes und der Gerechtigkeit. Leider verrichteten die meisten Mitglieder der Kommission das Gute nur aus Zwang. Die Verhandlungen waren im ganzen friedlich geführt worden; aber als es zur Unterzeichnung kommen sollte, da wurden die Polen unruhiger und lauter. In den letzten Sitzungen war der Lärm so groß wie auf den Landtagen, und mehrere Mitglieder riefen: sie wünschten in diesem Augenblick ohne Hände zu sein. Repnin sah sich abermals genötigt, starke Drohungen auszustoßen und Gewaltthätigkeiten in Aussicht zu stellen. Endlich nach langen Verhandlungen ergaben sich die Polen und unterschrieben am 1. Dezember [2]).

Während die Stellung der Dissidenten geordnet ward, unterhandelten Preußen und Rußland über die Regulierung der politischen Angelegenheiten. In Berlin hatte man noch vor dem Zusammentritte des Reichstags erfahren, daß dem Könige von Polen der stehende Rat zur Seite treten sollte, dessen bereits im Jahre 1766 Saldern Erwähnung gethan. Der Petersburger Hof verfolgte die Absicht, in die Verwaltung des Landes, ohne daß die Regierungsform geändert würde, doch etwas mehr Ordnung zu bringen und auf diese Weise den König von Polen für den Beistand zu belohnen, den er

1) Prowe, S. 49 (zum 4. Februar).
2) Theiner und Benoit.

in der Sache der Dissidenten zu leisten hätte. Friedrich der Große blieb aber einer solchen Einrichtung abgeneigt und trug dem Grafen Finckenstein auf, ihm eine Depesche zur Unterschrift vorzulegen, durch welche der preußische Gesandte Befehl erhielte, bei Panin Gegenvorstellungen zu machen. Das geschah denn auch und Solms übergab infolge dessen eine Note, worin er von diesem Plane dringend abmahnte. „Wenn man einen solchen Rat einrichtet mit der Befugnis, alle Regierungsangelegenheiten zu regeln", hieß es darin, „und wenn die im Reichstag versammelte Nation nur ihre Zustimmung zu geben hat, so wird der König von Polen, dem es nicht schwer fallen würde, die Mitglieder dieses Rates zu gewinnen, allmählich die Vermehrung der Truppen und der Einnahmen der Krone sowie im allgemeinen alle Einrichtungen erreichen, die zur Souveränität führen können." [1])

Der König von Preußen fürchtete, wie wir wissen, ein Erstarken des polnischen Staates ungemein. Indem er deshalb jeder Änderung, die eine Verbesserung der entsetzlichen polnischen Zustände herbeiführen konnte, gänzlich abhold war, erfuhr er höchst ungern, daß Repnin den Herrn v. Benoit bei der Ordnung der weltlichen Angelegenheiten nicht zurate zog [2]). Er ließ den Grafen Panin daran erinnern, daß nach dem Vertrage vom 11. April 1764 Rußland und Preußen sich über die Angelegenheiten der polnischen Republik und die Mittel, deren Verfassung aufrecht zu halten, verständigen müßten. Der König verlangte daher nicht allein, daß Repnin solche Weisungen bekäme, sondern er wünschte auch den Vertragsentwurf zu sehen, über welchen der russische Gesandte mit den

1) Smitt, S. 107. Die Stelle ist zum Teil wörtlich entlehnt aus der Ministerial-Note vom 6. November. Der Auftrag an Finckenstein ist vom 14. Oktober (Geheime Kabinettsakten).

2) Am 25. November hatte Benoit geschrieben: „V. M. a vu par mes rapports que la Russie seule veut primer ici, que tout s'est fait par la force et rien de gré de la part des Polonois, ainsi que l'Evêque de Cracovie l'a très bien expliqué. Ils disent donc aussi qu'ils sont forcés au présent traité."

Polen sich einigen würde, damit er nötigenfalls mit der Kaiserin unterhandeln könnte, bevor sie ihre Zustimmung erteilte [1]). Panin machte gute Versprechungen und befahl auch dem Fürsten Repnin, mitteilsamer gegen Benoit zu werden; er gab außerdem die Versicherung, der König von Polen würde nicht zu viel Macht erhalten, sondern so beschränkt bleiben, daß er nicht zu fürchten wäre, noch den Interessen Rußlands und Preußens schaden könnte. Panin ließ den ständigen Rat fallen, zumal da die Männer, welche von den Konföderierten im September an den russischen Hof abgeordnet worden waren, dasselbe Verlangen stellten; dagegen weigerte er sich, den Herrn v. Benoit an den Beratungen in Warschau teilnehmen zu lassen, unter dem Vorwande, daß die Polen sich inbezug auf die Abstellung ihrer Beschwerden und die Garantie ihrer Verfassung nur an die Kaiserin gewendet hätten. Doch sollte Repnin sich mit dem preußischen Vertreter verständigen und ihm Mitteilung machen [2]).

Als aber diese neuen Weisungen nach Warschau kamen, hatte man hier den zweiten Artikel bereits fertig gemacht. Darin wurden zuerst sogen. Kardinalgesetze, d. h. solche, die unter keinen Umständen verändert werden dürften, aufgezählt. Es gehörten hierher ebensowohl die Vorzüge der katholischen Kirche als die Rechte der Dissidenten, ferner die Freiheit der Königswahl und das Liberum veto bei den sogen. Staatsmaterien; bei diesen letzteren konnten Änderungen wohl eintreten, aber nur mit Einstimmigkeit, die also erforderlich sein sollte, wenn es sich um Vermehrung der Steuern und des Heeres, um Bündnisse, Verträge, Krieg und Frieden und das allgemeine Aufgebot des Adels handelte.

Die aufgeklärten Polen nahmen an der Vormundschaft, die Rußland ihnen aufzwang, den größten Anstoß; sie meinten, sie verlören dadurch sogar die Hoffnung, künftighin einmal ihr Staatswesen ändern zu können, sie wünschten die Abschaffung

1) Solms, 23. u. 30. November, 17. Dezember.

2) Benoit, 25. November, 9. Dezember.

des Liberum veto; aber Repnin und Benoit widersetzten sich dieser Absicht [1]). Merkwürdig! Der russische Gesandte, welcher hier wohlberechtigten Wünschen entgegentrat und überhaupt die Polen mit solchem Stolz und solcher Heftigkeit behandelte, daß er ihnen sehr widerwärtig geworden war, sann dennoch darauf, ihnen zu nützen. Er wollte, wie er am 23. Dezember an Panin schrieb, den Wirrwarr und die Anarchie beseitigen helfen, die in allen Zweigen der Verwaltung einen Grad erreicht hätten, daß es nicht ärger werden könnte. In gewissen Fällen — er nannte die Rechtspflege, die Verwaltung der festgesetzten Steuern, den Unterhalt des bereits bestehenden Heeres — sollte die Mehrheit der Stimmen entscheiden. „Welch ein Ruhm", rief er aus, „das Glück eines ganzen Volkes zu begründen, indem man ihm gestattet, sich aus Gesetzlosigkeit herauszuarbeiten!" Der tyrannische Repnin glaubte an die Möglichkeit, Politik und Menschenliebe zu verbinden; er schmeichelte sich, die Absichten der Kaiserin auszuführen und zugleich zum Glücke der Polen mitwirken zu können [1]).

An demselben Tage berichtete der preußische Resident über zwei besondere Pläne des russischen Gesandten; „denn er teilt mir jetzt", erläuterte Benoit, „schriftlich die Entwürfe mit, um die es sich handelt, auf daß ich sie Ew. Majestät zur Prüfung und Billigung übersende". Der eine Plan sollte das Stapelrecht der Danziger aufheben und dadurch einen lebhaften Wunsch der Polen erfüllen. Das würde für jene sehr nachteilig gewesen sein, und da sie gewohnt waren, sich solchen Eingriffen in ihre Rechte zu widersetzen, so ließ sich leicht vorhersehen, daß man sie nur mit äußerster Gewalt ihres Vorrechtes würde berauben können. Der andere Plan ging dahin, Roms Einfluß auf die polnischen Angelegenheiten zu verringern und zu dem Ende die geistliche Gerichtsbarkeit, welche der päpstliche Stuhl in Polen besaß, einer Synode von Bischöfen zu übertragen, die unter dem Vorsitze des Primas

1) Ssolowjoff, S. 74. 75.

zu entscheiden hätten, ohne daß die Appellation nach Rom gestattet wäre. Der Nuntius sollte zum bloßen päpstlichen Gesandten herabgesetzt werden.

Hierüber also wünschte Repnin die Meinung des Königs von Preußen zu hören. Er sandte den Obersten Igelström mit den beiden Artikeln über die Dissidenten und über die Kardinalgesetze und Staatsmaterien, ferner den Plan eines ständigen Rates und den Entwurf über die Abschaffung der geistlichen Gerichtsbarkeit des Nuntius eilig an den Petersburger Hof und übergab dieselben Schriftstücke dem preußischen Residenten mit der Bitte: der König möge seine Bemerkungen über das, was er nicht billigen könne, so schnell als möglich nach Moskau senden, damit die entscheidende Antwort am 20. Januar in Warschau eingetroffen sei. Repnin hoffte, daß alles so bleiben würde, wie er es abgefaßt; aber Benoit entgegnete ihm, daß sein Wunsch inbezug auf den sogen. ständigen Rat unmöglich erfüllt werden könnte [1]).

Um Polen zu beruhigen, würde Friedrich, wie wir wissen, inbezug auf die Dissidenten nicht so weit gegangen sein wie Rußland, und als diese Angelegenheit geordnet war, da sah er zwar in dem Artikel, wie er nun lautete, eine Art von Triumph für den russischen Hof, aber er hielt trotzdem die Wiedereinsetzung der Dissidenten in ihre früheren Rechte für unsicher und glaubte, daß man mit derselben Macht, durch welche man diese Einrichtungen erreicht hätte, sie auch würde aufrecht halten müssen [2]).

Auch inbezug auf die Verfassung wäre Friedrich anders zuwerke gegangen. Er wünschte die Konföderierten befriedigt zu sehen, und er würde daher keine Kardinalgesetze aufgestellt und die Kriegs- und Schatzkommissionen wieder aufgehoben

1) Benoit, 23. u. 26. Dezember.

2) Ministerial-Note an Solms, 28. Dezember. Was Friedrich II. fürchtete, das hoffte der Wiener Hof, nämlich „que le nouveau sistème ne durera qu'autant que les Russes seront les Maîtres en Pologne et qu'aussitôt que la conjoncture changera, tout y reprendra l'ancien train“. Rohd, 16. Dezember.

haben. Unter allen Umständen aber war er gegen den vorgeschlagenen ständigen Rat aus Furcht, daß Polen dadurch früher oder später zu einer gewissen Ordnung und Macht gelangte. Wenn er wiederholt gefordert hatte, daß Benoit zu den Beratungen zugezogen würde, so war es geschehen, um jeden Aufschwung der polnischen Republik zu hemmen, und nur, wenn er in diesem Stücke Befriedigung fand, wollte er eine Bürgschaft für die Bestimmungen dieses außerordentlichen Reichstages übernehmen. Im November war er abgeneigt gewesen; jetzt aber entschied er sich für das Gegenteil. Wofern die neuen Gesetze nichts enthielten, was seinen Interessen zuwider wäre, und er verstand hauptsächlich den ständigen Rat hierunter, war er bereit, zusammen mit Rußland sich mit der Garantie zu beladen [1]). Für notwendig hielt er das nicht, da er die Beschlüsse von 1764 und auch die alten Gesetze gewährleistet hätte; jedoch er wollte darin dem russischen Hofe gefällig sein. Aus demselben Grunde war er geneigt, in das Bündnis einzutreten, welches Panin nach dem Ende des Reichstages mit Polen zu schließen gedachte; er legte keinen Wert darauf und meinte nur, daß es ihm bei einem Kriege mit Österreich nützlich sein könnte. Die Übertragung der obersten geistlichen Gerichtsbarkeit an eine Synode war ihm gleichgültig, da ihm der Papst in Polen nicht furchtbar wäre; dagegen erklärte er sich mit der Aufhebung des Stapelrechtes der Danziger einverstanden, weil diese Bürger auch seine Rechte nicht anerkennen mochten. Er lag schon seit einiger Zeit im Streite mit ihnen, weil sie Werbungen auf ihrem Gebiete nicht gestatten wollten. Aber sie wandten sich ohne Zweifel um Hilfe nach Moskau, und von hier wurde denn Repnin angewiesen davon Abstand zu nehmen. Die Danziger, ward eingewendet, besäßen das Stapelrecht als Privileg, und wenn sie sich der Aufhebung mit allen Kräften widersetzten, würde man zu offener Gewalt schreiten müssen und hierdurch vielleicht bei den anderen nordischen Mächten anstoßen. Benoit begleitete diese Nachricht

1) Solms, 26. November.

mit der Bemerkung, daß dies nicht das einzige Mal wäre, wo sich Rußland für Danzig parteiisch gezeigt hätte. Friedrich aber meinte, man müsse zufrieden sein, wenn man in den Hauptsachen das Ziel erreiche [1]). Darunter verstand er, wie erwähnt, den ständigen Rat, und diesen hatte Repnin auf Befehl des Petersburger Hofes fallen lassen müssen.

Indessen ganz ohne Verbesserung sollte Polen nicht bleiben. Zu Anfange des Jahres hatte Benoit dem Könige Stanislaus August erklärt: inbezug auf die Regierungsform könne Preußen keine Änderung zugeben; was dagegen die inneren und ökonomischen Angelegenheiten betreffe, so sei kein Grund vorhanden, diese nicht zur Zufriedenheit Sr. Majestät zu regeln [2]). Und eben hiermit beschäftigte sich Repnin, als Oberst Igelström zurückgekehrt war; die Regelung dieser Verhältnisse machte ihm aber so viel zu thun, daß der Reichstag am 1. Februar aufs neue vertagt werden mußte. „Repnin ordnet alles dieses als Diktator", schrieb Benoit am 10. Februar, „und da es Dinge sind, welche nicht die Regierungsform betreffen, laß ich ihn gewähren, wie Ew. Majestät es befohlen haben, und zwar um so mehr, als der Gesandte mir gesagt hat, daß sein Hof es so wolle." Unzufrieden über die Allmacht Repnins, urteilte Benoit um so strenger über das Ergebnis. Er nannte den Tag, wo die Generalkonföderation sich bildete, den Tag der Getäuschten, weil nur einige Personen halbzufrieden wären und die Beschwerden, welche die Konföderation an den russischen Hof gebracht, keine Abhilfe gefunden hätten.

Auf besonderen Befehl Friedrichs II. mußte Benoit melden, wie die Polen über den Reichstag und sein Werk dächten. Was er anzeigte, lautete keineswegs tröstlich. Nach seinem Berichte war der König Stanislaus August, obwohl er einige Vorteile für seine Person erlangt hätte, doch im höchsten Grad unzufrieden, weil er um die Hoffnung gekommen war, aus Polen einen geachteten Staat zu machen. Die Schuld hiervon

1) Benoit, 10. Februar 1768 und Antwort des Königs vom 17. Febr.
2) Benoit, 2. Januar 1768.

schrieb er hauptsächlich dem Könige von Preußen zu, welcher dem russischen Hofe die Augen geöffnet hätte. Benoit setzt hinzu: „Stanislaus August ist ein Fürst, dessen Schwäche täglich zunimmt.“ Auch die Nation stellte der preußische Resident als unzufrieden dar, weil die Beschwerden, welche sie in Moskau überreichen lassen, keineswegs abgestellt und die Polen durch den Vertrag, zu welchem sie gezwungen würden, in Abhängigkeit von Rußland gekommen wären, weil endlich die Steuern, die man ihnen auflegte, nicht zur Bildung eines guten Heeres dienen sollten, durch welches sie sich, unterstützt von einer Nachbarmacht, dem russischen Joch entziehen könnten. Wenn man ihnen sagte, die Russen würden sie gegen jedermann verteidigen, so fühlten sie sehr wohl, daß ihr Vaterland eben hierdurch eine moskowitische Provinz würde. „Sie verabscheuen die Russen mehr als je“, bemerkt Benoit, „und sie sind niemals den Österreichern zugethan gewesen; jetzt aber machen sie sich gar nichts mehr aus ihnen, weil dieselben keinen Anteil an den polnischen Angelegenheiten genommen und die katholische Religion nicht verteidigt haben. Dagegen zeigen sie Neigung für Preußen und sind unendlich erfreut, daß der König den neuen Vertrag weder unterzeichnet noch garantiert hat. Sie hoffen, daß das Bündnis vom 11. April 1764 ein Ende nehmen und Preußen ihr Vaterland befreien werde.“ 1)

Daß die Russen sich den Haß der Polen aufluden, blieb dem Grafen Panin keineswegs unbekannt; er wurde, je näher das Ende kam, desto verlegener und fürchtete, daß bei der großen Gärung, die in der Republik herrschte, vor dem Schlusse noch ein unerwartetes Ereignis Aufsehen erregte. Sonst war er mit seinem Werke zufrieden; er glaubte dadurch einen guten Grund für das nordische System gelegt zu haben und nicht nur allen Familienverträgen der südlichen Mächte das Gleichgewicht halten, sondern sogar den Vorzug vor ihnen behaupten zu können. Indem er sich gegen Benoit so aussprach, fügte

1) Benoit, 24. Februar 1768.

er hinzu, er hielte dafür, daß er jetzt etwas ruhen und sehen müßte, was andere zu thun gedächten [1]).

Der König von Preußen hörte letzteres keineswegs ungern; denn wenn man zu stark am Rade stoße, schrieb er an Solms, gebe man zu neuen Mißhelligkeiten Anlaß. Er war nicht im mindesten darüber eifersüchtig, daß Rußland die polnischen Angelegenheiten allein geordnet, und freute sich sehr, daß keine fremde Macht sich eingemischt hätte, also die öffentliche Ruhe nicht gestört worden wäre, daß das Liberum veto fortbestände und ohne die Zustimmung des Reichstages keine neue Steuer eingeführt werden könnte. Auch das war dem Könige lieb, daß er die Garantie des neuen Vertrages nicht übernommen. Er war im Anfange des Jahres, wie wir gesehen, dazu bereit gewesen; Panin aber hatte die Ausflucht gebraucht: er habe geglaubt, der König wolle sich damit nicht belasten [2]). Katharina wünschte keineswegs, mit Friedrich II. die Herrschaft in Polen zu teilen.

Panin beendete glücklich das Werk, wie er es angefangen; nur den Plan über die geistliche Gerichtsbarkeit ließ er fallen. Der polnische Reichstag trat gehorsam wieder zusammen und nahm den Vertrag an. Die Konföderation, die ihre Schuldigkeit gethan hatte, wurde jetzt aufgelöst, und man sang am 5. März ein feierliches Tedeum in der Kirche. Polens Knechtung schien vollendet.

1) Solms, 8. u. 15. Februar.

2) Der König an Solms, 14. Februar, 2. u. 8. März 1768.

Siebentes Kapitel.

Ausbruch eines Türkenkrieges.

Die Kunde von dem glücklichen Ausgange des Warschauer Reichstages erregte sowohl in Berlin als in Petersburg große Freude. Die Kaiserin Katharina schenkte dem Grafen Panin zum Lohne für die erfolgreiche Leitung dieser Angelegenheiten 50,000 Rubel, und ebenso viel erhielt Repnin neben dem Alexandernewski-Orden [1]. Auch in Konstantinopel mußte die Nachricht von dem Ende des Reichstages gern gehört werden; denn man gab dort bereits mehr auf die französischen Einflüsterungen und hatte der Besorgnis, von welcher man gequält wurde, gegen den russischen Residenten Obreskoff Erwähnung gethan. Letzterer mußte durch einen Eilboten, welcher am 15. März von Konstantinopel abreiste, Repnin fragen lassen, warum sich denn die Dinge so sehr in die Länge zögen. Die Pforte verlangte ferner mit Bestimmtheit zu erfahren, ob die Soldaten der Kaiserin versprochenermaßen in ihr Vaterland zurückkehren würden, und sie zeigte an, daß sie ein Observationscorps nach Chotzim und Bender schicken müßte [2].

Die russischen Truppen befanden sich wirklich auf dem Rückmarsche; zugleich aber war ein Ereignis eingetreten, welches den Abzug wieder unterbrach. Zu Bar in Podolien hatte sich eine Konföderation gebildet [3]. Dieser Aufstand, welchen Michael Krasinski, der Bruder des Bischofs von Kaminiec, und Joseph Pulawski gegen das Werk des eben geschlossenen Reichstages hervorgerufen hatten, ist vielleicht die verhängnisvollste Begebenheit der polnischen Geschichte. Im Vergleich zu den Zeiten vor dem Jahre 1763 schloß die Rege-

1) Solms, 12. April.
2) Zegelin, 2. April. Benoit, 6. April.
3) Benoit, 12. u. 16. März.

lung der politischen Dinge, welche Repnin veranstaltet, eine kleine Verbesserung in sich, abgesehen natürlich von der russischen Garantie, die im höchsten Grade beleidigend war, jedoch eine Weile schon ertragen werden konnte. Hat sich doch Deutschland die schwedisch-französische Gewähr des Westfälischen Friedens auch gefallen lassen müssen! Die Verkommenheit, worin sich die Republik befand, riet aufs dringendste, zu dulden und zu warten. Aber Heißblütigkeit und Hochmut hinderten an Überlegung, und überdies hörten die verblendeten Polen nicht auf, Rettung vom Auslande zu hoffen.

Natürlich konnten die Russen jetzt ihren Marsch unmöglich fortsetzen. Repnin verlangte vielmehr, daß der Senat die Kaiserin bitten sollte, dieselben noch länger im Lande zu lassen; er sagte wohl, er wollte sehen, wer von ihnen Tatar und wer Russe wäre. Die Mitglieder des Senates hingegen meinten, dieses Gesuch würde gerade so, wie alles, was durch den russischen Gesandten geschehen wäre, nur etwas Erzwungenes sein. Nicht mehr als neun von ihnen thaten dem Fürsten Repnin seinen Willen; sechzehn rafften sich so weit auf, daß sie dagegen stimmten, jedoch nachdem sie so ihre Meinung kundgegeben, unterzeichneten sie das Gesuch ebenfalls. Um sich aber in den Augen ihrer Landsleute zu entschuldigen, gaben dann fünf der letzteren, unter ihnen die beiden alten Czartoryski, ihre Abstimmung im Warschauer Landgerichte zu Protokoll, und alle sechzehn verbreiteten überallhin die Nachricht, sie wären genötigt gewesen zu unterschreiben, weil man ihnen gedroht hätte, man würde sonst ihren Grundbesitz plündern lassen. Das war die Achillesferse der vornehmen Polen. „Mit den Großen kann man immer fertig werden", bemerkt bei einer anderen Gelegenheit der Thorner Resident v. Geret, „wenn man sie an ihren Gütern angreift." [1])

Die russischen Truppen zogen hierauf gegen die Konföderierten. Die letzteren hatten ihre Erhebung wohl deshalb nicht länger aufgeschoben, um eine Verwickelung mit der Türkei

1) Benoit, 23., 26. u. 30. März. Prowe, S. 102.

herbeizuführen. Sie konnten sich, wenn das Waffenglück ihnen ungünstig war, ohne Schwierigkeit in die Moldau retten, und ebenso leicht von der Pforte Beistand erhalten. Aber als sie den Sultan um Truppen und Geld baten und einen Gesandten nach Konstantinopel zu schicken wünschten, da wurden sie abgewiesen. Der Reis Effendi teilte sogar dem russischen Residenten ihr Schreiben mit und gab die bündigsten Versicherungen, daß die Pforte den Frieden mit Rußland unverbrüchlich halten würde; dabei unterließ er aber nicht, auf den Abzug der russischen Truppen aus Polen stark zu dringen. Und dem preußischen Residenten, dem Major v. Zegelin, welcher die Türken ebenfalls über das, was auf dem Reichstag in Warschau geschehen war, zu beruhigen suchte, antwortete der Reis Effendi: die Pforte werde sich in dasjenige, was zwischen den Russen und Polen der Religion wegen vorfalle, nicht mischen; aber sie wünsche, daß die Ruhe sich wiederherstelle und alles zu Ende gehe und die russischen Truppen endlich die Republik verlassen, damit das hiesige Volk befriedigt werde. Bedeutsame Worte von größter Tragweite! Noch war der Sultan friedlich gesinnt, und er zürnte denjenigen, die ihm geraten hatten, einige Truppen nach Bender und Chotzim zu schicken [1]. Wie aber, wenn die Menge sich zu erhitzen anfängt und lärmend den Sultan zwingt, ein Heer ins Feld zu schicken?

Ähnlich lauteten die Nachrichten, die aus Wien in Berlin einliefen. Weder Maria Theresia noch Joseph gedachten ihre friedliche Politik aufzugeben; denn sie wünschten die furchtbaren Schulden, die seit dem Siebenjährigen Kriege schwer auf Österreich lasteten, weiter abtragen zu können, und sie brauchten hierzu noch etwa 15 Jahre. Man wollte daher still sitzen, so ungern man auch die Herrschaft der Russen in Polen sah, und so betrübt Maria Theresia über die Nachteile war, welche die katholische Religion nach ihrer beschränkten Meinung dort erfahren hatte. „Dagegen, wenn endlich die Pforte sich erhitzt“, schrieb der preußische Gesandte am 18. Mai aus

1) Zegelin, 16. April, 2. u. 17. Mai.

Wien, „so bin ich überzeugt, man würde nicht länger hier ruhig bleiben; denn die Türken werden nicht so thöricht sein, allein ihnen die Kastanien aus dem Feuer zu holen.“

Vergeblich also hatte Friedrich von dem Ende des Reichstages Ruhe gehofft. Seit 1763 beschäftigten ihn die polnischen Angelegenheiten wider seinen Willen unaufhörlich, und nun drohten sie das herbeizuführen, was er am meisten fürchtete, den allgemeinen Krieg. Auf seinen Befehl sollte Benoit den Polen vorstellen, daß, wenn sie die Dinge zum Äußersten kommen ließen, ein innerer Krieg daraus entstehen und das Land von Konföderierten und Russen verwüstet werden würde. Jedoch alle Bemühungen blieben erfolglos. Die Unzufriedenen behaupteten offen: Religion und Freiheit wären zu wichtig, als daß man nicht alles wagen müßte, um sich diese kostbarsten Juwelen zu bewahren. Wenn Benoit erklärte, daß beides auf dem letzten Reichstag erst recht befestigt worden wäre, so antworteten sie: „nicht sowohl die Beschlüsse selbst als die Art, wie sie zustande gekommen seien, empöre die Nation und werde sie ewig empören“. Die meisten Polen dachten so und erwarteten ihre Befreiung von der Zeit, da die Russen einmal doch würden das Land räumen müssen. Es verbreitete sich unter diesen sanguinischen Menschen sogar der Glaube, daß Friedrich II. den Aufstand billige und heimlich unterstütze. Deshalb begehrte Repnin von dem Könige von Preußen, er möge dem Warschauer Hof ein Schriftstück überreichen lassen und darin jenen Wahn Lügen strafen. Benoit mußte den Inhalt der gewünschten Erklärung dem Könige melden und die Sätze unterstreichen, auf die ein besonderer Wert gelegt wurde.

Friedrich II. meinte zwar, daß den Russen nur begegnete, was sie sich durch ihr Betragen zugezogen hätten; jedoch er erfüllte Repnins Begehren. Am 9. Juli wurde das Schriftstück überreicht und am 13ten erschien es in der Zeitung. „Der König, mein Herr“, hieß es darin, „ist vollkommen überzeugt, daß die katholische Religion und die polnische Freiheit nicht besser als durch den letzten Reichstag befestigt werden kann, und sieht deshalb alle diejenigen als Ruhestörer an,

welche die auf demselben gefaßten Beschlüsse umstoßen wollen, damit sie unter dem Vorwande, die Religion und Freiheit zu beschützen, das Vaterland desto besser ins Unglück stürzen können. Ihre Majestät raten demnach jedem Polen, diese ungerechten, unüberlegten Anschläge fahren zu lassen, der Stimme der Vernunft Gehör zu geben und sich nach dem zu richten, was der klügste Teil der Nation beschlossen und angenommen hat." [1])

Friedrich wünschte, daß der Aufstand, durch was für Mittel immer, ein rasches Ende finden möchte; wiederholt ließ er in Petersburg und Warschau die Ansicht aussprechen, daß es am besten wäre und man das Übel mit der Wurzel ausreißen würde, wenn man sich der Führer bemächtigen könnte. Häufig und dringend empfahl er außerdem in beiden Hauptstädten, das türkische Gebiet nicht zu verletzen. Repnin war hierin auch folgsam; er befahl mehrmals den russischen Truppen, die Grenze nicht zu überschreiten, und machte dem Pascha von Choczim, dem Fürsten der Moldau und dem Khan der Tataren hiervon Mitteilung. Sehr bald aber wurde dagegen gefehlt, und zwar gerade von dem Offizier, welcher durch Einsicht und Tapferkeit sich zuerst hervorthat. Dem Obersten Weißmann gelang es, den Marschall der Konföderation von Halicz, Joachim Potocki, nach der Moldau zu jagen; als letzterer nun von diesem Schlupfwinkel aus beständig in Polen einfiel, beschwerte sich der Oberst bei dem Pascha von Choczim und dem Fürsten der Moldau, und zwar, ohne sorgfältig auf die Wahl der Worte acht zu geben. Er drohte die flüchtigen Rebellen auf türkisches Gebiet zu verfolgen und nicht zu dulden, daß sie die Moldau zu einem Ausfallsplatze machten; er verlangte dringend, daß ihnen die Waffen abgenommen werden sollten, und bat um schleunigen Bescheid, da die militärischen Operationen, wie Seine Hoheit wüßte, keinen Verzug gestatteten [2]).

1) Friedrich an Benoit, 21. Juni. Geschichte der Staatsveränderungen von Polen II, 26 Anm. Geret bei Prowe (14. Juli), S. 85.

2) Benoit, 4. Mai, 1. u. 4. Juni; das Schreiben Weißmanns ist aus Snyatin, 23. Mai (wohl a. St.). Das P. S. lautet: „Sit

Repnin aber war mit diesem Verfahren nicht einverstanden, sondern er nahm dem tapferen Obersten das selbständige Kommando und stellte ihn unter den Befehl des Generals Apraxin; er entschuldigte sich ferner wegen des barschen Tones, welcher in dem Schreiben Weißmanns herrschte, bei den Agenten der Moldau und Walachei und ließ durch diese sowie durch den russischen Residenten in Konstantinopel den Ministern des Sultans über das Treiben der geflüchteten Polen freundschaftliche Vorstellungen machen [1]).

Als der Juni zu Ende ging, konnte man sich der Erwartung hingeben, daß die Türkei nicht mehr so leicht in Unruhe würde versetzt werden; denn Bar in Podolien ward am 20sten durch Sturm genommen, und beinahe zu derselben Zeit bemächtigten sich die Russen auch des Klosters Berdiczew. Gänzlich aber hörte darum die Sorge nicht auf, daß ein neues Ereignis an der Grenze den Osmanen vollends die Geduld rauben könnte. Zwar ergriff Repnin alle möglichen Vorsichtsmaßregeln und schickte die notwendigen Befehle an die Truppen; aber er vermochte nicht mehr mit Sicherheit auf ihren Gehorsam zu rechnen. Überdies entbrannte noch ein Bauernaufstand in den Woiwodschaften Braclaw und Kiew, und diese sogen. Haidamaken begingen in Gemeinschaft mit einer Truppe zaporogischer Kosaken die größten Grausamkeiten [2]).

Inzwischen war die Feindschaft der Polen gegen Rußland immer allgemeiner zum Vorschein gekommen. In dem Hasse des Petersburger Hofes einig, bildeten sie eine Menge von

ergo persuasissima Celsitudo Vestra, quod absque mora missurus pro succursu ad altera agmina nostra in viciniis Podoliae existentia persequar inimicos meos, ubicunque eos reperiam, si Celsitudo Vestra non inhibebit has proruptiones ex Principatu Suo, ex quo fecerunt rebelles profugi stationem militarem seu, ut Galli dicunt, place d'armes vel, ut militariter dicam, latibulum latronum. Ergo exuantur armis, quod iterum iterumque expostulo aeque ac promptissimum responsum pro mea directione, quia militares, uti Celsitudo Vestra novit, actiones sunt impatientes morae."

1) Benoit, 8. Juni.

2) Benoit, 29. Juni, 2. u. 6. Juli.

kleinen Konföderationen, die sich zu keiner allgemeinen zusammenschlossen, teils weil sie durch die russischen Truppen daran gehindert werden konnten, teils um nicht alles auf eine Karte zu setzen; denn der Aufstand war zu Ende, wenn die allgemeine Konföderation eine Niederlage erlitt. Der König und die Czartoryski dachten ebenso, wie die übrigen Polen; aber weil die ganze Nation Stanislaus August für den Urheber ihrer Leiden hielt und tödlich haßte, sah er sich gezwungen an Rußland festzuhalten. Er ließ durch Repnin die Kaiserin fragen, ob sie wohl, um die Unruhen zu beschwichtigen, inbezug auf die Dissidenten und die Garantie etwas nachgeben würde; jedoch der russische Gesandte erwartete solches nicht, weil das gerade die wichtigsten Artikel wären, und er irrte sich hierin keineswegs. Als er sich in seiner Verlegenheit an die Czartoryski wendete und sie fragte, ob sie nicht gemeinschaftliche Sache mit Rußland machen wollten, da lehnten sie es ab, wenn nicht wenigstens in der Dissidenten-Angelegenheit eine Milderung einträte [1]). Je weniger Entgegenkommen Repnin fand, desto wünschenswerter mußte es ihm erscheinen, durch die Eroberung von Krakau die Polen zu erschrecken und zur Nachgiebigkeit zu zwingen.

Seltsam, von welchen phantastischen Vorstellungen die Polen sich täuschen ließen. Als Bar und Berdiczew von den Feinden erobert worden waren, da standen, erzählten sie sich, die Toten auf, und Scheine waren über ihren Häuptern, von welchen die Russen blind wurden, und die Mutter Gottes bewirkte, daß alle Kugeln der Konföderierten trafen. Ebenso nahmen es die Polen jetzt als Wahrheit an — und dem hätte Gott gnädig

1) Benoit, 20. Juli, 3. u. 13. August. Solms meldet 26. Juli die Kaiserin betrachte die Religionsangelegenheit der Dissidenten als eine Sache, die ihre Ehre und ihr Gewissen angehe, und Friedrich antwortet 10. August: er würde es zu demütigend finden, wenn die Kaiserin die Dissidenten jetzt ihrem Schicksal überlassen müßte. Nach Solms 30. August und 13. September haben Stanislaus und die Czartoryski der Kaiserin den Vorschlag gemacht, inbezug auf die Dissidenten etwas nachzulassen. Solms erwähnt hier ebenso wenig, wie Benoit, der Garantie.

sein müssen, der solchem widersprochen —, daß Joseph und Maria in das Krakauer Zeughaus gekommen wären, und als sie nichts darin gefunden, es sogleich mit Kartaunen, Kanonen, Pulver und Kugeln angefüllt hätten. „Ich mag dergleichen läppische Dinge mehr nicht anführen", setzt Geret, der uns das erzählt, hinzu; „es ist so viel genug, um die Geister kennen zu lernen." [1])

Der Beistand, von welchem der Thorner Resident spricht, erwies sich wirkungslos, und Krakau ward in der Nacht vom 16. zum 17. August erobert. Die Nachricht hiervon übte einen sehr großen Eindruck auf die Polen aus. Die Mitglieder der anderen Konföderationen suchten in den Höhlen, welche sie sich in den Wäldern bereitet hatten, eine Zuflucht oder kehrten auch wohl nachhause zurück, als ob nichts vorgefallen wäre. Stanislaus August verging vor Schmerz; „er hält sich mit Recht für den unglücklichsten Fürsten der Welt", berichtete der preußische Resident am 31. August, „und fühlt, daß seine Regierung niemals eine friedliche sein wird". Unter diesen Umständen hätte Repnin, wie man denken sollte, beruhigt in die Zukunft blicken müssen; aber auch ihn verzehrte heimlicher Kummer, da von Konstantinopel her düstere Wolken aufzogen [2]).

Die Polen würden sich in der That haben fügen müssen, wenn die Pforte ruhig geblieben wäre; statt dessen aber trat ein, was Friedrich II. so lange schon gefürchtet hatte. Zu Anfang des Juli war abermals und zwar durch Haidamaken und zaporogische Kosaken eine Grenzverletzung ausgeführt, muselmännisches Blut vergossen, die tatarische Stadt Balta geplündert und verbrannt worden. Die Nachricht hiervon rief in Konstantinopel die größte Bewegung hervor. Obreskoff aber geriet sehr in Verlegenheit und versprach in einem Schriftstück, welches er am 16. Juli einreichte, jede Genugthuung. „Es wird alles darauf ankommen", bemerkte Zegelin in seiner Meldung von

1) Prowe, S. 100.
2) Benoit, 27. u. 31. August.

demselben Tage, „ob das um Rache schreiende Volk wird zu bändigen sein.“

Die Pforte ließ auf die Antwort nicht lange warten. Unter der Annahme, daß die Übelthaten in Balta ohne Vorwissen des russischen Hofes geschehen wären, verlangte der Reis Effendi eine dem Verbrechen angemessene Genugthuung, namentlich, daß die Schuldigen an dem Ort in der Türkei, wo sie gefehlt hätten, öffentlich ihre Strafe empfingen, damit auch das Volk beruhigt würde. Die Pforte hielt es außerdem für notwendig, Truppen an die Grenze zu schicken. Am 19. Juli berichtete Obreskoff nach Petersburg und Warschau. Er war nicht ohne Besorgnis; denn es gärte gewaltig in den Gemütern der hauptstädtischen Türken, die nichts mehr wünschten als den Krieg. Wahrscheinlich mit Rücksicht auf diese Stimmung der Muselmänner ging die Pforte weiter. Nach einigen Tagen kamen auf Befehl des Sultans die Vornehmsten der Ulemas im Hause des Mufti zusammen und berieten, ob dieser sein Fetwa geben könnte. Die Meinungen gingen auseinander, und nach langem Überlegen erklärte der Mufti, daß man vor der Hand noch damit zurückhalten könnte. Wird das Fetwa erteilt, so ist die Sache bekanntlich nicht mehr zu ändern und der Krieg unvermeidlich. Um aber auch der anderen Partei etwas entgegenzukommen, befahl der Mufti, daß alle Stellen aus dem Koran gesammelt werden sollten, die auf den vorliegenden Fall anwendbar wären.

Die Aufregung steigerte sich noch, als der Pascha von Choczim der Pforte meldete, daß in seiner Nähe zahlreiche russische Truppen lägen, die es wohl auf Choczim abgesehen haben könnten. Der Reis Effendi ließ alsbald Obreskoff fragen, ob er imstande wäre, diesen Heeresteil auf der Stelle von der Grenze zu entfernen, sonst müßten die Tataren sofort zur Deckung derselben aufbrechen. Der russische Resident beriet sich mit dem preußischen und entschloß sich kurz. Obwohl er eigentlich nur mit Repnin Briefe wechseln durfte, wendete er sich in diesem Falle doch, indem er die Verantwortlichkeit dafür übernahm, an den russischen General in Podolien und

verlangte, daß derselbe die Grenze sogleich verlassen und sich auf einige Meilen zurückziehen sollte. Ein besonderer Bote wurde von der Pforte mit dem Schreiben abgesendet. Zum Unglück verlautete von jener falschen Nachricht etwas im Volke, und indem man gar glaubte, daß Choczim und Bender bereits verloren wären, brachen verschiedene Meutereien gegen die Regierung aus. Deshalb befahl diese, daß zehn Regimenter Janitscharen sofort aufbrechen sollten. Obreskoff hatte nun auf sein Verlangen eine geheime Zusammenkunft mit dem Reis Effendi. Er beklagte sich darüber, daß die Pforte wegen eines kleinen Vorfalls, über den er selbst von seinem Hofe noch keine Nachricht hätte, die Sachen so weit treiben wollte; wiederum versprach er Genugthuung und Entschädigung. Der Reis Effendi antwortete: die Pforte müßte alles thun, um einen Aufstand zu verhüten, und man würde so viel als möglich die unruhigen Köpfe dahin schicken, um sie sich vom Halse zu schaffen; inzwischen aber müßten die Sachen in Polen schleunig in Ordnung gebracht werden. Die Pforte steigerte jetzt ihre Forderung und verlangte vor allem, daß die russischen Truppen Podolien räumen sollten; dagegen in dem übrigen Polen könnten sie mit den Konföderierten nach Belieben verfahren. Als Obreskoff Gegenvorstellungen erhob, da bekannte der Reis Effendi: es ginge das Gerücht um, daß die Russen Kaminiec nehmen und sich Podoliens bemächtigen wollten. Obreskoff verbürgte sich mit seinem Kopfe für die Unwahrheit dieser Meldung, und der Reis Effendi glaubte dem Residenten gern; aber das unbändige Volk, sprach er, könnte davon nicht überzeugt werden und ließe sich deutlich merken, daß das ganze Ministerium an Rußland verkauft wäre; deshalb müßte man solche Mittel zur Hand nehmen, die in die Augen fielen, und so hätte die Pforte beschlossen, die Räumung Podoliens zu verlangen.

Obreskoff und Zegelin waren überzeugt, daß hiervon die Erhaltung des Friedens abhinge. Sie berichteten beide den 26. Juli an ihre Höfe; der preußische Resident bemerkte außerdem sehr treffend in einem kurzen Schreiben an den Grafen

Finckenstein: „Die Regierungsform, obwohl despotisch, ist von der Art, daß, wenn einmal das Volk in Wut gerät, der Sultan nicht mehr Herr ist und dem Strome weichen muß.“ [1])

Friedrich II. war über diese Nachrichten sehr betrübt. Er hatte sowohl in Petersburg als in Warschau fortwährend gewarnt, und nun drohte der Türkenkrieg stärker als je! Der König zweifelte nicht an der Überlegenheit der Russen, aber er stellte vor, daß der Petersburger Hof es auch mit den Franzosen und Österreichern zu thun haben würde. Darum riet er demselben, die Truppen aus Podolien zu ziehen; die Türken schienen ihm sehr im Rechte zu sein, wenn sie eine Genugthuung forderten, und er gab sich der Erwartung hin, daß die Russen nicht anstehen würden, eine solche zu gewähren [2]).

Zu eben dieser Zeit, Mitte des August, wußte Panin erst von der beginnenden Unzufriedenheit der Türken und hoffte noch den Sturm zu beschwören, indem er Obreskoff durch einen Eilboten anwies, ihn bei der Pforte zu entschuldigen; die Kosaken, welche den Frevel verübt hätten, sollten an der türkischen Grenze die Knute bekommen und dann nach Sibirien in die Bergwerke geschickt werden. Jetzt aber, als die Pforte stärker als bisher auf die Räumung Podoliens drang, mußte natürlich mehr geschehen. Panin wies den Residenten an, zu erklären: wie die Kaiserin nicht gewohnt wäre, von irgendeiner Macht der Welt Gesetze zu empfangen, so könnte sie auch nicht gezwungen werden, einzig auf das Ansuchen der Pforte Podolien zu räumen; jedoch in Anbetracht, daß sie gegenwärtig fast gar keine Truppen dort hätte, weil nach der Einnahme von Bar diejenigen, welche dabei thätig gewesen wären, anderswo gebraucht würden, wollte die Kaiserin wohl, um der Pforte einen Beweis ihrer guten Gesinnungen gegen dieselbe zu geben, die Versicherung erteilen, daß sie die Truppen nicht würde dahin zurückgehen lassen, außer wenn daselbst ihre

1) Zegelin, 16., 19. u. 26. Juli.
2) An Solms, 17. August.

Feinde Sicherheit suchten, und auch von diesen würden alle, welche sich über die türkische Grenze flüchteten, nicht wieder von den russischen Truppen beunruhigt werden. Panin bat außerdem, daß Zegelin, dessen Benehmen er übrigens sehr rühmte, Rußlands Erklärungen unterstützen möchte, und er traf Anstalten, um die Freunde seines Hofes in Konstantinopel bei gutem Willen zu erhalten [1]).

Die Erklärung entsprach nicht ganz dem Begehren der Pforte; jedoch bei friedfertiger Gesinnung konnte man sich mit ihr fürs erste begnügen oder wenigstens noch weiter unterhandeln, zumal da sich die Russen über 10 Meilen von der Grenze zurückgezogen hatten [2]). Es waren auch von einer zahlreichen Versammlung, die in Gegenwart des Großveziers und des Reis Effendi nach der Mitte des August im Hause des Mufti acht Stunden lang über die polnischen Angelegenheiten beratschlagte, noch einmal friedliche Beschlüsse gefaßt worden, indem man sich dahin aussprach, daß keine gesetzmäßigen Ursachen vorhanden wären, den Krieg an Rußland zu erklären. Aber die Neigung des Sultans ging nicht mehr diesen Weg, er wandte sich immer stärker, hauptsächlich vielleicht aus Furcht vor der Menge, der Kriegspartei zu und steigerte seine Forderungen. Bereits am 1. September meldete Zegelin: „Anfänglich verlangte man nur, daß die russischen Truppen sich auf eine gewisse Entfernung von der Grenze zurückziehen möchten, nachher, daß die Provinz Podolien geräumt würde; nunmehr aber heißt es, daß ganz Polen von ihnen verlassen werden soll."

Auch schritt der Sultan wirklich in dieser Richtung weiter. Vier Tage später, am 5. September, wurde der friedliebende Großvezier Muhsinsade abgesetzt und der kriegslustige Hamsa Pascha aus Kleinasien in die erledigte Stelle berufen. Er kam am 22. September in Konstantinopel an. Nicht lange nachher empfing Obreskoff, welchen Zegelin redlich und nach

1) Solms, 16., 19. u. 30. August.
2) Zegelin, 17. August.

Kräften in seinen Friedensbemühungen unterstützte, die Antwort des Grafen Panin und teilte sie dem neuen Großvezier mit; dieselbe war in den freundschaftlichsten Ausdrücken abgefaßt und enthielt die Versicherung, daß der Petersburger Hof den Frieden mit der Pforte unverbrüchlich aufrecht erhalten möchte.

Der Großvezier berief sämtliche Minister, die ganze Körperschaft der Ulemas und die vornehmsten Offiziere des Reiches am 4. Oktober zu einer Beratung, und diese Versammlung beschloß wirklich, zu fordern, was Zegelin schon am 1. September gemeldet hatte, jedoch mit einem Zusatze: die mit dem Petersburger Hofe verbündeten Mächte sollten es auf sich nehmen, daß derselbe seine Truppen sobald als möglich aus Polen zurückzöge. Hamsa Pascha bestellte, nachdem er dem Sultan Bericht erstattet hatte, den russischen Residenten auf den 6. Oktober um 11 Uhr vormittags zu einer öffentlichen Audienz und ließ Obreskoff, sobald dieser gekommen war und sich hingesetzt hatte, nicht reden, sondern las ihm die Beschwerden der Pforte vor, nannte ihn einen Verräter und verlangte dann von ihm, er sollte mit zwei Worten erklären, ob er sich unter Bürgschaft der mit Rußland verbündeten Mächte förmlich anheischig machen wollte, daß die Truppen Polen verlassen würden. Indem aber Obreskoff anfing sich näher auszusprechen, fiel ihm der Großvezier schon wieder ins Wort und fragte kurz, ob er den Vorschlag annähme. Der Resident gab die Versicherung, daß die Truppen, sobald als die polnischen Angelegenheiten beendet wären, das Land verlassen würden.

Obreskoff mußte nun in ein anderes Zimmer gehen und warten. Nach einiger Zeit kam der Pfortendolmetsch zu ihm und verlangte zu wissen, ob er auch versprechen wollte, daß der Petersburger Hof von der Garantie, der Unterstützung der Dissidenten und allen anderen Ansprüchen abstehen, d. h. den Willen der Konföderierten erfüllen würde. Der Resident antwortete: das wäre ja eine ganz neue Forderung, von welcher bisher nie die Rede gewesen, und er erklärte sich nur

bereit, an seinen Hof deswegen zu schreiben. Der Dolmetsch meldete dies dem Großvezier, kehrte zurück und sagte: die Dinge seien nunmehr aufs Äußerste gediehen, und Obreskoff solle den Abzug der russischen Truppen aus Polen unter der Garantie der verbündeten Mächte mit Bestimmtheit zusagen, oder es komme zum Kriege. Der Resident antwortete: die Pforte könne thun, was ihr beliebe; jedoch es liege ganz und gar außer seiner Befugnis, dieselbe darin zufriedenzustellen, und wenn er es verspräche, so könnte er es mit seinem Kopfe bezahlen. Bald nachher ward er in das Staatsgefängnis der sieben Türme geführt.

Drei Tage später fand Obreskoff Gelegenheit, an Zegelin zu schreiben. Er teilte demselben mit, was ihm in der Audienz begegnet war, und bat ihn hierauf, derselbe möge zusammen mit den übrigen Freunden alles Mögliche versuchen, um ihm die Freiheit zu verschaffen oder wenigstens auszuwirken, daß er in seinem eigenen Hause gefangen gehalten würde. „Wenn ich hier bleibe", fuhr er fort, „wird mein Leben von kurzer Dauer sein. Die Pforte kann, wie sie mir gedroht hat, den Krieg erklären, ohne daß sie mich mißhandeln muß. Gewiß wird jedermann mir die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß ich es nicht verdient habe. Was ich eben geschrieben, ist die reine Wahrheit, und Sie können es Ihrem und meinem Hofe mitteilen, auf daß man meine Unschuld erfahre."

Am 13. Oktober hatte der preußische Resident öffentlich Audienz bei dem Großvezier, der im Namen des Sultans die Versicherung gab, daß man den geschlossenen Freundschaftsvertrag in allen Stücken beobachten würde. Bei Zegelins Rückkehr stand ganz Pera in den Thüren und an den Fenstern, um zu sehen, ob er auch wirklich wiederkäme.

Hamsa Pascha blieb nur eine sehr kurze Zeit an der Spitze der türkischen Regierung. Der Khan der Tataren war zur Ruhe gesetzt worden und an seine Stelle Krim Girai getreten. Dieser warf in der Audienz, die er am 19. Oktober bei dem Sultan hatte, dem Großvezier vor, daß er sich gar zu sehr übereilt und dadurch dem Feinde sieben bis acht Monate Zeit

gegeben hätte, seine Vorbereitungen zu treffen; es wäre vernünftiger gewesen, die Russen den Winter über hinzuhalten und erst im Frühjahr ihnen den Krieg zu erklären; die Pforte würde diesen Fehler zu bereuen haben. Der Großvezier wagte sich nicht zu verteidigen und wurde folgenden Tages abgesetzt.

Ein vornehmer Ulema, Murath Molla, welcher schon früher mit Zegelin in Verbindung getreten war, ließ diesem sagen, daß es die Pforte sehr gern sehen würde, wenn die Höfe von Berlin und London ihre Vermittelung anböten; denn dadurch könnten den Ministern der Pforte Mittel an die Hand gegeben werden, den Sultan auf Friedensgedanken zu bringen. Zegelin hielt es aber für möglich, und es ist sogar sehr wahrscheinlich, daß man nur die Russen den Winter hindurch hinhalten wollte, damit sie ruhig blieben, bis die Türken ihr Heer beisammen hätten [1]).

Der Ausbruch des Krieges war dem Könige von Preußen höchst unerwünscht; aber er gehörte nicht zu den Männern, die sich von den Ereignissen überraschen lassen, sondern er pflegte frühzeitig zu überlegen. Er hatte bereits am 7. Oktober Auskunft über die Natur seiner Verpflichtungen gegen Rußland vom Grafen Finckenstein verlangt [2]) und alsdann ohne Zweifel darüber nachgedacht, was er wohl für Vorteile mit Rücksicht auf seine Leistungen gewinnen könnte; denn als die Nachricht von dem Schicksal Obreskoffs ihn erreicht, da zeigt er auch schon dem Grafen Solms an, daß er seine Verbindung mit Rußland noch inniger zu machen gedenke und deswegen bald und ausführlich wissen wolle, wie der Petersburger Hof seine Lage gegenüber der Pforte betrachte und welche Beschlüsse derselbe fassen werde. Deutlicher eröffnete sich der König dem Grafen Finckenstein. „Unser Bündnis mit Rußland", schrieb er an demselben Tage seinem vornehmsten Minister, „hat uns bisher nichts eingetragen; der Bruch mit der Pforte wird uns im Gegenteil zwingen, Hilfs-

1) Alles nach Zegelins Berichten bis zum 2. November.
2) Finckenstein an den König, 8. Oktober.

gelder zu zahlen, und das ist eine Bürde für den Staat und führt Geld außer Landes, während wir uns bemühen, solches, wo wir können, hereinzubringen. Das Bündnis, welches auf acht Jahre beschränkt ist, läuft in drei Jahren ab, und wir werden alle Last desselben getragen haben, ohne den geringsten Gewinn davon zu ziehen." Friedrich will nun den günstigen Augenblick benutzen, wo Rußland das Bündnis mit Preußen braucht, um wenigstens den Vertrag auf 10 Jahre zu verlängern, und außerdem hat er die Absicht, den künftigen Anfall der fränkischen Markgrafschaften sich durch Rußland verbürgen zu lassen [1]).

Zu eben dieser Zeit war man auch in Petersburg auf den Krieg gefaßt, ja, die Kaiserin sah keineswegs einer solchen Zukunft sorgenvoll entgegen, sondern sie betrachtete sie als eine Gelegenheit, Ruhm zu erwerben [2]). Daß aber die Pforte so barbarisch verfahren würde, hatte sie nicht erwartet, und als am 8. November die Kunde von der Abführung ihres Residenten in die sieben Türme nach Petersburg gelangte, war sie davon sehr peinlich berührt; sie und ihre Minister erblickten darin eine Beschimpfung, die ihnen angethan worden, und Panin und Czernicheff arbeiteten jetzt eifrig an den Vorbereitungen für den Krieg. Am 15. November ward ein außerordentlicher Rat gehalten, an welchem Panin und der Vizekanzler Gallitzin, der Marschall Rasumoffsky und die Generäle Gallitzin, Wolkonsky, Panin, Czernicheff und Orloff teilnahmen, und alle stimmten für den Krieg. Man wollte das Äußerste thun, um denselben in Feindes Land zu beginnen; die Truppen sollten unverzüglich in Marsch gesetzt werden und in Polen Winterquartiere beziehen, damit sie im Frühjahr den Angriff beginnen könnten, ehe noch die Türken alle Streitkräfte ver-

1) Friedrich an Solms und an Finckenstein, den 2. November.

2) Solms, 1. November. Der Gesandte bemerkte noch: „Je sais que depuis le commencement des affaires de Pologne il (Panin) n'a rien fait que sur les ordres positifs de l'Impératrice de Russie, qu'il s'est fait donner signés de sa propre main, afin de pouvoir en tout tems justifier sa conduite."

sammelt hätten. Sollte der erste Feldzug keine Entscheidung herbeiführen, so schmeichelte man sich, daß man nicht wie früher in Rußland, sondern in der Moldau Winterquartiere beziehen würde. Auch an Geld war zunächst kein Mangel, da seit 1762 die Finanzen sehr in Ordnung gebracht worden waren. Endlich der Adel zeigte den größten Eifer, in den Kampf zu ziehen und Lorbeeren zu pflücken; ein Krieg mit den Türken, sagte man wohl, sei nichts für diejenigen, welche mit den Preußen gefochten hätten, und weder so mörderische Schlachten, noch so anstrengende Winterfeldzüge habe man diesmal zu erwarten, wie im letzten Kriege. Die ruhige Zuversicht, welche Katharina und Panin zur Schau trugen, ermutigte vollends die Nation [1]).

Die Kaiserin wollte natürlich jetzt von ihrem Bündnis mit Preußen Nutzen ziehen. Friedrich II. hatte schon im Anfange des September erklärt und es am Ende des Monats an Katharina selber geschrieben, daß zur Niederwerfung der Konföderierten ein stärkeres Heer notwendig wäre. Nun wünschte man im Gegenteil in Petersburg, daß der König von Preußen durch seine Truppen Großpolen in Schach halten möchte. Panin sprach hierüber nur obenhin zu Solms, mit aller Deutlichkeit dagegen der General Czernicheff; der preußische Gesandte glaubte, daß dieser hierzu förmlich an ihn abgesendet worden wäre. Ferner wollte der Petersburger Hof noch einen Versuch machen, die Czartoryski zu gewinnen und Polen mit ihrer Hilfe zu beruhigen; der König ward ersucht, den russischen Gesandten in Warschau durch Benoit unterstützen zu lassen [2]). Indem Katharina in einem eigenhändigen Schreiben an Friedrich II. ihrer Zuversicht Ausdruck gab, daß er an dem russischen Bündnisse festhalten würde, fügte sie hinzu, sie würde die Maßregeln, die sie für die Beruhigung Polens ergriffen hätte, durch Solms mitteilen lassen. Dieser berichtete denn auch am 22. November von einer Erklärung, durch welche die Garantie für die

1) Solms, 1., 8. (P. S.), 18. u. 25. November.
2) Solms, 11. (P. S.) u. 15. November.

Bestimmungen inbezug auf die Dissidenten bleiben, die andere dagegen für die politischen Gesetze, wenn die Polen es wünschten, hinwegfallen könnte [1]). Benoit sollte diesen Schritt unterstützen, damit der Pacifikationsreichstag, zu welchem die polnische Nation am Ende der Erklärung eingeladen wurde, noch vor Ablauf des Winters zusammentreten könnte.

Da Panin diesmal sehr offenherzig mit Solms redete, machte dieser auf zwei Beschwerden der Polen aufmerksam, deren die Korrespondenzen der anderen Gesandten erwähnten, nämlich erstlich der großen Unordnungen, welche die russischen Truppen in jenem Lande begingen, und dann der Härte, mit welcher der Fürst Repnin jedermann begegnete. Panin gab, und es war dies das erste Mal, beides zu, er versprach, an die Truppen die strengsten Befehle wieder zu schicken, und gestand die Notwendigkeit ein, mit dem Gesandten zu wechseln, wenn man die Unruhen beendigen wollte; und da Repnin ein großes Verlangen trüge, zum Heere zu gehen, erschien ihm die Sache leicht ausführbar [2]).

Friedrich wollte den Russen ein aufrichtiger Bundesgenosse sein und alle Verpflichtungen, die er übernommen, treu erfüllen, aber nicht mehr. Er meinte, wenn die Sache so ernst würde, müßte jede Gefälligkeit aufhören und nur das Interesse der beiden Staaten alle Schritte leiten, die sie infolge ihrer

1) Vgl. auch Raumer IV, 2. S. 212.

2) Benoit meldet am 12. November: man spreche (in Warschau) viel von der Abberufung Repnins und seiner Ersetzung durch Saldern; Repnin wisse davon nichts und sage nur, er wolle lieber in den Krieg ziehen als Gesandter bleiben. Über seine Stellung zu dem russischen Gesandten hatte Benoit am 31. August geschrieben: derselbe sei „si accoutûmé à donner des ordres que, si je n'étois aussi intimement lié avec lui que je le suis, pour pouvoir lui répondre sur le même ton en plaisantant, il n'y auroit pas moyen d'éviter que nous ne nous brouillassions quelquefois grossièrement." Am 6. Januar 1769 meldet Solms: Katharina habe Repnin zum Generallieutenant gemacht, obwohl er noch 12 Generalmajore vor sich habe, wegen der Verdienste, die er sich in Polen erworben. Ferner Benoit, 18. Januar: „il (Repnin) paroît piqué au vif de son rappel", obwohl er es verberge.

Verbindung thun könnten. „Ich bin fest entschlossen", schrieb er am 3. Dezember an seinen Bruder Heinrich, „keinen Teil an einem Kriege zu nehmen, der uns nichts angeht, und dessen Gewinn einem anderen zufallen würde." [1]) Daher weigerte sich der König, Truppen nach Großpolen zu schicken, nicht nur, weil er dazu keineswegs verpflichtet war, sondern hauptsächlich, um den Schauplatz des Krieges nicht zu erweitern; er wollte wohl Österreich in Schach halten, aber ihm nicht ohne große Not einen Anlaß geben, in Polen einzurücken. Er erinnerte den Grafen Solms, wie am Ende des Jahres 1763, daran, daß seine Länder unsäglich im letzten Kriege gelitten und noch lange nicht ihren früheren Wohlstand wiedergewonnen hätten, und da es leichter wäre, die Waffen zu ergreifen als niederzulegen, so fürchtete er, es vor dem Vaterlande nicht verantworten zu können, wenn er seine Unterthanen ohne Not einem Kriege von neuem aussetzte. Dagegen war Friedrich bereit, durch Benoit den Fürsten Repnin unterstützen zu lassen, obwohl er sich keinen Erfolg hiervon versprach. „Die ganze Nation", schrieb er am 30. November an Solms, „ist höchst aufgebracht gegen Rußland und verspricht sich großen Beistand von der Pforte; sie wird vielleicht von einem Vergleiche nicht einmal wollen reden hören." Friedrich gedachte sich den Polen, damit die Kaiserin durch eine abschlägliche Antwort nicht bloßgestellt würde, durch Benoit zum Vermittler anzubieten, und letzterer sollte der Schnelligkeit wegen die empfangene Antwort sogleich dem Fürsten Repnin für den Petersburger Hof mitteilen.

Noch ehe dieser Befehl nach Warschau kam, bat der russische Gesandte die Czartoryski, sie möchten die Nation zu beschwichtigen suchen oder wenigstens dahin wirken, daß die Gesetzgebung über die Dissidenten ungeändert bliebe. Die Antwort aber lautete wie im August; außerdem sagten sie: die Dinge wären schon zu weit gegangen, als daß man sich schmeicheln dürfte, die Eiferer würden den Vorschlägen der

1) An Solms, 23. November u. 4. Dezember. Oeuvres XXVI, 312.

Czartoryski die geringste Aufmerksamkeit schenken; es bliebe nur übrig, die Ereignisse abzuwarten, und dann müßte eine Macht es auf sich nehmen, einen Vergleich zu vermitteln. Als Repnin den preußischen Residenten hiervon unterrichtete, da bemerkte er, und es war dies nicht das erste Mal, er sähe immer mehr, wie verhaßt er der polnischen Nation wäre, und daß ein anderer an seine Stelle treten müßte [1]).

Ehe Benoit seinen Bericht abschickte, bekam er den Befehl, ebenfalls mit den Czartoryski zu reden; aber seine Bemühungen blieben natürlich auch erfolglos, obwohl er nicht unverständig bemerkte: jetzt würden die Polen aufgefordert, selber Mittel vorzuschlagen, welche den Staat aus seiner traurigen Lage reißen könnten und welche man bereit wäre zu ergreifen, um einen Vergleich herbeizuführen; hätte dagegen der Krieg seinen Anfang genommen, dann würden sie zu ihrem großen Schaden der Gnade des Siegers preisgegeben sein. Die Czartoryski blieben dabei, keine Vorschläge machen zu wollen, und sie bemerkten nur, daß die Nation sich zu nichts herbeilassen würde, wenn Rußland nicht gestattete, daß alles, was auf dem letzten Reichstage beschlossen worden wäre, gänzlich umgearbeitet, die Garantie und hauptsächlich die neue Gesetzgebung über die Dissidenten abgeschafft würde. Zamoiski und der Großmarschall Lubomirski, die zugegen waren, erklärten sich hiermit einverstanden. Auch andere Große, mit denen Benoit sprach, beklagten ihr Schicksal, daß sie für ihr Elend kein anderes Ende sähen als das, welches die Ereignisse herbeiführen würden. Ganz ähnlich beschloß man in Petersburg, da die Polen die Stolzen spielten, ihnen in keiner Weise mehr entgegenzukommen, sondern die Entscheidung über ihr Schicksal von dem Ausgange des Türkenkrieges abhängig zu machen [2]).

Man kann den Standpunkt der Polen begreifen und sogar

1) Solms meldet den 20. Dezember, daß man in einiger Zeit den Fürsten Wolkonsky an Repnins Stelle schicken werde, Saldern habe nicht Lust gehabt und seine Anstalten so getroffen, daß man ihm nicht einmal den Vorschlag habe machen können.

2) Benoit, 10. u. 14. Dezember. Solms, 10. Januar.

mit ihnen ein gewisses Mitleid fühlen, wenn man davon absieht, daß sie die schreiendsten Grausamkeiten gegen die Dissidenten begingen und dieselben, wie Friedrich dem Grafen Solms am 25. Dezember schrieb, überall aufhingen, wo sie sie fanden. Wollten sie aber sich wieder aufschwingen, so durften sie die Ereignisse keineswegs abwarten, sondern sie mußten eine Generalkonföderation bilden und am Türkenkriege teilnehmen; sonst war es besser, wenn sie den Versuch machten, durch Friedrich zu einer Verständigung zu kommen. Letzterer bedauerte den Mißerfolg, indem er hinzufügte: „Die polnischen Großen werden es einstmals wahrscheinlich bereuen, daß sie es verschmäht haben, Ereignisse fern zu halten, deren erste Opfer wahrscheinlich sie sein werden.“ [1]) Diese denkwürdigen Worte, die wie eine Weissagung klingen, könnten ohne Sehergabe geschrieben worden sein; aber sie haben noch eine besondere Beziehung.

In dem politischen Testamente, welches Friedrich 1768 für seinen Nachfolger niedergeschrieben hat, nennt er unter den Aufgaben der Zukunft die Erwerbung des polnischen Preußens; „nachdem man einige Weichselplätze befestigt habe“, bemerkt er, „werde man dann Ostpreußen gegen die Unternehmungen der Russen verteidigen können“. Und noch einmal gedenkt Friedrich an einer anderen Stelle dieser wünschenswerten Erwerbung. In dem Kapitel, welches den Titel „Träume und schimärische Pläne“ trägt, heißt es: „Inbezug auf das polnische Preußen scheint es mir, als werde man das größte Hindernis vonseiten Rußlands finden; es würde vielleicht besser sein, dieses Land durch Unterhandlung stückweise zu gewinnen als durch das Recht der Eroberung. In einem Falle, wo Rußland dringend unseres Beistandes bedürfte, wäre es vielleicht möglich, sich Thorn, Elbing und einen Umkreis abtreten zu lassen, um dadurch die Verbindung von Pommern nach der Weichsel zu erlangen.“ [2])

1) Mediatdepesche an Benoit, 24. Dezember.

2) Duncker, Abhandlungen zur preußischen Geschichte, S. 177.

Ein solcher Fall konnte jetzt aber leicht eintreten, und Friedrich traf seine Maßregeln immer frühzeitig. So hat er denn bereits am 7. November [1]) an Benoit die Anfrage gerichtet, ob der Drang der gegenwärtigen Lage so wäre, daß man sich schmeicheln dürfte, mit Rußland einen vorteilhaften Vertrag abschließen zu können. Am 16ten antwortete der Resident aus Warschau: „So viel ich nach den Reden des russischen Gesandten urteilen kann, trägt sein Hof eine große Uneigennützigkeit zur Schau und behauptet, er thue nichts für seinen eigenen Gewinn oder was die geringste Zergliederung Polens veranlassen könne. Das sind wenigstens die Versicherungen, die er dem Könige von Polen giebt.“ Ohne die Antwort abzuwarten, erteilte Friedrich dem Grafen Solms einen ähnlichen Auftrag. An demselben 16. November erinnert er letzteren an die Erklärung, welche Rußland gleich im Anfange der polnischen Wirren gegeben hat, daß es an keine Eroberung denke und ganz und gar nichts von Polen in Anspruch nehme; dann fährt er fort: „Es handelt sich jetzt darum, zu erfahren, ob Rußland noch derselben Meinung ist oder ob es nicht im Gegenteil für den Fall, daß die Dinge wirklich zu einem Bruche kämen, der ihm nur ungeheure Kosten verursachen könnte, von der Republik eine angemessene Entschädigung verlangen wird. Das ist ein wesentlicher Artikel, über welchen aufgeklärt zu werden mir sehr wichtig ist.“ Am 27. November redete der König abermals von der Erneuerung des russischen Bündnisses. „Dasselbe“, schrieb er, „dauere nur noch drei Jahre, und es könne kommen, daß er die Hilfsgelder zahle und nicht den geringsten Gewinn von dem Vertrage habe. Die Gerechtigkeit verlange, daß die Vorteile gegenseitig seien, und er müsse deswegen darauf bestehen, daß der Vertrag auf 10 Jahre verlängert und noch einige andere Bestimmungen hinzugefügt werden.“

1) Am 7. November wurde das Testament fertig und mit Datum versehen. Die auf Westpreußen bezüglichen Stellen werden früher geschrieben, aber vielleicht am 7. November bei Durchlesung des Ganzen frisch in die Erinnerung getreten sein.

Auf Friedrichs Anfrage vom 16. November antwortete Solms am 6. Dezember. Er glaube nicht, schrieb er, daß man an Eroberungen und an Polen denke, sondern es gelte vielmehr in Petersburg als ein Hauptgrundsatz, daß es nicht im russischen Interesse liege, sich weiter auszubreiten; man wünsche Polen blühend und glücklich zu sehen, folglich wolle man es nicht schwächen, es solle vielmehr in den nordischen Bund eintreten und dort zum Teil Österreich gegen die Türkei hin ersetzen; ferner würde durch ein solches Verfahren die Unzufriedenheit in Polen auf den Gipfel steigen und die Eifersucht des Wiener Hofes erregt werden, der am Kriege teilnehmen und den Ausgang desselben unsicher machen könnte; endlich wolle Rußland seine frühere Erklärung nicht Lügen strafen. Übrigens gestand der Gesandte, daß es schwer wäre, sich hierüber eine zuverlässige Kenntnis zu verschaffen, da diejenigen, welche sie hätten, natürlich Stillschweigen beobachteten.

Neun Tage später, am 15. Dezember, sprach der König in einem eigenhändigen Schreiben an Katharina den Wunsch aus, das Bündnis mit ihr auf zehn Jahre zu verlängern. „Ew. Majestät sehen", fuhr er fort, „daß Herr von Choiseul, wenn er die Absicht gehabt, Preußen zu gewinnen, sie nicht erreicht hat; aber er ist ein Mensch, welchen man beobachten muß, ein Hitzkopf, in welchem es von Plänen wimmelt. Man muß ihm folgen, um ihm zu rechter Zeit zuvorzukommen." [1])

Der Herzog von Choiseul suchte damals wirklich Frankreich in ein besseres Verhältnis zu Preußen zu bringen und diese Macht von Rußland abzuziehen. Er haßte die Kaiserin Katharina sehr; denn von Anfang ihrer Regierung an hatte sie gegen den Hof von Versailles eine große Abneigung gezeigt, und der nordische Bund sollte besonders wider letzteren gerichtet sein. Umgekehrt war ein Hauptzweck, welchen Frankreich durch die Freundschaft mit dem Wiener Hof erstrebte, der, einen Landkrieg zu vermeiden. „Wenn der nordische Bund", schrieb Choiseul später einmal, „zustande gekommen

1) Sbornik XX, 250.

wäre, geführt von der russischen Kaiserin und dem Könige von Preußen und bezahlt durch die Engländer, so würden der Wiener Hof und Frankreich notwendig auf Schwierigkeiten gestoßen sein und einen bedeutenden Landkrieg erhalten haben; darum hat man alle Mittel aufsuchen müssen, um diesen gefährlichen Bund aufzuhalten, und wir in Frankreich haben gemeint, daß man zu diesem Ende lieber den Russen als den Engländern, zumal da letztere sich ruhig hielten, zu thun geben müßte." [1]) Choiseul hatte so viel als möglich in Konstantinopel schüren lassen; zugleich aber wünschte er sich mit Preußen auf einen besseren Fuß zu stellen. Der diplomatische Verkehr war zwischen den Höfen von Berlin und Versailles auch nach dem Hubertsburger Frieden nicht erneuert worden; jetzt aber wollte das französische Ministerium die unmittelbare Korrespondenz mit Berlin wiederherstellen. Und verführerisch genug müssen die Verheißungen geklungen haben, die an Friedrich gelangten; denn ungefähr am 20. Juli schrieb er an seinen Bruder Heinrich: „Choiseul zeigt uns den Himmel offen, und ich gedenke teil an seinem vermeintlichen Paradiese zu nehmen, ohne mit den übrigen zu zerfallen, weil diese Dinge sich mit einander vertragen."

Einige Zeit später begann Breteuil im Haag die Unterhandlung über die Erneuerung des diplomatischen Verkehrs mit dem preußischen Gesandten v. Thulemeyer, und beinahe zu derselben Zeit wurden inbezug auf den Handel vorteilhafte Vorschläge gemacht. In Corsica, welches die Franzosen damals eben gekauft hatten, erblickte Friedrich den Grund dieses plötzlichen Wechsels, und er meinte, daß Choiseul ihn aus Furcht, Preußen könnte mit England und Rußland gegen Frankreich gehen, durch seine Anerbietungen neutral zu halten wünschte. „Ich denke nicht daran", schrieb er an den Prinzen Heinrich, „um die Zänkereien Frankreichs und Englands mich zu bekümmern." Er bestimmte den Obersten v. Goltz für Ver-

1) Mémoire du Duc de Choiseul au Comte de Mercy (Herbst 1769) bei Beer, Dokumente, S. 6.

sailles und ließ dem Grafen Panin von allem Mitteilung machen [1]). Indes wünschte Choiseul weniger Preußens Neutralität zu erkaufen, als es von Rußland zu trennen. Aber der König wurde, wenn er eine solche Absicht merkte, leicht hitzig; er zeigte sich geneigt, die ganze Sache fallen zu lassen. Jedoch Finckenstein erhob Vorstellungen dagegen, weil die Unterhandlung bereits bekannt wäre und Aufsehen gemacht hätte; sollte sie nun scheitern, ohne daß Choiseul durch sein Verhalten dazu zwänge, so würde man in Petersburg die preußischen Interessen als ganz getrennt von den französischen betrachten und daraus schließen, daß dem Könige das russische Bündnis notwendiger als je wäre, und diese Gewißheit könnte den Hof in Petersburg leicht zu anspruchsvoll machen. Friedrich brach die Verbindung auch nicht ab, doch war er entschlossen, sein Verhältnis zu Rußland durch die Unterhandlung nicht im mindesten stören zu lassen [2]).

Während hier der König von Preußen einem Hofe näher trat, welcher mit dem Petersburger in der größten Spannung lebte, wies er eine Verbindung zurück, die von Katharina gewünscht wurde. Die Kaiserin hegte nicht geringe Besorgnis vor Schweden, wo die französische Partei, durch Jahrgelder aus Versailles bei gutem Willen erhalten, leicht einen Krieg mit Rußland herbeiführen konnte, und sie suchte sowohl jenseit des Kanals als in Berlin Hilfe. Schon seit 1763 bemühte sich Panin, ein Bündnis mit England einzugehen, doch war ein Abschluß bisher nicht erreicht worden; denn der Hof von London wollte sich weder anheischig machen, gegen die Türken Beistand zu leisten, noch zu Hilfsgeldern an die Schweden verstehen. Um letzteres Land gänzlich von Frankreich zu trennen, sollte Georg III. nach dem Wunsche Katharinas jährlich so viel an dasselbe zahlen, als der Hof von Versailles bisher gegeben hatte. Das aber in Friedenszeiten zu thun, wider-

1) An Solms, 1. Oktober. Duncker, S. 167.

2) An Finckenstein, 27. u. 28. Oktober; Finckenstein an den König, 29. Oktober. Immediatdepesche an Solms, 2. November.

sprach den Grundsätzen der englischen Politik, und noch weniger war man in London geneigt, den Handel mit der Türkei zu gefährden. Als nun der Krieg mit der Pforte wahrscheinlich wurde, ließ Panin den einen Punkt fallen; er verzichtete gänzlich auf Beistand gegen die Osmanen und wollte sich mit der Zahlung von Hilfsgeldern an Schweden begnügen; denn es lag ihm sehr viel daran, daselbst den französischen Einfluß zu brechen, weil die Russen sonst auch nach dieser Seite hin gerüstet sein müßten.

Mit England aber in ein näheres Verhältnis zu treten wünschte Friedrich II. keineswegs. Am 6. Februar 1767 hatte der britische Gesandte aus Petersburg geschrieben: „Der Mufti kann mit größerer Wahrscheinlichkeit den Segen des Papstes erwarten, als Großbritannien sich schmeicheln darf, daß der Berliner Hof bei irgendeiner russischen Unterhandlung Hilfe leisten wird." So aber stand es noch immer. Der König von Preußen war fest entschlossen, mit dem englischen Hofe kein Bündnis einzugehen, weil derselbe mit Frankreich 1763 einseitig Frieden geschlossen und an Peter III. die bekannten Eröffnungen gemacht hatte. Der König glaubte, daß er gegen seinen Ruhm und seine Sicherheit handeln würde, wenn er sich darauf einließe, so lange noch dieselben Männer am Ruder wären. Das mußte Solms dem Grafen Panin ohne Umschweif erklären, der sich dann vergeblich bemühte, dem Könige von Preußen eine bessere Meinung über England einzuflößen [1]).

Von Friedrich wünschte Panin gleichfalls Unterstützung gegen Schweden zu erlangen. Er wollte gern 200,000 Rubel opfern, um auf dem nächsten schwedischen Reichstage den Franzosen entgegenzutreten, und er erwartete, daß Friedrich II. sich ebenso gut wie die Kaiserin einer Verfassungsänderung widersetzen würde, durch welche dem Könige von Schweden die

1) Raumer IV, 2. S. 89. Friedrich an Solms, 27. November; Solms, 16. Dezember. Sbornik XII, 442. Ib., p. 371 sqq. stehen: „Les idées de la Cour de Russie à l'égard d'une Alliance avec la Grande-Bretagne", dem Lord Cathcart mitgeteilt durch dem Grafen Panin am 10. Oktober 1768.

Souveränität verschafft oder der französische Einfluß in die Höhe gebracht würde. Solms hörte weiter aus Panins Worten den Wunsch heraus, daß Friedrich die Vorstellungen Rußlands in Stockholm durch Rüstungen an der pommerschen Grenze unterstützen möchte; sollte das ohne Wirkung bleiben, so glaubte der Gesandte versichern zu dürfen, daß der Petersburger Hof nichts dagegen haben würde, wenn Preußen sich Neuvorpommern einverleibte [1]).

Katharina hielt ferner jede Vermittelung zwischen ihr und dem Sultan für vorzeitig, und als Panin erfahren hatte, daß Preußen und England in Konstantinopel solche Schritte thun wollten, da sprach er gegen den Grafen Solms den Wunsch aus, man möchte sich doch hüten, den russischen Ruhm bloßzustellen, und da alle Nachrichten dahin lauteten, daß der Sultan, auch wenn er wollte, den Krieg nicht verhindern könnte, ohne sich der Rache der Bevölkerung auszusetzen, so würde man es nicht gern sehen, wenn irgendetwas geschähe, was jenen stolzen Hof zu dem Glauben verleiten könnte, als ob man ihn fürchtete. Vielmehr müßte man, sagte Panin weiter, den Krieg mit der Pforte kräftig führen und keinen anderen Frieden schließen als einen solchen, den die Waffen zustande gebracht hätten. Allerdings war er bereit, über die Beschwerden der Pforte in Unterhandlung zu treten, doch sollte diese vorher anerkennen, daß sie durch falsche Vorstellungen getäuscht worden sei, und öffentlich ihren Unwillen gegen den französischen Gesandten und die Minister, welche den Bruch herbeigeführt, an den Tag legen [2]).

Wurde Preußens Vermittelung jetzt abgelehnt, so konnte sie doch später willkommen sein, aber freilich von der anderen Seite nur zugelassen werden, wenn Friedrich der Große Rußland nicht mit Truppen unterstützte. Trotzdem wünschte Panin letzteres, und er kam in seinen Unterredungen mit Solms immer wieder hierauf zurück; denn er suchte Geld lieber von

1) Solms, 10. Januar 1769.
2) Solms, 20. Januar 1769.

England zu erlangen, und zwar rechnete er darauf, jährlich 500,000 Pfd. Sterl. an Hilfsgeldern zu erhalten. Aber die Hoffnungen verwirklichten sich nicht; nur zur Unterstützung der antifranzösischen Partei in Schweden wurde der englische Gesandte mit einer Summe versehen, und außerdem ließ nach einigem Widerstreben der Londoner Hof sich bereit finden, die Erklärung abzugeben: er wünsche und hoffe, daß die Ruhe in Europa aufrecht erhalten bleibe, und die schwedischen Stände nichts thun werden, was dieselbe stören könne [1]).

Weil aus London keine Gelder zu erhalten waren, mußte Rußland solche nach Stockholm schicken und wendete sich deshalb an Preußen. Friedrich II. tadelte diese Politik. „Ich bewundere die Mächte", schrieb er am 14. Februar an Katharina, „die so große Summen in Schweden ausgeben. Das ist weggeworfenes Geld, welches nie den geringsten Vorteil bringen wird; denn gegenwärtig ist Schweden von allen europäischen Staaten der schwächste und derjenige, dessen Finanzen am meisten zerrüttet sind. Die Intriguen Frankreichs werden es erschöpfen; denn es wird sich niemals gegen Rußland erklären können in Anbetracht der Stellung, welche Dänemark und ich selber dagegen nehmen, und niemals werden in diesem Kriege die Türken eine solche Überlegenheit gewinnen, daß sie die Herren in Polen spielen können." So dachte Friedrich, doch war er bereit, in Stockholm ebenso gut wie England eine Erklärung abzugeben und die Hilfsgelder, die er nach Petersburg zu senden hatte, zwei Raten auf einmal, nach Panins Wunsch an den russischen Gesandten in Stockholm, den Grafen Ostermann, zu schicken [2]). Er that dies, obwohl Frankreich ihn auf die entgegengesetzte Seite durch sehr verlockende Vorteile zu ziehen suchte.

Die französischen Minister hatten sich gegen Goltz, als dieser nach Versailles gekommen war, sehr schweigsam ver-

1) Solms, 17., 27. Januar, 14. Februar; Ministerialnote vom 20. Februar und 3. März.

2) Ministerialnote, 3. März, 14. April. Sbornik XX, 257.

halten und über Geschäfte mit ihm nicht gesprochen. Dagegen durch einen anderen guten Kanal erfuhr der Gesandte, daß man dem Könige von Preußen Ermeland und Kurland anbieten wollte. Friedrich unterrichtete davon sogleich wieder den Grafen Solms und versprach, einen solchen Vorschlag, wenn er ihm gemacht würde, kräftig zurückzuweisen. Er glaubte zu erkennen, daß die Franzosen, nachdem sie die Türken zum Kriege verleitet hätten, auch die Schweden gegen Rußland in Waffen bringen und ihn durch jene Lockspeise zur Teilnahme bewegen wollten. „Dieser ebenso thörichte als im Grund unnütze Plan", schrieb er, „zeigt uns, daß der gesunde Menschenverstand im Rate Ludwigs XV. nicht den Vorsitz führt." Die Entfremdung zwischen den beiden Höfen wurde stärker, als sie vorher gewesen war [1]).

Achtes Kapitel.

Zusammenkunft Friedrichs II. und Josephs II. und Erneuerung des preußisch-russischen Bündnisses.

Wie Choiseul, so verfolgte auch Kaunitz in Potsdam und Berlin besondere Zwecke. Der Staatskanzler wünschte nämlich schon seit dem Anfange des Jahres 1768, dem Könige von Preußen Vertrauen einzuflößen und sich zu freundschaftlichen Eröffnungen über die künftige Erbfolge des Hauses Brandenburg den Weg zu bahnen, indem er meinte, daß man daraus vielleicht einen großen Nutzen würde ziehen können.

1) Immediatdepeschen an Solms vom 8., 13. und 15. März; vgl. Solms, 9. Mai; Friedrich an Solms, Immediatdepesche, 19. April. Beer, Dokumente, S. 7.

Der männlichen Mitglieder zählte das preußische Herrscherhaus damals in der That nur wenige [1]). Wie der König, so besaßen auch seine Brüder Heinrich und Ferdinand keine Nachkommenschaft. Dem Prinzen von Preußen hatte seine Gemahlin zwar am 7. Mai 1767 ein Kind geboren, aber es war eine Tochter. Halb ärgerlich, halb scherzend schrieb der König am 8ten an Heinrich: „Wir haben nur ein Mädchen bekommen. Das ist nicht meine Schuld, und wir werden es das nächste Mal besser machen." Friedrich ahnte damals nicht, wie das Verderben in nächster Nähe tückisch auf ihn lauerte. Der jüngste Sprößling des Hauses, Heinrich, der Bruder des Prinzen von Preußen, noch nicht 20 Jahre alt, ward achtzehn Tage später von den Blattern hinweggerafft. „Diese Nachricht traf mich", schrieb Friedrich, „wie ein Blitzstrahl. Ich habe dieses Kind geliebt, wie meinen eigenen Sohn. Der Staat erleidet einen großen Verlust, ... wir haben ihn auf ewig verloren. Mit ihm schwinden meine Hoffnungen." Der tiefbetrübte König suchte so viel als möglich durch anhaltende Beschäftigung sich zu zerstreuen, aber es wollte nicht gelingen. „Mein Kind hatte mir durch viele gute Eigenschaften, die durch keine Fehler aufgewogen wurden, das Herz gestohlen," klagte der arme König nach einiger Zeit und rief sich trauervoll die herrlichen Eigenschaften des Entschlafenen zurück, die reife Weisheit neben dem Feuer der Jugend, den Adel des Herzens, das unermüdliche Streben. Er sah in ihm einen Prinzen, welcher den Ruhm des Hauses bei längerem Leben befördert haben würde. „Ich gedachte", schreibt Friedrich weiter, „nächstes Jahr ihn zu verheiraten, und rechnete darauf, daß er helfen würde die Erbfolge zu sichern. Wenn ich außerdem erwäge, daß dieses Kind das beste Herz von der Welt besaß, daß er von Natur wohlwollend war und für mich Freundschaft fühlte, dann stürzen mir die Thränen wider Willen

1) Vgl. meine Aufsätze „Friedrich der Große und Kaunitz im Jahre 1768" (Historische Zeitschrift, Neue Folge, Bd. VI, S. 193 ff.) und „Die Zusammenkunft Friedrichs II. und Josephs II. in Neiße" (Zeitschrift des Vereins für Geschichte und Altertum Schlesiens XIV, 263 ff.).

aus den Augen und ich kann nicht umhin, den Verlust des Staates und meinen eigenen zu beklagen. Ich bin niemals Vater gewesen, aber ich habe die Überzeugung, daß ein Vater nicht anders seinen einzigen Sohn bedauert, als ich dieses liebenswürdige Kind." Die Philosophie ließ den König hier im Stich, sie linderte seinen Schmerz nicht, sondern es erging ihm wie anderen Sterblichen. „Ich zerstreue mich", schreibt er, „das übrige muß die Zeit thun."

Manche Freunde der Hohenzollern gerieten wirklich in Sorge. Im März 1768 beklagte Panin es, daß noch kein brandenburgischer Prinz geboren wäre, und er nannte dabei das Haus der Hohenzollern das einzige, welches vermöchte, dem Norden einen dauerhaften Frieden zu sichern, der evangelischen Kirche ihre Rechte und dem Deutschen Reiche seine Freiheit zu erhalten. Der König antwortete: er würde sich natürlich sehr freuen, wenn der Prinz von Preußen einen Sohn empfinge, und daß dies noch nicht geschehen wäre, hätte ihn oft beunruhigt; aber man dürfte ja noch Hoffnung hegen.

Die Absicht, welche Kaunitz verfolgte, konnte Friedrich nicht vermuten, und wenn ein österreichischer Graf Sinzendorff Reden, die auf ein gutes Einvernehmen der beiden deutschen Großmächte hinzielten, in Berlin mit der Absicht führte, daß sie dem Könige berichtet würden, so glaubte dieser, daß man ihn von Rußland trennen wollte, und setzte den Hof in Petersburg von solchen Bemühungen, die natürlich keine Berücksichtigung fänden, getreulich in Kenntnis.

Als Friedrich gegen Ende des August nach Schlesien zu den Musterungen kam, und Joseph zu demselben Zwecke Böhmen und Mähren bereiste, schlug der Staatskanzler letzterem nach erhaltener Einwilligung der Kaiserin-Königin eine Zusammenkunft mit Friedrich dem Großen vor; die beiden Herrscher sollten bei dieser Gelegenheit jeder in einem vertraulichen Schreiben sich das Wort geben, daß sie mit einander in Frieden und Freundschaft leben und im Fall eines Krieges eine strenge Neutralität beobachten würden. Wenn Friedrich auf das Aussterben der männlichen Linie seines Hauses zu sprechen

käme, sollte Joseph dem Könige raten, sobald als möglich einen Plan aufzustellen, da doch teils die Reichsgesetze die weibliche Erbfolge in den Kurfürstentümern verböten, teils die Erbverbrüderungen mit den Häusern von Sachsen, Hessen-Kassel und Mecklenburg manche Schwierigkeiten hervorrufen würden, und seinen Beistand anbieten. Joseph aber lehnte wegen der Lebhaftigkeit, mit welcher ihm der König von Preußen in Regensburg entgegentrat, die Zusammenkunft ab, und so übernahm Maria Theresia selbst einen Teil der Rolle, die dem Kaiser zugedacht gewesen war. Am 4. September erklärte sie dem preußischen Gesandten: „es sei ihr größter Wunsch, in Frieden mit seinem Gebieter zu leben, und der Kaiser sei ebenso gesinnt; sie habe Schlesien vergessen und denke nicht mehr daran".

In derselben Richtung weiter zu wirken, erhielt General Nugent den Auftrag, als er im November auf seinen Posten nach Berlin zurückkehrte. Wir ersehen zugleich aus den Verhaltungsbefehlen, die er mitnahm, daß Kaunitz damals den Beistand Friedrichs beim Erlöschen der bayerischen Linie zu erlangen wünschte.

Am 15. November erhielt Nugent in Potsdam Audienz. Bei dieser Gelegenheit machte der König ihm das freimütige Geständnis, daß er nur gewisse Hilfsgelder, die gar nicht beträchtlich wären, an Rußland zahlen müßte; seinetwegen könne man sich also in Polen herumschlagen, so lange man wolle, er werde sich in diese Händel gewiß nicht einmischen, den Fall ausgenommen, daß man daran denke, den König Stanislaus August abzusetzen. Als nun Nugent den Wunsch ausdrückte, daß die beiden Häuser weiterhin in gutem Einverständnis verbleiben und alles alte Mißtrauen gänzlich ablegen und vertilgen möchten, da nahm Friedrich wiederum das Wort und sagte: „Wir sind Deutsche; was liegt uns daran, ob in Canada und auf den amerikanischen Inseln die Engländer und Franzosen sich zusammen herumschlagen, ob Paoli den letzteren wegen Corsicas die Hände voll zu schaffen giebt, ob die Russen und die Türken sich einander in die Haare fallen? So lange

wir zwei, das Haus Österreich und ich, uns wohl einverstehen, hat Deutschland von Kriegsunruhen wenig zu befahren."

Die Rede kam nun auf die Neutralität. Nugent sprach von einem unmittelbaren Briefwechsel zwischen dem Kaiser und dem Könige von Preußen und machte dann, weil Friedrich nicht zuerst schreiben wollte, den anderen Vorschlag einer Zusammenkunft, wo die beiden Herrscher einander ihr Wort als die sicherste Friedensbürgschaft verpfänden könnten. „Ihr habt recht", versetzte der König, „wir werden uns das Ritterwort geben, wie Franz der Erste Karl dem Fünften, und das wird sicherer sein als alle Verträge. Benachrichtiget Euren Hof davon und laßt mich wissen, wo und wann wir uns treffen sollen." Indem Friedrich dann die ersprießlichen Folgen einer solchen Zusammenkunft auseinandersetzte, bemerkte er unter anderem, „daß bei solchem Einverständnis keine Vergrößerung Frankreichs und auch nicht" — er sagte das mit Lächeln — „von anderwärts her zu besorgen stände". „Auf dieser anderen Seite sind Ew. Majestät etwas mehr ausgesetzt als wir", sagte Nugent. „Es ist wahr", entgegnete der König, „die Herren Russen mögen sich immer an den Küsten des Schwarzen Meeres und in den Gegenden, wo ihre bekannten Wüsten sind, nach ihrem Wohlgefallen ausdehnen; aber auf der europäischen Seite....." Hier setzte der König die Rede nicht weiter fort, sondern ging auf anderes über. Er dachte, wie erwähnt, schon damals daran, mit Rußland zusammen auf der europäischen Seite polnisches Gebiet zu erwerben.

Bevor Kaunitz noch von dieser Unterredung, welche zwei Stunden gedauert und doch nicht zu dem für ihn wichtigsten Punkte geführt hatte, Bericht empfing, kam ein merkwürdiger Antrag aus Konstantinopel an ihn. Als die Pforte den fremden Mächten den Bruch mit Rußland anzeigte, da nannte sie Stanislaus August einen Mann, der nicht aus königlichem Stamme wäre; die Polen forderte sie durch ein Schreiben vom 28. Oktober auf, sich einen neuen Herrscher zu wählen, und dem österreichischen Internuntius ließ der Großvezier am 2. November sagen, daß nunmehr die beste Zeit und Gelegen-

heit wäre, das widerrechtlich dem Wiener Hof entrissene Schlesien zurückzugewinnen. Bald darauf teilte der Graf Vergennes im Auftrage der Pforte dem Internuntius jenes Schreiben des Großveziers an die Polen und die mündlichen Äußerungen des letzteren mit, die auf die Wahl eines sächsischen Prinzen abzielten.

Kaunitz geriet in heftige Bewegung. Er wollte nun nicht länger verhalten, was ihm schon seit geraumer Zeit auf dem Herzen lag, und er schrieb also einen Vortrag für die Kaiserin-Königin und ihren Sohn, der zu den merkwürdigsten Erzeugnissen seiner Feder gehört.

Der Staatskanzler betrachtete Rußland als den natürlichen Verbündeten des Wiener Hofes gegen den König von Preußen, und er wünschte jene Macht früher oder später wiederum so gebrauchen zu können; aber er hegte nun bei genauer Erwägung der Umstände die Besorgnis, daß Österreich künftig weit mehr von Petersburg als von Berlin selbst würde zu befürchten haben, und da er den Sieg der Russen für ganz wahrscheinlich hielt, so betrachtete er es als ein gemeinschaftliches Interesse von Preußen und Österreich, daß beide Mächte noch zu rechter Zeit in das Mittel treten und durch Bereithaltung ihrer Streitkräfte die kriegführenden Teile zu einem ehrenvollen Frieden bringen sollten. Diese Absichten schienen dem Staatskanzler sehr bedeutend; aber die wichtigste sah er darin, dem Haus Österreich ohne Kampf oder andere große Beschwerden durch die Pforte wieder zu Schlesien zu verhelfen, wenn nicht ganz, so doch guten Teils, und wenn nicht gleich, so doch beim Erlöschen des preußischen Mannsstammes.

Den Gedanken, durch den Türken unter Mitwirkung des Königs von Preußen Schlesien wiederzuerlangen, bezeichnete der Staatskanzler selbst als an sich so außerordentlich und schimärisch, daß er mit sich gestritten hätte, ob er ihn dem Kaiser mitteilen und sich der Gefahr, ausgelacht zu werden, preisgeben sollte; jedoch er that es, weil er allen Zeitverlust für schädlich und das Gelingen keineswegs für unmöglich, ja für wahrscheinlich hielt. Natürlich mußte Friedrich anderswo

entschädigt werden. Daß der König, wenn es mit Sicherheit geschehen könnte, gar kein Bedenken tragen würde, dem Vertrage, den er mit Rußland geschlossen, schnurgerade zuwiderzuhandeln, setzte der ehrenwerte Staatskanzler voraus; er sah ferner auch darin keine Ungerechtigkeit, wenn Polen, um aus der russischen Sklaverei gezogen und von dem auf allen Seiten ihm drohenden Untergange gerettet zu werden, gutwillig die Mittel anböte, Friedrich II. schadlos zu halten. Kurland und wenn nicht das ganze polnische Preußen, so doch ein beträchtlicher Teil desselben schienen dem Staatskanzler Schlesien an Größe sowohl als an Güte zu übertreffen und die übrigen preußischen Gebiete zu einem zusammenhängenden und mächtigen Reich abzurunden, und er betrachtete sie daher als eine angemessene Entschädigung.

Nach der Meinung des Fürsten Kaunitz hatte Friedrich aus Furcht vor Rußland bisher ein Betragen eingehalten, das seinem wahren Staatsinteresse schnurgerade zuwiderliefe; jedoch wenn man ihm einen Weg zeigte, sich auf ewig aus der russischen Abhängigkeit und Gefahr zu ziehen und noch dazu mit Vorteil, so dürfte der König denselben um so eher einschlagen, als er jetzt immer in Eifersucht, Besorgnis und Unsicherheit wegen zweier mächtiger Nachbarn leben müßte. Wenn nun ohne seinen Schaden Schlesien wieder in österreichischen Händen sich befände, der Zankapfel ganz aus dem Wege geräumt wäre: dann könnte das engste gute Vernehmen zwischen den beiden Staaten zu ihrem gemeinschaftlichen Besten gar wohl vorwalten und sie gegen Rußland sowohl als gegen andere unruhige Mächte vereinigt werden. Zu dieser Betrachtung, meinte Kaunitz weiter, trete noch die Rücksicht auf die weibliche Erbfolge, die ohne den Kaiser und das Erzhaus nicht leicht ins Werk zu setzen sei.

Um nun aber Friedrich II. dahin zu bringen, daß er mitwirkte, die Russen aus Polen zu verdrängen, sollte die Pforte die Millionen, welche sie den Österreichern als Hilfsgelder zu zahlen gedächte, dem Könige zuwenden und dadurch den Ausschlag geben.

Kaunitz hielt die Ausführung für schwer, jedoch nicht für unmöglich, sondern eher für wahrscheinlich; damit aber für den Fall, daß der Vorschlag von Friedrich II. trotzdem verworfen würde, dem Wiener Hofe kein Schaden erwüchse, sollte die Pforte den Plan, als von ihr kommend, dem Internuntius und dem Herrn v. Zegelin mitteilen. Der Kaiser dagegen hatte sehr viel an dem Vorschlag auszusetzen. Er hielt die Vorteile, welche den Türken geboten wurden, für ungeeignet, auf den augenblicklich sehr kriegseifrigen Sultan zu wirken, und er traute der Pforte nicht die Fähigkeit zu, das Geheimnis der Unterhandlung zu bewahren. Er glaubte ferner noch weit weniger an die Zustimmung des Königs von Preußen. Diesem sollte, das hob er zuerst hervor, die Unwürdigkeit zugemutet werden, Rußland im Stiche zu lassen und sich dadurch aller Bundesgenossen außer den Türken und Österreichern zu berauben. Dann mochte Joseph nicht glauben, daß Friedrich in die Arme der letzteren sich werfen und die beste seiner Provinzen aufgeben würde, die noch dazu mit Festungen wohl versehen wäre, einen schwierigen Zugang hätte und dem Könige von Preußen die Mittel böte, ein so furchtbares Heer zu unterhalten. Nur Sachsen könnte für Schlesien ihn entschädigen, nicht aber Kurland, von wo die Russen fortwährend suchen würden ihn hinauszuwerfen, und das ebenso wie Westpreußen, außer Danzig und Elbing, an Wohlhabenheit der abzutretenden Provinz nachstände. Sollte gerade Preußen Österreich vergrößern? Und in welche Lage würde jenes gar kommen, wenn die Höfe von Wien und Petersburg mit einander sich verbänden?

Noch andere Schwierigkeiten legte Joseph dar und schlug am Schlusse vor, der Plan sollte als das Erzeugnis des Internuntius gelten und nicht einmal durch letzteren, sondern durch eine Privatperson, an die Pforte gelangen. Diesem Rate schloß Maria Theresia sich an. Nach einigen Tagen ließ man aber den Plan gänzlich fallen, dagegen die Zusammenkunft gab man nicht auf. Am 28. Dezember wies Kaunitz den General Nugent an, zu erklären: der Kaiser werde sich im nächsten Jahr um die nämliche Zeit, wo Friedrich nach Schlesien zu

gehen pflege, in Böhmen oder Schlesien einfinden; er beharre bei dem aufrichtigen Verlangen, des Königs persönliche Bekanntschaft zu machen, und er wünsche zu erfahren, wie eine Zusammenkunft am besten und schicklichsten eingeleitet werden könne.

Friedrich der Große war bereit, mit Joseph an einem Orte sich zu treffen, und begehrte nur, über einige Punkte zuvor beruhigt zu werden. Er wollte das Haus Sachsen wegen dessen enger Verbindung mit Österreich weder auf den polnischen Thron gelangen, noch auch ein Bündnis mit Rußland schließen lassen. Letzteres würde, schrieb er einmal an Solms, eine sehr große Erkältung zwischen ihm und der Kaiserin herbeiführen; jenes aber war er durch sein eigenes Interesse zu hindern verpflichtet. Er hörte nun von französischer Seite her und aus Petersburg, daß man in Versailles und Wien daran dächte, dem Könige von Polen einen Nachfolger zu geben; es war die Rede von einem Prinzen Conti, von dem Herzog Albert von Teschen und einem anderen sächsischen Prinzen. Die Sache schien um so wahrscheinlicher, als in dem Manifeste der Türken ja gleichfalls die Absicht einer neuen Besetzung des polnischen Thrones ausgesprochen war. Ein Artikel der Leidener Zeitung, der von dem französischen Gesandten im Haag, Breteuil, herstammen sollte und großes Ärgernis in Potsdam verursachte, sprach gar von einem Bündnisse Friedrichs mit Frankreich, Spanien und der Kaiserin-Königin. Dem Herzoge von Choiseul traute Friedrich alles Schlimme zu, die Verbindung zwischen Versailles und Wien hielt er für enger, als sie war, und indem Nugent jetzt nur von der Zusammenkunft sprach und inbezug auf das andere, was er im November vorgebracht, ein etwas auffälliges Stillschweigen beobachtete, wurde der König argwöhnisch und besorgte, daß man ihn von Rußland trennen wollte. Sowohl er als Finckenstein äußerten sich gegen den Gesandten darüber; dieser versprach einen getreuen Bericht abzustatten und ließ hierauf den König bitten, Ort und Zeit der Zusammenkunft zu bestimmen. Friedrich schlug das Ende des Monats August

vor, und inbetreff des Ortes nannte er Leobschütz und Neustadt an der mährischen und Glatz an der böhmischen Grenze.

In Wien hielt man umgekehrt Friedrichs Besorgnis für Ausflucht; er wolle, meinte Maria Theresia, der Zusammenkunft entgehen, um keinen Anstoß in Petersburg zu geben. „In diesem Falle", schrieb sie an Kaunitz weiter, „seien sie bereit, es dabei bewenden zu lassen. Es hänge jetzt vom König ab, sich dafür oder dagegen zu entscheiden; denn er könne nach den gegebenen Erklärungen unmöglich denken, daß sie das Haus Sachsen auf den polnischen Thron zu setzen wünschen. Ihr Sohn sei mit dieser Idee einverstanden, nur glaube sie, daß er sehr froh sein würde, wenn der Besuch zustande käme."

Der Staatskanzler antwortete in diesem Sinne: der Kaiser sei bereit, die Zusammenkunft auf ruhige Zeiten und Umstände zu verschieben, es sei denn, daß der König sie noch im laufenden Jahre selbst in das Werk zu setzen verlange. Die letzten Worte waren durch Maria Theresia hinzugefügt worden, die es im Einverständnis mit Joseph und vielleicht noch mehr ihm zuliebe that. Außerdem wies der Staatskanzler Nugent an, auf eine ungezwungene Weise zu erklären, daß der Wiener Hof bereit wäre, zur Beilegung der zwischen Rußland und der Türkei entstandenen Irrungen mitzuwirken. Der Gesandte sollte weiter, gleichsam im Vorbeigehen, fallen lassen, durch welche Mittel man dahin gelangen könnte, nämlich dadurch, daß der Petersburger Hof die Gleichstellung der Dissidenten gänzlich aufgebe oder höchstens eine freie Religionsübung zu ihren Gunsten verlange, daß er auf den übrigen wider die alte Verfassung eingeführten Neuerungen nicht mehr bestehe, die Garantie entweder gänzlich aufhebe oder sie zusammen mit Österreich, England und Preußen übernehme und endlich alle seine Truppen aus Polen ziehe.

Wir bemerken, der Staatskanzler verlangt, indem er die österreichischen Wünsche mit unterschiebt, weit mehr als die Pforte von dem russischen Residenten vor der Kriegserklärung gefordert hatte. Wenn er dann weiter meint, Rußland könnte diese vier Punkte bewilligen, ohne seiner Ehre zu nahe zu

treten, und es würde dadurch einem ebenso unvermuteten als mit seinen Finanzen und seiner inneren Verfassung unvereinbaren Krieg ausweichen: so zeigt er eine sehr geringe Kenntnis der Stimmung, die in Petersburg herrschte. Dort war an die Annahme der vier Forderungen des Staatskanzlers nicht zu denken. Der König von Preußen dagegen hätte sich für seine Person mit ihnen einverstanden erklären können, wenn Österreich von gänzlicher Herstellung der Unduldsamkeit absah.

Nugent teilte dem Grafen Finckenstein am 10. Februar nur die Antwort mit, die ihm der Staatskanzler zu geben aufgetragen. Friedrich fand dieselbe sonderbar und mit dem Eifer der ersten Eröffnungen nicht recht vereinbar. Er meinte: Kaunitz wolle sich inbezug auf den Prinzen Albert die Hände nicht binden, mache eine Schwenkung und schweige über die Neutralität Deutschlands. Jedoch er ging darüber hinweg, nahm das Anerbieten des Kaisers dankbar an, freute sich, die Bekanntschaft desselben zu machen, und versprach seinerseits alles zu thun, um jede Spur der alten Feindschaft, welche zwischen den beiden Häusern geherrscht hätte, zu verwischen. Finckenstein mußte dem General Nugent diesen Bescheid mitteilen und zugleich auf eine feine Weise merken lassen, daß der Wiener Hof den Hauptartikel mit Stillschweigen übergangen.

Infolge dieses Bescheides erklärte sich Joseph bereit, mit dem Könige zusammenzukommen. Letzterer hielt nun den Besuch des Kaisers für wahrscheinlich, aber er glaubte, daß man sich darauf beschränken würde, gegenseitig die persönliche Bekanntschaft zu machen. Er empfahl Glatz für die Zusammenkunft, jedoch mit dem ausdrücklichen Bemerken, er würde sich ganz und gar den Wünschen des Kaisers fügen, erfreut, die Anfänge einer so wünschenswerten Union zwischen den beiden Höfen wieder aufkeimen zu sehen.

Die Aussicht auf den Besuch, den Joseph im Hochsommer dem Könige von Preußen abstatten wollte, verfehlte doch nicht, einiges Aufsehen in Petersburg zu erregen, und man fand es für gut, zu sagen, es wäre manchmal die Rede davon gewesen,

daß die Kaiserin von Rußland und Friedrich der Große sich irgendwo sehen sollten. Der König suchte Katharina und Panin zu beruhigen, indem er versprach, sie über den ganzen Verlauf der Zusammenkunft sehr genau zu unterrichten, und indem er vorstellte, wie gering die Folgen sein würden. Dagegen gab er es für sehr schwierig aus, mit der Kaiserin sich zu treffen, hauptsächlich weil er sich jetzt unmöglich von seiner Hauptstadt entfernen könnte, zumal so lange die Waffen noch nicht zwischen Rußland und der Türkei entschieden hätten. Aber wenn er auch der Begegnung auswich, so hatte doch die Kaiserin keinen Grund zu Besorgnissen; denn sein ganzes Dichten und Trachten ging auf die Erneuerung des russischen Bündnisses, zu welchem der Entwurf bereits am 21. Januar nach Petersburg geschickt worden war [1]).

Daneben hatte der König noch an die Möglichkeit einer sehr wünschenswerten Erwerbung gedacht, derselben, welche die Höfe von Versailles und Wien ihm unabhängig von einander ganz oder zum Teil gleichfalls anboten oder anbieten wollten. Durch die Waffen oder auf andere Art, hatte Kaunitz in seinem Vortrage vom 3. Dezember gemeint, würde Friedrich II. dieses Besitztum bei den gegenwärtigen Umständen niemals hoffen dürfen zu erlangen, da weder die Russen noch die Österreicher eine solche Vergrößerung gleichgültig ansehen könnten; dagegen jetzt, wo die Russen durch die Türken beschäftigt und die Österreicher sogar bereit wären, jeglichen Vorschub zu leisten, würde das allem menschlichen Ermessen nach ganz sicher und unfehlbar sein. Ungefähr derselben Ansicht war der König von Preußen auch; er wünschte nur noch, daß die Russen ebenso wie die Österreicher mit dieser Erwerbung einverstanden wären, und damit es die beiden Höfe sein könnten, sollten sie nach seinem Plane gleichfalls in Polen einen Gewinn davontragen. Aber weil die Nachrichten, die er von Solms und Benoit bekommen, nicht eben aufmunternd lauteten, hielt Friedrich es für besser, seinen Vorschlag unter fremdem Namen

1) Solms, 27. Januar; Immediatdepesche vom 12. Februar.

nach Petersburg zu schicken. Am 2. Februar 1769 schrieb er eigenhändig auf ein Quartblatt seinen Teilungsplan [1]).

„Der Graf von Lynar", meldet Friedrich dem preußischen Gesandten, „ist nach Berlin gekommen, um seine Tochter mit dem Sohne des Grafen von Kamecke zu verheiraten; es ist derselbe, welcher die Übereinkunft von Kloster-Zeven abgeschlossen hat. Er ist ein großer Politiker und regiert noch Europa von dem Dorf aus, wohin er sich zurückgezogen [2]). Dieser Graf Lynar hat einen ziemlich sonderbaren Gedanken, um alle Interessen der Fürsten zu Rußlands Gunsten zu vereinigen und den europäischen Angelegenheiten auf einmal ein anderes Aussehen zu geben. Rußland soll dem Wiener Hofe für dessen Beistand gegen die Türken die Stadt Lemberg nebst Umgegend und die Zips anbieten, uns das polnische Preußen mit Ermeland und das Schutzrecht über Danzig geben und, um sich selbst für die Kriegskosten zu entschädigen, einen ihm anstehenden Teil von Polen nehmen; indem so die Eifersucht zwischen Österreich und Preußen aufhört, würden beide Rußland um die Wette gegen die Türken unterstützen. Dieser Plan hat etwas Glänzendes; er scheint verlockend. Ich habe geglaubt, ihn Euch mitteilen zu müssen. Ihr, der Ihr die Denkungsart des Grafen Panin kennt, sollt entweder alles das unterdrücken oder einen solchen Gebrauch davon machen, wie Ihr für gut findet, obwohl ich meine, daß der Plan mehr Schimmer als Gediegenheit enthält."

Solms glaubte nicht, daß der Vorschlag dem Grafen Panin gefallen würde; jedoch er wollte sich auf sein Urteil

1) In den Oeuvres VI, 26 schreibt Friedrich: „Le Roi avait envoyé à Pétersbourg un projet politique qu'il attribuait à un comte de Lynar."

2) Lynar hatte sich 1766 nach der Herrschaft Lübbenau in der Niederlausitz, die er 1768 von seinem kinderlosen Bruder erbte, zurückgezogen und verheiratete 1769 seine schöne und geistreiche Tochter Wilhelmine Marie Amalie mit dem Geheimen Finanzrate Grafen von Kamecke. In den Beiträgen zu der Lebensgeschichte denkwürdiger Personen, Tl. IV, S. 75—218 giebt Büsching eine Biographie von ihm.

keineswegs verlassen, sondern dem russischen Minister Mitteilung machen. Der König wiederholte nun die Befehle vom 2. Februar und fügte dann hinzu, daß er es noch immer dem Gesandten überließe, die Angelegenheit dem Grafen Panin vorzulegen oder nicht. Aber als diese Weisung nach Petersburg kam, hatte Solms über den Plan bereits gesprochen, den er als die Idee von einigen deutschen politischen Dilettanten hinstellte, sicherlich ohne dadurch über den wahren Urheber zu täuschen. Panin antwortete ganz unvorbereitet. Er bezeichnete die Zips, welche vor Jahrhunderten von Ungarn an Polen verpfändet worden war, als eine sehr angemessene Erwerbung für Österreich; Lemberg dagegen nicht. Wir sehen, er gönnte dem Wiener Hofe kein polnisches Gebiet. Er meinte weiter, daß es sich nicht der Mühe lohnen würde, drei so große Mächte zu vereinigen, nur um die Türken über den Dniestr zurückzuwerfen, sondern wenn eine solche Vereinigung stattfinden könnte, dann müßte man sich nicht weniger vornehmen, als die Türken aus Europa und einem großen Teile von Asien zu jagen, was ihm nicht einmal schwer ausführbar erschien.

Ein solches Bündnis der drei Monarchen, fuhr Panin fort, würde für die Ruhe der Christenheit sehr gut sein; aber Österreich müßte dann allen Arten von Ansprüchen an das Haus Brandenburg entsagen und sich durch Eroberungen in der Türkei zu entschädigen suchen. Rußland und Preußen würden ihm so viel überlassen, als es imstande wäre, mit seinen Waffen und denen der beiden Verbündeten sich zu nehmen. Österreich wäre dann in der Lage, Schlesien zu vergessen, und indem der König von Preußen so eine Sicherheit für die von ihm eroberte Provinz gewänne, bliebe künftig nichts mehr übrig, was einen Widerstreit zwischen den Interessen der beiden Häuser verursachen könnte.

Wir bemerken, daß Panin, um die deutschen Großmächte zu versöhnen, dem Wiener Hofe gerade so wie der vorgeschobene Graf Lynar einen Ersatz für Schlesien verschaffen will, jedoch nicht in Polen; und indem er sich jetzt erinnert, daß Friedrich der Große gleichfalls eine Vergrößerung erstreben werde, da

erklärt er: man könnte den Besitzungen des Hauses Brandenburg das polnische Preußen hinzufügen, und wenn man sich hierüber verständigt hätte, würde es nicht schwer sein, dem türkischen Reich in Europa ein Ende zu machen, das nur durch die Eifersucht der christlichen Mächte so lange sich erhalten hätte. Konstantinopel könnte die Hauptstadt einer Republik werden.

Solms fragte nun, was der Petersburger Hof nehmen würde. Katharina und ihr Minister thaten bei solchen Gelegenheiten immer, als ob sie die Uneigennützigkeit selber wären. Für Rußland stellte Panin die Notwendigkeit einer solchen Teilung in Abrede, weil man bereits weit mehr Land besäße, als man imstande wäre zu regieren; einige befestigte Plätze an einen entfernten Grenzen ausgenommen dürfte es nicht mehr an die Erwerbung von Provinzen denken.

Panin sprach keineswegs Gedanken aus, die ihm augenblicklich in den Kopf gekommen waren. Bereits am 27. Januar hatte Katharina in einem Schreiben an den König ihre Verwunderung darüber ausgedrückt, daß Österreich den Türken gegenüber neutral bleiben wollte, statt sich mit ihr gegen dieselben zu verbinden; und so hatte Kaunitz recht, wenn er in seiner Denkschrift vom 3. Dezember 1768 bemerkte: „Daß den Russen das griechische Kaisertum im Kopfe steckt, ist von den Zeiten Peters I. her schon bekannt, und daß die jetzige Kaiserin mit sehr weit aussehenden Plänen schwanger gehe und die Semiramis im Norden vorstellen wolle, bewähren ihre bisherigen Unternehmungen.“

Friedrich wünschte keinen europäischen Krieg, der durch den Versuch, die Türken aus Europa zu jagen, leicht entstehen könnte; er wollte nicht einmal mit Österreich einen neuen Waffengang machen, und er meldete darum seinem Bruder Heinrich am 8. März 1769 mit größter Freude, daß Rußland sich damit begnügen würde, die festgesetzten Hilfsgelder von ihm zu empfangen; aber er dachte zugleich daran, daß man mit der Zeit einen Bund der größten Herrscher würde gründen müssen, um der von den Russen drohenden Gefahr zu begegnen. Und als

er Panins Bemerkungen über den sogen. Lynarschen Plan empfing, ließ er letzteren fallen, indem er der Meinung war, daß eine solche Vereinigung der drei Mächte bei Österreich auf sehr große Schwierigkeiten stoßen würde. Dagegen in Petersburg gab man den eigenen weitgreifenden Gedanken nicht sogleich auf, sondern Panin drückte nun den Wunsch aus, daß der König Truppen im polnischen Preußen einrücken lassen möchte, wenn die Konföderierten dort festen Fuß gewinnen sollten. Man hoffte vielleicht, daß Friedrich jetzt eher auf einen solchen Vorschlag eingehen würde; jedoch Solms mochte denselben nicht einmal dem Könige melden, und so stand man davon ab. Auch hat Friedrich der Große seinen Gesandten für dieses Verhalten nicht getadelt, obwohl er doch selbst an die Erwerbung des polnischen Preußens dachte [1]).

Außerdem richtete Panin im Mai einige Fragen an den Wiener Hof, nicht sowohl um sich Klarheit über dessen Stellung zu den Türken und den Polen zu verschaffen, als vielmehr um zu sehen, ob Österreich geneigt wäre mit Rußland gemeinschaftliche Sache gegen die Pforte zu machen. Aber die Antwort fiel so aus, daß die Kaiserin ihren Gedanken ebenso fallen ließ, wie Friedrich den Lynarschen Plan [2]).

Dagegen begann jetzt eigentlich erst die Unterhandlung über das neue Bündnis. Der König von Preußen hatte, wie bereits erwähnt worden ist, im Januar seinen Entwurf nach Petersburg gesendet. Die Artikel des Hauptvertrages waren und sind überhaupt unverändert geblieben. Von den geheimen Artikeln waren diejenigen ausgewählt worden, die noch auf die Lage der Dinge paßten; dieselben betrafen die in gewissen

1) Oeuvres XXVI, 313. Friedrich an Solms, 19. März. Solms, 28. März. Am 23. April schreibt der König an jenen: „Je me flatte beaucoup que, pourvu que la Russie ne pousse ses prétensions trop loin vis-à-vis de la Porte, l'hiver prochaine nous ramènera la paix entre ces deux Puissances.“

2) Beer, Dokumente, S. 101 ff. Vgl. Arneth, Maria Theresia und Joseph III, 257 und Herrmann, Geschichte von Rußland V, 695 Nr. 3, statt Anno 1768 muß es aber ohne Zweifel 1769 heißen.

Fällen eintretende Umwandlung der Unterstützung durch Truppen in Geldhilfe, die Übereinkunft vom 4. Mai 1767, ferner die Verpflichtungen gegen Schweden und Polen. Ein besonderer Artikel bestimmte, daß die beiden Mächte die Dissidenten in den Rechten erhalten sollten, welche dieselben auf dem letzten Reichstag erlangt hätten. Endlich für seinen Teil forderte der König von Preußen die russische Garantie der fränkischen Besitzungen der Hohenzollern.

Schon am 24. Juni 1752 hatte Friedrich der Große mit den Markgrafen von Ansbach und von Baireuth einen Vertrag über die Erbfolge in diesen beiden Fürstentümern geschlossen und von allen Prinzen seines Hauses unterschreiben lassen. Danach sollte, wenn die eine fränkische Linie ausstürbe, deren Land an die andere fallen, und keine neue Teilung mehr eintreten, und wenn diese zweite Linie das nämliche Schicksal hätte, dann sollten die beiden Markgrafschaften nicht an jüngere Prinzen des Hauses Brandenburg gegeben, sondern mit der preußischen Monarchie vereinigt werden [1]).

Bei den Unterhandlungen in Hubertsburg hatte der österreichische Gesandte wiederholt das dringende Verlangen des Wiener Hofes kundgegeben, daß letzteres niemals geschehen möchte. Darum eben wünschte Friedrich die russische Garantie. Sein Entwurf war kaum nach Petersburg abgegangen, da erfuhr er, daß der Markgraf von Baireuth am 20. Januar gestorben wäre. Sogleich ließ er an seinen Gesandten in Wien melden: in Hubertsburg sei behauptet worden, es müsse nach dem Testamente des Kurfürsten Albrecht Achilles, das der Kaiser bestätigt habe, drei Linien geben, und man gedenke darauf zurückzukommen, wenn der Fall eintrete. Dagegen erklärte Friedrich seinem Gesandten: er werde niemals dulden, daß irgendwelche fremde Macht in die inneren Angelegenheiten seines Hauses sich mische. Rohd antwortete: man würde die

1) In einer Denkschrift von Finckenstein und Hertzberg vom 19. Januar 1769 wird die Stelle wörtlich mitgeteilt; sie steht abgedruckt bei Beer, Friedrich II. und van Swieten I, 41 Anm.

Markgrafen von Ansbach ruhig von Baireuth Besitz nehmen lassen, dagegen über die fast unvermeidliche künftige Vereinigung der beiden Markgrafschaften mit Preußen empfände man viel Kummer, weil dieselben an Böhmen grenzten und in Deutschlands Mitte lägen, so daß Preußens Einfluß auf die Reichsangelegenheiten im Frieden und im Kriege steigen müßte [1]).

Aus Petersburg erfuhr Friedrich der Große gleich anfangs, daß die Garantie keine Schwierigkeit machen würde; später äußerte sich Panin gegen den Grafen Solms dahin: die Erbfolge der königlichen Linie der Hohenzollern in den fränkischen Markgrafschaften könnte, wie sehr im Rechte begründet, doch einstmals den Neid erwecken und zu einem neuen Kriege führen; trotzdem wären die Kaiserin und ihr ganzes Ministerium der Meinung, daß man kein Bedenken tragen dürfte, die Bürgschaft zu übernehmen, weil man sonst die so nützliche und für die Kaiserin so notwendige Freundschaft Preußens einbüßen könnte [2]).

Begierig wartete Friedrich lange Zeit auf den russischen Gegenentwurf, im Anfange des April aber ward er endlich zornig; denn er hielt es für unmöglich, daß ein Minister nicht eine Viertelstunde finden könnte, um die nötigen Streichungen und Zusätze zu machen. Im Ärger vermutete der König, daß ihn jene Menschen zum besten haben und die Unterhandlung eines natürlichen Todes sterben lassen wollten. Mehr Gleichgültigkeit und Geringschätzung könnte man, behauptete Friedrich eine Woche später, bei einer so wichtigen Angelegenheit unmöglich zeigen. Wie gefällig erwies er sich dagegen? Er zahlte 200,000 Rubel auf einmal und schickte sie auf den Wunsch des Petersburger Hofes nach Schweden an den russischen Gesandten. Er betrachtete die Summe freilich als Geld, welches in den Fluß geworfen wird. Überhaupt war er in manchen Stücken mit der Kaiserin unzufrieden. Sie schien ihm die polnischen Angelegenheiten nicht genug zu kennen und zu leicht zu nehmen. Er tadelte ferner ihre Neigung, mit

1) An Rohd, 24. Januar; Rohd, 4. Februar.

2) Solms, 18. April.

recht vielen Mächten sich zu verbinden; das wäre, schrieb er an Solms, eine falsche Politik, welche nur die Verwirrung mehrte und zuweilen in unangenehme Verlegenheiten brächte. Er begriff endlich nicht, daß man sich in Petersburg um Schweden so viel Sorge machte, während dasselbe doch von ihm und Dänemark abgehalten würde, Rußland zu bekriegen; wenn aber wirklich die französische Partei dort die Oberhand gewänne, so würde sie nach hergestelltem Frieden sogleich wieder gestürzt werden [1]).

Gerade Schweden aber sollte die Hauptschwierigkeit in der Unterhandlung bilden. Am 9. Mai teilte Panin dem Grafen Solms zwei neue Artikel mit, welche Katharina wünschte. Der eine betraf Sachsen. Nach dem Vertrage vom 4. Mai 1767 war Preußen verpflichtet, Truppen nach Polen zu schicken, wenn Österreich es thäte. Desgleichen sollte nun, wenn Sachsen einen Prinzen seines Hauses bei Lebzeiten des Königs Stanislaus August auf den polnischen Thron mit Waffengewalt zu setzen sich bemühte, Friedrich auf Ansuchen der russischen Kaiserin eine Heeresabteilung in Sachsen einrücken lassen. Hier lag ein gemeinschaftliches Interesse vor; denn am 16. April hatte Friedrich noch an Solms geschrieben, daß er niemals in eine neue Wahl zugunsten eines sächsischen Prinzen einwilligen würde. Anders war es dagegen inbezug auf Schweden.

Dort hatte man die königlichen Rechte nach dem Tode Karls XII. im Jahre 1720 in sehr unkluger Weise beschränkt; die gesetzgebende Gewalt war gänzlich an die Stände gekommen, und in Hinsicht der vollziehenden sah sich der König meistenteils an die Stimmenmehrheit des Reichsrates gebunden, dessen Mitglieder von den Ständen ernannt wurden und ihnen verantwortlich waren. Friedrich der Große hatte nun schon 1764 die Verpflichtung übernommen, dem Einflusse Frankreichs in Schweden entgegenzutreten und dahin zu wirken, daß die bestehende Verfassung in Kraft bliebe. Dieser Artikel war in seinem Entwurfe beibehalten worden. Aber Rußland verlangte

1) Eigenhändige Einlagen vom 5., 12. u. 18. April.

mehr. Panin wies den Grafen Solms auf die Erklärung hin, welche Choiseul dem preußischen Gesandten in Paris gegeben; es ging daraus hervor, daß man die Gewalt, die man dem Könige von Schweden wieder verschaffen wollte, nach derjenigen maß, welche Karl XII. gehabt hatte. Panin erwähnte ferner der Geldsummen, die Frankreich und Spanien in Stockholm aufwendeten, und er zog hieraus den Schluß, daß man nicht allein dem Petersburger Hof einen zweiten Krieg erregen, sondern auch Schweden für immer von den nördlichen Mächten trennen und an Frankreich fesseln wollte. Panin hielt es auch für Unrecht, die russischen Anhänger der blutdürstigen Politik des französischen Hofes preiszugeben. Deshalb sollte Preußen bei allen Maßregeln mitwirken, welche die Kaiserin und Dänemark ergreifen würden, um zu verhindern, daß man dort die freie schwedische Verfassung zugunsten der Souveränität umstieße und das Land zu einem Kriege gegen Rußland fortrisse. Der König sollte demgemäß seinen Gesandten in Stockholm anweisen, sich in allen Stücken mit dem russischen und dänischen Gesandten zu verständigen, und, wenn die eine Partei durch Unterstützung einer fremden Macht, d. h. Frankreichs, die Verfassung umstürzte oder Rußland angriffe, nach dem schwedischen Pommern auf Ansuchen der Kaiserin Truppen schicken.

Diese beiden Artikel betrachtete Panin als Entschädigung für die Übernahme der Garantie der fränkischen Markgrafschaften. Am 12. Mai empfing Solms den russischen Gegenentwurf und ersah nun, daß die Garantie noch mit dem Zusatze beschwert war „gemäß den Reichsgesetzen". Solms fragte natürlich, ob man den Vertrag vom 24. Juni 1752 anders ansähe und also einen Vorwand behielte, die Garantie nicht zu erfüllen. Panin leugnete das natürlich und bemerkte weiter: die Kaiserin habe selber diesen Zusatz gemacht als eine im Stile der deutschen Angelegenheiten herkömmliche Redensart, man betrachte die Erbfolge für so unzweifelhaft, daß sie für einen alten Besitz gelten müsse [1]).

1) Solms, 9. u. 13. Mai.

Der Eindruck, welchen der russische Gegenentwurf in dem König hinterließ, war ein höchst unangenehmer. „Die Urheber desselben machen sich über Euch und mich lustig", schrieb er eigenhändig an Solms; „alles auf der einen Seite, nichts auf der anderen, auf solchen Grundlagen können die Mächte nicht mit einander unterhandeln." Friedrich würde sicher nicht so ärgerlich gewesen sein, wenn Katharina die Garantie ohne jeden Zusatz übernommen hätte; auf eine mündliche Erklärung wollte er nicht bauen, und überdies lag der Eintritt dieses Falles in keineswegs naher Zukunft, während man ihn sofort in tausend unangenehme Geschichten einmischen wollte, die ihn nichts angingen und von denen er fürchtete, daß sie zum allgemeinen Kriege führen würden. „Dazu kann ich unmöglich die Hände bieten", schrieb er, „ich werde lieber jeglicher Verlängerung des Bündnisses entsagen. Eher will ich den Vertrag ablaufen lassen, um zu sehen, ob diese Menschen an mich herankommen; wenn sie das Bedürfnis fühlen, das Bündnis zu erneuern, so werden sie mir annehmbare Bedingungen stellen; wenn nicht, muß ich mich anderswohin wenden." [1])

Es war kein geringer Fehler der russischen Politik, den Zusatz zu machen. Nachdem Panin einmal die Schuld davon auf Orloff gewälzt hatte, legte er jetzt wiederum, wie das erste Mal, die Urheberschaft der Kaiserin bei. Dieselbe, sprach er, liebe die deutschen Angelegenheiten und habe dadurch zeigen wollen, daß sie sich darauf verstehe; sie wünsche bei der Erhaltung der Reichsgesetze mitzuwirken und sei um so mehr geneigt, die von ihr verlangte Garantie zu übernehmen, als dieselbe mit den Reichsgesetzen übereinstimme. Panin sprach ohne Zweifel hier die Wahrheit. Die Kaiserin liebte die übermäßige Freiheit in den angrenzenden Ländern; sie trat für sie in Polen ein, sie suchte sie in Schweden aufrecht zu halten, und sie hatte nicht übel Lust, auch in Deutschland dieser Göttin zu dienen. Wir wissen, daß bereits ihr Gesandter in Regensburg das Mißfallen Josephs erregt hatte. Panin beunruhigte sich

1) Immediatdepesche vom 24. Mai.

ferner darüber, daß der König der Ansicht wäre, man gedächte ihn in fremde Angelegenheiten zu mischen, die zum allgemeinen Kriege führen könnten. Ende Juni erfuhr er auf seine Frage mit Verwunderung, daß Friedrich wider seine Gewohnheit inbezug auf den russischen Gegenentwurf noch nicht geantwortet hätte [1]).

Eben damals aber war es geschehen. Friedrich bemerkte zuerst, er hätte nur einen Artikel hinzugesetzt, und es wäre nicht einmal sicher, ob jemand die Erbfolge bestreiten würde, wie denn Österreich gegen die in diesem Jahr erfolgte Vereinigung der beiden Fürstentümer nichts eingewendet hätte. Sollte das aber doch geschehen, und die Garantie angerufen werden müssen, so würde der russische Zusatz dieselbe bei der Dunkelheit und der Verschiedenheit der Reichsgesetze nur zweifelhaft machen.

Gegen Schweden konnte Rußland bereits Hilfe von Friedrich dem Großen verlangen, wenn es von jener Macht angegriffen ward. Auch gestand der König zu, daß er mit allen nordischen Mächten das Interesse gemeinsam hätte, die Herstellung der Souveränität in Schweden zu verhindern; aber er weigerte sich mit Recht, an jeglicher Maßregel, welche Rußland und Dänemark für gut fänden, teilzunehmen, ohne dabei ein Wort mitsprechen zu dürfen, und ebenso war er durchaus abgeneigt, einer jeden Änderung entgegenzutreten, auch wenn die Verfassung sie erlaubte, bloß weil sie allmählich zur Souveränität führen könnte. Nur ein Umsturz der Verfassung gab dem russischen Hofe nach der Meinung Friedrichs ein Recht, die Garantie geltend zu machen, jedoch nicht, wenn der König in den Besitz der Befugnisse wieder eingesetzt werden sollte, welche nach der Verfassung ihm zukämen, die aber der Parteigeist ihm genommen hätte; sonst bestritte man die Unabhängigkeit der Krone Schweden. Die Stände hatten in der That die königliche Macht später noch mehr geschmälert; angenommen also, sie wollten die Verteilung der Ämter und einiges andere

1) Solms, 13. u. 30. Juni.

wieder auf den Fuß von 1720 setzen und Preußen griffe Neuvorpommern an, dann konnte Schweden die Hilfe des Reiches und des französischen Hofes in Anspruch nehmen, Österreich in Waffen sich erheben und der allgemeine Krieg erfolgen. Friedrich begriff auch nicht, weshalb man in dem Polen betreffenden Artikel die geheime Konvention von 1764 wieder erwähnt hätte. Er beklagte sich endlich über die Zweideutigkeit der Ausdrücke, während doch Deutlichkeit als das erste Verdienst eines jeden Vertrages oder Bündnisses betrachtet werden müßte. Friedrich verlangte, man sollte den Zusatz bei der Garantie der fränkischen Markgrafschaften streichen und die Artikel über Schweden und Polen so lassen, wie er sie gestellt hätte.

In dem Schreiben an Solms bemerkte der König: die Antwort auf den russischen Gegenentwurf enthalte die Gründe, weshalb er für jetzt einer Erneuerung des Bündnisses lieber entsagen müsse, um zu sehen, ob es bei dem Ablaufe des Vertrages nicht eher möglich sei, sich zu verständigen. „Ich verpflichte mich wirklich nicht gern zu Bestimmungen", schrieb Friedrich weiter, „die ich nicht halten kann, und da ich diejenigen, die ich übernehme, ehrlich und gewissenhaft zu erfüllen gedenke, so ist es mir unmöglich, solche zuzulassen, die dem Glück und der Wohlfahrt meiner Länder schnurstracks entgegengesetzt sind und sie eines Tages in tausend Verlegenheiten bringen könnten." In dieser Stimmung blieb der König lange Zeit; er schrieb wieder so nicht nur am 30. Juli an Solms, sondern auch im Anfange des August an Finckenstein. Ja, er wollte nun sogar erst noch die Eröffnungen des Kaisers abwarten, damit er genau wüßte, was für ihn am vorteilhaftesten sein würde [1]).

Jedoch diese Stimmung milderte sich, als Friedrich hörte, wie seine Antwort auf den russischen Gegenentwurf in Petersburg aufgenommen worden war. Panin bedauerte, wenn Zweideutigkeiten und Unklarheiten vorkämen, und versicherte, daß

1) Beer II, 352.

dieselben unabsichtlich wären. Den geheimen Vertrag von 1764 bezog er nicht allein auf die Wahl, sondern er leitete daraus auch, allerdings willkürlich, für Preußen die Pflicht ab, den damals gewählten König auf dem Throne zu erhalten. Die Übereinkunft von 1767 wünschte die Kaiserin, wie er weiter bemerkte, jetzt auch auf Sachsen auszudehnen, welches überdies nur vorgehen würde, wenn Österreich es thäte, und in diesem Falle müßte ja Preußen ohnedies handeln. Auch inbezug auf Schweden gab Panin sehr milde Erklärungen, indem er den Umsturz der Verfassung von 1720 und einen Angriff, welchen Rußland erführe, als die Fälle bezeichnete, wo Preußen einzuschreiten verpflichtet sein sollte. Die Hauptsache war, Panin ließ den Zusatz bei der Garantie fallen, obwohl er dieselbe noch immer für nicht leicht erklärte, da Rußland durch sie in einen Krieg mit Österreich geraten könnte. Beim Abschiede bat Panin den Grafen Solms, derselbe möchte doch ja, was er ihm auseinandergesetzt hätte, so viel als möglich zur Geltung bringen und besonders die Geradheit seiner Absichten hervorheben, damit die Unterhandlung nicht fiele; sonst würde man glauben, der König bereue sein Bündnis mit Rußland und mache sich in einer Zeit schwierig, wo dieses in Bedrängnis geraten sei, um es desto mehr die Notwendigkeit eines preußischen Bündnisses fühlen zu lassen [1]).

Nachdem Panin den Zusatz bei der Garantie der fränkischen Markgrafschaften aufgegeben, bildete Schweden allein die Schwierigkeit, obwohl Friedrich zugestand, daß auch sie durch die Erklärungen des russischen Ministers sich verringert hätte. Der König wünschte noch über einen Punkt Aufklärung. In der Verfassung von 1720 hatten sich die Stände das Recht vorbehalten, dieselbe zu ändern; da es nun zwischen der gegenwärtigen Verfassung und der Souveränität mehrere Zwischenstufen gäbe, wollte Friedrich erfahren, wie weit die Stände beschränkt werden sollten [2]).

1) Solms, 18. Juli.
2) 8. August.

Panin behielt sich vor, schriftlich die Erklärungen der Kaiserin zu überreichen; aber er sprach sich zugleich vorläufig dahin aus: wenn, wie er den heißen Wunsch habe, der König darauf beharre, das Bündnis zu erneuern, so könne der Schweden betreffende Artikel wohl eine solche Fassung erhalten, daß er den Abschluß nicht verzögern werde. Gewisse Grundbestimmungen, meinte Panin weiter, müßten bleiben, wie sie wären; er zählte hierher das Recht, Gesetze zu geben, Krieg und Frieden zu schließen, neue Steuern aufzulegen, die Stände zu berufen oder die Berufung zu verschieben; sonst aber könnten die Stände Veränderungen vornehmen.

Inbezug auf Polen erklärte Panin: thatsächlichen Beistand verlange die Kaiserin gegen die Konföderierten nur, wenn letztere durch eine fremde Macht unterstützt würden, ihren König absetzen wollten, und die russischen Streitkräfte nicht ausreichten (nach Art. 6 u. 7 der geheimen Übereinkunft von 1764), und außerdem wenn Österreich (nach Art. 2 der Übereinkunft von 1767) und Sachsen Truppen gegen Rußland nach Polen schickten [1]).

An dem Tage, wo diese zufriedenstellenden Eröffnungen von Petersburg abgingen, kam Friedrich mit Joseph zusammen. Bereits am 30. Mai hatte der Kaiser für Neiße sich ausgesprochen, weil dort hauptsächlich Reiterregimenter gemustert würden; denn es lag ihm viel daran, diese zu sehen, deren General-Inspektor Seidlitz war. Maria Theresia sowohl als Kaunitz hatten seine Wünsche dem preußischen Gesandten mitgeteilt, und Friedrich der Große war bereitwillig darauf eingegangen. Die Wiener empfanden über die Nachricht von der Zusammenkunft viel Vergnügen, und sie versprachen sich davon

1) Solms, 25. August. In der Denkschrift über Schweden, welche Panin später nach Potsdam schickte, heißt es: Die Artikel 4, 5, 6, 7, 9, 45 beschränken den König inbezug auf die Gesetzgebung, Krieg und Frieden, Auflagen, Münze, Unterhandlungen und die Berufung der Stände; Rußland fügt noch die Ernennung zu den Stellen hinzu, da das in dem armen Schweden sehr wichtig ist, wo der Adel den sichersten Teil seines Lebensunterhaltes von daher bezieht.

glückliche Folgen für die Eintracht und den Frieden zwischen den beiden Höfen [1]).

Am 25. August gegen Mittag kam der Kaiser nach Neiße, begleitet von seinem Schwager, dem Herzog Albert von Teschen, von dem Feldmarschall Lascy, dem General Laudon u. a. Sie begaben sich geradeswegs nach dem Quartiere des Königs, der ihnen einige Stufen auf der Treppe entgegenging. Der Kaiser umarmte Friedrich, sowie dessen Bruder Heinrich und den Prinzen von Preußen; der Markgraf von Ansbach, die Generäle Tauentzien und Seidlitz, der Minister Schlaberndorff und viele preußische Offiziere waren zugegen. Nach kurzer Begrüßung zogen sich die beiden Herrscher in ein besonderes Zimmer zurück und redeten dort ohne Zeugen eine lange Zeit mit einander. Kaunitz hatte die Punkte, die zur Besprechung kommen könnten, sorgfältig verzeichnet und sehr ausführlich die Antworten hinzugefügt, und Joseph suchte nun so viel als möglich davon vorzubringen. Alsdann erst ging man zutische. Wegen des Freitags gab es kein Fleisch. Der König fastete zur Gesellschaft mit; er habe, scherzte er, es einmal die ganze Fastenzeit hindurch gethan, um zu sehen, ob er durch den Magen selig werden könne. Übrigens aber hat er Ausfälle gegen die katholische Religion vermieden. Der Prinz Albert fand das Essen, wie er sich ausdrückte, mehr militärisch als ausgesucht, also zu einfach. Dagegen schmeckte das Obst aus den Gärten des Königs auch ihm vortrefflich, und den Wein, welchen sie tranken, nennt er ebenfalls sehr gut.

Während der Mahlzeit, die ungefähr drei Stunden dauerte, sprachen nur Friedrich und Joseph; die anderen beobachteten ein ehrfurchtsvolles Schweigen. Als der Prinz Albert an den neben ihm sitzenden General Seidlitz einmal das Wort richtete, da antwortete dieser nur kurz und halblaut. Der Kaiser und sein Schwager wunderten sich besonders, daß auch Prinz Heinrich still war und ebenso, wie der Prinz von Preußen, dem

1) Joseph an Maria Theresia, 30. Mai bei Arneth I, 283. Rohd, 7. Juni und 30. August.

Könige die größte Unterwürfigkeit bezeigte. Nach der Mahlzeit begab sich der Kaiser in seine Herberge — denn er war incognito anwesend und wollte durchaus nicht bei dem Könige Wohnung nehmen —; dieser machte sofort seinen Gegenbesuch, der ebenfalls lange sich hinzog.

Gleich bei der ersten Unterredung, welche die beiden Herrscher mit einander führten, hatte der König den Wunsch nach aufrichtiger Freundschaft und Versöhnung kundgegeben und es hundertmal wiederholt. Indem sie jetzt wieder solche Versicherungen austauschten, erzählte der Kaiser nach den Verhaltungsbefehlen, die ihm Kaunitz mitgegeben, von den neuen österreichischen Einrichtungen, um das Heer schnell marschbereit zu machen, und daß sie damit fertig wären. Der König wunderte sich etwas über eine solche Eröffnung, aber er wußte dem Kaiser zu antworten. „Als ich noch jung war", sprach er, „bin ich ehrgeizig gewesen und habe sogar unrecht gehandelt; doch diese Zeiten sind vorüber, und meine Denkungsart ist nun viel gediegener." Zum Beweise für seine Friedensliebe führte der König an: Rußland habe ihn gedrängt in Sachsen einzurücken, auf den bloßen Verdacht hin, daß der Kurfürst dieses Landes auf den polnischen Thron zu kommen suche, und er habe die größte Mühe gehabt, die Kaiserin davon abzubringen. Friedrich machte sich hier einer kleinen Unwahrheit schuldig; er stand allerdings im Begriff, eine solche Verpflichtung zu übernehmen, konnte letzteres aber nicht erzählen und teilte deshalb als Thatsache mit, was keine war. Er gewann hierdurch den Vorteil, daß er durch den Wiener Hof den sächsischen vor einem Unternehmen warnen ließ, welches demselben einen Einmarsch der Preußen zuziehen könnte.

Gegen Abend besuchte man das Stadttheater. Der Herzog von Teschen fand dasselbe ziemlich schlecht, auch mit der italienischen komischen Oper, welche Friedrich aufführen ließ, war er unzufrieden, und es erregte sein Erstaunen, als er sah, daß der König über die schalen Späße der Schauspieler herzlich lachte. Das Abendessen, wobei Friedrich nichts genoß,

dauerte wieder sehr lange. Der König und der Kaiser führten abermals allein die Unterhaltung, die anderen hörten zu, ausgenommen einige österreichische Generäle, die gemächlich schliefen.

Am anderen Morgen sah der Kaiser die preußische Reiterei und das preußische Fußvolk; nach der Musterung sprach der König „mit vieler Aufrichtigkeit“ über die Einzelheiten des Dienstes und die Offiziere; dann gab er dem Kaiser einen guten Rat. Indem er erzählte, daß ungarische Kaufleute griechischer Religion in Breslau ein Fest zu Ehren der russischen Siege gefeiert hätten, forderte er Joseph auf, diese Leute gut zu behandeln und Duldung zu üben, damit nicht ihre Hinneigung zu Rußland stärker würde und Unruhen ausbrächen. Friedrich hegte, wie erwähnt, bereits eine gewisse Furcht vor der anwachsenden Macht der Russen und suchte zu wiederholten Malen den Kaiser ebenfalls hierüber besorgt zu machen.

Von der Neutralität, von der während des Winters viel die Rede gewesen war, fing der König zuerst an zu sprechen und zeigte sich bereitwillig, sie bei einem Kriege zwischen England und Frankreich zu beobachten. Damit er nicht vorschlüge, etwa darüber eine förmliche Übereinkunft abzuschließen, brachte Joseph die vertraulichen Handschreiben vor, und Friedrich ging ohne Zögern darauf ein. Am Abend des 26sten, ehe sie sich trennten, gab der Kaiser dem Könige von Preußen einen Entwurf, wie Kaunitz ihn aufgesetzt hatte. Der österreichische Staatskanzler wollte zweierlei Versprechungen austauschen. Die beiden Herrscher sollten einander geloben, den zwischen ihnen hergestellten Frieden, selbst wenn England und Frankreich die Waffen gegen einander kehrten, treulich zu halten und auch bei anderen Kriegen die strengste Neutralität zu beobachten. So weit aber konnte der König nicht gehen, und als sie am anderen Morgen zum Manöver ritten, sprach er sich darüber mit aller Offenheit aus. Er fand es wegen seines Bündnisses mit Rußland schwierig, in allen künftigen Kriegen Neutralität zu versprechen; er war bereit, es für jeden Krieg in Deutschland oder inbezug auf ihre beiderseitigen Länder zu thun, aber er vermochte nicht dafür zu stehen, was die rus-

sische Kaiserin noch in Polen oder Schweden unternehmen könnte, und mußte deshalb dem Schreiben eine andere Wendung geben.

Joseph, der es sich seinen Verhaltungsbefehlen gemäß zur Vorschrift gemacht hatte, nicht den geringsten Grund zum Mißtrauen zu geben, war mit dem Vorschlage des Königs einverstanden; ja er wollte, wenn dieser etwa dadurch Ungelegenheiten haben könnte, von jedem Schreiben absehen. Indem sie dann im weiteren Verlaufe der Unterredung auf Stadtgespräche kamen, erdichtete Joseph eins, indem er äußerte: „Man hat gesagt, Sie wollten uns Schlesien für Danzig geben.“ „Ja“, antwortete Friedrich lachend, „um König von Polen zu werden.“ Joseph spielte hier auf den Plan an, welchen der österreichische Staatskanzler beim Ausbruch des Türkenkrieges gefaßt hatte: Schlesien von Friedrich II., dem dafür Westpreußen und Kurland überlassen werden sollte, ganz oder zum größten Teile zurückzuerhalten. Diesen Plan, den Joseph zu Falle gebracht, kannte der König nicht, und wenn er, wie sein Gast zu bemerken glaubte, eine gewisse Verlegenheit zeigte, so konnte dies nur die Erinnerung an den Vorschlag bewirken, den er bald nachher (am 3. Februar 1769) in Petersburg hatte machen lassen und von welchem Joseph nichts wußte, daß Preußen, Rußland und Österreich Teile von Polen an sich reißen sollten.

Vor dem Mittagessen steckte der König seinen Entwurf mit vieler Heimlichkeit dem Kaiser in die Hand, der schon im voraus seine Zufriedenheit bezeigte. Nach der Mahlzeit kam Friedrich wieder auf die Russen zu sprechen und sagte: ganz Europa wird sich erheben müssen, um diese Macht aufzuhalten. Er versicherte, Katharina werde mit den Türken ohne den Besitz von Asoff keinen Frieden schließen, dagegen in Polen nicht ganz auf ihrem Willen bestehen und später einen schwedischen Krieg beginnen. Aber je offenherziger Friedrich war, desto ruhiger stellte sich Joseph, und endlich sprach er: „Sire, im Fall eines allgemeinen Brandes sind Sie unsere Vorhut, folglich können wir unbesorgt schlafen; vor Österreich sicher,

werden Sie mit den Russen machen, was Sie wollen." Der König leugnete das und bekannte freimütig, daß er sie fürchte; das Bündnis mit ihnen sei ihm notwendig, aber außerordentlich lästig; er bezahle jährlich 500,000 Thaler anstatt der im Vertrage festgesetzten Truppen, und er sei dahin nur gelangt, indem er die Russen habe wissen lassen, daß sie sonst weder Geld noch Soldaten von ihm erhalten würden, wenn Österreich ihn angriffe und er sich verteidigen müßte. Der König fuhr mit derselben Offenheit zu erzählen fort, wie er der Kaiserin geraten, sich nicht in die schwedischen Angelegenheiten zu mischen, die das Geld nicht wert wären, welches sie kosteten.

Nachdem die beiden Herrscher noch übereingekommen waren, daß sie die vertraulichen Handschreiben aufsetzen wollten, trennten sie sich, und Joseph empfing hierauf den Besuch des Prinzen Heinrich und des Prinzen von Preußen. Von jenem, zu dem er sich alsdann begab, berichtet er, daß derselbe bei jeder Gelegenheit Unzufriedenheit gegen die Person des Königs an den Tag legte und sich dagegen eng an den Thronfolger anschlösse. Über letzteren scheint viel gesprochen worden zu sein; sein Schicksal mußte ja auch dem österreichischen Staatskanzler am Herzen liegen. Die Verhältnisse hatten sich freilich sehr geändert, seitdem Kaunitz den Gedanken verfolgte, durch Teilnahme an der Regelung der preußischen Erbfolge Nutzen zu ziehen; denn der Prinz von Preußen war am 26. April von seiner Gemahlin geschieden und am 19. Juli wieder verheiratet worden, und die Prinzessin Ferdinand befand sich in gesegneten Umständen.

Dagegen auf eine andere Erbfolge kam Joseph zu sprechen, und er erfuhr, daß die fränkischen Markgrafschaften nach dem Aussterben der ansbachschen Linie an Preußen fallen sollten. Der Prinz Heinrich war hiermit keineswegs einverstanden, und er beging nicht nur die Unschicklichkeit, sein Mißfallen dem fremden Herrscher zu zeigen, sondern er versicherte sogar, daß der Prinz von Preußen ganz anders hierüber dächte und mit ihm einer Meinung wäre. Von einer dritten Erbfolge, der

bayerischen, war weder hier die Rede, noch ging der König darauf ein, als Joseph das Gespräch darauf lenkte.

Diese Besuche, die der Kaiser empfangen und abgestattet, benutzte er, als ihm Friedrich abends im Theater sein Schreiben übergab, als Entschuldigung, daß er im Augenblick außerstande wäre, das Gleiche zu thun, und er zierte sich deshalb, den Brief des Königs anzunehmen; doch nötigte dieser ihn dazu. Joseph war nicht ohne Mißtrauen, daß Friedrich II. von der Fassung, über welche sie sich verständigt hatten, abweichen könnte. Nach dem Gasthofe zurückgekehrt, schrieb er seinerseits in denselben Ausdrücken, wie Friedrich, und machte sich am anderen Morgen bei der Musterung das wohlfeile Vergnügen, den König noch etwas warten zu lassen. Dieser empfing den Brief in größter Heimlichkeit, nahm eine Prise Tabak und griff hierauf zum Schnupftuch, um ihn ganz unbemerkt in die Tasche zu stecken; ebenso verstohlen las er ihn und bezeigte dann dem Kaiser seine Zufriedenheit, den er seinerseits dadurch bestrafte, daß er den ersten Entwurf desselben nicht zurückgab, indem er zur Entschuldigung anführte, daß er ihn zuhause hätte liegen lassen.

In dem Schreiben vom 27sten versprach Friedrich, selbst in dem Falle, daß das Kriegsfeuer zwischen England und den Häusern Bourbon wieder aufloderte, den mit dem Wiener Hofe geschlossenen Frieden getreulich zu halten und die genaueste Neutralität inbezug auf die gegenwärtigen österreichischen Besitzungen zu beobachten, auch wenn ein anderer Krieg ausbräche, dessen Veranlassung man unmöglich voraussehen könnte. Joseph leistete dasselbe Versprechen. Durch diese Fassung wurde Friedrich nicht verhindert, eintretendenfalls Neuvorpommern oder Sachsen anzugreifen oder in Polen die Österreicher zu bekämpfen, wenn diese daselbst einrücken sollten.

Gegen zehn Uhr am 28sten waren die kriegerischen Übungen beendet. Das Urteil der Österreicher lautete dahin, daß ihre Truppen, wenn sie auch die preußischen nicht überträfen, ihnen doch wenigstens gleichkämen. Die Offiziere des Königs stellten der Kaiser und der Prinz Albert über die des eigenen Heeres. Später hat Rohd aus Wien berichtet: inbezug auf das Fuß-

volk glaube man, daß es keinem anderen nachstehe, dagegen arbeite man an einem neuen Reglement für die Reiterei.

Joseph und seine Begleiter verabschiedeten sich nun, indem beide Teile noch einmal die besten Freundschaftsversicherungen austauschten. Am 29. August gegen Mittag kam der Kaiser nach Königgrätz; hier traf ihn ein Eilbote seiner Mutter, mit welchem er ihr die ersten Nachrichten über seine Reise schickte, nämlich einen Brief und ein Tagebuch; er versprach in kurzer Zeit auch noch die Antworten zu senden, welche Friedrich auf seine Fragen gegeben. In dem Briefe schreibt er, daß er zweifelhaft sei, ob es ihm mehr Vergnügen gemacht habe, nach Neiße zu gehen oder von dort abzureisen; die langen Unterhaltungen seien schrecklich gewesen. Am Ende des Tagebuches nennt er Friedrich ein Objekt, merkwürdig genug, daß man es einmal sich ansieht, aber Gott bewahre vor einem zweiten Male. Das Schlimmste sagt aber Joseph gleich zuerst in dem Briefe. „Der König", schreibt er, „hat uns mit Höflichkeit und Freundschaft überhäuft. Er ist ein Genie und ein Mensch, der wunderschön spricht; aber er thut keine Äußerung, die nicht den abgefeimten Politiker verrät. Ich glaube, daß er den Frieden wünscht, aber nicht gern, sondern weil er sieht, daß er schwerlich mit Vorteil würde Krieg führen können."

Sollen die letzten Worte das harte Urteil des Kaisers begründen? Das wird kein Mensch behaupten wollen. Ja, wenn wir alles, was Joseph über die Zusammenkunft berichtet hat, sorgfältig lesen und wieder lesen, so muß unsere Verwunderung steigen. Die Noten, welche Joseph seiner Instruktion hinzugefügt hat, schließen mit folgender Zusammenfassung: „Bei allen diesen Unterhaltungen und auch bei anderen bezeigte der König die größte Freundschaft und Aufrichtigkeit. . . . Er erlaubte mir, ihn dreist über alles zu fragen, und die Antworten waren immer sehr offenherzig, ohne Verlegenheit, viele Komplimente, von deren Aufrichtigkeit ich mich aber nicht habe überzeugen können; endlich vom Handwerk und den inneren Einrichtungen der Staaten sprach er ganz ausführlich und mit allem möglichen Geist. Er gab mir wahrscheinlich sehr gute

Ratschläge und nahm sich vor, mich in allen diesen Stücken zu unterweisen. Ich sah, daß er mir die Wahrheit sagte; hier und da mischte er Gelehrsamkeit ein, womit er sich brüstet."

Auch in einem zweiten Briefe, den Joseph erst am 25. September an seine Mutter gerichtet hat, finden wir keinen Tadel. „Es ist sehr schwer", schreibt er, „über die drei Tage, die ich in Neiße zugebracht, und über die verschiedenen Gespräche, die dort gehalten worden sind, Ew. Majestät einen genauen Bericht abzustatten. . . . . . Ich kann mit den Zeichen von Aufmerksamkeit und Freundschaft, mit denen mich der König überhäuft hat, nur zufrieden sein. Es hat mir sogar bei mehreren Gelegenheiten geschienen, als ob er sehr aufrichtig spräche, und besonders bei den Unterredungen, welche die Vergangenheit betrafen, hat er alle denkbare Freimütigkeit gezeigt." Wir können jetzt noch hinzufügen, daß der König auch über die Angelegenheiten der Gegenwart mit einer merkwürdigen Offenheit sich geäußert hat.

Erinnern wir uns hier an den ebenfalls unerwarteten Ausfall, welchen Joseph 1766 am Abende vor seiner Abreise von Dresden gegen Friedrich gemacht hat, zu einer Zeit, wo er noch hoffte, mit dem großen König am anderen Tage zusammenzukommen. Was bei dieser Gelegenheit in vielen Sätzen ausgesprochen worden war, hat Joseph in Königgrätz in ein Wort zusammengedrängt, und zwar keineswegs, als ob sich Friedrich, „dieses einmal recht sehenswerte Objekt", während der Zusammenkunft die Bezeichnung verdient hätte, sondern es sprach sich darin der durch alle Freundlichkeiten nicht zu tilgende Haß aus, welchen der Sohn der Maria Theresia gegen den Eroberer Schlesiens und gegen den Herrscher fühlte, dessen Machtstellung jede Stärkung der kaiserlichen Gewalt verhindern konnte.

Die tadelnden Worte fanden übrigens bei dem Staatskanzler Billigung; eben im Hinblick auf sie schrieb er an seine Gebieterin: der Kaiser scheine sehr gut über den Charakter und die Absichten des Königs geurteilt zu haben. Mit Vergnügen erfuhr Kaunitz die Unzufriedenheit des Prinzen Heinrich

inbezug auf den künftigen Anfall der fränkischen Markgrafschaften, den er nach dem gewöhnlichen Laufe des menschlichen Lebens während der Regierung des gegenwärtigen Königs nicht mehr erwarten zu dürfen meinte. Was Friedrich inbezug auf die Engländer, Schweden und Russen gesagt hatte, glaubte Kaunitz nicht. Er maß die Unzufriedenheit mit den ersteren dem Umstande bei, daß sie zu friedfertig wären; er las aus den Äußerungen über die Schweden die Absicht heraus, über das Schicksal dieser Macht einzuschläfern, und er glaubte nicht an Friedrichs Furcht vor den Russen, sondern wähnte, daß der König bloß darauf ausginge, die Kluft zwischen den Höfen von Wien und Petersburg zu erweitern. Endlich war Kaunitz böse, daß Friedrich nur die eine von den beiden vorgeschlagenen Verpflichtungen uneingeschränkt angenommen und es dadurch abgelehnt hätte, die Ruhe von Deutschland zu gewährleisten. Die Handschreiben, meinte Kaunitz, änderten gar nichts an dem Stande der Dinge.

Merkwürdig! Der König war doch nicht dieser Ansicht; er glaubte vielmehr, daß er einen Neutralitätsvertrag für Deutschland im Falle eines Krieges zwischen England und Frankreich eingegangen wäre und die Verpflichtung übernommen hätte, die österreichischen Besitzungen nicht anzugreifen, wenn irgendwelche Wirren anderswo die beiden Mächte fortrissen, das heißt, wenn sie etwa in Polen einander feindlich gegenübertreten sollten [1]). Friedrich erklärte den Kaiser für einen sehr liebenswürdigen und aufrichtigen Prinzen, und er war beinahe moralisch überzeugt, daß ihm derselbe nichts Böses wünschte. Jedoch eine Bürgschaft für die Zukunft wollte der alte und erfahrene Herrscher nicht übernehmen; „denn die Politik", schrieb er an Finckenstein, „zieht oft die Fürsten in Verpflichtungen und Maßregeln, welche dieselben zwingen, wider

1) Später urteilte man wohl auch in Wien anders. Als Joseph am Ende des Jahres 1770 einen Bruch zwischen England und Spanien befürchtete, schrieb er an Leopold: „Notre neutralité avec le Roi de Prusse à ne pas souffrir de guerre en Allemagne est sûre, et cela nous tranquillise." Arneth, Maria Theresia und Joseph II. I, 318.

ihre Neigung zu handeln." Der Kaiserin von Rußland beschrieb Friedrich seinen abgereisten Gast als einen von Ehrgeiz verzehrten Mann, der mit großen Absichten umginge und, noch zurückgehalten durch seine Mutter, dieses Joch ungeduldig trüge, gewiß aber, sobald er die Arme frei bewegen könnte, mit einem bedeutenden Unternehmen hervortreten würde, ob gegen Venedig oder Bayern, Schlesien, Lothringen, das wollte Friedrich nicht sagen; er glaubte dagegen mit Sicherheit behaupten zu können, daß Europa in Flammen stehen würde, wenn Joseph Herr geworden.

Die beiden Herrscher hatten übrigens, ehe sie sich trennten, eine neue Zusammenkunft in Böhmen oder Mähren verabredet, wo Friedrich den ihm gemachten Besuch erwidern sollte. Bereits im November bestimmte der Kaiser Neustadt in Mähren, zwischen Brünn und Olmütz gelegen, für die große Musterung des nächsten Jahres [1]). Indem nun Friedrich seinen Bruder Heinrich am 18. November von dieser Zusammenkunft unterrichtete, schrieb er weiter: „Ich gehe auf alles das ein, um ein aufrichtiges Einvernehmen zwischen den beiden Häusern anzubahnen und die Gemüter auf engere Bande vorzubereiten, wozu mit der Zeit die ehrgeizigen Absichten der Russen Anlaß geben können. Demgemäß werde ich auch weiterhin Zusammenkünfte einleiten, um ganz allmählich einen Schritt nach dem anderen vorwärts zu kommen und mich in dem Vertrauen des Kaisers und, wenn es möglich ist, der Mutter zu befestigen. Sollte mir es nicht gelingen, so würde ich mich nur umsonst bemüht haben." Prinz Heinrich antwortete: „Diese Einigung wird eine sichere und wahrhafte sein, wenn das Vertrauen bis zu dem Punkte befestigt ist, daß Du das Reich mit dem Kaiser nach dem Beispiele des Octavius und Lepidus teilst. Ich wünsche nichts weiter in der Überzeugung, daß dies das größte Glück und die höchste Erhebung wäre, zu welcher Du gelangen könntest."

Der König hoffte nicht so sehr wie sein Bruder. „Ich

1) Rohd, 22. November.

erwartete", schrieb er am 26. November, „Du würdest über mich und meinen letzten Brief spotten, über die weit aussehenden Pläne, die ein Greis entwirft, welcher sich dem Grabe nähert. Glaube mir, lieber Bruder, ich werde nicht imstande sein, die Einigung des Hauses Österreich mit dem unsrigen zur Reife zu führen. Nicht nur muß die Zeit die Erinnerung an das Geschehene verlöschen, ein vollständiges Vertrauen muß Platz greifen und die Kaiserin die Gewohnheit aufgeben, welche sie sich seit 30 Jahren angeeignet hat, mich zu hassen. Und nun frag' ich Dich, lieber Bruder, ganz freimütig, ob man sich, wenn man beinahe 60 Jahre alt ist, vernünftigerweise schmeicheln kann, die Dinge zu diesem Ziele zu führen? Dazu kommen noch andere Erwägungen. Ist es nicht unser Bündnis mit Rußland, welches die Oesterreicher nötigt, sich mit uns gut zu stellen? So lange dasselbe besteht, sind sie in der Unmöglichkeit, etwas zu unternehmen. Ich leugne nicht, daß der junge Kaiser Hinneigung zu uns bezeigt hat, daß er wohlgesinnt zu sein schien; aber darf man auf einen jungen Fürsten zählen, der bei dem leichten Sinn seines Alters unschwer seine Meinung ändern kann. Dazu kommt, daß möglicherweise die Mutter noch lange lebt, und er mit dem besten Willen von der Welt noch viele Jahre lang unthätig bleiben muß. Demnach betrachte ich alles, was ich für diese Einigung thue, als Versuche für die Zukunft, die ein glücklicher Zufall über Erwarten gelingen, ein entgegengesetzter fehlschlagen lassen kann." [1])

Das Bündnis mit Rußland, welchem hier Friedrich mit Recht eine sehr große Bedeutung beilegt, war inzwischen wieder erneuert worden. Bereits am 2. September hatte der König dem Grafen Solms geschrieben, daß er die Erwiderung des Petersburger Hofes mit Ungeduld erwarte. Die vorläufigen Erklärungen, welche der russische Minister des Auswärtigen am 25. August gegeben, befriedigten ihn so, daß er den Abschluß in Aussicht nahm (10. Septbr.), und als er die versprochenen schriftlichen Mitteilungen von Panin erhalten, da war er der

1) Duncker, S. 188 ff.

Meinung, daß es nicht mehr viele Mühe kosten würde sich zu verständigen. Mit besonderem Vergnügen erfuhr er, daß Rußland es aufgab, das Bündnis auf England auszudehnen. „Das würde“, schrieb er am 20. September, „uns in der That zu weit führen.“ Dänemark war er eher bereit zuzulassen.

In dem Berichte, welchen Finckenstein am 23sten abstattete, sprach sich dieser für die Erneuerung des Bündnisses aus, da die letzten Erklärungen des russischen Hofes inbezug auf Schweden und Polen die Schwierigkeiten gehoben hätten. Unter anderem bemerkte der Minister: der Polen betreffende Artikel könnte lästig werden, wenn die Pforte siegreich wäre und Stanislaus August absetzen wollte; aber der König hätte ja schon in Petersburg erklärt, daß er die Entthronung nie zugeben würde, und auch in Wien die in dieser Hinsicht übernommenen Verpflichtungen nicht verhehlt. Die Wahl eines Sachsen würde den preußischen Interessen entgegenlaufen, ein Einfall in dieses Land aber nur dann notwendig sein, wenn die Höfe von Wien und Versailles letzteres unterstützten. Unter diesen Umständen riet Finckenstein zum Abschluß. Die Artikel über Schweden und Polen wurden neugefaßt und Solms am 26sten angewiesen, wenn die Kaiserin dieselben annähme, den Vertrag zu unterzeichnen. Das geschah denn auch am 23. Oktober. Solms empfing alsdann von Katharina das übliche Geschenk von 5000 Rubeln, und sein Legationssekretär erhielt 1000. Der König von Preußen mußte nicht nur eben so viel, sondern noch 5000 mehr zahlen, weil zwei russische Minister, Panin und Galitzin, den Vertrag unterschrieben. So hatte der Petersburger Hof die Mehrheit der Vorteile, der Berliner die größeren Kosten. Das preußisch-russische Bündnis aber war bis zum Jahre 1780 erneuert.

Zweites Buch.

Die erste Teilung Polens.

Erstes Kapitel.

Der Türkenkrieg und die Zusammenkunft Friedrichs mit Kaunitz in Mährisch-Neustadt.

Ihren Bundesgenossen gegenüber ist Katharina II. nie schüchtern gewesen. Kaum hatte der König von Preußen die neuen Verpflichtungen übernommen, da wurden auch schon Forderungen an ihn gestellt, und zwar zunächst inbezug auf Schweden. Bereits im Oktober 1769 sprach Panin den Wunsch aus, der Freiherr v. Cocceji, Friedrichs Gesandter in Stockholm, möge doch in allen Unterhaltungen mit schwedischen Männern erklären, daß der König von Preußen jede Änderung der Regierungsform mißbillige und durch sein eigenes Interesse sowohl als durch seine Verpflichtung gegen Rußland genötigt werde, sich einem solchen Unternehmen zu widersetzen. Wenige Tage später, am 25. Oktober, empfing Solms eine Denkschrift von Panin, welcher die Lage sehr ernst auffaßte: Frankreich wolle Schweden in die Abhängigkeit ziehen, die letzterem sehr verderblich gewesen sei und auch die Ruhe des Nordens immer unsicher gemacht habe; diese Pläne seien zwar von den Ministern und den Wohlgesinnten bisher bekämpft worden, aber darauf dürfe man sich nicht verlassen; Rußland habe sich mit Dänemark verbunden und bitte Preußen dringend mitzuwirken, daß die Freiheit Schwedens und die Ruhe des Nordens nicht bedroht werden. Dieser Denkschrift gemäß wollte Panin dem Grafen Ostermann Verhaltungsbefehle

schicken und bat, man möchte dem Freiherrn v. Cocceji ähnliche Weisungen erteilen. Indem Friedrich diesem Verlangen nachkam, erwarb er sich den Dank der Kaiserin. Die Nachrichten, welche dann aus Stockholm eintrafen, lauteten günstig, und so glaubte man denn am Ende des November in Petersburg, die Eintracht von Rußland, Preußen und Dänemark würde genügen, um die Pläne der französischen Partei zu vereiteln [1]).

Auch in Polen unterstützte Friedrich weiter die Kaiserin von Rußland. Es herrschte dort in ihrem Namen nicht mehr der despotische Repnin, sondern an seine Stelle war im Anfange des Juni der Fürst Wolkonsky getreten. Dieser ersah aus den Unterredungen mit den Großen, daß dieselben den Ausgang des Türkenkriegs abwarten und sich bis dahin auf gar nichts einlassen wollten. Er meldete weiter nach Petersburg: Hof und Minister behandelten ihn als Fremden, machten ihm keine Mitteilungen und wichen jeder Verständigung aus, um der Nation zu zeigen, daß sie mit Rußland nichts mehr gemein hätten [2]). Der König von Polen weigerte sich eine Gegenkonföderation zu bilden, wie es Katharina und Friedrich von ihm verlangten, indem er behauptete, daß sich kein Mensch mit ihm vereinigen würde, so lange der Petersburger Hof inbezug auf Dissidenten und Garantie nicht nachgäbe. Ja, im September berief Stanislaus August den Senat zusammen; da kein Reichstag in dieser Zeit der Unruhen gehalten werden konnte, sollte diese Körperschaft beraten, wie es möglich wäre, die Ruhe zurückzuführen, ohne die Religion und die nationale Freiheit zu verletzen, und wie diejenigen Männer, welche gleich dem Bischof von Krakau nach Rußland in die Gefangenschaft geschleppt worden wären, derselben wieder entrissen werden könnten. Der Senat beschloß einen Abgesandten an die Kaiserin zu schicken; dieser sollte die Gewaltthätigkeiten, welche die Polen erlitten, auf Repnins Rechnung stellen und die Aufhebung dessen, was auf diese Weise zustande gekommen wäre,

1) Solms, 17. u. 27. Oktober und 21. November.
2) Ssolowjoff, S. 103.

sowie die Räumung des Landes und Ersatz für zugefügten Schaden zu erlangen suchen [1]).

Als der Senat berufen wurde, da konnten die Polen sich mutig stellen; denn der Sommerfeldzug der Russen war ganz fruchtlos verlaufen. Zweimal hatten dieselben den Dniestr überschritten, um Choczim anzugreifen, und ebenso oft waren sie genötigt worden, über den Strom unverrichteter Sache zurückzukehren. Doch im September begann das Unglück die Türken zu verfolgen. Der Großvezier setzte mit einem Teile seiner Truppen über den Dniestr, erlitt aber ansehnliche Verluste. Dann zerriß der schwellende Strom die schlechte Brücke, die Russen griffen die Türken an, die noch auf dem linken Ufer standen; von diesen blieb ein großer Teil in dem blutigen Gefecht, ein anderer fand in den Fluten den Tod. Der osmanische Reichsgeschichtschreiber Wassif berichtet: „Ungeheuer viel Ungläubige wurden im Höllenfeuer angesiedelt, und von den Rechtgläubigen einige mit den Quellen des Paradieses getränkt.“ [2]) Das Hauptheer aber, das auf dem rechten Ufer des Dniestr stand, war anderer Meinung, es ging mit Geringschätzung der Quellen des Paradieses in unordentlicher Flucht zurück und gab Choczim den Russen preis, die nun die Moldau überschwemmten.

Um so weniger konnte Stanislaus August hoffen, in Petersburg Eindruck zu machen; seine Abgesandten wurden gar nicht angenommen. Panin erzählte dem Grafen Solms: es sei nun das dritte Mal, seitdem der König von Polen den Thron bestiegen, daß er durch seine Klagen der Kaiserin beträchtliche Geldsummen abgepreßt habe und dieselben dann verwende, um Bestrebungen zu unterstützen, welche dem russischen Interesse zuwiderlaufen. Panin schrieb an den König von Polen zwei Briefe als Antwort auf diejenigen, welche die Kaiserin und er nach der erwähnten Beratung des Senates von Stanislaus August empfangen hatten, und versuchte letzteren in den

1) Benoit, 5. Juli, 27. September, 4., 11. u. 14. Oktober.
2) Hammer VIII, 347.

20*

alten Banden festzuhalten [1]). Wolkonsky und Benoit gaben sich dieselbe Mühe; sie forderten ihn wiederholt auf, sich gänzlich in Rußlands Arme zu werfen und von seinen Oheimen, den bösen Ratgebern, zu trennen. Aber sie predigten, wie Benoit berichtet, einem Tauben, obwohl sie ihn sogar Entthronung in der Ferne blicken ließen. Außerdem schrieben sie auch an den gewesenen Generalmarschall der Konföderation, Krasinsky, und an den Woiwoden von Kiew; sie forderten dieselben auf, nach Warschau zu kommen und sich mit ihnen über die Mittel zu verständigen, wie Polen beruhigt werden könnte. Wolkonsky gab sein Wort, sie würden vollkommene Freiheit haben, vorzuschlagen, anzunehmen und zu verwerfen, und in Frieden aus Warschau wegzugehen; er versicherte sie, daß er ihnen nur das versprechen würde, was er halten könnte. Doch auch auf dieser Seite fanden die Gesandten kein Entgegenkommen [2]).

Man begreift das Verhalten des Königs und der Nation; sie konnten die Behandlung nicht vergessen, welche sie im Winter von 1767/68 erlitten hatten. Aber staatsklug verfuhren sie doch wohl nicht; denn jetzt empfand Katharina noch das Bedürfnis, mit ihnen sich zu verständigen [3]). Am 26. Dezember besuchte Solms den Grafen Panin, um ein gutes Wort für den König von Polen im Auftrage seines Herrn einzulegen, welchem Stanislaus August immer noch weit lieber war als ein Sachse [4]). Katharina konnte jenen auch nicht so

1) Solms, 26. November 1769.

2) Benoit, 25. November und die Depeschen des Dezember.

3) Solms, 16. Januar 1770: „Comme on ne s'est pas attendu à une opposition aussi constante de la part des Polonois, on n'a point pris des mesures en conséquence, et pourvu que pour la gloire de Russie la conservation“ (bechiffriert ist „considération“, wie ich glaube, fälschlich) „du Roi de Pologne et le rétablissement des Dissidens puissent être assurés, je suis tenté de croire qu'on ne fera pas de difficulté de faire rechanger les àutres articles de l'arrangement politique de la République de Pologne.“

4) Ich habe die neuerdings erfolgten Bemühungen Sachsens um den polnischen Thron übergangen. Der Primas meinte, die Polen bedürften

leicht fallen lassen; sie wollte nur dann es thun, wenn er gewaltsam den letzten Senatsbeschluß aufrecht hielte und sich offen für die Konföderierten erklärte. Solms teilte dem Grafen Panin weiter mit: der König von Polen beklage sich gegen seinen Residenten in Petersburg, Psarski, über den Fürsten Wolkonsky, daß dieser ungehörige Dinge von ihm verlange, z. B. er solle nicht die Meinung der Senatoren einholen, sondern im eigenen Namen nach Anleitung des russischen Gesandten handeln, was er doch nicht thun könne, ohne sich von diesem ganz abhängig zu machen und für alle Zeiten um die Liebe der Nation zu bringen. Ja, wenn er es dennoch thun wollte, so wüßte er nicht einmal die Absichten des russischen Hofes inbezug auf ihn und die Mittel, welche zur Beruhigung Polens angewendet werden sollten. Panin gab dies zu, aber er rechtfertigte sich durch die Befürchtung, die er aussprach, daß Stanislaus August das, was er erfahren, sogleich den alten Czartoryski mitteilen und diese davon einen schlechten Gebrauch machen würden. Dann sprach er weiter: „Da es eine Hauptbeschwerde der Katholiken ist, daß die Dissidenten Landboten auf dem Reichstage haben sollen, so könnte man vielleicht hierin nachgeben, besonders wenn die letzteren selbst erklären wollten, daß sie bereit wären, dieses Opfer für das Vaterland zu bringen; und damit es nicht schiene, als ob man diesen Artikel für nichts aufgäbe, könnte dafür die Strafbestimmung gegen diejenigen, die ihre Religion zu verändern wünschten, aufgehoben werden." Die Frage des Grafen Solms, ob das auch die Gesinnungen der Kaiserin wären, bejahte Panin; jedoch er wollte sich noch nicht laut aussprechen, weil die Konföderierten glauben würden, durch Festigkeit noch mehr erreichen zu können [1]).

eines Königs: „qui eût à lui des revenues de Souverain et des alliances, qui fit circuler une partie de son argent en Pologne et qui n'eût pas besoin de se faire des revenues aux depens de la Nation", die folglich keinen fremden apanagierten Prinzen und keinen Piasten brauchen könnte. Benoit, 8. April 1769.

1) Solms, 26. Dezember 1769.

Stanislaus August aber verlangte mehr. Er ließ einige Zeit nachher in Petersburg erklären: er könne keine Konföderation bilden, wenn Rußland nicht in die Aufhebung dessen willige, was der letzte Reichstag festgesetzt habe, und schon im voraus die Gültigkeit der Beschlüsse eines neuen Reichstages anerkenne; die letzteren sollten unter die Garantie der auswärtigen Höfe kommen, von denen zwei katholisch und zwei evangelisch sein würden. Panin wußte nun wirklich nicht, was er mit diesem hartnäckigen Könige machen sollte; in seiner Verlegenheit kam er auf den Gedanken, Wolkonsky müßte Warschau verlassen, nach Krakau gehen und alle patriotischen, dem russischen Hofe wohlgesinnten Polen einladen, mit ihm dort über die Mittel, wie man das Land beruhigen könnte, zu beraten.

Es war die Politik, welche Rußland nach dem Reichstage von 1766 eingeschlagen. Aber sollte, was damals möglich war, zum zweitenmale gelingen? Friedrich hatte gewiß recht, wenn er meinte, daß nicht zwei Männer in Krakau bereit sein würden, eine solche Konföderation zu bilden, weil der russische Name bei den Polen gar zu verhaßt wäre. Er fürchtete ferner mit gutem Grunde, daß die Konföderierten die günstige Gelegenheit benutzen würden, um Stanislaus August abzusetzen. Er hielt endlich alle Bemühungen der beiden Höfe für fruchtlos, so lange die Czartoryski den König von Polen leiteten. Daher schlug er vor, man sollte dieselben durch russische Truppen, die man auf ihre Güter legte, zwingen, eine andere Politik einzuschlagen [1]).

Einige Zeit nachher empfing Friedrich von russischer Seite, jedoch nicht aus Petersburg, sondern aus Warschau einen Plan, der auf eine Zergliederung Polens hinauslief. Der Fürst Wolkonsky war so aufgebracht über das Mißlingen seiner wohlgemeinten Bemühungen, daß er den Namen der Czartoryski nicht aussprechen konnte, ohne zornig zu werden, und er schlug im Anfange des März 1770 dem Herrn v. Benoit

1) Solms, 6. Februar, und Immediat, 21. Februar 1770.

vor, man sollte die Polen sich selbst überlassen, aber ihnen zugleich erklären, daß sie den Vertrag von 1768 unverbrüchlich halten müßten; denn eine Verletzung desselben würden die Höfe von Berlin und Petersburg als eine Kriegserklärung betrachten und ihre Maßregeln danach treffen. Gingen alsdann die Polen feindlich gegen die evangelischen und griechischen Christen vor, so müßten Rußland und Preußen die ihnen benachbarten Provinzen in Verwaltung nehmen und die vertriebenen Dissidenten daselbst auf den Gütern der Konföderierten ansiedeln, und wenn die Polen hartnäckig blieben, so würden die beiden Höfe diese Provinzen für immer behalten. Wolkonsky erwartete weitere Niederlagen der Türken, und Österreich schien ihm leicht zu beruhigen, wenn man es aufforderte, dem gegebenen Beispiele zu folgen und seine Rechte auf das Gebiet der Zips geltend zu machen.

Ob Wolkonsky den Teilungsplan kannte, welchen der König von Preußen vor einem Jahre dem Petersburger Hofe vorgeschlagen, wissen wir nicht. Aber Friedrich lehnte das Ansinnen ab, weil ihm die Gründe des russischen Gesandten für die Zurückziehung der Truppen nicht haltbar genug erschienen. Er wollte den König von Polen auf keinen Fall in die Gewalt der Konföderierten kommen lassen; er meinte: diese würden Stanislaus August unfehlbar zu verderblichen Schritten zwingen, vielleicht gar absetzen. Darin sah er aber keinen Vorteil für Preußen, und so blieb er denn bei seinem gegen die Czartoryski gerichteten Rate, von dem er glaubte, daß er zu demselben Ziele, der Beruhigung Polens, führen würde [1]).

Panin ging von dem Gedanken ab, die Truppen aus Warschau zurückzuziehen; er mochte anderseits noch nicht von dem scharfen Mittel Gebrauch machen, welches Friedrich ihm angeraten. Er meinte, die Welt würde dann von neuem über die Gewaltthätigkeiten der Russen in Polen schreien. Deshalb beschloß er, noch einmal den Czartoryski Vorstellungen machen zu lassen; er wollte sehen, ob die Furcht vor persönlichen

1) Benoit, 7. März; Immediat vom 14. März.

Unannehmlichkeiten und Verwüstungen ihrer Güter sie bewegen würde, dem Könige bessere Gesinnungen einzuflößen, und er bat nun Friedrich, die russischen Vorstellungen unterstützen zu lassen [1]). Letzterer versprach sich nichts von einer Familie, die ihm niemals großes Vertrauen bezeigt hätte. Er glaubte ferner, daß man sich um ihr Geschrei nicht sehr kümmern dürfte, zumal da es viele Vorwände gäbe, die Strenge gegen die Czartoryski zu beschönigen. Nach dem Kriegsrechte schien es ihm erlaubt, Lebensmittel, Futter, Pferde, Schlachtvieh für die russischen Truppen zu verlangen, und zwar um so mehr, als der Krieg zum Besten Polens geführt würde. „Mit Hilfe dieses Vorwandes und vieler anderen, welche sich darbieten", schrieb er am 28. März an Solms, „kann Rußland allezeit vor jedem vernünftigen Vorwurfe sich schützen und einen unfehlbaren Erfolg von dem Schrecken erwarten, den eine solche Maßregel unter denjenigen verbreiten wird, welche davon betroffen werden." Auf der anderen Seite wollte Friedrich dem Grafen Panin willfahren, damit er dann um so bereitwilliger gegen die Czartoryski mit der That vorginge. Daher wies er den Grafen Finckenstein in einem ausführlichen Schreiben an, Verhaltungsbefehle für Benoit aufzusetzen; Vorstellungen, Versprechen, Drohungen, alles sollte dieser in Bewegung setzen, um die Czartoryski zu erschüttern. Drei Tage später wurden die umfangreichen Weisungen nach Warschau gesendet. Aber auch diesmal blieben die Bemühungen Wolkonskys und Benoits erfolglos. Die Czartoryski behaupteten, sie könnten nichts thun, so lange Rußland und Preußen daran festhielten, daß die Dissidenten fähig sein sollten, in den Reichstag zu kommen, und so lange der Petersburger Hof die Garantie nicht aufgäbe [2]).

Inzwischen hatte sich Stanislaus August unmittelbar an die Kaiserin Katharina gewendet. Er malte das Unglück seines Landes und die eigene Not mit starken Farben aus und maß

1) Solms, 13. März 1770.
2) Benoit, 14. April 1770.

beides dem langen Aufenthalte der russischen Truppen und den Lieferungen zu, welche dieselben von den Polen verlangten, ohne zu bezahlen. Stanislaus August bat, Katharina möge doch ihren Generälen verbieten, dieses Elend zu vermehren; sie möge ferner auch gegen ihn mit Aufrichtigkeit verfahren und ihm sagen, was er thun solle, um seinem Lande die Ruhe zurückzugeben, und was sie von diesem verlange. Jedoch er wünschte darüber so unterrichtet zu werden, daß die Polen sich darauf verlassen könnten und nicht wie zu Radom getäuscht würden; denn dadurch wären sie so mißtrauisch geworden. Zuletzt gab er wieder den Rat, man sollte die katholischen Mächte als Vermittler oder als Bürgen der neuen Beschlüsse zulassen, da dies das einzige Mittel wäre, der Nation Vertrauen einzuflößen [1]).

Die Antwort der Kaiserin ging erst nach einigen Wochen ab. Als Wolkonsky sie dem Könige von Polen überreichte, war derselbe sehr betroffen; denn gerade, was er am eifrigsten zu wissen begehrte, nämlich die Art, wie Rußland Polen zu beruhigen gedächte, davon erfuhr er nichts, und als er darüber sein Erstaunen ausdrückte, da entgegnete Wolkonsky: dieser Artikel könnte zur Unterhandlung erst kommen, wenn der König sich von seinen Räten getrennt hätte. Stanislaus August antwortete nicht sogleich hierauf; aber nach einigen Tagen erklärte er, daß seine Interessen und die seiner Oheime untrennbar wären [2]).

Inzwischen fuhr der König von Preußen fort, den Grafen Panin wider die Czartoryski aufzureizen. Gegen die Mitte des April war er von der Befürchtung ergriffen worden, daß dieselben darauf sännen, Stanislaus August mit den Konföderierten auszusöhnen; das erschien ihm aber als das Schlimmste, was den beiden Höfen begegnen könnte, und er hatte daher an Solms geschrieben: „Jetzt ist der Augenblick da, wo man diesen Rädelsführern die Zähne weisen muß.“ [3]) Jedoch Panin

1) Solms, 27. März 1770.
2) Benoit, 12. u. 16. Mai.
3) Immediat, 11. April.

wollte vorher sehen, welchen Eindruck die Antwort der Kaiserin und die Vorstellungen Friedrichs auf sie machen würden, und es war ihm recht unangenehm, als er erfuhr, daß sie alles ablehnten; denn er hatte sich vorgestellt, sie würden diesmal geneigter sein, an der Beruhigung Polens mitzuarbeiten, und nur einige Vorbedingungen nennen. Solms bemühte sich nun, zu erfahren, ob denn Panin für die Herstellung des Friedens einen Plan hätte; jedoch er fand das nicht und sah nur, daß man in Petersburg auf die Erschöpfung rechnete, welche die Konföderierten endlich zwingen würde, die Waffen niederzulegen [1]).

Es war das Schlimmste, was den Polen begegnen konnte, daß in der ungeheuren Gefahr, worin sie schwebten, der König und die Konföderierten in unvertilgbarer Entzweiung mit einander lebten. Ihr Los hing noch mehr als früher von dem Ausgange des Türkenkrieges ab, der ihnen keine freundlichen Aussichten eröffnete. Auch der Wiener Hof geriet in Besorgnis. Bereits am 1. Februar 1769 hatte Rohd gemeldet: „man sei hier sicherlich sehr aufmerksam auf die Fortschritte, die Rußland in der Moldau und Walachei machen werde; denn zu Nachbarn Leute zu haben, welche dieselbe Religion wie zwei Drittel der Einwohner jener beiden Länder bekennen und die es sich einmal in den Kopf setzen könnten, die nämliche Rolle dort zu spielen, wie jetzt in Polen, das sei von der äußersten Wichtigkeit für Österreich und erfordere die ernstlichste Aufmerksamkeit". Was aber der Wiener Hof im Anfange des Krieges gefürchtet hatte, das trat im Herbste des Jahres 1769 ein. Als Choczim von den Türken feige verlassen worden war, da bemächtigten sich die Russen zunächst der Moldau.

Im Oktober 1769 ließ Friedrich der Kaiserin-Königin sagen: er habe seinen Gesandten in Konstantinopel angewiesen, der Pforte keine feindselige Gesinnung gegen Österreich einzuflößen; die Herstellung des Friedens bilde den einzigen Gegenstand der Unterhandlungen Zegelins. „Gott gebe, daß es gelingt", er-

1) Solms, 1. u. 8. Mai.

widerte Maria Theresia; „wir wünschen hier von ganzem Herzen das Ende der Wirren.“ Und Rohd glaubte an die Aufrichtigkeit dieser Worte, weil die Russen sich zu Herren der Moldau gemacht hatten [1]).

Während man in Potsdam und Wien dem Türkenkrieg ein schnelles Ende wünschte, dachte der Herzog von Choiseul ganz anders. Er war ärgerlich über Preußen, welches sich gegen ihn sehr wenig entgegenkommend gezeigt, und näherte sich wieder mehr dem österreichischen Staatskanzler, dem er seinen Wunsch eingestand, daß Rußland noch einige Jahre lang durch Polen und die Pforte beschäftigt werden möchte. Kaunitz antwortete auf die französische Denkschrift, die er im Herbste des Jahres 1769 empfing, am 26. Februar 1770. So fröhlich er die Kriegserklärung der Türken begrüßt hatte, so tief waren seine Hoffnungen gesunken, nachdem sich die Russen der Moldau und dann auch noch der Walachei bemächtigt hatten. Er erwartete von dem nächsten Feldzuge keinen Umschwung, sondern fürchtete vielmehr, die Türken würden alsdann Friede machen und Asoff, Taganrog, vielleicht sogar Oczakoff und die Krim abtreten müssen. Kaunitz dachte mit Schauder an eine solche Vergrößerung der russischen und Verringerung der osmanischen Macht, und er hielt es daher für notwendig, alle Kräfte für die schnelle Beendigung des Krieges anzustrengen. „Wir werden uns das angelegen sein lassen“, schrieb er, „soweit es möglich sein wird, ohne zu einem neuen Bruche zwischen dem König von Preußen und uns Anlaß zu geben; ein solcher würde aber unvermeidlich werden, wenn einer von uns offen an den polnischen Wirren sich beteiligte; denn wie wir es nicht leiden könnten, daß er sich drein mischte, so würde er es uns ebenfalls nicht gestatten dürfen.“ Übrigens bekannte Kaunitz dem verbündeten Hofe, daß die Zusammenkunft in Neiße schon sehr das Mißtrauen des Königs verringert hätte, und er hoffte noch mehr von dem Gegenbesuch, welchen Friedrich im nächsten September dem Kaiser in Mähren abzustatten gedachte. Wäh-

1) Rohd, 18. Oktober 1769.

rend aber der Staatskanzler diesen argwöhnischen Fürsten glaubte schonen zu müssen, war er inbezug auf den Ehrgeiz Katharinas der Meinung, derselbe könnte nur durch Furcht in Schranken gehalten werden. Eben deshalb ließ der Wiener Hof die Kaiserin von Rußland im unklaren über seine wirklichen Absichten. „Wir haben zu diesem Ende", meldete Kaunitz dem Herzoge von Choiseul, „verschiedene Heeresteile in Ungarn und Siebenbürgen versammelt, anfänglich so viel, daß die Maßregel noch für eine rein defensive Vorsicht gelten konnte. Seitdem aber haben wir diese Truppen so weit vermehrt, daß sie dem Petersburger Hofe zu denken geben und im Notfall auch ernsthafter gebraucht werden können." [1])

Letzteres wünschten natürlich die Türken, als sie durch die Fortschritte der Russen doch in Besorgnis geraten waren. In ihrer Not wendete sich die Pforte zunächst an Österreich um Beistand; sie kam diesmal nicht wieder auf Schlesien zurück, sondern ließ dem Wiener Hofe die Wahl, nach Vertreibung der Russen aus Polen entweder einen König für den Thron in Warschau zu ernennen oder die Länder der Republik mit der Pforte zu teilen [2]). Der Staatskanzler ging aber auf diesen Plan keineswegs ein. Indem er dann dem preußischen Gesandten, dem Freiherrn v. Rohd, mitteilte, daß man in Konstantinopel versucht, ihn in den Streit gegen Rußland hineinzuziehen, nannte er die Bedingungen nicht näher, unter welchen Österreich zugunsten der Türkei am Kriege teilnehmen sollte, sondern bezeichnete dieselben nur als geeignet jeden anderen außer ihm zu verführen. Er erzählte weiter, daß er abermals der Pforte seine guten Dienste zur Erlangung eines ehrenvollen Friedens angeboten und ebenso wieder auf Preußen hingewiesen hätte, welches gleichfalls bereit sein würde, dafür zu wirken [3]).

In Konstantinopel war man indessen schon bei dem Berliner Hofe vorstellig geworden. Im Anfange des April hatte

1) Beer, Dokumente, S. 5—11.

2) Thugut, 24. März 1770 bei Hammer VIII, 373.

3) Rohd, 2. u. 5. Mai.

der Reis-Effendi dem Herrn von Zegelin sagen lassen: der König von Preußen könnte sich als einen wahren Freund der Pforte zeigen, wenn er, ohne dieselbe zu nennen, wie aus eigenem Antriebe, Rußland fragte, auf welche Bedingungen es Frieden schließen würde [1]). Am 6. Mai kam diese Depesche nach Potsdam, und da der österreichische Gesandte sich an demselben Tage dort verabschiedete, benutzte Friedrich die Gelegenheit, um an Maria Theresia, Joseph und Kaunitz die geheime Nachricht gelangen zu lassen, daß die Türken Frieden wünschten und die Vermittelung des Wiener Hofes gern sehen würden. Der König war überzeugt, daß letzterer, wenn er in Konstantinopel fest aufträte, die Türken zu einem Abkommen nötigen würde. Dagegen erbot er sich, die Korrespondenz mit Rußland zu übernehmen. „Aber bei dieser Fürstin", setzte er hinzu, „muß man vorsichtig in seinen Ausdrücken sein; denn ein gut Teil Eitelkeit gehört zu ihrem Wesen." [2])

An demselben Tage schrieb Friedrich auch noch an seinen Gesandten in Petersburg und trug ihm auf, weil man das Eisen schmieden müßte, so lange es warm wäre, den Grafen Panin nach den Friedensbedingungen zu fragen und ihn zu drängen, daß er sich sobald als möglich darüber erklären möchte; denn die Kriegsoperationen würden ja dadurch nicht zum Stillstande gebracht. Panin beeilte sich nicht zu antworten; er wollte vielmehr seine Gebieterin zuvor befragen, und als das geschehen war, las er dem Gesandten vor, was Katharina eigenhändig aufgesetzt hatte. Sie ersuchte den König, er möchte der Pforte, jedoch in seinem eigenen Namen, anzeigen, daß er die Kaiserin sehr friedliebend und von den nämlichen humanen Gesinnungen beseelt gefunden hätte, welche sie stets an den Tag gelegt und die ihr zur anderen Natur geworden wären. Jedoch ehe sie irgendwelchen Eröffnungen ihr Ohr liehe, müßte sie die Freilassung ihres Gesandten, des Herrn von Obreskoff, fordern, der gegen alle Gesetze der Humanität und gegen

1) Zegelin, 3. April.
2) Arneth VIII, 575.

alles Völkerrecht noch immer als Gefangener festgehalten würde; sie sähe darin eine Beleidigung, die ihr selbst und ihrer Krone zugefügt worden wäre. Dem Grafen Solms erschien dies als erste Antwort für die Pforte genügend; aber er hatte mehr Offenheit gegen den König von Preußen erwartet. Jedoch Panin hielt es noch für unmöglich, sich näher auszusprechen, und man muß ihm wohl recht geben, wenn er bemerkte: „Nachdem man so viele Räder in Bewegung gesetzt hat, möchte man wenigstens die Wirkung abwarten."

Am 25. Mai gab Solms dem Könige von diesen Eröffnungen Kunde; jedoch bereits nach einigen Tagen glaubte Friedrich irrtümlicherweise, durch ein Schreiben seines Gesandten vom 15ten schon Antwort aus Petersburg erhalten zu haben und zwar eine solche, die seinen Wünschen sehr wenig entsprach, weil sie nur Komplimente enthielt. Sein Verdruß wuchs, als er aus Wien erfuhr, daß die Österreicher sehr beträchtliche Magazine in Siebenbürgen, dem Banat und Ober-Ungarn anlegten, und daß man allgemein sagte, die Kaiserin-Königin würde sich auf die Seite der Türken stellen, wenn die Russen ihre Fortschritte nicht beschränkten. Er beschloß, einen Eilboten nach Petersburg zu senden, und gab seinem Mißvergnügen unverhohlen Ausdruck. „Es scheint also", schrieb er, „die Kaiserin will mutwillig ganz Europa in Verlegenheit setzen und in Krieg stürzen; wenn sie denjenigen, welchen sie gegenwärtig mit den Türken führt, nicht bald zu beendigen gedenkt, so müßt Ihr über dieses Kapitel nachdrücklich sprechen und auf einer Antwort bestehen, damit man sehen kann, ob es noch beizeiten möglich ist, den neuen Sturm zu beschwören." Er meldet, was er aus Wien gehört hat, und spricht als seine Überzeugung aus, man sei dort fest entschlossen, das, was man das Gleichgewicht des Orients nenne, zu bewahren. Mit einem Eilboten sollte der Gesandte die Antwort schicken.

An demselben Tage gab der König dem Freiherrn v. Rohd von diesem Schritte Nachricht, damit auch Kaunitz es erführe. Die kriegerischen Kundgebungen des Wiener Hofes kamen ihm nicht ungelegen; denn er hoffte durch den Hinweis auf jene

Magazine dem Petersburger Hofe mit Erfolg Mäßigung zu predigen. Am 4. Juni schrieb er an Solms: „Wenn Rußland die Moldau und Walachei der Pforte wegnehmen will, so ist der Krieg unvermeidlich.“ Um so mehr freute er sich, als er einige Tage später vernahm, wie sich Katharina und Panin geäußert hatten. Er hielt die Freilassung Obreskoffs für eine gerechte Forderung und wies demgemäß am 10. Juni Zegelin an. Aber wenn diese Vorbedingung erreicht wäre, dann müßte, schrieb er an Solms, Rußland über die Friedensbedingungen sich erklären, und er gab dem Wunsch Ausdruck, dieselben möchten gemäßigt sein.

Infolge der Befehle vom 30. Mai wendete sich Solms, weil Panin mit dem Hofe gerade damals auf dem Lande lebte, an den Geheimen Rat v. Saldern, der es übernahm, die Gesinnungen des Königs von Preußen dem Leiter der auswärtigen Angelegenheiten mitzuteilen und dieselben mündlich zu unterstützen. Panin äußerte sich dann im Namen Katharinas wiederum, wie vor einigen Wochen, sehr friedfertig, bezeichnete die Freilassung Obreskoffs auch jetzt als eine Vorbedingung und machte auch diesmal keine Friedensvorschläge, sondern verlangte vielmehr, wie billig, dergleichen von der Pforte zu empfangen. Außerdem wollte Panin, wie er sich ausdrückte, das Vertrauen nicht halb schenken, und so fuhr er denn fort: Es sei keineswegs die Absicht seiner Gebieterin, für sich etwas in diesem Kriege zu gewinnen; denn sie habe denselben nicht aus Ehrgeiz und Eroberungslust unternommen, sondern sie sei dazu gezwungen worden. Sie werde sich damit begnügen, Europa zu zeigen, daß sie Hilfsquellen zu ihrer Verteidigung auch ohne den Beistand der alten Verbündeten Rußlands besitze. Wenn sie aber so uneigennützig für ihre Person sei, so erlaube ihr Ehre und Gewissen nicht, es auch inbezug auf die Nationen zu sein, welche für sie Partei ergriffen, und besonders die Griechen könne sie nach dem Kriege nicht der Rache der Türken überlassen. Die Frage, ob der König von Preußen dies der Pforte mitteilen dürfte, verneinte Panin, indem es dazu noch nicht Zeit wäre. Solms wollte früher vernommen haben, daß

man Asoff nicht wieder herausgeben würde. Panin leugnete das auch nicht; er meinte: dieser Platz läge innerhalb der alten Grenzen des russischen Reiches, die Türken würden seinen Verlust nicht merken, und diese Erwerbung zu unbeträchtlich sein, um einen Gegenstand der Eifersucht für die anderen Mächte zu bilden [1]).

Das Vertrauen, welches Panin hier zeigt, ist offenbar nur ein scheinbares; aber würde Friedrich anders gehandelt haben, wenn er an der Stelle Katharinas gewesen, und Fremde den Rossen an seinem Siegeswagen in die Zügel hätte fallen wollen? Von seinem Standpunkte freilich that er recht, wenn er alles aufbot, um einem neuen Kriege zu entgehen. Dem Prinzen Heinrich gestand er, daß er die österreichischen Vorkehrungen an den Grenzen Ungarns für gar nicht so bedeutend halte, wiewohl er in Petersburg das Gegenteil anzeigen lasse; mehr Wirkung versprach er sich aber von seiner Reise nach Mähren [2]).

Indem die Zusammenkunft in Neustadt näher rückt und von dem Petersburger Hofe mehr in den Kreis der Betrachtung gezogen wird, vervielfältigen sich in der That die friedfertigen Mitteilungen aus der russischen Hauptstadt. Gegen Ende des Juni meldete Solms: die Kaiserin würde sehr dankbar sein, wenn Friedrich ihrem gefangenen Gesandten Obreskoff die Freiheit wiederverschaffte; bis dahin würde der Erfolg der Kriegsoperationen besser erkennen lassen, welche Bedingungen man stellen könnte; dieselben würden jedoch mäßig sein und keineswegs einen allgemeinen Krieg herbeiführen. Und in der ersten Hälfte des Juli ging Panin noch weiter in seinen Versprechungen. Wenn Österreich nur einen Krieg anfangen wollte, äußerte er einmal, sobald Rußland die Moldau und Walachei zu behalten gedächte, so würde dieser Fall nicht eintreten; denn die Kaiserin hätte niemals ein solche Absicht gehabt. Bei jeder Gelegenheit versicherte Panin: man würde alles vermeiden, was den Franzosen einen Vorwand geben

1) Solms, 15. Juni.

2) An Heinrich, 17. Juni. Oeuvres XXVI, 320.

könnte, über die Anwesenheit russischer Schiffe in dem östlichen Teile des Mittelmeeres unruhig zu werden, man würde weder ihren Fahrzeugen zu schaden suchen, noch ihren Handel oder den irgendeiner anderen Macht stören. Die Kaiserin drückte sogar den Wunsch aus, die Antwort der Pforte möchte so sein, daß die Unterhandlung weiter geführt werden könnte [1]). Ja, aus Furcht vor der Neustädter Zusammenkunft ging Katharina noch einen Schritt weiter. Am 26. Juli bat sie den König dringend, daß er den Prinzen Heinrich von Stockholm, wo er bei der Schwester verweilte, nach Petersburg zum Besuche gehen lassen möchte.

Friedrich beeilte sich, die Einladung dankbar anzunehmen, und ebenso gab er seinem Bruder Heinrich auf der Stelle Nachricht, indem er ihn zugleich bedeutete, daß er aus der Not eine Tugend machen müßte, wenn ihm etwa die Reise, für die er ihm 8000 Thaler anbot, nicht angenehm wäre. Und wie er in seiner Antwort der Kaiserin aufs äußerste geschmeichelt hatte, so sollte der Prinz Heinrich es ebenfalls machen. „Du wirst unterwegs ein Magazin von Lobeserhebungen sammeln können", schrieb er, „um Dich ihrer bei Gelegenheit zu bedienen." [2])

An demselben Tage trug Friedrich auch seinem Gesandten in Wien auf, dem kaiserlichen Hofe zu erklären, daß er, dem Beispiele Josephs folgend, in Neustadt im Gasthofe Wohnung nehmen und alles bezahlen würde. Die Reise, die ursprünglich nur ein Gegenbesuch hatte sein sollen, gewann für den König von Preußen eine große Wichtigkeit; die vielen von Rußland in Bewegung gesetzten Räder fingen an zu wirken. Am 5. Juli war die stärkere türkische Flotte von der schwächeren russischen zwischen Chios und dem Festlande von Kleinasien besiegt und außerdem noch in der nahen Bucht von Tschesme, wo sie Schutz gesucht, in Brand gesteckt worden.

1) Solms, 29. Juni, 6. u. 13. Juli.

2) Sbornik XX, 271. Letzteres Schreiben ist nicht aus dem September, sondern vom 12. August, wo Friedrich auch an Heinrich schrieb. Oeuvres XXVI, 320.

Es war, als drängten sich die Rechtgläubigen zu den Quellen des Paradieses. Ob die Kaiserin die Mäßigung, welche sie bisher zur Schau getragen, behalten würde, konnte zweifelhaft erscheinen. Die preußische Armee war nun so weit hergestellt, daß der König sich von ihr, wenn es nötig wurde, gute Dienste versprechen konnte. Jedoch er blieb friedlich gesinnt. Er freute sich in Schlesien, wohin er gegangen war, über die Fortschritte, welche diese Provinz seit dem vergangenen Jahre gemacht hatte. „Der Krieg", schrieb er an seinen Bruder Heinrich am 30. August aus Neiße, „wird allmählich vergessen, die Bevölkerung vermehrt sich, die Felder werden wohl bebaut, und der Kredit fängt an sich herzustellen." [1]) Um so bekümmerter machten darum die orientalischen Wirren den König; denn wenn sich der Kampf in das nächste Jahr hineinzog, konnten die Österreicher leicht endlich ungeduldig werden.

An dem Tage, wo Friedrich an seinen Bruder in dieser Weise schrieb, pries auch Kaunitz den Zufall, daß die Zusammenkunft gerade zu der Zeit stattfinden sollte. Der Staatskanzler weilte damals der Erholung wegen in Austerlitz, von wo er am 1. September nach Neustadt zu fahren gedachte. Bereits am 26. Februar hatte er dem Herzog von Choiseul von seiner Absicht, den Kaiser dorthin zu begleiten, mit dem Zusatze geschrieben, daß Friedrich in Neiße diesen Wunsch ausgesprochen und ihn auch nachher wiederholt eingeladen hätte. Wahrscheinlich gab er das aber nur vor, um dem verbündeten Hofe jeden Argwohn zu benehmen; seine wirkliche Absicht war, den gewaltigen Gegner kennen zu lernen und im persönlichen Verkehr die eigene Größe demselben recht zur Anschauung zu bringen. Als die Kaiserin-Königin am 4. Juni dem preußischen Gesandten von dieser Reise des Staatskanzlers Nachricht gab, hatte sie es über sich gewonnen, zu sagen: sie würde, wenn Alter und Leibesschwachheit es ihr gestatteten, gern selbst nach Neustadt gehen; so schicke sie anstatt ihrer den Fürsten Kaunitz.

1) Oeuvres XXVI, 323.

In Austerlitz atmete letzterer nicht bloß die frische Sommerluft ein, sondern er bereitete sich auch auf die Zusammenkunft vor. Aus einem Schreiben an seine Gebieterin vom 27. August ersieht man, daß er über die orientalische Frage sowohl als über die Beruhigung Polens und manche das Deutsche Reich betreffende Sachen mit Friedrich sprechen und die bayerische Erbfolge streifen wollte. Was den ersten Punkt anbetrifft, so gedachte Kaunitz damals, in Neustadt eine große Gleichgültigkeit an den Tag zu legen und aus dem Beispiele des Hubertsburger Friedens nachzuweisen, daß es am besten sein würde, wenn die beiden kriegführenden Teile sich ohne Zwischenkunft anderer Mächte verglichen [1]). Aber er änderte seine Meinung, als erschreckende Nachrichten aus Konstantinopel ankamen. Nachdem der Graf Rumänzoff, über den Dniestr und Pruth gegen die Donau vorrückend, die Tataren an einem Nebenflüßchen des Pruth geschlagen und mit Verlust ihres sämtlichen Geschützes zurückgedrängt hatte, war die Hauptmacht der Osmanen am 1. August an den Ufern des Kaghul besiegt worden und in ungeordneter Flucht nach allen Seiten auseinandergestoben.

Schon durch die Kunde von der Niederlage bei Tschesme waren die Minister des Sultans in die größte Besorgnis versetzt worden und hatten beraten, was bei so traurigen Verhältnissen zu thun wäre. Der Reis-Effendi fragte Zegelins Dolmetscher, ob der König von Preußen wohl zusammen mit Österreich die Vermittelung ernstlich übernehmen wollte, und als das bejaht worden war, da wurden mit ihm und dem kaiserlichen Dolmetscher Konferenzen gehalten. Zegelin ließ, nachdem er sich mit Herrn v. Thugut besprochen, dem Reis-Effendi sagen: die beiden Höfe würden sich bei ihrer Vermittelung den Ruhm und die Ehre der Pforte bestens angelegen sein lassen, lehnten es aber ab, die Russen, wenn dieselben die Saiten zu hoch spannen sollten, mit Gewalt auf vernünftige Gedanken zu bringen. Zegelin bestand außerdem

1) Beer I, 318.

auf der Freilassung Obreskoffs. Hier aber machte der Reis-Effendi Schwierigkeiten, indem er fürchtete, das türkische Heer würde glauben, daß der Friede bereits geschlossen wäre, und auseinandergehen. Nachdem bei dem Mufti am 28. Juli großer Rat gehalten worden war, ließ der Reis-Effendi den Herrn v. Zegelin wissen: die Ulemas wären der Meinung, man könnte Obreskoff nach Semlin senden und ihn dort bis zum Abschluß des Friedens in Gewahrsam Österreichs und Preußens geben, mit der Verpflichtung, daß sie ihn an die Pforte wieder auslieferten, wenn die Vermittelung mißglückte. Zegelin antwortete: die beiden Höfe würden wohl hierauf nicht eingehen und auch Rußland damit unzufrieden sein. Wieder gab der Reis-Effendi der Besorgnis Ausdruck, daß sie, wenn sie jenen auf freien Fuß stellten, Aufstand und allgemeine Fahnenflucht zu erwarten hätten. Dann bat er den Gesandten, jedoch natürlich umsonst, an den russischen Admiral zu schreiben und ihm zu melden, er möchte doch die Feindseligkeiten bis auf weiteren Befehl der Kaiserin einstellen, da die Pforte mit dem Petersburger Hof in Friedensunterhandlungen eintreten wollte.

Die Türken riefen nun wirklich die Vermittelung Österreichs und Preußens an. Der Stellvertreter des Großveziers oder Kaimakam, Mehmet-Pascha, schickte die betreffenden Schreiben an den Grafen Finckenstein und den Fürsten Kaunitz. Außerdem erklärte der Reis-Effendi: wenn die Unterhandlung im Zuge wäre, würde die Pforte Herrn v. Obreskoff nach Konstantinopel kommen lassen und ihn dann für die ihm zugefügte Schmach mit Ehrenbezeigungen überhäufen; alsdann würde es von ihm abhängen, ob er bleiben oder nach seinem Vaterlande zurückkehren wollte; die Pforte hoffte jedoch, daß der russische Hof ihn noch einige Zeit auf seinem Posten lassen würde, da sie vor seiner Person eine große Achtung besäße [1]).

Die Nachrichten über den Land- und Seekrieg erschreckten

1) Zegelin, 3. u. 13. August.

den Fürsten Kaunitz ungemein, und zwar erschien es ihm, als ob der Kleinmut der Türken noch mehr zu fürchten wäre als die glänzenden Erfolge der Russen. „Zu etwas aber", schrieb Kaunitz am 30. August an den Kaiser, „ist das Unglück gut, indem jene nun dahin gekommen sind, daß sie, wie es scheint, ernsthaft den Frieden und unsere Vermittelung wünschen. Es handelt sich nun darum, auch die Russen so weit zu bringen; aber das wird in diesem Momente der Begeisterung nicht leicht sein, jedoch für unmöglich halt' ich es nicht, wenn der König es will, wie sein Interesse nach meiner Meinung es verlangt." Eben deswegen erschien es dem Staatskanzler als ein sehr großes Glück, daß die Zusammenkunft so nahe bevorstand, und er wünschte sehr Friedrich den Großen vernünftig und aufrichtig zu finden [1]).

Am 3. September ungefähr um halb zwei Uhr kam der König von Preußen nach Neustadt; er und sein ganzes Gefolge trugen weiße Uniformen. Nachdem er sich ungefähr eine starke Viertelstunde mit dem Kaiser unterhalten hatte, verabschiedete er sich, und indem er dabei rückwärts ging, wäre er beinahe die Treppe hinuntergefallen; zum Glück hat man ihn aber noch zu rechter Zeit gehalten. Friedrich kehrte bald wieder aus seinem Gasthofe zurück, und man ging nun zu Tische. Der König hatte zur rechten den Kaiser, zur linken den Staatskanzler. „Seine Unterhaltung", bemerkte der Herzog von Teschen, „war interessant, wie gewöhnlich, aber ebenso gut sprach Kaunitz und bemächtigte sich manchmal mit Erfolg des Gespräches." Dem Herzoge schien es, als ob der König darüber mehr erstaunt als erfreut gewesen wäre [2]).

Nach der Mahlzeit redeten Friedrich und der Staatskanzler zum erstenmale von Geschäften mit einander. Der König, der übrigens die letzten Depeschen des Herrn v. Zegelin noch nicht kannte, sprach den Wunsch aus, es möchte der Friede nächsten Winter zustande kommen und zwar so, daß die Russen Asoff

1) Archiv für österreichische Geschichte, S. 47. 497.
2) Arneth VIII, 576.

behielten, und daß die Moldau und Walachei an Fürsten gegeben würden, die unabhängig von der Pforte wären; er wiegte sich ferner mit der Hoffnung, daß die Türken bei der Zerrüttung, in welcher sie sich befänden, zu so mäßigen Bedingungen gern die Hand bieten würden. Kaunitz nannte diese Gedanken, welche der König ihm noch dazu ohne rechten Zusammenhang und die gehörige Ordnung vorgebracht zu haben schien, in seinem Bericht an Maria Theresia sehr wenig überlegt. Doch hatte Friedrich guten Grund, wenn er die Hilfsmittel Katharinas für bedeutender hielt als der österreichische Staatsmann, und wenn dieser den Türken eine größere Widerstandsfähigkeit zuschrieb als der König, so hat ihm der weitere Verlauf des Krieges keineswegs recht gegeben. In der Sehnsucht nach dem Frieden begegneten sich beide Männer, und der Staatskanzler bemerkte sehr richtig, es käme darauf an, wie weit der König bereit wäre, die österreichischen Bemühungen zu unterstützen, da dieselben ohne Preußens Mitwirkung besonders in Petersburg unzureichend sein würden.

Auf eine Äußerung Friedrichs, daß ihn die vielen Zuschauer hinderten, seine Meinung frei zu sagen, hatte der Staatskanzler sich erboten, dem König am nächsten Tage seine Aufwartung zu machen und seine Gedanken über die Lage der Dinge ganz aufrichtig mitzuteilen. Indem der König jetzt abermals den Wunsch ausdrückte, mit dem Staatskanzler ungezwungen zu reden, erneuerte dieser sein Versprechen.

Abends führte der Kaiser seinen Gast in das Theater, das er hatte aufschlagen lassen. Die italienische Truppe, welche dort spielte, war aus Wien gekommen; doch verwunderte sich der Herzog von Teschen, daß der König hier weniger lachte, als das Jahr zuvor in Neiße [1]). Am anderen Morgen war großes Manöver, und erst nach der Mittagsmahlzeit setzten Friedrich und Kaunitz ihr Gespräch fort.

Um den König von jedem Argwohn zu heilen, sein politisches Urteil zu verbessern und ihm sowohl eine gute Mei-

1) Arneth VIII, 577.

nung von der Klugheit des Wiener Hofes zu geben, als auch ein vollkommenes Vertrauen zu den Absichten desselben einzuflößen, faßte Kaunitz einen Beschluß, wie es bisher Staatsmänner in ähnlicher Lage, schrieb er an seine Gebieterin, noch niemals gethan hätten. Sobald er nämlich in das Kabinett des Königs eingetreten war und sich hatte setzen dürfen, riß er das Wort an sich und begründete dies damit: er gleiche weder seinen Vorgängern noch seinen Zeitgenossen und wolle sich daher des Vorteils, der darin liege, daß man erst höre und dann spreche, begeben und lieber den Anfang machen. Er bat also den König, ihn ruhig anzuhören und nicht zu unterbrechen [1]).

Kaunitz wünschte den Russen Schranken zu ziehen, und er wußte, daß er dazu der preußischen Hilfe bedurfte; da er nun das französische Bündnis schon der Kaiserin wegen nicht aufgeben konnte, so war er auf ein Mittel verfallen, ähnlich demjenigen, welches auf seinen Rat der Kaiser in Neiße angewendet. Er hatte nämlich beinahe wie ein Universitätslehrer das Verhalten, welches zwei befreundete Höfe gegen einander beobachten sollen, in zehn Paragraphen gebracht, die er einen politischen Katechismus nannte. Wenn Österreich und Preußen versprachen danach zu handeln, so waren sie engverbündet.

Es ist unnötig, diese Vorschriften, die sich eigentlich von selbst verstehen, einzeln anzuführen, ausgenommen zwei, die wohl eine besondere Beziehung hatten. In der siebenten Regel hieß es: wenn der eine Hof sich einen kleinen Vorteil verschaffen könne, ohne das Interesse des anderen zu verletzen, so solle letzterer sich nicht widersetzen. Der Staatskanzler mag hierbei an die Zips gedacht haben, die Österreich im vorigen Jahr hatte besetzen lassen, mit der Absicht, alte Rechte darauf zur Geltung zu bringen. Bei der Erwerbung großer Vorteile dagegen sollte der betreffende Hof laut der achten Regel

1) Friedrich sagt (VI, 29) von ihm: „L'interrompre quand il parlait, c'était l'outrager, au lieu de converser il dissertait, aimant mieux s'entendre discourir lui-même que d'écouter ce que les autres lui répondaient.“

den anderen davon in Kenntnis setzen, mit ihm über eine angemessene Entschädigung übereinkommen und ihm sogar behilflich sein, dieselbe zu erlangen. Der Staatskanzler mochte bei diesen Worten an die bayerische Erbfolge gedacht haben. Seine Absicht ging nun dahin: Kaiser und König sollten einander schriftlich oder mündlich versprechen, daß sie sich nach dem politischen Katechismus richten würden. Zugleich aber wünschte Kaunitz, dem Könige von Preußen einen rechten Begriff von seiner eigenen Staatsweisheit zu geben, und so bestieg er denn so zu sagen die akademische Lehrkanzel und setzte lang und breit auseinander, welche Politik sein Hof nach dem Hubertsburger Frieden eingeschlagen und wie die beiden Bündnisse, das österreichisch-französische und das preußisch-russische, dem Wohl Europas am zuträglichsten wären. Kaunitz kam dann auf seinen politischen Katechismus zu reden und gab die Vorteile zuletzt an, die einer so engen Verbindung der Höfe von Wien und Berlin entspringen würden.

Offenbar hatte der König auf den Augenblick, wo er Kaunitz, ohne zu verletzen, vom Katheder an den Diplomatentisch zurückführen könnte, schon lange gelauert. Jetzt erhob er sich plötzlich, umarmte den Fürsten zärtlich, sagte ihm viel Schmeichelhaftes, und nachdem er noch erklärt, daß er in seinem Herzen alle die Gefühle hätte, die der österreichische Hof nur wünschen könnte, bat er um eine Abschrift des politischen Katechismus, nach dessen Regeln sich zu richten ihm nicht schwer fallen würde. Dann aber riß umgekehrt er das Wort an sich. „Dieser verfluchte Türkenkrieg“, sprach er, „beunruhigt und stört mich. Ich wäre in Verzweiflung, wenn ich mich wider meinen Willen in einen neuen Krieg mit Euch hineingezogen sähe, und da Ihr, wenn die Russen die Donau überschreiten, unmöglich ruhige Zuschauer dieses Ereignisses und ihrer weiteren Fortschritte bleiben werdet, so könnte mir ein solches Unglück begegnen, wofern Ihr den Beschluß faßtet, den Krieg nach Polen zu tragen; denn die Verpflichtungen, die ich gegen Rußland eingegangen bin, beziehen sich gerade auf die Angelegenheiten jenes Landes. Es würde nicht ganz so schlimm sein,

wenn Ihr in die Moldau und Walachei einfielet, weil ich durchaus nicht verpflichtet bin, mich dort einzumischen. Aber da man trotzdem niemals weiß, bis wohin die Dinge gehen können, so wünsche ich nicht, daß Ihr in den Fall kommt, Euch unmittelbar mit jenen Leuten — den Russen — zu befassen."

Wir sehen, Friedrich geht offen und ehrlich mit der Sprache heraus, und wenn wir uns durch den Vortrag des Staatskanzlers, wie dieser selbst ihn für die Kaiserin-Königin aufgezeichnet hat, glücklich hindurchgearbeitet haben und an die Stelle kommen, wo der König von dem verfluchten Türkenkriege zu sprechen anfängt: dann atmen wir förmlich auf, wie wenn wir an einem warmen Sommerabend aus dem geheizten Palmenhaus in den freien Garten treten. „Schließen wir also", fuhr der König fort, „so bald als möglich Frieden, noch in diesem Winter, damit die Türken nicht gezwungen werden, noch einen Feldzug zu unternehmen." Als wahrscheinliche Bedingungen nannte der König Asoff und die Krim; dagegen inbezug auf die Moldau und Walachei schmeichelte er sich, daß die Kaiserin nicht ernstlich auf der Unabhängigkeit dieser Provinzen bestehen würde. Auch die Beruhigung Polens hielt er für leicht. „So beschwör' ich Euch noch einmal", schloß er, „helfet, daß der Friede diesen Winter zustande kommt. Ich habe heute Nacht Briefe aus Konstantinopel empfangen; aber ich weiß beinahe nichts von ihrem Inhalt, weil sie chiffriert sind und ich den Schlüssel nicht bei mir habe." Der König meinte die Schreiben Zegelins aus der ersten Hälfte des August, in denen dieser berichtet, wie die Pforte die Vermittelung der Höfe von Wien und Berlin angerufen habe.

Der Staatskanzler antwortete: wenn die beiden kriegführenden Mächte abwechselnd Erfolge gehabt hätten, so würde dies für das übrige Europa und besonders für die Nachbarn derselben nicht nur gleichgültig, sondern sogar nützlich gewesen sein; denn Russen und Türken würden sich gegenseitig erschöpft haben und dadurch lange Zeit außerstande sein, andere zu beunruhigen. Dagegen die fortwährenden Erfolge des Peters-

burger Hofes schienen dem Staatskanzler die ernsthafteste Aufmerksamkeit zu verdienen, und er wollte durchaus nicht gestatten, daß Rußland den Türken Eroberungen von einiger Bedeutung abnähme oder Polen in einem Zustande ließe, der es zu einer russischen Provinz machte; daher müßte, sprach er, Österreich lieber in den Krieg eintreten zu einer Zeit, wo es noch auf die Mitwirkung Polens und der Pforte rechnen könnte, und wenn der König nicht teilnehmen wollte, so würden sich die Österreicher wahrscheinlich genötigt sehen ihn anzugreifen. Friedrich erfuhr nun, daß die Türken die Vermittelung der Höfe von Wien und Berlin angerufen hätten, und ward aufgefordert, ja beschworen, er sollte doch mit seiner Kaiserin vernünftig und etwas fester als bisher sprechen und alle Mittel der Überredung und sogar stärkere, wenn es nötig wäre, gebrauchen, um die Annahme der Vermittelung bei ihr durchzusetzen und sie dahin zu bringen, daß sie sich zu billigen Bedingungen verstände.

Der König fand dies alles recht schön; aber er wies auf ein großes Hindernis hin. Er glaubte Katharina besser zu kennen als der österreichische Staatsmann. „Sie ist sehr stolz, sehr ehrgeizig, sehr eitel“, sprach er, „und deshalb sehr schwer zu leiten, und da sie eine Frau ist, kann man mit ihr nicht in einem Tone reden, wie mit einem Minister, sondern man muß mit ihr sehr schonend umgehen, um sie nicht aufzubringen.“ Friedrich versprach dem gegebenen Rate so viel als möglich zu folgen. „Aber ich bitte“, fuhr er fort, „gebet mir Waffen, von denen ich Gebrauch machen kann, um ihr Furcht einzujagen.“ Er dachte einen Augenblick nach und sagte dann: „Könntet Ihr z. B. nicht dem General Rumänzoff anzeigen lassen, Ihr rechnetet darauf, daß er keineswegs über die Donau gehen würde? Oder könntet Ihr Euch nicht von Frankreich eine Erklärung verschaffen, daß es 100,000 Mann zuhilfe schicken würde, wenn die Russen jenen Strom überschritten und die Österreicher sie deshalb bekriegen wollten? Ihr würdet mir die Nachricht anvertrauen und ich davon Gebrauch machen. Ohne Zweifel würde das eine gute Wirkung hervorbringen.“ Der

König bat den Staatskanzler, ihm seine Meinung über diesen Vorschlag zu sagen. Wie eingebildet Kaunitz war, zeigt uns der ausführliche Bericht, welchen er über die mit Friedrich geführte Unterredung vierzehn Tage später an Maria Theresia gesendet hat, mit größter Deutlichkeit. Aber hier an dieser Stelle wird der Dünkel fast unerträglich. „Ich gestehe", lesen wir, „ich war sehr erstaunt, aus dem Mund eines Fürsten, der übrigens viel Geist hat, so kindische Gedanken zu vernehmen." Aus Schonung gegen einen so großen Herrscher nannte der Staatskanzler die von demselben vorgeschlagenen Mittel nur unbrauchbar, weil man keineswegs drohen dürfte, wenn man nicht im voraus entschlossen wäre sein Wort wahr zu machen, weil der bloße Übergang über die Donau für Österreich noch kein genügender Grund zum offenen Bruch mit Rußland sein würde, und weil der Petersburger Hof im Recht wäre, eine solche Erklärung, wie Friedrich sie vorgeschlagen, als einen Scherz anzusehen und unbeachtet zu lassen. Wenn aber letzteres der Fall war und Österreich keine Drohung wagte, wie konnte da Kaunitz verlangen, daß Preußen dem Verbündeten gegenüber einen solchen Ton anschlagen und ihn sich zum Feinde machen sollte, zumal da der Staatskanzler nicht einmal den Einmarsch der Russen in Bulgarien als einen Anlaß zum Kriege betrachten wollte!

Kaunitz enthielt sich nicht, dem Könige ganz genau vorzusagen, wie er an Katharina schreiben müßte. Über die Gesinnungen des Wiener Hofes sollte Friedrich berichten: er habe bei seinen Unterredungen in Neustadt keinen Groll und keine Abneigung gegen Rußland bemerkt, aber als aufrichtiger Freund dürfe er zugleich nicht verschweigen, daß es ihm geschienen, als würde der Wiener Hof einen ernsthaften Beschluß fassen, wenn die Feindseligkeiten noch länger dauerten und eine bedeutende Machtverschiebung zwischen den beiden kriegführenden Teilen befürchten ließen. Die polnischen Angelegenheiten riet Kaunitz auch zu erwähnen und die Kaiserin zu bitten, daß sie den Höfen von Berlin und Wien einen Plan über die Beruhigung Polens vorlegen möchte.

Der König versprach diesen Ratschlägen zu folgen und deshalb, wenn er allein sein würde, sich Aufzeichnungen zu machen. Er fand außerdem Gelegenheit, sein Verhalten gegen Rußland zu rechtfertigen. Er behauptete, und gewiß mit gutem Grunde, daß man, wenn man mit jemandem befreundet wäre, eine gewisse Rücksicht gegen ihn beobachten müßte. Dabei verschwieg er nicht, daß das Anwachsen Rußlands ihn eines Tages zum Bündnis mit Österreich zwingen könnte. Doch Kaunitz ging auf diesen Punkt ebenso wenig ein wie Joseph im vergangenen Jahre. Am 6. September machte der König noch einen entgegenkommenden Vorschlag. „Wir haben uns eben verständigt und gut verständigt“, sprach er; „aber die Lage der Dinge kann sich ändern und ändert sich wirklich durch die Ereignisse, die von Zeit zu Zeit eintreten.“ Friedrich hielt es für gut, wenn man sich auch nur einen Tag im Jahre oder wenigstens bei einer besonderen Veranlassung wieder sehen und sprechen könnte. Er führte dadurch aus, was er seinem Bruder Heinrich bereits am 18. November 1769 angezeigt hatte; jedoch er bekam auch hierauf eine wenig befriedigende Antwort.

Vergnügen und Unterhaltung hatten übrigens ausgedehnt werden müssen, weil die Musterungen ein schreckliches Ende genommen. Am 5ten frühmorgens war ein fürchterliches Unwetter losgebrochen. Durchnäßt bis auf die Haut, legten die allerhöchsten Herrschaften den ziemlich weiten Weg bis nach Neustadt zurück, und der große Friedrich — bemerkt der Herzog von Teschen in seinen Denkwürdigkeiten —, welcher sich für ein so unerwartetes Ereignis mit keinem Kleidervorrat versehen, hatte die Unannehmlichkeit, eingehüllt in seinen Mantel, einige Stunden an einem Küchenfeuer zubringen und seinen einzigen Rock und seine Beinkleider trocknen lassen zu müssen. Eine gewisse Schadenfreude blickt aus dieser Darstellung hervor. Aber noch ganz anders war der Kaiser von dem schweren Unfall ergriffen worden, und in seinem Ärger schrieb er seiner Mutter: „Es scheint, daß uns dieser Mensch überall Pech bringt.“ [1])

1) Statt „gignon“, wie bei Arneth VIII, 580, Z. 16 steht, muß es heißen „guignon“.

Wie 1766 und 1769, so stoßen wir auch hier bei dem Kaiser auf eine Ader des Hasses. Es ist wahr, die Verwüstung, welche das Unwetter angerichtet, war sehr groß gewesen und auch dem armen Militär der größte Schaden zugefügt worden; doch ohne jenen versteckten Zorn gegen den glücklichen Feldherrn und Staatsmann würde Joseph jene Worte schwerlich geschrieben haben. Gerade sie aber bereiteten der Kaiserin-Königin Vergnügen. „Sind sie aufrichtig gemeint", schrieb Maria Theresia an den Feldmarschall Lascy, „so ist das ein Gewinn gegen das vergangene Jahr." Sie hatte weiter gehört, daß die zweite Zusammenkunft nicht mehr so freundschaftlich und vertraulich wie die erste gewesen wäre, und wenn sie nun Lascy fragte, ob es ihm auch so geschienen, so hoffte sie ohne Zweifel, die ihr angenehme Nachricht bestätigt zu hören.

Am zufriedensten war wohl auf österreichischer Seite der Staatskanzler. Nach der Abreise des Königs, die am 7ten frühmorgens um 5 Uhr erfolgte, schrieb er, indem er sich einen ausführlichen Bericht vorbehielt, zwei kürzere Briefe an seine Kaiserin und legte in dem einen das Ergebnis seiner Unterhaltungen mit dem Könige dar. Er glaubte, daß dieselben auf letzteren einen sehr lebhaften Eindruck gemacht hätten und daß Friedrich mit ganz anderen Gesinnungen gegen Österreich abgereist wäre, als er mitgebracht; der König werde daher, meinte Kaunitz weiter, dem Wiener Hofe künftig so viel vertrauen, als er es überhaupt imstande sei; ebenso werde letzterer jetzt auf ihn viel mehr bauen können, als bisher rätlich gewesen wäre.

Jedermann hat seine schwache Seite. Kaunitz durfte nicht daran denken, das französische Bündnis aufzugeben, und er bemerkte doch den Nutzen eines preußischen Bündnisses. Er hatte nun geglaubt, er könnte durch seinen sogenannten politischen Katechismus den König fesseln. Dieser war auch auf den unschädlichen Vorschlag eingegangen und hatte wiederholt um eine Abschrift gebeten; aber Joseph litt es nicht, daß ohne die Erlaubnis der Kaiserin-Königin eine solche gegeben würde,

sei es, daß er die vorgängige Einwilligung der Mutter wirklich für notwendig hielt, oder daß hinter der Weigerung eine Feindseligkeit sich versteckte. Kaunitz fühlte kein solches Bedenken, und es schmeichelte seinem Stolze, daß Friedrich ihn mehrmals, auch in Gegenwart Josephs, um eine Abschrift ersucht und sich erboten hatte, dieselbe mit dem Kaiser aus- auszutauschen zum Zeichen, daß die beiden Höfe sich an die darin befindlichen Vorschriften halten würden. Doch verabredete man, daß dies später nachgeholt werden sollte.

Noch zufriedener vielleicht als der Staatskanzler war Friedrich der Große. Von Breslau schrieb er am 9. September dem Prinzen Heinrich inbezug auf die Unterredungen, die er mit Kaunitz gehabt: „Wir stimmen in unseren Prinzipien und Ideen so ziemlich überein." Über die Zusammenkunft im allgemeinen äußerte er sich einige Tage später gegen seinen Bruder: „Die österreichische Infanterie hat sehr gewonnen, ich möchte jedoch nicht tauschen; die Reiterei ist erbärmlich, die Artillerie sehr gut. Die Schauvorstellungen sind schön gewesen, besonders die Ballette Noverres, die alles übertreffen, was man in dieser Gattung sehen kann. Der Kaiser ist immer derselbe, so wie Du ihn gesehen hast. Fürst Kaunitz ist ein Mann von vielem Geist; er weiß es und nimmt eine gewisse Huldigung in Anspruch. Er behandelt den Kaiser wie seinen Sohn, und dieser behandelt ihn wie seinen Vater." In einem Brief an Voltaire schrieb Friedrich noch mehr über Joseph: „Er bereitet sich vor, eine große Rolle in Europa zu spielen. Geboren an einem bigotten Hofe, hat er den Aberglauben desselben abgeschüttelt; erzogen in Prunk, hat er einfache Sitten angenommen; genährt mit Weihrauch, ist er bescheiden; entflammt von Ruhmsucht, opfert er seinen Ehrgeiz der Kindespflicht, die er gewissenhaft erfüllt, und während er nur pedantische Lehrer gehabt hat, besitzt er Geschmack genug, um Voltaire zu lesen und sein Verdienst anzuerkennen." [1]) Für den Petersburger Hof endlich berich-

1) Oeuvres XXVI, 324. 325; XXIII, 580. Mémoires et Actes

tete Friedrich dem Grafen Solms: „Der Kaiser hat von Geschäften nicht reden wollen und nur über militärische Dinge gesprochen, indem er allein mit der Sorge für die Truppen sich beschäftigte und mir oft im Scherz sagte: ‚Ich überlasse das Übrige meiner Mutter.‘ Was meine Person betrifft, so hat mich dieser Fürst mit Freundschaft überhäuft; er und Kaunitz haben mir mehr als zwanzigmal versichert, sie hätten Schlesien für immer vergessen.“

Man sieht, Friedrich zeigt, wie nach der Zusammenkunft in Neiße, mehr Wohlwollen gegen Österreich, als auf der anderen Seite gegen ihn vorhanden ist. Aber dies war auch ganz natürlich. Welche Bedeutung hatte Preußen in der Welt gehabt, als Maria Theresia den Thron bestieg, und welche besaß es jetzt? In Konstantinopel übertrug man die Vermittelung nicht nur an Österreich, sondern auch, woran vor 30 Jahren nicht wäre zu denken gewesen, an Preußen, und Maria Theresia wünschte von Herzen, daß Friedrich dieses Werk mit allem Eifer betreiben möchte.

Zweites Kapitel.

Unterhandlungen des Prinzen Heinrich in Petersburg über Polen und die Türkei im Winter 1770/71.

Wenn einmal die politische Korrespondenz Friedrichs II. wird herausgegeben sein, dann wird man über die Menge der Schriftstücke, die entweder nach der Anweisung des großen Königs aufgesetzt oder geradezu aus seiner Feder geflossen sind,

autentiques rélatifs aux négociations qui ont précédées le partage de la Pologne (Goertz), p. 101 und Beer II, 4.

in gerechtes Erstaunen geraten. Daneben aber fand er noch Zeit, mit zahlreichen Freunden einen Briefwechsel zu unterhalten; ja, man kann sagen, sein Geist bedurfte solcher Erholung. Mit Vergnügen begleitet man diesen Verkehr und freut sich über die feinen Wendungen, den heiteren Ton, die anmutigen Scherze, die witzigen Anspielungen, denen man überall begegnet. Mitunter werden auch die Tagesfragen gestreift. Als Katharina II. dem Statthalter Mahomeds den Kaftan ausklopfte [1]), war Voltaire nicht ganz mit seinem königlichen Freunde zufrieden, sondern wünschte, dieser sollte der Kaiserin den Sultan Mustapha schlagen helfen und mit ihr dann teilen. Umsonst verwies Friedrich den Philosophen von Ferney auf die Hilfsgelder, die er seiner Verbündeten zahlte; der alte kranke Einsiedler, wie er sich unterzeichnete, bat, der König möge mit seinen Vorurteilen für die Griechen und wider die Türken Mitleid haben. „Ich liebe die Familie des Sokrates mehr als die Nachkommen Orkans", schrieb er am 8. Juni, „trotz der Hochachtung, die ich vor den Herrschern habe."

In seiner Antwort pries Friedrich in einigen Versen Katharina, die allein zwei Kaiser wert sei, dafür, daß sie dem Großherrn einen Denkzettel gegeben habe, der seinen Stolz demütigen müsse; er bewunderte mit dem alten Einsiedler ihre unendlichen Entwürfe, ihre glänzenden Thaten, und meinte dann: man könne, wenn man ihr Verdienst besitze, der Helfer sich entschlagen. Nach den Versen fuhr er in Prosa fort: „Das ist der Grund, warum ich mich begnüge, ihre großen Erfolge zu betrachten, einen sehr philosophischen Geldbeutelkrieg zu führen und die Zeit der Ruhe zu benützen, um die Wunden gänzlich zu heilen, welche der letzte Krieg uns geschlagen hat und die noch bluten." Voltaire blieb aber seiner Auffassung treu. Es war ihm unbegreiflich, warum Kaiser Joseph nicht die Gelegenheit ergriff, Bosnien und Serbien in seine Hand zu bringen; er meinte, das würde ja nur die

1) „Epousseter" (Oeuvres XXIII, 158).

Mühe einer Reise dorthin kosten. „Man verliert den rechten Zeitpunkt", fuhr er fort, „die Türken aus Europa zu verjagen, er wird vielleicht nie mehr wiederkehren; aber ich werde mich trösten, wenn Ew. Majestät bei diesem Wirrwarr Ihr Preußen abrunden." [1])

Die Heimsendung der Osmanen nach Asien war ein rühmlicher Gedanke, welchen Katharina gehegt hatte und noch hegte. Friedrich aber mochte davon nichts wissen, weil er seine schwergeprüften Länder vor den Leiden eines neuen Krieges bewahren wollte. Er glaubte nach dem, was er in Neustadt gehört, die Österreicher würden es nicht leiden, daß die Russen die Donau überschritten, im Besitze der Moldau und Walachei blieben und dadurch Ungarns Nachbarn würden. Wenn Choiseul diese Stimmung des Wiener Hofes benützte und Beistand versprach, so mußten nach des Königs Ansicht die Russen einen Teil des österreichischen Heeres gegen sich haben und er selbst den anderen größeren samt den französischen Hilfsvölkern. Den allgemeinen Krieg nun wünschte Friedrich, wenn es irgend möglich wäre, zu vermeiden [2]). Daher ging er sogleich nach seiner Rückkehr aus Schlesien eifrig daran, die Verabredungen von Neustadt auszuführen. In einem vorzüglich abgefaßten Schreiben fragt er die Kaiserin, ob sie die Vermittelung des Berliner und Wiener Hofes annehme. Mit Österreich droht er zwar nicht, wie Kaunitz es vorgeschlagen, er behauptet im Gegenteil, den Staatskanzler gemäßigter, als er erwartet, gefunden zu haben, obwohl derselbe die Bewahrung des Gleichgewichts im Oriente wiederholt betont habe; aber er redet dem Frieden und der Mäßigung sehr warm das Wort, und ebenso empfiehlt er eine dauernde Beruhigung Polens, die er für möglich hält, wenn die Dissidenten selbst einige Ansprüche fallen lassen [3]).

In einem eigenhändigen Schreiben unterrichtete der König

1) Oeuvres de Frédéric XXIII, 154—164. Das letzte Schreiben ist vom 27. Juli 1770.

2) Eigenhändig an Solms, 19. Juni 1771.

3) Sbornik XX, 274 sqq.

den Grafen Solms über die Zusammenkunft in Neustadt. Er hoffte die Befreiung Obreskoffs leicht zu erlangen; dieser sollte dann für Rußland an der Friedensunterhandlung teilnehmen und letztere in Konstantinopel vor sich gehen, damit er nicht erst einen anderen Bevollmächtigten absenden dürfte; denn der Krieg hätte seinen Geldbeutel stark geschröpft [1]). Von Österreich glaubte der König, daß es kein Hindernis in den Weg legen würde, wenn die Moldau und Walachei unter türkischer Herrschaft blieben. Inbezug auf Polen wünschte er in Übereinstimmung mit Kaunitz einen Plan für die Beruhigung dieses Landes von der Kaiserin zu empfangen. Hier nennt er auch selbst einige Bestimmungen, die ihm notwendig scheinen. Der gegenwärtige König, schreibt er, müsse den Thron behalten, der Krongroßfeldherr mehr Einfluß auf die Truppen haben, und die Dissidenten ihren Eintritt in den Senat aufgeben. Er verspricht alsdann, im Vereine mit Österreich sowohl diesen Plan zu garantieren, als auch die Polen zur Annahme desselben zu zwingen. In einem zweiten Schreiben vom 12. September bezeichnete der König die Briefe aus Konstantinopel als äußerst wichtig für die Herstellung des Friedens; er trägt dem Grafen Solms auf, für einen so heilsamen Zweck alles zu thun. „Die Zeit ist kostbar", schließt er, „und die Gelegenheit zu günstig. Verlieret keinen Augenblick, sie zu benutzen, und führet, soweit es von Euch abhängt, meine Absichten aus." [2])

Am folgenden Tage fügte Friedrich noch zwei Schreiben hinzu. In dem einen meldet er, daß der Wiener Hof Englands Teilnahme an den Friedensunterhandlungen nur unter der Bedingung gern sehen würde, wenn man auch Frankreich zuzöge, daß aber vermutlich Katharina in letzteres nicht einwilligen würde. Ferner teilte Friedrich noch einen Gedanken

1) „Cette Guerre d'ailleurs M'ayant fait une forte Saignée a La boursse." Diese Stelle fehlt bei Goertz, p. 102; der Abdruck bei ihm enthält auch noch andere Abweichungen vom Original und zerreißt ein Schreiben in zwei (aus dem August und vom 12. September, p. 100. 101).

2) Goertz, p. 105. Der Schluß fehlt und ebenso der Eingang.

mit, welcher die Kaiserin bewegen sollte, die Vermittelung Österreichs anzunehmen. Der Wiener Hof, meinte er, wäre jetzt noch gemäßigt und bereit, den geraden Weg bei der Friedensunterhandlung zu gehen; wenn man ihn aber zurückwiese, so würde das ihn sicherlich tief verletzen und bewegen, den französischen Mahnungen Gehör zu schenken [1]. Am 14. September ging die Sendung nach Petersburg ab, und gleich darauf wurden auch nach Konstantinopel Weisungen geschickt. Der Graf von Finckenstein versprach dem Kaimakam die Annahme der Vermittelung vonseiten des Berliner Hofes, und um Zeit zu ersparen, sandte der König gleich die Vollmacht für den Herrn v. Zegelin mit [2].

Inzwischen fuhr Panin fort, sich friedlich zu äußern, und er war ungewöhnlich offen gewesen, als Solms einige Tage vorher wieder versuchte, Näheres über die russischen Friedensbedingungen zu erfahren. Die Tataren zwischen der Donau und dem Dniestr hatten am 17. August einen Vertrag mit seinem Bruder, dem General Panin, vor Bender abgeschlossen und darin nicht allein versprochen, unter russischem Schutz unabhängig von der Pforte nach ihren alten Gewohnheiten, Gesetzen und Freiheiten zu leben, sondern auch die übrigen Tataren zu demselben Schritte zu bewegen. Hierin sah nun Panin eine gute Friedensbedingung, nämlich die Unabhängigkeit der Tataren; dafür war er bereit von einer anderen Forderung abzustehen. Seit längerer Zeit schon hatte Katharina die Griechen gegen die Türken aufreizen lassen und in diesem Jahre sie zur Empörung verleitet; aber bei der Unzulänglichkeit der russischen Hilfsvölker war das Unternehmen gegen Morea gescheitert, und die Türken hatten dann in ihrer bekannten teuflischen Weise den Aufstand unterdrückt und an den

1) Das erste Schreiben ist die fünfte Depesche bei Goertz, p. 106, doch fehlt der Eingang: Friedrich habe gestern vergessen, die englische Vermittelung zu berühren. Das zweite Schreiben ist die dritte Depesche bei Goertz, p. 103.

2) Immediat an Zegelin, 14. September; Finckensteins Antwort (in lateinischer Sprache) und die Vollmacht sind vom 15. September.

Unschuldigen gräßlich Rache genommen. Aber der herzlose Panin machte sich keine Vorwürfe, sondern meinte, daß er durch das Mißlingen dieser Pläne der Verpflichtung enthoben wäre, sich der Bewohner jenes Landes anzunehmen, und daß er also einen Artikel fallen lassen könnte, den er sonst hätte stellen müssen und welchen er nur mit sehr vielen Schwierigkeiten erlangt haben würde. Jedoch vor dem Ende dieses Feldzuges glaubte Panin immer noch keinen Plan für die Herstellung des Friedens machen zu können [1]).

Je mehr sich nun der Petersburger Hof Zeit nahm, um noch andere Erfolge abzuwarten, desto mehr mußte er überrascht sein, als am 25sten früh die wichtigen Schreiben des Königs von Preußen in der russischen Hauptstadt eintrafen. Der Brief an die Kaiserin und die Depeschen Zegelins wurden sogleich abgegeben; aber Katharina war zu stolz, um eine Vermittelung anzunehmen, höchstens gute Dienste wollte sie sich gefallen lassen. Um nun diesen Streich abzulenken, erteilte sie dem General Rumänzoff eilig Befehl, er solle sogleich an den Großvezier schreiben und verlangen, daß ihr noch immer in Gefangenschaft lebender Gesandter seine Freiheit wiedererhalte; wenn dies geschehen und der Sultan geneigt sei, Bevollmächtigte zur Unterhandlung über den Frieden abzusenden, so wolle die Kaiserin seinem Beispiele folgen. Der Graf Solms war sehr erstaunt, als ihm Panin diese Mitteilung machte, indem er sich zugleich entschuldigte, daß er ihm vorher nichts davon gesagt hätte; jedoch die Sache wäre so schnell beschlossen worden [2]). Der Gesandte verhehlte nicht,

1) Solms, 11. September 1770.

2) „In der vorigen Woche", schreibt Solms am 28. September, also zwischen dem 16ten und 23sten. Beer sagt ohne Quellenangabe (II, 4): Der Petersburger Hof habe durch den englischen Gesandten (Murray) in Konstantinopel Kunde von den auf die Mediation bezüglichen Schritten des Wiener und Berliner Hofes erhalten. Das giebt keinen Sinn, und gemeint ist wohl der auf die Vermittelung sich beziehende Schritt der Pforte. Murray hätte, wenn Beers Nachricht wahr wäre, an Lord Cathcart in Petersburg schreiben müssen. Dieser empfing aber am 25sten und nicht von ihm die erste Kunde (Sbornik XIX, 108), er erfuhr

daß sein König von dieser Nachricht überrascht werden würde. Letzteres war auch wirklich der Fall. „Man treibt also seinen Spott mit uns", schrieb Friedrich an den Prinzen Heinrich, als er davon hörte; „ich verzichte gern auf das undankbare Geschäft der Vermittelung, wenn nur mein Rat inbezug auf Polen, der allein zu völliger und dauernder Beruhigung des Landes führen kann, in Petersburg endlich angenommen wird." Jedoch den Grafen Solms ließ er davon nichts merken, er sprach vielmehr gegen diesen sogar die Absicht aus, daß der russische Plan auf weniger Schwierigkeiten stoßen würde, weil hier England und Frankreich außer Betracht blieben. Die unendliche Sehnsucht, die er hatte, dem Erdteil die Ruhe zurückzugeben, ließ ihn über alles andere hinwegsehen, und es war ihm daher — so schrieb er — gleichgültig, ob durch seine Vermittelung oder nicht, wenn nur der Friede wiederhergestellt wurde [1]).

Bereits am 28. September hatte Solms melden können, welche Antwort der Petersburger Hof zu geben gedachte; doch ließ dieselbe noch lange auf sich warten. Man zögerte wohl mit Absicht, um dem Feldmarschall Rumänzoff Zeit zur Erfüllung des ihm erteilten Auftrages zu gewähren. Natürlich wies Katharina, als sie dem König am 9. Oktober endlich antwortete, auf diesen Schritt hin, um ihre friedliche Gesinnung zu beweisen. Sie bedauerte dann, daß sie für die Unterhandlung die Form, welche die Pforte vorgeschlagen, nicht annehmen könnte. Sie beharrte darauf, daß Obreskoff vorher freigegeben werden müßte, und wenn sie auch bereit war, alsdann sogleich an das Friedenswerk heranzutreten, so wollte sie sich doch nur die guten Dienste des Berliner und Wiener

von dem Briefe des Kaimakam durch Panin am 1. Oktober und durch Murray am 8ten (l. c., p. 111 u. 113). Ich glaube vielmehr, der Befehl an Rumänzoff ist am 25. oder 26. September abgegangen; er konnte bei diesem am 6. oder 7. Oktober eintreffen (cf. l. c., p. 67), und nach Konstantinopel gelangte Rumänzoffs Brief am 26. Oktober. (Zegelin, 3. November.)

1) Duncker, S. 209. Friedrich an Solms, 14. Oktober. (B. A.)

Hofes gefallen lassen; denn sie würde sonst auch England zu der Vermittelung zuziehen müssen. Sie konnte sich mit Recht auf die großen Gefälligkeiten berufen, die ihr der Londoner Hof während des Kriegs erwiesen; hatte doch Lord Rochford zu Anfange des Jahres mit Bestimmtheit versprochen, daß England Partei ergreifen und die französischen Schiffe bekriegen würde, wenn dieselben der russischen Flotte, die aus der Ostsee nach dem Mittelmeer segelte, feindlich entgegentreten sollten [1]). Während aber Katharina sich in der Lage befand, im Fall einer Vermittelung die Teilnahme des Londoner Hofes verlangen zu müssen, behauptete sie umgekehrt, sie würde sich gezwungen sehen, Frankreich davon auszuschließen, weil Choiseul ihr und ihres Landes geschworener Feind wäre.

Die Kaiserin verwies Friedrich auf ein Schriftstück Panins, worin dieselben Gegenstände wie in ihrem Briefe und besonders die Schwierigkeiten einer Vermittelung noch ausführlicher und zugleich in einer solchen Weise behandelt würden, daß der König von Preußen es, wenn er wollte, dem Wiener Hofe getrost mitteilen könnte. Beide Schriftstücke atmeten die innigste Freundschaft für Friedrich II. und zeigten die größte Rücksicht gegen Österreich. Auch inbezug auf Polen äußerte sich Katharina höchst entgegenkommend und gemäßigt; indem sie neue Verhaltungsbefehle für ihren Gesandten in Warschau ankündigte, bat sie ihren Verbündeten, er möchte doch die Schritte, welche der Fürst Wolkonsky infolge derselben zur Versöhnung der Gemüter und zur Beruhigung jenes Landes thun würde, durch Herrn v. Benoit unterstützen lassen [2]).

Als Panin die beiden Schriftstücke dem Grafen Solms überreicht hatte, bemerkte dieser mit Verwunderung, daß darin über die Bedingungen des Friedens gar nichts angegeben wäre. „Das ist unnütz und unmöglich“, entgegnete Panin; „denn ohne die Freilassung Obreskoffs kann von keiner Unterhand-

1) Solms, 6. Februar 1770.

2) Sbornik XX, 277. Beer, Dokumente, S. 104 (vom 9. u. 10. September und am 14ten abgeschickt).

lung die Rede sein, und wenn die Pforte darauf eingeht, muß die Lage der Dinge, wie sie dann sein wird, in Betracht gezogen werden." [1]) Man sieht hier abermals, wie der Petersburger Hof noch auf neue gute Nachrichten vom Kriegsschauplatze wartete und sich nicht vorzeitig binden wollte. Empfing man doch am 14ten noch die sehr wichtige Nachricht von dem Falle Benders, welches nach einer Belagerung von zwei Monaten am 27. September sich hatte ergeben müssen.

Mittlerweile war der Prinz Heinrich in Petersburg eingetroffen. Nach polnischen Vermutungen kam er, weil ihn die Kaiserin für die Moldau und Walachei bestimmt haben sollte; der wahre Zweck seiner Reise bestand aber darin, die Bande zwischen den Höfen von Berlin und Petersburg noch enger zu knüpfen, so daß dieselben mit der Zeit unlösbar würden [2]). Friedrich hätte seine Angelegenheiten nach wie vor durch Solms allein besorgen lassen; aber weil der Prinz Heinrich einmal die teure Reise gemacht, wollte und sollte er auch etwas ausrichten, und er besaß vor dem Gesandten den Vorteil, daß er viel und ohne Aufsehen mit der Kaiserin sich unterhalten konnte. Katharina versicherte den Prinzen gleich in den ersten Tagen: sie wünsche den Frieden und verlasse sich auf die Vermittelung des Königs in Konstantinopel; zunächst aber müsse die Antwort des Großveziers abgewartet werden und Obreskoff frei sein.

Heinrich machte nun den Grafen Panin darauf aufmerksam, daß eine doppelte Unterhandlung durch den König von Preußen und Rumänzoff nur schaden könnte; jedoch es ward ihm vor-

1) Solms, 14. Oktober.

2) Immediat vom 31. Oktober an Solms: „Le principal but de son voyage n'est point d'autre que de resserrer de plus en plus les liens qui unissent les deux Cours, et de les rendre entièrement indissolubles et à l'abri de toute atteinte. En effet c'est le seul avantage que Je désire de recueillir de ce voyage, et connoissant les talents et les sentiments de Mon frère, Je suis pleinement convaincu que cette tâche n'auroit jamais vu être confiée à de meilleures mains et qu'il fera tous ses efforts pour la bien remplir". (Berl. Archiv.)

geredet, daß man durch den letzteren nichts weiter ermitteln wollte, als ob überhaupt die Pforte zum Frieden geneigt wäre [1]), und was die Bedingungen anbetrifft, so beschränkte sich klugerweise Panin auf drei ganz allgemein gehaltene Forderungen, welche den Schein sehr großer Mäßigung hatten. Nach seiner Erklärung wollte Rußland keine neuen Provinzen als Eroberung haben, sondern nur eine mäßige Entschädigung für die Kriegskosten und Bürgschaften dafür, daß die Türken nicht so leicht imstande wären, mit Rußland einen neuen Krieg anzufangen. In das Einzelne zu gehen, lehnte Panin ab, weil Katharina II. sich bisher gegen niemand außer ihm darüber geäußert hätte. Bei einer anderen Gelegenheit verhieß er die Entscheidung bei der Kaiserin so zu beeilen, daß der Prinz Heinrich dieselbe dem Könige von Preußen zuerst ankündigen könnte. Panin sagte das mit jenem Tone, den er annahm, wenn er seiner Sache gewiß zu sein glaubte. Ja, um endlich jeden Verdacht zu entfernen, gab er die Versicherung, daß die Kaiserin noch diesen Winter Frieden schließen würde. Mit der Vorbedingung freilich nahm es letztere sehr ernstlich, und als ihr Prinz Heinrich einmal vorstellte, sie würde doch um eines einzigen Menschen willen das Glück Europas nicht aufhalten, da schien es ihm, als ob diese Bemerkung keineswegs nach ihrem Geschmacke gewesen wäre [2]).

Inzwischen wartete Friedrich ungeduldig auf die Erklärung des Petersburger Hofes inbezug auf das von der Pforte gestellte Verlangen; aber er freute sich keineswegs, als dieselbe bei ihm eintraf, und er sah, daß Katharina die Vermittelung weder ablehnte noch annahm und eine direkte Unterhandlung allem Anscheine nach vorzog. In seinem Ärger blieb er dabei, eine Verspottung in der Handlungsweise des russischen Hofes zu sehen [3]). Er schickte den Brief Katharinas und seine Antwort am 27. Oktober dem Grafen Finckenstein, da dieser aus

1) Duncker, S. 210.
2) Solms, 19. Oktober.
3) An den Prinzen Heinrich, 26. Oktober. Oeuvres XXVI, 330.

den beiden Schreiben am genauesten das Verhältnis der Höfe von Berlin und Petersburg erkennen würde.

Der Minister bedauerte hauptsächlich, daß man sich über die Friedensbedingungen nicht vertraulich geäußert hätte; jedoch er hoffte, durch eintretende Umstände würden die beiden Höfe noch in die Unterhandlung gezogen werden; denn eine preußisch-österreichische Garantie der Bestimmungen, die in Polen die Ruhe wiederherstellen sollten, hielt er für notwendig, damit Rußland nicht auf immer den Meister im Nachbarreiche spielen könnte [1]). Friedrich antwortete, wie wenn er sich wenig daraus machte, ob er Vermittler sei oder nicht. Er empfand es außerdem, obwohl es doch nicht so böse gemeint war, sehr übel, daß man ihm zumutete, Befehle des russischen Hofes, die er noch gar nicht kannte, durch Herrn v. Benoit unterstützen zu lassen, und er hütete sich nicht nur, diesen anzuweisen, sondern er bat auch seinen Bruder Heinrich, daß er dem Grafen Panin über ein solches Verfahren Vorhaltungen machen möchte; denn er wäre nicht gewohnt, seine Diener handeln zu lassen, ohne daß er wüßte, was man ihnen auftrüge. Übrigens war er der Überzeugung, wenn die Russen einen Fuß in Polen behalten wollten, so würde gewiß die Eifersucht der Österreicher sich vergrößern und früher oder später den Petersburger Hof nötigen, die Unruhen auf eine der polnischen Verfassung angemessene Weise zu beendigen. „Also bleiben wir mit untergeschlagenen Armen stehen", schloß er die eigenhändige Antwort an Finckenstein; „wir haben nichts hierbei zu fürchten, und der Haß des Wiener Hofes wird sich gewiß verdoppeln. Desto besser für uns." [2])

Auch in dem Schreiben, welches Friedrich an die Kaiserin abschickte, war der polnischen Angelegenheiten mit Kummer und Fürsorge gedacht. Der König sprach die Ansicht aus, daß es leichter sein würde mit den Türken Frieden zu schließen, als die Polen zu beruhigen; denn bei allem Unglück, welches jene

1) Finckensteins Antwort ist vom 28. Oktober. (Berl. Archiv.)
2) Beer II, 352 (wahrscheinlich vom 29. Oktober).

getroffen, leckten die Konföderierten wider den Stachel und wären nicht einmal unter sich über das einig, was sie wollten und nicht wollten [1]). Und wie Friedrich der Kaiserin die Beruhigung der Polen ans Herz legt, ebenso empfiehlt er diese Angelegenheit noch einmal am 30. Oktober seinem Bruder. „Das ganze Königreich“, schreibt er, „ist den Russen abgeneigt, und glaubt die Kaiserin dort Anhänger zu haben, so täuscht sie sich gewaltig.“ Friedrich wünscht nun, daß man den Polen solche Gesetze geben möchte, die sie auch zu halten gesonnen wären; denn man würde sonst alle Vierteljahre von neuem mit ihnen anfangen müssen. Dazu fügt der König eine andere Erwägung, die ihm noch wichtiger erscheint. „Der Wiener Hof“, schreibt er, „betrachtet die Dinge mit der größten Unzufriedenheit, und ich möchte keineswegs dafür stehen, daß den Österreichern nicht endlich die Geduld ausgeht, wenn die Russen nach dem Frieden ihre Truppen aus dem Königreiche nicht herausziehen. Was mich betrifft, der ich, soweit es von mir abhängt, den Frieden des Nordens so viel als möglich verlängern möchte, ich wünschte, daß man alles entfernte, was einem neuen Kriege Nahrung geben könnte, und daß Rußland einen für Polen erträglichen Pacifikationsplan aufstellte und ihn sowohl mir als dem Wiener Hofe mitteilte.“ Wenn diese Vorschläge billigen Anforderungen entsprächen, so wollte sich der König fast anheischig machen, daß er im Vereine mit Österreich die Polen zur Annahme derselben zwingen würde. „Das kann“, fuhr er fort, „einen festen Frieden bis zu einer neuen Regierung geben. Aber wenn die Kaiserin meinen Ratschlägen nicht folgen will, so wird früher oder später, fürcht' ich, dieses Feuer, das unter der Asche glimmt, einen ganz Europa ergreifenden Brand anfachen.“ [2])

Gerade inbezug auf Polen war man damals in Petersburg beschäftigt, einen Plan aufzusetzen, wie dieses Land beruhigt werden könnte. Auf Anordnung des Prinzen Heinrich hatte

1) Sbornik XX, 283.
2) Oeuvres XXVI, 332.

Solms einen solchen verfertigt. Panin erklärte sich in der Sache damit einverstanden, aber er wünschte denselben allgemeiner gehalten und machte deshalb einen neuen, den er dem preußischen Gesandten übergab. In einer Note wies er die Teilnahme des Wiener Hofes an diesen Unterhandlungen zurück, sonst aber beobachtete er in seinen Ausdrücken die größte Rücksicht gegen denselben. Er wünschte, der König möchte Österreich davon überzeugen, daß Rußland Recht und Billigkeit geübt und zugleich das Interesse aller Nachbarn der Republik gewahrt hätte; denn das Recht der Königswahl und das Liberum veto wären erst durch die Kaiserin auf dem Reichstage von 1768 unter die Grundgesetze der Polen gekommen. Panin wollte nun etwas in der Sache der Dissidenten nachgeben und zulassen, daß dieselben auf ihren Eintritt sowohl in den Senat als in das Ministerium verzichteten und die Zahl ihrer Landboten festsetzen ließen; dagegen sollten sie die Abschaffung jenes Gesetzes verlangen, welches auf den Übertritt zu ihrer Kirche Strafe setzte. Die Unterhandlung sollte nur zwischen den polnischen Katholiken und Dissidenten stattfinden und die Gesandten von Rußland und Preußen nicht öffentlich, sondern nur unter der Hand daran teilnehmen. Inbezug auf die Kommissionen, die 1764 eingesetzt worden waren, um die Macht der Großfeldherren und Schatzmeister zu beschränken, wollte die Kaiserin den Polen freie Hand gewähren, und nach Beendigung des Friedenswerkes war sie bereit, auch den Wiener Hof an der Garantie desselben teilnehmen zu lassen [1]).

Friedrich empfing diese Papiere mit aufrichtiger Freude. „Die Gesinnungen", schrieb er, „welche dieselben enthalten, machen der Kaiserin von Rußland die größte Ehre. Ich bewundere darin ihren Edelmut, ihre Gerechtigkeit und ihre Mäßigung, welche so zu sagen in jeder Zeile sich aussprechen." [2]) Der König wünschte sehnsüchtig die Beruhigung Polens, und er konnte jetzt hoffen, daß man dahin bald gelangen würde.

1) Solms, 3. November. Beer, Dokumente, S. 109. Der Plan steht ebend. S. 112.

2) Immediat an Solms, 14. November.

Jedoch Schwierigkeiten waren noch zu besiegen. Die unkatholischen Polen behaupteten von jeher, daß nur die Gesamtheit der Dissidenten über einen Verzicht auf gewisse politische Rechte zu entscheiden hätte. „Die Vornehmsten von ihnen werden sich aber“, meldete Solms am 24. November, „zu einem solchen Verzichte schwerlich bewegen lassen; denn wenn sie das schriftlich und feierlich thäten, so würden sie das Recht, welches sie besessen haben, für immer verlieren.“ Die Katholiken legten natürlich der Mehrheit der Dissidenten die Befugnis bei, zu entscheiden.

Im Dezember 1770 erhielt Wolkonsky den Plan, welchen Rußland an Friedrich II. geschickt hatte, und neue Verhaltungsbefehle. Die Mitteilungen, die er dann dem Könige von Polen machte, befriedigten sowohl diesen als auch die in Warschau anwesenden Großen, weil die Polen die Unterhandlungen mit den Dissidenten selbst führen und auch die Höfe von Berlin und Wien die Garantie übernehmen sollten. Nur auf die Entfernung der Czartorysky einzugehen, weigerte sich Stanislaus August entschieden [1]). Dann wurden die Hauptpunkte, wie Wolkonsky sie der freilich überaus winzigen patriotischen Partei mitgeteilt hatte, in die Provinzen geschickt; am Schlusse waren darin einerseits die damaligen Räte des Königs von dem Friedenswerk ausgeschlossen, anderseits diejenigen Konföderierten sichergestellt, welche sich ruhig in ihre Wohnungen zurückziehen oder als Abgeordnete nach Warschau kommen wollten, um sich mit der patriotischen Partei zu besprechen. Wolkonsky ließ überall vorstellen, daß es für die polnische Nation weit ehrenvoller wäre, von diesen günstigen Eröffnungen Nutzen zu ziehen und an den Unterhandlungen teilzunehmen, als wenn die Bestimmungen über sie an das Ende des bevorstehenden Friedensvertrages angehängt würden. Viele Große der Republik empfanden auch die Stärke dieses Grundes; der König Stanislaus August aber wollte sich durchaus von seinen Räten nicht trennen und schickte im Anfange des nächsten Jahres den

1) Benoit, 11. Dezember.

Grafen Branicki nach Petersburg, um in diesem Punkte womöglich eine Änderung herbeizuführen [1]).

Während sich so über Polen der Himmel ein wenig aufhellte, wollten die Wolken, die über der Türkei hingen, nicht weichen. Wir haben gehört, wie unzufrieden Friedrich der Große mit der russischen Note vom 10. Oktober war; jedoch noch weniger freute sich Kaunitz, als ihm Rohd am 6. November dieselbe mitteilte. Der Staatskanzler las sie ganz laut; bei den wichtigsten Stellen und bei denjenigen, die ihm nicht klar genug schienen, hielt er inne und überlegte. Sein Urteil war, es sei eine recht ausführliche Ablehnung der preußisch-österreichischen Vermittelung in sehr höflichen Ausdrücken, und er wünschte zu erfahren, was für Aufträge Zegelin jetzt empfangen würde [2]).

Inzwischen hatte sich der König von Preußen mit der unmittelbaren Unterhandlung zwischen Rußland und der Pforte ganz ausgesöhnt; ihm war die Hauptsache, daß der Friede zustande käme, und das schien ihm so jetzt am besten erreichbar [3]). Wie aber, wenn die Türken sich weigerten, den vorgeschlagenen Weg zu betreten? Und das war in der That der Fall, wie der König wenige Tage später, im Anfange des Dezember, erfuhr. Der Graf Rumänzoff hatte, gleich nachdem er den Auftrag aus Petersburg empfangen, einen Obersten mit einem Schreiben an den Großvezier gesendet, worin er in seinem eigenen Namen und in der Hoffnung auf die nachträgliche Zustimmung der Kaiserin zu erkennen gab: er zweifle nicht an der friedfertigen Gesinnung der Pforte, wenn sie sich nicht

1) Benoit, 15. u. 28. Dezember 1770; 2. Januar 1771.

2) Rohd, 7. November.

3) Immediat an Solms, 29. November. Er gesteht, daß anfänglich die Idee Rußlands, mit der Pforte direkt über den Frieden zu unterhandeln, nicht nach seinem Geschmacke war; er sah dabei zu viele Schwierigkeiten und war deshalb für eine Vermittelung. Bei reiferer Überlegung dagegen ist er davon zurückgekommen und hat, wie seine späteren Befehle beweisen, für den besten Weg zum Frieden gehalten „de stipuler un Congrès immediat“ gemäß der Absicht der Kaiserin. Vgl. Immediat an Rohd vom 28. November.

den völligen Untergang des türkischen Reiches in Europa zuziehen wolle, was er in dem nächsten Feldzuge bewerkstelligen zu können glaube; sie möge deshalb Obreskoff freilassen und einen Bevollmächtigten absenden; er werde dann es dahin bringen, daß auch ein russischer Unterhändler sich einfinde. Der Oberst wurde sehr gut aufgenommen und ihm eine Audienz wie einem Minister gewährt, und bei der Abreise bekam er nicht nur mehrere Geschenke, sondern auch zwei Kriegsgefangene mit [1]); doch wollte der Großvezier in einer so wichtigen Angelegenheit, wie billig, nicht selbst entscheiden, sondern erstattete darüber dem Sultan Bericht. In Konstantinopel fürchtete man aber die unmittelbare Unterhandlung und lehnte sie deshalb ab; man könne sie nicht annehmen, sagte man, nachdem man den Höfen von Berlin und Wien die Vermittelung angetragen habe und diese darauf eingegangen seien. In der Nacht vom 26. zum 27. Oktober ließ der Reis-Effendi die Gesandten von Preußen und Österreich rufen und teilte ihnen diesen Entschluß mit; sein Vorgänger Osman-Effendi, den um seiner friedlichen Gesinnungen willen Hamsa-Pascha beim Ausbruch des Krieges abgesetzt hatte, war ebenfalls gegenwärtig [2]).

Gerade zu der Zeit, wo die Türken an der Vermittelung festhielten und dadurch den Frieden ins Ungewisse hinausschoben, beschäftigte man sich in Petersburg mit der Frage, was in einem solchen Falle zu thun wäre. Die Kaiserin nahm den Prinzen Heinrich am 25. Oktober beiseite und fragte ihn, was wohl dann geschehen würde und ob er ihr riete, das Heer über den Rubikon, d. h. über die Donau, setzen zu lassen. Heinrich wies natürlich auf die Österreicher und Franzosen hin, welche das nicht leiden würden. „Man wird also Frieden schließen müssen", sagte sie lachend; „ich wünsche ihn, aber der Sultan ist ein wilder Mann, und die Hetzereien der Franzosen werden ihn hindern, vernünftig zu sein." Als Heinrich darauf bemerkte, daß Friedrich ihn vernünftig machen würde, wenn ihm Katharina

1) Solms, 6. November.
2) Zegelin, 3. November.

ihre Interessen anvertrauen wollte, da behauptete sie, daß man vor dem nächsten Januar nicht klar sehen würde [1]).

Die Kaiserin hatte noch keine Lust, auf ihrer Siegeslaufbahn inne zu halten, und sie trug sich mit ganz anderen Gedanken, nämlich wie sie die Höfe von Wien und Versailles trennen könnte. Vor ungefähr anderthalb Jahren hatte sie den Fürsten Kaunitz umsonst eingeladen, am Kampfe sowohl als am Gewinne teilzunehmen. Jetzt erwähnte Panin gegen den Prinzen Heinrich der Vorteile, die der Wiener Hof hätte erlangen können, wenn er mit Rußland in den Krieg gegen die Türkei eingetreten wäre; durch seine Leidenschaft für Frankreich hätte sich Kaunitz zu diesem Fehler hinreißen lassen. Der Prinz antwortete lakonisch; aber nachdem man ihm Zeit gelassen sich zu besinnen, kam Saldern am 30. Oktober zu ihm und fragte, ob nicht Graf Panin von den Vorteilen gesprochen, die Österreich hätte gewinnen können. Heinrich bejahte dies natürlich und äußerte sich dann in einer Weise, wie Katharina es unzweifelhaft wünschte.

Der Prinz bedauerte schon lange, daß sein Bruder an Rußland Hilfsgelder zahlte, ohne den geringsten Gewinn davon zu haben, und er hatte bereits vor einigen Monaten in einem Schreiben an Friedrich II. geäußert: für diese Leistungen müßte die Kaiserin dem König ein gutes Stück Polen abtreten. Es scheint fast, als ob der Prinz den sogenannten Plan des Grafen Lynar nicht kannte. Der König hatte zugegeben, daß Rußland ihn stark ausnützte, jedoch hinzugefügt: man müsse sich hüten, einmal eingegangene Verbindlichkeiten aus Ärger zu lösen; weder Rußland werde ihm einen Zuwachs gönnen, noch Österreich, und er von seinem Bündnis nichts haben, als die Garantie der fränkischen Fürstentümer, auf die er nicht sehr rechne [2]).

Der Prinz Heinrich hatte jene Ansichten noch vor den großen Siegen des russischen Heeres ausgesprochen. Jetzt mußten die Höfe von Petersburg und Wien Preußen noch weit mehr

1) Duncker, S. 211.
2) Ebd., S. 195.

aufsuchen, und da man ihm gleichsam entgegenkam, bemerkte der Prinz: wollte man sich mit politischen Träumereien unterhalten, so könnte man, wofern es unmöglich wäre den Frieden von den Türken zu erlangen, an die Errichtung einer Tripelallianz zwischen Preußen, Rußland und Österreich denken, durch welche für die drei Kronen gegenseitige Vorteile festgesetzt würden, deren sie teilhaftig werden sollten, wenn man die Türken zum Frieden gezwungen hätte. Saldern fragte, ob er diesen Gedanken dem Grafen Panin mitteilen dürfte; der Prinz mochte sich aber hierzu nicht verstehen. „Du bist also", schrieb er am 31. Oktober an den König, „in keiner Weise durch diese Unterredung ins Spiel gezogen, und wenn sich die Türken dieses Jahr nicht zum Frieden herbeilassen wollen, so ist es doch möglich, daß ich Dir einen Dienst leiste, wofern Du den Wiener Hof bestimmen kannst, die nämlichen Interessen wahrzunehmen und für die Deinigen thätig zu werden, wie ich es wünsche. Ich werde sie nun herankommen lassen und über dieses Kapitel kein Wort mehr sagen."

Heinrich brauchte nicht lange zu warten, sondern konnte schon in einer Nachschrift mehr melden. „Heut Abend sagte mir Panin bei Hofe", berichtete er, „es werde gut sein, für den Fall, daß die Türken sich nicht zum Frieden herbeilassen, Maßregeln zu treffen, um einen allgemeinen Brand zu verhüten; es werde sich um einen besonderen Vertrag handeln." Auch im November war wiederholt von der Tripelallianz die Rede; Panin nannte sie die schönste und glücklichste Idee, die man haben könnte; doch dachte man auch daran, welche Vorteile man dem Könige von Preußen gewähren könnte, wenn ein solches Bündnis nicht zustande käme und er allein in den Krieg einträte. Der Prinz glaubte, daß Rußland in deutsche Erwerbungen leicht einwilligen, zu polnischen dagegen schwer seine Zustimmung geben würde; von Österreich meinte er, daß es gegen die Pforte alles, was es verloren, und noch mehr erlangen würde, ja alles, was es wollte, sogar bis an die Thore von Konstantinopel [1]).

1) Duncker, S. 211. 212. 215—217.

Rußland lud also gesprächsweise durch den Prinzen Heinrich den König von Preußen ein, seine Forderungen zu stellen. Dieser ging aber keineswegs hierauf ein. „Ich hoffe", schrieb er am 11. November, „man wird den Rubikon nicht überschreiten. Wenn die Russen das thäten, würde es kein Mittel mehr geben, die Österreicher aufzuhalten, und Du kannst darauf rechnen, daß ein allgemeiner Krieg unfehlbar daraus hervorgehen würde. Die Türken wollen Obreskoff freilassen, sobald sie die Gewißheit haben, daß die Russen Frieden schließen werden." Und am 16. November schrieb er: „Ich bitte Dich, keinen Übergang über den Rubikon und keinen neuen Vertrag irgendwelcher Art; das ist ganz und gar nicht an der Zeit. Die Türken verlangen mit Ungestüm den Frieden; man muß ihn schließen, oder Rußland muß sich darauf gefaßt machen, daß es sich mutwillig in einen ganz neuen Krieg stürzt." Am 19ten will der König endlich erfahren, ob die Russen den Krieg fortzusetzen gedenken. Er fordert seinen Bruder auf, ihnen ins Gedächtnis zurückzurufen, daß seine Verpflichtungen nicht so weit gehen, und daß er sich, ohne seinen Ländern einen sicheren und augenscheinlichen Schaden zuzufügen und ohne den Verlust aller rheinischen Besitzungen zu wagen, in kein Unternehmen einlassen könnte, wo alle Gefahr auf seiner Seite wäre. „Du mußt ihnen vorstellen", fährt er fort, „daß gute Verbündete Rücksicht auf ihre gegenseitigen Interessen nehmen müssen und nicht verlangen dürfen, daß der eine Teil sich gänzlich für die des anderen opfert."

An diesen Vorsätzen hielt der König fest. „Was unsere Vermittelung anbetrifft", schrieb er am letzten November, „so entsag' ich ihr gern, wenn nur das Friedenswerk beschleunigt wird." Er hält es für unmöglich, die Österreicher von den Franzosen loszumachen, die jenen in Italien den Rücken und in Flandern die linke Seite decken und ihnen die Möglichkeit gewähren, ihre ganzen Streitkräfte nach Belieben gegen Preußen zu gebrauchen. „Unter diesen Umständen", fährt der König fort, „wird man Kaunitz niemals dahin bringen, mit Frankreichs Verbündeten, den Türken, zu brechen und den Kuchen

mit den Russen zu teilen. Man muß nicht einmal daran denken, sondern sich vielmehr erinnern, daß die Kaiserin den Krieg nicht fortsetzen kann, ohne den Rubikon zu überschreiten, und das hieße einen Brand anzünden, von dem Gott allein weiß, was er für ein Ende nehmen würde. Ich komme daher auf meine Meinung zurück: Friede, Friede, so schnell als möglich, indem man den Türken nicht unerträgliche und zu demütigende Bedingungen vorschlägt. Ich bin überzeugt, die Kaiserin wird dahin gelangen; die Einflüsterungen der Franzosen verlieren bei der verzweifelten Lage, worin die Türken sich befinden, ihre ganze Kraft. Die letzteren werden sicher Frieden schließen, und zwar gern." [1])

Gerade zu dieser Zeit gelangte die Antwort des Großveziers auf das Schreiben des Grafen Rumänzoff nach Petersburg, und Panin hatte nun keinen Vorwand mehr, die Friedensbedingungen, welche der König so ungeduldig zu sehen wünschte, demselben noch länger vorzuenthalten. Am 6. Dezember wurden im Staatsrate die letzten Beschlüsse gefaßt, und eine Woche später las Panin das Aktenstück dem Prinzen vor und ließ es auch den preußischen Gesandten sehen. „Es sollte mir heute übergeben werden", meldete Solms am 14ten, „da kam die Nachricht, daß man sich der Stadt Bucharest bemächtigt hätte und ein Korps Jäger über die Donau gegangen wäre. Nun denkt man, besonders Orloff, die Türken werden ins russische Lager kommen und um Frieden bitten."

So entstand eine neue Zögerung, während der König von Preußen fortfuhr zu drängen. „Die Türken", schrieb er am 13. Dezember, „können nicht mehr thun, als den Frieden anbieten. Wenn es zum allgemeinen Kriege kommt, muß ich die ganze Last tragen. Ich befände mich beim Frieden im günstigsten Fall im Besitze meiner gegenwärtigen Länder, aber die Provinzen und die Armee wären zu Grunde gerichtet und das Geld des Staates im Dienste Rußlands ausgegeben, was mir dann ein schönes Kompliment und einen Marderpelz ein-

1) Oeuvres XXVI, 333 sqq.

tragen würde. Das ist es, was ich voraussehe, und darum bin ich so lau, mich in stürmischer Zeit einzuschiffen." Friedrich fürchtete, daß man absichtlich zögerte, um den Frühling herankommen zu lassen und dann zu erklären, daß man nicht umhin könnte den Krieg fortzusetzen. Er dachte mit Schmerzen an die Hilfsgelder, die er in diesem Falle noch weiter zahlen müßte, weggeworfene Summen, wie er meinte. „Man wird mich melken wie eine Kuh", schrieb er am 16. Dezember an seinen Bruder, „und Dir den Schnabel so lange wie möglich ins Wasser halten", d. h. keine entscheidende Antwort erteilen [1]).

Prinz Heinrich und der Graf Solms bemühten sich auf jede Weise, der Kaiserin den Mund zu öffnen, indem sie von den brieflichen Äußerungen des Königs fortwährend Gebrauch machten. Auch die Depesche Zegelins vom 3. November, worin von der Unterhandlung zwischen Rumänzoff und dem Großvezier Meldung geschah, gaben sie dem Grafen Panin. Dieser ging damit am 19. Dezember zur Kaiserin und bewog sie, sich zu erklären. Am Abend sagte sie zum Grafen Solms: „Die Depesche aus Konstantinopel zeigt nicht, daß die Pforte sehr friedfertig ist; aber ich habe mich nun entschieden und werde morgen oder übermorgen meinen Brief an den König schicken." Am 20sten ward in ihrer Gegenwart noch eine Beratung gehalten, und am 21sten nachmittags brachte Panin dem Prinzen Heinrich das Schreiben Katharinas und die Friedensvorschläge [2]). Die Kaiserin teilte jetzt endlich ihrem besten Freund und treuesten Verbündeten, wie sie Friedrich II. nennt, ihre geheimsten Gedanken mit; doch sollten die Bedingungen in der gegebenen Form weder an die Pforte, noch an den Wiener Hof gelangen, an letzteren wenigstens nicht sogleich, indem ihm Katharina wegen seiner engen Verbindung mit Frankreich nicht traute und zunächst das für genügend hielt, was sie bereits in der Note vom 10. Oktober gesagt. Auf der anderen Seite freilich wollte sie auch eine zu große Zurück-

1) Oeuvres XXVI, 342—343.
2) Beides steht bei Goertz, p. 107—128. Solms, 22. Dezember.

haltung gegen den Wiener Hof vermeiden; denn sie wünschte denselben von Frankreich abzuziehen und einen Bund mit ihm und Preußen zu errichten. „Dadurch", schrieb sie, „würde Deutschland seinem natürlichen Zustande zurückgegeben und das Haus Österreich durch andere Aussichten von seinen Plänen auf preußische Besitzungen abgelenkt werden."

Katharina hielt an ihrer Vorbedingung unerschütterlich fest und verlangte, daß Obreskoff in Freiheit käme; dann war sie bereit, nach irgendeinem Ort in der Moldau oder in Polen Bevollmächtigte zu schicken. In Konstantinopel wollte sie die Unterhandlung auf keinen Fall stattfinden lassen. Die Bedingungen, welche sie stellte, waren folgende. Sie verlangte die große und kleine Kabardei, Asoff mit seinem Gebiet, und die Unabhängigkeit der Tataren; ferner sollten einige Stücke, welche die Türken früher von Georgien losgerissen und die Russen jetzt erobert hatten, dem Fürsten dieses Landes zurückgegeben und außerdem den Christen, welche für Katharina zu den Waffen gegriffen, Straflosigkeit zugesichert werden. Für die 25 Millionen Rubel Kriegskosten forderte die Kaiserin die Verwaltung der Moldau und Walachei auf 25 Jahre so, daß die Höfe von Berlin und Wien für die Rückgabe nach Ablauf dieser Frist einständen; sollte das aber nicht zugelassen werden, so wollte sie sich damit begnügen, daß die beiden Länder für unabhängig erklärt würden und Österreich und Preußen die Gewähr übernähmen. Endlich verlangte die Kaiserin freien Handel und freie Schiffahrt auf dem Schwarzen Meere für ihre Unterthanen und den Besitz einer Insel im Archipelagus, wo die Russen ihre Magazine anlegen könnten [1]).

Prinz Heinrich suchte von Panin zu erfahren, wie die Kaiserin den Wiener Hof für Rußlands Interesse zu gewinnen gedächte. Als er gegen die Abtretung der Moldau und Walachei bemerkte, daß Österreich dieselbe für nachteilig halten würde, da entgegnete Panin: „Dann wird man diese Länder

1) Sbornik XX, 284.

unabhängig machen", und auf die Frage, wem sie in diesem Falle gehören sollten, erwiderte er: „Das ist der Kaiserin gleich, wenn nur die Türken sie nicht besitzen." „Aber wenn Österreich sie verlangt?" fragte der Prinz. „Warum nicht", war die Antwort, „wenn es einen geraden Weg geht und mit uns und Preußen Freund sein will?" [1])

Am 22. Dezember reiste der Eilbote mit den außerordentlich wichtigen Papieren nach Berlin, wo er im Anfange des neuen Jahres eintraf, aber keine Freude bereitete. „Mir sind Hörner gewachsen", schrieb Friedrich am 3. Januar 1771 seinem Bruder, „als ich die russischen Friedensbedingungen empfing. Weder den Türken noch den Österreichern kann ich dieselben jemals vorlegen." Der König war in der That sehr ärgerlich, wie die Wiederholungen deutlich zeigen, die in dem Briefe sich finden [2]). Er nannte das Schriftstück insofern eine Kriegserklärung, als die Österreicher, wenn sie diese Bedingungen erführen, unzweifelhaft in den Kampf gegen die Russen eintreten würden.

Am 3. Januar lief eine Depesche Zegelins ein. Der König hatte natürlich der Pforte mitteilen lassen, was der Petersburger Hof inbezug auf die von ihr angerufene Vermittelung geantwortet; in der Nacht vom 1. zum 2. Dezember hatten darauf der Reis-Effendi und Osman-Effendi dem österreichischen und preußischen Gesandten eine Erklärung übergeben, worin die Pforte wiederum eine besondere Unterhandlung mit dem Petersburger Hofe verwarf. „Die Russen haben uns in ganz Europa", sagten die türkischen Großen bei dieser Gelegenheit, „für stolz und hochmütig ausgeschrieen, und nicht mit Unrecht; aber wir sind dafür bestraft worden, und nun kann man die Russen mit Grund eines Hochmuts beschuldigen, da sie, von ihren Vorteilen aufgeblasen, sich nicht scheuen, die Vermittelung von zwei der größten europäischen Mächte unter sehr nichtigen Vorwänden abzulehnen." Ehe

1) Duncker, S. 220.
2) Oeuvres XXVI, 344.

Zegelin die Depesche fortschickte, ließen die beiden Effendi noch sagen: sie würden wohl den Sultan überreden können, den Herrn v. Obreskoff auf freien Fuß zu setzen, aber ihre Köpfe dabei wagen, wenn Rußland alsdann diese Vermittelung nicht annähme; Zegelin sollte nur die Unwissenheit des größten Teiles ihrer Ulemas in Betracht ziehen.

Friedrich antwortete noch am 3. Januar; Zegelin erhielt den Auftrag, der Pforte zu melden: der König wende alles an, um Rußland zum Frieden zu bewegen, es sei aber sehr ratsam, und die Klugheit erfordere es, daß die Türkei sich in einen solchen Zustand setze, um, wenn die Unterhandlungen sich zerschlügen, ein wohlversehenes Heer zu haben und nicht wehrlos zu sein [1]).

Auch gegen den neuen österreichischen Gesandten, den Freiherrn van Swieten, sprach der König ohne Rückhalt sich aus. Er hatte demselben bereits am 30. Dezember eine Audienz gewährt, die über eine Stunde dauerte. Im ganzen glich dieses Gespräch den Unterredungen, welche der König mit Kaunitz in Neustadt gehabt hatte. Friedrich wollte besonders erfahren, welche Friedensbedingungen etwa der Wiener Hof sich gefallen lassen würde; jedoch darüber schwieg van Swieten und kam mit der Sprache nur über einen Punkt heraus, nämlich über die Unabhängigkeit der Tataren. Er nannte dieselbe ganz richtig ein bloßes Wort und meinte: „Jenes Land, das von einem kriegerischen Volke bewohnt und mit Häfen am Schwarzen Meere versehen ist, wird früher oder später eine Provinz des russischen Reiches werden und ihm einen sehr beträchtlichen Zuwachs an Macht geben.“ [2])

Als einige Tage nachher die Bedingungen aus Petersburg eingetroffen waren, ließ Friedrich den Freiherrn van Swieten rufen, um ihm mitzuteilen, daß man sie ihm endlich geschickt hätte. „Sie sind übertrieben, unerträglich“, eiferte der König,

1) Zegelin, 3. Dezember 1770. Mediatdepesche, 3. Januar 1771. Die Erklärung der Pforte steht bei Hammer VIII, 565 ff.

2) Beer, Friedrich II. und van Swieten, S. 1—7.

„und man will sie noch als Beweise von Uneigennützigkeit und Mäßigung gelten lassen!" Er gestand, daß er gehofft hätte, die Russen vernünftiger zu finden. Er wollte jetzt in einem anderen Tone mit ihnen reden. „Die Sprache", fuhr er fort, „welche sie heute führen, ist mir ganz neu; diese Leute sind trunken von ihren Erfolgen." Er begann einmal, als ob er die anstößigsten Bedingungen nennen wollte: die Unabhängigkeit der Tataren, die Insel im Archipel und die Abtretung der Moldau und Walachei an Rußland auf 25 Jahre. „Es giebt drei Artikel", sprach er; doch besann er sich und fuhr fort: „Ich kann sie Euch nicht zeigen. Ihr würdet nur mit einer Kriegserklärung darauf antworten, und man weiß nicht, wohin das noch führt. Denn wenn auch nicht mehr jenes Mißtrauen, jener Widerwille, jener Abscheu zwischen uns besteht wie ehedem, so würdet Ihr doch über mich unruhig sein." Der König fürchtete, noch in einen Krieg mit Österreich auf diese Weise zu geraten, sprach das aber nicht aus, sondern wollte hier von dem Gesandten etwas hören. Dieser wiederum getraute sich nicht auf eine so bedenkliche Äußerung etwas zu entgegnen, teils um sich in nichts Verfängliches einzulassen, teils auch, um abzuwarten, ob der König noch mehr verraten würde. Friedrich aber machte nur seinem Unwillen gegen die Russen weiter Luft. „Ich glaube", sprach er unter anderem, „ihre Absichten entdeckt zu haben; sie zeigen sich jetzt inbezug auf Polen sehr nachgiebig, weil sie Lust haben, ihren Handstreich auf der entgegengesetzten Seite zu machen, und dann bei der nächsten Wahl oder bei einer anderen Gelegenheit, welche sie herbeiführen, werden sie ernstlich auf Polen zurückkommen."

Um den König darin noch mehr zu bestärken und ihm zu zeigen, daß auch ihn die Reihe treffen könnte, teilte Swieten ihm mit, wie Rußland im letzten Kriege sich Ostpreußen anzueignen gesucht hätte. Der Umstand war dem König unbekannt geblieben, und die Nachricht machte großen Eindruck auf ihn. Er kam dann wieder darauf zurück, daß er starke Gegenvorstellungen in Petersburg erheben würde; wenn sie

fruchtlos blieben, wollte er von der Vermittelung abstehen und sich in nichts mehr mischen [1]).

Der König hielt Wort. Sein Schreiben an die Kaiserin von Rußland vom 4. Januar 1771 war sehr freundschaftlich und rücksichtsvoll, aber auch zugleich sehr freimütig abgefaßt, und was etwa hier nicht gesagt werden konnte, stand in einer beiliegenden Denkschrift. In derselben wurde zunächst auf die Erklärung hingewiesen, welche der König eben aus Konstantinopel erhalten, und behauptet, daß der Großherr, bevor er solche Bedingungen einginge, lieber den Österreichern zurückgeben würde, was sie im Frieden von Belgrad hatten abtreten müssen, um ihren Beistand zu erhalten.

Die Denkschrift urteilte hier gewiß richtig; denn bereits war eine Depesche von Zegelin unterwegs, worin dieser schon inbezug auf die Unabhängigkeit der Tataren meinte: der Sultan würde lieber alles wagen, als durch Schließung eines so schlechten Friedens in die Gefahr sich begeben, täglich abgesetzt zu werden. Und was die von Rußland nicht angenommene Vermittelung betrifft, so hatte der Reis-Effendi die Hand an seinen Bart gelegt und gesagt: „Ich schwöre bei dem allmächtigen Gott, so lange noch ein Muselmann den Säbel in der Hand führen kann, wollen wir uns mit Rußland in keine besondere Unterhandlung einlassen, sondern an der letzten Erklärung wie an einer eisernen Säule festhalten. Der Sultan hat es am 8. Oktober feierlich in einem großen Divan ausgesprochen, er werde lieber zehn Jahre lang Krieg führen als ohne die Vermittelung von Preußen und Österreich in eine Unterhandlung mit Rußland sich einlassen." Osman-Effendi stimmte dieser Rede bei. Zegelin bemerkte noch ausdrücklich in seiner Depesche, daß die Türken einen solchen Eid, bei welchem sie mit der Hand ihren Bart berühren, niemals leichtsinnig zu thun pflegen [2]).

Der König von Preußen erklärte weiter, daß er auch den

1) Beer, Friedrich II. und van Swieten, S. 7—9.

2) Zegelin, 17. Dezember 1770, präs. 19. Januar 1771.

Österreichern die Bedingungen nicht mitteilen könnte, da letztere nun einmal das Gleichgewicht im Oriente bewahren wollten und froh wären, wie er von dem Gesandten des Wiener Hofes eben erfahren, daß sie auf der Seite von Ungarn einen so schwachen Staat wie den türkischen zum Nachbar hätten. Sie würden sich durch die blendendsten Anerbietungen zu keiner Meinungsänderung bewegen lassen und höchstens dahin gebracht werden, gemeinschaftliche Sache mit den Franzosen zugunsten der Pforte zu machen.

Als erreichbare Bedingungen bezeichnete Friedrich die beiden Kabardeien, Asoff mit seinem Gebiet und die freie Schiffahrt auf dem Schwarzen Meer, und er erklärte sich bereit, wenn der russische Hof damit einverstanden wäre, die ersten Friedenseröffnungen zu machen; sonst aber wollte er lieber die Vermittelung aufgeben, als teil an einer Unterhandlung nehmen, die keinen guten Ausgang verspreche, den Kampf nur verlängere und außerdem einen neuen, Europa noch mehr beunruhigenden Krieg herbeiführen werde [1]. Die beiden Schriftstücke wurden mit einem Eilboten nach Petersburg befördert.

An seinen Bruder Heinrich schrieb der König am 5. Januar noch einen zweiten Brief. „Die Sache wird sehr ernsthaft", schloß er; „werden die Artikel über die Moldau und Walachei, die Krim und die Insel im Archipel nicht so gut wie ganz gestrichen, so ist der Krieg unvermeidlich. Ich werde nicht mit den Österreichern kämpfen, um alle diese Erwerbungen den Russen zu verschaffen. Ich halte mich an mein Bündnis, das auf Polen sich bezieht. Ich gehe keinen Schritt weiter. Sie werden das übel nehmen; aber ich kann und darf die Interessen meines Staates nicht aus feiger Nachgiebigkeit opfern."

Noch mehr sprach Friedrich einige Tage später in dieser Richtung sich aus. „Siehst Du nicht", schrieb er seinem Bruder am 11. Januar, „daß die Russen sich jetzt den Rücken

1) Sbornik XX, 288—295; die Denkschrift steht auch bei Goertz, p. 129 sqq., aber mit falschem Datum.

frei machen wollen, um bei der ersten Gelegenheit über Polen nach ihrem Belieben zu verfügen? Ich würde den unverzeihlichen Fehler begehen, selbst meine Ketten mir zu schmieden, und nur die Wohlthat des Polyphem genießen, zuletzt verspeist zu werden. Sie wollen den Krieg, sonst hätten sie nicht die Walachei, die Freiheit der Tataren, die Insel gefordert. Ich werde nicht sklavisch für ihre Vergrößerung arbeiten, ohne daß etwas zu meinen Gunsten ausgemacht wird. Ich halte mich an das, was ich der Kaiserin geschrieben, und ziehe mich, wenn es keinen Eindruck macht, vom Spiele zurück. Du wirst gut thun, an Deine Rückreise zu denken." [1])

Während so Friedrich in ganz unbestimmter Weise von einer Erwerbung sprach, dehnte der Wiener Hof seine Grenzen unerwartet und eigenmächtig aus und gab dadurch der Kaiserin von Rußland eine gute Gelegenheit zu Eröffnungen, welche die erste Teilung Polens herbeigeführt haben.

Drittes Kapitel.

Vom Ursprunge der ersten polnischen Teilung.

Jedermann weiß von dem kleinen Schneeball, welcher den Anfang einer Lawine bildet. Auch in der Geschichte giebt es Ereignisse, die an und für sich unbedeutend sind, aber schwere Folgen nach sich ziehen, freilich nur durch eine besondere Verflechtung der Dinge. So verhält es sich z. B. mit der Besetzung der Zips durch die Österreicher. Vor Jahrhunderten hatte dieses Gebiet zu Ungarn gehört, war aber im Jahre

1) Duncker, S. 222. 223.

1412 für eine bestimmte Geldsumme an Polen verpfändet worden und seitdem bei der Republik geblieben. Verletzungen der Grenze durch Konföderierte gaben im Jahre 1769 Anlaß, daß die dreizehn Städte der Zips in die Grenzkette mit eingeschlossen und Pfähle, die den kaiserlichen Adler trugen, eingeschlagen wurden, damit weder die Konföderierten noch die Russen darüber hinausschritten. General Almaggi empfing Befehl, in zwei bis drei Städte der Zips, über welche die Ungarn die Landeshoheit zu haben behaupteten, Besatzungen einzulegen [1]).

Höchst wahrscheinlich war es dieser Schritt des Wiener Hofes, welcher den König von Preußen bewog, einige Monate später das Gebiet von Elbing besetzen zu lassen. Er schrieb dem Grafen Solms, es hätten Konföderierte dort einrücken wollen, und die Regimenter, die er deshalb hingesendet, sollten den Polen verwehren, das zu thun oder das Bistum Ermeland zu betreten, welches letztere gar zu sehr von seinen Besitzungen umgeben läge, als daß er die Konföderierten dürfte sich daselbst einnisten lassen. Panin, der es niemals gern sah, wenn Friedrich einen Schritt aus eigenem Antrieb in Polen that, wunderte sich über diesen Einmarsch, da doch alle Konföderationen dort zersprengt wären. Ihm zwar, behauptete er, könne das lieb sein; aber er wisse nicht, wie Österreich den Schritt ansehen und ob es nicht Lust haben werde, sich an den polnischen Angelegenheiten zu beteiligen, was die Verlegenheit für Rußland nur vermehren müsse. Solms antwortete mit dem, was er vom Könige gehört, und wies zugleich auf die große Klugheit und Friedensliebe seines Gebieters hin. Jedoch damit war letzterer keineswegs zufrieden, sondern er warf dem Gesandten vor, in der vaterländischen Geschichte sehr wenig bewandert zu sein und nicht zu wissen, daß die Hohenzollern auf das Gebiet von Elbing mit Ausnahme der Stadt eine sehr alte Hypothek besäßen. Und was Panin gesagt hatte, gab dem Könige zu denken. „Ich hab' es nicht gern“, schrieb er

1) Rohd, 19. u. 22. April; 10. Mai 1769.

eigenhändig, „wenn meine Verbündeten zur Unzeit verstimmt werden." [1])

Die beiden Besetzungen würden ohne Folgen geblieben sein, wenn Österreich innegehalten hätte. Doch zum erstenmal machte sich die eigentümliche Richtung des Kaisers geltend, welcher nie genug Land hat erraffen können. Aus älteren Urkunden wollte man die Überzeugung geschöpft haben, daß die Grenzen zwischen dem Zipser Bezirk und Polen ehedem andere gewesen wären, und so befahl denn am 19. Juli 1770 Maria Theresia, die Grenzpfähle mit den kaiserlichen Adlern weiter vorzurücken und das eingeschlossene Gebiet als zur Krone Ungarn gehörig anzusehen [2]).

Einige Tage später gelangte nach Warschau die Kunde, daß österreichische Soldaten die Starosteien Neumarkt oder Nowitarg und Czorstyn besetzten. Der polnische Großkanzler bat am 28. Juli den Fürsten Kaunitz um Aufschluß; aber erst nach einer neuen Mahnung antwortete dieser am 20. September: die Kaiserin-Königin lasse die wahren Grenzen ihrer Länder durch die Pfähle mit dem kaiserlichen Adler bezeichnen, die Arbeit habe im vorigen Jahr angefangen und werde in diesem fortgesetzt; aber da die Kaiserin-Königin weit davon entfernt sei, fremdes Gut sich aneignen zu wollen, so erkläre sie sich bereit, die Frage mit dem König und der Republik Polen freundschaftlich zu erörtern und den Beweisstücken, welche dieselben vorbringen werden, allen Wert beizumessen, den sie haben mögen. Letztere Forderung stammt aus der verkehrten Welt. Besonders merkwürdig ist aber hierbei, daß die Antwort gar nicht in Warschau einlief, und die Minister sich später eine Abschrift durch den Nuntius in Wien verschaffen mußten. Außerdem erfuhren sie durch einen Brief, welchen die Wielopolski zeigten, daß der Mann, dem der Wiener Hof die Regierung der besetzten Starosteien vorläufig übertragen

1) Immediat an Solms, 15. Oktober und 19. November; Solms, 3. November.

2) Arneth VIII, 587.

hatte, Török, sich als Verwalter eines wiedergewonnenen Gebietes bezeichnete [1]).

Das Verfahren erinnert an die Reunionen Ludwigs XIV. Man glaubte nicht einmal an sein Recht. Mit großem Bedauern sprach der Staatskanzler gegen die Kaiserin die Befürchtung aus, daß nach dem, was ihm von allen Seiten über den Wert der österreichischen Beweisstücke zu Ohren käme, diejenigen nur zu sehr recht hätten, welche diese Besitznahme als eine Eroberung bezeichneten. Maria Theresia machte dazu die Randbemerkung: „Ich habe von unserem Recht eine sehr geringe Meinung." [2]) Wie ganz anders hatte sie sich am 19. Juli in den Handschreiben an Kaunitz und Lasch ausgesprochen! Aber wir werden noch weiter finden, daß sie eine schwache Frau geworden war.

Auch diesmal ahmte Friedrich das Beispiel des Wiener Hofes nach, indem er wegen der Pest, wie er sagte, seine Grenzkette verstärkte und bis nach Marienwerder ausdehnte, um eine Verbindung mit der Provinz Preußen zu gewinnen. Der Großkanzler erhob auch hiergegen Einsprache [3]).

Während der Wiener Hof ganz unerwartet in Polen Land entdeckte, welches eigentlich ihm zukäme, suchte Kaunitz eine Vergrößerung auf dem Grund und Boden der Republik auch für den König von Preußen aus. Ließe sich dieser bereit finden, im Verein mit den Österreichern die Russen aus Polen zu jagen, so sollten ihm Kurland und Semgallen als polnisches Lehen zufallen. Es ist fast unglaublich, wie ein in ganz Europa angesehener Staatsmann einen so thörichten Gedanken nicht nur fassen, sondern ihn auch niederschreiben und seiner Kaiserin vorlegen konnte. Der Staatskanzler wußte auch sehr

1) Benoit, 12. Januar 1771 und 1. Dezember 1770. Ende Januar schickte Maria Theresia ein Duplikat. (Beer, Dokumente, S. 87.)

2) Arneth VIII, 588. Am 18. April 1771 erklärte Kaunitz: „Die Ansprüche auf die Grenzdistrikte von Sandec, Nowitarg und Czorsztyn sind wenigstens noch dermalen sehr illiquid und großenteils unerwiesen." Ebd., S. 589.

3) Immediat an Solms, 18. September.

wohl, daß die Erwerbung des polnischen Preußens mit Ermeland dem Könige viel willkommener sein würde; jedoch er meinte, einen so beträchtlichen Zuwachs dürfte der Wiener Hof ohne gleichmäßige Vergrößerung der eigenen Macht unmöglich selbst herbeiführen, wobei Polen noch das unverschuldete und ungerechte Opfer abgeben würde.

Wenn aber Preußen einen Gewinn machte, so hielt es der Staatskanzler für gerecht, daß Österreich auch einige Vorteile davontrüge, nämlich die Landstriche, die es erst vor kurzem von Siebenbürgen aus nach der Moldau hin und von Ungarn aus gegen Polen mit seinen Truppen besetzt hätte; ferner wäre die Einlösung der dreizehn Städte der Zips ihm sicherzustellen und vielleicht auch noch die Abtretung der kleinen Walachei von der Pforte zu erwirken [1]). Der Staatskanzler betrachtete, wie es scheint, die Republik nicht als unverschuldetes und ungerechtes Opfer, wenn sie Land an Österreich abtrat; er sorgte vielmehr dafür, daß dieses Gebiet immer noch größer würde. Die archivalischen Forschungen müssen doch ergiebig gewesen sein; denn um die Mitte des Dezember kamen aus Lemberg und den an die Karpathen stoßenden Gegenden Briefe nach Warschau, welche meldeten, daß der Bezirk Sandec der Kaiserin-Königin förmlich unterworfen worden wäre. Die Polen beunruhigten sich und wünschten, daß Rußland und Preußen die Garantie von 1763 erneuern möchten. Dadurch würde der Wiener Hof in der That gezwungen worden sein, den Raub wieder herauszugeben [2]).

Die Grenzpfähle mit den kaiserlichen Adlern waren natürlich sogleich vorgeschoben worden. Das sollten nun die wahren Grenzen zwischen Polen und Ungarn sein, ein Gebiet, abgesehen von der Zips, 20 Meilen lang und an manchen Stellen 4 Meilen breit mit 9 Städten und 97 Dörfern. So wenigstens berichtete Rohd am 22. Dezember an den König. „Man

1) Arneth VIII, 247. 248.

2) Benoit und Rohd, 19. Dezember 1770. Benoit und Wolkonsky hielten dagegen fest an ihrem früher erwähnten Plane.

gedenkt am gehörigen Ort und zu gehöriger Zeit sein Verfahren zu rechtfertigen", meldete der preußische Gesandte weiter; „aber es wäre jetzt unnütz, es zu thun, weil man bei der gegenwärtigen Anarchie nicht wüßte, an wen man sich zu wenden hätte." Rohd fand die Entschuldigung sehr schwach, indem jede Nachbarmacht so sprechen könnte, und er wollte daher an die Sache noch nicht recht glauben, es müßte denn Österreich die Höfe von Berlin und Petersburg zuvor benachrichtigt haben oder in seinem Stolze der Meinung sein, daß es sich nur bücken und nehmen dürfte. Als Rohd mit dem russischen Gesandten von dieser Gelegenheit sprach, erwiderte dieser: er hätte schon nachhause berichtet, wo man allem Anscheine nach dagegen nicht unempfindlich sein würde.

Letzteres war in der That der Fall. „Seit ungefähr acht Tagen", meldete Solms am 8. Januar 1771 aus Petersburg, „spricht man hier viel davon, daß die Kaiserin-Königin sich des Bezirkes Sandec bemächtigt hat und ihn in öffentlichen Bekanntmachungen, welche sie verbreiten läßt, als einen alten zum Königreich Ungarn gehörigen Besitz bezeichnet. Was man darüber spricht, ist Folgendes: „Wenn Österreich das Beispiel giebt, Polen zu zergliedern, so würden Preußen und Rußland unrecht thun, wenn sie es nicht ebenso machten; im Berliner Archive würde man leicht Ansprüche auf Ermeland und im Petersburger auf das polnische Livland finden." Schon das ist merkwürdig; wir begegnen hier wahrscheinlich dem Plane, welchen Panin bereits am Ende des Jahres 1763 gemacht hatte für den Fall, daß die Österreicher Rußland um der polnischen Angelegenheiten willen angreifen sollten. Aber Solms hörte sogar Grenzen nennen, wie der Petersburger Hof sie später wirklich vorgeschlagen hat, und diejenigen, die ihre Wünsche so weit ausdehnten, meinten: das würde doch noch eine Erwerbung sein, die man eine Vergütigung für sechs Jahre Krieges in Polen und mit den Türken nennen könnte, und man würde zugleich einem guten Verbündeten für die Kosten und Ausgaben, die er infolge dieses Bündnisses gehabt, eine Entschädigung verschaffen, ohne daß der König von Polen

dadurch an Macht und Ansehen einbüßte. Darüber, ob im letzteren Falle der Anteil Preußens auch vergrößert werden sollte, vernehmen wir nichts. Dem Grafen Solms erschienen die Umstände sehr günstig für die drei Höfe, um nach gegenseitigem Übereinkommen friedliche Erwerbungen zu machen, ohne daß andere Staaten imstande wären, sie daran zu hindern.

Auch Prinz Heinrich konnte von dieser Stimmung berichten. Er hatte am 24. Dezember des abgelaufenen Jahres auf Anraten Katharinas einen Ausflug nach Moskau unternommen. Der General Bibikoff, der ihn dahin begleitete, sprach unterwegs mit ihm nicht nur von den Vorteilen, welche der Wiener Hof beim Frieden erlangen könnte, sondern er fand es auch billig, daß Preußen ebenfalls bedacht würde. Als der Prinz nach seiner Zurückkunft abends wieder bei der Kaiserin war, kam sie auf die österreichische Besitzergreifung in Polen zu sprechen und fügte dann hinzu: „Aber warum sollte nicht jedermann nehmen?" Als Heinrich antwortete, sein Bruder hätte zwar eine Grenzkette dort gezogen, aber sich keiner Starosteien bemächtigt, entgegnete sie mit Lachen: „Aber warum soll man das nicht thun?" Von solchem Munde gesprochen waren die Worte von der größten Bedeutung; aber damit der Prinz desto besser sähe, daß der Ernst hinter dem Scherze stände, trat einige Augenblicke später der General Graf Czernicheff an ihn heran, brachte das Gespräch auf den nämlichen Gegenstand und setzte dann hinzu: „Aber warum soll man sich nicht des Bistums Ermeland bemächtigen? Denn nach alledem muß jeder etwas haben." [1]) In Warschau war von diesen Dingen zwischen dem preußischen und russischen Gesandten gleichfalls die Rede. Wolkonsky wünschte sehr, daß der Wiener Hof sein Unternehmen ausführen und Friedrich und Katharina übereinkommen möchten, für ein weit beträchtlicheres Gebiet, das der Mühe sich lohnte, das Beispiel nachzuahmen [2]).

Nur ein russischer Staatsmann redete, so viel wir unter-

1) Heinrich an Friedrich, 8. Januar 1771. (Oeuvres XXVI, 345.)
2) Benoit, 12. Januar 1771.

richtet sind, gegen eine solche Zergliederung Polens, nämlich Panin, obwohl er sich doch am 29. Dezember 1763 und im Oktober 1766 den bewaffneten Beistand Preußens durch ein Stück polnischen Landes hatte verschaffen wollen. Mit dem Prinzen Heinrich sprach er gar nicht von Ermeland, und gegen den Grafen Solms äußerte er sich sogar dahin: Preußen und Rußland müßten lieber Österreich an seinem Vorgehen zu hindern suchen, als daß sie seinem Beispiele folgten; er selbst würde seiner Gebieterin niemals den Rat geben, sich eines fremden Besitzes zu bemächtigen. Panin bat den preußischen Gesandten, in diesen Ton nicht einzustimmen; er wolle, sprach er, die Idee, nur um des Vorteils willen Erwerbungen zu machen, in Rußland nicht aufmuntern [1].

Offenbar wollte der schlaue Minister dem Petersburger Hofe den Rückzug offen halten, wenn Friedrich aus Furcht vor dem allgemeinen Kriege die Lockspeise, die ihm die Kaiserin hingeworfen, unberührt lassen sollte. Wirklich zeigte sich der König abgeneigt, auf das, was ihm sein Bruder geschrieben, schnell einzugehen und sich trotz dem Schweigen Panins unter einem Vorwande des Bistums Ermeland zu bemächtigen. „Der Krieg, welchen wir durchgemacht“, antwortete er, „war zu verderblich und zu heftig, als daß wir so bald einen neuen unternehmen könnten, und was man uns in Aussicht stellt, Ermeland, ist nicht wert, daß man sechs Pfennige ausgiebt, um es zu gewinnen.“ Bei einem Kriege zwischen Rußland und Österreich will der König neutral bleiben und sehen, ob die Ereignisse eine Erwerbung begünstigen, oder ob er bleiben soll, wie er ist. „Ich erwarte Deine Rückkehr“, fährt er fort, „um von Deiner Einsicht und dem, was Du da draußen gesehen hast, Nutzen zu ziehen; aber ich glaube, Du wirst vielleicht meiner Meinung sein, wenn ich Dich mit gewissen Umständen bekannt mache, die ich nicht habe fremden Posten anvertrauen können; denn ich würde, denk' ich, einen unver-

1) Heinrich an Friedrich, 11. Januar (Oeuvres XXVI, 346) und Solms, 11. Januar.

zeihlichen Fehler begehen, wenn ich an der Vergrößerung einer Macht arbeitete, die ein furchtbarer Nachbar und schrecklich für ganz Europa werden kann." Man sieht, welchen unauslöschlichen Eindruck van Swietens Nachricht, daß Rußland einmal die Absicht gehabt, Ostpreußen sich einzuverleiben, auf den König gemacht hat.

Die Wichtigkeit des Schrittes, welchen der Wiener Hof gethan, erkannte Friedrich an. „Wenn die Österreicher behalten wollen, was sie in Polen besetzt haben", schrieb er am 23sten eigenhändig an Solms, „so ermächtigen sie sicherlich die anderen Nachbarn, gleichfalls an Rechte, die sie haben mögen, zu denken; aber ich glaube, daß es noch immer Zeit sein wird, inbezug hierauf einen Entschluß zu fassen, wenn erst die großen Angelegenheiten etwas Farbe gewonnen haben. Sobald man sieht, ob es zum Frieden kommt oder beim Kriege bleibt, wird man Zeit übrig haben, sich über solche Kleinigkeiten zu verständigen." Inbezug auf Ermeland beharrt er auf der Ansicht, daß das Spiel die Kerze nicht wert wäre. „Dieser Anteil", schreibt er weiter, „ist so winzig, daß er das Geschrei nicht aufwöge, welches darüber entstände; dagegen das polnische Preußen würde die Mühe lohnen, selbst wenn Danzig nicht dabei wäre; denn wir bekämen die Weichsel und die freie Verbindung mit dem Königreiche. Das wäre ein wichtiger Punkt. Wenn es sich darum handelte, Geld aufzuwenden, das würde sich der Mühe lohnen, selbst wenn man reichlich zahlen müßte. Nimmt man dagegen hastig Kleinigkeiten, so verleiht das einen Charakter von Habsucht und Unersättlichkeit, und ich möchte mir einen solchen nicht gern noch mehr beigelegt sehen, als es in Europa schon der Fall ist." [1])

Friedrich hatte, wie wir gehört haben, vor zwei Jahren in Petersburg einen Vorschlag zu einer polnischen Teilung gemacht; um so merkwürdiger ist es daher, daß er nun, wo die Kaiserin von Rußland ihre Zustimmung gegeben hat und gleichsam ein Gegenplan aufgestellt worden ist, Anstand nimmt,

1) Oeuvres XXVI, 348. 349.

der Einladung zu folgen. Er will vor allen Dingen erst erfahren, wie die Kriegsfrage sich entscheiden wird. Inbezug auf diesen Punkt aber waren bereits am Ende des Monats in Petersburg und in Wien sehr wichtige Beschlüsse gefaßt worden. Seitdem Katharina die von der Pforte angerufene Vermittelung verworfen, war man in Österreich mißgestimmt und überlegte, was man thun sollte. Im Anfange des Dezember hatte Kaunitz Friedrich dem Großen, wie erwähnt, Kurland und Semgallen zugedacht, wenn dieser im Verein mit den Österreichern gegen die Russen zu Felde zöge. Jedoch der Staatskanzler zweifelte selbst an solcher Mitwirkung, und er wollte schon zufrieden sein, wenn der König von Preußen sich verpflichtete, still zu sitzen für den Fall, daß die Österreicher die Russen am Übergang über die Donau hindern müßten. Joseph aber sprach sich gegen einen Krieg in Polen aus, welchen Friedrich nie zugeben würde, und er hielt es sogar für gefährlich, in der Walachei militärisch vorzugehen. Man beschloß 50,000 Mann aufzustellen, die nur im Falle der Bedrohung Konstantinopels von der Land- oder Seeseite her in Thätigkeit treten sollten [1]), und der Freiherr van Swieten, der im Dezember 1770 nach Berlin als Gesandter ging, ward angewiesen, dem Könige zu erklären, daß der Wiener Hof bereit wäre, sich im Verein mit ihm der russischen Vergrößerung zu widersetzen.

Friedrich gab auf diesen Vorschlag keine genügende Antwort, weil er die russischen Friedensbedingungen abwartete, und als er dieselben erhalten hatte, ließ er, wie bereits erzählt worden ist, den Gesandten rufen, um ihm mitzuteilen, daß Rußland übertriebene Forderungen erhöbe und daß er recht ernste Vorstellungen dagegen machen würde. Der Staatskanzler geriet durch den Bericht van Swietens über diese Audienz in üble Laune. Wiewohl er die Bedingungen nicht namentlich erfuhr, so vermutete er doch das Richtige und setzte dem preußischen Gesandten wieder die Notwendigkeit eines gemeinschaftlichen

1) Joseph II. an Leopold, 14. Dezember 1770 bei Arneth, Maria Theresia und Joseph II. I, 316ff.

Vorgehens der Höfe von Wien und Berlin weitläufig auseinander. Die Bedingungen für Polen fand Kaunitz erträglich; aber er meinte, daß dies geschehen wäre, weil Rußland alle Streitkräfte gegen die Türken gebrauchen wollte [1]).

Auch der Kaiser zeigte sich weder mit Rußland noch mit Preußen zufrieden und entwickelte nun in einer langen Denkschrift — einer Frucht vieles Nachdenkens, wie er ausdrücklich bemerkte — seine Ansichten über die politische Lage sowohl als über die infolge derselben zu ergreifenden Maßregeln. Joseph nahm ganz richtig an, daß die Russen im Jahre 1771 hauptsächlich die Eroberung der Krim versuchen würden; dieselben mit Glück zu bekämpfen, hielt er für unwahrscheinlich, und indem er sich umschaute, von wo dieselben Beistand empfangen könnten, warf er sein Augenmerk zwar zuletzt auf Preußen, aber nur, um hierbei desto länger stehen zu bleiben. Er glaubte, und ohne Zweifel mit Recht, daß Katharina, wenn Österreich sie angriffe, dem Könige Friedrich die besten Versprechungen machen und ihm gewiß gern das polnische Preußen mit Danzig, ja noch mehr, opfern würde, um ihn zum Handeln zu bewegen. Hieran reiht sich in der Denkschrift unvermittelt ein starker Ausfall gegen den großen Gegner, dem er vorwirft, die Geradheit habe nie in seinem Charakter gelegen, auf seine Versprechungen könne man sich keineswegs verlassen, und er würde sicherlich es nicht ungern sehen, wenn Rußland und Österreich in einem Kriege sich erschöpften, damit er dann imstande wäre, alle die heimtückischen Streiche zu vollführen, die ihm nützlich dünkten. Joseph lebte der Überzeugung, den Österreichern könnten alle Fortschritte der Russen beiweitem weniger schaden, als ihnen die Schwächung Preußens Nutzen brächte.

Der Kaiser schlug nun vor, daß man in Konstantinopel erklären sollte: Österreich sei bereit den Türken zu helfen und sogar mit Rußland Krieg zu führen, wenn Preußen sich dazu geselle; freilich aber warte dieses nur auf den Augenblick, wo

1) Rohd, 12. Januar 1771.

jene beiden Mächte sich gegen einander erheben würden, um alsdann der Kaiserin Katharina mit allen seinen Streitkräften Beistand zu leisten. Joseph will die Pforte weiter auf die geringe Wahrhaftigkeit des Königs hinweisen und ihr vorstellen, daß die schönsten mündlichen und schriftlichen Versprechungen desselben wenig Vertrauen verdienen.

Friedrich dem Großen dagegen soll nach der Meinung des Kaisers erklärt werden: man beabsichtige, unter allen Umständen fest mit Preußen zu gehen, selbst wenn dieses die Vergrößerung Rußlands nicht hindern möge; denn im letzteren Falle müßten sich natürlich die Bande zwischen Berlin und Wien enger knüpfen, und nach ihrer Denkungsart würden sie dies als den glücklichsten Zeitabschnitt für die beiden Monarchieen betrachten; auch würde wohl kein Überrest von kindischem Mißtrauen den König verkennen lassen, daß Österreich daran denken müßte, sich um so viel, als Rußland wüchse, zu vergrößern.

Letzteres gilt dem Kaiser überhaupt als das Wichtigste; er will nicht sowohl den Frieden als eine Gelegenheit zu Erwerbungen. Es war beschlossen worden, zur Vorsicht ein Heer von etwa 50,000 Mann aufzustellen. Joseph riet nun, den Maßregeln, die man bisher in der Stille getroffen, etwas mehr Öffentlichkeit zu geben. Wenn ein Heer versammelt ist und der Sturz des türkischen Reiches bevorsteht, will der Kaiser die benachbarten Provinzen in Besitz oder in Verwahrung nehmen, ungefähr wie es bei den Starosteien Neumarkt, Czorstyn und Sandec geschehen war, und hernach den Russen einen Frieden vorschlagen, wie er diesen und den Österreichern recht ist, d. h. wobei man behält, was man besetzt hat. „Kurz, laßt uns aufmerksam und so gerüstet sein", schreibt er, „daß wir vermögen, nach allen Seiten hin schnell zu handeln. Was kann geschehen, das wir außerstande wären zu unserem Vorteile zu wenden? Der Umsturz der osmanischen Macht muß uns notwendig den Zuwachs schöner und guter Provinzen verschaffen, die zwar nicht so beträchtlich wie die russischen Erwerbungen, aber weniger verwüstet sein werden." Daß Katharina die Moldau und Walachei behalten würde, glaubte

Joseph nicht; aber wenn sie den Türken die Krim wegnähme, dann sollten sich die Österreicher, schlug er vor, der kleinen Walachei bemächtigen; denn deswegen allein würde Rußland nicht den Krieg erklären, und den Türken könnte man ja sagen, daß man dieses Gebiet nur behalten wollte, damit sie bei einer günstigen Gelegenheit die Donau leicht überschreiten und die verlorenen Besitzungen wiedernehmen könnten.

Vor ungefähr 17 Monaten hatte Joseph an seine Mutter ohne Veranlassung geschrieben: jedes Wort, das aus dem Munde Friedrichs komme, verrate den abgefeimten Politiker. Aus der Denkschrift vom 14. Januar 1771 geht nun wohl unzweifelhaft hervor, daß der Kaiser auf eine solche Bezeichnung gerechten Anspruch hat. Wir erkennen außerdem die Größe des Hasses, den er auf Preußen geworfen. Endlich, er zählte noch nicht dreißig Jahre und wollte das wahre und einzige Mittel kennen, wie man Friedrich den Großen zu leiten vermöchte, nämlich die Furcht, und zwar in dem gegebenen Falle die Furcht, Österreich könnte sich mit Rußland wieder aussöhnen und ein Mittel finden, die Eifersucht, welche die eine Macht gegen die Vergrößerung der anderen hätte, in Vorteile und Abrundungen umzuwandeln, welche sie sich gemeinsam verschafften. Die Sehnsucht nach türkischen Erwerbungen hat zehn Jahre später wirklich den Kaiser zum Bündnis mit Katharina geführt [1]).

Während Joseph rüsten und einen günstigen Augenblick, um Erwerbungen zu machen, abwarten wollte, schlug Kaunitz vor: der Kaiser sollte mit eigener Hand einen Brief an den König von Preußen schreiben und ihm darin mitteilen, daß sie, wenn er verspräche sich ruhig zu verhalten, allein die Russen in der Moldau bekriegen und Choczim belagern würden.

Maria Theresia verlebte sehr schwere Tage, als sie eine Entscheidung treffen sollte. Durch den Siebenjährigen Krieg war sie noch friedfertiger als ihr Gegner geworden, und so trat sie der Meinung des Kaisers bei und weigerte sich, ihre

1) Beer, Dokumente, S. 11 ff.

Truppen wider die Russen zu schicken. Dagegen mißbilligte sie nicht nur alle zweideutigen Maßregeln, sondern sie verwarf auch die ganze politische Auseinandersetzung des Kaisers, und eben hiermit entschuldigte sie sich dann gewissermaßen gegen den Staatskanzler, wenn sie seinen Plan nicht angenommen hätte, und forderte denselben auf, ihr anzugeben, was sie in Konstantinopel und in Berlin sagen sollte. „Mein grauer Kopf taugt nicht mehr zum Regieren", schrieb sie an Kaunitz, „und ich fühle meinen Verfall; aber ich werde standhalten, so lange es keinen Krieg giebt und Sie mich unterstützen. Ich bin immer der Meinung, man müsse mit dem König und den Türken offen reden und sie zu nichts verleiten, noch ihnen schmeicheln oder sie bedrohen, und seine Kräfte zusammenhalten."

Einige Tage lang überlegte Maria Theresia noch, dann entschied sie sich. Sie blieb dabei, zunächst keinen Krieg mit den Russen zu führen, dagegen wollte sie durch ihre Gesandten in Konstantinopel und Berlin ihre Bereitwilligkeit anzeigen, bei allen Beschlüssen, welche der König von Preußen vorschlagen und in Gemeinschaft mit ihr ausführen würde, mitzuwirken, wie gewaltsam dieselben immer wären. Sie wollte weiter melden lassen, daß sie, um auf alle Fälle gefaßt zu sein, Anordnungen treffen würde, um noch im Laufe des Sommers ein Heer von 50- bis 60,000 Mann in Ungarn zu versammeln. Van Swieten erhielt außerdem Befehl, unter dem Versprechen des tiefsten Geheimnisses den König von Preußen zu fragen, ob er sich in einem Handschreiben an den Kaiser verpflichten wollte, kein Hinderniß in den Weg zu legen, wenn Österreich dahin käme, mit Rußland zu brechen. Endlich sollte Thugut schon jetzt in seinen Unterredungen mit dem Reis-Effendi zu erfahren suchen, auf welche Geldhilfe der Wiener Hof rechnen könnte, wenn er am Kriege teilnähme [1]).

Der Freiherr van Swieten entledigte sich am 3. Februar seiner Aufträge, welche dann Finckenstein sogleich dem Könige

1) Beer II, 328. Arneth, Maria Theresia und Joseph II. I, 325—331.

meldete. Der Wiener Hof erklärte sich mit dem für die Beruhigung Polens aufgestellten Plane zufrieden, jedoch unter der Bedingung, daß die Republik die Garantie von Österreich und Preußen förmlich anriefe, daß Rußland seine Truppen nach Beendigung des Werkes herauszöge und sich verpflichtete, sie ohne Zustimmung der garantierenden Höfe nicht wieder einrücken zu lassen. Kaunitz wünschte weiter, daß die Beruhigung Polens und der Friede mit der Pforte zu gleicher Zeit erfolgen möchten, damit sich nicht etwa Rußland nur die Hände gegen die Türken frei machte; doch überließ er die Entscheidung hierüber dem König.

Swieten bat ferner um Mitteilung der Friedensbedingungen und zeigte weiter an, daß Maria Theresia ein Heer in Ungarn zusammenziehen würde, um den Russen Gefühle der Mäßigung einzuflößen und für jedes Ereignis bereit zu sein. Sollte sich aber Österreich genötigt sehen, zu handeln, jedoch, wie Swieten zweimal wiederholte, stets außerhalb Polens, so wünschte der Wiener Hof der Neutralität Preußens versichert zu sein [1]).

Der König ließ dem Gesandten durch den Grafen Finckenstein sagen: er erwarte jeden Augenblick den Eilboten aus Petersburg und werde dann antworten; er sprach die Hoffnung aus, daß Rußland sich noch mäßigen würde. Freilich in Wirklichkeit dachte Friedrich anders und klagte Panin an, daß er keine richtigen Vorstellungen von den Interessen der europäischen Fürsten, ihrer Politik und ihrer Macht hätte. „Sicherlich sollte Rußland“, schrieb er weiter an Finckenstein, „den gegenwärtigen Augenblick ergreifen, er wäre der günstigste für den Frieden.“ Der König fürchtete, daß den Russen das Glück den Rücken kehren könnte. „Leben Sie wohl“, schloß er, „mein lieber Graf; wir werden uns bei der Ankunft jenes Eilboten sehen, der uns viel zu schaffen machen wird.“ Und drei Tage später, am 7. Februar, schrieb er an Finckenstein: „Für uns ist das Wesentliche, daß wir weder von Rußland

1) Finckenstein an den König, 3. Februar.

noch von Österreich uns verblenden lassen und in nichts einwilligen, was unserem Plane der Neutralität entgegen sein könnte; ich beabsichtige denselben schlechterdings und um jeden Preis festzuhalten. Das ist eine Betrachtung, die in dem ganzen Laufe der Unterhandlung unserm Geiste gegenwärtig sein muß." Der König nennt das einen Grundsatz, von welchem er sich niemals entfernen werde [1]).

Man sieht, auch Westpreußen will Friedrich der Große nicht erwerben, wenn er dafür am Kriege teilnehmen soll, und eben deshalb wartet er mit größter Spannung auf den Petersburger Eilboten, welcher die Antwort auf seine Vorstellungen vom 4. Januar bringen wird. Daß die letzteren einen großen Eindruck gemacht hatten, bewiesen die Nachrichten, die inzwischen aus der russischen Hauptstadt einliefen. Panin war zu dem Prinzen Heinrich, der nicht ausgehen konnte, gekommen, um den Brief des Königs vom 4. Januar in Empfang zu nehmen; als er das Zimmer verließ, zeigte sich einige Aufregung in seinem Gesicht. Auch Katharina hatte nicht erwartet, daß Friedrich die Sache der Türken führen würde, und Prinz Heinrich suchte in seinen Unterredungen mit ihr und ihren Ministern den schlimmen Eindruck wieder zu verwischen.

Weil der König von Preußen den Wiener Hof nicht zugunsten der Kaiserin von Rußland gestimmt hatte, beschloß man in Petersburg, sich an diesen unmittelbar zu wenden und ihn um seine guten Dienste bei der Pforte zu ersuchen. Bereits am 18. Januar meldete das der Graf Solms. Panin kam dadurch einer Aufforderung, welche der König einige Tage später an ihn ergehen ließ, nur zuvor. Er verbarg übrigens dem preußischen Gesandten nicht sein Erstaunen über die Bemerkungen Friedrichs und über dessen Weigerung, die russischen Forderungen zu unterstützen. „Diese Bedingungen", sprach er, „bildeten ja kein Ultimatum, sondern sie sollten nur die Grundlage für die Unterhandlung sein, und sie waren in der Hoffnung nach Berlin geschickt worden, daß der König als

1) Beer II, 352.

guter Freund und Verbündeter des Petersburger Hofes sein Ansehen und seinen Einfluß gebrauchen würde, um für diesen so viel als möglich zu erlangen. Die Kaiserin denkt nicht daran, die Moldau und Walachei sich anzueignen, sie betrachtet deren Besitz als eine Last, und der Vorschlag, dieselben 25 Jahre lang zu verwalten, zeigt hinreichend an, daß man jene beiden Länder nur verlangt, damit die Türken Gelegenheit erhalten, eine andere Entschädigung anzubieten." Panin wollte nicht glauben, daß Österreich durch die Wegnahme der Moldau und Walachei eifersüchtig werden würde, wenn es erführe, daß Rußland ihm die Entscheidung über dieselben anheimstellte. Die von den Türken abgefallenen vier Horden, behauptete Panin, könnte man nicht zwingen, wieder in das alte Joch zurückzukehren; aber Rußland wollte sie gar nicht für sich behalten, sondern nur die Sicherheit seiner Grenzen durch ihre Trennung von der Pforte vermehren, und wenn etwa die Tataren der Krim die Unabhängigkeit verschmähten, so fiele der Artikel über sie von selbst. Eine Insel im Archipel endlich, erörterte Panin weiter, würde als ein sicherer Zufluchtsort für die Flotte sehr vorteilhaft gewesen sein; doch wenn die Pforte darauf nicht einginge, so würde Rußland deswegen keineswegs den Krieg fortsetzen. Ob sich Katharina ohne die ernsten Vorstellungen des Königs von Preußen so nachgiebig gezeigt hätte, muß dahingestellt bleiben. Panin meinte freilich, es wäre dazu noch immer Zeit gewesen, wenn man die Absichten der Pforte deutlich kennen gelernt hätte, und man würde nicht den Verdruß gehabt haben, gleich von vornherein von einem Freunde zurückgewiesen zu werden, welchen man für wohlgesinnt gegen Rußland und bereit es zu begünstigen gehalten hätte.

Auch die polnischen Angelegenheiten beschäftigten damals die Kaiserin stark; sie fürchtete, die sächsische Partei würde zu viel Boden gewinnen, wenn man sich zu sehr beeilte, sie zu erheben, ohne daß man wüßte, ob man ihr trauen könnte und ob der Wiener Hof geneigt wäre, auf Rußlands Absichten einzugehen. Katharina sah ein, daß man bei den kritischen Umständen,

welche sich noch darbieten könnten, eines geschickten Mannes bedürfte, der es verstände, die Geister zu prüfen und zu leiten, und indem sie dem Fürsten Wolkonsky das nicht zutraute, beschloß sie ihn durch den Geheimen Rat v. Saldern zu ersetzen [1]).

Am 30. Januar empfing endlich der Prinz Heinrich die Antwort der Kaiserin auf das Schreiben Friedrichs vom 4ten. In der türkischen Erklärung, welche der König mitgeschickt, hatte die Pforte versprochen, den Herrn v. Obreskoff in Freiheit zu setzen, sobald die preußisch-österreichische Vermittelung angenommen worden wäre. Friedrich hatte dies in seinem Schreiben erwähnt und auch in der Denkschrift darauf gewissermaßen zur Beruhigung hingewiesen. Aber Katharina war stolzer als die anderen Herrscher des achtzehnten Jahrhunderts. Voltaire nannte die Behandlung, welche die Pforte dem Gesandten einer Macht angedeihen ließ, welche sie bekriegen wollte, mit vollem Recht eine freche Beleidigung, die allen Fürsten zugefügt würde. Katharina ging von einer solchen Ansicht aus, indem sie vor allem die Freilassung ihres Gesandten verlangte und dieselbe von keiner anderen Bedingung abhängig machen wollte.

Überhaupt wurde die Sache der Kaiserin glänzend geführt, mit einer gewissen Entschiedenheit, die wohl von ihr selbst herrührt, und nicht ohne Schärfe gegen Österreich. Katharina ließ natürlich die 25jährige Verwaltung der Donaufürstentümer fallen; sie meinte dann: wenn der Wiener Hof einen schwachen Nachbar wie die Pforte sich wünsche, so müsse ein unvergleichlich schwächeres und von den drei Reichen unabhängiges Fürstentum ihm noch besser gefallen. „Was die Türken betrifft“, fuhr sie fort, „so denk' ich, sie schließen nur aus Not Frieden, und wenn sie nicht etwas gestraft werden, so wird man bei der nächsten Gelegenheit wieder mit ihnen anfangen müssen. In jedem Falle würd' ich sie, wenn ihre Lage der Art ist, daß sie den Frieden durch Abtretungen erkaufen müssen, für sehr schlecht beraten halten, wollten sie sich

1) Solms, 18., 22. u. 25. Januar 1771.

eines ruhigen Besitzes wie Belgrad entäußern für zwei Fürstentümer, die sie nicht mehr haben und deren Rückgabe doch von dem Lose der Waffen abhängt. Es ist übrigens die Frage, wen sie lieber werden größer machen wollen, Rußland oder den Wiener Hof? Aber die Errichtung eines unabhängigen Fürstentums löst dieselbe."

Am Schlusse bat Katharina den König, er solle ihr alle Hindernisse besiegen helfen. „Ich werde keinen guten Frieden bekommen", schrieb sie, „wenn ich nicht dem Hochmute der Türken und den Parteilichkeiten, welche dieselben unterstützen, die Stirn biete. Dagegen hoff' ich auf Erfolg, sobald Ew. Majestät meine Angelegenheiten mit der nämlichen Freundschaft und dem nämlichen Interesse betrachten, und in der Überzeugung, die ich habe, daß, wenn die Umstände mich dazu aufforderten, ich nichts vernachlässigen würde, um Ihren Vorteil zu befördern, versprech' ich mir mit derselben Zuversicht, daß nichts Ihren guten Willen erschüttern noch Ihre guten Dienste verringern wird." [1])

Der Prinz Heinrich übergab die Antwort der russischen Kaiserin dem preußischen Gesandten zur Beförderung, und dieser suchte nun noch zu erfahren, welches die letzten Forderungen sein würden; aber niemand kann es dem Grafen Panin verdenken, wenn er sich dazu nicht verstehen wollte, sondern nur sagte: die Kaiserin wünsche den Krieg so bald als möglich zu beenden, und sie habe sich deshalb, so viel sie auch dieser Schritt gekostet, an Österreich gewendet; sie werde sicherlich auf ihren Forderungen nicht hartnäckig bestehen, aber sie wolle doch erst sehen, wie sich der Feind zu ihren Bedingungen stellen werde. Panin verhieß gleichfalls und auf seine Ehre, mit allen Kräften die Hindernisse zu entfernen, die sich einem schnellen Frieden noch entgegenstellen könnten, und ebenso sprach er auch zu dem Prinzen, welcher noch am 30sten in der Nacht um 12 Uhr von Petersburg abreiste. Am 1. Februar ging der Eilbote mit den Aufträgen der Kaiserin nach Wien an

1) Goertz, p. 136sqq. und ebenso Sbornik XX, 297.

den Fürsten Galitzin ab. Panin wollte sehen, ob er dort glücklicher sein würde. Wenn aber die Kaiserin allen Vorteilen, die sie verlangt, entsagen sollte, meinte er, so müßte man daran denken, ihr eine andere Entschädigung zu verschaffen; mit Asoff erwürbe man nur einen früheren Besitz wieder. Darüber jedoch, worauf er sein Auge geworfen, beobachtete Panin Stillschweigen [1]).

Als Friedrich das Schreiben der Kaiserin vom 30. Januar empfing, ließ er seinem Versprechen gemäß den österreichischen Gesandten zu sich nach Potsdam rufen, um ihm Mitteilung zu machen. Am 14. Februar begab sich der Freiherr van Swieten dahin und speiste bei dem Prinzen von Preußen zu Mittag; nach der Tafel ward er in einem königlichen, mit sechs Pferden bespannten Wagen nach dem Schloß abgeholt, von dem Grafen Finckenstein im Vorzimmer empfangen und zu Friedrich dem Großen geführt, mit welchem er über zwei Stunden sich unterredete.

Was die Nachrichten aus Petersburg anbetrifft, so sagte der König: „Dieselben sind nicht so befriedigend, wie ich sie gewünscht hätte; aber sie sind es wenigstens insoweit, als sie sich unserem gemeinschaftlichen Ziele, der Wiederherstellung des Friedens, zu nähern scheinen.“ Der König erzählte nun, daß Rußland sich unmittelbar an den Wiener Hof wenden würde, um dessen gute Dienste zu begehren; er erklärte dann zwar, daß er die Bedingungen nicht mitteilen dürfte, jedoch er setzte noch hinzu: „Übrigens weiß sie der Fürst Kaunitz ebenso gut wie ich und hat sie alle dem Freiherrn v. Rohd aufgezählt.“ Swieten bezweifelte, daß der Staatskanzler bereits eine vollständige Kunde davon hätte, da er ihm aufgetragen, solche von dem König einzuholen; aber Friedrich versetzte sofort: „Glaubet mir, der Fürst Kaunitz ist wohl unterrichtet, und ich kann Euch nicht mehr davon sagen, weil ich mein Wort halten muß.“

Als der Gesandte dann seinem Auftrage gemäß erklärte,

1) Solms, 30. Januar, 5. u. 8. Februar.

daß sein Hof in diesen kritischen Umständen sich von dem Könige nicht trennen möchte, sondern im Gegenteil das Einverständnis und die engste Verbindung mit ihm zunehmen müßte: da dankte der König für die bezeigte Freundschaft. „Nichts wünsch' ich so sehr“, fuhr er fort, „als die Bande, die uns vereinigen, enger zu knüpfen; aber ich kann mein Bündnis nicht so plötzlich aufgeben. Jedoch es ist nicht ewig, die Zeiten, die Umstände können sich ändern, und Ihr könnt überzeugt sein, daß ich alle Vorteile einer engen Verbindung mit Euch fühle; der erste würde die Aufrechthaltung des Friedens sein, und wir hätten nicht mehr nötig uns für fremde Streitigkeiten zu schlagen.“ Der König erfuhr nicht ungern die militärischen Vorkehrungen, welche der Wiener Hof in Ungarn treffen wollte. „Das wird den Russen zu denken geben“, sprach er, „sie können nicht Euch und den Türken die Spitze bieten; aber freilich darf das nur eine Demonstration sein, und wir müssen am Frieden arbeiten.“ Eben deshalb konnte der König sich auch nicht im voraus verpflichten, ruhig zuzusehen, wie die Österreicher gegen die Russen zu Felde zögen; denn er würde dadurch den Wiener Hof ermutigt und den Krieg zwischen den beiden Mächten befördert haben.“ Der Fall existiert noch nicht“, sprach er; „jene Leute werden Wasser in ihren Wein gießen.“ Unter diesen Umständen wagte van Swieten nicht erst von dem Schreiben des Kaisers an den König zu sprechen.

Endlich inbezug auf Polen stimmten Österreich und Preußen überein, und weil Kaunitz nun die Beruhigung der Republik gern bis zum Frieden hinausschieben wollte, so meinte der König: das würde nicht schwer halten, da Rußland ein solches Werkzeug ausgewählt hätte, welches die Sachen mehr verwirren als ausgleichen würde, nämlich den Geheimen Rat v. Saldern. „Ich kenne ihn, er ist hier gewesen und in Dänemark; es ist ein heftiger, eigensinniger, von sich eingenommener Mann, er wird das Unterste zuoberst kehren.“

Swieten fand, daß der König in seinem Benehmen und seinen Ausdrücken besonders freundschaftlich war. Als auf den

Prinzen Heinrich die Rede kam, äußerte Friedrich: „Mich verlangt sehr, ihn zu sprechen, weil ich sicher bin, daß er mir vieles sagen wird, was man nicht schreiben kann, und was uns wird deutlicher sehen lassen.“ Er wollte seinen Bruder anweisen, mit dem Gesandten zu reden und ihm alles, was er wüßte und wahrgenommen hätte, zu erzählen.

Gerade an dem Tage, wo der Freiherr van Swieten an den Staatskanzler Bericht erstattete, kam der Prinz aus Petersburg an und hatte nun mehrere Tage lang Unterredungen mit dem Könige, die uns leider unbekannt sind. Schon am 19. Februar antwortete dieser der Kaiserin von Rußland. Er erklärte sich entzückt von ihrem Entschlusse, mit dem Wiener Hofe selbst über die Vermittelung sich zu benehmen; denn sie würde dadurch erfahren, daß er die Wahrheit gesagt und nur die Ausdrücke gemildert hätte, um Erbitterung zu verhüten. Er bat Katharina, die Unterhandlung nicht als eine Kleinigkeit anzusehen. „Ich habe“, schrieb er, „allen Grund, sie als eine Angelegenheit von der größten Bedeutung zu betrachten, die, wenn sie fehlschlüge, leicht einen weit ernstlicheren Krieg als den türkischen Ihnen zuziehen könnte. Ich stütze diese Befürchtung keineswegs auf bloße Vermutungen; ich habe sichere Nachrichten, daß der Wiener Hof in Ungarn zwei Heere versammelt, und daß man an der Kriegsausrüstung des Kaisers arbeitet. Das sind Umstände, die ich Eurer Kaiserlichen Majestät geglaubt habe nicht verschweigen zu dürfen. Sie werden daraus erkennen, daß die Lage kritisch ist, die Brennstoffe bereit liegen und ein Funke eine Feuersbrunst anfachen kann, die erheblicher ist als die gegenwärtige.“ Friedrich meldete ferner: er habe die Pforte nach dem Wunsche der Kaiserin mit ihrer Ansicht inbezug auf die Freilassung des Herrn v. Obreskoff und mit ihren friedfertigen Gesinnungen bekannt gemacht; aber er unterläßt es nicht hinzuzufügen: er zweifle sehr daran, daß die Türken in Unterhandlung treten werden, so lange nicht die Vermittelung des Wiener Hofes förmlich angenommen worden sei [1].

1) Sbornik XX, 306 sqq.

Für dieses Schreiben hatte der König es kaum nötig, mit seinem Bruder sich zu unterreden; dagegen über die Erwerbung polnischen Gebietes werden beide sehr viel gesprochen haben. Daß die Österreicher zu behalten gedächten, was sie besetzt hatten, dafür waren in der letzten Zeit die Beweise dem König in die Hände gekommen [1]), und er wollte nun vorsichtig versuchen, ob er auch etwas gewinnen könnte. Da Österreich ihm über die Besetzung jener Starosteien nichts mitgeteilt hatte, beschloß er ebenfalls gegen den Wiener Hof Stillschweigen zu beobachten. Er forderte den Grafen Solms auf, nach den beiliegenden Befehlen zu handeln und alles aufzubieten, um ihm zu einem Teile von Polen zu verhelfen. „Und wenn es auch nur ein Stückchen wäre", schrieb er, „das Ihr mir verschaffen könntet, so würde mich dieses immer einigermaßen für die Summen entschädigen, die ich dem Hofe, wo Ihr Euch befindet, gezahlt habe." [2]) Der König unterläßt es nicht, dem Grafen Solms eine angemessene Belohnung in Aussicht zu stellen. In den der Depesche beiliegenden Befehlen wurde zuerst nachgewiesen, daß die Österreicher nicht die Absicht hätten, die Starosteien wieder zurückzugeben; dann fuhr der König fort: „Es handelt sich nicht mehr darum, Polen unversehrt zu erhalten, sondern darum, zu verhindern, daß diese Zergliederung dem Gleichgewichte zwischen der Macht des Hauses Österreich und der meinigen keinen Eintrag thue, was für mich so wichtig und so interessant für den russischen Hof selbst ist. Ich sehe kein anderes Mittel, um die Bewahrung desselben zu sichern, als daß ich, dem Beispiele des Wiener Hofes folgend, ebenfalls alte Rechte, die mir übrigens meine

1) Am 2. Februar teilte eine Mediatdepesche dem Freiherrn v. Rohd das Schreiben des polnischen Großkanzlers vom 28. Juli 1770 über die Besetzung von Nowitarg, Czorstyn und andere anliegende Orte mit, und die Antwort des Fürsten Kaunitz, aus welcher hervorgehe, daß der Wiener Hof sich diesen Landstrich aneignen wolle „sur des droits vrais ou faux qu'elle fera valoir à la paix". Benoit hatte jene Schriftstücke am 19. Januar aus Warschau gesendet.

2) An Solms, 20. Februar.

Archive liefern, geltend mache und mich in den Besitz einer kleinen polnischen Provinz setze, um sie zurückzugeben, wenn die Österreicher von ihrem Unternehmen abstehen, oder sie zu behalten, wenn sie ihre vermeintlichen Ansprüche geltend machen wollen.“ [1])

Indem Friedrich das Beispiel des Wiener Hofes nachahmen will, faßt er eine Erwerbung ins Auge, von welcher er glaubt, daß sie niemandem Neid einflößen kann. Er hatte schon den Tag zuvor an den Kammerpräsidenten Domhardt in Preußen geschrieben, um sich in aller Stille zu erkundigen, wie hoch der Ertrag von Ermeland ungefähr gehen könnte. Darauf also war seine erste Absicht beschränkt [2]). Einige Tage später, am 27sten, empfing er eine Denkschrift, welche Finckenstein und Hertzberg auf seinen Befehl aufgesetzt hatten, über die Ansprüche, die man machen könnte, die Bezirke, die für den Berliner Hof am nützlichsten wären, und den Weg, den man einschlagen müßte, um die Angelegenheit zu einem glücklichen Ziele zu führen. In dem Begleitschreiben sprachen sich die Minister in Kürze dahin aus: „Die Ansprüche des Hauses Brandenburg auf Polen sind weder ansehnlich noch gewichtig. Pomerellen und der Teil des polnischen Preußens, welcher sich längs der Netze bis an die Weichsel erstreckt, würde nach unserer Meinung die nützlichste Erwerbung sein und zugleich diejenige, auf welche sich unsere Ansprüche am besten anwenden lassen. Sollte Rußlands Eifersucht es durchaus nicht erlauben daran zu denken, und hätte man sich mit einer Erwerbung jenseit der Weichsel zu begnügen: so müßte man nach unserer schwachen Einsicht anfänglich Besitz von Pomerellen nehmen und mündlich die Ansprüche auf dieses Land geltend machen, um als Ersatz dafür die Woiwodschaft Marienburg oder einen anderen Teil Polens jenseit der Weichsel zu erhalten, auf den wir kein Anrecht haben. Aber auf alle Fälle scheint es uns

1) Schlözer, S. 257 ff. Vgl. Beer, Friedrich II. und van Swieten I, 16 Anm.

2) Preuß, Friedrich der Große, Urkunden-Band V, 183.

wesentlich, in dieser Sache dem Beispiele des Wiener Hofes zu folgen, mit der Grenzkette gegen die Pest die Besitznahme zu beschönigen, über die Ansprüche nur unbestimmte Auskunft zu erteilen und dieselben erst vorzubringen, wenn es sich um die Beruhigung Polens handeln wird." [1])

In der Denkschrift der Minister ist keine Rede von der Beschränkung auf Ermeland, und Friedrich wurde von der Begierde, mehr zu erlangen, ebenfalls fortgerissen. Um diese Zeit kam ein Paß in seine Hände, dessen Unterschrift deutlich zeigte, daß Österreich die drei Starosteien schon als Eigentum betrachtete [2]). Dieser Umstand konnte den König in seinem Vorhaben wohl bestärken; aber es lag darin eigentlich kein Anlaß, nach größeren Erwerbungen zu streben. Dahin aber mußte der Gedanke führen, welchen Friedrich am 27. Februar dem Grafen Solms mitteilte. „Für Rußland", schrieb er, „kann es, wie mir scheint, gleichgültig sein, woher ihm die Entschädigung kommt, auf die es für die Kosten seines Krieges mit den Türken Anspruch machen darf, und da dieser Krieg einzig und allein von den polnischen Angelegenheiten herstammt, so wüßte ich nicht, warum Rußland nicht trachten sollte, sich an der Grenze dieser Republik schadlos zu halten." Friedrich selber wollte die Schale nicht zu sehr auf der österreichischen Seite sinken lassen und für die gezahlten Hilfsgelder und andere Verluste, die ihm der Krieg verursacht hätte, sich einen Ersatz verschaffen [3]).

Mit der Landbegierde wuchs auch die Wißbegierde. Am 6. März wendete sich Friedrich abermals an den Kammerpräsidenten Domhardt und wünschte nun weiter von ihm den ungefähren Ertrag der marienburgschen und kulmischen Gebiete zu erfahren, und am 10ten that er die nämliche Frage auch inbezug auf Pomerellen, jedoch ohne Inbegriff der Stadt

1) Geheime Kabinettsakten, 27. Februar.

2) Der Paß war aus Sandec, vom 8. November 1770, und hatte die Unterschrift: „Neo-Recuperati Hungariae Districtus Administrator."

3) Smitt II, 12; aber mit falschem Datum.

Danzig [1]). An demselben Tage fragte der König den Grafen Finckenstein, ob man nicht den Österreichern könnte zu verstehen geben, daß es nur von ihnen abhinge, den neuen Besitz ansehnlicher zu machen. „Das würde", schrieb Friedrich weiter, „uns berechtigen, ebenfalls unseren Anteil zu vergrößern. Aber ich glaube, wir müssen die Antwort des Grafen Solms abwarten, ehe wir diesen Punkt bei den Österreichern erwähnen." Finckenstein war hiermit ganz einverstanden [2]).

Gerade damals ward hierüber auch in Petersburg gesprochen. Als der Graf Solms den Auftrag vom 20. Februar erhalten hatte, war er sehr ungewiß, wie Panin denselben aufnehmen würde, und er beschloß auf alle Fälle die Empfindlichkeit desselben, die schon durch manche Reden der eigenen Landsleute geweckt worden [3]), zu schonen und ihn nicht zu reizen. Aber als er Gelegenheit fand, seinen Auftrag auszurichten, da zeigte sich der russische Minister durchaus nicht so abgeneigt, wie er gefürchtet hatte. Panin erhob gegen die Sache an sich keine Einwendungen, sondern er äußerte nur seine Zweifel über die Ausführbarkeit, und er hatte nicht so ganz unrecht, wenn er die Besorgniß hegte, daß Friedrichs Plan die Beruhigung Polens erschweren und die sächsische Partei vergrößern könnte. Er wünschte daher die Angelegenheit, die, wie er keineswegs leugnete, im Staatsrate große Billigung finden und sogar den Beschluß der Nachahmung herbeiführen würde, noch etwas hinauszuschieben, und kam mit Solms dahin überein: sie wollten noch eine Zeit lang Stillschweigen beobachten und auch für jetzt an die Kaiserin die Sache nicht amtlich

1) Preuß, S. 183. 184.

2) Der König an Finckenstein, 10. März, dieser antwortet am 11ten und darauf wieder der König am 12ten (Geheime Kabinettsakten). Letztere Stelle bei Beer II, 353.

3) „Par les propos", schreibt Solms, 8. März, „qui lui ont été tenus sur l'acquisition déjà faite par les Autrichiens et sur celles qui resteroient encore à faire par V. Maj. dont on a parlé ici comme d'une chose assurée. Il y a eu même des personnes qui ont soutenu dans le conseil que la Russie devoit se hâter d'imiter ces exemples."

bringen; inzwischen sollte sich der König vom Wiener Hof einige Aufklärung über die Gründe verschaffen, warum derselbe die Starosteien in Besitz genommen hätte, und darauf hinweisen, daß jede andere Macht ähnliche Rechtsgründe zu ihrem Vorteile finden würde [1]).

Der König wartete nicht, bis er Bescheid über die Ansicht des Petersburger Hofes empfangen. Er hatte die Denkschrift seiner Minister gebilligt, aber ihnen dann noch aufgetragen, daß sie den Grafen Solms unterweisen sollten, wie er sich in dieser Angelegenheit zu verhalten hätte. Am 24. März verlangte der König von dem Grafen Finckenstein umgehend diese Papiere, die er mit dem Eilboten an seinen Gesandten abschicken wollte; er schrieb letzterem: am liebsten würden ihm solche Stücke sein, die an Preußen, Pommern, die Neumark oder Schlesien grenzen; wenn aber Rußland Schwierigkeiten machte, würde er sich mit Kulm begnügen, und wenn auch das nicht anginge, mit der Woiwodschaft Marienburg und Ermeland. Er spornte den Grafen Solms wieder an, und zwar auch durch die Aussicht auf eine Belohnung, deren Höhe dem Erfolg entsprechen sollte. „Alles hängt von meinem guten Glück ab", schrieb er an den Grafen Finckenstein, „und ich werde sehr froh sein, wenn ich den einen oder anderen von diesen Bezirken mit meinen übrigen Ländern vereinigen kann." [2])

Als der Eilbote nach Petersburg gekommen war, da wollte Panin gern wissen, was derselbe dem Grafen Solms gebracht hätte, und er gab diesem deswegen Gelegenheit zu einer Unterredung. „Der König beabsichtigt ernstlich die Umstände zu benutzen, um alte Ansprüche seines Hauses an Polen vorzubringen", meldete der preußische Gesandte und forderte den russischen Minister auf, dieses Vorhaben zu unterstützen. Panin, welcher schon seit ungefähr drei Wochen keine Einwendungen

1) Solms, 8. u. 12. März. Er meint, Panin werde sich am Ende fügen müssen, „parcequ'il aura une trop grande pluralité à combattre qui lui sera opposée".

2) Geheime Kabinettsakten und Geheime Korrespondenz, 24. März. Beer II, 353.

mehr erhoben, äußerte sich nun so, wie es Friedrich nur wünschen konnte. „Die Kaiserin", sprach er, „wird sich nicht einer Vergrößerung widersetzen, welche das Gleichgewicht zwischen Preußen und Österreich herstellt, und wir werden gleichfalls nicht mit leeren Händen stehen bleiben, wenn es zu einer Teilung kommt. Aber die beiden Höfe können diese Angelegenheit keineswegs allein ordnen, und deshalb muß man erst klar sehen, nicht nur was Österreich nach seiner Besitznahme thun will, sondern auch, wie es über einen ähnlichen Schritt Preußens und Rußlands denkt." Panin entschuldigte sich dann sehr wegen seiner Vorsicht; „aber zwei Kriege", sprach er, „können wir uns nicht aufladen." Ja, er fürchtete, daß der Wiener Hof aus Eifersucht gegen Preußen und besonders gegen Rußland das Geraubte lieber zurückgeben und ihnen den neuen Besitz durch einen Krieg würde wieder zu entreißen suchen [1]. So war in Petersburg der Lynarsche Plan angenommen, und es handelte sich also nur noch darum, auch den Wiener Hof für die Teilung zu gewinnen.

Schon im Januar hatte, wie bereits erwähnt worden ist, die Kaiserin beschlossen, durch ihren Gesandten dem österreichischen Staatskanzler anzeigen zu lassen, warum sie nicht die Vermittelung, sondern nur die guten Dienste des Wiener und Berliner Hofes annehmen könnte, und welche Forderung erfüllt werden müßte, bevor überhaupt eine Unterhandlung möglich wäre. Inbezug auf die Friedensbedingungen ließ Katharina sagen: dieselben würden nicht Eroberungen, sondern nur eine billige Entschädigung für die Kriegskosten, das Recht der Humanität, die Sicherheit der Grenzen ihres Reiches und die Befestigung des Friedens zum Zweck haben; sie werde nur Gerechtes und was den österreichischen und russischen Interessen entspreche, verlangen. Gallitzin entledigte sich seines Auftrages am 16. Februar, und wie er überaus freundlich gewesen war, so ließ auch Maria Theresia sehr höflich antworten. Sie erklärte sich bereit, die Vermittelung aufzugeben und nur gute

1) Solms, 9. April.

Dienste zu leisten, freilich erst dann, wenn sie die Friedensbedingungen empfangen und annehmbar gefunden hätte; sie versprach in Konstantinopel auf die Freilassung Obreskoffs hinzuwirken und die Pforte dahin zu bestimmen, daß sie von der Vermittelung abstände.

Herr v. Thugut ward auch wirklich angewiesen, dieser Erklärung gemäß vorzugehen. Außerdem setzte van Swieten den Grafen Finckenstein von allem in Kenntniß; zugleich aber sprach er auch von dem tiefen Mißtrauen, von welchem sein Hof erfüllt wäre, daß die Kaiserin von Rußland die Österreicher nur einschläfern wollte und den Türken im nächsten Feldzuge den Garaus machen würde. Der Gesandte berichtete weiter, daß man in Wien auf das Heer, das man in Ungarn versammelte, besonders aber auf die enge Verbindung mit Preußen sich verließe und daraus die Hoffnung schöpfte, zu einem Frieden, wie man ihn wünschte, zu gelangen. Umgekehrt suchte Friedrich durch das, was Finckenstein dem österreichischen Gesandten sagen mußte, das Vertrauen auf einen günstigen Ausgang zu beleben; nur bat er den Wiener Hof, derselbe möchte sich durch die ersten Vorschläge nicht abschrecken lassen und um Gotteswillen nicht durch schroffe Ausdrücke die Gemüter erbittern [1]).

Friedrich war damals zweifelhaft, ob er die Österreicher aufmuntern sollte, sich in Polen noch mehr auszubreiten; aber er wartete, wie bereits erwähnt, eine Kundgebung aus Rußland ab, und erst am 27. März erhielt Finckenstein einen solchen Auftrag, dessen er am folgenden Tage sich entledigte [2]). Der Wiener Hof aber mochte nicht auf die Zumutung eingehen. Schon im März hatte Török den Befehl empfangen, sich „Verwalter der in den Militärkordon eingeschlossenen Starosteien“ zu nennen. Jetzt antwortete Kaunitz dem Freiherrn

1) Finckenstein, 9. März; Friedrich, 10. März in den Geheimen Kabinettsakten.

2) Geheime Korrespondenz und Geheime Kabinettsakten. Was dann Beer II, 353, Nr. 13 mitteilt, ist nicht recht verständlich ohne das Schreiben Finckensteins vom 5. April in den Geheimen Kabinettsakten.

van Swieten: Österreich wolle keine Eroberungen machen, sondern nur auf freundschaftliche Weise seine Gerechtsame vorbringen, und Ihre Majestäten seien sogar bereit, den früheren Besitzstand wiederherzustellen. Freilich sollte das nicht gleich geschehen, sondern erst, nachdem Katharina mit der Pforte Frieden geschlossen hätte, Polen beruhigt und die künftige Ruhe durch die Garantie der drei Mächte befestigt, außerdem noch die russischen und preußischen Truppen aus dem Königreich herausgezogen wären [1]).

Swieten erhielt Gelegenheit, mit dem Könige selber zu sprechen. Dieser hatte mit großem Vergnügen von Solms erfahren, daß Panin bereit wäre, gleich ihm ein Stück von Polen abzureißen. Gegen Ende des April ließ er bei seiner Anwesenheit in Berlin den österreichischen Gesandten zu sich rufen, sprach mit ihm wie gewöhnlich über die Friedensbedingungen und kam hierbei auf den Vorschlag: Rußland möge sich ein Stück polnischen Landes als Entschädigung aneignen, Österreich behalten, was es in Besitz genommen, und er selbst auch ein ihm gelegenes Gebiet suchen. Als der Gesandte darauf entgegnete, daß die Absicht seines Hofes keineswegs auf Eroberungen gerichtet wäre, da fuhr der König fort: „Lasset doch in Euren Archiven nachsehen, ob Ihr nicht noch einige Ansprüche auf eine Woiwodschaft, die Euch recht ist, darin finden werdet. Glaubt mir, man muß die Gelegenheit benutzen; ich werde meinen Teil ebenfalls nehmen und Rußland den seinigen. Das wird für keinen von uns eine sehr beträchtliche Vergrößerung abgeben, aber immerhin angenehm sein, und ferner, weil wir, Euer Hof und ich, den Frieden in Polen herstellen und die Ruhe dort aufrecht halten wollen, werden wir durch diese neuen Besitzungen besser imstande sein, darüber zu wachen und wirksam dazu beizutragen."

Was den letzten Punkt betrifft, so rechnete van Swieten hierbei mehr auf die künftige preußisch-österreichische Garantie und bat außerdem den König, zu überlegen, ob das Anwachsen

1) Arneth VIII, 598, Nr. 393. 590 u. 400.

der russischen Macht nicht so bedenklich für ihn wäre, daß die künftige Gefahr den gegenwärtigen Vorteil bei weitem überwöge. Das stellte der König aber mit Recht in Abrede. „Rußland will nur“, sprach er, „das polnische Livland, worauf es Ansprüche besitzt; übrigens bitte ich alles das nachhause zu berichten. Ich habe keinen anderen Zweck hierbei, als ganz genau Art. 7 und 8 des politischen Katechismus zu beobachten, und dann wünsche ich, daß Euer Hof von unserem guten Einvernehmen einige Vorteile davontrage.“ Der Gesandte suchte dann zu erfahren, auf was für einen Teil von Polen der König eigentlich seine Absicht gerichtet hätte. Friedrich antwortete, daß es ihm auf einen Teil von Pomerellen ankäme. „Es ist ein schlechter Bezirk“, sprach er, „und ich verlange ihn nur, um eine Verbindung mit meinem Königreiche Preußen zu gewinnen und an die Weichsel zu gelangen, ohne daß jedoch die Rede von Danzig ist.“ Friedrich erklärte sich auch wieder mit den militärischen Vorkehrungen in Ungarn zufrieden und besonders damit, daß zum Orte, wo sich die Armee versammeln sollte, Pest ausersehen worden wäre, weit genug entfernt, um nicht unmittelbar gegen die Russen gerichtet zu sein, und doch wirksam genug als Drohung [1]).

An diesem und dem folgenden Abende war bei der Königin große Versammlung. Friedrich zeigte sich hier nicht allein ungemein gnädig gegen van Swieten, den auch der Graf Finckenstein aufmerksam machte, daß man den günstigen Augenblick nicht verabsäumen dürfte, sondern auch sehr aufgeräumt [2]). In Wahrheit aber hegte der König damals große Furcht vor einem Kriege zwischen den Russen und Österreichern. Er meinte: schon im vergangenen Herbste hätte sich Panin gegen Kaunitz näher erklären sollen, damit die notwendigen Vorkehrungen getroffen werden konnten, wenn eine Verständigung mit Österreich unmöglich war. „Ich habe gewarnt“, hatte er an Solms eigenhändig am 14. April geschrieben, „ich warne jetzt und

1) Beer, Friedrich II. und van Swieten, S. 22 (27. April).
2) Arneth VIII, 591.

ich werde fortfahren zu warnen, indem ich in Unschuld meine Hände wasche, wenn man sich durchaus täuschen will." Ähnlich äußerte sich der König nach der Zusammenkunft mit dem Freiherrn van Swieten. Am 28. April riet er, indem er wiederum an Solms eigenhändig schrieb: erstlich sollte der Petersburger Hof mit dem Wiener in Beratung über die Friedensbedingungen treten. „Vielleicht findet man letzteren nachgiebiger", äußerte er, jedoch er glaubt es nicht. Hierauf sollten Rußland und Preußen über ihre Erwerbungen in Polen übereinkommen. Österreich könnte sich nicht widersetzen, da es das Beispiel gebe, und es sich hierbei nicht um Gebietsteile in seiner Nachbarschaft handle. Dann dürfte man sich nur noch über die Moldau und Walachei verständigen. Am Schlusse forderte Friedrich seinen Gesandten noch auf, einen guten Gebrauch von dieser wichtigen Depesche zu machen.

Seit vielen Monaten peinigte den König, wie wir gesehen haben, die Angst, es könnte zu dem Türkenkriege noch ein Krieg mit Österreich treten; aber hierzu war doch in der zweiten Hälfte des Februar noch ein anderer Trieb gekommen, nämlich der Wunsch, Ostpreußen mit seinen anderen Ländern zu verbinden. Er hatte sich nicht leicht entschlossen, Hand an dieses Werk zu legen; aber nachdem er es gethan, war seine Begierde, das Ziel zu erreichen, von Woche zu Woche gewachsen. „Der Erfolg der Unterhandlung über meine Vergrößerung", schrieb er am 12. Mai an den Grafen Solms, „hängt sehr von Eurer Thätigkeit und Geschicklichkeit ab. Urteilet also selbst, was man von einem Gesandten denken soll, welchem man einen wichtigen Auftrag erteilt hat, und den man so sehr die Sache verschleppen sieht. Muß man ihn nicht im Verdacht einer zu großen Schlaffheit haben und einen anderen schicken, der die Angelegenheit schneller betreibt? Nun, wenn ich über Euch nicht ebenso denken soll, so zeiget mehr Eifer und Thätigkeit, um mir zu verschaffen, was ich wünsche; denn ich laufe sonst Gefahr, es nie zu erlangen." [1])

1) Immediat, 14. u. 28. April, 12. Mai.

Während so in Friedrich die Begierde nach einer Erwerbung täglich zunahm, ging man in Wien den entgegengesetzten Weg. Hier hatten die Berichte des Freiherrn van Swieten die größte Aufmerksamkeit erregt, und es waren sehr wichtige Verhaltungsbefehle nach Berlin geschickt worden. Der Gesandte sollte nämlich abermals erklären, daß Österreich seine Ansprüche auf jene Starosteien nur im Wege gütlichen Vergleiches zur Geltung bringen wollte, und daran die Bemerkung knüpfen, daß hiermit der Vorschlag des Königs von Preußen nicht wohl vereinbar wäre. Ferner wies der Wiener Hof darauf hin, daß es die in hohem Grade verwickelte Lage der Dinge nicht ratsam erscheinen ließe, einen Plan zu verfolgen, welcher diese Verwirrung noch unendlich vermehren könnte. Endlich hielt man die Schwierigkeit, über möglichst gleichmäßige Erwerbungen sich zu verständigen, für so außerordentlich groß und fast unüberwindlich, daß man die Ausführung widerriet. Man erbot sich zugleich, die besetzten Starosteien zurückzugeben, wenn Rußland und Preußen ebenso verführen; wie Joseph seinem Bruder meldete, wollte die Kaiserin-Königin freilich nur für diesmal von ihren Ansprüchen abstehen [1]).

Neben dieser Erklärung, mit welcher der König oder sein Minister bekannt gemacht werden sollte, wurde noch ein anderes Schreiben abgesendet, dessen Inhalt aber sorgfältig geheim zu halten war. Dem Staatskanzler schien es nicht recht glaublich, daß Preußen und Rußland so wenig von Polen begehren sollten, und so empfing denn van Swieten den Auftrag, hierüber behutsam Erkundigung einzuziehen und außerdem zu erforschen, ob sich der Petersburger Hof mit Friedrichs Vorschlage wirklich schon einverstanden erklärt oder nur im allgemeinen eine willfährige Äußerung hingeworfen hätte. Diese Wißbegierde des Staatskanzlers ist ganz begreiflich; dagegen erscheint es höchst merkwürdig, daß er weiter noch gern erfahren wollte, ob nicht überhaupt aus der ganzen Teilungsidee etwas Größeres hervorgehen und Österreich gegen verhältnißmäßige

1) Arneth, Maria Theresia und Joseph I, 341 ff.

Erwerbungen Preußens in Polen ein Stück von Schlesien und der Grafschaft Glatz wiedererlangen könnte. Maria Theresia fand gegen diese Schreiben nichts einzuwenden; sie und ihr Kanzler würden hiernach sogar zu einer größeren Beraubung Polens ihre Zustimmung gegeben haben, wenn sie dafür einen Teil der unvergeßlichen Provinz Schlesien hätten zurückgewinnen können [1]).

Van Swieten richtete seinen Auftrag aus, jedoch ohne Zweifel mit Ausnahme des letzten Punktes, und Finckenstein meldete dem König am 13. Mai die Antwort des Wiener Hofes, mit welcher er natürlich sehr wenig zufrieden war. Er erklärte sich diesen Schritt so, daß er meinte: die Österreicher fürchteten, sie würden nicht so viele Vorteile davon tragen als Rußland und Preußen. Der König stimmte dem bei: „Aber was kommt darauf an, ob der Wiener Hof zu dieser Erwerbung seine Zustimmung giebt oder nicht?" schrieb Friedrich weiter; „wenn wir uns mit den Russen verständigen, werden sie mit saurem Gesicht in das willigen müssen, was sie nicht ändern können, ohne Krieg zu führen; gewiß werden sie alsdann ihren Anteil vergrößern und sich entschließen, zu schweigen. Es ist ein Glück, daß Frankreich so erschöpft ist; des Beistandes von daher beraubt, werden die Österreicher um so nachgiebiger und sanftmütiger sein."

Finckenstein antwortete dem König noch an demselben Tage. „Das Verlangen Rußlands nach einer Entschädigung für die Kriegskosten", schrieb er, „und die Schwierigkeiten, welche der Wiener Hof in den Weg legen wird, sie in der Moldau, Walachei und Krim zu nehmen, werden Gelegenheit geben, den Russen zu sagen, daß eine Zergliederung Polens das einzige Mittel ist, den gordischen Knoten zu zerhauen, und daß Ew. Majestät geneigt sind, dazu die Hände zu bieten, wofern man für Ihren Vorteil sorgt. Der Wiener Hof wird seine Sprache vielleicht ändern, wenn er sieht, daß Ew. Majestät mit Rußland einig sind, und ich glaube, derselbe wird dann lieber

1) Arneth VIII, 306. 307.

seinen Teil nehmen wollen, als einen Krieg wagen, in welchem er mit starken Gegnern zu thun haben würde, ohne doch auf seine Verbündeten bauen zu können." Ähnlich dachte der König, der um diese Zeit, am 14ten abends, noch einmal an seinen Minister schrieb und ihm auftrug, dem Freiherrn van Swieten zu sagen, daß der Teilungsplan unmittelbar aus Petersburg käme. „Wenn jene Menschen das erfahren", schrieb Friedrich weiter, „so werden sie sich mehr als einmal besinnen, ehe sie zwei Mächte, die in ihrem Plan einig sind, vor den Kopf stoßen, und es scheint mir, sie werden am Ende thun, was die Russen und wir vorschlagen. Wenn sie etwas zurückhält, so sind es vielleicht ihre lieben Verbündeten, die Franzosen, die eine Zergliederung Polens wohl ungern sehen würden."

Als Finckenstein den Auftrag ausrichtete, glaubte er aus dem Gespräch mit dem Gesandten den wahren Grund der Ablehnung zu erkennen. „Rußland kann sich gut abrunden", bemerkte van Swieten, „schon eine Landzunge bis zur Weichsel ist für Preußen viel wert; aber für Österreich hat es keinen Nutzen, sich über die Karpathen hinüber auszudehnen, das würden nur einige Gebietsteile mehr sein, die noch dazu vielleicht eine Last werden könnten." Finckenstein aber wollte nicht zugeben, daß Österreich außerstande sein würde, gegen die Polen solche Erwerbungen zu behaupten [1]).

Der König hatte die Zergliederung der Republik mit dem Türkenfrieden verknüpft; aber es kam doch in letzterer Beziehung nicht allein auf Rußland und Österreich an, sondern auch auf die Pforte selbst, und ob diese die Unabhängigkeit der Tataren zugeben würde, das war außerordentlich zweifelhaft. Einen wichtigen Schritt hatte man allerdings in Konstantinopel gethan. Zum Ruhme des russischen Namens war Obreskoff in Freiheit gesetzt worden, und auch die Vermittelung ließen die gedemütigten Türken fallen und erklärten sich bereit, die guten Dienste des Wiener und Berliner Hofes anzunehmen; freilich ging ihre

1) Geheime Kabinettsakten, 13. bis 15. Mai. Die beiden Briefe des Königs bei Beer II, 354 sind vom 14ten und nicht vom 15. April.

Absicht keineswegs dahin, in der Sache nachzugeben, und nach wie vor wollten sie nicht unmittelbar mit Rußland in Unterhandlung treten. Anfang Mai gelangten diese Nachrichten nach Wien, wo sich eben damals der Graf Alexis Orloff aufhielt. Aus dessen Munde vernahm der Staatskanzler, daß die russische Kaiserin auf zwei Bedingungen unweigerlich bestehen würde, nämlich auf einer Geldentschädigung für die Kriegskosten und der Unabhängigkeit nicht allein der Tataren, sondern auch der Moldau und Walachei [1]).

Der Eilbote mußte seinen Weg über Berlin nach Petersburg nehmen. Lobkowitz erhielt Befehl, mit Eifer den Grafen Panin jetzt anzugehen, daß er nach Erfüllung der Vorbedingungen die Friedensvorschläge dem Wiener Hofe mitteilen sollte. Der russische Minister konnte nun auch nicht gut noch länger ausweichen; am Abend des 30. Mai übergab er dem österreichischen Gesandten drei Schriftstücke. Bei dieser Gelegenheit äußerte Panin: er könne nicht glauben, daß die Österreicher die Türken mit einem Heer unterstützen werden. Er erbot sich alsdann, eine Verständigung der drei Mächte über Erwerbungen in Polen herbeizuführen.

Am anderen Tage sprach Panin hierüber mit Solms. Beide kamen dahin überein, daß sie einander ihre Ansprüche nicht vorweisen würden. Die Kaiserin wollte sich mit der Versicherung des Königs von Preußen begnügen, daß er dieselben zu liefern vermöchte. Der russische Minister bestand ferner darauf, die Erwerbung von Pomerellen mit Danzig würde zu viel Widerspruch erfahren, und es daher besser sein, wenn sich der König auf Ermeland, Marienburg und Kulm mit Einschluß von Thorn beschränkte. Die russischen Ansprüche bezogen sich auf einen langen Strich der polnischen Ukraine längs des Dniepr; die Kaiserin wollte darauf aber verzichten und dafür das polnische Livland und die Woiwodschaft Witepsk nehmen, letztere so, daß von Polock an der Düna eine gerade Linie bis Orsa am Dniepr gezogen würde.

1) Joseph an Leopold, 2. Mai (Arneth I, 338 ff.).

Panin wünschte nun den Entwurf eines Teilungsvertrages vom Könige zu empfangen, und zwar sollte darin auch der Fall vorgesehen sein, daß der Wiener Hof diesen Erwerbungen sich widersetzte, und die Mittel angegeben werden, durch welche man dennoch ans Ziel gelangen könnte [1]).

Wir wissen, daß Panin und seine Gebieterin bereits im Oktober und November des vergangenen Jahres dergleichen Absichten dem Prinzen Heinrich kundgegeben hatten. Katharina mochte nicht um die Früchte ihrer Siege durch Österreich gebracht werden; daher wünschte sie mit diesem und Preußen eine Tripelallianz zu schließen; wenn aber der Wiener Hof unerbittlich bliebe, dann wollte sie dessen feindselige Bestrebungen durch Friedrich den Großen lähmen. Die Nachricht von dem Beschluß Österreichs, ein Heer von 50,000 Mann aufzustellen, hat sie wahrscheinlich zu den Äußerungen bewogen, welche sie im Anfange des Januar gegen den Prinzen Heinrich that und die im Grunde die erste polnische Teilung herbeigeführt haben. Für Preußen brachte die Beraubung der Republik den größten Vorteil, aber ohne Rußlands Einwilligung hätte sie nicht ins Werk gesetzt werden können [2]).

1) Solms, 31. Mai und 1. Juni. Schon am 24. Mai hatte Solms berichtet, daß Panin keine Schwierigkeit inbezug auf Erwerbungen in Polen mache, er wünsche im Verein mit Österreich es zu thun, so daß die drei Mächte sich zuerst über ihre Absichten und dann über die Mittel der Ausführung verständigen; wenn er dem Fürsten Lobkowitz die Friedensbedingungen mitgeteilt habe, wolle er über Polen mit ihm sprechen. Hiernach kam also die anfeuernde Depesche Friedrichs vom 12. Mai zu spät, und wenn Solms am 16ten (d. h. 27sten) dennoch an Panin sich wandte, so hat seine drohende Note die Einwilligung Rußlands aller Wahrscheinlichkeit nach nicht beschleunigt.

2) Gunning berichtet am 14. Dezember 1772 (Sbornik XIX, 337), Panin habe ihm erklärt, daß Rußland „could not have acted otherwise without embroiling Europe in a general war; that it was the dismemberment of Poland alone that prevented Austria from drawing the sword and brought on a coolness that subsisted between her and the court of Versailles“.

Viertes Kapitel.

Widerstand Österreichs gegen die russischen Friedensbedingungen und gegen die polnische Teilung.

Wenn man das Verhalten Friedrichs in der polnischen Frage während des Winters von 1770 zu 1771 genau verfolgt, so bemerkt man nicht ohne Verwunderung, daß er zuerst einer Erwerbung in Polen mit größter Entschiedenheit entgegentritt und sie dann mit wachsender Ungeduld erstrebt. Aber in beiden Fällen handelt er mit gleicher Aufrichtigkeit. Er hatte sich zurückgehalten, weil er fürchtete, daß Choiseul den Österreichern, wenn sie die Russen bekriegten, mit allen französischen Streitkräften zuhilfe kommen könnte. Diese Besorgnis minderte sich sehr, als der unruhige Herzog am 24. Dezember 1770 in Ungnade gefallen war, und sie verschwand gänzlich, als Friedrich erfuhr, daß der Hof von Versailles dem eng verbundenen Könige von Spanien jeglichen Beistand gegen die Engländer verweigert hatte, weil er sich ganz außerstande fühlte, solchen zu leisten. Die Verwirrung war in Frankreich auf den Gipfel gestiegen; der tief verschuldete Staat konnte die gewöhnlichen Ausgaben nicht mehr bestreiten, geschweige denn die Österreicher unterstützen. Eben deshalb schreitet Friedrich nun mit Zuversicht ans Werk und läßt dem Grafen Panin sagen, daß er den Wiener Hof nicht zu fürchten brauche. „Gehen wir ruhig unseres Weges“, fuhr er fort, „und wenn jene Menschen uns Neid zeigen, so trösten wir uns darüber; denn es ist besser Eifersucht zu erregen als Mitleid.“ [1])

Diesen Grundsatz befolgte Friedrich auch inbezug auf den Umfang seiner Erwerbung. Am letzten Mai hatte Panin, wie erwähnt, Ermeland, Marienburg und Kulm vorgeschlagen

1) An Solms, 19. Juni 1771.

und war trotz der Widerrede des preußischen Gesandten dabei stehen geblieben. Aber in dem Vertragsentwurfe, den Friedrich einschickte, wurde Panins Rat nicht befolgt. Der König überließ es dem Petersburger Hofe, seinen Anteil zu bestimmen; er selbst nahm Pomerellen mit Ausnahme der Stadt Danzig und ihres Gebietes und den Teil von Groß-Polen in Anspruch, welcher sich von Driesen längs der Netze bis nach Bromberg und Fordon an der Weichsel erstreckt, so daß der Fluß die Grenze bilden sollte, ferner die Woiwodschaften von Kulm und Marienburg, und nur im äußersten Falle, wenn dieser Vorschlag zu viel Schwierigkeiten fände, wurde Solms in dem begleitenden Schreiben angewiesen, sich mit Ermeland, Elbing, Marienburg und Kulm zu begnügen. Nach dem dritten Artikel des Entwurfes sollten Rußland und Preußen tiefes Schweigen beobachten, aber, wenn die Zeit gekommen wäre, dem Wiener Hofe Mitteilung machen und ihn zum Beitritt einladen. Weigerte sich Österreich wider Erwarten, so sollte darum der Vertrag doch Geltung haben. Diese letzte Bestimmung hatte Finckenstein hinzugefügt, weil er dem Fürsten Kaunitz nicht traute und überzeugt war, derselbe würde nur mit saurem Gesicht einwilligen und tausend Schwierigkeiten erheben, welche den furchtsamen Grafen Panin beunruhigen könnten. Finckenstein glaubte daher diesen Minister in der Art binden zu müssen, daß ein solcher Zwischenfall niemals imstande wäre, der Gültigkeit des Vertrages Abbruch zu thun [1]).

Auch Friedrich suchte dem Grafen Panin Mut zu machen, indem er ihn darauf hinwies, daß Österreich von den Franzosen keine Hilfe zu erwarten hätte und sich deshalb ohne Zweifel inacht nehmen würde, den Russen und Preußen den Krieg zu erklären, und wenn es ja zu Drohungen sich hinreißen ließe, so stand der König mit seinem Kopfe dafür ein, daß er und die Kaiserin, wenn sie sich gehörig verständigt hätten, die Österreicher bringen würden, wohin sie wollten. Er erklärte

1) Finckenstein an Friedrich, 14. Juni; dabei liegt der Vertragsentwurf.

sich aus demselben Grunde bereit, jede Bürgschaft für das Gebiet, welches Rußland sich einverleiben würde, zu übernehmen. „Ich laufe dabei nicht einmal Gefahr", schrieb er an Solms, „mir einen Krieg aufzubürden; denn diese Angelegenheit verlangt nur, daß man sich nicht aus der Fassung bringen läßt und fest bleibt." Und für den Fall, daß die Österreicher ihren Anteil zu klein fänden, schlug er vor, daß man ihnen die Strecke, welche sie von Triest trennte, anbieten könnte. „Ich hoffe", fügte der König noch eigenhändig hinzu, „Ihr werdet Euch anstrengen, um diese wichtige Angelegenheit zu einem glücklichen Ziele zu führen, überzeugt, daß ich Euch meine Dankbarkeit versprochenermaßen bezeigen werde." [1])

Der preußische Gesandte hatte keineswegs ein schweres Stück Arbeit, denn Panin legte die größte Willfährigkeit an den Tag und erklärte sich bereit, der Kaiserin und dem Ministerrat als Erwerbungen Preußens vorzuschlagen: den Bezirk von Groß-Polen zwischen Weichsel und Netze, ganz Pomerellen mit Ausnahme der Stadt Danzig und ihres Gebietes, und für diesen Verzicht und die Aufgabe der anderen Ansprüche das Bistum Ermeland, sowie die Woiwodschaften von Marienburg und Kulm, jedoch ohne die Stadt Thorn und ihr Gebiet; auch sollte der König versprechen, den Handel auf der Weichsel durch keine neuen Zölle zu beschweren [2]).

Während so Preußen und Rußland über die Zergliederung sich verständigten, blieb man ihr in Wien abgeneigt; und wie Swieten früher in Berlin, so gab Lobkowitz jetzt in Petersburg im Gespräche zu erkennen, daß Maria Theresia nur den kleinen Landstrich behalten wolle, auf welchen sie Anspruch zu haben glaube. Gegen Solms aber äußerte der österreichische Gesandte: wenn sein Hof sich etwas wünschen sollte, so wäre es die kleine Walachei. Panin erklärte sich sofort bereit, dieselbe zu bewilligen, wenn Österreich dafür einige Gefälligkeit

1) Friedrich an Solms, 14. Juni, bei Smitt II, 23.

2) Solms, 5. Juli.

gegen die preußisch-russischen Absichten zeigte [1]). Jedoch das geschah keineswegs.

Auf die Schriftstücke, welche Panin dem Fürsten Lobkowitz am 30. Mai zur Verteidigung der russischen Friedensbedingungen übergeben, antwortete der Wiener Hof völlig ablehnend, und er konnte nicht einmal gut anders verfahren, weil er mit der Pforte seit dem Februar in Unterhandlung über ein Bündnis stand. Er wünschte vielmehr, daß auch noch andere Staaten sich gegen Rußland erheben möchten. In einer geheimen Unterredung mit dem schwedischen Gesandten bedauerte der Kaiser sehr, daß dieses einst mächtige Land durch Parteiungen nun so zerrissen wäre, und gab der Hoffnung Ausdruck, der mit großen Gaben ausgestattete König würde die Geschicklichkeit haben, die Einigkeit wieder herzustellen, und seinem Volke die Augen über die Gefahr öffnen, in die es die furchtbare Macht Rußlands brächte. „Von der Lage, worin sich der Petersburger Hof befindet“, fuhr der Kaiser fort, „wird man hoffentlich Nutzen ziehen; er ist durch einen verderblichen Krieg erschöpft und ohne Geld, ihn fortzuführen. Man sieht leicht ein, wie die Russen jetzt unter dem Vorwande, Polen zu beruhigen, es unterdrücken, und wenn die Schweden nicht beizeiten das Rechte bedenken, dürften sie in dieselbe Lage kommen.“ Der Kaiser bedauerte weiter, daß der König von Dänemark sich nicht in seinem wahren Interesse mit Schweden verbände, um Rußlands furchtbare Überlegenheit zu verringern. „Mit Versprechungen“, sagte Joseph, „läßt er sich hinhalten und ändert nichts als seine Minister.“

Ähnlich äußerte sich die Kaiserin-Königin einige Tage später gegen den englischen Gesandten. „Bei der gegenwärtigen Lage der Dinge und der Verbindung, welche zwischen den Höfen von Petersburg und Berlin besteht, können wir Rußlands Vergrößerung nicht mit Gleichgültigkeit ansehen. Ich stehe in diesem Augenblick auf einem sehr guten Fuße mit dem Könige von Preußen, ich hege wegen des Vergangenen keinen Groll

1) Solms, 28. Juni.

oder Übelwollen gegen ihn: allein ich darf mein Vertrauen auf seine Freundschaft nicht so weit treiben, um die Vorsicht zu vernachlässigen; ich darf die Möglichkeit nicht vergessen, daß er aufhört mein Freund zu sein. Darum kann ich es nicht mit Gleichgültigkeit ansehen, wenn sein Verbündeter einen bedeutenden Zuwachs an Macht und Einfluß erlangt."

Die Kaiserin-Königin dachte bei dieser Gelegenheit auch der Teilung, die über Polen schwebte. „Sie werden leicht ermessen", sagte sie, „daß wir dies niemals gestatten können. Ich für meine Person wünsche kein Dorf zu behalten, das mir nicht zukommt. Ich will keine Eingriffe machen und, so weit ich es imstande bin, auch nicht dulden, daß sie gemacht werden. Kein Teilungsplan, wie vorteilhaft er immer sein mag, wird mich auch nur auf einen Augenblick in Versuchung führen; ich werde vielmehr alle Pläne solcher Art mit Verachtung verwerfen. Ich mache mir hieraus kein Verdienst; denn ich müßte sowohl aus Grundsätzen der Klugheit und Politik als auch aus Beweggründen der Billigkeit und Gerechtigkeit also handeln." Von Friedrich II. war Maria Theresia überzeugt, daß er unter den damaligen Umständen allein um der Vergrößerung willen keinen Krieg wagen würde; „kann er aber ohne diese Gefahr um sich greifen", bemerkte sie treffend, „so wird er eine solche Gelegenheit nicht vorübergehen lassen."

Die Kaiserin-Königin kehrte dann wieder zu dem russisch-türkischen Kriege zurück und sprach: „Beim Ausbruche des Kampfes sagte ich Ihnen, ich würde demselben so lange wie möglich fern bleiben; ich sage Ihnen jetzt mit derselben Offenheit, daß ich, wenn er länger dauert als der gegenwärtige Feldzug, daran teilnehmen muß. Ich weiß, es ist ein höchst verderblicher, zerstörender Krieg. Wir werden dem Hunger, der Pest und jeder Plage ausgesetzt sein; aber dessenungeachtet fordern ihn meine künftige Sicherheit und die Erhaltung meiner wesentlichen Interessen so laut, daß mir keine Wahl bleibt, und ich gehorchen muß. Ich hoffe jedoch, die Dinge werden zu

diesem Äußersten nicht kommen; ich spreche von dem Schlimmsten, das sich ereignen kann." [1])

Bald darauf ging der Eilbote mit der Antwort Österreichs über Berlin nach Petersburg. Friedrich bedauerte sehr den Beschluß, welchen man in Wien gefaßt hatte, weil derselbe die bereits bestehende Verwirrung nur vergrößerte; denn er sah voraus, daß in dem laufenden Jahre die Unterhandlungen noch nicht beginnen würden [2]).

Um diese Zeit, am 6. Juli, kam das Bündnis des Wiener Hofes mit der Pforte zustande. Derselbe verpflichtete sich, den Türken einen annehmbaren Frieden zu verschaffen; dafür wurden ihm die kleine Walachei, gewisse Handelsvorteile und 20,000 Beutel oder 11,250,000 Gulden Hilfsgelder versprochen, ja er sollte, wenn er es für gut fände, noch 2- bis 3000 Beutel zur Erreichung gewisser geheimer Absichten empfangen. Kaunitz fürchtete nämlich, daß die Erwerbung der kleinen Walachei den König von Preußen beunruhigen und vielleicht sogar zu feindseligen Schritten treiben könnte, und er glaubte, Friedrich würde sich durch Geld beschwichtigen lassen. Wie wenig er seinen großen Gegner zu würdigen verstand, haben wir schon mehrmals gesehen. Im Anfange des August erfuhr man in Wien den Erfolg, welchen man in Konstantinopel davongetragen; durch den Vertrag erlange man, bemerkte der Staatskanzler der Kaiserin-Königin, ansehnliche Vorteile, ohne sich zu beschwerlichen Gegenleistungen verpflichtet zu haben. „Ich nehme nicht gerne Geld von diesen Leuten", antwortete Maria Theresia dem Fürsten; aber sie hütete sich, die 4000 Beutel, welche sogleich gezahlt worden waren, den Ungläubigen zurückzuschicken [3]).

Die Sprache des Wiener Hofes mußte jetzt noch schärfer werden. Am 12. August erklärte van Swieten dem Minister Hertzberg: „Der König scheint von der Festigkeit des Wiener

1) Raumer, Beiträge III, 247; IV, 389ff.
2) An Solms, 9. Juli.
3) Arneth VIII, 287. 291.

Hofes nicht genug überzeugt zu sein; deshalb spricht sich dieser von neuem dahin aus, daß er ganz und gar entschlossen ist, es eher zum Äußersten kommen zu lassen, als eine Zergliederung des türkischen Reiches zu erlauben. Er betrachtet den gegenwärtigen Augenblick als einen solchen, der über das Schicksal von Rußland und Österreich entscheiden muß. Der König wird wohl davon überzeugt sein, daß für seine eigenen Interessen die Erhaltung des Gleichgewichts einigen unwesentlichen Vorteilen oder Erwerbungen vorzuziehen ist." Endlich betonte van Swieten, daß die Pforte sowohl entschlossen als auch darauf vorbereitet wäre, den Kampf noch einige Jahre fortzusetzen [1]).

Der König hatte dann auch selbst eine Unterredung mit dem österreichischen Gesandten. Dieser sprach so zu ihm, daß er glauben mußte, der Krieg würde zu Anfang nächsten Jahres erklärt werden. „Panin sucht indessen zu beweisen", meldete Friedrich dem Prinzen Heinrich weiter, „daß seine Bedingungen höchst gemäßigt sind. Er muß über die Moldau und Walachei sich entscheiden; dort liegt der Knoten. Die Sache verwickelt sich so, daß der Ausgang nicht vorherzusehen ist. Ich fange an, die notwendigen Maßregeln zu treffen, um nicht unvorbereitet zu sein." [2])

Noch ausführlicher unterrichtete Friedrich seinen Gesandten in Petersburg über seine letzte Unterredung mit dem Freiherrn van Swieten und trug ihm auf, dem Grafen Panin weiter zu sagen: „Das sei der einzige Augenblick, wo man noch einen allgemeinen Krieg vermeiden könne; wenn man bis zum Ende des Winters nicht dahin gelange, die beiden Parteien zu versöhnen, so werde es nächstes Jahr zwischen Rußland und Österreich zum Kampfe kommen, und es sei nicht gut, zu viel auf das Glück zu bauen." Der König hatte schon vorher die Kaiserin auffordern lassen, inbetreff der Moldau und Walachei, die sie doch gar nicht einmal behalten wolle,

1) Hertzberg an den König, 12. August.
2) Duncker, S. 241 (14. August).

nachzugeben; noch weit ernster schrieb er jetzt an den Grafen Solms, daß alle seine Verträge mit Rußland sich nur auf die Erhaltung des Königs von Polen auf dem polnischen Thron und nicht auf die Trennung der Moldau und Walachei von der Türkei bezögen. „Ich habe mich erboten", fuhr der König fort, „der Kaiserin von Rußland eine Entschädigung für die Kriegskosten in Polen zu verbürgen; aber das Beste meines Landes und die Interessen desselben hindern mich, einen Schritt weiter zu gehen." Friedrich erklärte sich durchaus abgeneigt, neue lästige Verbindlichkeiten zu übernehmen, welche die ganze Last des Krieges auf ihn wälzen würden. Er wollte lieber in einem solchen Fall an die alten Verpflichtungen sich halten; denn wenn die Österreicher die Russen in der Moldau angriffen, und er zur Ableitung dahin zöge, so würden alle Streitkräfte der Kaiserin-Königin gegen ihn marschieren, und das Reich und vielleicht auch die Franzosen ihn in seinen rheinischen Besitzungen angreifen. „Ein solcher Krieg nach dem letzten Kriege", schrieb er, „würde die Verwüstung meiner Provinzen vollenden." [1])

Auch die Russen blickten sehr ernst auf die neue Lage der Dinge; denn sie mußten nach Polen zurückgehen, wenn die Österreicher in die Moldau rückten. Deshalb hatten Katharina und Panin die Antwort des Wiener Hofes, die am 21. Juli in Petersburg eingetroffen war, sehr bitter empfunden. Man überlegte lange, was man thun sollte. Man sträubte sich ebensowohl, die Unabhängigkeit der Tataren aufzugeben, als die Moldau und Walachei im Besitze der Türken zu lassen, und sprach dies auch in einer Denkschrift aus, welche Panin dem Fürsten Lobkowitz um die Mitte des August überreichte. Katharina erklärte sich darin bereit, außer der Verpflichtung, welche Rußland und die Pforte bei dem Friedensschluß inbezug auf die Unabhängigkeit der Tataren eingehen würden, auch noch andere Bürgschaften, wenn solche gefunden werden könnten, gern zulassen zu wollen. Außerdem wünschte sie, daß

1) An Solms, 14. August.

von Berlin aus Kaunitz überzeugt werden möchte, wie sie nur ihren Feind schwächen wollte; sie würde keine Kriegsflotte auf der Halbinsel Krim gründen und es dem Wiener Hof anheimstellen, den christlichen Fürsten zu bestimmen, welcher die Moldau und Walachei regieren sollte [1]). Wir sehen daraus, wie lebhaft sie fürchtete, durch Österreich die Früchte der großen Siege zu verlieren.

Für Rußlands Interesse war die Unabhängigkeit der Tataren ungleich wichtiger als die der Rumänen, und eben damals kämpfte der Fürst Dolgoruki glücklich in der Krim. Dagegen standen die Dinge nicht gut in Polen.

Der Fürst Wolkonsky war hier von dem Geheimen Rate v. Saldern abgelöst worden. Nachdem dieser am 15. April in Warschau eingetroffen, hatte er mit Stanislaus August beinahe täglich darüber verhandelt, ob derselbe wieder mit Rußland gehen würde oder nicht; in einem Briefe, den er mitbrachte, zeigte die Kaiserin dem Könige von Polen an, daß dies die letzten Anstrengungen wären, welche sie für ihn machte. Stanislaus August und Saldern gerieten bei diesen Unterredungen hart aneinander. Endlich versprach jener, sich offen für die Kaiserin zu erklären, seine Gesinnungen hierüber nicht mehr zu verbergen und nur in Übereinstimmung mit dem Gesandten zu handeln, und da er das nämliche Versprechen auch für seine Oheime gab, empfingen die Czartoryski die Verwaltung ihrer Güter zurück [2]).

Daneben bemühte sich Saldern, aus eigener Anschauung kennen zu lernen, wie weit die Polen zum Frieden geneigt wären. Am 25sten überreichte er dem König eine Erklärung folgenden Inhalts: „Aufrichtig gerührt von den Leiden der polnischen Nation, sei die Kaiserin entschlossen, für die Versöhnung der Gemüter und die Beruhigung des Landes die größten Anstrengungen zu machen; sie lade die Nation ein,

1) Goertz, p. 54sqq. Solms, 28. Juli und 30. August.

2) Benoit, 17. April, 8., 11., 15. u. 25. Mai. Vgl. Ssolowjoff, S. 121.

sich zu versammeln und ernsthaft mit den Mitteln zu beschäftigen, wie den Leiden ihres Vaterlands ein Ende gemacht werden könnte. Die Kaiserin, die sich mit Bedauern inbezug auf ihre Teilnahme an den polnischen Angelegenheiten verkannt sehe, habe ihrem Gesandten aufgetragen, daß er über ihre wahren Absichten die Polen aufklären und mit ihnen die Mittel verabreden solle, die Nation über alle ihre Rechte zu beruhigen." Saldern forderte dann die wohlgesinnten, aufrichtigen Freunde ihres Vaterlandes auf, mit ihm zu unterhandeln; auch die Konföderierten wurden nicht ausgenommen, sondern ihnen vielmehr versprochen, daß sie von den russischen Truppen weder verfolgt noch beunruhigt werden würden [1]).

Die Polen verschlossen ihre Augen weiter gegen die Wirklichkeit und machten zu ihrem größten Schaden gar keinen Versuch, mit Rußland sich zu verständigen und dadurch das Schicksal, welches ihnen drohte, wenn nicht abzuwenden, so doch zu mildern. Dem König und den Großen in Warschau erklärte Saldern: wenn die Erklärung nicht den gewünschten Eindruck machen sollte, würden die russischen Truppen aufhören zu bezahlen und auf Unkosten der Polen leben. In der ersten Woche des Juni empfing er den Befehl aus Petersburg, nicht zu rasch vorwärts zu gehen, weil der Punkt der polnischen Erwerbungen der wichtigste geworden sei. Auf der anderen Seite schrieb Saldern, der über das Verhalten der Polen in immer größere Wut geriet, an den Grafen Panin: man müßte schlechterdings Polen zergliedern, um jene Republikaner zur Vernunft zu bringen. Er ließ den König von Preußen bitten, Thorn und Posen zu besetzen, damit die russischen Truppen, welche dort ständen, anderswo gebraucht werden könnten [2]). „Die Verwirrung", meldete Benoit am 6. Juli, „wird bald ihren Höhepunkt erreicht haben. Die Konföderierten verbreiten sich überallhin, und 800 von ihnen sind schon nach

1) Angeberg, p. 86.
2) Benoit, 15. u. 19. Juni.

Litauen durchgebrochen, um dort einen allgemeinen Aufstand zu befördern. Das ist eine Hydra, die jeden Augenblick wieder auflebt und neue Kraft gewinnt, während man glaubt, sie erwürgt zu haben."

Saldern war durch seine Heftigkeit und seine Wutausbrüche ganz ungeeignet, die Polen zu beruhigen. Sie nannten ihn einen Rasenden, dem man ein Schwert in die Hand gegeben. Der Petersburger Hof geriet durch die Wendung, welche die Dinge dort nahmen, in große Verlegenheit; denn anstatt vorwärts zu gehen, kam man zurück, und Solms glaubte zu bemerken, daß man erkannte, wie sehr man sich bei dieser Wahl geirrt hätte [1]).

Bei solcher Lage der Dinge suchte man begreiflicherweise desto eifriger Hilfe von Preußen zu erlangen. Solms war immer freundschaftlich behandelt worden, jedoch niemals in einem so hohen Grade wie jetzt. Aber zugleich gab Panin den Preis an, für welchen die Kaiserin Katharina bereit war in die Erwerbung Westpreußens einzuwilligen. Er schlug nämlich folgenden sehr geheimen Artikel vor: wenn Österreich, um Preußen und Rußland von Erwerbungen abzuhalten oder um letzteres zur Rückgabe der Moldau und Walachei zu zwingen, Truppen in Polen oder in den Provinzen, welche Rußland von den Türken erobert hat, einrücken läßt in der Absicht, gegen dasselbe feindlich zu verfahren, so behält sich Rußland das Recht vor, 20,000 Mann Hilfstruppen von Preußen nach den Verträgen von 1764 und 1767 zu verlangen [2]). Gerade damals, als Friedrich dem Grafen Solms betonte, worauf seine Verpflichtungen beschränkt wären, erfuhr dieser, wie sehr der Petersburger Hof dieselben zu erweitern begehrte. Am 16. August empfing der preußische Gesandte den russischen Gegenentwurf des Teilungsplanes. Er unterließ nicht zu bemerken, daß der Artikel über die Hilfsleistung günstiger für Rußland als für Preußen lautete. Panin leugnete das auch

1) Essen bei Herrmann V, 492, Anm. 372. Solms, 27. August.
2) Solms, 13. August.

nicht ganz ab, jedoch er behauptete, daß Rußland vor dem Ende des Türkenkrieges außerstande sein würde die Unterstützung zu gewähren, zu welcher es die Verträge verpflichteten [1]).

Während Rußland vorwärts drängt, wird Friedrich bedächtig. Er, der früher die Zeit nicht erwarten konnte, schreibt auf einmal am 29. August an Solms: „Es schadet nichts, wenn der Vertrag auch erst gegen Ende des nächsten Winters abgeschlossen wird; er ist von sehr großer Wichtigkeit und erfordert die reiffste Überlegung. Es handelt sich um Verpflichtungen, die treu zu erfüllen sind, und besonders muß man für alle möglichen Fälle Sorge tragen.“ Vor vierzehn Tagen hatte Kaunitz ihm die halbe Wahrheit sagen lassen, nämlich daß Österreich im Begriff stände, mit den Türken ein Bündnis zu schließen. Wenn das geschah, wenn die Kaiserin-Königin sich vielleicht sogar mit dem Hofe von Versailles verständigte, dann glaubte Friedrich, daß die russischen Vorschläge für die Entschädigung nicht ausreichen würden, sondern dieselbe der Gefahr entsprechend vergrößert werden müßte. Als er daher die Anerbietungen des Petersburger Hofes erhalten, schrieb er an Solms, er werde wohl vierzehn Tage brauchen, bis er antworten könne [2]).

Friedrich erfuhr dann, daß die Franzosen wenigstens die vertragsmäßige Hilfe von 24,000 Mann, wenn es zum Kriege käme, den Österreichern schicken würden, er rechnete weiter die Truppen der kleinen Reichsfürsten hinzu; auf diese Weise, schrieb er am 11. September eigenhändig an Solms, würde der Wiener Hof ihm wenigstens 240,000 Mann entgegenstellen können, und er ihnen nur 130,000. Er erinnerte ferner an die Hungersnot, welche nun schon zwei Jahre dauerte. Dann hob er hervor, daß Rußland sein Heer durchaus verstärken und die Truppen in Polen gegen den neuen Sturm verdoppeln müßte. Alle diese Bemerkungen sollten dazu dienen, den

1) Solms, 17. August.

2) An Solms, 29. u. 31. August und 2. September.

Petersburger Hof zur Mäßigung zu bewegen [1]). Seit Monaten war er thätig, denselben zur Rückgabe der Moldau und Walachei an die Türken zu bewegen, und auf der anderen Seite ging er in seinen Unterredungen mit dem Freiherrn van Swieten darauf aus, die Unabhängigkeit der Tataren als ungefährlich für Österreich darzustellen. Auf dieser Grundlage den Frieden aufzubauen, war er fortwährend bemüht; aber er hatte bisher weder in Petersburg noch in Wien Gehör gefunden. „Ich vernachlässige von meiner Seite nichts, um einem Bruche zwischen den beiden Kaiserhöfen mit allen erdenklichen Mitteln zuvorzukommen", schrieb er am 13. September an Finckenstein, „und ich werde sogar das Unmögliche versuchen, um das Feuer eines allgemeinen Krieges, welcher die unglückliche Folge davon sein würde, zu ersticken. Aber ich wünsche mehr, als daß ich hoffen kann, meine Mühen von einem günstigen Erfolge begleitet zu sehen." Friedrich fürchtete, die Russen würden inbezug auf die Moldau und Walachei nicht nachgeben, Österreich — wenn sie es dennoch thäten — für die Unabhängigkeit der Tataren eintreten, und der Streit von neuem beginnen [2]). Um so freudiger fühlte sich deshalb der König überrascht, als er von seinem Gesandten aus Wien einen Bericht empfing, nach welchem er glauben mußte, ganz unerwartet in Maria Theresia ein Bundesgenossin gefunden zu haben.

Am 5. September war der Freiherr v. Rhod in Laxenburg bei der Kaiserin-Königin gewesen, um ihr seine Aufwartung zu machen, und bei dieser Gelegenheit hatte sie gesagt: wie Österreich es übernommen habe, den Petersburger Hof zur Vernunft zu bringen, so möge doch der König mit der Pforte nachdrücklich reden und sie zu bewegen suchen, daß sie in die Eröffnung eines Kongresses einwillige, wo die russischen Forderungen vorgebracht werden sollen. „Ich habe gut predigen", fuhr sie fort, „denn jene Menschen sind noch stolz und hoch-

1) An Solms, 5. u. 11. September.

2) Beer II, 354, Nr. 16.

mütig, wie wenn sie nicht geschlagen worden wären, und der Sultan selbst hat geantwortet, es stehe nicht bei ihm, auch nur eine einzige Provinz abzutreten; denn es handele sich um seinen Kopf, und ein furchtbarer Aufstand sei das wenigste, was er alsdann zu fürchten habe.“ Maria Theresia wünschte von ganzem Herzen den Krieg zu vermeiden, und wenn das unmöglich wäre, wollte sie wenigstens denselben nicht beginnen, ohne vorher mit Friedrich II. in Beratung getreten zu sein; dann aber hoffte sie den König keineswegs teilnehmen zu sehen, weil es sich dabei ja nicht um Polen handeln würde. Sie wiederholte zuletzt ihr dringendes Verlangen, daß Friedrich bei der Pforte sich bemühen sollte, einen Kongreß in Gang zu bringen. Im Laufe der Unterredung that sie auch jene Äußerung, welche den König ganz besonders erfreuen mußte; sie sagte nämlich: sie werde die Russen nicht hindern können, den Meister in der Krim zu spielen, da sie nicht imstande sei, dieselben von dort zu verjagen; anders verhalte es sich dagegen mit der Moldau und Walachei, und hier könne sie keine Neuerung zugeben [1]).

Friedrich schrieb sogleich an Zegelin, um dem Wunsche Maria Theresias nachzukommen und womöglich den Sturm zu beschwören. Er beschied alsdann den Freiherrn van Swieten zu sich und teilte demselben am 17. September sowohl dasjenige mit, was ihm Rhod aus Wien berichtet, als auch, was er infolge dessen seinem Gesandten in Konstantinopel aufgetragen. Aber das war es nicht, weshalb er eigentlich van Swieten hatte rufen lassen. Er zog die Depesche des Grafen Solms vom 30. August hervor und befahl dem Gesandten, sich an seine Seite zu stellen und ihm während des Lesens mit den Augen zu folgen, damit ja kein Zweifel bei ihm eindringen könnte. Die Depesche war natürlich in Chiffern gesetzt, und die Auflösung stand im Zwischenraume der Zeilen. Der König unterbrach sich häufig, indem er dem Gesandten zurief: „Les't mit mir, folgt mir mit den Augen, Ihr sehet,

1) Beer II, 337.

daß ich nichts verbergen will und mit der größten Offenherzigkeit handle."

van Swieten hörte nun wieder, daß Rußland die Moldau und Walachei keineswegs für sich begehrte. Friedrich versprach aber noch weiter dahin zu streben, daß Österreich inbezug auf diese beiden Länder erreichte, was es wünschte. Jedoch er nahm hierfür die Unterstützung des Wiener Hofes in Anspruch und riet ihm deshalb, einen anderen Ton gegen Rußland anzuschlagen, als den, welchen er in der letzten Antwort gebraucht hätte; man müßte vielmehr Geduld mit jenen Leuten haben und immerfort dasselbe mit anderen Wendungen wiederholen. Friedrich gab dem Gesandten sogar an, welche Gründe er dafür vorbringen sollte, daß beide Länder bei der Pforte verbleiben müßten.

Als van Swieten die Antwort des Wiener Hofes verteidigte, da entgegnete der König: „Das ist alles recht schön; aber trotzdem war Eure Antwort eine förmliche und vollständige Ablehnung, und wenn Ihr in diesem Tone fortfahret, so werdet Ihr nur die Russen wild machen. Übrigens fürchten sie sich keineswegs davor, daß Ihr sie ebenfalls bekrieget; sie haben inbezug auf einen solchen Fall ihren Entschluß gefaßt und mir angezeigt, daß sie vorbereitet sind. Ich soll sogar gewisse Verbindlichkeiten übernehmen. Ich habe mich bisher geweigert; aber ich will offen zu Euch sprechen. Ich würde in die größte Verlegenheit geraten, wenn Ihr gegen sie aufträtet. In der That, es würde mir sehr leid thun, einen Fürsten bekriegen zu müssen, den ich liebe, den ich schätze, mit welchem ich mich aufs beste wieder ausgesöhnt habe. Schließlich aber würde ich — in einer sehr heikligen Lage mich befinden."

In diesem Tone fuhr der König noch eine Zeit lang fort zu reden, sehr schonend, aber doch sehr verständlich. In der letzten Audienz hatte van Swieten ihm von dem Bündnis, welches der Wiener Hof mit der Pforte bereits geschlossen, wie von einem bevorstehenden Ereignis gesprochen. Friedrich berichtete der Wahrheit gemäß, daß er noch keine Verbindlich-

keiten übernommen; aber Rußland hatte, wie wir wissen, in seinen Gegenplan, auf welchen der König noch nicht geantwortet, einen auf diesen Fall bezüglichen Artikel eingeschoben. Österreich mußte fürchten, auch Preußen gegen sich zu haben, wenn es Rußland angriff. Das war die wichtigste Mitteilung, welche der König bei dieser Gelegenheit machte. Er sprach dann aber die reine Wahrheit, wenn er versicherte, daß er nur den Frieden wünschte. „Suchen wir also“, fuhr er fort, „die Angelegenheit, die uns alle beide weiter führen könnte, als wir wünschen, in Ordnung zu bringen, und nachher werden Umstände mit der Zeit eintreten, die zwischen uns vielleicht ein engeres Verständnis herbeiführen.“ Friedrich forderte den Gesandten auf, seinen Bericht so zu beschleunigen, daß derselbe nach Wien käme, bevor man dort einen Entschluß inbezug auf die an Rußland zu erteilende Antwort gefaßt hätte.

In der langen Unterredung brachte der König noch mancherlei vor, um Österreich dem Wunsche des Petersburger Hofes gemäß und aus eigenem Verlangen vom Kriege zurückzuhalten. Seine Lebhaftigkeit und sein Eifer für den Frieden waren so groß, daß die Arme, Schultern und Hände des Gesandten den Druck seiner Bewegungen fühlten [1]). Während er aber in jener Richtung wirkte, ließ er keineswegs in seinen Vorbereitungen für den Krieg nach. „Die Österreicher“, schrieb er am 22. September an seinen Bruder, „suchen das Reich, besonders Kassel und Württemberg, in Bewegung zu bringen; letzteres und die Bischöfe werden thun, was man in Wien haben will. Ich fahre fort zu rüsten. Der Krieg kommt, wenn kein Zwischenfall eintritt, wie der, daß der Beichtvater das Gewissen Maria Theresias wegen des Christenblutes erweicht, welches für die Türken fließen soll; Kaunitz wird sich indes wohl vorgesehen haben. Ohne den Krieg zu wünschen und ohne ihn zu fürchten, bereite ich mich auf alle Rollen vor, fest entschlossen, nichts zu unternehmen, es sei denn zum

1) Beer, Friedrich II. und van Swieten, S. 35 ff. 52.

größten Vorteil des Vaterlandes" [1]). Er hatte dem Grafen Solms gegenüber die Notwendigkeit betont, daß in Polen die russischen Truppen verdoppelt werden müßten, und beinahe zu derselben Zeit hatte der Gesandte gemeldet, daß der Petersburger Hof im nächsten Januar ein drittes Heer in Polen aufzustellen gedächte; wenn Friedrich hierzu noch 30,000 hergäbe, meinte man weiter, so würde das genügen, um die Konföderierten im Zaume zu halten und den Einmarsch der Österreicher in Polen zu verhindern. Diese Nachricht war für den König von entscheidender Wichtigkeit. Er sprach deshalb dem Petersburger Hofe seine Freude darüber aus und nannte die weiteren Maßregeln, welche die Kaiserin treffen sollte; er selbst erklärte sich bereit, einen Einfall in Mähren zu machen. Er ließ bereits 7200 Pferde kaufen. Endlich gab er an, auf welchen Wegen die Russen in Ungarn eindringen sollten, wenn die Österreicher in die Walachei rückten [2]).

Einige Tage später, am letzten September, sprach der König den Wunsch aus, daß die 50,000 Russen bei Sendomir sich aufstellen möchten. Das wäre, schrieb er, sehr wichtig für die Kaiserin und für ihn; denn die Österreicher würden sehen, daß sie in die Moldau nicht marschieren könnten, ohne dieses Heer im Rücken zu haben und in Besorgnis vor den Griechen in Ungarn zu geraten. In dem Briefe, welchen der König an Katharina sandte, drückte er sich schwungvoll so aus: „Die Armee, die Ew. Kaiserliche Majestät so weise beschlossen hat nach Polen zu schicken, wird eins von den siegreichen Argumenten sein, auf welche die österreichische Politik nur mit Stammeln wird antworten können." [3])

Friedrich benutzte die Lage der Dinge, um zu sehen, ob er seinen Anteil durch die Stadt Danzig und ihr Gebiet vermehren könnte. Er verfuhr diesmal, wie es bisher Katharina immer gethan hatte, indem er die Gelegenheit so viel als

1) Duncker, S. 243.
2) An Solms, 25. September bei Smitt II, 47.
3) An Solms, 30. September. An Katharina Sbornik XX, 311.

möglich auszubeuten suchte. Am letzten September wurde die Antwort auf den russischen Teilungsplan fertig gemacht. Der Petersburger Hof hatte keinen kleinen Landstrich für sich in Anspruch genommen; denn es sollten die Düna bis Plock, der Drujec und der Dniepr mit geringen Ausnahmen die Grenze bilden. Aber hiergegen erhob begreiflicherweise Friedrich keinen Einspruch, ja, er war nicht einmal dagegen, wenn Rußland seinen Anteil noch vergrößerte, vorausgesetzt, er bekäme Danzig. Er wünschte weiter, daß die beiden Höfe nach der Unterzeichnung des Vertrages die Stücke, die ihnen danach zufielen, sofort in Besitz nehmen sollten.

Mit dem besonderen geheimen Artikel nahm Friedrich stärkere Veränderungen vor. Der Petersburger Hof hatte verlangt, daß der König den Russen, wenn die Österreicher sie angriffen, 20,000 Mann dahin zu Hilfe schicken sollte, wo sie gebraucht würden, und daß er sogar verpflichtet wäre, nötigenfalls mit seiner ganzen Macht in die Länder der Kaiserin-Königin einzurücken. Rußland versprach allerdings auch beides zu thun, aber erst dann, wenn man sich des Türkenkrieges entledigt haben würde. Hier nun wollte Friedrich seine Verpflichtungen mindern. Er erklärte sich zwar bereit, nach Polen 20,000 Mann zu schicken, welche zu den 50,000 Russen stoßen und mit ihnen nötigenfalls in Ungarn einfallen sollten; wenn er aber selbst von Österreich bedroht würde, so wollte er das Recht haben, die 20,000 Mann zurückzurufen, ausgenommen wenn das verbündete Heer gerade in voller Thätigkeit wäre. Ferner für den Fall, daß der Wiener Hof den König von Preußen angriffe, sollte die Kaiserin von Rußland, ohne den Einfall der 50,000 Mann in Ungarn zu unterbrechen, ihm 6000 Mann Fußvolk und 4000 Kosaken zuhilfe schicken und nach dem Ende des Türkenkrieges mit allen ihren Streitkräften beistehen. In der beiliegenden Denkschrift waren noch einige andere Bedingungen angeführt. Friedrich rechnete darauf, daß die Moldau und Walachei zurückgegeben, die russischen Truppen in Polen auf 50,000 Mann gebracht und zwischen Krakau und Sendomir aufgestellt würden.

Indem nun der König den Grafen Solms ermächtigte, ein solches Abkommen anzunehmen, versprach er der bereits verheißenen Belohnung, die er als eine alte Schuld bezeichnete, noch eine stärkere hinzuzufügen, wenn der Gesandte dahin käme, das Werk durch Unterzeichnung eines Vertrages, wie er ihn vorgeschlagen, zu krönen. Man sieht, welch hohen Wert Friedrich auf die Erwerbung von Danzig legte. [1])

Am 1. Oktober reiste der Eilbote mit den wichtigen Papieren ab. Am folgenden Tage teilte der König seinem Bruder mit, daß er den Versuch gemacht hätte, Danzig seinem Anteil hinzuzusetzen. „Wenn wir es unter den gegenwärtigen Umständen nicht erlangen", schrieb er, „so werden wir sicherlich nie mehr daran denken dürfen." [2]) Um die Russen zur Nachgiebigkeit in diesem Punkte zu bewegen, berief er sich auf die großen Gefahren, denen er sich aussetzte, die beträchtlichen Ausgaben, die er würde machen müssen. Er berechnete die Kosten für einen Feldzug auf 11 Millionen, er glaubte ferner Hilfsvölker von Hessen, Braunschweig und anderen Fürsten, welche sich dazu bewegen ließen, zum Schutze Cleves nötig zu haben, wenn ihn die Franzosen angriffen, was 1,200,000 Thaler für die Fürsten und 1,500,000 Thaler für den Unterhalt der Truppen erfordern würde; denn er war der Meinung, wenn erst 50,000 Russen in Polen ständen, würde Kaunitz alles aufbieten, um Frankreich zur Teilnahme zu bewegen. „Es wäre für mich eine Schande", fügt er hinzu, „wenn ich nach einer langen Erfahrung nicht zur rechten Zeit vorhersähe, was geschehen kann und muß, und mich in den Stand setzte, allen Absichten meiner Feinde zu widerstehen [3]).

So vorsichtig, wie Friedrich der Große, handelte man keineswegs in Wien, sonst würde man sich vor dem Abschluß des Vertrages mit den Türken gefragt haben, was man zu thun hätte, wenn Preußen gemeinschaftliche Sache mit Rußland

1) An Solms, 30. September.
2) Oeuvres XXVI, 355.
3) An Solms, 6. Oktober. Smitt II, 52.

machte. Statt dessen war man die Verpflichtung eingegangen, auf dem Wege der Unterhandlung oder mit den Waffen zu bewirken, daß die Türken alles, was die Russen erobert hätten, zurückempfingen oder daß sie wenigstens Bedingungen erhielten, welche sich mit der Würde der Pforte vertrügen und deren Annahme keine größeren Nachteile mit sich brächte. Nicht das mindeste that aber der Wiener Hof zur Ausführung des Vertrages, ja, die Kaiserin-Königin äußerte sich sogar gegen den Freiherrn v. Rohd so, als ob sie gegen die Unabhängigkeit der Tataren nichts Ernstliches mehr einwenden würde.

Kaunitz erschrak über die Maßen, als er erfuhr, wie weit die Friedensliebe Maria Theresia geführt hatte, und er gestand, daß er zum erstenmal in seinem Leben den Mut verlieren würde, wenn er nicht der Überzeugung wäre, daß Rohd unmöglich richtig gehört haben könnte. Maria Theresia versuchte dann auch, ihre Worte zu deuten; aber sie bemerkte zugleich: „Wir sind außerstande, Krieg zu führen oder auch nur Demonstrationen zu machen; der schlechte Ausfall der Ernte, die Krankheiten und der Mangel an Geld sind Hindernisse, die man nicht in Abrede stellen kann, und so müssen wir ernsthaft daran denken, so gut als möglich uns herauszuziehen. Mehr als alles andere setzen mich die Türken und dieser Vertrag in Verlegenheit [1]).

Maria Theresia hatte ganz recht. Jene Worte, die sie am 5. September zu Rohd geäußert, waren kein unheilbarer Übelstand; dagegen die Eröffnungen, welche Friedrich am 17. September dem Freiherrn van Swieten gemacht hatte, mußten wohl überlegt werden. Kaunitz erörterte wieder die Lage Österreichs in einer Denkschrift, die leider bis jetzt ungedruckt ist. Wir erfahren aber, daß der Staatskanzler einen Krieg mit Rußland und Preußen zugleich als die allerübelste und unglücklichste Begebenheit ansah, welche das durchlauchtigste Erzhaus treffen könnte. Ferner that er den Ausspruch, der türkische Vertrag ließe dem Wiener Hofe die Hände frei, die

1) Beer II, 339. Rohd, 28. September.

diensam scheinenden Unterhandlungen selbst mit Rußland zu führen [1]).

Man beschloß auf dem alten Wege noch weiter zu gehen, und nur im Notfalle wollte man sich über Erwerbungen in Polen mit den Höfen von Petersburg und Berlin verständigen. In einer Unterredung, welche die Kaiserin-Königin mit Rhod hatte, sagte sie: sie sei etwas unruhig über die preußischen Truppen in Polen; sie müsse freilich einräumen, dazu Veranlassung gegeben zu haben, jedoch ein unglückseliges Mißverständnis sei die Ursache davon, und sie werde so bald als möglich ihre Truppen herausziehen; denn sie begehre nur die 13 Städte der Zips, für welche sie der Republik die Pfandsumme zurückzahlen werde. Maria Theresia versicherte, daß ihre Absichten nicht weiter gingen; aber, fuhr sie fort, wenn der König von Preußen oder die Kaiserin von Rußland vorhätten, auf eine polnische Provinz Anspruch zu machen, dann glaubte sie sich nicht vergessen zu dürfen, sondern sie würde dasselbe thun; es wäre ihr jedoch lieber, wenn die beiden Höfe die Republik unversehrt ließen, sie würde dann auch nichts verlangen.

Kaunitz äußerte sich ähnlich. Als er dem preußischen Gesandten einmal erzählte, sein Hof könnte weder den russischen Friedensbedingungen zustimmen, noch sie den Türken mitteilen: da fragte Rohd, ob denn der Staatskanzler forderte, daß Rußland von seinen großen Siegen keinen Vorteil ziehen sollte. Kaunitz erwiderte nach einigem Schweigen: „Ich bin weit davon entfernt, das zu verlangen; man wird ihm etwas geben.“ Er sprach das Wort „etwas“ so trocken aus, daß Rohd glaubte, er würde sich für so wenig als möglich erklären. Der Gesandte wollte nun näher darauf eingehen und sagte deshalb, daß man alles thun würde, um Rußland zum Verzicht auf die Moldau und Walachei zu bewegen; aber damit war Kaunitz auch nicht zufrieden, sondern er sprach wieder von dem Gleichgewichte, welches verloren ginge, wenn man Rußland gewähren ließe, ja, er äußerte noch: wollte letzterer mit

1) Beer II, 100, Anm. 1; Dokum. 28.

so vielen Vorteilen aus dem Kriege treten, so müßten billigerweise die Kaiserin-Königin und der König ebenso viel erhalten, sonst würde das Gleichgewicht unter den drei Mächten aufhören [1]).

Rohd behauptet aus guter Quelle zu wissen, daß der Kaiser nicht nur nichts gegen die Unabhängigkeit der Tataren einwende, sondern die Forderung sogar vernünftig finde. Dagegen blieb Kaunitz hartnäckig bei der entgegengesetzten Ansicht stehen. Als Rohd ihn um den 6. Oktober fragte, ob die Antwort an Rußland fertig wäre, da entgegnete er: man sei noch sehr ungewiß, ob man es überhaupt thun solle, man sehe keine Notwendigkeit dazu ein. Auch in diesem Punkte wich er von Joseph ab. Gegen den russischen Gesandten, den Fürsten Gallitzin, schlug er einen so entschiedenen und gebieterischen Ton an, daß dieser darüber ganz erstaunt war und beinahe die Fassung verlor. Er teilte mit, daß er an den Fürsten Lobkowitz einen Eilboten schicken und dem Gesandten von dem Inhalt der Depesche Nachricht geben würde; jedoch es vergingen mehr als vierzehn Tage, ohne daß eine Unterredung zwischen beiden stattfand, ja, Kaunitz reiste sogar am 16. Oktober nach Austerlitz, ohne vorher Gallitzin gesprochen zu haben [2]).

Auf der anderen Seite war die Mißstimmung in Petersburg gewachsen; so sanftmütig Panin sich gewöhnlich äußerte, jetzt fing er an, seine Galle gegen den Staatskanzler und dessen hochmütige Antworten auszulassen. Man wünschte den Frieden, und so teilte denn Panin dem Grafen Solms mit, daß Rußland die Moldau und Walachei herausgeben würde. Der Gesandte glaubte sogar, der König könnte den Wiener Hof davon in Kenntnis setzen, ohne fürchten zu müssen, daß man es ableugnen würde. Dabei rüstete man sich aber eifrig für das nächste Jahr. In Polen waren die Truppen der Kaiserin außerstande, den verschiedenen Konföderationen die Spitze zu

1) Rohd, 2. Oktober.
2) Rohd, 9. Oktober. Goertz, p. 76.

bieten, und Panin richtete deshalb am 10. Oktober an den Grafen Solms die dringende Bitte, der König möchte doch eine Heeresabteilung nach Posen schicken, die Russen würden sich dann besser für den kommenden Frühling einrichten und ihre Truppen in größeren Massen zusammenhalten können [1]).

Je rauher der Wind von Wien her blies, desto mehr erquickten die milden Lüfte, die von Berlin her wehten. Wie glücklich fühlte man sich, als man erfuhr, daß Friedrich gemeinschaftliche Sache mit Rußland machen wollte, wenn die Österreicher sich noch länger den Friedensbedingungen widersetzten, und daß er nötigenfalls in Mähren oder Böhmen einrücken würde! Wie dankte man ihm für die Erfüllung der Bitte, die man inbezug auf die Besetzung Posens an ihn gerichtet! Trotzdem wurde der geheime Vertrag, wie ihn Friedrich am 1. Oktober abgesendet, keineswegs bereitwillig von der Kaiserin und ihrem Minister angenommen, sondern Panin erhob Ausstellungen. Hauptsächlich erschrak er über die Forderung von Danzig; denn ihm war ja bekannt, wie die Kaiserin hiervon durchaus nichts wissen wollte. Gegen Solms äußerte sich der Minister dahin: er für seine Person möchte die Stadt gern dem König überlassen; aber nicht alle dächten in Rußland so, daß es diesem Reiche keinen Schaden zufügen würde, wenn Friedrich so mächtig auf der Ostsee und Herr des polnischen Handels wäre. Dies war ohne Zweifel für Katharina der bestimmende Grund; außerdem machte Panin noch geltend, daß alle Herrscher seit Peter I. die Stadt als frei und unabhängig anerkannt und ihr gegen die Könige von Polen diese Freiheit und Unabhängigkeit gewährleistet hätten. Später wurden die Seemächte noch als ein Hindernis angeführt. Daß mit der Vermehrung der Gefahr auch die Entschädigung erhöht würde, fanden Katharina und Panin billig und gerecht; aber sie meinten, Friedrich sollte lieber im Falle des Krieges von Österreich das Doppelte sich aneignen. Sie wollten ferner die Besitznahme verschoben wissen, teils weil sie nicht genug

1) Solms, 1. u. 11. Oktober.

Truppen hatten, teils um weder den Frieden mit den Türken zu erschweren, noch dem Wiener Hof einen neuen Grund für eine Schilderhebung zu geben. Sie wünschten auch, dessen Meinung über die von ihnen vorgeschlagenen Bedingungen noch genauer kennen zu lernen und zu erfahren, wie er wohl die Verständigung der Höfe von Petersburg und Berlin über die beabsichtigte Zergliederung Polens ansähe [1]).

Erst am 23. Oktober kehrte der Staatskanzler aus Mähren zurück, und am 24sten hatte er abends eine wichtige Unterredung mit Gallitzin. Er las diesem die Antwort seines Hofes vor, die aber ohne Bedeutung ist, weil man sich in keinen weiteren Wortstreit und keine Widerlegung einließ und nur das Festhalten an den bisher ausgesprochenen Ansichten bestätigte [2]). Dann verteidigte der Staatskanzler den österreichischen Standpunkt, indem er mitteilte, daß die Pforte die russischen Bedingungen auf keinen Fall annehmen würde und daß der Wiener Hof durch die Rücksicht auf seine eigenen Interessen und zur Bewahrung des europäischen Gleichgewichts gezwungen wäre, mit allen möglichen Mitteln die Unabhängigkeit der Tataren und die Trennung der Moldau und Walachei von der Türkei zu verhindern. Hierauf nannte der Staatskanzler die Bedingungen, welche sein Hof bereit sein würde von der Pforte zu erwirken; aber er verlangte vorher in besonders feierlicher Weise das strengste Geheimnis auch dem Könige von Preußen gegenüber mit der festen Versicherung, im entgegengesetzten Fall alles in Abrede stellen zu wollen. Die Bedingungen, die er für geeignet hielt, der Pforte vorgelegt zu werden, waren folgende: Stadt und Gebiet von Asoff, die beiden Kabardeien, Freiheit des Handels und der Schiffahrt auf dem Schwarzen Meer und eine verhältnismäßige Summe baren Geldes für die Kriegskosten. Als Gallitzin darauf hinwies, daß der Petersburger Hof sich ein- für allemal gegen die Einfälle der Tataren schützen müßte, da

1) Solms, 15. Oktober; vgl. 22. Oktober und 26. November.
2) Goertz, p. 96.

schlug Kaunitz ein anderes Mittel vor, nämlich Rußland sollte Festungen in angemessenen Entfernungen anlegen.

Der Plan, welchen Kaunitz hier enthüllte, bot für Rußland doch zu wenig. Außerdem aber verlangte der Staatskanzler noch, daß der Petersburger Hof in eine Zergliederung Polens weder zu seinem eigenen Vorteil noch zugunsten eines anderen Staates, d. h. Preußens, einwilligen sollte; Österreich würde nur die 13 Städte der Zips einlösen, dagegen alles übrige von ihm besetzte Land wieder herausgeben.

Gallitzin wußte von der Absicht einer Zergliederung Polens ebenso wenig etwas wie Rohd, und er stellte daher, wie dieser es bereits früher gethan, einen solchen Plan in Abrede. Der Staatskanzler erklärte sich hiermit sehr zufrieden; er wollte durch die Erfahrung jedem neuen Teilungsvertrag abgeneigt geworden sein, da gewöhnlich Schwierigkeiten und Mißverständnisse bei der Ausführung entständen und, was die Interessen zweier Mächte mit einander enger verbinden sollte, dann leicht die Quelle von Kriegen zwischen beiden werden könnte. „Mit einem Worte“, schloß er, „es ist immer das beste politische System für die europäischen Mächte, wenn sie einander im ruhigen Besitze dessen erhalten, was einer jeden gehört.“ Einige Tage später schlug der Staatskanzler auch einen Waffenstillstand vor [1]).

Neben dem Berichte Gallitzins über die merkwürdige Unterredung vom 24. Oktober besitzen wir noch einen anderen von Kaunitz, der in einem wichtigen Punkte vollständiger zu sein scheint. Der Staatskanzler giebt nämlich darin an, auch noch Folgendes gesagt zu haben: ein zweites Mittel, den Frieden herzustellen, würde das sein, wenn Rußland nicht nur für sich, sondern auch für seinen Verbündeten auf anderweitigen Vergrößerungen bestehen wollte, jedoch zugleich eine solche Abrede und Einrichtung getroffen würde, die dem Wiener Hof in dem nämlichen Maße Vorteile an Land und Leuten zuwendete. Kaunitz bezeichnete dieses Mittel als weder unmöglich noch un-

1) Goertz, p. 76sqq. 94.

statthaft, und er fügte sogar hinzu, daß sein Hof sich der Ausführung eines solchen gemeinschaftlich zu verabredenden Teilungsvertrages nicht widersetzen würde; aber er betrachtete doch denselben als ungemein schwer und als ein Werk, welches wegen seiner Folgen sehr großen Hindernissen und Bedenken unterworfen wäre; daher riet er von diesem Mittel ab [1]).

Was Kaunitz hier gesagt haben will, ist unleugbar die Ansicht des Wiener Hofes, d. h. nicht nur seine und Josephs Meinung, sondern auch die der Kaiserin-Königin, welche letztere sich ja schon ähnlich hatte vernehmen lassen. Wo man Erwerbungen machen wollte, war nicht ausgesprochen, jedoch es mußte nicht gerade Polen gemeint sein. Ob freilich Kaunitz die angeführten Worte wirklich gesagt hat, kann bezweifelt werden; denn es läßt sich schwer denken, daß der Fürst Gallitzin die überaus wichtige Mitteilung gänzlich überhört haben sollte. Gewiß ist dagegen, daß dieselbe keinen Einfluß auf die Geschäfte gehabt hat, da sie dem Grafen Panin gänzlich unbekannt geblieben ist.

Kaunitz befahl dem Freiherrn van Swieten, die Antwort Österreichs dem Könige von Preußen mitzuteilen. Dieser hatte soeben wieder einen Krankheitsanfall gehabt; aber trotz der großen Schwäche, welche die starken Schmerzen zurückgelassen, gab er dem Gesandten am 1. November Gehör und zwar in einem Schlafzimmer, wo es sehr unordentlich aussah. Die Bettdecke von Atlas war ganz verschossen, und nur ein neues Stück, womit ein Loch geflickt worden war, zeigte, welche Farbe sie gehabt hatte. Friedrich saß im Schlafrock in einem Lehnstuhl, seine Füße so wie die linke Hand waren stark zugedeckt, die rechte steckte in einem alten Handschuh von Hundsfell. Er hatte sechs Tage lang nur Limonade zu sich genommen und sah noch sehr angegriffen aus; aber der Kopf war frei, und er unterhielt sich sehr lange mit dem Gesandten. Ihn befriedigte diesmal die Antwort des Wiener Hofes insofern, als der Ton, wie er immer gewünscht hatte, sehr höf-

1) Beer, Dokumente, S. 36.

lich geworden war, aber im Inhalte fand er keinen Unterschied gegen früher. Er teilte dann im tiefsten Geheimnis dem Gesandten mit, daß Rußland bereit wäre, die Moldau und Walachei zurückzugeben. Als van Swieten ein gleiches Verlangen inbezug auf die Krim stellte, da konnte Friedrich nichts versprechen, doch schnitt er nicht alle Hoffnung ab. „Man wird sehen müssen", sprach er; „aber sie werden Ersatz in Polen suchen." [1]) Von seiner eigenen Entschädigung schwieg er, obwohl er beständig an sie dachte.

Zwei Einwendungen hatte Panin gegen die preußischen Vorschläge bis jetzt erhoben, und beide bekämpfte der König. Er bestand auf der Erwerbung von Danzig. „Avignon gehörte dem Papste", schrieb er an den Grafen Solms, „und die Franzosen haben es genommen, Straßburg war eine freie Stadt, und Ludwig XIV. bemächtigte sich ihrer. Wie viel ähnliche Beispiele liefert nicht die Geschichte?" Besonders ungehalten aber war der König darüber, daß ihn Panin mit österreichischen Eroberungen tröstete; das hieße das Fell des Bären verkaufen, ehe man diesen selbst hätte. Friedrich wünschte Gewißheit zu haben. „Die Russen", schrieb er, „denken nur an ihren Vorteil und wollen von mir allen möglichen Gewinn ziehen; aber mir liegen meine Interessen ebenso sehr am Herzen, und jedermann würde mir die größte Unklugheit vorwerfen, wenn ich bei einer so gefährlichen Gelegenheit nicht alle Vorsichtsmaßregeln träfe." Friedrich wollte, wie er sich ausdrückte, keine Katze marschieren lassen, ehe der Vertrag unterschrieben wäre [2]).

Nachdem der König wieder einige Tage vergeblich gewartet hatte, schrieb er eigenhändig mit Ausführlichkeit an Solms und machte seinem Ärger darüber Luft, daß die Russen zu keinem Entschlusse kämen, und nach neuen zwei Tagen schickte er, vom Feuer der Ungeduld verzehrt, Betrachtungen über den

1) Beer, Friedrich II. und van Swieten, S. 43 ff. 53.

2) Am 30. Oktober und was Friedrich auf die Rückseite der Depesche des Grafen Solms vom 22. Oktober eigenhändig geschrieben; letzteres ist später vom 6. November datiert worden.

für die Besitznahme geeignetsten Zeitpunkt an seinen Gesandten in Petersburg. Er glaubte, daß man den Gedanken aufgeben müßte, sich zuvor mit Wien hierüber zu verständigen; denn dieses wäre gegen Rußland übelgesinnt. „Kaunitz, der stolzeste der Menschen", fuhr er fort, „würde sich nicht ohne Grund alsdann für den Schiedsrichter zwischen dem Norden und dem Orient halten und sich darin gefallen, diejenigen, die ihm solche Vorschläge machten, zu demütigen und über ihr Los zu entscheiden. Ich fühle, mein Herz ist zu stolz, als daß ich mich dem Urteile des Fürsten Kaunitz unterwerfen sollte, und ich denke, niemand wird in Rußland der Kaiserin raten, ihre Schritte nach den Phantasieen desselben einzurichten, gleichsam als wenn wir ohne seine Zustimmung und Belehnung uns nicht in den Besitz dessen setzen könnten, was wir für zweckmäßig erachten. Ich glaube vielmehr, es ziemt sich für uns, daß wir das Verhalten des Wiener Hofes nachahmen, welcher, ohne sich mit jemandem zu verständigen, ohne eine andere Macht um Erlaubnis zu bitten, sich ganz einfach in den Besitz einiger Starosteien gesetzt hat, indem er sich vorbehält, auf dem Pacifikationsreichstage, welcher nach dem Ende der gegenwärtigen Wirren gehalten werden soll, sein Recht geltend zu machen."

Auch bis zum Türkenfrieden wollte der König von Preußen nicht warten. „Das Heer an der Weichsel", schrieb er, „wird die Österreicher in Schranken halten. Wenn unsere Gesandten dann dem Wiener Hof eine Erklärung abgeben über die Gründe, die uns zu dieser Teilung bewogen haben, so wird er darein willigen müssen, und ist er mit seinem Gewinne nicht zufrieden, so mag er sich mit Belgrad oder einigen Starosteien entschädigen. Den Türken kann man sagen, es geschehe zum Ersatze dafür, daß man ihnen die Moldau und Walachei zurückgiebt. Die Polen werden laut schreien, diese eitle und übermütige Nation, aber das Heer an der Weichsel wird solchem Geschrei bald ein Ende machen und nach dem Frieden mit den Türken Polen beruhigen." [1])

1) Am 15. November bei Smitt II, 80sqq., doch ohne Datum.

Wochen vergingen, ohne daß des Königs Ungeduld beschwichtigt wurde. Sein Mißtrauen gegen Österreich erhielt neue Nahrung, als er erfuhr, daß Kaunitz die Bedingungen, die er für annehmbar hielt, nur unter dem Vorbehalt in Petersburg mitgeteilt hatte, daß dieselben auch einem verbündeten und befreundeten Hofe verborgen bleiben sollten. Der König ließ den Grafen Panin vor den Fallen warnen, welche „jener durchtriebene Politiker" der Kaiserin stelle, um sich zum Schiedsrichter über Krieg und Frieden zu machen. Auch Finckenstein hatte vom Staatskanzler so etwas nicht erwartet, und er schloß aus dieser dem politischen Katechismus des Fürsten Kaunitz wenig entsprechenden Handlungsweise auf die außerordentliche Eifersucht, welche die geringste Vergrößerung Preußens dem Wiener Hofe verursache [1]). Jedoch wenige Tage später kamen bessere Nachrichten an den König. Am 1. Dezember hatte Rohd, der auf seine Bitten zurückberufen worden war, eine Abschiedsaudienz bei Maria Theresia. Hier wiederholte letztere, daß sie nicht bis in die Krim gehen würde. Sie und der Kaiser deuteten außerdem in allgemeinen Ausdrücken versteckt an, daß sie bei einer Zergliederung Polens ihr Teil haben wollten und daß man sich darüber unter einander verständigen müßte. Finckenstein schloß hieraus, daß, wenn Rußland und Preußen einig wären, Österreich sich nicht widersetzen würde, wenn es seinen Teil bekäme [2]).

Inzwischen hatte man in Petersburg wichtige Beschlüsse gefaßt. Eine russische Denkschrift zeigte dem König an, daß die Kaiserin der Moldau und Walachei entsagte, jedoch nur ungern und mit der Bitte, Friedrich möchte verhindern, daß Österreich in der Meinung, es hätte dieses Zugeständnis erzwungen, den Petersburger Hof aller Vorteile des Krieges glaubte berauben zu können. Für die Zurückgabe der Moldau und Walachei wollte man eine Summe Geldes verlangen und

1) Geheime Korrespondenz. Friedrich an Finckenstein, 8. Dezember. Geheime Kabinettsakten. Finckenstein an Friedrich, 9. Dezember.

2) Rohd, 4. Dezember (Smitt II, 84); vgl. 11. Dezember. Finckenstein, 12. Dezember.

Bender nur gegen Oczakoff oder noch besser gegen Kinburn zurückerstatten; letzteres hielt man für geeigneter, die unabhängigen Tataren im Zaume zu halten und Einfälle derselben in Rußland zu verhüten.

Panin schickte weiter den geheimen Separatartikel in einer neuen Fassung. Er gestand ferner zu, daß Preußen im Fall eines Krieges für die Kosten entschädigt werden müßte, jedoch nicht durch Danzig, sondern in Österreich; der Petersburger Hof wollte sich verpflichten, die Waffen nicht eher niederzulegen, als bis das erreicht wäre. „Nur die unumgängliche Notwendigkeit infolge der Fundamentalinteressen meines Reiches", schrieb Katharina am 6. Dezember an Friedrich den Großen, „hat mich gehindert, den Wünschen Eurer Majestät zu entsprechen." [1])

Elf Tage später überreichte Panin dem Fürsten Lobkowitz mehrere Schriftstücke. Das wichtigste war dasjenige, worin die Kaiserin selbst mit ausgesuchter Höflichkeit erklärte, daß sie die Moldau und Walachei sowie Bender zurückgeben wollte, letzteres jedoch nur, wenn ihr Oczakoff oder wenigstens Kinburn überlassen würde. Panin bekämpfte seinerseits die von Kaunitz aufgestellten Friedensbedingungen und lud Österreich dann zu der Teilung Polens ein; denn auch Rußland hätte sehr gegründete Rechte, schrieb er, und ebenso Preußen, und wenn diese drei Mächte sich über verhältnismäßige Vorteile mit einander verständigten, dann könnte das Gleichgewicht, an welchem ihnen allen gleichviel liegen müßte, vollkommen erhalten werden [2]).

Schon am Tage vorher hatte Solms dieselben Schriftstücke von Panin empfangen und nach Berlin gesendet. Der König bemerkte nicht ohne Erstaunen, daß Rußland mit solcher Eile den Wiener Hof um Erlaubnis bat, seine Rechte geltend machen zu dürfen. „Es wäre, scheint mir, würdiger gewesen",

1) Solms, 6. Dezember. Sbornik XX, 313.

2) Goertz, p. 153sqq., No. 15 u. 16. Wie schön hätte Panin hier an das anknüpfen können, was Kaunitz am 24. Oktober gesagt haben wollte!

schrieb er eigenhändig, „wenn wir das Verhalten der Österreicher nachgeahmt hätten, welche Besitz ergriffen haben und sich nun erbieten zu unterhandeln." Auch mit dem Vertrage war er nicht ganz zufrieden. Aus Rücksicht für die Kaiserin war er bereit, von Danzig abzulassen; um so mehr bestand er aber darauf, daß die Besitzergreifung im nächsten Mai erfolgen sollte. Ferner blieb er dabei, daß die preußischen Hilfstruppen nur in Polen oder Ungarn und nicht in der Moldau verwendet werden dürften, 150 Meilen entfernt; er könne sie dort nicht mit Kleidern und anderen Dingen versehen, einige Tausend Mann müßten die Zufuhren decken, und drei Monate Zeit würde der Rückmarsch erfordern, dieser aber notwendig sein, wenn er die Österreicher und außerdem deutsche und französische Truppen zu bekämpfen hätte. Friedrich wollte sein Wort halten und lieber etwas weniger politisch, dafür aber mit desto mehr Aufrichtigkeit zuwerke gehen. „Das ist die einzige Art, wie man mit seinen Verbündeten unterhandeln muß", schrieb er eigenhändig an den Grafen Solms [1]).

Als man im Anfange des neuen Jahres daran ging, auf den Vertragsentwurf, wie Rußland ihn zuletzt überschickt hatte, zu antworten: da verlangte man noch einige Änderungen. Inbezug auf Danzig hatte Friedrich bereits am 11. Dezember seinem Gesandten aufgegeben, er sollte versuchen, ob er für ihn das Recht erwerben könnte, welches die Könige von Polen über die Stadt hätten. Aber auch davon wollte Panin nichts wissen. Die Abweisung erfuhr Friedrich erst viel später; indessen kam er in der Antwort nicht darauf zurück, sondern er machte einen ganz neuen Vorschlag, nämlich, daß Danzig für frei und unabhängig erklärt würde. Die Stadt habe, hieß es in der Denkschrift, immer zu Preußen gehört, und wenn letzteres dem König zufalle, so höre das Band auf, welches Danzig mit Polen verknüpfe, ja, weil beide fortan räumlich getrennt sein würden, ständen ewige Streitigkeiten in Aussicht. Friedrich

1) An Solms, 19. u. 29. Dezember.

wollte ferner die Netze, welche die neue Grenze bilden sollte, ganz haben und im Mai seinen Anteil in Besitz nehmen. Er verlangte weiter, daß er keine Hilfsgelder mehr zahlen dürfte, wenn seine Truppen zu dem russischen Heere gestoßen wären; auch sollten dieselben bloß in Polen und Ungarn verwendet werden können. Dagegen versprach er sie nur dann zurückzurufen, wenn er in einen offenen Krieg mit Österreich geriete, und dieses ihn angriffe, oder wenn er zur Unterstützung des Petersburger Hofes einen Einfall in die Länder der Kaiserin-Königin machen müßte. Friedrich war sogar bereit, Rußland mit allen seinen Streitkräften zu unterstützen und im Fall eines österreichischen Krieges mit den russischen Hilfstruppen sich zu begnügen, vorausgesetzt, es blieben die 50,000 Russen in Polen stehen. Er erbot sich endlich, den türkischen Frieden abzuwarten, bevor er förmlich den Beistand des Petersburger Hofes anrufen dürfte.

Zwei Bedingungen bezeichnete der König als solche, von denen er unter keinen Umständen ablassen würde; nämlich die Besitzergreifung im Monat Mai und die Art der Mitwirkung der preußischen Hilfstruppen, und eigenhändig fügte er dem Schreiben an den Grafen Solms die Worte noch hinzu: „Das sind meine letzten Bedingungen; entweder muß die Sache jetzt glücken, oder es wird nichts daraus.“ Am 5. Januar 1772 gingen die wichtigen Schriftstücke nach der russischen Hauptstadt.

Außerdem wirkte der König sowohl in Wien als in Konstantinopel für einen Waffenstillstand und eine unmittelbare Unterhandlung zwischen der Türkei und Rußland. Freilich war sein Wunsch größer als seine Hoffnung, und alle Mühe vergebens, wenn Maria Theresia und der Sultan wirklich ein geheimes Bündnis geschlossen hatten. Doch fehlte darüber jede zuverlässige Kunde. Der Freiherr v. Rohd, welcher am Ende des Jahres 1771 von seinem Posten in Wien zurückgekehrt war, konnte gleichfalls keine Gewißheit geben, aber er vermutete stark, daß ein solches Bündnis bestände, und hielt es deshalb für verlorene Mühe, Waffenstillstand und direkte Unterhandlung

herbeiführen zu wollen [1]). Einige Tage später empfing Friedrich von seinem Gesandten in Konstantinopel Nachrichten, die ihn mit Bestimmtheit an das Dasein eines türkisch-österreichischen Subsidienvertrages glauben ließen. Wie ward er zornig auf Kaunitz! „Es ist unmöglich", schrieb er an Solms, „einen Mann sich vorzustellen, der mehr von sich eingenommen ist, stolzer und hochmütiger; in dieser Art ist er einzig." Um so ungeduldiger wartete der König auf die Nachricht, ob sein Vertrag mit Rußland unterzeichnet wäre oder nicht. Wenn sich Danzig jetzt nicht gewinnen ließe, so hoffte er in der Folge noch Mittel zu finden, es seinen anderen Erwerbungen hinzuzufügen, wenn die Umstände sich günstiger gestaltet hätten. Um den Eifer des Gesandten zu spornen, bemerkte er wieder eigenhändig, daß er sich nach der Unterzeichnung des Vertrages dankbar gegen ihn beweisen würde. [2])

In Petersburg hatte man es aber mit dem Vertrage nicht so eilig wie in Potsdam; besonders wollte man für die Besitznahme gern noch keinen bestimmten Zeitpunkt anberaumen, sondern erst die in Aussicht stehende Antwort des Wiener Hofes abwarten und außerdem vorher noch erfahren, wie die Pforte den ihr gemachten Vorschlag eines Kongresses aufgenommen hätte. Mit den neuen Forderungen Friedrichs erklärte man sich auch nicht ganz einverstanden; nachdem sein Entwurf acht Tage lang im Ministerrat erwogen worden war, teilte Panin dem Grafen Solms das Ergebnis mit. Danach wünschte man, daß weder Danzig für unabhängig erklärt würde, noch die Netze in ihrem ganzen Lauf an Preußen fallen sollte; was die Besitzergreifung betrifft, so ging man dem Könige

1) Friedrich an Solms, 4. Januar 1772. Am 31. Januar schrieb der Earl of Suffolk an Lord Cathcart: „the existence of such a treaty is currently believed and has never been positively contradicted . . . but that there is now a subsiding treaty actually existing, I can neither affirm nor deny". Sbornik XIX, 247. Finckenstein an Friedrich II., 15. Januar: die Nachricht von dem österreichisch-türkischen Vertrage „commence à percer de tous cotés".

2) An Solms, 8., 12., 16., 19. u. 22. Januar 1772.

wenigstens entgegen, indem man sich bereit erklärte, den Monat Juni dafür festzusetzen. Daß die 20,000 Mann Hilfstruppen nur in Polen und Ungarn verwendet werden sollten, wurde zugestanden, dagegen wünschte man keine näheren Bestimmungen darüber, unter welchen Umständen der König dieselben wieder zurückziehen könnte, sondern wenn man sähe, daß der Krieg mit Österreich unvermeidlich wäre, so wollte man einen General an Friedrich schicken, unter dessen Augen dann ein Kriegsplan ausgearbeitet werden sollte. Der preußische Gesandte glaubte, daß hierfür nur der dem Könige sehr ergebene Zacharias Czernicheff bestimmt werden würde, und riet daher, in diesem Punkte nachzugeben.

Der Krieg mit Österreich schien übrigens immer näher zu kommen. Kaunitz und Gallitzin sahen sich täglich, und jener überschüttete diesen mit Höflichkeiten, aber er blieb schweigsam, und als der russische Gesandte sich mit dem Staatskanzler über die Punkte, die zwischen beiden Höfen schwebten, auseinandersetzen wollte, da ward er ziemlich kühl abgewiesen. Und dann dieser Subsidienvertrag! Die Kaiserin Katharina, welche mit den Vertretern der fremden Mächte von Geschäften nicht zu sprechen pflegte, konnte nicht umhin, während der Abendgesellschaft, die am 26. Januar stattfand, mit Solms von dem Bündnisse zu reden. „Ich habe das lange vermutet", sagte sie, „aber mich gesträubt, es zu glauben; nun kann man leider nicht mehr daran zweifeln und muß sehen, worauf es hinausgehen wird." Gebärden und Worte der Kaiserin zeigten Ärger und Entrüstung. „Wenn die Türken jetzt Frieden schließen und an dem Hause Österreich für ihre Verluste sich entschädigen wollen", erklärte sie, „so darf man sie daran nicht hindern." Sie kam sogar zu Solms noch einmal zurück und meinte, der Staatskanzler würde sich nicht halten, sondern ganz so wie Choiseul fallen. „Der Erfolg", setzte sie hinzu, „wird die Weissagung rechtfertigen." Und diese Stimmung ging nicht vorüber. Wenige Tage später sagte Panin: „Da es kein Mittel mehr giebt, den Wiener Hof zu einer Änderung seiner Ansichten zu bringen, so bleibt nichts weiter übrig, als der

Hinterlist die Gewalt entgegenzusetzen." Er rechnete darauf, daß Preußen, nachdem der Wiener Hof sich entschieden hätte, demselben eine Erklärung überreichen und, wenn sie ohne Wirkung bliebe, Rußland nicht allein lassen würde." Zeigte die Pforte selbst keine größere Nachgiebigkeit, so erschien ihm der Krieg unvermeidlich [1]).

Während aber Friedrich und Katharina noch mit starker Besorgnis in die nächsten Monate blickten, war bereits in Wien ein Umschwung erfolgt, wie ihn jene beiden Mächte sich nicht besser wünschen konnten.

Fünftes Kapitel.

Der Teilungsvertrag.

In Mährisch-Neustadt hatte Kaunitz den Versuch gemacht, den König von Preußen für seine Politik zu gewinnen, welche darin bestand, daß er mit Hilfe des Berliner Hofes Rußland verhindern wollte, der Türkei zu viel Land zu entreißen und hierdurch das Gleichgewicht im Osten zu stören. Mit dem Ziele war Friedrich der Große wohl einverstanden gewesen, aber nicht mit den Mitteln. Wenn er diejenigen annahm, welche Kaunitz vorschlug, so ist kein Zweifel, daß die beiden deutschen Mächte ihre Absicht hätten verwirklichen können; aber der König würde sich zugleich die tödliche Feindschaft der Kaiserin Katharina zugezogen haben; er wäre dann des Bündnisses mit Österreich zu sehr bedürftig gewesen und notwendigerweise dadurch in eine gewisse Abhängigkeit von demselben geraten.

1) Solms, 10., 24. u. 28. Januar; 4. Februar.

Er ging also nicht ganz auf die Wünsche des Staatskanzlers ein, sondern er wollte durch Überredung in Petersburg ans Ziel gelangen, und wenn sich der Wiener Hof ihm angeschlossen und nur die Zips besetzt hätte, so würden die eigentlichen Wünsche Maria Theresias wahrscheinlich erfüllt und der Friede mit der Pforte ohne eine Zergliederung Polens herbeigeführt worden sein.

Jedoch der Staatskanzler schlug einen anderen Weg ein; er trat der Kaiserin von Rußland schroff entgegen und schloß außerdem mit der Türkei ein unbedachtes Bündnis, durch welches er sich ohne Not die Hände band, nur um Vorteile davonzutragen. Dann aber schrak der Wiener Hof vor Feindseligkeiten zurück, und besonders war er abgeneigt, einen Krieg zugleich mit Rußland und Preußen zu beginnen. Diese Möglichkeit, die er doch schon vor dem Abschluß des türkischen Vertrages ins Auge hätte fassen sollen, wurde durch Andeutungen Friedrichs des Großen zur höchsten Wahrscheinlichkeit, und als Panin am 16. Dezember 1771 Österreich einlud, an einer Zergliederung Polens teilzunehmen, da mußte der Wiener Hof eine überaus wichtige Entscheidung treffen. Aber nicht so rasch ging dies vonstatten. Am 9. Januar 1772 schrieb Joseph an seinen Bruder Leopold: „Der Fürst Kaunitz ist mit einer Arbeit beschäftigt, von welcher man niemals etwas erfährt, bis sie fertig ist; ich glaube, daß es sich um einen Teilungsvertrag handeln wird, aber sicher ist das noch keineswegs.“ [1])

Der Kaiser hatte das Richtige getroffen. Am 17. Januar gab der Staatskanzler den Rat, daß man sich über eine Zergliederung Polens mit Preußen und Rußland verständigen sollte. Seit langer Zeit war sein Hauptaugenmerk dahin gegangen, sowohl einem Kriege mit Preußen als einem solchen Frieden auszuweichen, welcher nur zu dessen und Rußlands Vergrößerung gereichen würde. Daß aber diese beiden Mächte sich über polnische Gebietserwerbungen geeinigt hätten, stand ihm außer

1) Arneth, Maria Theresia und Joseph II. I, 359.

Zweifel, und ebenso war er überzeugt, daß der König von Preußen seine Macht gebrauchen würde, wenn Österreich feindlich gegen Rußland verfahren oder ohne vorgängige Verabredung in Polen einrücken wollte. Die Krim war von dem Fürsten Dolgorucki erobert worden und an der Donau das Kriegsglück den Türken noch im Oktober an mehreren Orten ungünstig gewesen. „Die Vorteile der Russen sind unerhört und beunruhigen mich sehr", hatte Maria Theresia dem Fürsten Kaunitz am 29. November geschrieben. Unter diesen Umständen schien es dem Staatskanzler unmöglich, den Türken zu helfen, und er war der Meinung, daß jetzt auch der Wiener Hof an Gebietserweiterungen denken müßte.

In einer Beilage wurden sieben Vorschläge gemacht; die drei ersten und der sechste bezogen sich auf türkische Besitzungen, der vierte und fünfte auf hohenzollernsche Gebiete. Wir kennen den abenteuerlichen Gedanken, welchen Kaunitz am Ende des Jahres 1768 zu Papiere gebracht hatte, daß der König von Preußen die Grafschaft Glatz und einen Teil von Schlesien an Österreich zurückgeben und dafür in dem polnischen Preußen Entschädigung finden sollte. Mit demselben Vorschlage wagte sich der Staatskanzler bei dieser Gelegenheit wieder hervor, nur daß natürlich für Westpreußen jetzt andere Gebietsteile der Republik vom Könige gewählt werden sollten. Wenn letzterer darauf nicht einginge, so mutete Kaunitz ihm die Abtretung der fränkischen Markgrafschaften zu, welche Friedrich II. gar nicht besaß. Überhaupt, welche Verschiedenheit herrscht in den Vorschlägen, welche der Staatskanzler seiner Gebieterin zur Auswahl stellt! Einmal bietet er in großmütigster Weise Serbien, Bosnien, das türkische Dalmatien, Macedonien, Albanien und das östliche Morea der Kaiserin-Königin an, und einmal beschränkt er sich auf Ansbach und Bayreuth. Erst an letzter Stelle faßt er polnische Besitzungen, jedoch ohne dieselben näher zu bezeichnen, ins Auge; denn er weiß, daß seine Gebieterin davon nur ungern reden hört. Wenn er aber diese Vorschläge dem in russischen Diensten stehenden Chevalier Massin zuschreibt, so geschieht es ohne Zweifel mit demselben

Rechte, mit welchem Friedrich der Große die Idee der Teilung Polens dem Grafen Lynar beilegt [1]).

Ganz anderer Meinung als Kaunitz war Joseph. Ihm schien die Lage der Dinge so zu sein, daß von einem Teilungsvertrage keine ansehnliche Vergrößerung für Österreich zu erwarten stände; er hoffte ferner, im folgenden Jahre mit mehr Nachdruck auftreten zu können. Darum riet er, man sollte die Türkei, die doch beinahe kampfunfähig war, auf alle Weise zur Fortsetzung des Krieges treiben, außerdem aber Krakau, Sendomir, Lemberg und Czenstochau in Polen besetzen und sich dadurch ein gutes Unterpfand dafür, daß man bei der Teilung nicht zu kurz kommen würde, verschaffen. Es waren unkluge Ratschläge, welche der Staatskanzler leicht zurückzuweisen vermochte; denn er kannte den König von Preußen besser und wußte, daß Österreich denselben allezeit in seinem Wege finden würde. Er begriff ferner nicht, wie man eine Gelegenheit, welche sich böte, wesentliche Vorteile zu erlangen, verscherzen und dann erst auf eine neue warten sollte [2]).

Joseph ergab sich leicht. Von den Vorschlägen des Fürsten Kaunitz hielt er die Abtretung des Glätzischen und Neißischen für den größten Gewinn, den Österreich davontragen könnte; wie vor drei Jahren aber, so erschien ihm diese Erwerbung noch immer unmöglich. Er erklärte nach ihr Belgrad mit einem Teile von Bosnien bis an den Golfo della Drina für das Allernutzbarste; Bayreuth und Ansbach dagegen verwarf er gänzlich [3]).

Mit durchaus anderen Bedenken trat nun Maria Theresia hervor. Sie befand sich in großer Gewissensnot und sah streng genommen keinen rechten Ausweg vor sich. Sie verurteilte die Politik, welche der Wiener Hof bisher befolgt hatte: den Beschluß, die Truppen aus den Niederlanden und

1) Wir kennen die Denkschrift des Staatskanzlers vom 17. Januar und die sieben Vorschläge leider nur aus dem, was Beer (II, 129 ff.) und Arneth (VIII, 336 ff.) daraus mitteilen.

2) Beer, Dokumente, S. 39 ff.

3) Arneth, Maria Theresia und Joseph II. I, 361.

Italien kommen zu lassen, den allzu drohenden Ton gegen die Russen, das geheimnisvolle Benehmen gegen die Verbündeten und die Gegner, den türkischen Vertrag. Sie wollte dem Frieden das Wort in Petersburg und Berlin reden und mit dem preußischen Gesandten in Konstantinopel wieder aufrichtig zuwerke gehen. „Wenn aber Rußland und Preußen in Polen einige Vorteile zu behaupten gedächten, meinte sie weiter, so könnte sie es nicht gleichgültig ansehen, noch leer ausgehen." Auf der anderen Seite verschmähte sie, auf Kosten der Polen oder Türken sich zu vergrößern. „Der König von Preußen müßte uns also entschädigen", fuhr sie fort, „entweder mit dem Glätzischen oder mit jenen fränkischen oder auch clevischen Ländern." Die sonderbare Zumutung zu begründen unterließ die Kaiserin-Königin; und beraubte sie Polen nicht, wenn sie ihren Anteil vertauschte? Den Türken wollte sie, wie gesagt, in Ansehung der von ihnen gezeigten Schwäche ganz ernstlich zum Frieden raten und sie auch von Bezahlung der ausbedungenen Millionen loslassen, wenn ihnen dafür die Abtretung von Belgrad vorgeschlagen werden könnte. Welches Recht sie aber hatte, von ihnen ein solches Opfer zu verlangen, darüber sprach sie sich nicht aus. Sie machte der Politik, die der Wiener Hof bisher befolgt hatte, den Vorwurf, daß man aus dem Kriege zwischen Rußland und der Pforte gesucht hätte Gewinn zu ziehen, um die Grenzen auszudehnen und Vorteile zu erlangen, an die man vor dem Kriege gar nicht gedacht hätte; man wollte, meinte sie, auf preußische Manier handeln und gleichzeitig den Anschein der Ehrlichkeit retten. Aber wenn sie ohne Grund Belgrad erlangen und für ihren polnischen Anteil hohenzollernsche Länder eintauschen wollte, handelte sie da nicht auch, um in ihrer Sprache zu reden, auf preußische Manier und suchte gleichzeitig den Anschein der Ehrlichkeit zu retten? Und überdies, wer trug denn in Österreich die oberste Verantwortlichkeit für die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten? [1])

1) Beer teilt (II, 340) die Bemerkungen der Kaiserin-Königin zu den sogen. sieben Traktatsvorschlägen des Chevalier Massin mit.

Der Wiener Hof hatte sich bisher geweigert, die russischen Friedensbedingungen in Konstantinopel vorzulegen, und dabei blieb er auch diesmal stehen, aber aus einem anderen Grunde. Nach der wiederholten Erklärung der Pforte konnte der Sultan in die Unabhängigkeit der Tataren nicht willigen, wenn er seinen Thron behalten wollte. Weil diese Meinung noch fortbestand, so schien es dem Wiener Hofe besser, wenn sein Vertreter und der preußische zunächst nur dahin arbeiteten, einen Waffenstillstand und Friedenskongreß herbeizuführen, und so wurde denn Thugut angewiesen, zusammen mit Zegelin in dieser Richtung thätig zu sein. Ein Eilbote verließ am 25. Januar abends Wien, um über Berlin nach Petersburg zu gehen und diesen Entschluß an beiden Orten anzuzeigen. Drei Tage später machte der Staatskanzler dem Fürsten Gallitzin dieselbe Mitteilung und antwortete zugleich auf die Note vom 16. Dezember. Der Wiener Hof erklärte sich bereit, die ermäßigten Friedensbedingungen Rußlands auf einem Kongresse nicht nur förmlich vorzulegen, sondern auch durch seine guten Dienste zu unterstützen. Inbezug auf Polen hieß es in dem Schriftstück, welches Kaunitz dem Fürsten Gallitzin überreichte: „Wir haben unsere Denkungsart in dieser Hinsicht keineswegs geändert und wünschten noch, daß jenes Königreich keine Zergliederung erleiden dürfte.“ Indem man dennoch Panins Vorschlag annahm, begründete man die neue Politik folgendermaßen: „Die Verpflichtungen, welche Rußland im Laufe des Krieges eingegangen zu sein scheint, würden eine Vergrößerung der beiden Nachbarn herbeiführen, die der Wiener Hof nicht mit Gleichgültigkeit ansehen könnte; sie würden ferner das Gleichgewicht umstoßen, welches bisher die gegenseitige Sicherheit der drei Mächte gebildet hat, und zu einem allgemeinen Kriege führen.“ Um ein so schmerzliches Ereignis abzuwenden, trat der Wiener Hof den Grundsätzen bei, welche Panin in der angeführten Note ausgesprochen hatte.

Dreierlei Wünsche brachte Kaunitz hierauf noch mündlich vor. Um eine gleiche Teilung herbeizuführen, meinte er, würde es vielleicht notwendig sein, nicht bloß Polen, sondern auch die

Türkei zu Abtretungen zu zwingen. Er gab dann der Hoffnung, daß in dieser Angelegenheit die drei Mächte mit der größten Aufrichtigkeit gegen einander zuwerke gehen würden, einen zuversichtlichen Ausdruck und betonte zuletzt die Notwendigkeit, die Sache vor England und Frankreich sorgfältig geheim zu halten, damit sich diese beiden Länder nicht widersetzten oder vielleicht gar gemeinschaftliche Sache machten [1]).

Am letzten Januar kam der Eilbote, welchen der österreichische Staatskanzler abgeschickt hatte, nach Berlin, und Swieten überreichte dem Grafen Finckenstein sogleich eine Abschrift der Antwort des Wiener Hofes. Er verhehlte dann nicht, daß er noch andere Aufträge empfangen hätte, bat um eine Audienz und teilte dem Minister schon vorläufig mit, daß Maria Theresia und Joseph sich zuerst mit Preußen über die Zergliederung Polens zu verständigen wünschten; er sollte darüber in Unterhandlung treten, sobald man übereingekommen wäre, daß bei den Erwerbungen eine vollständige Gleichheit stattfinden müßte, und sich ein schriftliches Versprechen hierüber gegeben hätte. Finckenstein setzte den König von diesen erfreulichen Eröffnungen sogleich in Kenntnis und schloß sein Schreiben mit der Bemerkung: „So hat also Österreich die Zergliederung eines Teiles von Polen den Zufällen eines ungewissen Krieges vorgezogen.“ [2])

Mit unendlichem Vergnügen las der König diese Mitteilung seines Ministers. „Sie eröffnet mir die schönste Aussicht“, schrieb er an Finckenstein, „sowohl für die Herstellung des Friedens zwischen Rußland und der Pforte, als auch für die Erhaltung der allgemeinen Ruhe, und Ihr werdet Euch ohne Schwierigkeit vorstellen können, wie innig es mich freut, die Wege dazu gebahnt zu haben.“ [3]) Besonders war es ihm lieb, daß alle diese wichtigen Angelegenheiten ganz ruhig und ohne das geringste Blutvergießen erledigt werden sollten. Die

1) Goertz, p. 175—197.

2) Finckenstein an den König, 31. Januar 1772, in der Korrespondenz des Grafen Solms.

3) Beer II, 356 (Nr. 22).

Gicht, die ihn wieder heimsuchte, kam ihm diesmal doppelt ungelegen, weil sie ihn hinderte, so ausführlich, wie er gern gewollt hätte, sich über diese bedeutende Unterhandlung auszusprechen. Auch bedauerte er, daß sein geheimer Vertrag mit Rußland noch nicht abgeschlossen war. Wenn die Umstände so kritisch geblieben wären, wie vorher, so hätte er noch manche Forderung des Petersburger Hofes ablehnen müssen; aber da der Vertrag bei der veränderten Gesinnung Österreichs voraussichtlich doch ein toter Buchstabe bleiben werde und man das Eisen schmieden müsse, so lange es warm sei, so schickt er am 2. Februar einen eigenen Eilboten [1]) an Solms und schreibt ihm, worin dieser etwa noch nachgeben könne. Wenn es zu schwer sei, die Unabhängigkeit von Danzig zu erlangen, so will er davon abstehen; ebenso ist er bereit, die Besitzergreifung bis in den Juni und auch noch länger hinauszuschieben zu lassen. Dagegen wünscht er die ganze Netze zur Grenze zu haben; denn er fürchtet unangenehme Streitigkeiten vonseiten der Polen, z. B. inbetreff der Brücken. „Wenn einer sie baut, zerstört sie der andere“, schreibt er, „und der Verkehr wird unterbrochen.“ Der König will die Ausgabe lieber auf sich nehmen, die Brücken errichten, den Handel fördern und eine Menge von polnischen Hudeleien vermeiden, und er bemerkt also dem Grafen Solms, daß er ihm einen wesentlichen Dienst erweisen werde, wenn er ihm dieses Recht verschaffe.

Inbezug auf den militärischen Teil des Vertrages endlich ist Friedrich ebenfalls bereit, noch einiges nachzugeben. Er will die 20,000 Mann Hilfstruppen nur dann zurückrufen, wenn ihm Österreich förmlich den Krieg erklärt hat und den größten Teil seiner Streitkräfte gegen ihn wendet; ja, er würde sie auch noch bei den Russen lassen, wenn die letzteren ernsthaft beschäftigt wären oder einen Einfall in Ungarn machten; unter solchen Umständen ist er sogar erbötig, der Hilfe

1) Das ist der Jäger, dessen Swieten bei Beer (Friedrich II. und van Swieten), S. 68 gedenkt. Bei Smitt steht nur das Schreiben vom 1. Februar, welches der österreichische Eilbote mitnahm.

von 10,000 Russen zu entsagen. Endlich will er noch den Artikel, daß die 50,000 Russen in Polen stehen bleiben müßten, dahin abändern lassen, daß dieselben nach Ungarn rücken dürften, wodurch die Österreicher gehindert werden würden, die Russen in der Moldau und Walachei anzugreifen.

Am 14. Februar gelangten Friedrichs Weisungen an Solms. In Petersburg herrschte damals die größte Freude wegen der guten Nachrichten, welche der Eilbote des Fürsten Gallitzin den Tag zuvor über die glückliche und unerwartete Änderung in der Denkungsart des Wiener Hofes gebracht hatte, und als nun Solms den Grafen Panin zum Abschluß des geheimen Vertrages drängte, ging dieser bereitwillig darauf ein. Es wurde nicht bestimmt, daß Danzig unabhängig sein sollte; dagegen inbezug auf die Netze willfahrte Panin dem Wunsche des Königs, und für die Besitzergreifung wurde der Juni festgesetzt. Auch über den militärischen Teil einigte man sich leicht, und am 17ten abends fand die Unterzeichnung statt; aber damit es schiene, als ob dieselbe noch vor dem Eintreffen der letzten österreichischen Antwort erfolgt wäre, wurde sie um einen Monat zurückdatiert. In einem eigenhändigen Schreiben gab Katharina der Genugthuung Ausdruck, welche sie über den Erfolg einer so wichtigen Unterhandlung empfand. Die veränderte politische Haltung des Wiener Hofes leitete sie mit Recht von der Festigkeit und Geradheit her, mit welcher der König von Preußen ihre Interessen unterstützt und gezeigt hätte, daß nichts ihn von seiner Verbündeten zu trennen vermöchte. „Ich wünsche sehnlich", fuhr sie fort, „daß aus der Umkehr des Wiener Hofes diejenige Wirkung hervorgehe, die ich stets im Herzen und im Sinn gehabt habe, nämlich durch ein System der Einigung unter den drei Mächten, welches heute wahrscheinlich wird, ein solches Interesse zu schaffen, daß dessen Wichtigkeit für immer jede Erinnerung und jede Absicht dieses Hofes auf Schlesien vertilge." [1])

1) Solms, 14. u. 18. Februar. Sbornik XX, 315. Am 3. März schickt Friedrich die Antwort an Katharina und die 11,000 Rubel für den Vertrag.

Nachdem Rußland und Preußen über die Gebiete, welche sie den Polen wegnehmen wollten, einig geworden waren, kam an Österreich die Reihe, sich darüber zu entscheiden.

Wir wissen, daß Maria Theresia, Joseph und Kaunitz, während sie sonst in ihren Meinungen auseinandergingen, einmütig nach dem Besitze der Grafschaft Glatz und der Gegend von Neiße verlangten, und sie machten auch wirklich den Versuch, ob sich Friedrich hierzu verstehen würde. Als der in Genesung begriffene König am 4. Februar den Freiherrn van Swieten empfing, eröffnete dieser ihm zunächst, daß der Wiener Hof mit dem Berliner auf der Grundlage vollkommener Gleichheit über die neuen Erwerbungen sich zu verständigen wünschte. Friedrich räumte das Prinzip ohne weiteres ein, obwohl er zugab, daß der russische Teil etwas stark wäre; dann sprach er sich mit aller Freimütigkeit über das aus, was ihm zufallen sollte, und wies zuletzt Österreich auf die an Ungarn stoßende Seite von Polen hin. „Das Land ist dort gut", sprach er, „und wenn ihr nur Krakau ausnehmet, könnt ihr euch daselbst ungehindert ausbreiten, bis jene Gleichheit hergestellt ist." Swieten mußte nun mit seinem unmöglichen Vorschlag herauskommen. „Wie, wie?" rief der König mit Lebhaftigkeit, und als jener den Antrag noch einmal deutlich wiederholt hatte, da entgegnete Friedrich: „Nein, mein Herr, das geht nicht; ich verlange nichts weiter als das polnische Preußen. Nehmt euren Teil, wo es euch am besten paßt, aber nicht auf meine Kosten." Der Gesandte versuchte den Vorschlag zu rechtfertigen, aber er bemühte sich umsonst. Friedrich erklärte rund heraus, daß er von dem, was er gegenwärtig besitze, weder etwas abtreten könne noch wolle. Swieten bat den König, die Sache weiter zu erörtern und zu überlegen; jedoch dieser unterbrach ihn mit einiger Ungeduld, indem er die eben gegebene Erklärung wiederholte. Nach dem Berichte, den Friedrich am folgenden Tage für den Grafen Solms und Panin eigenhändig niedergeschrieben hat, wäre die Entgegnung sogar ziemlich barsch ausgefallen; denn er hätte danach gesagt: „Ich habe die Gicht nur in den Füßen, jener

Antrag aber könnte mir bloß dann gemacht werden, wenn sie mir im Kopfe säße. Es handelt sich um Polen und nicht um meine Länder." [1])

van Swieten mußte nun zu einem anderen Vorschlag übergehen, welchen er der empfangenen Weisung gemäß als seinen eigenen Gedanken vorbrachte, der ihm soeben eingefallen wäre; danach sollte Rußland der Pforte zuerst die ursprünglichen Friedensbedingungen mit Einschluß der Unabhängigkeit der Donaufürstentümer nennen und sich alsdann erbieten, die Moldau, Walachei und Bessarabien für den von Österreich zu gewinnenden Anteil zurückzugeben, welcher letztere Serbien mit Belgrad und einen Teil von Bosnien, umfassen würde [2]). Friedrich fiel aus den Wolken, als er das vernahm; denn er hatte von einem Verbündeten der Türken und einem Hofe, der immer das Gleichgewicht des Orients im Munde führte, keinen solchen Vorschlag erwartet, durch welchen die Pforte an der Grenze von Ungarn ebenso sehr geschwächt würde wie durch die Wegnahme der Krim. An seinen Gesandten in Petersburg schrieb er am folgenden Tage, daß er im Scherze zu Swieten auch gesagt: er erführe mit Vergnügen, daß die Österreicher noch nicht beschnitten — d. h. Mohammedaner oder Türken — wären und ihren Teil auf Kosten ihrer Freunde nehmen wollten. Aller Wahrscheinlichkeit nach hat er das aber keineswegs gesagt und nur den boshaften Witz, welchen er nach der Audienz gemacht, ebenfalls nicht unterdrücken können. Dem österreichischen Gesandten versprach er, den Vorschlag zu unterstützen.

An dritter Stelle war Swieten angewiesen, Bayreuth und Ansbach zu verlangen, wofür dann Friedrich wie bei Glatz und Neiße durch polnisches Gebiet entschädigt werden sollte. Diese Markgrafschaften, meinte Kaunitz, würden doch keine vorteilhafte Abrundung für die kurbrandenburgischen Lande ab-

1) Smitt II, 93. Vgl. Friedrich an seinen Bruder Heinrich bei Duncker, S. 249. van Swieten berichtet davon nichts.

2) Beer, Friedrich II. und van Swieten, S. 59 ff.

geben, und es dem König nicht schwer fallen, den jetzt regierenden Markgrafen, welcher ohnedem keine Nachkommenschaft zu hoffen hätte, gegen andere Entschädigungen zur Abtretung seiner Lande zu vermögen [1]). Da Friedrich nun aber versprochen, den zweiten Vorschlag zu unterstützen, konnte van Swieten ihn durch diesen dritten Antrag natürlich nicht erheitern.

Die Audienz gab dem Könige zu denken. Er meinte, daß die Österreicher die Polen nur schonen wollten, um den ganzen Haß dieser Nation gegen Rußland und Preußen zu kehren. Einige Tage später dagegen fand er den Grund des Systemwechsels in dem Wunsche des Wiener Hofes, Serbien und Belgrad zu erlangen, und obgleich er diese Erwerbung für wichtiger hielt als den Gewinn, welchen er und Katharina begehrten, so blieb er doch eine Zeit lang dabei, sie unterstützen zu wollen. Aber der Gedanke, daß die Polen Rußland und Preußen hassen und den Wiener Hof als ihren einzigen Beschützer ansehen würden, gewann die Oberhand in ihm, und er fing lebhaft an zu wünschen, daß die Österreicher lieber in Polen als anderswo ihre Vergrößerung suchen möchten [2]).

Eben damals wurde die Erwerbung von Serbien und Belgrad von der Kaiserin-Königin wieder aufgegeben. Die großen Bedenken, welche sie schon vorher gehabt hatte, waren keineswegs geschwunden, vielmehr erhob sie sich zu immer reineren Anschauungen. Als der Bericht van Swietens über die Audienz vom 4. Februar in Wien eingelaufen war, da erklärte sie sich gegen die Besitznahme von Serbien und Bosnien. Es folgten für sie nun Tage des bittersten Wehes, von denen wir jedoch nur ein sehr unvollständiges Bild besitzen. Der Staatskanzler erteilte den Rat: sie möge die Walachei und

1) Beer, Dokumente, S. 177 (25. Januar); den Tag zuvor hatte Maria Theresia noch verfügt, daß an vierter Stelle das „dedommagement“ in Polen selbst folgen sollte (Beer II, 342); davon ist aber Dokumente, S. 177, nicht die Rede.

2) Friedrich an Solms, 5. Februar (Smitt II, 95), 12. Februar (Berl. Archiv) und 16. Februar (Beer II, 167 Anm.).

die Hälfte von Bessarabien und der Moldau verlangen, die andere Hälfte solle die Republik für das, was sie an Preußen und Rußland abtrete, zur Entschädigung erhalten. Maria Theresia fand anfangs wirklich diesen Plan weniger ungerecht und allein annehmbar nach den von ihr festgehaltenen Grundsätzen, daß der Wiener Hof an keiner unmittelbaren oder mittelbaren Zergliederung Polens teilnehmen könnte, und daß ihm inbezug auf die Pforte die Hände durch den Vertrag vom 6. Juli 1771 gebunden wären. Das Schriftstück wurde jetzt ins Reine geschrieben. Aber während dies geschah, gelangten an Kaunitz einige Zeilen der Kaiserin-Königin, welche vermutlich neue Zweifel und Bedenken enthielten.

Der Staatskanzler suchte Maria Theresia wieder zu beruhigen, aber er erklärte ihr zugleich, daß er keine Vorschläge mehr machen könnte; wenn sie diesen verwürfe, so müßte er sie bitten anzugeben, was dem Gesandten in Berlin geschrieben werden sollte. Von dem Plane, welchen er jetzt empfahl, konnte er rühmen, daß nach demselben der Wiener Hof den Polen nicht allein nichts nähme, sondern ihnen sogar noch eine Entschädigung für das verschaffte, was andere sich anzueignen entschlossen wären. Wenn er aber weiter hervorhob, daß auch den Türken nichts entzogen würde, da sie nur verlören, was sie nicht mehr besäßen, so war das eine Spitzfindigkeit, welche die Kaiserin-Königin nur vorübergehend bestechen konnte. Sie nahm die gegebene Einwilligung wieder zurück und nötigte dadurch den Staatskanzler, auf einen anderen Ausweg zu sinnen.

Welchen verzehrenden Seelenkampf hatte die beklagenswerte Herrscherin zu bestehen! Sie meinte, sie könnte sich nicht sehen lassen. „Ich bekenne", schrieb sie am 17. Februar morgens in ihrer Unruhe, „daß ich Zeit meines Lebens mich nicht so beängstiget gefunden. Als alle meine Länder angesprochen wurden, steifte ich mich auf mein gutes Recht und den Beistand Gottes. Allein in dem gegenwärtigen Fall, wo nicht allein das Recht auf meiner Seite nicht vorhanden, sondern Verbindlichkeiten, Recht und Billigkeit wider mich streiten, bleibt mir keine Ruhe, vielmehr Unruhe und Vorwürfe eines Herzens

übrig, so niemals jemanden oder sich selbst gewohnt war zu betäuben oder Doppelzüngigkeit für Aufrichtigkeit gelten zu lassen." Im Laufe des Tages empfing sie einen neuen Vorschlag; man sollte nämlich in Petersburg und Berlin erklären, daß man sich näher erst erklären werde, wenn man die Ansprüche Rußlands erfahren habe. Damit war sie freudig einverstanden, und sie befand sich um vieles ruhiger. „Nur nichts mehr für jetzt auf die Türken", schrieb sie noch am 17ten dem Staatskanzler; „wir können gar weislich erwarten, was Rußland für Begehren haben wird; wir gewinnen Zeit."

Am 19. Februar schickte der Wiener Hof ein Schriftstück, worin er aussprach, daß die neuen Gebietserwerbungen der drei Staaten vollkommen gleich sein sollten, nach Berlin und Petersburg, indem er sich zugleich eine eben solche Versicherung von Friedrich und Katharina erbat, und zwar wurde van Swieten angewiesen, den Eilboten erst weiter zu senden, wenn der König von Preußen seine Bereitwilligkeit ausgesprochen hätte, die verlangte Erklärung abzugeben. Einige Tage später rief Kaunitz den russischen Gesandten zu sich und las ihm den ganzen Bericht vor, welchen van Swieten über die Audienz vom 4. Februar erstattet hatte, dann machte er ihn mit den neuen Beschlüssen seines Hofes bekannt. Gallitzin erfuhr zu seinem Erstaunen den Grund, warum die Erwerbung von Bosnien und Serbien zurückgewiesen wurde; denn vor einem Monat erst hatte ja der Wiener Hof durch den Mund des Fürsten Kaunitz ausdrücklich verlangt, auch in der Türkei Erwerbungen machen zu dürfen. Bereits war ein Schreiben unterwegs, worin Graf Panin mit der freudigsten Bereitwilligkeit versprach, dieses Verlangen in jeder Weise zu unterstützen, und unter Mitteilung der Verabredungen, welche Rußland und Preußen mit einander getroffen, der Hoffnung Ausdruck gab, in kurzem die Vorteile zu hören, welche sich der Wiener Hof gern verschaffen möchte [1]).

1) Goertz, p. 203sqq. 198sqq. Von letzterer Depesche giebt Arneth als Datum an 10./21. Februar. Abgesendet wurde sie nach Solms am 22. Februar.

Am 28. Februar entledigte sich van Swieten in Potsdam seiner Befehle. Friedrich machte nicht die geringste Schwierigkeit inbezug auf die Erklärung, die von ihm gefordert ward. Er mußte sich auch mit dem Grunde begnügen, welchen der kaiserliche Gesandte dafür vorbrachte, daß Österreich noch immer nicht angeben könnte, was es in Besitz nehmen wollte; denn van Swieten hatte natürlich die Weisung erhalten, zu sagen, daß sein Gedanke, Bosnien und Serbien zu erwerben, in Wien nicht gebilligt worden wäre. Und wenn der kaiserliche Hof noch sogleich einen neuen Plan mitgeteilt hätte! Da nicht einmal das geschah, schalt Friedrich in Petersburg auf das Regiment zweier kaiserlicher Personen und eines Ministers, von denen bald die Ansicht des einen, bald die eines anderen den Platz behauptete. Er freute sich insofern über die schriftliche Erklärung, welche Maria Theresia und Joseph verlangt und gegeben hatte, als dieselbe geeignet wäre, den Wiener Hof bei seinem Entschlusse festzuhalten [1]); denn hiervon abgesehen hielt er eine solche für überflüssig, weil die Unterhandlung über den österreichischen Anteil in Petersburg geführt werden müßte. Mit dem Grundsatze der Gleichheit der Erwerbungen war er natürlich ganz und gar einverstanden, und er ließ Panin mehrmals ermahnen, ja recht darauf acht zu geben, daß Österreich, welches bei solchen Teilungen jederzeit gesucht hätte die anderen zu überholen, nicht etwa so viel empfinge wie Rußland und Preußen zusammengenommen. „Denn es hat Appetit bekommen“, schrieb er am 25. März an Solms, „und so verdorben sein Magen im vergangenen Jahre war, so eßlustig, scheint mir, ist es jetzt.“ [2])

Am Wiener Hofe war man wirklich damit beschäftigt, der Aufforderung des Grafen Panin zufolge die Erwerbungen zu bestimmen, welche man machen wollte. Als Kaunitz erfahren hatte, was Rußland und Preußen sich ausgesucht, da gestand er lächelnd dem Fürsten Gallitzin, daß die beiden Höfe aus

1) Smitt II, 97.
2) Friedrich an Solms, 11. u. 25. März.

dem Ganzen geschnitten hätten. Er erteilte dann der Kaiserin-Königin am 8. März den Rat: man müsse nun bestimmen, was man in Besitz zu nehmen gedenke; wolle man das unterlassen, so bleibe nichts mehr übrig, als entweder Rußland und Preußen an der Ausführung ihres Unternehmens mit Waffengewalt zu hindern, oder ruhig zuzusehen, so gefährlich das auch für das Haus Österreich sein werde. Maria Theresia fügte sich widerwillig. „Ich finde", schrieb sie, „daß von jetzt an nichts anderes mehr zu thun, kann mich aber noch nicht über die Vergrößerung dieser beiden Mächte beruhigen und noch weniger, daß wir auch mit denselben teilen sollen." [1])

Während nun Kaunitz überlegte, wo er die Schere ansetzen und wie weit er schneiden sollte: kam der österreichische Eilbote mit der Erklärung über die Gleichheit der Erwerbungen nach Petersburg. Katharina ging nicht allein ebenso leicht wie Friedrich auf dieses Verlangen ein, sondern sie ließ auch dem Fürsten Lobkowitz noch eine sehr verführerische Eröffnung machen. „Es dürfte nicht unmöglich sein", sagte diesem der Graf Panin am 19. März, „die Sache dahin einzuleiten, daß die Pforte bei der bevorstehenden Friedensunterhandlung bewogen würde, zu der für den Wiener Hof so nützlichen Abtretung der Festung Belgrad und eines Teiles von Serbien und Bosnien gutwillig die Hände zu bieten." Panin verhehlte nicht, daß die Vorteile für Österreich alsdann viel größer als für die beiden anderen Länder sein würden, jedoch er erklärte, daß der Petersburger Hof bereit wäre, seine aufrichtige und freundschaftliche Gesinnung bei dieser Gelegenheit werkthätig zu bezeigen. Und warum wollte man sich so gefällig erweisen? Panin verschwieg das Ziel nicht, auf welches er zusteuerte; es war ein Bündnis der drei Mächte Rußland, Österreich und Preußen [2]). Als Katharina im Januar 1771 Friedrich den Großen durch seinen Bruder Heinrich wie im Scherz einlud, dem Beispiele der Kaiserin-Königin und ihres

1) Beer II, 170. Arneth VIII, 368.
2) Arneth VIII, 464 Anm.

Sohnes folgend, polnisches Gebiet zu besetzen, da hatte sie dieses Ziel unzweifelhaft vor Augen gehabt, um die Türken sicherer schmälern zu können.

Panins Anerbieten inbezug auf Serbien und Bosnien wurde zwar in Wien nicht angenommen, aber vielleicht schritt man jetzt hier um so herzhafter in der Verkleinerung Polens vor. Die Grenze, wünschte man, solle von Biala längs der Weichsel bis zur Mündung der Wieprz, von da bis Parczow, hierauf an den Woiwodschaften von Brzesz, Volhynien und Podolien und dem Dniestr hin bis zur Moldau und nach Siebenbürgen gehen.

Friedrich war nicht wenig erstaunt, als er erfuhr, auf welches große Gebiet man in Wien die Augen geworfen, und er schrieb am 18. April an Finckenstein: „Wir haben uns nicht getäuscht, als wir annahmen, daß Kaunitz übertriebene Forderungen stellen würde; denn er hat die Raubgier des Doppeladlers, welchen sein Hof im Wappen führt, ziemlich gut nachgeahmt." Friedrich schickte sogleich einen Eilboten an Solms und ließ den Grafen Panin auf diesen Übelstand aufmerksam machen. Aus dem letzten Briefe Katharinas ersah er, daß man in Petersburg schnell mit Österreich zu Ende kommen wollte. Auch er hatte keineswegs die Absicht, Hindernisse in den Weg zu legen, und er wies daher seinen Gesandten an, sich nach der Willensmeinung des russischen Hofes zu richten; nur das eine wünschte er, daß Österreich bewogen werden könnte, seine Ansprüche wenigstens etwas zu ermäßigen und besonders die Salzbergwerke von Wieliczka und Bochnia aufzugeben [1]).

Am folgenden Tage sagte Friedrich zu Swieten, dem er eine Audienz erteilte: „Potztausend, ihr habt einen guten Magen, wie ich sehe." Er war begierig, welchen Eindruck Österreichs unmäßiger Appetit auf Rußland machen würde. Bevor noch sein Eilbote nach Petersburg kam, erfuhr Panin

1) Friedrich an Finckenstein, 18. April (Geheime Korrespondenz) und an Solms (bei Smitt II, 106).

durch den Fürsten Gallitzin die Forderungen des Wiener Hofes, und er gestand, daß der König letzteren gut kenne und richtig vorausgesehen habe [1]).

Es wäre der Kaiserin Katharina offenbar lieber gewesen, wenn der Wiener Hof seine Erwerbungen hauptsächlich in der Türkei gesucht hätte; denn ihre ganze Regierung hindurch ist sie bemüht gewesen, diese zu schmälern, während sie umgekehrt Polen zu beherrschen strebte. Doch erhob Panin auch keine Schwierigkeit, als er erfuhr, daß der Wiener Hof ausschließlich auf dem Gebiete der Republik seine Befriedigung suchte, nur war er natürlich für eine Ermäßigung der österreichischen Forderungen, und er wünschte so bald als möglich Friedrichs Ansicht zu hören. Niemals aber hat es einen Staatsmann gegeben, welcher sich schneller entschied als der König von Preußen, und so war denn auch zu dieser Zeit, wie wir wissen, sein Eilbote bereits unterwegs und in der Nähe der russischen Hauptstadt. Am 28sten langte derselbe nachts an, und nicht lange nachher hatte Panin eine Unterredung mit Lobkowitz, worin er in den höflichsten Formen gegen die Abtretung von Lemberg im Osten und der Salzbergwerke von Wieliczka und Bochnia im Westen sich aussprach [2]). Dem Grafen Solms aber drückte er einige Tage später sein Bedauern aus, daß der König nicht die Größe der österreichischen Ansprüche dem Freiherrn van Swieten vorgeworfen hätte, weil es so den Anschein gewänne, als ob aller Widerstand nur von Rußland ausginge.

Infolge dieser Mahnung suchte Finckenstein eine Unterredung mit dem österreichischen Gesandten, und nachdem er ihm mitgeteilt hatte, daß Rußland Lemberg und die Salzbergwerke den Polen erhalten möchte, sprach er sich für eine solche Nachgiebigkeit aus, indem er zugleich darauf hinwies, daß Preußen dem Petersburger Hofe zu Gefallen von Danzig und

1) Beer, Friedrich II. und van Swieten, S. 71. Solms, 28. April (Berl. Archiv).

2) Goertz, p. 217sqq. Solms schickt diesen Bericht am 1. Mai an den König und meldet am 11ten, daß Panin denselben aufgesetzt habe.

Thorn Abstand genommen hätte. „Der König freut sich", fuhr der Minister fort, „daß das, was Österreich aufgeben soll, unbeträchtlich ist, und daß sein Anteil immer noch den preußischen und den russischen sowohl an Flächeninhalt als auch an Fruchtbarkeit übertrifft, und so hofft er denn, daß Österreich auf den Vorschlag Rußlands eingehen wird." Finckenstein glaubte, dem Freiherrn van Swieten bemerklich genug gemacht zu haben, daß die Schwierigkeiten von Petersburg und nicht von Preußen herkämen [1]). Offenbar hatte Friedrich ihm eine solche Weisung erteilt. Das Verfahren macht keinen angenehmen Eindruck; der russische Minister scheint aber ähnlich gehandelt zu haben [2]).

Nachdem Panin durch die erwähnte Unterredung mit Lobkowitz den Wiener Hof aufmerksam gemacht hatte, welche Beschränkungen verlangt würden, übergab er gegen Ende des Monats Mai dem österreichischen Gesandten eine Denkschrift, worin er Maria Theresia und Joseph ersuchte, sich Schmälerungen gefallen zu lassen. Damit nun die Salzbergwerke der Republik erhalten blieben, schlug er ihnen vor, sie sollten den Dujanec von der Grafschaft Zips an bis zu seiner Mündung in die Weichsel im Westen als Grenze nehmen, und ebenso verfuhr er im Osten, um Lemberg für Polen zu retten. Nach den genauen Erkundigungen, die er angestellt, übertraf der österreichische Teil den preußischen an Flächeninhalt um das Dreifache und war auch viel fruchtbarer und bevölkerter. Die Erwerbung, welche Rußland erstrebte, war allerdings etwas größer als der Landstrich, welchen der Wiener Hof sich ausgesucht hatte, bestand aber meistens aus Wäldern, Sümpfen und Sandflächen und mochte nur die Hälfte der Bevölkerung und des Ertrages des österreichischen Teils haben; von letzterem glaubte Panin behaupten zu können, daß er den beiden anderen zusammengenommen gleich käme. Was endlich den politischen

1) Solms, 8. Mai. Finckenstein an Friedrich, 23. Mai. Cf. Smitt II, 130 sqq.

2) Beer II, 174. 175.

Wert betrifft, so gestand Panin zu, daß Rußland eine weit günstigere Grenze erreichte und die Unterthanen künftig vor manchen Belästigungen von Seiten der Polen viel besser bewahrt bleiben würden. Er verhehlte ferner nicht, daß Preußen durch die größere Abrundung und die Verbindung seiner Provinzen außerordentlich gewänne, er räumte sogar ein, daß die Grenze, wie er sie für Österreich zog, nicht so gut wäre wie die, welche Kaunitz vorgeschlagen; dieser Nachteil schien ihm aber dadurch aufgewogen, daß der Wiener Hof, indem er bis auf 15 Meilen von der Hauptstadt vorrückte, einen bedeutenden Einfluß auf die Republik erlangen würde.

Nach Panins Meinung sollte Polen als Zwischenstaat zwischen den drei östlichen Mächten bestehen bleiben und eine gewisse Lebensfähigkeit behalten; eben dazu schien ihm der Besitz sowohl Lembergs als besonders der Salzbergwerke notwendig. Aus dem Ertrage der letzteren bestritt der König von Polen hauptsächlich seinen Unterhalt; wurden sie ihm entrissen, so mußte man, um diesen Mangel zu ersetzen, dem Adel eine sehr große Menge von Starosteien wegnehmen und dem Könige zuweisen [1]).

Maria Theresia hätte mit der Absicht Panins einverstanden sein sollen; jedoch ihre Worte verhallten ja meistenteils wirkungslos, und Joseph setzte seinen Willen durch. Er hatte für den Augenblick auf türkische Beute verzichten müssen, aber er hoffte, daß die Umstände bald wieder darauf würden zurückkommen lassen. Die kriegführenden Parteien unterhandelten ernsthaft über einen Waffenstillstand, der auch zustande gekommen ist; aber der Kaiser glaubte, daß Rußland, von österreichischer Seite her beruhigt, keine großen Anstrengungen für den Frieden machen würde, „und wer weiß“, fuhr er fort, „ob uns nicht die Pforte durch ihre falschen Maßregeln einen gerechten Grund giebt uns einzumischen, und ob wir nicht im nächsten Jahre Belgrad und einen Teil von Bosnien gerade so in die Tasche stecken, wie wir es heuer mit den polnischen Woiwodschaften

1) Beer, Dokumente, S. 115 ff.

machen werden." [1]) Joseph brachte ferner seine Mutter dahin, daß sie bereits im Mai ihre Truppen in die begehrten Woiwodschaften einrücken ließ, ohne mit den anderen beiden Höfen eine Verabredung getroffen zu haben. Man begnügte sich damit, den Gesandten von Rußland und Preußen Anzeige zu machen. Panin bedauerte diese Eile sehr, aber er wußte sich in die vollendete Thatsache zu schicken. Friedrich hätte das Beispiel am liebsten nachgeahmt, und auch in einer anderen Beziehung war er geneigt es zu thun. Wenn der Wiener Hof so rücksichtslos vorging, so erweckte das den Anschein, als ob derselbe gesonnen wäre, seinen Teil nicht zu verkürzen. Friedrich pflegte frühzeitig zu überlegen und zu beschließen, und so schrieb er schon am 7. Juni an Solms, ob es in einem solchen Falle nicht am besten wäre, wenn auch Rußland und Preußen ihre Erwerbungen vergrößerten. Von diesem Gedanken sollte der Gesandte nötigenfalls Gebrauch machen, wenn man sähe, daß der Wiener Hof zu einer Minderung seiner Ansprüche sich nicht bewegen ließe [2]).

Friedrich verfolgte weiter mit Aufmerksamkeit das Vorrücken der Österreicher. Sie besetzten Wieliczka, wo sie sogleich auf das vorrätige Salz Beschlag legten, um es für Rechnung des Wiener Hofes zu verkaufen. Sie marschierten ebenso nach Lemberg. Ihre Fortschritte beunruhigten den König immer mehr. Er blieb zwar dabei stehen, daß es am besten wäre, wenn Panins Vorschlag in Wien angenommen würde. Wie aber, wenn Rußland nachgiebt? In diesem Falle wies er Solms im voraus an, dem Grafen Panin Vorstellungen zu machen und die Hoffnung auszusprechen, daß die Kaiserin von Rußland die Interessen ihres treuesten und eifrigsten Bundesgenossen nicht einer Macht aufopfern würde, die ihr in Polen Trotz geboten hätte. „Der Wiener Hof", fuhr der König fort, „hat 60 Millionen Gulden Einkommen, die neue Erwerbung bringt ihm weitere drei; ich habe lange nicht die Hälfte

1) Arneth, Maria Theresia und Joseph II. I, 367.
2) Solms, 19. Mai und Smitt II, 137.

davon. Er besitzt noch einmal so viel Länder als ich, die außerdem bevölkerter sind; er gewinnt durch das Stück von Polen, welches er sich anmaßt, 900,000 oder vielleicht eine Million Einwohner. Mein ganzer Anteil zählt kaum 500,000 Seelen. Es scheint mir also, daß, wenn die Österreicher alles behalten, was sie in Polen verlangen, Rußlands Freunde darunter nicht leiden dürfen." Friedrich gab Danzig auf, aber er wünschte Thorn und außerdem einen Landstrich an den Provinzen Brandenburg und Schlesien, begrenzt durch eine Linie, die von Filehne bis an die Wartha, dann von Birnbaum bis an die Obra, und endlich von Kosten über Storchnest und Reisen bis nach Schlesien ginge. Friedrich schmeichelte der Kaiserin und dem Grafen Panin, und zu der Vergrößerung, welche sich Rußland aussuchen würde, gab er gleichsam im voraus seine Zustimmung. Aber in Petersburg wollte man von einem solchen Plane nichts wissen, sondern sah der Antwort auf die Vorschläge, welche Lobkowitz am 28. Mai vonseiten des Grafen Panin an den Wiener Hof geschickt hatte, mit Ungeduld entgegen [1]).

Inzwischen war das Schicksal, welches den Polen bevorstand, immer sichtbarer geworden, und Stanislaus August hatte daher seinem Gesandten in Petersburg, dem Grafen Psarski, den Auftrag gegeben, Erkundigungen einzuziehen. Der russische Minister antwortete: die polnischen Unruhen hätten die drei Mächte bewogen, sich unter einander über die Mittel zu verständigen, wie die Ruhe wiederherzustellen und die Angelegenheiten dieses Landes zu ordnen wären. Panin erteilte dem Könige noch den Rat, sich ruhig zu verhalten und nichts zu thun, indem er alsdann versichert sein könnte, daß er für seine Person keinen Verlust erleiden und das Königreich selbst einen hervorragenden Rang unter den Mächten Europas behalten würde [2]).

Die Polen waren übrigens durchaus nicht in der Lage, den

1) Smitt II, 149sqq. Solms, 26. Juni und 14. Juli.
2) Solms, 19. Juni.

drei Mächten entgegenzutreten; sie scherzten wohl selbst über ihre gänzliche Ohnmacht, die ihnen auch nicht den geringsten Widerstand erlaubte, und auf fremde Hilfe durften sie keineswegs rechnen. Die Engländer, die eben damals neue Versuche machten, ein Bündnis mit Rußland abzuschließen, wollten sich der Teilung, diesem außerordentlichen und unerwarteten Ereignis, wie sie es nannten, in keiner Weise widersetzen, und Ludwig XV. zeigte nur Neugier, ob Maria Theresia auch ihr Stück von dem Kuchen würde haben wollen. Die Türken beunruhigten sich allerdings und warfen den Franzosen ihre Unthätigkeit vor; sie erkundigten sich bei Thugut und Zegelin, warum die drei Höfe ihre Truppen in Polen einrücken ließen. Die Gesandten teilten ihnen mit, daß es von wegen gewisser wohlbegründeter Ansprüche geschähe. Sie fragten noch, ob dieselben alt wären oder ob Rußland, Preußen und Österreich in ihrer Eigenschaft als Nachbarn sie erhöben. Als sie gehört hatten, daß jenes der Fall wäre, da gab Osman-Effendi dem Herrn v. Zegelin zu erkennen, daß auch die Pforte auf Kaminiec und einige polnische Bezirke alte Ansprüche besäße, und er sprach die Hoffnung aus, die drei Mächte würden wohl nicht entgegensein, wenn sie bei dieser Gelegenheit solche gleichfalls geltend zu machen suchte [1]).

Gerade damals war das Schicksal Polens beinahe besiegelt; denn der Wiener Hof hatte nicht allein die Entscheidung getroffen, sondern auch schon das Urteil Friedrichs des Großen eingeholt, und der österreichische Eilbote trug nach Petersburg Papiere von der höchsten Bedeutung, welche geeignet waren, die Angelegenheiten zu Ende zu führen.

Joseph und Lascy hatten sich lange mit den neuen Grenzen beschäftigt und endlich den Beschluß gefaßt, auf den Antrag des Grafen Panin nicht einzugehen, sondern an den Salzbergwerken und an Lemberg festzuhalten, dafür aber im Norden die Woiwodschaften Lublin und Chelm aufzugeben; wäre

1) Benoit, 2. Juni. Sbornik XIX, 365 (No. 120). Boutaric I, 178. 179. 430. Zegelin, 18. Juli.

das durchaus nicht zu erreichen, so wollte man auch einige andere kleine Stücke noch aufopfern; im höchsten Notfalle sogar die Stadt Lemberg. Maria Theresia billigte diesen Beschluß, und Kaunitz antwortete nun auf die russische Denkschrift. Er legte den Hauptnachdruck jetzt auf den politischen Wert; dieser wäre, schrieb er, bei dem preußischen und russischen Anteil weit größer als bei dem österreichischen, welchen die Karpathen von der übrigen Monarchie trennten, und der, wie eine Landzunge tief in Polen vordringend, die Provinzen dieses Landes zu ihrem großen Nachteile von einander schiede; die Unbequemlichkeiten und Hindernisse, welche der polnischen Nation daraus erwüchsen, würden dem Wiener Hofe den Haß derselben zuziehen. Um ferner die Trennung, welche die Karpathen herbeiführten, weniger schädlich zu machen, müßte man die neue Erwerbung notwendigerweise mit dem österreichischen Schlesien verbinden und folglich in dieselbe auch die Salzbergwerke einschließen; letztere lieferten den einzigen ansehnlichen Ertrag, wie Lemberg die einzige bedeutende Stadt wäre, die den Österreichern zufiele [1]).

Friedrich hatte schon früher den Grundsatz ausgesprochen, man dürfe den Österreichern nicht zu viele Schwierigkeiten bereiten; denn die Unterhandlung sei eine solche, die nicht lange dauern könne, sondern so schnell als möglich beendet werden müsse [2]). Daher ging sein Bemühen in der Audienz, die er dem Freiherrn van Swieten erteilte, dahin, zu erforschen, ob die Vorschläge des Wiener Hofes noch eine Veränderung erfahren könnten, und ob der Fürst Lobkowitz ermächtigt wäre, nach diesem Plane die Unterhandlung zu beschließen. Letzteres bejahte der Gesandte, und übrigens nahm er nach seinem eigenen Bericht einen Ton an, welcher dem Könige den Glauben beibringen sollte, daß die Österreicher ihr letztes Wort gesprochen hätten und nicht weiter getrieben werden könnten. Er fand Friedrich nachgiebiger, als er erwartet hatte, und es

1) Beer, Dokumente, S. 127 ff.
2) An Solms, 13. Mai.

schien ihm, daß derselbe keinen anderen Wunsch hätte, als seine neue Erwerbung bald genießen zu können; hierauf baute er die Hoffnung, daß der König in Petersburg für die Österreicher arbeiten würde, weil er für sich selbst zu arbeiten glaubte [1]).

Der Gesandte sah richtig; aber der König ließ sich nicht im voraus binden. Swieten wollte den Fürsten Lobkowitz benachrichtigen, daß er inbetreff der Salzbergwerke auf die Unterstützung des preußischen Gesandten zählen dürfte; Friedrich antwortete jedoch: „Ich werde mein Möglichstes thun; aber ich bin kein Prophet, ich kann nicht vorhersehen, was man in Petersburg denken und sagen wird. Alles, was ich davon weiß, ist, daß sie sich verpflichtet glauben, die Salzbergwerke dem Könige von Polen und Lemberg dem Adel zu erhalten". In der That mußte Friedrich abwarten, was man in Rußland beschließen würde; aber er schrieb sogleich, nachdem er van Swieten entlassen, an den Grafen Solms und riet dem Petersburger Hofe, die österreichischen Bedingungen anzunehmen. Er fügte noch eigenhändig hinzu: „Was mich betrifft, so glaub' ich, der beste Beschluß, welchen man fassen kann, ist der, zu unterzeichnen; denn diese Antwort ist ihr Ultimatum, und sie haben wirklich der Kaiserin von Rußland nachgegeben. Ich fürchte, wenn man sie nicht beim Worte nimmt, werden wir das Ende dieser Angelegenheit noch lange nicht sehen." [2])

Zwei Tage später sprach sich Friedrich noch näher aus. Er fand den österreichischen Vorschlag weit besser als den russischen. Der Verlust Lembergs und der Salzbergwerke mußte die Polen schwer treffen, jedoch nach seiner Meinung nicht so sehr, als wenn die Österreicher der Hauptstadt Warschau so nahe rückten, wodurch sie einen stärkeren Einfluß auf die Republik erlangen würden. Auch für Preußen war der neue Plan vorteilhafter; denn der Besitz von Lublin und Chelm mußte dem bedeutenden Handel, welchen Schlesien mit Podo-

1) Beer, Friedrich II. und van Swieten, S. 79. 83.
2) Smitt II, 153, aber das PS. fehlt hier.

lien und der Ukraine führte, den Weg abschneiden, und indem die Österreicher sich den Provinzen Preußen und Pommern sehr näherten, konnten sie im Fall eines Krieges Rußland und Preußen mehr beunruhigen, besonders wenn die Polen sich mit ihnen vereinigten. Übrigens meinte Friedrich, daß San und Dniestr die natürliche Grenze für Österreich hätten sein sollen, wie Weichsel und Netze für Preußen und Düna und Dniepr für Rußland [1]).

Friedrich wartete nun mit Ungeduld auf Nachricht von dem, was man in Petersburg beschließen würde. „Jetzt ist der entscheidende Augenblick für die Unterhandlung da", schrieb er an Solms am 29. Juli; „das Meisterstück der Politik besteht darin, daß man ihn ergreift und benützt." Er war keineswegs über den Ausgang sicher, und auch Lobkowitz hegte die größte Besorgnis. Aber Panin und Katharina traten dem Beschlusse, welchen Österreich gefaßt, in der Hauptsache bei. Nur im 4. Artikel, der sich auf den Türkenkrieg bezog, wünschten sie eine Änderung. Kaunitz hatte die russische Fassung verworfen und eine andere aufgesetzt, worin Preußen und Österreich ihre Bemühungen für den Frieden mit der Türkei fortzusetzen versprachen, nachdem die Kaiserin von Rußland eingewilligt hätte, weder die Erwerbung noch die Unabhängigkeit der Moldau und Walachei zu verlangen und folglich nicht mehr auf den ersten Bedingungen zu bestehen, welche dem Interesse der beiden Staaten am stärksten zuwiderliefen. Die Worte schildern den Hergang wie er gewesen war, aber sie enthalten zugleich das Geständnis, daß Rußland sich genötigt gesehen hätte, nachzugeben. Panin lud deshalb Solms und Lobkowitz ein, zu ihm nach Peterhof zu kommen, und ersuchte dann den österreichischen Gesandten, darein zu willigen, daß das, was inbezug auf die Moldau und Walachei gesagt war, ganz wegbliebe. Thatsächlich änderte sich damit nichts; aber wer will gern einen solchen urkundlichen Beweis erzwungener Nachgiebigkeit liefern? Auf der anderen Seite war

1) Mediatdepesche an Solms, 14. Juli.

Lobkowitz gebunden; er zeigte drei Stellen aus seinen Verhaltungsbefehlen, die es ihm unmöglich machten, auch nur die geringste Abweichung zuzulassen, und so mußte Panin die österreichische Fassung annehmen. Doch hatte Kaunitz auch Vorsorge getroffen, Rußland inbezug auf den Vertrag des Wiener Hofes mit der Pforte zu beruhigen. Derselbe war seiner Zeit von der Kaiserin-Königin nicht ratifiziert worden, aber in einem Schreiben an den Kaimakam hatte der Staatskanzler feierlich versprochen, daß Österreich der Verpflichtung, einen annehmbaren Frieden für die Pforte herbeizuführen, getreulich nachkommen würde. Indem nun der Staatskanzler betonte, daß der Vertrag nicht ratifiziert worden wäre, suchte er den Anschein zu erwecken, als hätte derselbe niemals Gültigkeit erlangt; außerdem war es nicht unrichtig, daß Kaunitz im April den Vertrag gewissermaßen gekündigt hatte mit der sonderbaren Entschuldigung, die Pforte könnte nicht verlangen, daß Österreich auch gegen Preußen die Waffen ergreifen sollte. Das empfangene Geld behielt man für die Unkosten, die man gehabt hatte.

Am 5. August abends unterzeichneten Panin, Solms und Lobkowitz die Verträge. „Gott sei Dank", schrieb Friedrich am 22. August an Finckenstein, „daß diese Angelegenheit beendigt ist; es war hohe Zeit, oder wir hätten unser Ziel verfehlt." [1])

Mitte September rückten auch die preußischen und russischen Truppen in die neuen Erwerbungen ihrer Herrscher. Zu gleicher Zeit verabschiedete sich in Warschau Saldern, und an seine Stelle trat der Baron Stackelberg, ein Mann, welcher durch sein mildes Wesen besser geeignet schien, die Gemüter zu versöhnen, als jener Hitzkopf. Er und Benoit warteten auf den österreichischen Gesandten, um dem Könige von Polen Mitteilung zu machen, doch zögerte dieser vielleicht absichtlich, und so zeigten es die beiden allein am 18. September den Ministern an. Vor zwei Monaten hatte der Krongroßkanzler

1) Solms, 28. u. 31. Juli, 4. u. 7. August.

von Litauen, Fürst Michael Czartoryski, geäußert: auf keinen Fall könnte die beabsichtigte Teilung stattfinden, weil die Seemächte niemals dulden würden, daß Friedrich II. durch die neue Erwerbung den ganzen polnischen Handel an sich risse. Woran er damals nicht glauben wollte, das war dennoch geschehen, und nun sprach er: „In den vierzig Jahren, die ich im Ministerium bin, habe ich so etwas weder erlebt, noch auch nur an die Möglichkeit gedacht.“ — „Ja“, antwortete der russische Gesandte, „je älter man wird, desto mehr lernt man.“ [1])

Was für kühne Hoffnungen hatte der Krongroßkanzler vor zehn Jahren auf Katharina gesetzt, und wie war er seitdem enttäuscht worden! Niemand aber empfand größeres Herzeleid als Stanislaus August. Am 19. September schrieb er an Madame Geoffrin in Paris: „Der König von Preußen hat am 13. dieses Monats das ganze polnische Preußen mit Ausnahme von Danzig und Thorn besetzen lassen. Sein Gesandter und der russische haben gestern meinen Ministern ein Schriftstück übergeben, worin sie mir anzeigen, daß sie auf Grund von Ansprüchen, welche sie später vorzuweisen gedenken, einen Teil meines Königreiches in Besitz nehmen. Zu gleicher Zeit melden sie mir, daß der Wiener Hof in Übereinstimmung mit ihnen das Nämliche thun wird. Der Gesandte desselben ist noch nicht hier, soll aber heut oder morgen ankommen. Inzwischen saugen die drei Heere, das russische, das preußische und das österreichische, hauptsächlich das zweite, das Land bis aufs Blut aus innerhalb und außerhalb der Grenzen der Provinzen, welche sie sich anzueignen gedenken. Polen ernährt gegenwärtig mehr als 100,000 Mann fremder Truppen. In dem, was man mir nimmt, verliere ich zwei Drittel meines Einkommens, und in dem, was man mir lassen will, schaltet man oft nach Belieben.“ [2]) Vor einem Monat hatte Stanis-

1) Benoit, 15. Juli, 20. September.

2) Benoit schreibt am 8. Juli: daß die „plaintes amères que les habitants de la Grande Pologne continuent à faire contre nous“ den Österreichern nützten. „Ceux-ci agissent exactement dans un sens con-

laus August in einem Brief an dieselbe Frau die Toten glücklich gepriesen. Indem er jetzt an ihre Entgegnung anknüpfte, schrieb er zurück: „Sie erstaunen darüber, daß ich nur das Los der Toten beneide und nicht das der Privatpersonen? Es ist mir nicht mehr gestattet, hieran zu denken. Mit Mut, und ohne daß ich jemals meine Pflicht gegen den Staat verrate, zu leiden und sowohl die Mittel als auch den rechten Zeitpunkt für meine Wiedererhebung zu erspähen, das ist meine Pflicht und mein Vorsatz.“ [1]) Stanislaus August hörte nicht auf, seine Schwäche mit hochtrabenden Redensarten zu verhüllen.

Daß der Verlust Trauer hervorbringt, ist natürlich; aber auch der Gewinn macht nicht immer glücklich, wenigstens wurde Maria Theresia noch weiter von Gewissensbissen gequält. Zwei Monate nach der allgemeinen Besitzergreifung sagte sie zu dem schwedischen Gesandten: „Graf von Barck, die polnische Sache bringt mich zur Verzweiflung. Das ist ein Flecken für meine Regierung!“ „Privatpersonen“, entgegnete jener, „haben in solchen Dingen nicht mitzusprechen; die Herrscher sind nur dem Höchsten Rechenschaft schuldig.“ Bei diesen Worten, welche beruhigen sollten, sprang Maria Theresia plötzlich auf, streckte die Hand gen Himmel und rief: „Das ist eben der Richter, welchen ich fürchte.“ In seiner großen Verlegenheit drückte der bestürzte Gesandte den Wunsch aus, daß diese Streitigkeiten bald aufhören möchten. „Ja“, erwiderte die Kaiserin-Königin,

traire, ils traitent les Polonois et leurs terres avec tous les ménagemens possibles, afin de leur dorer par-là la pillule.“ Wenn man freilich die bitteren Beschwerden des Königs von Polen über die österreichischen Truppen in einem Brief an Maria Theresia liest (Beer, Dokumente, S. 92 ff.), muß man anderer Meinung sein. „L'Ambassadeur de Russie n'a pu se dispenser de me faire remarquer à cette occasion que V. M. auroit eu le plus beau jeu du monde, si elle avoit pu éviter de donner tant de sujets de plaintes aux gens de ce pays-ci . . . . . . Il ajouta qu'il pouvoit m'assurer que nous avions rendu aux Russes tout le crédit qu'ils avoient perdu en Pologne.“

1) Mouy, Corr. du roi Stanislas-Auguste Poniatowski et de Madame Geoffrin, p. 433 sqq.

die sich schnell wieder gefaßt hatte, „das alles wird, glaub' ich, mit dem gegenwärtigen Besitzstand endigen.“ [1]) Und in der That hat auch Maria Theresia behalten, was sie den Polen abgenommen.

Friedrich dagegen ergriff ohne jedes Bedenken von seiner neuen Erwerbung Besitz; er meinte: wenn man Gebiete, die nicht zusammenhingen, mit einander verbinden könnte, so dürften sich kaum Sterbliche finden, welche daran nicht mit Vergnügen arbeiten würden. Der König freute sich weiter, daß die ganze Angelegenheit ohne Blutvergießen erledigt worden wäre; „die Encyklopädisten“, schrieb er, „werden nicht gegen die besoldeten Räuber donnern, noch andere schöne Redensarten gebrauchen können, die auf mich niemals Eindruck gemacht haben.“ Auch in seinen Denkwürdigkeiten legt er auf diesen Umstand großes Gewicht und schreibt: „Es ist dies das erste Beispiel, welches die Geschichte bietet, von einer zwischen drei Mächten geregelten und friedlich abgelaufenen Teilung; ohne die Lage der Dinge, wie sie damals in Europa stattfand, würden die geschicktesten Staatsmänner dabei gescheitert sein; alles hängt von den günstigen Gelegenheiten und dem Zeitpunkt ab, wo die Dinge sich vollziehen.“ [2])

Friedrich hatte sogleich, nachdem er den preußisch-russischen Vertrag erhalten, dem Grafen Solms nicht nur seine volle Zufriedenheit erklärt, sondern ihm auch zur Belohnung ein Geschenk von 20,000 Thalern gemacht. Auch gegen den Prinzen Heinrich bewies er sich erkenntlich. Er schrieb ihm einmal: er habe Westpreußen gewissermaßen aus seinen Händen empfangen. Im Oktober setzte er ihm monatlich 1000 Thaler aus den Einkünften der neuen Erwerbung aus, und als der Prinz dafür sich bedankte, schrieb ihm der König zurück: „Ich

1) Saint-Priest, Etudes diplomatiques et littéraires I, 287. Rohan schreibt über Maria Theresia (Broglie, Le secret du Roi II, 391): „J'ai bien vu pleurer Marie-Thérèse, mais cette princesse me paraît avoir les larmes à son commandement, d'une main elle a le mouchoir pour ses pleurs et de l'autre elle manie le glaive de la négociation.“

2) Oeuvres XXIII, 222; VI, 47.

habe gesucht, Dir Zeichen meiner Erkenntlichkeit so bald als möglich zu geben und während das Chaos der preußischen Angelegenheiten, wo noch alles in der größten Unordnung sich befindet, entwirrt werden muß; aber wenn ich erst einen etwas deutlicheren Einblick in die Erträge dieses Landes gethan, werd' ich dabei nicht stehen bleiben und niemals die Dankbarkeit vergessen, welche der Staat, das Haus und ich Dir schuldig sind." [1])

Sechstes Kapitel.

Vergewaltigung Polens.

Der Kummer und die Sorge drängen sich nur zu leicht im Leben der Menschen in die Augenblicke der Freude wieder ein. Während Friedrich über das Gelingen der polnischen Teilung von Vergnügen strahlte, bereitete ihm sein Neffe, der junge König von Schweden, durch eine That, die ihm eigentlich hätte gefallen sollen, die aber seine auswärtigen Beziehungen zu stören drohte, die größte Verlegenheit. Indem Gustav III., von Frankreich noch besonders angetrieben, das Joch abwarf, welches die Aristokratie dem Königtum aufgezwungen hatte, konnte Rußland vertragsmäßig die Hilfe Friedrichs anrufen, um die Verfassung von 1720 wiederherzustellen. „Gegen unseren Willen sind wir da in einen Krieg mit unserem eigenen Neffen verwickelt", schrieb Friedrich am 5. September an seinen Bruder Heinrich; „schon der bloße Gedanke widert mich an." Friedrich sah kein anderes Mittel, Schweden zu retten, als die Angelegenheit auf den Weg der Unterhandlung

1) Oeuvres XXVI, 357. 360. 362.

zu leiten, und er schlug deshalb in Petersburg vor, Rußland, Preußen und Dänemark sollten gemeinschaftlich in Stockholm erklären, sie bäten den König, die Verfassung des Grafen Horn wiederherzustellen, damit sie nicht genötigt würden, unangenehme Maßregeln zu treffen [1]).

Durch die schwedische Revolution geriet Rußland in die größte Verlegenheit. Wie der englische Gesandte berichtete, wollte Panin 20,000 Mann in Finnland versammeln; „aber er hat keine Soldaten und keine Schiffe", meldete Gunning weiter, „so daß Schweden, wenn es angreift, Kronstadt und Petersburg gewinnen kann." [2]) Die russische Streitmacht war noch immer zu ihrem größten Teile durch den Türkenkrieg beschäftigt. Allerdings ruhten damals die Waffen, und in dem walachischen Orte Fokschan unterhandelte man über einen Frieden. Katharina wünschte denselben nun ernstlich, und weil sie zu Österreich in ein besseres Verhältnis getreten war, konnte sie etwas mehr auf einen günstigen Ausgang der Unterhandlungen hoffen. Sie hatte den alten Gedanken eines Bündnisses der drei östlichen Mächte, den sie bereits im Anfange des Türkenkrieges gehabt, in dem Schreiben an Friedrich den Großen vom 19. Februar 1772 wieder vorgebracht, und wiewohl dieser darauf nichts geantwortet, war doch zwischen den beiden Höfen weiter die Rede davon gewesen.

Der König von Preußen hätte sich, wie bekannt, mit dem russischen Bündnisse gern begnügt. Er leugnete zwar die Vorteile nicht, die aus einer solchen Vereinigung für den europäischen Frieden hervorgehen könnten; aber er bezweifelte, daß Kaunitz geneigt sein würde, sich von Frankreich zu trennen. Jedoch Katharina ließ den Plan nicht fallen. In der That zeigte der Staatskanzler keinen besonderen Eifer in dieser Angelegenheit und forderte Rußland auf, die einleitenden Schritte selber zu thun. Infolge dessen wendete sich der Petersburger Hof wieder an Preußen und regte die Tripelallianz von neuem

1) Oeuvres XXVI, 360. An Solms, 4. September bei Smitt II, 173.

2) Sbornik XIX, 304 (1. September).

an mit dem Zusatze, daß Kaunitz derselben ganz ergeben wäre. Das änderte die Sache. Wenn die beiden Kaiserhöfe die Verbindung wünschten, meinte Finckenstein, so werde es schwer sein, dem Vorschlag auszuweichen. Friedrich stimmte dieser Ansicht bei. „So sehr ist es wahr", schrieb er dem Grafen weiter, „daß man in der Politik nicht immer vermag seiner Neigung zu folgen und zu thun, was man will. Oft muß man sich den Umständen anbequemen." Deshalb beschloß er, die Tripelallianz keineswegs abzulehnen, zumal da dieselbe noch auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen könnte. „Aber selbst angenommen", fuhr er fort, „daß sie zustande kommt, so werden wir dabei nichts wagen, so lange man England wegläßt. Sonst ist alles verdorben, und wir haben sicherlich keinen Vorteil von diesem Bündnis. Es würde daher nach meiner Meinung am besten sein, in einem besonderen Artikel alle anderen Mächte im allgemeinen gänzlich auszuschließen." Eben diesen Gedanken enthielt auch ein Schreiben des Königs an den Grafen Solms. Außerdem schien es ihm notwendig, mit Österreich alles, was Anlaß zu Zwistigkeiten geben könnte, vorher zu besprechen [1]), und er schritt sogleich zur Ausführung, indem er den Freiherrn van Swieten, der eben einen Urlaub antrat, vor dessen Abreise zu sich nach Potsdam rief und ihm mitteilte, daß es im Werke wäre, eine Tripelallianz zu gründen. Da der Gesandte schwieg, sprach der König weiter: „Ja, mein Herr, eine Tripelallianz. Seid Ihr davon nicht unterrichtet?" Van Swieten mußte das zugestehen. Friedrich bekräftigte nun seine Aussage noch einmal und erklärte sich sehr geneigt, auf eine solche Verbindung einzugehen; aber er nannte zugleich seine Bedingungen, den Ausschluß Englands und die Besprechung der Punkte, die künftig die Eintracht stören könnten, nämlich der Absicht, welche der Wiener Hof vielleicht hätte, sich nach der venetianischen Seite hin auszudehnen, und der Erbfolge sowohl in Bayern als in Ansbach

1) An Finckenstein, 12. September (Beer II, 359). An Solms, 13. September.

und Bayreuth. Übrigens war es ihm doch aufgefallen, daß van Swieten von dem Plane nichts wußte, und später hat ihm sein Gesandter aus Wien gemeldet, daß Kaunitz die Tripelallianz nicht eben für sehr notwendig hielte [1]).

Während hier Friedrich ohne große Neigung dem Wunsche des Petersburger Hofes entsprach, zeigte er sich in der schwedischen Angelegenheit noch willfähriger, indem er auf einen Brief Gustavs III. eine deutliche Antwort gab; er verschwieg seinem Neffen nicht, daß die Verpflichtungen, die er gegen Rußland eingegangen wäre, es ihm unmöglich machten, der erzwungenen Änderung der schwedischen Verfassung ruhig zuzusehen. Auch an seine Schwester, die verwitwete Königin von Schweden, schrieb er in diesem Sinn, und als sie seinem Rate nicht beipflichtete und sogar von bösem Willen sprach, da teilte er ihr aus dem Vertrage von 1769 den Artikel mit, welcher sich auf Schweden bezog. Er machte ihr zugleich bemerklich, daß er seinen Verpflichtungen würde nachkommen müssen, wenn er kein Mittel finden sollte, die Geister zu beruhigen. „Denke nicht“, fuhr er fort, „daß mein Ehrgeiz durch jenes Stückchen Pommern in Versuchung geführt wird, welches sicherlich höchstens die Begier eines jüngeren Mitgliedes der Familie reizen könnte; sondern das Beste dieses Staates erheischt unfehlbar, daß ich mit Rußland verbunden bleibe, und ich würde mit Recht von der Nachwelt getadelt werden, wenn meine persönliche Neigung über das Wohl des Volkes, dem alle meine Sorge gewidmet sein muß, den Sieg davontrüge.“ [2])

Aber zugleich fuhr der König fort, in Petersburg zu begütigen. Die Unterhandlungen in Fokschan waren erfolglos verlaufen. Diesen Umstand benutzend, riet Friedrich der Kaiserin Katharina, sie möge für den Augenblick ihren Unwillen über die schwedische Revolution verbergen, zumal da der Hof von Stockholm aus Mangel an Geld binnen Jahresfrist

1) Beer, Friedrich II. und van Swieten, S. 89. 90. (Die Audienz hat am 13. September stattgefunden). An Solms, 7. Oktober.

2) Oeuvres XXVII, 1. p. 380.

nicht imstande sein werde, gegen Rußland angreifend vorzugehen [1]).

Das Schreiben des Königs an Gustav III. erregte große Freude in Petersburg, indem es einen überzeugenden Beweis von seiner Aufrichtigkeit lieferte. Während des Winters wollte man aus Rücksicht auf die Lage des Heeres und der Flotte eine gewisse Gleichgültigkeit gegen die Stockholmer Vorgänge zeigen, im Frühjahr aber eine genügende Macht in Finnland haben. Panin erzählte dem englischen Gesandten am 25. September, daß 20 Linienschiffe ausgerüstet werden sollten; Dänemark würde 15,000 Norweger an die Grenzen von Schweden vorrücken lassen und 15,000 Mann und eine Flotte von 12 Segeln für eine Landung auf Schonen bereit halten, und der König von Preußen würde von Schwedisch-Pommern — nach dem Vertrage von 1769 — Besitz ergreifen. Panin wünschte nun sehr, daß Georg III. Dänemark mit Geld unterstützen oder es durch eine Flotte sichern möchte. Nach solchen Veranstaltungen sollten die vier Höfe von Petersburg, Berlin, Kopenhagen und London den König von Schweden auffordern, die Verfassung von 1720 wiederherzustellen; Gustav III. würde sich dann gewiß fügen oder leicht gezwungen werden können. Dahin also zielten die Wünsche Panins; auch kam er einige Zeit später mit Gunning auf die Erneuerung des englischen Bündnisses zu sprechen, wovon schon seit 1763 die Rede war [2]).

Wenn der Londoner Hof auf diesen Antrag einging, so konnte die Quadrupelallianz, welche Friedrich fürchtete, doch auf die Tagesordnung kommen; aber das geschah nicht. Gunning ward angewiesen, alles aufzubieten, um Rußland von der Ausführung jener Pläne gegen Schweden abzubringen; bliebe Panin hartnäckig und unbeugsam, dann sollte der Gesandte demselben anzeigen, daß der König von England weder an der vorgeschlagenen Erklärung, noch an den übrigen Maßregeln teilnehmen würde. Der Earl of Suffolk, von welchem Gun-

1) Smitt II, 175 (20. September); cf. Sbornik XIX, 322.
2) Sbornik XIX, 321. 323.

ning diese Verhaltungsbefehle empfing, beklagte sich in seinem Schreiben bitter über die Zergliederung Polens, die, unrecht, wie sie wäre, der Kaiserin von Rußland zur Last gelegt werden müßte; denn ohne deren Erlaubnis und Mitwirkung hätte sie nicht ins Werk gesetzt werden können. „Der Handel mit Danzig", fuhr der Earl fort, „einer der einträglichsten, welchen Großbritannien treibt, ist auf dem Punkte, durch die Forderungen des Freundes und Verbündeten der Kaiserin gänzlich vernichtet zu werden und verloren zu gehen. Wir wollen sehen, ob die russischen Minister in dieser Sache sich anstrengen werden, die ich wiederum Ihrer besonderen Aufmerksamkeit empfehle. Mittlerweile können wir nicht umhin, diesen schweren nationalen Verlust schließlich der Haltung Rußlands beizumessen." [1])

Als Gunning den empfangenen Befehl ausführte, da antwortete Panin: er habe Grund zu glauben, daß der König von Preußen vollkommen bereit sei, die Danziger Angelegenheit in einer Weise zu ordnen, welche sowohl den König von England als dessen Unterthanen befriedigen werde. Panin wünschte, daß eine Unterhandlung zwischen den Höfen von Berlin und London entstände, der letztere dabei dem ersteren sich einigermaßen gefällig erwiese, und beide dadurch einander näher treten möchten. Der Minister entschuldigte ferner Rußland inbezug auf den Anteil, den es an der Zergliederung Polens genommen, und als Gunning noch einmal des Schadens gedachte, welchen England hierdurch erführe, nahm ihn Panin bei der Hand und gab ihm die Versicherung, er werde dafür sorgen, daß dies nicht der Fall sei [2]).

Der Petersburger Hof war ohne Zweifel ebenso überrascht gewesen, wie die Danziger, als der König von Preußen ganz unerwartet das Besitzrecht über ihren Hafen in Anspruch nahm. Am 23. Oktober hatte Friedrich seinem Bruder mitgeteilt,

1) Sbornik XIX, 333 (10. November). Die Wiedergabe dieser Depesche bei Raumer IV, 568—569 ist doch sehr unvollkommen.

2) Sbornik XIX, 336—337 (14. Dezember).

daß er die ihm zugefallenen Zölle in Ordnung gebracht hätte; zwei führt er namentlich an, den bei Fordon und den im Danziger Hafen. Da er aber hörte, daß ein französischer Abgesandter, Durand, welcher sich auf dem Wege nach Petersburg befand, auf seiner Durchreise Klagen der geschädigten Stadt gegen ihn gesammelt hätte, da unterrichtete er den Grafen Solms von dieser Angelegenheit. Er war von Hertzberg aufmerksam gemacht worden, daß der Hafen auf dem Grund und Boden des Abtes von Oliva läge, und verlangte deshalb die Einnahmen aus demselben, die mit Recht ihm zukämen. Er betrachtete diese Zölle als einen Hauptteil der Einkünfte, die er aus der neuen Erwerbung beziehen und die sich auf höchstens 8- bis 900,000 Thaler belaufen würden, während der Kaiserin-Königin aus der ihrigen, wie man ihm aus Wien berichtete, eine Million Thaler zufielen. Er schickte dem Grafen Solms für die wichtigen Dienste, die ihm derselbe geleistet hatte, nach einigen Tagen noch den schwarzen Adlerorden, doch sollte die hohe Auszeichnung ohne Zweifel zugleich für den Gesandten ein Antrieb sein; denn eigenhändig fügte der König hinzu: er wünsche sehr, in Sachen des Danziger Hafens Erfolg zu haben, und wenn er nicht alles verliere, was ihm gebühre, werde Solms ihn erkenntlich finden. Ja, nach einigen Wochen erbot er sich sogar, dem Grafen Czernicheff ein hübsches Geschenk zu senden, wenn sich derselbe gewinnen ließe, dem König in dieser Angelegenheit das Wort zu reden [1]).

Das Recht Friedrichs auf das linke Weichselufer bestritt Rußland keineswegs; aber man machte sich in Petersburg Vorwürfe, daß in dem Vertrage nicht deutlich ausgesprochen wäre, was man unter der Unabhängigkeit von Danzig zu verstehen hätte. Der König, behauptete man, halte sich zu sehr an den Buchstaben, und man wünschte, daß er von seinem Rechte keinen zu strengen Gebrauch machen möchte, um weder das Geschrei aller Nationen gegen die Bezahlung des Zolles

1) Friedrich an Solms, 25. Oktober bei Smitt II, 178; 30. Oktober und 15. Dezember. (Berl. Archiv.)

zu erregen, noch die Unabhängigkeit der Stadt zu schädigen. Friedrich war schon froh, daß Rußland sein Recht anerkannte; er versprach in Unterhandlung mit den Danzigern zu treten und alles zu thun, um den Streit gütlich beizulegen. Er erklärte in der That durch den Geheimen Finanzrat Reichardt seine Bereitwilligkeit, der Stadt von den Einnahmen des Hafens einen gewissen Anteil zu gewähren und deshalb auch einen von ihr bestellten Beamten in die Verwaltung der Zölle aufzunehmen. Aber hierauf weigerte sich Danzig zu antworten. Panin wies nun den russischen Gesandten an, dem Magistrat sehr ernste Vorstellungen zu machen und ihn vor dem, was ihm etwa Fremde zugeraunt hätten, zu warnen [1]).

Die Fremden schwiegen aber auch in Petersburg nicht. Durch einen Eilboten empfing der englische Gesandte den Auftrag, dahin zu wirken, daß Großbritannien und Rußland gemeinschaftliche Vorstellungen gegen die Fesseln, die dem Handel angelegt würden, in Berlin erhöben, und als ihn die Antwort nicht zufriedenstellte, da reichte er ein zweites Schriftstück ein und verlangte darin, daß Danzig und Thorn alle Besitzungen behalten sollten, welche sie unter der polnischen Herrschaft gehabt hätten, auch wenn dieselben nicht ihr volles Eigenthum gewesen wären, also Danzig den Hafen und Thorn die Landgüter, welche die Stadt außerhalb ihres Weichbildes erworben.

Gunning richtete mit seinen Vorstellungen, wie er glaubte, nur sehr wenig aus. Indem er dies nachhause berichtete, wies er darauf hin, daß Friedrichs Ansehen in Petersburg noch gestiegen wäre; denn er hätte seinem Gesandten in Stockholm aufgetragen, eine ähnliche Erklärung wie der russische, Graf Ostermann, abzugeben, während der Londoner Hof sich nicht herbeiließe, soweit mitzuwirken, wie man es in Petersburg wünschte [2]). Gunning urteilte darin aber keineswegs richtig.

1) Solms, 10. u. 24. November, 15. u. 22. Dezember. Friedrich an Solms bei Smitt II, 180 und 5. Januar 1773.

2) Sbornik XIX, 338 (4. Februar 1773). Solms, 2. Februar.

Allerdings freute sich die Kaiserin Katharina über den Beistand, welchen ihr Preußen in Stockholm leistete; jedoch es verlangte sie nicht minder nach englischer Unterstützung. Panin sprach sich gegen den Grafen Solms wieder dahin aus, daß Rußland mit Großbritannien eben so eng verbunden sein möchte wie mit Preußen; außerdem ging seine Absicht dahin, eine doppelte Bezahlung der Hafenzölle zu verhindern, und er schlug vor, Friedrich sollte mit Billigkeit den Grundzins bestimmen, welchen die Stadt für den Nießbrauch des Hafens jährlich zu entrichten hätte [1]).

Englands Einmischung in die Danziger Sache mißfiel dem Könige von Preußen außerordentlich und erweckte seinen ganzen Zorn. Mehr als je war er entschlossen, in kein Bündnis mit dieser Macht zu treten [2]). Sein Gesandter in London, der Graf Maltzahn, mußte sich sogar bereit halten, um ohne Abschied unverzüglich mit seinem Sekretär abreisen zu können, wenn er den Befehl empfinge [3]). Dem Grafen Solms aber trug Friedrich auf, sein Anrecht an den Hafen tapfer zu verteidigen; er wollte der Stadt auf keinen Fall das ganze Einkommen gegen einen Grundzins überlassen. Panin blieb jedoch hartnäckig bei seinem Vorschlage stehen. „Die Kaiserin", sprach er, „ist der Überzeugung, daß Danzig, wenn es seine Freiheit behalten soll, den Hafen für sich allein haben muß. Sie macht mir Vorwürfe, daß ich mich nicht besser über die Örtlichkeit unterrichtet, und ich kann das Opfer des preußischen Systems werden, wie Bestucheff das des österreichischen Systems geworden ist." Panin gestand, daß er der Kaiserin den Entschluß des Königs, nicht weiter nachgeben zu wollen, noch gar nicht einmal mitgeteilt hätte [4]).

Friedrich wünschte, aus der nach der Hand gemachten Entdeckung, daß er den Hafen als Eigentum in Anspruch nehmen könnte, so viel Gewinn zu ziehen, als möglich. Katharina

1) Solms, 22. u. 29. Januar 1773.
2) Friedrich an Finckenstein, 6. Februar; an Solms 20. Februar.
3) Maltzahn, 9. März; Friedrich an Maltzahn, 21. März.
4) Friedrich an Solms, 13. Februar; Solms, 26. Februar.

dagegen wollte sowohl ihrer Verpflichtung gegen Danzig nachkommen, als dem Geschrei der Handelsvölker ein Ende machen. Eben deshalb sollte Friedrich an der Erhebung der Zölle keinen Teil nehmen, sondern entweder den Hafen gänzlich an Danzig verkaufen oder sich wenigstens mit einem jährlichen Grundzinse begnügen. Auf Bitten des Grafen Solms machte Panin noch einen Versuch, ob die Kaiserin in die Abtretung des Hafens an Preußen willigen würde; jedoch als er die Angelegenheit vor den Geheimen Staatsrat brachte, da erklärte Katharina: sie habe den Danzigern ihre Freiheit und Unabhängigkeit verbürgt und sei deshalb außerstande, den Hafen an eine fremde Macht übergehen zu lassen, weil alsdann weder der Petersburger noch ein anderer Hof Danzig als eine freie und unabhängige Handelsstadt betrachten könne, und man dürfe sie, setzte die Kaiserin hinzu, keineswegs überreden wollen, ihre Ansicht zu ändern, wenn man nicht Rußland verraten wolle.

Nach solcher Abfertigung mußte Panin schweigen. Er ließ nun den König bitten, auf die Vorschläge des Petersburger Hofes doch einzugehen, und die anderen Mitglieder des Geheimen Staatsrates, besonders der General Czernicheff, sprachen sich ebenfalls dahin aus. Vergebens klopfte Solms noch an andere Thüren, er vermochte nirgends Beistand zu erhalten. Auch das weibliche Geschlecht erwies sich ohne Nutzen. „In Rußland ist gegenwärtig nicht das Zeitalter der Frauen", schrieb er. Sehr bedenklich war, was er weiter meldete. Die Kaiserin benahm sich nicht mehr so freundlich gegen Panin wie früher. Daß letzterer förmlich in Ungnade fallen würde, fürchtete bei der gefährlichen Fahrt, welche das Schiff des russischen Staates eben zu bestehen hatte, der preußische Gesandte nicht, und ebenso wenig, daß Panin das Steuerruder selbst aus den Händen geben würde; dagegen schien ihm der Minister nicht abgeneigt, nach hergestelltem Frieden mit den Türken und nach der Beruhigung Polens von seiner Stellung zurückzutreten.

Unter solchen Umständen blieb dem Könige von Preußen nichts übrig, als von den russischen Vorschlägen sich denjenigen

anzueignen, der für ihn der vorteilhaftere war, und sich mit einem Grundzinse zu begnügen. Er berechnete die Einnahmen des Hafens auf mehr als 900,000 Thaler und verlangte davon jährlich 600,000. In Petersburg beschloß man den Grafen Golofffin nach Danzig abzusenden; derselbe sollte den Rat der Stadt mit Milde zur Nachgiebigkeit zu bringen suchen, und wenn er auf diese Weise nichts ausrichtete, mit dem Unwillen der Kaiserin drohen. Man erwartete, daß die Danziger gegen die Höhe des Grundzinses Vorstellungen machen würden, und hier wollte man ihnen beispringen. Panin bat im voraus den Grafen Solms um Entschuldigung dafür. Die Engländer wiesen ihren Konsul in Danzig an, die russischen Vorschläge zu unterstützen. Aus Rücksicht gegen Katharina versprach Friedrich den Hafen in die Hände der Stadt zurückzugeben und die erhobenen Zölle bis zum Austrage der Angelegenheit verwahren zu lassen [1]).

Während der König von Preußen in seinen Absichten gegen Danzig beschränkt wurde, behielt er die Hand freier gegen Thorn. Auch hier mußte das Studium der Stadtgeschichte dazu dienen, dem Könige größere Vorteile zu verschaffen. Am 28. Dezember 1772 waren die Erwerbungen, welche Thorn außerhalb seines Weichbildes im Laufe der Jahrhunderte gemacht hatte, abgegrenzt und unter preußische Hoheit gezogen worden, und Bürgermeister und Rat hatten den Befehl empfangen, vor dem neuen preußischen Ober-Hof- und Landgericht in Marienwerder am 14. Januar 1773 zu erscheinen und dort den Eid der Treue und Unterthänigkeit inbezug auf jene Stadtgüter zu leisten. Der Rat wandte sich nun nicht allein an Friedrich den Großen, sondern auch an Katharina und stellte dar, wie sich die Lage der Dinge zum Nachteile der Stadt änderte, wenn sie jene Güter nur als Privateigentum haben sollte. Die Ausübung der Territorialgerechtsame, die ihr allein bisher zugestanden, die Verbindlichkeit der Untersassen, die Erzeugnisse ihres Bodens nach der Stadt zu bringen

1) Solms, 17. März bis 4. Mai.

und sich hier mit allen Bedürfnissen zu versehen, die Obliegenheit derselben, im Notfalle mit ihrem Vermögen oder ihren Personen der Stadt beizustehen, würden entweder gänzlich aufhören oder doch immer nach Gefallen eingeschränkt werden können. Verfügungen der Art wären bereits ergangen; so dürften die Untersassen rohe Häute und Wolle nicht mehr nach Thorn bringen, noch sich daselbst mit Salz und Tabak versehen, auch bliebe der beträchtliche Handel mit Cujavien den Bürgern von Thorn durch ausgestellte Posten der preußischen Truppen noch weiter ganz abgeschnitten [1]).

Katharina ließ die Bittschrift dem Grafen Solms übergeben und die Hoffnung aussprechen, daß der König die Angelegenheit nach Billigkeit und Gerechtigkeit entscheiden würde. Wenn sie nicht so eifrig für Thorn eintrat, wie für Danzig, so geschah es ohne Zweifel, weil sie sich hier weniger verpflichtet hatte und weniger von anderen Höfen gedrängt wurde; doch wollte sie wohl auch den König nicht allzu sehr kränken, da ihre Lage keineswegs ungefährlich war. Noch immer fürchtete sie, daß Schweden, von Frankreich unterstützt, im Frühjahr Feindseligkeiten gegen Rußland beginnen würde. Man rüstete deshalb in Kronstadt und Reval Schiffe so schnell als möglich aus und traf Vorbereitungen, um nötigenfalls in Finnland mit einem Heere kräftig auftreten zu können. Panin erklärte sich bereit, das Bündnis mit Georg III. abzuschließen, wenn letzterer Dänemark mit Geld unterstützen wollte, damit sich dieses gegen Frankreich und Schweden verteidigen könnte. Katharina hatte die Absicht aufgegeben, Gustav III. anzugreifen, und sie verlangte nicht mehr, daß alles wieder auf den Fuß, wie es vor der Revolution gewesen, zurückgeführt würde [2]). Sie lernte, wie andere Sterbliche, Wasser in ihren Wein gießen; denn die Feindseligkeiten mit den Türken hatten aufs neue begonnen.

1) Solms, 16. März 1773.

2) Gunning, 9. April in Sbornik XIX, 348 sqq. Statt „attention“ (p. 351 init.) muß es ohne Zweifel „intention“ heißen.

Als im September des vorigen Jahres die Unterhandlungen in Fokschan abgebrochen worden waren, hatte man nicht gleich wieder zu den Waffen gegriffen, sondern den Stillstand verlängert und neue Versuche zur Herstellung des Friedens gemacht. In Bucharest wurden die Unterhandlungen am 20. November wieder angeknüpft und monatelang fortgesetzt; aber auch diesmal konnte man sich nicht einigen. Die Türken wollten die Tataren nicht gänzlich frei geben, sondern dadurch, daß der Sultan als geistliches Oberhaupt jeden neuen Khan zu bestätigen hätte, noch einen Zusammenhang mit der Krim bewahren, und außerdem weigerten sie sich mit aller Entschiedenheit Kertsch und Jenikale den Russen abzutreten, indem sie fürchteten, daß Konstantinopel alsdann leicht in Gefahr kommen könnte. Ende März begannen die Feindseligkeiten von neuem. Der Petersburger Hof wünschte nun aufrichtig, daß der Krieg im Jahre 1773 zu Ende gehen möchte; denn indem man 70,000 Rekruten jährlich einstellen mußte, machte sich auf dem Lande bereits ein Mangel an Arbeitskräften fühlbar [1]).

Auch der König von Preußen begehrte die Herstellung des Friedens auf das lebhafteste; denn er glaubte, daß die Polen dadurch mehr als durch irgendetwas anderes bewogen werden würden, auf die Absichten der drei Höfe einzugehen. Es war freilich die stärkste Zumutung, die man einer Nation machen konnte, gewissermaßen von freien Stücken einen Vertrag anzunehmen, durch welchen sie beinahe 4000 □Meilen an ihre Nachbarn abtreten sollte. Jedoch die Republik war ein so verkommenes Wesen, daß an Widerstand, welchen allerdings die Ehre gebot, nur der Wahnsinn denken konnte. Begreiflich ist es aber, wenn die Polen sich nicht beeilten, einen Reichstag, wie es von ihnen verlangt worden war, zu berufen.

Am 6. Oktober 1772 hatte Stanislaus August Beratungen über die Lage der Dinge mit den in Warschau anwesenden Senatoren begonnen und nach dem Schlusse derselben an die fremden Mächte sich gewendet. Eben das war aber sowohl

1) Solms, 18. Juni 1773.

in Berlin als in Petersburg sehr übel aufgenommen worden. Friedrich hatte bis dahin gehofft, es würden die drei Höfe mit Hilfe von Drohungen und einigen zu rechter Zeit angewendeten Geldsummen ihren Zweck erreichen, „und wenn man wider alles Erwarten doch Gewalt brauchen müßte“, schrieb er am 4. November 1772 weiter an Benoit, „so wäre das Schlimmste, was daraus folgen könnte, die Notwendigkeit, zu einer neuen Zergliederung zu schreiten und den Anteil der drei Mächte noch mehr auszudehnen.“ [1]) Als aber der König erfuhr, daß die Polen bei den fremden Mächten Hilfe suchten, fing er an zu glauben, daß man sie würde mit Gewalt zwingen müssen. Und aus Wien vernahm er, daß Kaunitz letzteres ebenfalls dachte. Der Staatskanzler wollte nicht nach dem Vorschlage Panins Geldsummen auf Bestechung nutzlos verwenden, sondern er meinte: die drei Höfe sollten erklären, daß sie nur aus Mäßigung keine größere Entschädigung für ihre Ansprüche genommen hätten, es aber noch thun würden, wenn die Polen so zurückhaltend blieben.

Die Beschlüsse des Kleinen Rates, d. h. der in Warschau anwesenden Senatoren, hatten auch in Petersburg großen Eindruck gemacht, und Stackelberg mußte dies dem Könige von Polen anzeigen. Einen in gemäßigten Ausdrücken gehaltenen Widerspruch gegen das Verfahren der drei Höfe, sagte er, hätte man sich gefallen lassen; dagegen ganz Europa aufreizen, fremden Beistand suchen und die Berufung des Reichstages hinausschieben, das habe die Kaiserin außerordentlich erbittert und setze sie in die Notwendigkeit, nicht nur den König seinem Geschick zu überlassen, sondern auch die Hand noch weit schwerer auf die Nation zu legen. Stanislaus August, welcher mit Worten immer tapfer war, erklärte sich bereit, lieber alles zu erdulden, als seine Würde und sein Volk zu verraten. Stackelberg bemühte sich, ihn von solchen Gedanken abzubringen, indem er ihm vorstellte, daß er dann nur neue Zergliederungen herbeiführen würde; der König sollte lieber

1) Beer II, 210, Anm. 2.

so bald als möglich den Großen Rat versammeln, damit der Reichstag endlich ausgeschrieben werden könnte. Stanislaus August wartete vermutlich auf die Antwort der Könige; jedoch nur Georg III. gab einen Bescheid und entschuldigte sich, daß er nicht helfen könnte. Frankreich, Spanien und Schweden zogen es vor, zu schweigen [1]).

Als die Schreiben an die Senatoren nach einigen Wochen noch nicht abgegangen waren, da übergaben die Gesandten der drei Höfe jeder am 4. Dezember ein Schriftstück, worin sie meldeten, daß ihre Gebieter mit unaussprechlichem Erstaunen den geringen Eindruck wahrgenommen hätten, welchen die Erklärung vom vergangenen September hervorgebracht. „Die Mäßigung, welche Gerechtigkeit und die Würde der Höfe vorschreiben", hieß es weiter, „hat ihre Grenze." Stanislaus August ward aufgefordert, Polen nicht Ereignissen auszusetzen, welche die Folge seiner Langsamkeit sein würden [2]). Dieser Drohung wich endlich der König und berief nach kurzer Zeit den ganzen Senat auf den 8. Februar nach Warschau.

Ehe dieser Tag noch erschienen war, am 2. Februar, empfing das polnische Ministerium Schreiben von den drei Höfen, worin dieselben verlangten, daß der Reichstag am 19. April zusammentreten sollte und am 7. Juni die Geschäfte beendigt haben müßte. „Der ernste Ton, welcher in diesen Schriftstücken herrscht", meldete Benoit am folgenden Tage, „wird hoffentlich den Polen begreiflich machen, daß es ihnen zum größten Nachteile gereichen würde, wenn sie fortführen, die Sachen in die Länge zu ziehen."

Am 8. Februar versammelte sich wirklich der Senat, freilich nur in geringer Zahl [3]); die anderen fehlten absichtlich,

1) Benoit, 4. November bei Beer II, 210, Anm. 2. Theiner IV, 2. p. 462. 465—467 (No. 170).

2) Theiner IV, 2. p. 435 (No. 164); doch ist die lateinische Überschrift falsch, wie schon die polnische Antwort (p. 438, No. 167) zeigt. Benoit schreibt auch, daß die Gesandten der drei Höfe eine gleichlautende Erklärung übergaben. Vgl. Ssolowjoff, S. 149.

3) Herrmann (V, 5) schreibt: „Von 123 Senatoren" (so viel

oder sie durften nicht kommen. Die Bischöfe nämlich und die Woiwoden aus den abgerissenen Stücken galten den drei Höfen bereits als ihre Unterthanen, und sie hatten strengen Befehl erhalten, nicht nach Warschau zu gehen. Der Bischof von Livland glaubte, daß er nicht eher dem Senate fern bleiben dürfte, als bis die Länder vom Reichstag abgetreten worden wären, und er hatte das am 7. Februar abends dem Herrn v. Stackelberg angezeigt. Am anderen Morgen kam ein russischer Legationsrat, um ihn zu warnen und mit Gefängnis zu bedrohen; aber der mutige Mann begab sich doch in den Senat. Der Krongroßkanzler und andere baten ihn vergebens, wieder fortzugehen, und erst den dringenden Ermahnungen des Königs wich er endlich und entfernte sich. Nach solchem Vorgange war es schwer, von den künftigen Vertretern des Landes großen Mut zu erwarten, und der Nuntius gab sich auch inbezug auf den Ausgang der Unterhandlungen keiner Täuschung hin [1]). Der Reichstag ward in Anbetracht der Drohungen der drei Höfe wirklich auf den 19. April nach der Hauptstadt des Landes berufen.

Der Senat ging am 15. Februar wieder auseinander. Schon am folgenden Tage wurden zwei Generäle, der Österreicher Richecourt und der Preuße Lentulus, erwartet, die während des Reichstages in Warschau ihren Aufenthalt haben sollten, um für den Fall, daß militärische Maßregeln notwendig würden, dieselben auszuführen. Richecourt kam aber erst am 25. Februar dahin, und Lentulus noch später. „Ich suche für ihn ein Quartier", schrieb Benoit am 27sten; „denn das Haus Eurer Majestät ist ganz unbrauchbar, wie ich schon mehrmals angezeigt, und ich habe alle Mühe, das Dach der Ecke, die ich bewohne, imstande zu erhalten."

Inzwischen hatten Kaunitz und Panin über das fernere

giebt auch die Geschichte der Staatsveränderungen von Polen II, 217 an) „stellten sich nicht mehr als 31 ein." Benoit nennt 32. Der Nuntius bei Theiner IV, 2. p. 517 hat in beiden Beziehungen weit größere Zahlen.

1) Theiner IV, 2. p. 517.

Vorgehen gegen Polen weiter mit einander verhandelt, und letzterer arbeitete dann über das Benehmen, welches die Gesandten der drei Mächte in Warschau innehalten sollten, einen ausführlichen Plan aus, welcher, nachdem er die Zustimmung des Geheimen Staatsrates und der Kaiserin gefunden, an die beiden anderen Höfe geschickt wurde. Der russische Minister wollte dreierlei Mittel angewendet haben, nämlich Überredung, Bestechung und Gewalt durch militärische Streitkräfte. Für die Bestechung riet er, eine gemeinschaftliche Kasse zu bilden, worein jeder von den drei Höfen zunächst 150- bis 200,000 Thaler einzuzahlen hätte. Über diese Kasse sollten Stackelberg, Rewitzky und Benoit verfügen, jedoch dürfte daraus nur auf ihren einstimmigen Beschluß Geld entnommen werden.

Wie viele oder wie wenige Landboten aber nach Warschau kommen mochten, so viel stand außer Zweifel, daß mindestens einige von ihnen Widerspruch erheben würden; daher schlug Panin vor, daß der Reichstag kein freier, sondern ein Konföderationsreichstag sein sollte. Von größter Wichtigkeit für die Verhandlungen war natürlich der Vorsitzende oder Marschall; den drei Gesandten wurde deshalb aufgetragen, alle mögliche Sorgfalt anzuwenden, um einen zuverlässigen Mann, der sich nötigenfalls leiten ließe, d. h. einen Polen, der sein Vaterland verriete, zu finden. Seine Wahl durchzusetzen, das war eine Aufgabe, die sich gleichsam von selbst verstand. Aber den drei Gesandten ward ein noch schwierigeres Werk auferlegt. Sie sollten bewirken, daß vom Reichstag eine Delegation ernannt würde, mit welcher sie zu verhandeln hätten, und hierbei sollte zugleich jede Erörterung der Ansprüche der drei Höfe und jede Verringerung der von ihnen in Besitz genommenen Gebiete gänzlich zurückgewiesen werden. Die Form des Reichstages und die Art und Weise, die Geschäfte zu behandeln, ist dem Reichstage von 1767—1768 entlehnt. Gerade so, wie vor fünf Jahren die Sache der Dissidenten durchgesetzt worden war, sollte jetzt die Abtretung der Stücke, welche die drei Mächte sich angeeignet hatten, von den Polen erlangt werden.

In jenem verhängnisvollen Winter hatte Rußland auch

festsetzen lassen, welche Bestimmungen der polnischen Verfassung nicht geändert werden dürften. Panin schlug jetzt ergänzend vor, es sollte die Krone stets nur von einem einheimischen Edelmanne getragen werden können, dem weder der Sohn, noch der Enkel folgen dürfte, und es sollte ferner inbezug auf das Liberum veto bei den Bestimmungen von 1768 verbleiben.

Endlich machte Panin eine große Menge von Vorschlägen für die Herstellung eines besseren Gleichgewichtes zwischen König, Senat und Ritterstand, wie er sagte. Inbetreff der Dissidenten wurde nachgegeben, daß dieselben vom Ministerium und Senat ausgeschlossen würden; dafür aber sollte das Gesetz, welches den Übertritt zu ihnen mit schwerer Strafe belegte, wieder aufgehoben werden [1]).

Über diesen Plan des Grafen Panin schickte Friedrich Bemerkungen an Kaunitz; dieselben betrafen hauptsächlich die gemeinschaftliche Kasse, die der König für unnütz hielt. Außerdem schlug er vor, daß Stanislaus August ein Corps von 3000 Mann allein unter seinem Befehl haben sollte, nicht nur um seine Autorität zu wahren, sondern auch um kleine Unruhen sogleich stillen zu können, so daß die garantierenden Mächte nicht nötig hätten, ihre Truppen jederzeit einrücken zu lassen [2]). Aber schon am 27. März teilte van Swieten dem Grafen Finckenstein mit, daß Österreich dem Plane Panins und also auch der gemeinschaftlichen Kasse beigetreten wäre. Nur inbezug auf die Abschaffung des Gesetzes, welches den Übertritt vom Katholicismus zu einer anderen Religion mit Strafe bedrohte, versagte der Wiener Hof als katholische Macht den beiden anderen seine Mitwirkung; doch versprach er wenigstens, ihnen auch nicht entgegenzuarbeiten. Das Liberum veto hätte er gern noch mehr beschränkt, als es 1768 geschehen war,

1) Solms meldet am 12. Februar, das Schriftstück sei, nachdem es vom Geheimen Staatsrat gebilligt, in den Händen der Kaiserin; am 23sten schickt er es an den König. Es ist abgedruckt bei Beer, Dokumente, S. 144—152.

2) Beer, Friedrich II. und van Swieten, S. 108. 109.

aber er fügte sich hier den Anschauungen Rußlands und Preußens [1]). Friedrich der Große gab umgekehrt inbetreff der gemeinschaftlichen Kasse nach. Er hielt zwar fest an seiner Meinung, daß man die Polen nur durch Gewalt dahin bringen würde, die Abreißungen anzuerkennen und sich gewisse Veränderungen in ihrem politischen Regimente gefallen zu lassen; aber er konnte doch nicht allein bestimmen. „Die Gesetze unseres Triumvirats verpflichten mich", schrieb er am 12. April an Finckenstein, „in dieser Beziehung nur in Übereinstimmung mit den beiden Kaiserhöfen zu handeln, die eine andere Ansicht haben, so daß ich ihrer Meinung weichen muß."

Panin freute sich sehr, als er diesen Punkt durchgesetzt hatte. Wenn Österreich die Bestechung verwarf, weil die Großen durch solche Mittel nicht zu gewinnen sein würden, so antwortete der russische Minister, daß es ihm mehr darauf ankäme, den Kleinen, deren man bedürfte, den Aufenthalt in Warschau möglich zu machen; bisher hätte Rußland diese Kosten allein bestritten, jetzt aber müßten Österreich und Preußen auch dazu beitragen. Die Großen sollten übrigens nicht gerade leer ausgehen, und besonders wünschte Rußland dem Grafen Poninski, der zum Marschall oder Vorsitzenden bestimmt war, den Verrat am Vaterlande zu erleichtern. „Das Geld", sagte Stackelberg zu Benoit, „wird Handlungen einer zu großen Strenge, durch welche der Vertrag mit den Polen das Ansehen eines erzwungenen erhalten könnte, wahrscheinlich verhüten." [2])

Diesen Veranstaltungen der drei Höfe gegenüber verfuhren die Polen nicht richtig. Wie schon die große Senatsversammlung, so hätte auch der Reichstag recht zahlreich besucht werden sollen. Aber das geschah nicht; im ganzen südlichen Polen und zum großen Teil in Litauen kamen keine Wahlen zustande. Dagegen in den nördlichen Woiwodschaften wurden viele Landboten ernannt, welche dann gegen die Mitte des

1) Finckenstein an den König, 27. März 1773.
2) Solms, 26. März. Benoit, 31. März.

April nach Warschau gingen. Niemals haben polnische Patrioten eine traurigere Reise gemacht; denn es gab kein Mittel, die Abreißungen der drei Höfe wieder zu erlangen. Auch der König sah das ein; aber er wünschte zum Ersatze dafür die bestehende Verfassung in der Art zu verbessern, daß die Stimmeneinhelligkeit gänzlich abgeschafft und den Polen gestattet würde, das Heer bis auf 40,000 Mann zu bringen, wenn sie die Geldmittel dazu besäßen. Den Dissidenten wollte Stanislaus August nur den Zugang zum Reichstage versperren, und außerdem hielt er es für unmöglich, das Gesetz abzuschaffen, welches den Abfall von der katholischen Kirche mit Strafe belegte. Ein Teil der Polen dachte ganz ebenso; auch sie meinten, daß man den Schaden der Abtretung durch eine die Anarchie beseitigende weise Gesetzgebung aufwiegen müßte, daß zu dem Ende bei dem Abschlusse von Handelsverträgen und bei der Königswahl die Mehrheit entscheiden sollte. Dagegen ein anderer Teil hielt fest an der Hoffnung, man würde das System der drei Höfe mit der Zeit umstürzen und die Beschlüsse des nächsten Reichstages wieder aufheben können. Sie wünschten, daß die Mehrheit dem Könige die von ihm erstrebte Machterweiterung bewilligen möchte, damit ihm die Schuld für alles Geschehene dann aufgebürdet werden könnte. Mit Bezug auf die Dissidenten dachten alle gleich dem Könige ziemlich gemäßigt, ausgenommen einige fanatische Priester, von denen man glauben konnte, daß sie nicht in Betracht kommen würden [1]).

Den Gesandten von Preußen, Rußland und Österreich gelang es, noch vor dem Beginne des Reichstages eine Generalkonföderation zustande zu bringen. Es war dies freilich kein leichtes Werk für sie gewesen; denn Bedenklichkeiten, Mißtrauen, Furcht, sich Vorwürfe zuzuziehen, alle Arten von Umtrieben und tausend andere Hindernisse mußten sie, wie Benoit meldete, bekämpfen, um ohne Gewaltthätigkeiten ans Ziel zu gelangen. Noch schlimmer ging es ihnen, als der Reichstag er-

1) Benoit, 14. April.

öffnet ward und von diesem die Marschälle der Konföderation, Graf Poninski und Fürst Michael Radziwill, anerkannt werden sollten. Eine freilich nur geringe Zahl von Landboten leistete heldenmütigen Widerstand. Dagegen erklärte Benoit mehreren Senatoren und Vertretern des Ritterstandes, daß die drei Höfe die Konföderation, wenn es nötig wäre, mit 50,000 Mann unterstützen würden. Trotzdem wuchs die Opposition, deren Mitglieder übrigens einer Konföderation keineswegs entgegen waren, sondern eine solche gleichfalls wünschten, jedoch in der Art, daß dieselbe nach den bestehenden Vorschriften gebildet würde. Besonders aber — und wer kann ihnen das verdenken? — wollten sie nicht Leben, Vermögen und Vaterland einem Manne wie Poninski anvertrauen, von dem sie eine sehr schlechte Meinung hegten und glaubten, daß er sich mit den Feinden der Republik verbunden hätte. Einige Landboten, welche bereits der Konföderation beigetreten waren, zogen sogar ihre Unterschrift wieder zurück, und auch der König nahm Anstand, sich mit ihr zu vereinigen. Aber die übrigen ließen sich nicht irre machen, Stanislaus August fügte sich [1]), als ihm die drei Gesandten mit dem Einrücken von 50,000 Mann drohten, und die Konföderation kam zustande; wie 1767, ward auch diesmal von dem Marschall verkündigt, es könnte niemand im Reichstage sitzen, der sie nicht unterschrieben hätte.

So war das erste Ziel erreicht. Aber die Polen wollten darum keineswegs gänzlich den drei Mächten sich fügen, sondern es wurde das Verlangen ausgesprochen, daß nicht etwa so wie auf dem Reichstage von 1767—1768 eine Delegation die Befugnis haben sollte, für sich allein über die zu verhandelnden Angelegenheiten zu entscheiden, und daß die Konföderation nicht über den Reichstag hinaus bestehen dürfte. Zunächst gegen diese zweite Absicht erhoben sich Stackelberg, Benoit und Rewitzky, indem sie verlangten, daß die Konföderation erst aufhören sollte, wenn mit den drei Mächten sowohl

1) Der päpstliche Nuntius und Benoit geben den 22. April an. Dagegen nennt Herrmann den 21sten und Beer den 23sten.

die Verträge über die Abtretungen geschlossen, als auch die neue politische Ordnung eingerichtet wäre. Besonders das letztere wünschten viele Mitglieder zu vermeiden, und es war leicht möglich, daß die Mehrheit den Reichstag schloß, nachdem sie die Zergliederung anerkannt hatte. Das würde Rußland empfindlich getroffen haben; diesmal aber leistete nicht nur Preußen, sondern auch Österreich dem Petersburger Hofe den erwünschten Beistand. Mehrere Tage verhandelte man, ohne zu einem Beschlusse zu kommen. Als jedoch Stackelberg am 30. April dem Könige von Polen wieder mit den 50,000 Mann drohte, da einigte man sich dahin, daß die Konföderation als eine vom Reichstage gesonderte Körperschaft betrachtet werden, und beide so lange bestehen sollten, bis die schwebenden Angelegenheiten gänzlich erledigt wären.

Der nächste Vorschlag betraf die Wahl einer großen Delegation, mit welcher die drei Minister zu verhandeln hätten. Vor sechs Jahren war Polen gezwungen worden, auf solche Weise mit dem Fürsten Repnin zu verkehren, welcher dann den Willen des Petersburger Hofes durchsetzte. Diese Behandlung hatte freilich die Polen zum Aufstande geführt, und man konnte daher glauben, daß sie sich aufs äußerste gegen eine solche Delegation sträuben würden. Jedoch der päpstliche Nuntius urteilte nicht so. „Wenn der Reichstag Widerstand leistete", schrieb er, „so würden aufs neue die bekannten 50,000 Mann ins Feld rücken und alle Schwierigkeiten überwinden."

Die Gesandten machten inbezug auf die große Delegation einen Gesetzvorschlag und übergaben ihn dem Könige, damit er das Schriftstück durchsehen und die Änderungen, die er für wünschenswert hielte, vorbringen sollte. Stanislaus August ersah aber wahrscheinlich daraus, wie man seine geringe Macht noch mehr schmälern wollte; jedenfalls that er einen ganz unerwarteten Schritt, um die Gesandten zur Nachgiebigkeit gegen ihn zu bewegen. Er forderte die drei Nachbarhöfe auf, darein zu willigen, daß die neutralen Mächte, welche die Verträge Polens gewährleistet hätten, eine freundschaftliche Vermittelung inbezug auf die geltend gemachten Rechte und Ansprüche

übernehmen sollten, damit jene nicht Richter und Partei in eigener Sache wären und damit Polen vor Gebietsverletzungen geschützt würde. Der König teilte die Note dem Reichstage mit. Er äußerte bei dieser Gelegenheit unter anderem: er habe bei seinem Regierungsantritt es beschworen, daß er niemals eine Schmälerung des Ländergebietes der Republik gestatten werde, und jeder gute Patriot müsse deshalb ebenso denken und den von ihm gethanen Schritt billigen.

Im Reichstag erhob sich kein Widerspruch. Die drei Gesandten wußten aber zu antworten; sie brachten in Erinnerung, was sie am 2. Februar [1]) gefordert hatten, daß bis zum 7. Juni die Geschäfte beendigt sein müßten, wenn die verbündeten Höfe nicht ihre Ansprüche weiter ausdehnen sollten. „Dieser schreckliche Tag naht heran", schrieben sie, „und macht die Urheber jener Verzögerungen nicht erzittern!" Von dem Vorwurfe, daß sie Richter sowohl als Partei wären, schoben sie die Schuld auf die Polen, welche die Fahne des Aufruhrs im Frühjahre 1768 erhoben und dadurch einen Krieg zwischen Rußland und der Pforte herbeigeführt hätten. Sie verlangten zuletzt: in acht Tagen müßte die große Delegation, mit welcher sie verhandeln sollten, ernannt und mit den notwendigen Vollmachten versehen sein, oder sie könnten nicht für die Folgen stehen.

Die Antwort der Gesandten ward am 6. Mai im Reichstage verlesen. Wenn es auch zuerst einige tadelten, daß Stanislaus August die Note sogar ohne Wissen seiner Minister abgeschickt hatte, so verstummte dann doch der Widerspruch, und die, welche das Wort nahmen, rechtfertigten das Verfahren des Königs. Eben deshalb mag es geschehen sein, daß die Gesandten sich am Abend des 7. Mai zu ihm begaben und ihm wieder vorhielten, welchen Übeln er sich und Polen aussetzen würde. Stanislaus August entgegnete: wie er höre,

1) Nicht am 22. Januar, wie es bei Angeberg, S. 125 heißt. Bei Theiner IV, 2. p. 472 steht das Richtige. Ich folge übrigens in der Darstellung dieser Vorgänge den Berichten des päpstlichen Nuntius und Benoits.

wolle man seine Macht verringern, er wünsche deshalb näher darüber unterrichtet zu werden. Die Gesandten suchten ihn zu beruhigen; aber sie mochten immer sagen, daß man die Tragweite der vorzunehmenden Änderungen übertrieben hätte, der König ließ für ihren Plan sich nicht gewinnen. Benoit bat ihn zuletzt um eine kategorische Antwort und fügte noch hinzu: er zittere, wenn er daran denke, daß der König sie zwingen werde, die Truppen in Bewegung zu setzen. Stanislaus August antwortete: er wisse, was er in der nächsten Sitzung am 10ten werde zu sagen haben. Auch alle weiteren Vorstellungen waren vergeblich.

Die Gesandten dachten nun ernstlich daran, Gewalt anzuwenden, und sie setzten nicht nur von ihrem Entschluß die Senatoren und Landboten in Kenntnis, sondern sie ließen auch am 9ten nachmittags Einquartierung ansagen, 10 bis 80 Mann je nach der Größe der Wohnungen. Ein allgemeiner Schrecken verbreitete sich durch die Stadt, für deren Verproviantierung niemand Sorge trug, und so fürchteten die Bürger, daß zu dem anderen Ungemach, welches die fremden Truppen bringen würden, noch eine Hungersnot treten könnte.

Am 10 Mai [1]) teilte der Reichstagsmarschall Graf Poninski der Versammlung den Vorschlag mit, welchen die Gesandten für die Bildung der Delegation empfohlen hatten; aber nur zwei Landboten sprachen etwas zu seinen Gunsten, andere dagegen widerrieten die Annahme. Dann erhob sich der König und schlug vor, die Delegation sollte nur für die Abtretungen unbeschränkte Vollmacht empfangen, dagegen inbezug auf die politischen Veränderungen an die Stände berichten. Stanislaus August redete, wie Benoit meldet, sehr verführerisch und enthielt sich nicht einmal, darauf hinzuweisen, daß die Mächte nur den 7. Juni fruchtlos verstreichen lassen wollten. Gerade diese Beschuldigung aber, die noch dazu falsch war,

1) Bei Theiner IV, 2. p. 533 sq. steht fälschlich „Lunedì mattina 11“ statt 10, und ebenso auf der nächsten Seite „Martedì 12“ statt 11, dagegen auf p. 535 richtig „Mercoldì 12“.

verwundete die Gesandten tief und bewog sie hauptsächlich, einige militärische Exekutionen vorzunehmen, um die Polen vom Gegenteil zu überzeugen. Dem Bischof Turski von Luck, welcher trotz ernstlicher Warnungen wiederholt im Reichstage gegen die Vorschläge der drei Gesandten Sturm geläutet hatte, wurden 11 bis 12 Husaren ins Quartier gelegt, und als er diesen ungebetenen Gästen seine drei Zimmer überlassen und sich eine andere Wohnung suchen wollte, da ward ihm das nicht gestattet, und nur so viel bewirkte der päpstliche Nuntius, daß es dem Bischof erspart blieb, mit den Soldaten in einem Zimmer zu schlafen.

Die letzteren gehörten ohne Zweifel zu der Schwadron preußischer Husaren, die am 12. Mai zusammen mit einer Schwadron österreichischer Husaren und einigen russischen Infanterieregimentern nach Warschau gekommen war. Die Truppen stellten sich dort, wo ihre Generäle wohnten, in Reih und Glied auf und warteten den Ausgang der Sitzung ab; sie sollten dann in die Häuser derjenigen gelegt werden, welche, wie Benoit sich ausdrückte, „die Beratungen fruchtlos machten“. Die Mehrheit des Reichstages schien für den Vorschlag des Königs eingenommen zu sein, und es war dies ja auch erklärlich; aber auf der anderen Seite fürchtete man die fremden Truppen und stellte deshalb den Antrag, es sollte eine Deputation an die Gesandten abgeordnet werden und um Aufschub bitten. Der König widersetzte sich diesem Vorschlage laut und heftig, auch nachdem ihm seine Verwandten dringend vorgestellt hatten, daß er, wenn er selbst unglücklich sein wollte, doch nicht sie und das Vaterland in Gefahr bringen dürfte. Daher mußte man abstimmen. Auch während dies geschah, wirkte der König noch zu seinen Gunsten und war außer sich, als er für seine Meinung nicht die Mehrheit erlangte [1]). Die Deputation begab

1) Nach Benoit (13. Mai) stimmten gegen den König das ganze Ministerium, une vingtaine de Sénateurs contre 10, dann 50 Landboten gegen 30. Etwas anders Herrmann V, 538: 22 Senatoren gegen 11, und 58 Landboten gegen 38. Stanislaus August bei Mouy, p. 447 schreibt, es seien für ihn 30 Senatoren und 50 Landboten gewesen.

sich nun zu den Gesandten und bat um einen Aufschub bis zum 14ten; derselbe wurde gewährt, und die Truppen gingen wieder auf die umliegenden Dörfer zurück mit Ausnahme der Einquartierung des Bischofs von Luck, welche nun vielmehr diesem noch beschwerlicher fiel. Wahrscheinlich um auf die Abstimmung des folgenden Tages einen größeren Druck auszuüben, verschärfte Benoit am 13ten die Maßregeln gegen Turski. Man nahm ihm Wagen und Pferde, die einquartierten Soldaten und ihre Kameraden verschmausten seine Vorräte; auch sollte er jedem Soldaten täglich sechs Thaler zahlen, und da er sich wahrscheinlich weigerte, hielt man sich an sein Silberzeug; doch hat er später alles wiederbekommen.

An demselben Tage war der eine Teil der Polen überaus geschäftig, für den Vorschlag Poninskis die Mehrheit zu gewinnen; bis in die Nacht hinein und noch am folgenden Morgen wurden die Anstrengungen bei den Widerstrebenden fortgesetzt. Im Reichstage las dann Poninski eine Erklärung der drei Gesandten vor, daß, wenn man nicht ihrem Vorschlag inbezug auf die Delegation zustimmte, die angesagte Einquartierung ausgeführt und die Landgüter der Hartnäckigen mit Beschlag belegt werden würden. Auch diesmal blieb der König bei seiner Meinung stehen, obgleich ihm die obersten Staatsbeamten, darunter der 77jährige Michael Czartoryski, abgeraten hatten. Das Ministerium stimmte dann für den Vorschlag Poninskis. Die Landboten teilten sich in zwei beinahe gleiche Hälften, aber der Senat entschied zugunsten der Gesandten [1]).

In den folgenden Tagen wurden die Vollmachten für die Delegation ausgestellt und die Mitglieder derselben bestimmt; der König schickte alle anwesenden Senatoren und 13 Landboten hinein, und die beiden Marschälle ernannten 50 Landboten, so daß die ganze Delegation aus mehr als 90 Män-

1) Die Angaben Benoits finden sich bei Beer II, 224 Anm., danach betrug die Mehrheit 9, nach Rewitzki (ebd.) 6, ebenso nach Theiner IV, 2. p. 535 und nach Preuß („Die Abtretung Westpreußens durch den Reichstag zu Warschau 1773“, Programm des Gymnasiums in Kulm 1879, S. 19), nach Stanislaus August (Mouy, p. 448) nur 5.

nern bestand. Hierauf vertagte sich die Reichsversammlung bis zum 15. September.

So hatten die Gesandten mit nur geringen militärischen Maßregeln ihr Ziel erreicht. Dagegen fühlte sich Stanislaus August recht unglücklich. „Seit dem 14. Mai bin ich ganz und gar in der Hand der drei Höfe", schrieb er am 5. Juni an Madame Geoffrin in Paris; „ich sterbe vor Hunger. Man hat es auf alles abgesehen, was mir am teuersten ist." Er kann es nicht über sich gewinnen, der Hoffnung gänzlich zu entsagen; aber am Ende des Briefes verflucht er den Tag, der ihn an den unglückseligen Platz geführt hat, welchen er einnimmt und auch nicht verlassen kann [1]).

Stanislaus August blickte finster nicht nur in die nächste Zukunft, sondern auch auf die Leiden der Gegenwart. Indem die fremden Truppen noch immer auf Unkosten der Polen lebten, hatte sich das Ministerium der Republik am 18. Mai von neuem an die drei Höfe mit der Bitte gewendet, sie möchten doch von jetzt an die Lebensmittel für ihre Truppen und das Futter für die Pferde bezahlen und den Soldaten anbefehlen, daß sie auch im übrigen so schonend als möglich bis zur gänzlichen Räumung des Landes verfahren sollten [2]).

Am freundlichsten wurde die Bitte von Rußland aufgenommen; denn dessen Interesse verlangte die größte Berücksichtigung der polnischen Wünsche, wenn dieselben nur die Herrschaft des Petersburger Hofes nicht gefährdeten. Im Mai befahl Panin dem Baron Stackelberg, er solle inbezug auf die Regulierung des Handels und der Schiffahrt auf der Weichsel zusammen mit Rewitzki dem preußischen Gesandten Vorstellungen machen, um den Polen so gute Bedingungen als möglich zu verschaffen, und auf der anderen Seite dahin wirken, daß die Österreicher ihnen das Salz zu mäßigen Preisen verkaufen. „Ich begreife", fuhr Panin fort, „daß eine solche Haltung von Ihrer Seite dem Könige von Preußen gegenüber,

1) Mouy, p. 449—450.
2) Theiner IV, 2. p. 471.

dessen Anordnungen ganz andere Absichten offenbaren, kitzlich sein wird; aber Sie können wenigstens verlangen, daß man Polen aufatmen lasse, bevor man neue Vorteile von ihm zieht, und daß die ersten Jahre nach der Teilung nicht so schwer für dasselbe seien. Jedesmal, wenn Ihnen der preußische Gesandte rät, Gewalt zu brauchen, bemerken sie ihm, daß es noch andere Mittel gebe; mäßigen Sie seinen Drang und eignen Sie seine Meinungen sich nur in äußersten Fällen an. Erzählen Sie ihm in aller Freundschaft, ohne seinen Hof hineinzuziehen, was Sie Schlimmes von der Aufführung der preußischen Truppen erfahren; reden Sie ihm zu, dieselben mehr im Zügel zu halten; stellen Sie ihm vor, daß die augenblicklichen Vorteile des Soldaten, den man im fremden Lande reichlich nährt, nichts gelten können im Vergleich mit der Notwendigkeit, Europa aus der Krisis herauszuziehen, in der es sich gegenwärtig befindet." [1])

Stackelberg wendete sich durch den russischen Gesandten in Berlin an den Grafen Finckenstein und dieser an den König; infolge dessen empfing Benoit den Befehl, in Übereinstimmung mit seinen beiden Kollegen zu bestimmen, wann die Bezahlung anfangen sollte. Benoit bemühte sich aber, noch einige Wochen zu gewinnen. Umgekehrt drängten ihn Stackelberg und Rewitzki, und als letzterer sich zum 20. Juni verstanden hatte, da geriet Benoit noch mehr in die Enge. Der russische Gesandte wagte sogar zu bemerken, daß die preußischen Erpressungen um so stärker würden, je mehr man sich dem Ende näherte. Endlich bestimmte der König von Preußen, daß die Lieferungen vom 1. Juli ab bezahlt werden sollten [2]).

Wie Rußland seinem Interesse gemäß in diesem Punkte mehr Wohlwollen als die beiden anderen Höfe gegen die Polen bezeigte: so hielt es auch an den Grenzen fest, die in dem Vertrage vom 5. August 1772 bestimmt worden waren. Es

1) Ssolowjoff, S. 150.

2) Finckenstein an den König, 30. Mai; der König (mediat), 1. Juni. Benoit, 9., 12., 16. Juni, 3. Juli.

hatte freilich seinen Anteil sehr reichlich bemessen. Dagegen wollte Preußen noch mehr gewinnen. Während es anfangs eine Linie von Barcin an der Netze bis Schulitz an der Weichsel gezogen hatte, waren die Truppen später noch weiter südlich vorgeschoben worden. Der Vertragsentwurf, welchen Friedrich im letzten Drittel des April aufsetzen ließ, enthielt bereits die neue Grenze und ward an Kaunitz und Panin mit der Bitte gesendet, daß sie den König von Preußen hierbei in Warschau unterstützen möchten. Der Staatskanzler zeigte sich willig und verlangte nur eine gleiche Gefälligkeit vonseiten Friedrichs des Großen. Dagegen stieß man in Petersburg auf Widerstand. Panin sprach über diese Verschiebung der Grenze sein Bedauern aus und ließ die beiden Höfe bitten, sich nicht so gierig zu zeigen; er erklärte die Neuordnung der Republik für viel wichtiger. Auch Katharina betrachtete die Ausdehnung der Grenze vonseiten Preußens und Österreichs als eine solche, die auf einer erzwungenen Auslegung beruhte; sie sprach in einem gereizten Tone zu Saldern: man hätte keinen Vertrag schließen sollen, wenn man ihn nicht halten wollte. Es ärgerte die Kaiserin hier und in der Danziger Streitfrage, deren sie bei dieser Gelegenheit ebenfalls gedachte, daß der König, ihr Verbündeter, gesucht hätte sie zu überlisten. Rußland bestand darauf, daß die drei Höfe sich inbetreff der Grenzen an den Vertrag vom 5. August 1772 halten sollten, und so mußten sich Preußen und Österreich wohl oder übel fügen [1]).

Die eigentlichen Verhandlungen der Delegation mit den drei Gesandten fingen am 3. August an und dauerten bis zum 11. September. Rewitzki eröffnete den Reigen, und eben deshalb war er länger beschäftigt als die beiden anderen; denn gewisse Punkte wurden hier entschieden, welche nachher nur kurz berührt zu werden brauchten.

Als Rewitzki seinen Vertragsentwurf überreicht hatte, da erfaßte die Delegierten namenloser Schmerz. Wie die Mutter

1) Solms, 14. u. 25. Mai, vgl. 15. Juni.

jammert, wenn der Tod ihr Kind, welches seit Wochen hoffnungslos auf dem Krankenbette liegt, endlich unbarmherzig von ihrer Seite reißt: also erging es ungefähr den armen Polen; denn sie empfingen jetzt über ihr schreckliches Los und über die Unmöglichkeit, Milderungen zu erlangen, Gewißheit. Sie mußten den Entwurf an sich nehmen. Eine Woche verhandelten sie dann unter einander und überreichten dem österreichischen Gesandten am 10. August ihre Gegenbemerkungen. „Der Petersburger Vertrag, welchen die drei Höfe abgeschlossen haben", sagten sie, „entscheidet über unser Los, ohne daß wir im geringsten teilgenommen, und der Schwächezustand, worin sich die Republik befindet, ist schuld, daß wir uns dem Geschick, welches man uns bereitet hat, mit Seufzen unterwerfen müssen."

Wenn auch Rewitzki bereits den Delegierten eröffnet hatte, daß die Grenzen so bleiben müßten, wie sie in Petersburg festgesetzt worden wären, so wollten sie doch zu ihrer eigenen Rechtfertigung eine schriftliche Antwort haben, und so sprachen sie denn die Hoffnung aus, daß man mit ihnen unterhandeln und keineswegs nur den Willen der drei Höfe den Polen vorschreiben würde. Sie fragten, ob sie Beweise dafür, daß ihnen die entrissenen Gebiete rechtmäßig gehörten, vorbringen dürften oder nicht. Was man ihnen erwidern würde, sahen sie freilich voraus, auch verschlossen sie sich nicht der Überzeugung, daß der Schwächere sich dem Stärkeren fügen müßte; nur baten sie den Gesandten um eine Erklärung darüber, ob sie, wenn sie in die Abtretung nicht willigten, der Republik einen noch größeren Verlust an Land und schlimmere Übel zuziehen würden [1]). Außerdem wünschten sie wenigstens den Petersburger Vertrag, insoweit derselbe Polen beträfe, mitgeteilt zu erhalten. Sie hatten schon vorher darum gebeten, aber eine abschlägige Antwort empfangen, und nur so

1) Theiner IV, 2. p. 478, No. 2sq. Der Text ist unverständlich; offenbar sind zwischen „que si nous" und „attendre" einige Worte weggefallen und aus p. 482, No. 2 zu ergänzen. Ib., p. 497, No. 3.

viel war ihnen zugestanden worden, daß Stackelberg und Benoit bezeugten, die Grenzen, welche der Wiener Hof verlangte, wären dieselben, welche der Petersburger Vertrag vorschriebe. Wenn sie ihren Wunsch wiederholten, so rechneten sie ohne Zweifel nicht auf Erhörung, sondern sie thaten es nur, um, wie gesagt, einen schriftlichen Beweis, daß sie ein solches Verlangen gestellt hätten, in die Hände zu bekommen. Da sie aber in Erfahrung gebracht hatten, vielleicht sogar durch russische Veranstaltung, daß die Österreicher ihren Anteil noch vergrößern wollten, so beschwerten sie sich über die Unbestimmtheit, an welcher der Vertrag inbezug auf die Festsetzung der Grenzen litte, und stellten das durchaus gerechtfertigte Verlangen, daß man ihnen eine Landkarte geben möchte, wo genau bezeichnet wäre, was die Polen abtreten sollten.

Die Antwort Rewitzkis ist von allgemeiner Bedeutung; denn Stackelberg und Benoit haben darauf verwiesen, als ihnen die nämlichen Vorstellungen gemacht wurden. Der Gesandte leugnete, daß die drei Höfe forderten, die Delegierten sollten blind annehmen, was sie ihnen vorschrieben; und es sind auch in der That mancherlei Anträge der Polen während des Laufes der Unterhandlungen berücksichtigt worden. Aber inbezug auf den Umfang des von Österreich besetzten Gebietes blieb Rewitzki dabei stehen, daß hierin keine Änderung zugelassen werden würde; denn der Wiener Hof hätte sein Recht darauf erwiesen, und sein Anteil wäre weit unter seinen gerechten Ansprüchen [1]). Die Beweisführung, welche die Republik der Erklärung des Wiener Hofes längst entgegengestellt hatte, war von Rewitzki sogleich nachhause gesendet worden. „Wenn sich unter so vielen schwachen Einwendungen der Polen eine stichhaltige findet", schrieb er, „so wird man nicht verfehlen, seiner Zeit darauf zu antworten." Jedoch er wollte weder die Unterhandlung noch den Abschluß der Verträge bis

1) Nach Theiner IV, 2. p. 485 ad 9, 10 u. 11 hat der Gesandte die Kühnheit, den österreichischen Anteil zu nennen „partie modique en comparaison des vastes provinces auxquelles elle renonce malgré ses justes prétentions".

dahin aussetzen. Er leugnete ferner, daß hier nur die Gewalt entschiede. „Die gegenwärtige Schwäche Polens", schrieb er, „kann höchstens die Gelegenheit dargeboten haben, aber nicht das Recht. Die Konvenienz ohne Recht ist ungerecht, jedoch wenn sie zu dem Rechte dazutritt, ist sie jeder anderen Art sein Eigentum zurückzufordern vorzuziehen."

Die Diplomaten lernen auch der Grausamkeit ein menschliches Ansehen verleihen; aber diese Maske muß der Geschichtschreiber entfernen. Rewitzki sprach allerdings verhüllt die Drohung aus, daß der Wiener Hof den Polen noch mehr Land entreißen würde, wenn die Unterhandlung fruchtlos bliebe. Die Landkarte zu geben weigerte sich der Gesandte, weil ihm keine zugeschickt war, und er meinte weiter, daß es gänzlich überflüssig sein würde, Kommissarien für die genauere Bestimmung der Grenze zu ernennen, wenn eine solche Karte vorhanden wäre.

Nach langen Verhandlungen über eine Menge von Einzelheiten nahm endlich die Delegation am 21. August abends den österreichischen Cessionsvertrag an; der Bischof von Cujavien, Ostrowski, unterzeichnete denselben als Vorsitzender der Delegation vorläufig, und ebenso die beiden Marschälle der Konföderation. Darauf begab sich Rewitzki nach Zamosc zum Kaiser, welcher bereits die neue Erwerbung begierig in Augenschein nahm. Joseph II. freute sich über das Ende der Unterhandlung, aber er bedauerte, daß Rußland die Erweiterungen, welche Preußen und Österreich anstrebten, nicht zugegeben hätte, und man also von den polnischen Kommissarien noch mancherlei Quälereien erfahren würde, weil die Grenzen nicht genau bestimmt worden wären [1]).

Wahrscheinlich um den Abschluß zu beschleunigen, hatte Stackelberg seinen Vertragsentwurf bereits am 17. August an die Delegation gelangen lassen. Merkwürdigerweise behaupteten mehrere Mitglieder derselben, daß man mit Rußland gar nicht

1) Benoit, 28. August. Rewitzki war ohne Zweifel am 27sten nach Warschau zurückgekehrt. Theiner IV, 2. p. 547.

unterhandeln könnte, so lange diese Macht im Kriege mit den Türken sich befände, da die letzteren doch um der Polen willen zu den Waffen gegriffen hätten. Aber Benoit, gegen den sie diese Meinung aussprachen, machte ihnen bemerklich, daß das kindische Spitzfindigkeiten wären, welche sie gut thun würden aufzugeben, damit sie nicht auf eine sehr energische Weise zurechtgewiesen werden müßten. Rewitzki äußerte sich in demselben Sinne. Die Parteigänger der drei Höfe brachten diese Bemerkungen in der Delegation vor, welche dann auch am 26. August ihre Einwendungen gegen den russischen Entwurf dem Gesandten überreichte. Zwei Tage später antwortete dieser. Indem er gleich anfangs die Nation und die Regierung beschuldigte, daß sie die guten Absichten, welche die Kaiserin von Rußland inbezug auf Polen gehabt, aus Ehrgeiz und Partei-Interesse durchkreuzt hätten, erhob sich mit Recht in der Versammlung ein gewaltiger Sturm, und der Gegenstand beschäftigte die Delegierten bis in die Nacht hinein. Stackelberg aber, den sie am anderen Tage zur Rede stellen ließen, forderte sie auf, lieber den Cessionsvertrag zu fördern; er versprach, die von ihm gemeinten Persönlichkeiten — die Czartoryski — vielleicht später zu nennen, wenn von den innern Angelegenheiten die Rede sein würde.

Die Grenzen machten diesmal keine Schwierigkeit, da sich der Petersburger Hof genau an den Vertrag vom 5. August 1772 hielt; das Recht auf die besetzten Gebiete galt natürlich auch dem russischen Gesandten für unbestreitbar, und er bezeichnete dieselben zugleich als eine mäßige Entschädigung für den ungeheuren Schaden, welchen die Polen den Russen zugefügt hätten.

Eine Hauptsorge war für die Delegation, diejenigen Katholiken sicher zu stellen, welche jetzt unter russische und preußische Herrschaft kamen. Zu dem Ende mußte sich Rewitzki noch nachträglich verpflichten, einen Artikel zugunsten der Religionsfreiheit der Dissidenten und nichtunierten Griechen aufzunehmen, damit umgekehrt Stackelberg und Benoit bereit wären, für die Katholiken das nämliche festzusetzen. Der russische Gesandte

fand sich auch dazu bereit. Am 1. September war er mit seiner Unterhandlung zu Ende.

Benoit, der nun an die Reihe kam, hatte von Friedrich noch eine Weisung inbezug auf die Grenze bekommen. Der König von Preußen widersetzte sich dem Wunsche Katharinas nicht, daß die Worte der Tripelkonvention beibehalten würden, und er erklärte sich einverstanden mit dem Vorschlage, welchen ihm Benoit gemacht, man solle die endgültige Festsetzung der Grenzen der Kommission überlassen, die ernannt werden würde, um an Ort und Stelle dieses Geschäft zu besorgen. Der König hatte vor zwei Jahren in der Unterhandlung mit Rußland die ganze Netze zugesprochen erhalten, d. h. das vollständige Bett des Flusses. Jetzt aber verstand er darunter auch den ganzen Lauf des Flusses, und er wollte jenes durch den Zusatz „mit seinen beiden Ufern“ ausdrücken; denn seine Begehrlichkeit war inzwischen gewachsen. Benoit versprach, was irgend möglich wäre zu thun; aber er gab wenig Hoffnung, und er fand wirklich bei Stackelberg und Rewitzki den größten Widerstand. Auch die Delegation wollte natürlich wissen, von welchem Punkte der Netze die Linie bis an die Weichsel gezogen werden sollte. Sie wünschte, wie man sich denken kann, die kürzeste Linie, und nahm das linke Ufer der Netze für die Polen in Anspruch.

Außerdem benutzte Friedrich die Gelegenheit, um gewisser Verpflichtungen, welche der große Kurfürst 1657 hatte übernehmen müssen, wieder ledig zu werden. Am 19. April hatten ihm Finckenstein und Hertzberg diesen Rat gegeben [1]). „Der Vertrag von Wehlau“, hieß es in ihrem Schreiben an den König, „ist in seinen meisten Artikeln zum Vorteile von Polen, indem das Haus Brandenburg versprochen hat, keine Neuerungen inbezug auf Handel, Flußzölle, Münze zu machen, der Republik in allen Kriegen 2000 Mann zum Beistande zu schicken und ihren Truppen freien Durchzug zu gewähren.

1) Der Rat ging wie bei dem Danziger Hafen von Hertzberg aus. Huit Dissertations, p. 297.

Ferner soll nach dem Aussterben der männlichen Nachkommen des Kurfürsten Friedrich Wilhelm das alte königliche Preußen und gemäß dem Vertrage von Bromberg auch die Gebiete von Lauenburg und Bütow wieder an Polen kommen und die Starostei Draheim von der Republik zurückgekauft werden können."

Friedrich der Große hatte den Vorschlag seiner Minister sehr gut gefunden, und Benoit war beauftragt worden, die preußischen Könige von den lästigen Verpflichtungen zu befreien. Die Delegierten betrachteten diese Punkte natürlich mit anderen Augen und stritten wider die Aufhebung der genannten Artikel, wenn ihnen nicht eine Entschädigung dadurch gewährt würde, daß Friedrich seinen Anteil verringerte.

Was die Grenzen der preußischen Erwerbung betrifft, so mußten wie bei Österreich und Rußland die Worte des Petersburger Vertrages angewendet werden, und die endgültige Regelung ward auch hier den Kommissarien überlassen, die von beiden Seiten in gleicher Anzahl ernannt werden sollten. Aber zugleich gab dieser Punkt Anlaß zu einem Zusatz für alle drei Verträge. Indem nämlich die Delegation gegen Benoit Hilfe bei Stackelberg und Rewitzki suchte, schlugen die letzteren einen ganz neuen Artikel folgenden Inhalts vor: wenn sich die Kommissarien über die Grenze nicht einigen können, werde man die Vermittelung der beiden anderen Höfe anrufen, inzwischen aber das Grenzgeschäft ruhen lassen, und wenn sich später Streitigkeiten erheben, werde man beiderseits Kommissarien ernennen, welche die Sache freundschaftlich austragen sollen. Die Polen mochten sich Hilfe gegen Preußen und Österreich, dessen Grenzen ja ebenfalls ungenau bezeichnet waren, von Rußland versprechen, und sie hatten dazu auch ein gewisses Recht. Benoit mußte diesen Artikel annehmen.

Auch für Danzig und Thorn traten die Delegierten wiederholt kräftig ein. Zwar wies Benoit darauf hin, daß die Kommissarien von Rußland und Preußen die Angelegenheit regeln würden; aber die Polen beruhigten sich dabei nicht, und es wurde bestimmt, daß das, was jene beiden Männer mit den

Abgeordneten des Rates von Danzig beschlossen haben würden, so angesehen werden sollte, wie wenn es in dem Vertrage selbst enthalten wäre. Da ferner Benoit von Stackelberg erfuhr, daß die Schwierigkeiten inbezug auf Thorn nahe daran wären, freundschaftlich ausgeglichen zu werden, gab er zu, daß es eben so gehalten werden sollte, wenn die beiden Höfe in dieser Sache gleichfalls eine Bestimmung träfen. Genug auch hier verließen sich die Polen auf Rußland.

Großen Streit verursachte noch die zu verbürgende Religionsfreiheit der Katholiken. Wie erzählt worden ist, hatte Rewitzki nachträglich einen Artikel für die Griechen und Protestanten aufgenommen [1]), damit Stackelberg dasselbe für die Katholiken versprechen könnte. Dieser hatte sich auch gern bereit erklärt und von dem preußischen Gesandten verlangt, er müßte das gleiche Versprechen geben. Jedoch an dem Ausdruck Hierarchie nahm Benoit großen Anstoß und wollte dieselbe nicht gewährleisten, indem er meinte, daß man jenes Wort sehr leicht auf die päpstliche Herrschaft ausdehnen könnte, die er für unvereinbar mit den Souveränitätsrechten des Königs hielt. Auch die Art, wie die Kirchengüter gesichert werden sollten, gefiel ihm nicht. Als er daher mit der Delegation unterhandelte, schlug er eine andere Fassung vor, in welcher das Wort Hierarchie ausgelassen war und auch der Kirchengüter, die zwar in Polen, aber nicht in Preußen steuerfrei waren, keine Erwähnung geschah [2]). Die Polen kamen aber auf ihre Forderung zurück, und da Benoit sich aufs neue weigerte, wurde der Streit sehr heftig. Stackelberg und Rewitzki beschworen ihren Kollegen unaufhörlich, daß er im gegenwärtigen Augenblicke nicht den Fanatismus anfachen möchte, der allein die Polen zum Äußersten treiben könnte, und als auch eine zweite Formulierung Benoits verworfen worden war, erhoben sie noch einmal ihre mahnende und warnende Stimme. Nach langem Streit einigte man sich aber auch hier. Benoit ver-

1) Derselbe steht bei Theiner IV, 2. p. 504sq.
2) Theiner IV, 2. p. 505, No. 12. Réponse, Art. VIII.

bürgte den Katholiken den Genuß ihrer Kirchengüter, und die Polen machten ihrerseits keine Einwendung, wenn er ihnen sagte, daß dieselben in Preußen nicht steuerfrei sein würden. Wenn sie dann erklärten, daß sie unter dem Ausdruck Hierarchie den Kultus, das Dogma und die Erhaltung ihrer Kirchen verständen, so war Benoit damit zufriedengestellt. Doch ist das anstößige Wort noch weggelassen worden [1]).

Wie wenn man schon jetzt eine neue Teilung verhindern wollte, entsagten die drei Höfe förmlich und ausdrücklich allen weiteren Ansprüchen auf polnisches Gebiet und verbürgten der Republik die Länder, die ihr nach der gegenwärtigen Zergliederung übrig blieben.

Endlich versprachen Österreich und Preußen, ihre Truppen 14 Tage nach der Ratifikation zurückzuziehen. Rußland aber trat für sich diesem Artikel nicht bei, weil es mit den Türken noch im Kriege lag oder auch nach abgeschlossenem Frieden leicht wieder in einen neuen verwickelt werden konnte und in solchem Falle keinen anderen Stützpunkt als das Gebiet der Republik hatte. Es sei für den Petersburger Hof unmöglich, behauptete der russische Gesandte, eine andere Bedingung zuzulassen, als daß er inbezug auf Durchmarsch und Aufenthalt seiner Truppen in Polen an die Republik sich wendete [2]). Wie schöne Vorschriften erteilte Panin dem Baron Stackelberg, wenn es um Preußen sich handelte; dagegen war er bereit, wenn es im Interesse seines Hofes lag, Polens Neutralität weiter zu mißachten, wie es die Russen im Siebenjährigen Kriege gethan hatten und im Türkenkriege noch machten.

Am 15. September trat der Reichstag wieder zusammen; aber er wurde sogleich bis zum 21sten vertagt, auf daß die Verträge zuvor unterschrieben werden könnten. Am 18ten be-

1) Theiner IV, 2. p. 509, No. 25. Benoit, 1., 13. u. 16. September. In dem preußischen Vertragsentwurf vom 23. April 1773 sicherte der Artikel 7 den Katholiken in den neuen Erwerbungen freie Religionsübung zu.

2) Theiner IV, 2. p. 492, No. 8. Vgl. die Rede Wilczewskis ib., p. 469.

gaben sich die Gesandten der drei Höfe in die Delegation und setzten freudig ihre Namen unter die Schriftstücke. Ihnen folgten die Polen. Aber das war ein langwieriges Geschäft, welches mehrere Tage in Anspruch nahm; denn sechs Exemplare sollten von 99 Delegierten unterzeichnet werden. Außerdem mußten die Gesandten gespannt aufmerken, damit niemand der herrschenden Unsitte gemäß einen Vorbehalt hinzufügte. Andere versuchten sogar einen kleinen Scherz anzubringen, wie wenn z. B. einer hinter seinen Namen die Worte setzen wollte „um Abschied zu nehmen". Umgekehrt brachen manche in lautes Wehklagen aus. Viele konnten sich nicht enthalten, noch jetzt in lange Unterhandlungen zu treten und zu versuchen, ob sie nicht einige Stücke noch zurückgewinnen könnten. „Da offenbarte sich", urteilte gefühllos Benoit, „die Unwissenheit und Einfalt dieser guten Leute in ihrer ganzen Größe."

Am 21. September, wo der Reichstag wieder zusammentrat, hatten ungefähr 60 Personen unterzeichnet, darunter befanden sich alle Bischöfe, die Minister und die Mehrzahl der Senatoren. Als die Verträge vorgelesen worden waren, da machten diejenigen, welche der Delegation nicht angehörten, den anderen bittere Vorwürfe, daß sie ihre Instruktionen überschritten und Dinge bewilligt, von denen in der Petersburger Tripelkonvention keine Rede wäre, z. B. die vollständige Abtretung Preußens, der Bezirke Lauenburg und Bütow, der Starosteien Draheim und Zips, ohne dafür auch nur den geringsten Vorteil für Polen auszuwirken. Sie versuchten, das Versäumte nachzuholen und die Ratifikation von gewissen Bedingungen abhängig zu machen. Außerdem erneuerten sich die Bemühungen des Reichstages, die volle Freiheit für die inneren Angelegenheiten zurückzugewinnen und die Nachbarmächte von jeder Mitwirkung gänzlich auszuschließen. Mit dem Plane, welchen Panin aufgestellt hatte, war Friedrich keineswegs einverstanden, weil weder der König noch der Adel seinen Vorteil dabei fände, und er hatte schon im Juni gegen den österreichischen Gesandten die Befürchtung ausgesprochen, daß die Polen Widerstand leisten würden. Auch Benoit mißbilligte den

Immerwährenden Rat, welchen Rußland durchaus einrichten wollte. Preußen und Österreich konnten aber nicht mehr zurück, sondern sie mußten die Pläne des Petersburger Hofes befördern helfen. Drohende Erklärungen und drohende Äußerungen der Gesandten sollten den Widerstand des Reichstages brechen. Aber erst am 30. September, nachdem Stackelberg, Rewitzki und Benoit noch in eine ganz geringe Vermehrung der Mitglieder der Delegation gewilligt hatten, wurden die drei Verträge angenommen und Stanislaus August ermächtigt, dieselben zu ratifizieren [1]).

Mit dem, was Benoit durch seine Unterhandlung erreicht hatte, waren Finckenstein und Hertzberg sehr zufrieden, und sie rühmten dem Könige die Klugheit und Geschicklichkeit, welche der Gesandte nach ihrer Meinung bei dieser Gelegenheit entfaltet hatte. Nur ein Punkt mißfiel ihnen; sie wünschten, es wäre nicht so bestimmt ausgesprochen worden, daß die Geistlichkeit im Besitz ihrer Kirchengüter bleiben sollte. Der König war mit seinen Ministern vollkommen einverstanden sowohl in der Anerkennung der Verdienste Benoits, als auch inbezug auf die Sicherstellung der geistlichen Güter, und er verhehlte ihnen nicht, daß er keineswegs die Absicht hätte, von den Bestimmungen, die er bereits getroffen, wieder abzugehen; „folglich wird man“, schrieb er, „daran denken müssen, der Ausführung dieses Artikels eine solche Wendung zu geben, daß meinen Einrichtungen in nichts Abbruch geschieht.“ Der König bedauerte weiter, daß Benoit seinen beiden Kollegen inbetreff der Grenzen hatte nachgeben müssen [2]).

Als die drei Höfe die Verträge ratifiziert hatten, mußte der König von Polen ihrem Beispiele folgen. Darauf erhielten die österreichischen Truppen den Befehl, am 16. November abzumarschieren. Benoit dagegen ersuchte den General Lentulus, dies erst am 22sten zu thun, weil in der Ratifikations-

1) Benoit, 22. u. 29. September, 2. Oktober. Theiner IV, 2, p. 550 sqq. Beer, Friedrich II. und van Swieten, S. 111.

2) Finckenstein und Hertzberg an den König, 17. September, der König an sie 18. September und an Finckenstein, 29. September.

akte des preußischen Vertrages einige Ausdrücke standen, die ihm mißfielen. „Mit unseren hiesigen Herren muß man immer noch solche Komplimente wechseln“, berichtete der Gesandte, „und ich habe ihnen gesagt, sie möchten sich inacht nehmen, daß die Truppen der drei Höfe nicht zurückkommen müßten, wenn man sich's einfallen ließe, neue Unruhen in Polen zu erregen.“ Die anstößigen Ausdrücke wurden auch wirklich weggelassen, und am 19. November erfolgte die Auswechselung der Ratifikationen.

Den Abend zuvor hatte der neu ernannte kleine General, Branecki oder, wie er sich nun durchaus nannte, Branicki eine große Versammlung im Brühlschen Palaste versammelt. Ein Feuerwerk ward abgebrannt, und den Ball eröffnete Stanislaus August mit der Fürstin Sapieha, seiner liebsten Freundin und Schwester des kleinen Generals [1]). Unwürdiger konnten wahrlich der König und die Großen kaum handeln; aber wundern wird man sich darüber schwerlich, wenn man die Schilderungen liest, welche die Zeitgenossen von den polnischen Sitten entwerfen. „Es ist zu unangenehm“, schreibt Essen am 11. Juni 1774, „ausführlich anzugeben, wie sehr die Ehre, der Anstand und die Achtung, die man sich und der Gesellschaft schuldig ist, mit Füßen getreten werden. Der Nuntius, ein durch seinen geraden Charakter ebenso wie durch sein umfangreiches Wissen verehrungswürdiger Prälat, hat mir gesagt, es kämen vonseiten der Geistlichen und Weltlichen Dinge vor, die ihn gegen die hier herrschenden Grundsätze ganz und gar mit Schmerz und Abneigung erfüllten. Er versichert mich, er habe bemerkt, daß seit der Unterzeichnung der Teilung die Leichtfertigkeit und die stärkste Verderbtheit in Verbindung mit dem zügellosesten Aufwand mehr als je sich offenbart hätten.

1) Benoit, 13. u. 20. November. Theiner IV, 2. p. 555 zum 24. November. Wenn es hier heißt, es wären die Ratifikationen am 17ten ausgewechselt worden, so ist das ein Lese- oder Druckfehler; denn der Ball fand am 18ten statt, und der Nuntius nennt diesen Abend „la vigilia della sottoscrizione della ratifica del partaggio“ (1. Dezember, p. 556).

Diese Verwilderung und dieser Verfall der Sitten lassen mich auch fürchten, daß die Leiden der polnischen Nation noch nicht zu Ende sind, und ein neuer Sturm gegen sie heraufzieht." [1])

Während aber eine ganz geringe Minderheit schwelgte, verkam der bei weitem größte Teil des Volkes elendiglich. Als Kaiser Joseph im Sommer 1773 Galizien bereiste, schrieb er einmal an seine Mutter: „Der Bauer ist ein unglückseliges Geschöpf, das nichts hat als die menschliche Gestalt und das physische Leben." Auf gleiche Weise schildert ein anderer Berichterstatter diesen Stand, der nach seiner Schätzung ungefähr sechs Millionen zählte und zwei Dritteile der ganzen Bevölkerung in sich faßte. „Die Bauern", schreibt er, „unterscheiden sich nur wenig vom lieben Vieh. Sie haben kein Eigentum, leben von der Hand in den Mund und verkümmern im Schmutz und Elend. Aus Unwissenheit und Mangel an Mitteln lassen sie die Hälfte von ihren Kindern sterben und kommen selber zuletzt aus Hunger um, wenn ihnen eine einzige Ernte fehlschlägt." [2])

Liest man ausführlich, wie den Polen Gewalt angethan worden, so kann man sich des Mitleides nicht erwehren; aber man muß dabei der greulichen Mißwirtschaft vergessen, die ein zügelloser Adel über ein großes Land verbreitet hatte und die sich von der türkischen wenig unterschied. Ja, auch der Fanatismus trieb hier beinahe dieselben giftigen Blüten, wie auf der Halbinsel des Balkan, und die Erinnerung an das Thorner Blutbad, welches ein berühmter Dichter mit Recht aufs neue der deutschen Nation ins Gedächtnis gerufen, ist ganz geeignet, uns mit der strengen Strafe zu versöhnen, die freveler Übermut gefunden, ehe noch die beklagenswerten Opfer eines lieblosen Glaubenseifers ein halbes Jahrhundert in der friedsamen Erde ruhten.

1) Herrmann V, 542 Anm.

2) Arneth, Joseph II. und Maria Theresia II, 14. Herrmann V, 592.

Siebentes Kapitel.

Streitigkeiten Preußens und Österreichs mit den Polen über die neue Grenze.

Die Verträge, welche Österreich und Preußen mit Polen geschlossen hatten, bestimmten die Grenzen ihrer neuen Erwerbungen nur im allgemeinen, die Abmarkung im einzelnen zu vollziehen war der nächsten Zeit überlassen worden. Aber lange genug ließ die Ausführung auf sich warten, weil sowohl Österreich als Preußen ihren Besitz noch weiter ausdehnen wollten.

Nach dem Petersburger Vertrage sollte ein kleiner Fluß, Namens Podhorce oder Podgorce, der in der Gegend von Sbaraz entspränge und in gerader Linie in den Dniestr mündete, die östliche Grenze von Galizien bilden. Diese Bestimmung war indes nicht ganz richtig. Bei Sbaraz befindet sich allerdings ein Bach, jedoch er ergießt sich nicht unmittelbar in jenen Strom, sondern er vereinigt sich bei Trembowla mit einem Nebenflusse desselben, dem Sereth, der dann bei Grodek sein Wasser dem Dniestr zuführt. Gemeint hatte der Wiener Hof ohne Zweifel jenen Bach, der vielleicht Podhorce hieß [1]), bis zu seiner Vereinigung mit dem Sereth und dann weiter letzteren Fluß bis zu seiner Mündung; beide zusammen bilden von Sbaraz an eine gerade Linie bis zum Dniestr [2]). Als

1) Joseph bei Beer, Dokumente, S. 59: „Aux environs de Sbarras il existe en vérité à ce qu'on dit un petit ruisseau appellé Podorze."

2) Maria Theresia an den Kaiser, 27. Juni 1772, bei Beer II, 345: „Von Zbaraz mit Einbegrif des kleinen Stucks von Podolien, so durch das kleine Flüssel Podorze (so bei Grubeko in den Dniestr fließet) abgeschnitten wird, gegen Trembowla herunter und von da in einer graden Linie an den Dniestr." Ebenso heißt es in den am 3. Juli 1772 an Lobkowitz gesendeten Gradationsvorschlägen bei Beer, Dokumente, S. 50, Nr. 1.

aber Österreich von seiner neuen Erwerbung Besitz nahm, da fand es für gut, die Abmarkung weiter östlich auszuführen und den Sbrutz als Grenzfluß anzusehen, wodurch es ungefähr 100 Quadratmeilen gewann [1]). Dort wurden also die Pfähle mit den kaiserlichen Adlern ausgesteckt. Auch im Norden rückte der Wiener Hof die Linie zwischen Weichsel und Bug um 1 bis 2 Meilen weiter [2]).

Während sich Österreich so unmäßig zeigte, fand auch vonseiten Preußens eine kleine Überschreitung statt. Hier bildete größtenteils die Netze die Grenze. Von welchem Punkte dieses Flusses an die Linie dann weiter bis zur Weichsel bei Schulitz gezogen werden sollte, das war in dem Vertrage seltsamerweise nicht angegeben. Am besten würde Rynarzewo dem Wortlaut des Vertrages entsprochen haben; aber man schritt bis nach Barzin vor, wodurch man eine kleine in die Republik hineinragende Landzunge gewann. Der Geheime Rat v. Brenkenhof, welcher die Besitznahme leitete, nahm sogar noch einige Ortschaften auf dem linken Ufer der Netze dazu [3]).

Österreich hatte, nachdem es einmal auf die Teilung eingegangen war, strenge Gleichheit der Erwerbungen verlangt und dann doch ein Gebiet an sich gerissen, welches nach Umfang und Einwohnerzahl den preußischen Anteil bei weitem

1) Bei Beer, Dokumente, S. 69 sagt Joseph, daß diese Strecke gegen 100 Meilen in der Oberfläche beträgt. Benoit, 6. Januar 1776: das Land zwischen Sereth und Sbrutz schätze man auf 100 □Meilen.

2) Arneth VIII, 408 nach Kaunitz; es ist schade, daß dieses Schriftstück nicht abgedruckt worden ist. Hierauf bezieht sich, was Kaunitz am 9. August 1773 schreibt, bei Beer, Dokumente, S. 253: dadurch wurde der Weg geebnet, „unsere bereits ausgesteckte Grenzen sowohl von der Weichsel bis an den Bug als in Podolien bis an den Fluß Sbrutze zu behaupten“.

3) In dem Leben v. Brenkenhofs wird (S. 110) erzählt, daß dieser von Rynarzewo bis Schulitz die Grenze ziehen sollte, aber auf Bitten der Generalin Skorzewska weiter ging, damit auch die Hauptgüter derselben nach ihrem Wunsche zu Preußen kämen. Die Polen wollten die Grenzlinie sogar von Nakel (Naclo, nicht Notto, wie es bei Theiner IV, 2. p. 577 fälschlich heißt) an bis nach Schulitz gezogen haben

übertraf und an Güte des Bodens nicht schlechter war. Wenn es dann bei der Besitznahme noch beträchtlich mehr den Polen wegnahm, so mußte sich Preußen veranlaßt fühlen, dem entweder entgegenzutreten oder auch zuzugreifen. Es that letzteres, und indem es die Worte des Vertrages: „die Netze soll die Grenze bilden und ganz dem Könige gehören", jetzt nicht allein vom Bette, wie es ursprünglich gemeint war, sondern auch vom Laufe des Flusses verstand, rückte es, wenn auch nicht bis zur Quelle, so doch bis an das südliche Ende des Goplosees vor bis zu einem Orte, welchen Finckenstein und Hertzberg Notek nennen. Dem Rate der letzteren folgend, wies Friedrich seinen Gesandten in Warschau an, zu verlangen, daß die Netze bis zu diesem Orte die Grenze bilden und von hier bis an die Weichsel bei Schulitz eine Linie gezogen werden sollte, letztere womöglich in Krümmungen und gerade nur in dem Falle, daß die Polen durchaus nicht nachgeben wollten. Wenn Benoit durchsetzte, was Friedrich verlangte, so gewann Preußen Stücke der Woiwodschaften Brescz und Inowraclaw mit der Stadt gleichen Namens. Finckenstein und Hertzberg glaubten freilich, daß die Polen den ganzen Lauf der Netze nicht würden abtreten wollen. Für diesen Fall rieten sie, denselben einen Tausch anzubieten und Land längs der Provinzen Brandenburg und Schlesien dafür zu nehmen, indem die Obra von der Neumark an bis nach Wollstein die Grenze zu bilden hätte. Friedrich billigte den Vorschlag sehr; er fürchtete zwar, daß die Polen ihn verwerfen würden; aber er ließ ihn doch in den Vertragsentwurf aufnehmen, den er am 23. April nach Warschau sendete [1]). Er unterrichtete den Wiener und den Petersburger Hof von seinen Absichten.

Joseph II. befand sich damals auf einer Reise. Als ihm nun Kaunitz mitteilte, was Friedrich noch erwerben wollte, da war er keineswegs ungehalten. Er gedachte sich in diesem Falle nicht mit der angegebenen Erweiterung zu begnügen,

1) Finckenstein und Hertzberg an den König, 19. u. 23. April, der König an sie am 21sten (in der Korrespondenz Benoits).

sondern noch ein neues sehr beträchtliches Gebiet in Anspruch zu nehmen [1]). Doch riet Kaunitz hiervon ab, und die Kaiserin Katharina stellte sich solchen Plänen geradezu entgegen und drang, wie erzählt worden ist, darauf, daß die Grenzen genau so bezeichnet würden, wie in dem dreifachen Vertrage vom 5. August 1772.

Inzwischen hatte Joseph das Land zwischen Sereth und Sbrutz selber in Augenschein genommen und war so entzückt über die Schönheit und Fruchtbarkeit desselben, daß er meinte, man müßte alles thun, um es zu behalten [2]). Auch durch Rußlands erneuten Widerspruch ließ er sich von seinem Vorhaben nicht abbringen. Aber der Petersburger Hof beharrte gleichfalls auf seiner Meinung, und wenn Lobkowitz gar einen Unterschied zwischen den österreichischen und preußischen Erweiterungen machen und jene als die besser begründeten hinstellen wollte, so entgegnete Panin mit gutem Grunde: die Forderung des Berliner Hofes lasse sich wenigstens einigermaßen aus dem Vertrage vom 5. August 1772 herleiten, dagegen die Unkenntnis, welche von Österreich vorgeschützt werde, gebe noch kein Recht, die Grenze so sehr zu erweitern und Gebiete in Anspruch zu nehmen, an die man bei Schließung des Vertrages keineswegs gedacht habe [3]).

Aus Gefälligkeit gegen Rußland hatte Preußen seine Grenzadler zurückgesteckt; aber man mußte sich darauf gefaßt machen, daß es wieder vorrücken würde, wenn Österreich auf seinem Anspruch beharrte. Ja, Friedrich wünschte von Herzen, daß der Wiener Hof fest bleiben möchte. Gegen den Freiherrn van Swieten sprach er sich dahin aus, daß beide Teile behalten sollten, was sie besäßen; denn er hatte seine Grenzpfähle von neuem vorgeschoben und zwar noch weiter als vorher, indem ein zweiter Arm der Netze, die sogenannte alte Netze, gefunden worden war. Eben das aber fachte den ganzen Zorn der

1) Beer, Dokumente, S. 55, Nr. 12.
2) Ebd., S. 58. 60.
3) Beer II, 278 nach Lobkowitz, 29. Januar 1774.

Polen an. Sie beschlossen, ihre Gesandten wieder nach Berlin und Wien zu senden und den Krongroßfeldherrn Branicki nach Petersburg gehen zu lassen. Jene beiden, die Grafen Kwilecki und Oginski, sollten gegen die Ausdehnung der Grenzen von seiten Preußens und Österreichs Vorstellungen machen, und Branicki, der ein Schreiben des Königs von Polen an Katharina mitnahm, den Beistand des Petersburger Hofes anrufen [1]).

Die Kaiserin von Rußland bedauerte sehr, daß die beiden verbündeten Mächte sich gleich begierig zeigten, das, was sie über den Vertrag hinaus in Besitz genommen hatten, zu behalten. Sie richtete nun sowohl an Friedrich II. als an Maria Theresia und Joseph Schreiben und bat ernstlich alle drei, von der Vergrößerung ihrer Anteile doch abzustehen.

Friedrich antwortete wie gewöhnlich sehr rasch, am 27. Juni [2]), und erklärte sich bereit, etwas nachzulassen, wenn Österreich es ebenfalls thäte; sollte sich aber dieses weigern, dann hoffte der König, daß Rußland für ihn eintreten würde. Er zeigte also eine gewisse Nachgiebigkeit, aber freilich nur eine bedingte, da er dieselbe von der gleichen Bereitwilligkeit des Wiener Hofes abhängig machte. Wenn er, wie es Katharina lebhaft wünschte, jede Erweiterung seines Anteils aufgegeben hätte, so würden beide zusammen Österreich zu der nämlichen Beschränkung haben nötigen können. Aber ebenso vermochte freilich Maria Theresia den Polen nützlich zu werden, wenn sie dem Wunsche Katharinas entsprach. Jedoch woran gewöhnen sich die Menschen nicht? Mit dem äußersten Widerstreben war die Kaiserin-Königin auf die Teilung eingegangen; aber die Zeit

1) Oginski und Kwilecki sollten außerdem dahin wirken, daß die Höfe von Wien und Berlin es aufgeben möchten, die Dissidenten als Landboten in den Reichstag zu senden. Und Kwilecki, „qui est fanatique au possible", wollte schon zufrieden sein, wenn er auch nur diesen einen Punkt erreichte. Benoit, 16., 19. u. 26. März. Mediatnote, 29. März 1774.

2) Die Briefe Katharinas und die Antwort des Königs von Preußen stehen bei Goertz, p. 242—261; das an Friedrich gerichtete Schreiben ist datiert vom 26. Mai d. i. 5. Juni 1774, Solms erhält es aber erst am 10. Juni, und es ist also wohl am 25sten in Berlin angekommen.

schwächte die Gewissenspein, und jetzt, wo sich ihr die beste Gelegenheit darbot, ihr Unrecht ein wenig wieder gut zu machen und auf eine leichte Weise den aufrichtigen Dank der Polen zu gewinnen, da beharrte sie fest auf der einmal in Anspruch genommenen Erweiterung; sie sprach die Hoffnung aus, mit den polnischen Grenzkommissarien einig zu werden, und kündigte zugleich an, daß sie, wenn dies nicht gelänge, die Vermittelung des Petersburger Hofes anrufen würde. Maria Theresia handelte so vornehmlich aus Liebe zu ihrem Sohne, der in seiner Antwort nicht einmal die Mutter unterstützte, sondern nur auf ihr Schreiben verwies, außerdem aber der eitlen Kaiserin von Rußland ebenso stark schmeichelte wie Friedrich II. und die Behauptung geschickt einflocht, daß die Gleichheit der Interessen die engste Verbindung zwischen Österreich und Rußland für alle Zeiten verlangte [1]). Wir haben ja schon früher eine Hinneigung zu Petersburg an dem Kaiser wahrgenommen.

So war weder Preußen noch Österreich dem russischen Hofe zuwillen, und dieser mußte jetzt überlegen, ob er nach der Abweisung, die er soeben erfahren, stärker auftreten sollte oder nicht. In einer gewissen Beziehung brauchte Katharina fortan weniger Rücksicht zu nehmen; denn sie hatte den Türkenkrieg ruhmvoll geendigt. Am 21. Januar 1774 war der Sultan, welcher sich sechs Jahre zuvor höchst unbesonnen in den Kampf mit den Russen gestürzt, aus dem Leben geschieden, ohne das Ende des Streites zu sehen oder einen glücklichen Ausgang hoffen zu dürfen. Abdul Hamid, der ihm folgte, versuchte noch einmal stolz das Glück der Waffen; aber sein Großvezier sah sich in kurzer Zeit genötigt, auf die harten Bedingungen des russischen Oberfeldherrn einzugehen und Frieden zu schließen. Die Türkei mußte die Unabhängigkeit der Tataren anerkennen, die beiden Kabardeien, Asoff, Kertsch,

1) Maria Theresias Schreiben steht bei Arneth VIII, 619 Anm. 667 und das des Kaisers bei Arneth, Joseph II. und Katharina, S. 5.

Jenikale und Kinburn abtreten, den russischen Handelsschiffen die Fahrt in ihren Meeren gestatten und 4½ Million Rubel Kriegskosten bezahlen. „Nie hat Rußland einen ruhmvolleren oder vorteilhafteren Frieden geschlossen als diesen", meldete der päpstliche Nuntius keineswegs freudig nach Rom.

Auch die Polen erschraken über die Maßen; denn sie hatten sich noch immer der Hoffnung hingegeben, daß aus dem Türkenkrieg ein allgemeiner Kampf hervorgehen würde, von welchem sie sich dann Gutes versprachen [1]). Eben damals, wo die schlimme Kunde sie erreichte, empfanden sie wieder die ganze Schwere des Druckes, der auf ihnen lastete. Am 1. August waren Stackelberg, Rewitzki und Benoit in der Delegation erschienen und hatten verlangt, daß dieselbe der Einsetzung eines Immerwährenden Rates bis zum 8ten zustimmen müßte, sonst würden die Truppen der drei Mächte zurückkehren und wieder im Lande nach Belieben schalten. Natürlich fügten sich die Polen und nahmen an dem Tage, wo die ihnen gesetzte Frist ablief, den Vorschlag an. Hierauf gab der Marschall Poninski der Delegation einen großen Schmaus, und der Wein tröstete die Herzen und machte sie wieder fröhlich; denn am Schlusse zog ein großer Teil der Eingeladenen mit vielen Fackeln und musikalischen Instrumenten die ganze Nacht hindurch nach Art der Bacchanten lärmend durch die Straßen [2]), gleichsam als ob sie auch noch die letzten Zweifler davon überzeugen wollten, daß die Polen ihr Schicksal verdienten.

Aber wenn die Delegation auch inbezug auf den Immerwährenden Rat nachgab, so war doch noch mehr zu regeln, und dazu bedurfte Rußland weiter der Unterstützung der beiden Höfe. Ferner wütete ein von dem Kosaken Pugatscheff angefachter Aufstand noch immer fort, und man hatte damals die schlimme Nachricht empfangen, daß der Empörer Kasan genommen. Endlich lebte der schwere Krieg, welchen man soeben geendigt, noch zu frisch in der Erinnerung. Und so

1) Benoit, 3. August 1774. Theiner IV, 2. p. 594 (6. August).
2) Theiner IV, 2. p. 595.

faßte denn Katharina den zahmen Entschluß, den Erweiterungsabsichten der beiden Höfe sich nicht zu widersetzen. Solms aber wünschte mehr und bat den Grafen Panin, er möchte den König von Preußen doch durch eine Erklärung in Warschau unterstützen, daß die Polen ihm das überlassen sollten, was er besetzt hielte. Jedoch der russische Minister weigerte sich, öffentlich für die beiden Höfe Partei zu nehmen; er wollte sich nur den österreichischen Ansprüchen nicht widersetzen und darum auch der Antwort der Königin-Kaiserin keine Erwiderung folgen lassen. Er versprach ferner, daß Rußland, weil seine Vorstellungen bei den anderen beiden Höfen nutzlos gewesen wären und es starke Gründe hätte, sich nicht mit ihnen zu entzweien, den Polen raten würde, den Streit gütlich beizulegen. Ja, Panin suchte dem Könige von Preußen noch mehr zu helfen, indem er in dem Schreiben an Branicki bemerkte, daß die drei Höfe zwar ihre alten Ansprüche geltend gemacht hätten, aber nach dem Grundsatze vollkommener Gleichheit der Erwerbungen. Hiermit glaubte Panin dem Könige von Preußen den Weg gebahnt zu haben, die Erweiterung zu rechtfertigen. Er riet ihm ferner, so mit der Delegation verhandeln zu lassen, weil dadurch allein Rußland verpflichtet werden könnte, Preußen öffentlich zu unterstützen, wenn Österreich, nachdem es das Seinige erlangt hätte, nicht für Preußen oder gar geradezu für Polen eintreten sollte. Die Delegation ward in der That durch das Schreiben an Branicki ermahnt, in die Unterhandlungen, welche mit Österreich und Preußen bevorstanden, den Geist der Weisheit und Versöhnlichkeit mitzubringen, damit das innere Werk alsdann auch vollendet werden könnte [1]).

Der Rat, welchen Panin dem Grafen Solms erteilte, war gut gemeint, und es konnte sehr wohl kommen, daß Preußen sich gegen Österreich an Rußland wenden mußte. Friedrich vermochte durchaus nicht, den Wiener Hof dahin zu

1) Solms, 23. u. 26. August und 9. September. Die Antwort an Branicki steht bei Theiner IV, 2. p. 579.

bringen, daß sie sich gegenseitig verständigten und alsdann den Polen fest gegenüberträten. Er empfing immer nur unbestimmte Versprechungen, und außerdem behauptete der Staatskanzler, man müßte diese Angelegenheit mit der Delegation erledigen. Friedrich schöpfte deshalb Verdacht, Kaunitz könnte sich vielleicht mit den Polen dahin einigen, daß diese die österreichischen Ansprüche begünstigen und dafür dem Berliner Hofe Schwierigkeiten bereiten sollten. Benoit wurde wirklich angewiesen, in Warschau fortwährend einzuschärfen, daß der König von Preußen auf dem Grundsatze vollkommener Gleichheit der Erwerbungen unbedingt bestehen müßte [1]).

Der Verdacht Friedrichs war keineswegs grundlos, und daß Österreich das Land zwischen Sereth und Sbrutz nicht aufzugeben gedächte, das ging aus der überraschenden Besitznahme der Bukowina hervor, welche Joseph bereits im Sommer 1773 vorgeschlagen hatte. Ohne den Höfen von Petersburg und Berlin auch nur eine Anzeige vorher zu machen, gewann Österreich den russischen Oberbefehlshaber durch große Versprechungen, die später auch erfüllt wurden, kein Hindernis in den Weg zu legen, und besetzte dann rasch den wertvollen Bezirk, ehe die Türken ihr Eigentum wieder an sich hatten nehmen können. „Die Bukowina", sagte man, „hat einmal zu Pokutien gehört, welches wir jetzt erworben haben, und wir brauchen sie, um diese neue Erwerbung mit Siebenbürgen zu verbinden." Wenn die Idee von Joseph herrührt, so gebührt das Verdienst der geschickten Ausführung dem Fürsten Kaunitz, und Maria Theresia hat es gemacht wie früher. Sie nannte das Verfahren ein ihrer Denkungsart entgegengesetztes und fürchtete, daß der Wiener Hof schwerlich ehrenvoll aus dieser Sache sich ziehen würde, und das schmerzte sie ganz unaussprechlich; jedoch als die Angelegenheit glücklich zu Ende geführt war, da wünschte sie dazu dem Fürsten Kaunitz Glück. „Alles, was Ihr thut, ist gut", schrieb sie weiter, „aber es kostet nicht wenig Sorgen; ich bin recht zufrieden." Und dem

1) Mediat an Benoit, 10. September.

Grafen Mercy meldete sie, daß der Staatskanzler die Befriedigung genieße, die Grenzangelegenheit mit den Türken ruhmvoll zu Ende gebracht zu haben. Sie hätte den Raub durch ihr Machtwort verhindern können, und da sie das nicht gethan, so muß sie die Verantwortlichkeit mittragen [1]).

Rußland und Preußen ärgerten sich sehr über das Vorgehen des Wiener Hofes. Panin nannte Galizien und die Bukowina ein großes Königreich, worin Österreich ein ganzes Heer unterhalten könnte [2]). Jedoch einen Krieg wollten die beiden Mächte deswegen nicht führen, zumal da die polnischen Angelegenheiten noch keineswegs geordnet waren. Die Grenzfrage blieb unerledigt; denn die Kommissarien, welche die Republik ernannt hatte, durften über Rußlands Auffassung der Verträge vom 5. August 1772 nicht hinausgehen. Vergebens bat Friedrich, daß der Petersburger Hof eine kräftigere Sprache gegen Polen annehmen möchte; weder hier noch in der Danziger Angelegenheit war die Kaiserin so weit zu bringen. Allerdings verlangte sie, wie erwähnt, von der Stadt, daß dieselbe Preußens Recht auf den Grund und Boden, wo der Hafen lag, anerkennen sollte, dafür versprach sie dann ihren ganzen Einfluß aufbieten zu wollen, um der Stadt in anderen Punkten Ermäßigung zu verschaffen, besonders inbetreff der Zölle auf die Waren, die aus Danzig kämen oder dorthin gebracht würden, und inbezug auf die Besetzung einiger Vorstädte durch die Preußen [3]). Ob sie aber viele Bereitwilligkeit bei Friedrich II. finden würde, das war doch nach dem, was Solms in wiederholten Gesprächen gegen Panin äußerte, sehr zweifelhaft.

Der russische Minister befand sich in großer Verlegenheit, indem er die Forderungen Katharinas berücksichtigen mußte, und der preußische Gesandte die entgegengesetzten Wünsche laut werden ließ. Endlich um die Mitte des Maimonats ward eine

1) Arneth VIII, 626, Anm. 732. Marie-Antoinette par Arneth et Geffroy II, 464.

2) Solms, 31. Januar 1775.

3) Solms, 1. Februar.

Erklärung abgeschickt, und der Rat noch einmal aufgefordert, einen Vergleich einzugehen. „Wenn die Verblendung der Stadt so groß ist, daß sie dieser Ermahnung keine Rücksicht schenkt“, mußte der Graf Golofkin am Schlusse drohen, „so ist meine Sendung beendet, und die Kaiserin wird Danzig sich selbst überlassen und ihm hinfort weder Vermittelung noch Schutz gewähren.“ Dieser ernsten Aufforderung, mit welcher der König von Preußen sehr zufrieden war, wollte der Rat Folge leisten; aber die Bürgerschaft stellte sich jetzt in den Weg, drohte mit Gewaltthätigkeiten und zwang dadurch die Obrigkeit, weiter jeden Vergleich von sich zu weisen. Friedrich II. betrachtete nun die Unterhandlung als abgebrochen, und sowohl der Geheime Finanzrat Reichardt als der preußische Resident Tietz mußten auf seinen Befehl die Stadt verlassen [1]).

Der Rat wandte sich jetzt an Stanislaus August, und dieser schickte das Schreiben mit einer Empfehlung an Katharina; aber die Kaiserin konnte bei allem Wohlwollen, das sie für Danzig fühlte, doch nicht zurücknehmen, was sie dem Könige von Preußen zugestanden hatte, und so sprach sie denn am Schluß ihrer Antwort den Wunsch aus, daß die Stadt von ihrer Verblendung zurückgebracht und zu einem Vergleiche bewogen werden könnte, weil sie damit eher und besser zum Ziele kommen würde. Katharina ließ ferner zwar gegen Ende des Jahres Golofkin abberufen, aber sie wollte zuerst nicht erklären, daß sie der Stadt inskünftig ihren Schutz entzöge und sie ihrem Schicksal überließe. „Diese Worte“, schrieb sie in russischer Sprache daneben, „sind zu stark, und man muß sie verändern; denn sie würden dem Könige die Mittel geben, sich die Stadt anzueignen.“ Erst als Panin sie versicherte, daß das nicht geschehen würde, willigte sie in jene Worte. Darauf empfing Golofkin den Befehl, abzureisen, nachdem er den Rat mündlich von den Gründen unterrichtet hätte; das Verhalten Danzigs ward ebenso unklug als undankbar gegen die Kaiserin genannt. Stackelberg aber stellte dem Könige von Polen vor, er sollte

1) Solms, 10. u. 14. Mai, 14. Juni. Mediat an Benoit, 11. Juni.

die Stadt lieber auffordern, Vernunft anzunehmen, als sie in ihrer Hartnäckigkeit bestärken, weil er sonst ihr Los nur verschlimmern würde [1]).

Unter diesen Umständen faßte der Petersburger Hof den Entschluß, die übrigen Angelegenheiten zu Ende zu führen, den Reichstag zu schließen und die Grenzangelegenheit dem Immerwährenden Rate zu überlassen. Letztere Einrichtung war, wie bereits erwähnt, schon früher von der Delegation angenommen worden; alle zwei Jahre sollten vom Reichstage 18 Senatoren und 18 aus dem Ritterstande gewählt werden und die vollziehende Gewalt mit dem Könige teilen.

Stackelberg, Rewitzki und Benoit verlangten, daß die polnische Krone nur einem Piasten zufallen dürfte. Diese Beschränkung stieß auf heftigen Widerspruch, der erst aufhörte, nachdem die drei Gesandten erklärt hatten, daß sie von jener durchaus notwendigen Bestimmung auf keinen Fall abgehen würden [2]).

Auch die Angelegenheit der Dissidenten war schwierig zu regeln. Benoit nennt als Hindernisse den natürlichen Fanatismus der Katholiken, die Gegenwirkungen des päpstlichen Nuntius und des Baron Rewitzki. Die Kaiserin von Rußland hatte sich schon vor Jahren erboten, die Dissidenten vom Ministerium und Senat wieder ausschließen zu lassen. Dies wurde jetzt angenommen und außerdem noch festgesetzt, daß dieselben nur drei Landboten in den Reichstag schicken dürften, einen für Groß-, einen für Klein-Polen und einen für Litauen. „Die Dissidenten sind Ew. Majestät", meldete Benoit am 1. März, „für die Unterstützung ihrer Sache die größte Dankbarkeit schuldig, und Stackelberg ist sehr erkenntlich dafür. Wir sind manchmal drei Stunden täglich mit dem österreichischen Gesandten in Konferenz gewesen, um ihn zu bewegen, daß er sich in seinen Forderungen so viel als möglich mäßigen möge; nur um seinetwillen haben wir so weit nachgegeben, wie es geschehen ist."

1) Solms, 8. Juli, 24. Dezember 1774. Benoit, 11. Januar 1775.
2) Benoit, 1. März 1775.

Am wichtigsten war für Preußen der Handelsvertrag. Die Polen wünschten natürlich keine Änderung in den Weichselzöllen; umgekehrt wollte Friedrich dadurch seine Einnahmen vermehren, und Benoit bemühte sich eifrig, dem Könige diesen Weg offen zu halten. Er sagte wohl: die Republik könnte seinen Entwurf annehmen oder auch ablehnen und nichts bestimmen; im letzteren Falle würde sein Herr den Flußzoll auf 50—60 Prozent erhöhen. Vergebens wendeten sich die Gefährdeten an die beiden anderen Gesandten; dieselben weigerten sich, in dieser Angelegenheit mitzusprechen. Da hörte man denn seufzen und klagen, besonders darüber, daß der Durchgangszoll für Danzig nicht erniedrigt werden sollte. Bis tief in die Nacht hinein dauerten die Verhandlungen, eine sogar bis zum anderen Morgen um 8 Uhr, und der herzlose Benoit bedauerte, kein Zeichner zu sein, weil ihm die letzte Sitzung einen sehr guten Nachtrag zu Hogarths Kupferstichen geliefert haben würde. Der Handelsvertrag, den er durchsetzte, war für die Polen recht ungünstig. Man begreift es daher, wenn sie Maria Theresia und die Österreicher nicht so haßten wie die Preußen und ihren König, welcher seinen Vorteil so rücksichtslos verfolgte. Für die Waren, welche von Danzig nach Polen oder umgekehrt gingen, mußte man bei Fordon einen neuen Zoll von 12 Prozent des Wertes zahlen, dagegen nur 4 Prozent, wenn sie nach Elbing gebracht wurden. Für die berühmte Handelsstadt begannen traurige Zeiten; denn der Nachbar, welcher sie zu Lande jetzt überall umschloß, benutzte seine günstige Lage mitleidslos, und es war vorherzusehen, daß sie sich endlich in seine Arme würde retten müssen [1]).

Auch im Reichstage, der, nachdem er wiederholt vertagt worden war, am 27. März 1775 zum letztenmale zusammentrat, erfuhr der preußische Handelsvertrag starke Angriffe. Aber einen Nutzen hatten alle diese Reden nicht; denn die pol-

1) Benoit, 22. März. Theiner IV, 2. p. 623 (17. u. 18. März). Über die weiteren Maßregeln Preußens gegen Danzig s. Löschin, Geschichte Danzigs II, 238 ff. Der Handelsvertrag steht bei Angeberg, S. 181.

nische Nation stand in der Gewalt der drei Nachbarn und mußte sich fügen. Am 11. April wurde die letzte Sitzung gehalten und erst nach Mitternacht zu Ende geführt. Ein Tedeum schloß diesen Reichstag, den längsten und unglücklichsten, welchen die polnische Geschichte kennt.

Die Grenzfrage sollte nun durch den Immerwährenden Rat geordnet werden; aber auch dieser eilte nicht, die Überschreitungen gutzuheißen. Dagegen kam Österreich in der Türkei verhältnismäßig leicht ans Ziel; denn nirgends erhielt die Pforte Beistand. Von Frankreich war sie an Rußland und Preußen gewiesen worden, und der Divan der Moldau hatte sich vergebens an die Kaiserin Katharina gewendet. Unter diesen Umständen gab der Sultan nach und trat am 7. Mai 1775 die Bukowina ab [1]).

In Petersburg war man über das Zugreifen Österreichs ergrimmt. In einer Unterredung mit Solms sprach Panin von neuem sein Bedauern aus, daß der König sich nicht gleich anfangs den Ausschreitungen Österreichs widersetzt hätte; dann schlug er vor, Preußen sollte weiter an dem engen Bündnisse mit Rußland festhalten, zusammen mit diesem die Eifersucht der Pforte gegen den Wiener Hof nähren, die Polen durch eine gute Behandlung an sich ziehen und ihnen die Möglichkeit zeigen, daß sie eines Tages wiedergewinnen könnten, was sie an Österreich verloren hätten. Da Panin weiter annahm, daß sich die Höfe von Wien und Versailles verständigen würden, so hielt er es außerdem für notwendig, der englischen Freundschaft sich zu versichern.

Bei solcher Gesinnung konnte man um so weniger in Petersburg auf einen Vorschlag eingehen, welchen Kaunitz dort machte, wiewohl ihm von Berlin aus abgeraten worden war. Der Staatskanzler wendete sich nämlich sowohl an die Kaiserin Katharina als an Friedrich II. und wünschte deren Vermittelung in dem Grenzstreite. Der König von Preußen wußte, wie seine Verbündete darüber dachte, und hatte das ehrlich

1) Solms, 13. Januar, 18. Mai.

durch den Freiherrn van Swieten und seinen eigenen Gesandten nach Wien gemeldet. Aber Kaunitz glaubte jetzt ebenso fest, wie 1770 in Mährisch-Neustadt, an seine geistige Überlegenheit und holte sich lieber an beiden Orten abschlägliche Antworten. Es würde zum Bruche zwischen Rußland und Preußen gekommen sein, wenn letzteres die Vermittelung hätte übernehmen wollen [1]).

Unter diesen Umständen mußte freilich dem Grafen Panin ein Vorgehen Friedrichs doppelt unangenehm sein. Ohne Verabredung mit Rußland ließ dieser in dem streitigen Gebiete sich huldigen. Am 22. Mai 1775 fand die Feierlichkeit in Inowraclaw statt. Die Polen waren hierüber ungemein erbittert, und der Krongroßfeldherr Branicki reiste noch einmal zur Kaiserin, welche dieses ganze Jahr hindurch in Moskau sich aufhielt, und suchte hier Beistand gegen den verhaßten Preußenkönig zu erlangen. Friedrich befahl dem Grafen Solms, auf den Krongroßfeldherrn genau achtzugeben, der das russisch-preußische Bündnis zu sprengen gedächte und in Warschau vor seiner Abreise gesagt hätte, er werde sicherlich die Lage der Dinge ändern und, wenn es sein müsse, den ganzen polnischen Adel zu Pferde steigen lassen [2]).

Solms erkundigte sich natürlich bei Panin über die Absichten Branickis. Der russische Minister bekannte, daß der Krongroßfeldherr das Bündnis der Höfe von Petersburg und Berlin zu untergraben wünschte; er versicherte zwar zugleich,

1) Solms, 18. Mai. Panin sagte unter anderem: „Ce seroit compromettre l'honneur de l'Impératrice et donner un démenti à ses actions, que de garantir les possessions autrichiennes contestées par la Russie et par la Pologne pour être contraires à la Convention avec la première et au Traîté avec la seconde, et ce seroit se séparer de son Alliée que de vouloir accepter la médiation des deux parties contractantes pour un objet sur lequel le consentement réciproque de toutes les trois fait la baze de leur union, et ce seroit, s'il osoit le dire, vouloir offenser expressément l'Imperatrice que de lui marquer par cette séparation le peu de cas qu'elle (Friedrich) feroit de son approbation pour s'assurer la conservation de ses nouvelles possessions."

2) Mediat an Solms, 20. Juni.

daß der Pole nichts ausrichten würde, auch nicht inbezug auf den Hafen von Danzig; doch gab er zu, daß die Gebietsüberschreitungen noch einmal einen Bruch zwischen den beiden Höfen und seinen eigenen Fall herbeiführen könnten. Solms verteidigte das Verhalten Preußens, indem er sagte, die Grenzerweiterung wäre nur um der Gleichheit der Erwerbungen willen erfolgt. „In diesem Falle kann ja Ihr König", sagte Panin, „feierlich in Warschau solches erklären und seine Bereitwilligkeit anzeigen, das herauszugeben, was er zu viel genommen, wenn Österreich es gleichfalls thun will." Friedrich, den die Mitteilung Panins doch erschreckte, kam dem Wunsche desselben nach und wies Benoit an, sich in Warschau in der verlangten Weise zu äußern [1]). Dieser Befehl des Königs von Preußen wurde der Sprengstoff, welcher das Eis in Bewegung setzte. Zunächst geriet der Wiener Hof in Verlegenheit und erwog jetzt ernsthaft, was er unter den gegebenen Verhältnissen thun sollte.

Noch einmal war Maria Theresia imstande, den Polen einen großen Dienst zu erweisen; denn wenn sie herausgab, was sie zu viel genommen, hätte sie Friedrich II. genötigt, ihrem Beispiele zu folgen [2]). Und ihrer inneren Gesinnung nach würde sie vielleicht so gehandelt haben; aber die Furcht vor ihrem Sohne war stärker als die Liebe zur Gerechtigkeit. Der Wiener Hof hielt an dem Gebiete zwischen dem Sereth und Sbrutz fest und wollte lieber andere Stücke zurückstellen. Joseph bestimmte, in welcher Stufenfolge die österreichischen Anerbietungen geschehen sollten. Die Polen aber machten ganz

1) Solms, 29. Juni. Benoit, 23. August; vier Tage später reiste Branicki ab.

2) Am 10. September 1778 schrieb Friedrich an Finckenstein (Geheime Kabinettsakten): „En faisant les acquisitions en Pologne, cette princesse (Maria Theresia) doit avoir versé des larmes et s'être fait une conscience d'occuper des provinces auxquelles elle n'avoit aucun droit. Cette considération ne l'a cependant aucunement retenue d'étendre ces acquisitions bien au delà des bornes convenues dont elle a ensuite restitué la moindre partie."

andere Forderungen. Sie verlangten zuerst, es sollte der Wiener Hof mit der Herausgabe dessen, was er über den Vertrag hinaus besetzt hatte, den Anfang machen oder wenigstens ebenso, wie der Berliner, sich dazu bereit erklären. Rewitzki weigerte sich aber, das zu thun, indem er entgegnete: man würde dadurch eingestehen, daß man sich zu viel angeeignet hätte, und davon wäre man keineswegs überzeugt. Umgekehrt blieben die Polen fest, auch als die Konferenzen am 19. Dezember auf ihren Wunsch wieder begannen. Drei Tage später teilte Rewitzki mit: die Kaiserin-Königin wolle den Streit freundschaftlich beenden und der Republik gewisse Abtretungen machen, die er auf 60 Quadratmeilen schätzte [1]. Auch hiermit aber waren die Polen noch nicht zufrieden; sie ersuchten vielmehr den russischen Gesandten, dahin zu wirken, daß sie die Krakauer Vorstadt Casimir und das Land zwischen Sereth und Sbrutz zurückerhielten. Während des Dezember blieben sie bei ihrer Meinung stehen.

Unter solchen Umständen schrieb Rewitzki nach Wien und bat um neue Verhaltungsbefehle. Dem Herrn v. Benoit aber warf er vor, ihn in diese Schwierigkeit gebracht zu haben; denn die Polen ließen ihn merken, daß er und sein Hof schuld sein würden, wenn Preußen seine Grenzerweiterungen nicht zurückgäbe. Umgekehrt jammerte der preußische Gesandte darüber, daß der Wiener Hof den Polen Anerbietungen machte, während er doch dem Baron Rewitzki immer gesagt hätte, daß dieselben bei der ersten Gelegenheit würden nachgeben müssen, wenn die beiden Mächte fest blieben. „Es wäre doch betrübend für uns“, schrieb er nach Berlin, „wenn wir uns gezwungen sähen, einem so schlechten Beispiele zu folgen.“ [2]) An eine Ergänzung der Hogarthschen Kupferstiche scheint er diesmal nicht gedacht zu haben.

Die Anfragen Rewitzkis in Wien führten wieder zu recht

1) Es war Nr. 1 u. 2 der Stufenfolgen Josephs bei **Beer**, Dokumente, S. 73.

2) Benoit, 20., 23., 27. u. 30. Dezember 1775.

unliebsamen Auftritten unter den drei Personen, welche dort die auswärtige Politik betrieben; aber ehe die neuen Weisungen nach Warschau kamen, waren die Dinge hier in Fluß gekommen. Nachdem nämlich Rewitzki am 30. Dezember noch etwas mehr angeboten hatte, machten die Mitglieder des Immerwährenden Rates, welche die Unterhandlung führten, zum erstenmal auch ihrerseits Vorschläge mit dem Zusatze: wenn Österreich dieselben annähme, würden sie vielleicht das Land zwischen Sereth und Sbrutz abtreten. Damit war die Möglichkeit eines Vergleiches endlich gegeben. Rewitzki überreichte jetzt, indem er zu seinen früheren Anerbietungen noch etwas hinzufügte, sein Ultimatum; die Polen fanden die Bedingungen annehmbar und versprachen, dem Könige und dem ganzen Rate den nächsten Tag Bericht zu erstatten. In der That einigte man sich nun schnell. Bereits am 10. Januar 1776 konnte Rewitzky die fröhliche Nachricht nach Wien melden, und nachdem er von dort die Zustimmung erhalten, wurde der Vertrag am 9. Februar in Warschau unterzeichnet [1]).

Die Kunde von dieser Unterhandlung erregte in Berlin keine Freude. Zuerst erhielt Benoit die Weisung, daß er alles aufbieten sollte, um einen Vergleich zwischen Polen und Österreich zu hintertreiben, und daß dies nicht gelang, bedauerte Friedrich sehr, weil er gern seine Unterhandlung noch verschoben hätte. Bereits im Sommer 1774 war von einem neuen Besuche des Prinzen Heinrich in Petersburg gesprochen worden, und als im folgenden Jahre wieder davon die Rede war, da hatte Friedrich seinem Bruder bemerkt, er würde sich davon nicht gut losmachen können. „Die Kaiserin behandelt Dich als Freund“, schrieb er, „sie verlangt diese Gefälligkeit von Dir, weil sie das Vergnügen haben will, Dich wieder bei sich zu sehen. Es ihr abschlagen, heißt mit ihr brechen, und Du weißt, daß die Inder sagen: man muß den Teufel anbeten, wenn man ihn hindern will, zu schaden.“ Im Anfange des Oktober 1775 meldete Solms aus Moskau, daß

1) Benoit, 3., 6. u. 10. Januar. Angeberg, S. 192.

die Kaiserin den Prinzen nach Ostern in Petersburg erwartete.

Die Umstände brachten es mit sich, daß die Reise wieder einem besonderen Zwecke diente. Durch seinen Bruder hoffte der König jetzt einen wirksamen Beistand gegen die Hartnäckigkeit der Polen zu gewinnen, er glaubte damals außerdem Grund zu einem besonderen Mißtrauen gegen Österreich zu haben, und so schrieb er denn am 14. April an Heinrich: „Ich betrachte es als einen Hauptzweck für unser Haus, das gute Verhältnis zu Rußland zu erhalten und zu befestigen. Wir bedürfen desselben, und unsere Nachkommen vielleicht noch mehr. Von diesem Grundsatz ausgehend, wird man sich allerdings in alles fügen müssen, was Rußlands Eigensinn durchaus verlangt." Friedrich wollte demgemäß im Notfalle sowohl den Goplosee als auch den Hafen von Danzig fahren lassen, letzteren womöglich nur gegen eine Entschädigung durch das Land zwischen Obra und Schlesien und eine Summe Geldes. Die Hauptsache war ihm, die Verbindung mit Rußland so fest zu knüpfen, daß die Feinde sie nicht auflösen könnten. „Ich überlasse Dir das übrige", schloß er, „da ich überzeugt bin, Du wirst die Interessen des Vaterlandes nicht vergessen und nur so weit nachgeben, als es für unseren Hauptzweck, die enge Verbindung mit Rußland, notwendig ist." [1])

Am 13. April war der Prinz Heinrich in Petersburg angelangt. Er brachte dem Günstlinge Katharinas, Potemkin, welchen Joseph zum Reichsfürsten gemacht hatte, den schwarzen Adlerorden, eine Auszeichnung, die auch Orloff vor Jahren empfangen hatte. Heinrich erhielt sehr bald Gelegenheit, sich in der kaiserlichen Familie nützlich zu machen. Die Gemahlin des Thronfolgers sah ihrer Niederkunft entgegen; aber ihr Körper war so gebaut, daß sie nicht gebären konnte, und sie mußte sterben. In dieser schweren Zeit stand Heinrich dem Großfürsten Paul als treuer, tröstender Freund hilfreich zur Seite und erwies dadurch der Kaiserin ebenfalls einen großen

1) Oeuvres XXVI, 366. 369. 378.

Dienst. Aber auch unter diesen außerordentlichen Verhältnissen besprach sie die polnische Angelegenheit nicht selbst mit dem Prinzen, und die Unterhandlung wurde noch außerdem durch eine ernste Krankheit des Grafen Panin aufgehalten, während doch der Petersburger Hof auch wünschte, daß dieselbe zu Ende kommen möchte, da im August ein neuer Reichstag in Warschau sich versammeln sollte.

Heinrich konnte mit Panin nicht allein reden, und so ließ er ihm denn durch Solms Vorschläge machen [1]). Danach wollte der König einen ziemlich breiten Streifen Landes an dem linken Ufer der Netze behalten, der sich von der Neumark gegen Osten bis Exin und von da nach Süden bis zur Quelle dieses Flusses erstrecken sollte, jedoch so, daß nicht nur der damalige, sondern auch der frühere mehr westlich liegende Lauf, die sogenannte alte Netze, zu Preußen käme. Daß diese Grenzbestimmung nicht genau dem buchstäblichen Sinne des Vertrages entsprach, gab Solms zu; aber da Österreich seinen Anteil um ein so bedeutendes Gebiet vermehrt hatte, wollte der König von Preußen nicht zurückbleiben. Den Vertrag zu seinen Gunsten auslegend, verstand er unter dem linken Ufer das Land, so weit die Netze jährlich austritt, und unter der ganzen Netze den Lauf derselben bis zur Quelle. Diese Deutung nannte Solms viel erträglicher als die, welche die Österreicher ihrem Vertrage gegeben hatten, und er bat Rußland, es möge den Plan des Königs in Warschau dringend unterstützen [2]).

Panins Krankheit verzögerte die Entscheidung der Kaiserin; endlich bat sie der Prinz, sie möchte sich doch die Vorschläge geben lassen, welche Solms ihrem Minister überreicht hätte. Der preußische Gesandte benutzte dann eine schmerzensfreie Stunde des letzteren, um über Polen mit ihm zu reden; aber er mußte von ihm hören, daß die Kaiserin die angestrebte

1) Heinrich an Friedrich, 18. u. 23. April; in einem Hefte des Berl. Archivs, enthaltend Prinz Heinrichs Konzepte aus seinem Nachlaß.

2) „Eclaircissement sur l'arrangement des frontières de S. M. le Roi de Prusse en Pologne."

Vergrößerung zu bedeutend finden würde. Die Weissagung traf auch ein. Nach einer Woche gab Katharina dem Grafen Panin zu erkennen, daß ihr die Ausdehnung zu beiden Seiten des Goplosees zu stark schiene. Trotzdem aber sollte Stackelberg den Herrn v. Benoit unterstützen, damit die Polen den Preußen nicht mehr Schwierigkeiten machten, als die Österreicher gefunden hätten. Diese Willensmeinung betrachtete Solms als das letzte Wort der Kaiserin [1]).

Die schriftliche Antwort, welche der preußische Gesandte dann empfing, entsprach der Mitteilung Panins. Stackelberg erhielt außerdem noch den Auftrag, denjenigen, welche mit der Angelegenheit etwas zu thun hätten, die stärksten Vorstellungen zu machen. Das Schriftstück schließt mit dem außerordentlich lebhaft ausgedrückten Wunsche, daß das Werk vor dem nächsten Reichstage beendigt sein möchte [2]).

Panin hatte ferner als seine besonderen Ideen, die nicht im Namen des Petersburger Hofes vorgebracht werden dürften, zwei Arten der Grenzerweiterung dem Grafen Solms mitgeteilt, entweder sollte der König den Saum am südlichen Ufer bis Exin behalten und von da bis nach Schulitz eine gerade Linie ziehen, oder er sollte den ganzen Lauf der Netze verlangen, jedoch ohne Saum. Der Prinz Heinrich sowohl als der Graf Solms erkannten, daß dem Könige von Preußen mit diesen Vorschlägen nicht sehr gedient sein würde; sie baten daher den Minister, daß er doch in dem zweiten Falle noch einen Streifen Landes an dem linken Ufer hinzufügen möchte. Panin ließ sich bestimmen und ermächtigte den russischen Gesandten in

1) Heinrich an Friedrich, 30. April. Solms, 10. Mai.

2) Solms schickte zwei Antworten: „Réponse de S. M. Imp. au papier remis à Son Ministère par le Cte de Solms au nom de S. A. R. Monseigneur le Prince Henri“ und „Réponse à la Note présentée par M. le C. de Solms“. Jene fehlt sowohl in den Depeschen für Berlin als in denen für Potsdam. Dieser entspricht die russische Note bei Smitt II, 218 mit dem Datum 30. April, d. h. 11. Mai, nur ist der Wortlaut etwas verschieden, und außerdem bemerkt Solms, 10. Mai, ausdrücklich, daß die Aktenstücke kein Datum und keine Unterschrift haben würden, um nicht als förmliche Dokumente benutzt werden zu können.

Warschau durch ein vertrauliches Schreiben, weiter zu gehen, als die allgemeinen Verhaltungsbefehle lauteten. Am 20. Mai reiste der Eilbote von Petersburg ab, um die wichtigen Papiere dem Baron Stackelberg zu überbringen. Panin ließ dann durch den Fürsten Lobkowitz den Staatskanzler bitten, der Unterhandlung gleichfalls nicht entgegenzuwirken [1])

Der Prinz Heinrich hatte weiter den Auftrag, auch über die Danziger Angelegenheit zu sprechen und zu erklären, daß sein Bruder sich mit einem Grundzins von 250,000 Thalern begnügen und sowohl die von ihm besetzten Vorstädte als den Hafen räumen werde, wenn die Stadt sein Territorialrecht anerkenne. Heinrich ließ dies dem Grafen Panin durch Solms anzeigen; denn hierüber beobachtete die Kaiserin ebenfalls ein hartnäckiges Schweigen[2]).

Katharina beschäftigte sich damals viel mit der neuen Verheiratung des Großfürsten Paul; derselbe sollte nach Berlin gehen und über eine württembergische Prinzessin, die mit dem Könige von Preußen nahe verwandt war, sich entscheiden. Als Katharina mit Heinrich einmal recht freundschaftlich über ihr Bündnis mit Friedrich II. sprach, benutzte der Prinz die Gelegenheit, ihr zu sagen, wie sehr ihn die von ihr geäußerten Gesinnungen entzückten, da er bei seiner Ankunft in Petersburg gefürchtet hätte, daß ihre Denkungsart jetzt eine andere wäre. Als auf ihre Frage der Prinz eingestand, daß ihm die polnischen Angelegenheiten diese Besorgnis eingeflößt hätten, da sagte sie: „Man kann ja verschiedener Meinung sein, ohne sich im Grunde verändert zu haben. Ich bin unerschütterlich in der Absicht, immer die Verbündete des Königs von Preußen zu bleiben. Ich gestehe jedoch, daß ich es gern gesehen hätte und noch sehen würde, wenn man sich an den Teilungsvertrag gehalten; das sind meine Verpflichtungen, die ich auch erfüllen werde.“ Der Prinz wollte nun die Lage seines Bruders den Österreichern gegenüber auseinandersetzen; aber Katharina wich

1) Solms, 17. u. 21. Mai.
2) Solms, 7. Mai.

aus und kam wieder auf die Heirat ihres Sohnes zu sprechen, von welcher sie sagte, daß dieselbe die gemeinschaftlichen Feinde Rußlands und Preußens in Bestürzung setzen würde [1]).

Inzwischen hatte Benoit die Unterhandlung, die er zuerst hinausgeschoben, endlich doch beginnen müssen; aber die wenigen Konferenzen, die gehalten worden, waren erfolglos geblieben. Ende des Monats Mai erfuhr er zu seinem Leidwesen, daß Stackelberg suchen sollte, die Polen ohne Zwang und ohne daß sie zu viel verlören, mit Preußen zu vergleichen. Auch Friedrich II. war unzufrieden; denn er hatte von Petersburg mehr gehofft; aber er wollte sich den Umständen fügen und, wenn es nicht anders ginge, mehr anbieten. Er schickte dann am 9. Juni drei Karten und versprach, wenn Benoit die zweite durchsetzte, demselben seine Dankbarkeit durch ein Geschenk zu bezeigen. Er stellte ferner 60,000 Thaler ihm zur Verfügung für Stackelberg oder die polnischen Kommissarien, obgleich er denjenigen von seinen Dienern, welcher sich hätte bestechen lassen, auf das allerhärteste bestraft haben würde. Benoit sollte weiter mit bedeutsamer Miene von der bevorstehenden Reise des Großfürsten nach Berlin reden und dadurch einen Eindruck hervorzubringen suchen [2]).

Im Jahre 1773 hatte der preußische Resident den Polen nachgesagt, daß sie wie ein Haufe Juden feilschten. Jetzt mag ihm dieser Vergleich nicht mehr erinnerlich gewesen sein; aber er strebte mit gleicher Zähigkeit, von dem, was der König über den Vertrag hinaus besetzt hatte, so viel als möglich zu retten. Jedoch alle seine Bemühungen blieben vergeblich. Stackelberg nahm kein Geld, und als ihn Benoit fragte, ob man damit etwas bei den Delegierten ausrichten würde, da

1) Heinrich an Friedrich, 31. Mai; am 17ten hatte er noch gemeldet, Katharina hasse die Österreicher und Franzosen, und am 21sten, sie sei überzeugt, daß Frankreich, Österreich und Schweden bei der ersten Gelegenheit sich gegen sie vereinigen werden. Heinrich reiste von Petersburg am 25. Juni fort.

2) Benoit, 29. Mai. Immediat, 29. Mai, 8., 9., 13., 16. u. 23. Juni.

verneinte er das. Friedrich war darüber sehr verwundert und wollte wissen, ob sich nicht der Marschall Rzewuski, der am meisten Widerstand leistete, dadurch würde gewinnen lassen. „Dieses Metall", schrieb er am 10. Juli, „hat einen unendlichen Reiz in den Augen der Polen; sollte er der einzige sein, der sich dadurch nicht fangen läßt?" So ging der Juni und der halbe Juli vorüber; der 26. August, auf welchen Tag die Reichsversammlung einberufen war, rückte näher. Der König ward unruhiger; er wünschte wenigstens, Inowraclaw zu behalten und wollte lieber den Goplosee opfern [1]).

Als die Polen auch Friedrichs dritte Karte verworfen hatten, da nahmen Stackelberg und Benoit den Fürsten August Sulkowski beiseite und besprachen mit ihm die Angelegenheit. Er entschuldigte den Immerwährenden Rat, welcher bei der Menge seiner Feinde sich in einer kritischen Lage befände. Nun gebrauchte Stackelberg endlich die Vollmacht, die ihm Panin noch nachträglich erteilt hatte, und schlug den Polen die Abtretung eines Saumes an dem linken Ufer der Netze vor, dann sollte die Grenze durch den Goplosee nach Piotrkowo und von hier nach Norden über Skotniki in einer mehr geraden Linie gehen und außerdem das linke Ufer der Drewenz den Polen zurückgegeben werden [2]).

1) Immediat an Benoit, 10., 12. u. 17. Juli.

2) Benoit, 31. Juli. Die Vorschläge lauten: 1. „Les endroits situés sur la rive gauche de la Netze qui font actuellement partie des Villes, Seigneuries et Terres situées sur la rive droite de ce fleuve appartiendroient à S. M. Prussienne, et là où il ne se trouveroit pas de pareils endroits, la lisière du pays qui doit appartenir à Sadite Majesté sur la rive gauche de la Netze devroit être déterminée par des Villes, Seigneuries et Terres contiguës à cette rivière, comme elles se suivront." [Am Rande steht p. e. (pour exemple) Filehn, Czarnkow, Uscz, Chodesz, Margonin, Gollancz, Exin et Szubin avec toutes leurs appartenances actuelles."] 2. „En suivant ensuite la frontière marquée sur la Carte No. 3 depuis Szubin jusques par le Goplo à Piotrkowo, la ligne tirée depuis ce dernier endroit par Skotniki devroit se continuer en ligne plus droite vers Sulec avec ses appartenances, en désignant exactement tous les lieux par lesquels

Diese Vorschläge fand Sulkowski annehmbar, wenn Friedrich noch versprechen wollte, wie Österreich die Einkünfte zurückzuerstatten, die er in den ihm nicht gehörigen Teilen seit 1772 erhoben hatte. Benoit machte zwar die dringendsten Vorstellungen gegen die Vorschläge; Stackelberg blieb aber unerschütterlich, und so mußte jener anfragen, ob er darauf eingehen sollte. Friedrich fand sich in die bittere Notwendigkeit; doch erbot er sich zugleich, weil er wußte, daß der Warschauer Hof in großer Geldnot sich befand und anderthalb Millionen von der Berliner Bank geliehen haben wollte, der Republik eine Million Thaler zu geben, wenn sie ihm ließen, was er in Besitz genommen [1].

Benoit trat nun dem Vorschlage Stackelbergs bei, nur inbezug auf die verlangte gerade Linie von Skotniki bis Schulitz behauptete er, nicht nachgeben zu können, weil der König darüber nichts gesagt hätte. Jetzt wurde das preußische Ultimatum vor den Immerwährenden Rat gebracht, und Stackelberg forderte Stanislaus August auf, alles zu thun, daß dasselbe angenommen würde, weil die Polen sonst Gefahr liefen, nichts zurückzuerhalten.

Das Schreiben ward in dem Immerwährenden Rate vorgelesen, und man stritt nun sehr lebhaft unter einander. Fast alle waren der Meinung, es wäre besser, die Erledigung dieser Angelegenheit auf günstigere Zeiten zu verschieben, wenn Friedrich nicht die hohen Durchgangszölle auf der Weichsel ermäßigte. Außerdem steifte man sich auf die gerade Linie von Piotrkowo nach Schulitz und wollte nur abschließen, wenn das zugestanden würde. Der Vorschlag von der Million Thaler, welche Friedrich der Republik bezahlen wollte, schien einigen annehmbar, aber außerhalb der Kompetenz des Immerwährenden Rates liegend, so daß nur der Reichstag darüber entscheiden könnte; auch müßten sich die beiden anderen Höfe damit einverstanden

cette ligne passeroit.“ 3. „Restituer la rive gauche de la Drwentza à la Pologne.“

1) Immediat an Benoit, 6. August.

erklären. Die Sache stand also schlimm, und nur so viel setzte Sulkowski noch durch, daß eine Deputation an Rewitzki geschickt und dieser um seine Vermittelung angegangen werden sollte.

Stackelberg ersuchte sogleich den österreichischen Gesandten, in einem für Preußen günstigen Sinne zu antworten; er benachrichtigte ferner Benoit von allem. „Ich prophezeie von meiner Mühe Gutes", schrieb er; „aber ich mache Sie darauf aufmerksam, daß jene nicht ohne die gerade Linie von Piotrkowo nach Schulitz werden abschließen können." Ohne polnischen Beistand würde Stackelberg nichts ausgerichtet haben. Er empfahl deshalb den Bischof von Cujavien, den Woiwoden von Posen, den Fürsten Sulkowski und den Grafen Rzewuski, wie er es ihnen versprochen hatte, dem Könige von Preußen auf das wärmste. Wie mag dieser gelächelt haben, als er den Namen des letzteren las; aber die Sache stand hier nicht so schlimm, wie es aussah. Rzewuski wollte nur die 10,000 Dukaten, die ihm der Bischof von Ermeland schuldig war, bezahlt haben, und da der König von Preußen das Bistum hatte, so hoffte Stackelberg, daß Friedrich sich willig finden würde.

Die Deputation bestand aus dem Krongroßkanzler und dem Fürsten August Sulkowski. Rewitzki antwortete sehr klug. Es sei zu spät, sprach er, von seinem Hofe darüber einen Beschluß zu verlangen, und er habe nicht die geringste Anweisung, sich irgendwie einzumischen; aber er dürfe mit Grund annehmen, daß die drei Höfe sich darüber bereits verständigt hätten, zumal da er von dem russischen Gesandten erfahren, daß der König von Preußen nur auf Bitten der Kaiserin Katharina so weit in seiner Forderung heruntergegangen sei, wie das Ultimatum laute. Rewitzki gab ihnen daher zu bedenken, ob es nicht besser wäre, das Gebotene zu nehmen, als daß sie Gefahr liefen, nichts zu erhalten.

Der Krongroßkanzler und der Fürst Sulkowski teilten nun die wenig tröstliche Antwort, welche sie eben empfangen hatten, dem russischen Gesandten mit, aber sie erklärten zugleich, daß

der Immerwährende Rat niemals mit Benoit abschließen würde, wenn derselbe nicht die gerade Linie von Piotrkowo nach Schulitz bewilligte; sonst müßte die Angelegenheit, wie die Gegner gerade wünschten, an den Reichstag gehen. Stackelberg warnte sie noch einmal, dann aber begab er sich zu Benoit und nötigte diesen, einen Eilboten an den König von Preußen zu schicken mit der dringenden Bitte, daß er doch in dem einen Punkte noch nachgeben möchte [1]).

Am 17. August antwortete Friedrich aus Schweidnitz. Ohne sich über diese letzte Forderung der Polen zu äußern, gab er dem Gesandten nur die Ermächtigung, im äußersten Notfalle noch ein kleines Stück von dem Gebiete von Thorn anzubieten. Dem Baron Stackelberg ließ er sagen: die Polen beraubten ihn mitten im Frieden so leicht und bequem, als ob sie ihm eine vollständige Niederlage mitten im Kriege beigebracht hätten. Daß die Republik ein Besitzrecht hat, übersieht er gänzlich und denkt nur an das von den drei Höfen angenommene Prinzip der Gleichheit der Erwerbungen und an die Größe des österreichischen Anteiles, und er hatte ja in dieser Beziehung allen Grund, sich zu beklagen. Er meinte: wenn er den Polen nachgeben müßte, würde er einem Wanderer gleichen, den die Vorübergehenden beraubt und dem sie nur gelassen, was sie nicht hätten nehmen wollen. Noch einmal bot er die Million Thaler an.

Seit drei Jahren unterhandelte man und hatte nicht einig werden können. Jetzt endlich war eine Aussicht vorhanden; denn nur noch ein kleiner Streifen Landes trennte die hadernden Parteien. Aber Friedrichs Antwort schlug alle Hoffnung nieder. Stackelberg war über die Maßen betrübt. „Auf diese Weise", sprach er, „ist die Unterhandlung abgebrochen"; denn er durfte den Polen keinen Zwang anthun. Auch Benoit wußte nicht, was er machen sollte. Am 26sten trat der Reichstag zusammen, und es fehlte daher an Zeit. „Spätestens morgen", schrieb er am 21sten an den König, „muß die Sache

1) Benoit, 14. August.

entschieden werden; denn übermorgen hört die Regierung des Immerwährenden Rates auf." Er bedauerte, daß Stackelberg, welcher ihm so treulich beistand, nicht weiter gehen konnte, er ärgerte sich über die polnischen Bevollmächtigten, die zu furchtsam wären und die Entscheidung nicht auf sich nehmen wollten [1]). Und es ist wahr, dieselben hatten den Österreichern weit mehr bewilligt; aber die letzteren wurden von den Polen nicht so gehaßt. Hatte doch Benoit selbst einmal früher bemerkt: die Religion käme hierbei nicht in Betracht, aber die Herrschaft, welche der König über die Weichsel gewonnen, würde die Preußen den Polen für immer zu unversöhnlichen Feinden machen [2]).

Benoit versuchte noch ein Mittel. Er schrieb an den Immerwährenden Rat: er sei außerstande, von dem Ultimatum sich zu entfernen, aber wenn die Unterhandlung vor dem Reichstage nicht endete, würde der König davon ganz absehen und jede weitere Weigerung, auf einen Vergleich einzugehen, als ein stillschweigendes Zugeständnis vonseiten der Republik betrachten, daß ihm dieselbe alles, was er gegenwärtig besitze, als vollständiges Eigentum überlasse.

Diese Note wirkte. Man beschloß einstimmig, noch an demselben Tage, dem 22. August, den Vertrag zu unterzeichnen, nur mit der Änderung, daß Klein-Rusz und Piotrkowo bei Polen blieben. Auch wurden einige Dörfer, wie sich Friedrich ja erboten, der Stadt Thorn zurückgegeben. Dagegen sollte die Grenze von Skotniki bis an die Weichsel so gehen, wie der König von Preußen sie auf der dritten Karte gezogen hatte. Der Vertrag setzte noch fest, daß die in dem zurückzugebenden Gebiet erhobenen Einkünfte den Polen wiedererstattet werden müßten [3]).

Friedrich freute sich zwar sehr, als er erfuhr, daß die Unterzeichnung stattgefunden hatte; doch nahm er den Glück-

1) Benoit, 21. August.

2) 13. Mai. Am 17. Juli sagten die Delegierten dem Herrn v. Benoit: dieser Verlust könnte durch nichts aufgewogen werden.

3) Benoit, 24. August. Oeuvres VI, 121.

wunsch Finckensteins nicht an, weil er zu viele Opfer hätte bringen müssen [1]). Übrigens war die Angelegenheit hiermit noch nicht ganz erledigt. Als die Grenzen abgesteckt wurden, erhob sich neuer Streit. Es handelte sich um zwei Flüsse, die beide den Namen Pissa trugen; der eine von ihnen hieß freilich auch anders. Stanislaus August wendete sich vertragsmäßig an Maria Theresia und Katharina. Letztere wünschte nicht, daß Rußland und Österreich entscheiden sollten; sie war über den neuen Streitfall ungemein verstimmt. Friedrich antwortete dem Grafen Solms mit folgender Erzählung: „Ein katholischer Schweizer aß in der Fastenzeit einen Eierkuchen, der mit Speck gemacht war. Es donnerte, und man sagte zu ihm: ‚Gott schickt sich an, dich zu bestrafen, weil du das Gebot der Kirche nicht befolgt hast.‘ Der Schweizer warf den Teller zum Fenster hinaus mit den Worten: ‚Mein Gott, so viel Lärm um einen Speck-Eierkuchen!‘“ „Das ist gerade mein Fall“, fuhr der König fort; „die Kleinigkeit von einigen Dörfern wird Europa nicht in Feuer setzen und weder mich reich noch die Polen arm machen.“ [2])

Bei Gelegenheit dieses Streites erläuterte Panin dem Grafen Solms, woher das Interesse Rußlands an Polen käme. „Wenn der Petersburger Hof“, sprach er, „an den europäischen, an den deutschen Fragen teilnehmen soll, so hat er keine andere Thür für seine Truppen, keinen anderen Weg für seine Vorräte und Rekruten, als Polen, wo er seine Magazine anzulegen genötigt ist. Ebenso muß er sich dort einen vorwaltenden Einfluß mit Bezug auf die Pforte sichern; denn er kann nur durch Polen an diesen Feind kommen und sich die Mittel verschaffen, den Krieg mit Leichtigkeit und Sicherheit auszuhalten. Man muß also die Nation schonen, um sie nicht in die Arme der Gegner zu treiben.“ [3])

Die Entscheidung des Streitfalles überließ Friedrich zur

1) Immediat an Benoit, 29. August. An Finckenstein, 4. Septbr.

2) Beer, Friedrich II. und van Swieten I, 47. Ich benutze sonst hier die Korrespondenz des Grafen Solms.

3) Solms, 2. Mai 1777.

Freude des Petersburger Hofes dem Baron Stackelberg, welcher die Angelegenheit zur Zufriedenheit des Königs erledigte. Am 17. Juli 1777 wurde noch ein Vertrag zwischen Preußen und Polen abgeschlossen und dann von Friedrich II. ratifiziert; doch mußte Solms dem Grafen Ostermann sagen, daß der König nur aus Rücksicht gegen Rußland dieses neue Opfer gebracht hätte. Damit schloß die erste Teilung Polens.

Achtes Kapitel.

Neue Organisation Westpreußens.

Friedrich der Große hat in der ersten Hälfte seiner Regierung Schlesien erobert und behauptet. Er ließ die verloren gegangenen Ansprüche wieder aufleben, weil so zu sagen der Geschäftsgang es erforderte; jedoch in Wahrheit ging sein vom höchsten Ehrgeiz beseeltes Streben [1]) dahin, seine Macht erheblich zu stärken und Österreich dafür büßen zu lassen, daß Kaiser Karl VI. mit allen Mitteln bemüht gewesen war, Preußen niederzuhalten. Aber vielleicht würde Friedrich bei allen Vorzügen seines Geistes und Charakters doch außerstande gewesen sein, das Gewonnene festzuhalten, wenn nicht die Habsburger selbst ihm Anhänger zugeführt hätten. Als er am 27. Dezember 1740 seinem Freunde Jordan meldet, Schlesien würde bald den preußischen Provinzen eingereiht sein, und als er dann die Kürze seines Briefes mit der Menge von Geschäften entschuldigt, fügt er noch hinzu: „Die Religion und

1) Vgl. die Briefe Friedrichs an Jordan in den Oeuvres XVII, 76. 89. 91. 96.

unsere tapferen Soldaten werden das übrige thun." Mit dem Worte Religion meint der junge König das Augsburger Bekenntnis, welches man in der Wiener Hofburg verabscheute. Indem Ferdinand II. und seine gleich unduldsamen Nachfolger die evangelische Kirche Schlesiens grausam behandelten, mußten die Herzen der Protestanten dem Hause Habsburg sich entfremden. Daß Maria Theresia in diesem Punkte gerade so beschränkt wie ihre Vorfahren war, zeigen die grausamen Befehle, die im September 1777 aus der Hofkanzlei nach Mähren abgegangen sind und den herbsten Tadel und Widerspruch ihres Sohnes gefunden haben. So war es eine gerechte Strafe für die Habsburger, daß sie Schlesien verloren, und ein Glück für die Protestanten dieser Provinz, daß sie zu Preußen kamen. Seitdem ist die evangelische Kirche daselbst herrlich aufgeblüht, ohne daß die katholische dabei gelitten.

Der ungläubige König ward auch bei der zweiten großen Erwerbung, die er machte, für den Protestantismus ein Retter. Als der Kammerpräsident Domhardt im März 1771 auf Friedrichs Erkundigung nach dem Ertrage Pomerellens antwortet, drückt er nicht allein seine Freude darüber aus, daß alles, was der deutsche Orden vormals in Preußen besessen hat, wieder zusammengebracht werden solle, sondern er bemerkt noch weiter: „Ja die unter so manchen Drangsalen in diesen Distrikten seufzenden Protestanten, die den größten Teil der dortigen Einwohner ausmachen, werden Ew. Königliche Majestät als ihren Erretter und den Wiederhersteller ihrer Freiheit anzusehen Ursach haben, auch den Unterthaneneid mit erfreutestem Herzen leisten, mithin sich Höchstdero huldreichster mit Sanftmut und Gerechtigkeit verknüpfter Regierung willig unterwerfen, anstatt der Härte und Gewalt, die bisher fast ein jeder polnische Edelmann und katholische Geistliche ausübt, ohne daß man Aussicht hat auf einige Hilfe." [1])

Lange vor der Besitznahme dachte Friedrich daran, was er

1) Ernst Graf Lippe-Weißenfeld, Westpreußen unter Friedrich dem Großen (Thorn 1866), S. 23.

für Einrichtungen in dem neuen Lande treffen sollte; denn er meinte: „Wenn das alles im voraus gearbeitet wird, so gut wie man kann, so wird es nachher die Ausführung in vielen Stücken erleichtern, weil man schon ein Schema hat, wonach man sich richtet." Bereits am 6. Oktober 1771 schrieb er „Grundsätze, wonach die neue Einrichtung im Königreich Preußen soll gemacht werden", eigenhändig auf viertehalb Quartseiten für Domhardt nieder, und seitdem wurde dieser Gegenstand zwischen beiden Männern weiter vielfach erörtert. Am 3. Februar 1772 zeigte Friedrich dem Kammerpräsidenten an, es habe mit der neuen Erwerbung seine völlige Richtigkeit bereits dergestalt gewonnen, daß er mit Sicherheit darauf rechnen könne. Weil Danzig ausgeschlossen war, so ging seine Absicht dahin, den Handel dieser Stadt allmählich nach Elbing und Bromberg zu ziehen, zu dem Ende die Weichsel und Netze durch einen Kanal zu verbinden und die Nogat mehr räumen und schiffbar machen zu lassen. Noch im laufenden Jahre sollte die Arbeit für die neue Wasserstraße begonnen werden [1]).

Friedrich beabsichtigte ferner, den Starosten, die für ihre Amtsthätigkeit die Nutznießung gewisser dem Staate gehöriger Güter hatten, und den Geistlichen ihr mäßiges Auskommen in Gelde zu geben, ihre Besitzungen dagegen an sich zu nehmen und zu verpachten; aber er wünschte zu wissen, wie viel diese Güter in Wirklichkeit tragen könnten, und deshalb sollten sie zuvor ein Jahr lang von Administratoren bewirtschaftet werden. Auch die Einteilung des Landes gedachte Friedrich zu ändern. Ermeland sollte, wie billig, zu Ostpreußen, der Netzebezirk und einige kleinere Stücke zur Neumark und zu Pommern kommen,

1) Ich benutze in diesem Kapitel hauptsächlich die Kabinettsordres an den Oberpräsidenten v. Domhardt, welche Preuß im 5. Urkundenbande, S. 183—234 veröffentlicht hat und die bis zum 11. Juli 1773 gehen, und ferner die Kabinettsordres an den Oberpräsidenten v. Domhardt und an die Kammer in Marienwerder über die Verwaltung von Westpreußen und dem Netzdistrikt im 4. Urkundenbande, S. 3—195, die bis zum 7. Juni 1776 reichen. Das angeführte Buch des Grafen Lippe giebt vielfach ergänzendes urkundliches Material.

das übrige dagegen unter eine in Marienwerder als in der Mitte des Landes neu einzusetzende Kammerdeputation gestellt werden, und die besondere Verwaltung des Elbinger Gebietes, die infolge einer alten, den Königen von Preußen gehörigen Hypothek seit 1706 bestand, jetzt aufhören. Auch wegen der Vermehrung des Heeres hatte Friedrich schon bestimmte Entschlüsse gefaßt.

Die Unterthanen wollte der König zu freien Leuten erklären, die Leibeigenschaft aufheben und keinen Bauer die Woche hindurch mehr als drei Tage Hofedienste thun lassen. Er verhehlte sich freilich nicht, daß die Einwohner, besonders die von Pomerellen, welche meist polnischer Nationalität wären, die ihnen zugedachte Wohlthat nicht nach ihrem wahren Wert einsehen und erkennen würden. Deshalb schrieb er am 1. April an Domhardt: „Das sicherste Mittel, diesen sklavischen Leuten bessere Begriffe und Sitten beizubringen, wird immer sein, solche mit der Zeit mit Deutschen zu vermischen, und wenn es nur anfänglich mit zwei oder drei in jedem Dorfe geschehen kann." Übrigens empfand es Friedrich recht unangenehm, daß der Generalmajor v. Belling in Polen sehr übel gehaust und kein Brot, geschweige denn Saatkorn übrig gelassen hatte. Er befahl, die Sache näher zu untersuchen, damit er dann das Nötige verfügen könnte; zugleich aber wurden in Bromberg Vorräte von Sommergetreide zusammengebracht, damit man den armen Leuten sogleich nach geschehener Besitzergreifung zu helfen vermöge.

Es kam dem Könige besonders darauf an, die erste Einrichtung mit Sparsamkeit ins Werk zu setzen, unnütze Ausgaben zu vermeiden und sobald als möglich von der neuen Provinz Nutzen zu ziehen. Er glaubte damals, daß die Besitzergreifung zu Anfang des Juni erfolgen würde, und er bereitete deshalb alles vor. Gewisse Generalverordnungen sollte Domhardt schon jetzt für den Druck niederschreiben, damit er imstande wäre, sie dann ohne Zeitverlust öffentlich bekannt zu machen. Ferner mußte Vorkehrung geschehen, daß der preußische Adler sogleich auf der Grenze sowohl als auf Plätzen

und an öffentlichen Gebäuden an die Stelle des polnischen treten könnte [1]).

Friedrich wollte nach der Besitzergreifung selber in die neue Provinz gehen und alles dort einrichten. Er hatte die Absicht, in den Städten, welche Handel und Gewerbe trieben, wie Elbing, Marienburg, Graudenz, Kulm und Bromberg, die Accise einzuführen, dagegen den Ackerstädten und dem Lande die Kontribution aufzulegen und für letztere durch den Präsidenten Roden eine neue Vermessung vornehmen zu lassen. Am 11. Mai erschien dieser auf königlichen Befehl in Potsdam, und nachdem er die Frage, ob er schweigen könne, natürlich bejaht hatte, teilte Friedrich ihm mit, daß er nächstens das polnische Preußen nebst einigen Stücken an der Netze in Besitz nehmen werde. „Ich will", fuhr der König fort, „daß Ihr mir darin die Kontribution auf ostpreußischen Fuß einrichten und durch eine Klassifikation festsetzen sollet. Aus allen Kammern hab' ich die auserlesensten und besten Kriegsräte notieren lassen; diese geb' ich Euch mit und eine gute Anzahl Ingenieure, welche die Vermessung verrichten sollen. Ihr müßt eine Instruktion für die Klassifikationskommission und die Ingenieure machen und sie mir in Marienwerder, wo Ihr am 1. Juni einzutreffen habt, zur Vollziehung vortragen." Folgende Punkte diktierte der König für die Instruktion: „Mit dem Bistum Ermeland wird angefangen, hierauf folgt das Marienburgsche und Kulmische, dann die Stücke an der Netze und zuletzt Pomerellen. Die Kommission versammelt sich jedesmal in der Mitte des Bezirks, und wenn ein solcher fertig ist, wird die Kontribution darin sofort eingeführt. Die Vermessungskarten können von den Edelleuten gefordert und allenfalls berichtigt werden. Die Ackerstädte sollen gleich den Dörfern die Kontribution und keine Accise bezahlen, die Klöster, wie in Schlesien, 50 Prozent geben; die Handwerker, die auf dem platten Lande wohnen, müssen in die Städte ziehen." Alles übrige sollte Roden der Instruktion hinzufügen. „Ich

1) Preuß, Urkundenbuch V, 186—196.

habe", sprach der König weiter, „zu dergleichen Sachen sonst einen Minister gebraucht, aber ich hege das Vertrauen zu Ihm, Er wird seine Sachen gut machen und alles nach meiner Idee einrichten." Roden erhielt noch den Befehl, in Berlin nicht zu sagen, wohin er ginge, und wurde dann gnädig entlassen [1]).

Wie Roden, so empfing auch Domhardt den Befehl, zu Anfang des Monats Juni nach Marienwerder zu kommen und zwar nicht allein, sondern mit den Mitgliedern der einzusetzenden Kammerdeputation, den Accise- und Forstbeamten, den Landräten und Administratoren der Ämter und Starosteien. Friedrich wollte dort über die neuen Einrichtungen entscheiden. Als er am 4. Juni in Marienwerder eintraf, eilte die Sache nicht; denn die Unterhandlung mit Österreich war damals noch nicht zu Ende gebracht. Aber der König verfügte trotzdem das Notwendige. Der General-Lieutenant v. Stutterheim und der Kammerpräsident v. Domhardt wurden auserfehen, die Besitzergreifung vorzunehmen. Die Instruktion, welche sie empfingen, schrieb vor, in welche Städte die Truppen einrücken und wo die Grenzpfähle und Tafeln gesetzt werden sollten. Inbezug auf den Huldigungseid wurden beide Männer angewiesen, darauf zu sehen, daß auch die katholischen Geistlichen nicht unterließen mitzuschwören. Jedoch bevor es dazu käme, sollte Domhardt eine Handlung begehen, welche die unparteiische Geschichte nicht verschweigen darf. Es hieß nämlich in der Instruktion: „Der Kammerpräsident wird zuvor die Woiwoden und Starosten aufreden lassen, daß sie unter dem Vorwande, die Republik habe nicht in die Landesabtretung gewilligt, entweder sich von selbst gleich fern halten, oder doch Schwierigkeiten machen, sich zu unterwerfen und den Huldigungseid zu leisten, da denn ihre Woiwodschaften und Starosteien gleich in Beschlag genommen und mit Administratoren besetzt werden. Hierbei wird der Graf Kaiserling die besten Dienste thun können, wenn er der erste ist, welcher beides verweigert. Ich

1) Preuß IV, 57 nach Rodens Autobiographie, die leider noch ungedruckt ist.

werde mich demungeachtet schon mit ihm verstehen, so daß er nichts verlieren wird." [1]) Und hier möge gleich noch eine andere nicht zu billigende Vorschrift angereiht werden. Als der König die Rechnung für den Vorspann verlangte, welcher ihm während seiner preußischen Reise geleistet worden war, da befahl er dem Kammerpräsidenten v. Domhardt, von den im polnischen Preußen gestellten Pferden nur diejenigen aufzuführen, die hier und da aus seinen Provinzen dorthin verlegt worden wären [2]).

Es lag dem Könige viel daran, daß die preußische Regierungsmaschine nach der Besitznahme sofort in Gang käme, und noch mehr, daß die Einkünfte gehörig erhoben würden; „denn wir müssen Geld haben", lauteten die Schlußworte der Grundsätze, die er am 6. Oktober 1771 aufgesetzt hatte [3]). Deshalb sollte der Kammerpräsident die Landräte, die Accisebeamten, die Förster dann gleich ihre Thätigkeit beginnen lassen. Um ferner den gemeinen Mann desto eher von der polnischen Sklaverei zurückzubringen und zur preußischen Landesart hinzuführen, sollte Domhardt im voraus darauf bedacht sein, daß, wie es ehemals in Cottbus und Oberschlesien geschehen, deutsche Schulmeister in den kleinen Städten und auf den Dörfern angesetzt, und die Einwohner mehr und mehr mit Deutschen vermengt würden. Nach seiner Rückkehr hat der König von Potsdam aus auf jenen Punkt noch einmal aufmerksam gemacht, weil er bei seiner Durchreise durch Polnisch-Preußen beobachtet hatte, daß auf dem Lande gar keine Schulanstalten vorhanden wären.

Friedrich beschloß, das gesamte Preußen zu vereinigen und

1) Preuß, Urkundenbuch V, 201. Von Kaiserling schreibt Friedrich schon am 25. März (V, 192): „Ich denke, daß die Einziehung der Starosteien keine sonderlichen Schwierigkeiten finden soll. Den Grafen v. Kaiserling werde Ich schon abzufinden suchen, daß er damit zufrieden sein wird." Er bekam vom November 1772 an monatlich 500 Thaler (V, 220). Vgl. V, 198. Er war Starost von Engelsburg.

2) Ebd., S. 203, Nr. 36.

3) Ebd., S. 187.

es unter Domhardt, welchen er zum Oberpräsidenten ernannte, zu stellen. Ermeland sollte zur Königsberger Kriegs- und Domänenkammer geschlagen, von dieser dagegen die Ämter Riesenburg und Marienwerder abgezweigt und in letzterer Stadt eine neue Kriegs- und Domänenkammer für Westpreußen gegründet werden, der Bezirk an der Netze dagegen unter die Verwaltung des Geheimen Finanzrates v. Brenkenhof kommen. Der Präsident der Marienwerderschen Kammer ward angewiesen, monatlich nicht allein zu melden, wie viel Steuern erhoben worden wären, sondern auch bei jeder Art derselben anzugeben, weshalb man davon mehr oder weniger als im vorigen Monat eingenommen hätte. Im Frühjahr 1773 und zwar schon im März, ehe der König seine Ausgaben feststellte, sollte die Kammer einen besonderen Bericht über die notwendigen Verbesserungen und, wo am besten Kolonisten anzusetzen wären, nebst einem Kostenanschlag einreichen. Kulm und Pomerellen, hieß es, dürften in letzterer Beziehung vornehmlich in Betracht kommen. Gegen Trinitatis endlich sollte die Kammer noch einen Generaletat über den mutmaßlichen Ertrag der Provinz im nächsten Jahr einschicken. Für die Zölle wollte Friedrich Beamte der Regie senden; dagegen wurde die Accise der Verwaltung der Kammer hier nicht entzogen mit Ausnahme der Ämter Riesenburg und Marienwerder, wo es bleiben sollte, wie bisher [1]).

In den königlichen Forsten sollte man Förster ansetzen, die Holzungen gehörig in Schläge einteilen lassen und untersuchen, wie sie am vorteilhaftesten zu benutzen wären. Könnte man wegen Entlegenheit das Holz nicht wohl verkaufen, so sollte man an Orten, wo Eisen, Stein oder Erz vorhanden wäre, vorzüglich Eisenhütten, sonst aber Glashütten, welche schönes weißes Glas verfertigten, Aschenbrennereien u. dgl. anlegen. Die Förster sollten auch zur Ausrottung der Wölfe, Bären und anderer Raubtiere sehr ernstlich angehalten werden.

Der König befahl ferner angelegentlich der Kammer, ernst-

1) Preuß, Urkundenbuch V, 209.

lich dahin zu sehen, daß die Administratoren der Domänenämter mit den Unterthanen nicht auf dem harten polnischen Fuß umgingen, weil er alle Sklaverei und Leibeigenschaft aufheben würde und die Unterthanen als freie Leute angesehen und behandelt wissen wollte. Gegen Trinitatis 1773 sollte man zur Verpachtung der Ämter schreiten und in den Verträgen bei solcher Gelegenheit mit festsetzen, daß von den Unterthanen nichts, als was sie zu geben schuldig wären, verlangt, ihnen vielmehr so viel als möglich geholfen werden müsse.

Für die neue Kammer erteilte der König weiter die Vorschrift, sie müsse sich eine ganz genaue Kenntnis von den Domänenämtern verschaffen, um beurteilen zu können, wie dieselben am vorteilhaftesten zu benutzen sein dürften. Der König glaubte, daß es in einem Staate die erste Sorge sei, die Bevölkerung so weit zu vermehren, als der Boden Einwohner zu ernähren vermöge [1]). Deshalb schrieb er der neuen Kammer vor, die Ämter genau zu untersuchen, damit sie wüßten, wo dieselben zum Teil oder ganz wüste wären, und damit Kolonisten dort angesetzt werden könnten. Auch sollte die Kammer von den verworrenen Umständen der Republik Nutzen zu ziehen und so viel Menschen als möglich aus den Gegenden zu gewinnen suchen, wo die meisten Dissidenten wären und welche die preußischen Truppen besetzt hätten; die letzteren würden hierbei sicher behilflich sein.

Was die Erwerbung ausländischer Handwerker für die Städte betrifft, so wurde die Kammer auf den Beirat Brenkenhofs verwiesen. Auf dem Lande wollte Friedrich übrigens nur Hufschmiede, Zimmerleute, Stell- und Rademacher, so wie Schuhflicker wohnen lassen [2]). Auch die Betteljuden sollten weder hier noch in den Städten geduldet, aber nur nach und nach und ohne Ungestüm weggeschafft werden. Dagegen könnten vermögende Juden, welche Schutzbriefe gelöst hätten, beibehalten

1) Oeuvres XXVI, 359.
2) Lippe-Weißenfeld, S. 40.

und besonders in die kleinen Städte längs der Netze gewiesen werden, um den Handel mit Polen zu betreiben. Verpachtungen von Brauereien und Brennereien an Juden auf dem Lande sollte die Kammer sogleich aufheben und dieselben zu den Ämtern schlagen.

Am Schlusse dieses wichtigen Schriftstückes verbot der König noch der Kammer, den allermindesten Unterschied zwischen evangelischen und katholischen Unterthanen zu machen, sondern sie sollten ohne Rücksicht auf die Religion schlechterdings unparteiisch gehört und behandelt werden [1]).

Eben dieselbe Vorschrift findet sich natürlich auch in den 17 Generalprinzipien, welche Friedrich inbezug auf die Rechtspflege dem künftigen Präsidenten des neuen Hofgerichts in Marienwerder, einem Grafen Finckenstein, übergab. Wie dort für die Verwaltung, so wurden hier für die Rechtspflege allgemeine Bestimmungen getroffen. Die wichtigeren lauteten folgendermaßen: In den Städten haben die Magistrate, auf dem Lande die daselbst anzustellenden Justizbeamten die erste Instanz, die zweite ist bei dem Hofgericht in Marienwerder, von wo aus an das Tribunal in Berlin als dritte Instanz appelliert werden kann. Die polnische Rechtspflege hört mit Eröffnung des Hofgerichts auf, und damit die preußischen Gesetze zur Kenntnis des Landes gelangen, muß der Präsident desselben einen Auszug davon so kurz und so deutlich als möglich machen, solchen dem Großkanzler v. Fürst einschicken und, nachdem ihn dieser gutgeheißen, in lateinischer, polnischer und deutscher Sprache drucken lassen und dem Lande bekannt machen. Das bisherige Verfahren zwischen den Edelleuten und den Bauern hört gänzlich auf, und es ist einem jeden Unterthan erlaubt, mit Übergehung der Gerichtsbarkeit seiner Grundherrschaft bei dem Landes-Justizkollegium Recht zu nehmen. Keine bischöfliche Verordnung und keine päpstliche Bulle darf ohne Vorwissen und Bewilligung der Justiz bekannt gemacht werden. Den Prälaten, Äbten und überhaupt den katholischen

1) Lippe-Weißenfeld, S. 204—207.

Geistlichen muß man sehr auf die Finger sehen, daß sie ihre Gerechtsame nicht mißbrauchen und zur Ungebühr ausdehnen. Scheidungsgesuche von Eheleuten verschiedener Religion gehören vor das Hofgericht, welches sich aber schlechterdings nicht in diejenigen mischt, wo beide Eheleute sich zur katholischen Religion bekennen. Kein Edelmann, der im Lande angesessen ist, darf ohne königliche Erlaubnis in fremde Dienste gehen oder außer Landes reisen, es sei denn, daß er auch Güter auswärts besitze. Die Leibeigenschaft hebt der König bei seinen Ämtern auf, und die Landeskollegien müssen die Edelleute zu vermögen suchen, diesem Beispiele zu folgen. Den Bauern muß man nicht erlauben, adelige Güter an sich zu bringen, und ebenso wenig dem Edelmann, daß er die Bauern auskaufe, bei der in Preußen darauf stehenden Strafe von 100 Dukaten [1]).

Nachdem so der König am 6., 7. u. 8. Juni 1772 das Notwendige für die Umgestaltung des neugewonnenen Landes angeordnet und die Truppen gemustert hatte, kehrte er nach Potsdam zurück, und von hier aus schrieb er am 12ten an seinen Bruder Heinrich: „Ich habe dieses Preußen gesehen, welches ich gewissermaßen aus Deinen Händen besitze. Es ist eine sehr gute und sehr vorteilhafte Erwerbung; aber um weniger Neider zu haben, sage ich jedem, der es hören will, daß ich auf meiner ganzen Reise nur Sand, Kiefern, Heideland und Juden gesehen." Friedrich wußte, daß er viel Arbeit haben würde, weil das Land in einem jämmerlichen Zustande sich befand und der notwendigsten Einrichtungen entbehrte. Sogar die Städte zeugten von der berüchtigten polnischen Wirtschaft. Kulm besaß gute Mauern, große Kirchen; aber anstatt der Straßen sah man nur die Keller von Gebäuden, die ehemals vorhanden gewesen waren. Den Ring bildeten 40 Häuser; 28 davon, die keinen Besitzer hatten, waren ohne Thüren, ohne Fenster und Dächer. In Bromberg fand man 105 wüste Stellen; Schutt und Unrat bedeckte das Pflaster einige Fuß hoch. Schmutz und Unebenheiten

1) Lippe-Weißenfeld, S. 56 ff.

hemmten den Verkehr in den Straßen. Menschliche Gerippe lagen nicht nur in alten Baustellen unter der Erde, sondern auch in vielen noch brauchbaren Kellern. Übelriechende Sümpfe verpesteten die Luft in der Nähe der Stadtmauern, und nirgends erblickte das Auge dort einen Garten oder einen Obstbaum. Das Landvolk lebte größtenteils in Unwissenheit stumpfsinnig dahin [1]). Genug, es war ein im höchsten Maße verwahrlostes Land, welchem Friedrich nun die Segnungen der Zivilisation zu bringen beflissen war. Erst am 13. September nahm er von der neuen Erwerbung Besitz, und die Grenzpfähle wurden eingeschlagen. Nach Rodens Berichte stieß das Geschäft auf keine Widersetzlichkeit oder Unanständigkeit vonseiten der neuen Unterthanen, vielmehr zeigte jeder bereitwillig seine Grenzen an und wohnte dem Setzen des Pfahles mit der schuldigen Ehrfurcht bei. Und General v. Stutterheim meldete den Geheimen Kabinettsräten des Königs am 19. September: „Der größte Teil der Einwohner von Polnisch-Preußen scheint mit dieser Neuerung eben nicht sehr unzufrieden zu sein, wiewohl sich auch verschiedene, besonders Vornehme, darunter befinden, welche lieber gewünscht hätten, daß es beim alten geblieben wäre.“ [2])

Die Huldigung fand in Marienburg am 27. September im großen Ordensremter statt. Freiherr v. Rohd, der früher in Wien Gesandter gewesen war, hielt an die Versammlung in deutscher Sprache die in solchen Fällen übliche Rede, worauf ein Sekretär eine lateinische Übersetzung derselben vorlas. General v. Stutterheim nahm die Eidesleistung im Namen des Königs entgegen. Die Geistlichen wurden hierbei von den Weltlichen und wiederum die evangelischen von den katholischen getrennt, und so konnte man sich versichern, daß die letzteren die Huldigung nicht verweigerten. Nachdem die feierliche Handlung vorüber war, wurden die Stände auf königliche Kosten gespeist und zwar an zwei Tafeln, so daß an der einen die

1) Oeuvres XXVI, 357; VI, 88. 89. Lippe-Weißenfeld, S. 60.
2) Lippe-Weißenfeld, S. 44. 48.

Vornehmeren saßen. Schließlich empfingen sie auch noch eine Huldigungsmedaille, von welcher Friedrich 50 Stück in Gold zu 24 Dukaten und 500 in Silber zu 4 Lot hatte prägen lassen. Unter das Volk endlich wurden 2000 Thaler in verschiedenen preußischen Münzsorten geworfen. Alle Feierlichkeiten gingen ganz ruhig und glücklich vorüber. Noch an demselben Abend meldete Rohd den Ministern Finckenstein und Hertzberg: die Anzahl derer, welche gehuldigt hätten, wäre groß, und es befänden sich auch viele Vornehme darunter. Doch haben im August und September des nächsten Jahres allerdings noch Nachhuldigungen erfolgen müssen. Als Rohd den König von der glücklichen Beendigung des ihm übertragenen Geschäfts in Kenntnis gesetzt hatte, da schrieb ihm dieser am 14. Oktober zurück: „So ist nun eine große Sache glücklich beendet, und, Gott sei Dank, wir sind jetzt im Zusammenhange mit Preußen." Friedrich nannte sich nun auch König von Preußen; der neuen Erwerbung gab er am 31. Januar 1773 den Namen Westpreußen. Von dem Netzebezirk ergriff Brenkenhof Besitz und ließ die Grenzpfähle dort aufstellen [1]).

Gleich am 13. September war inzwischen die neue Regierung in Thätigkeit getreten. Schon am 6. Juni hatte Domhardt Anweisung erhalten, in den Kreisen Landräte, ferner in den Städten, welche der Accise unterworfen waren, die Steuerbeamten und für die Waldungen die Förster einzusetzen, und für die Zölle hatte der König Männer der Regie schicken wollen. Das ist auch ohne Zweifel geschehen.

Mit welcher Pünktlichkeit man vorging, zeigt am besten die Einführung der Post. Eine so wohlthätige Anstalt kannte man in Westpreußen kaum; denn es gab nur zwei Verbindungen dieser Art hier, nämlich von Danzig einerseits nach Elbing, anderseits nach Thorn. Dagegen in Ermeland beförderten Reit- und Fußposten, welche durch eine Steuerumlage

1) Preuß, Urkundenbuch V, 200ff. 207. 208. Lippe-Weißenfeld, S. 45ff.

von der Gesamtheit der Einwohner erhalten wurden, portofrei die Briefe. Bereits am 20. Juni hatte der König Befehl zur Einführung der Post in der neuen Provinz gegeben und dabei drei Hauptzwecke bezeichnet, die erreicht werden sollten, nämlich die beste Verbindung zwischen Ostpreußen, Pommern und der Mark, die Belebung der Korrespondenz und des Verkehrs in Westpreußen und die Isolierung des polnischen Postamtes in Danzig.

Dem Werke standen keine geringen Schwierigkeiten entgegen: die schlechten Wege, die Unsicherheit der Straßen, die Entlegenheit der Ortschaften in den öden Landstrichen, deren es nur zu viele gab. Es war ferner nicht leicht, bemittelte und betriebsame Posthalter, ordentliche Postillone und Unterbeamte, geeignete Räumlichkeiten für Postämter und Posthaltereien zu erlangen. Aber der feste Wille besiegte jedes Hemmnis, und mit dem Gelde war die Postverwaltung nicht sparsam, indem sie für diesen Zweck 70,000 Thaler anwies. Der Staatsminister v. Derschau reiste mit dem Postmeister Uhl aus Fehrbellin selbst nach dem polnischen Preußen und entwarf die Grundzüge der neuen Einrichtung. Fünf der fähigsten Postmeister wurden dann nach Berlin gerufen und begaben sich von hier, mit umfassenden Instruktionen versehen, nach Westpreußen, wo sie unter der Leitung Uhls, welcher zum Oberpostdirektor ernannt worden war, die neuen Linien einrichteten. Der Hauptweg von Berlin nach Königsberg verfolgte die Richtung, welche die Ostbahn heute einnimmt; in Dirschau vereinigte sich mit ihm von Stolp her der zweite große Postzug, der pommersche, der anderen Linien nicht zu gedenken. Zu Vorstehern der wichtigeren Postämter wurden tüchtige Postmeister aus den älteren Landesteilen erwählt und geübte Postsekretäre den Offizieren beigegeben, die zu Postmeistern an weniger bedeutenden Orten ernannt wurden. In Berlin und Königsberg arbeitete man in den Werkstätten und Druckereien angestrengt, um die notwendigen Wagen, Dienstkleider und Drucksachen zur rechten Zeit fertig zu machen. Sechshundert Pferde mußten beschafft werden; wo es vor der

Hand nicht gelang, Postfuhrunternehmer zu gewinnen, dort übernahm der Staat die Posthaltereien. Die Entfernungen wurden festgesetzt und die Posttaxen für jeden Ort entworfen, die Vorkehrungen für den Übergang über die Weichsel und Nogat getroffen, die Etats und Kautionen reguliert, die Bestallungen ausgefertigt, und vierzehn Tage, nachdem die Beamten in Thätigkeit getreten waren, am 1. Oktober öffneten sich an allen bedeutenderen Orten die Schalter, und die preußischen Postwagen rollten auf allen Hauptstraßen. Das Oberpostamt befand sich in Stolzenberg, einer Vorstadt von Danzig, dessen polnisches Postamt durch die großen preußischen Linien völlig isoliert worden war [1]).

Wie in diesem Zweige der Verwaltung die preußischen Einrichtungen schnell Platz griffen, so geschah es auch in anderen Stücken. Die Stempelgesetzgebung wurde sofort eingeführt. Inbezug auf den Tabak mußten sich die neuen Unterthanen den nämlichen Beschränkungen wie die alten unterwerfen, und sie durften ebenfalls nur solche Kalender von jetzt an kaufen, welche den Stempel der Berliner Gesellschaft der Wissenschaften trugen. Die Kaufleute erhielten ein Verzeichnis der Waren zugestellt, die als Contrebande fortan zu betrachten wären; gleichzeitig aber gewährte man ihnen eine neunmonatliche Frist, damit sie sich durch Verkauf oder auf andere Weise nach und nach solcher Waren entledigen könnten [2]). In Fordon ward ein Weichselzoll erhoben, und ebenso sollten die Schiffe, welche durch das neue Fahrwasser nach Danzig oder von hier nach dem Meere segelten, die Kasse des Königs bereichern. Der Gewinn war beträchtlich, und Friedrich freute sich, daß Domhardt, damit von den Gefällen nichts verloren ginge, sogleich daselbst einen Einnehmer und Kontrolleur bestellt hätte.

Wie wunderte und ärgerte man sich in Danzig, als alle die Abgaben, welche bisher auf der städtischen Zollkammer ent-

1) H. Stephan, Geschichte der preußischen Post, S. 216 ff.

2) Nov. Corp. Constitutionum V, b. p. 380. 493. 568. Preuß, Urkundenbuch IV, 6, No. 9.

richtet worden waren, vom Könige von Preußen gleichfalls verlangt wurden! Aber dieser befahl, es sollte davon nicht das mindeste nachgelassen werden. Er meinte: wenn der Danziger Magistrat und besonders die Kaufmannschaft sehen werde, daß man hierbei dreist und ernstlich zuwerke gehe — und er forderte das auf das entschiedenste von Domhardt —, alsdann werde man sich zur Zahlung schon verstehen. Den Bedrängten blieb es allerdings freigestellt, die Hafengefälle noch einmal bei sich zu erheben; aber zugleich ließ Friedrich ihnen erklären: er werde nicht mehr, als was in Danzig sonst erlegt worden sei, in Elbing fordern. Er besaß außerdem die Vorstädte Schottland, Stolzenberg, Schittlitz und Langefuhr. Um nun seinen Anstalten und Einrichtungen das nötige Gewicht zu geben, befahl der König dem General v. Stutterheim, zwei Garnisonbataillone dorthin zu legen und davon eine Abteilung von 100 Mann nebst 6 Kanonen an den Hafen, wo ein Wachthaus erbaut werden müßte, zu schicken. Aber das schien ihm noch nicht genug. „Bei dieser Zollerhebung wird, wie ich leider sehe", schrieb er drei Tage später, „viel zu saumselig und nachsichtig verfahren, als daß ich solches länger zu dulden gemeint sein könnte." Deshalb trug er der General-Accise- und Zoll-Administration auf, sofort einen guten Direktor dahin zu senden, welcher sich dieses Geschäftes mit mehr Eifer und Nachdruck annehmen würde. Er bezeichnete dann, wo Batterie und Zollhaus errichtet werden sollten. Aber bereits war ein Bericht von Domhardt unterwegs, aus welchem der König mit Vergnügen erfuhr, daß die Gefälle zu erfolgen anfingen. Gleich darauf kamen die Regiebeamten und übernahmen die Zollerhebung am Danziger Fahrwasser [1]).

1) Preuß, Urkundenbuch V, 209—215. Auch ein Admiralitätsgericht wurde dort eingesetzt und der Königsberger Gerichtsadvokat Hippel mit einem Gehalt von 800 Thalern, der gumbinnensche Kammersekretär Grünhagen zum Licentrat mit 600 und der kurmärkische Kammer-Referendar Krusemark zum Sekretär mit 400 Thalern ernannt. Urkundenbuch IV, 7.

Zum Commissarius loci in den von Preußen besetzten Vorstädten von Danzig hatte der Oberpräsident einen Geheimen Rat Tietz vorgeschlagen; aber Friedrich mochte das wegen der Einfalt und Dummheit des Mannes nicht zugeben, sondern er verlangte, daß Domhardt dazu ein anderes munteres, jedoch der dortigen Umstände kundiges Subjekt ausfindig machen sollte. Von den Vorstädten Schottland, Stolzenberg, Schittlitz und Langefuhr hatte der Oberpräsident für letztere die Kontribution, für die drei anderen die Accise bestimmt, und der König nahm den Vorschlag an. Er gestattete ferner auf den Antrag der Kriegs- und Domänenkammer in Marienwerder, daß 30 Mann Husaren in die Dörfer um Danzig gelegt würden; aber er warnte zugleich: man möge bei diesem Geschäfte den Bogen nicht zu hoch spannen, damit dadurch nicht der zu erwartende Vorteil vielleicht eher vermindert als erhöht werde [1]).

Der König gab ferner dem Oberpräsidenten am 21. Oktober Aufträge, welche dessen Hauptbeschäftigung für den Winter bilden sollten. Er verlangte nämlich den wahren Ertrag der Starosteien und der übrigen Domänenstücke zu erfahren. Er wünschte weiter zu wissen, welche Inventarstücke daselbst vorhanden wären und was für eine Vergütigung er deshalb zahlen sollte, dann was sonst hiervon noch angeschafft werden müßte und wie viel das kosten dürfte. Endlich wurde Domhardt angewiesen, gehörig nachsehen zu lassen, was für wüste Baustellen und Plätze wiederherzustellen wären und welche Summe dazu erforderlich sein würde. „Sie haben jetzo so viel zu thun", fügte der König eigenhändig hinzu, „daß ich Sie mit mehr Arbeit nicht überladen muß." Er wollte im künftigen Frühjahr über alle diese Punkte ausführliche Berichte haben; aber das Warten fiel ihm jederzeit schwer. Am 6. Dezember schrieb er, es würde noch besser sein, wenn ihm der Oberpräsident die Anschläge von den Starosteien stückweise, so wie solche fertig würden, einsendete; dadurch würde die Arbeit ihm

1) Preuß, Urkundenbuch IV, 17.

erleichtert und die Umgestaltung der neuen Provinz beschleunigt werden. Und drei Tage später schrieb Friedrich eigenhändig: „Nunmehr muß alles nach und nach eingerichtet werden, Kontribution u. s. w., auf daß, wenn ich künftiges Frühjahr nach Preußen komme, wir einen förmlichen Etat verfertigen können." Dann gab der König an, worauf alles der Oberpräsident Achtung geben sollte: die Zahl der Einwohner, die ledigen Feuerstellen, Anschläge von dem, was besetzt werden müßte, Zustand der Städte, besitzlose oder zerfallene Häuser, ferner, ob die alten Manufakturen beizubehalten oder neue zu beschaffen wären. Endlich will er auch wissen, wie viel Maurergesellen der Oberpräsident gebrauchen wird. Wie Karl der Große kümmert Friedrich sich um das Größte sowohl als um das Kleinste [1]).

Die Seelenzahl erfuhr der König bald. Domhardt meldete, daß Neupreußen, wie es damals noch genannt wurde, 414,951 Einwohner zählte; nach der Angabe Brenkenhofs hatte Kleinpreußen oder der Netzebezirk 84,000 Menschen. Mit Zuziehung der nicht Angegebenen und der Vorstadt zu Danzig glaubte der König 600,000 Einwohner annehmen zu dürfen. Dagegen schickte Domhardt erst am 19. März 1773 die Berichte über die Erträge der Domänenämter in Ermeland und Marienburg ein, worauf ihm der König befahl, die Verpachtung an gute Beamte, keineswegs aber an polnische Edelleute, vorzunehmen und zwar von Trinitatis 1773 an auf drei Jahre. Friedrich verlangte, wenn auch ausgemittelt wäre, was die Ämter in Kulm und Pomerellen brächten, daß der Oberpräsident alsdann einen förmlichen Einnahme-Etat von dem ganzen Kontributions- und Domänenertrage mit Einschluß des Gewinnes aus den Forsten und geistlichen Gütern anfertigen lassen und einschicken sollte [2]).

Mit der Feststellung der Kontribution war inzwischen Roden weit vorgeschritten. Am 15. September 1772 hatte der-

1) Preuß, Urkundenbuch V, 215. 222. 224.
2) Ebd., S. 226. 229. 230.

selbe die Bewohner der neuen Provinz von dem, was geschehen sollte, bereits in Kenntnis gesetzt und ihnen zugleich angezeigt, daß dasjenige, was sie etwa verschwiegen, vom Staat eingezogen werden sollte; 50 General- und 131 Spezialfragen, die schon im voraus festgestellt worden waren, mußten beantwortet werden. Am 24. September begann das Geschäft in Ermeland; darauf kam Elbing, Marienburg, Kulm und Pomerellen an die Reihe, den Beschluß machte der Netzebezirk. Die Besitzer mußten ihre Originaldokumente dem Kommissarius vorlegen und beglaubigte Abschriften bei den Akten zurücklassen; auch wurden sie bei dieser Gelegenheit nochmals an den Nachteil erinnert, welchen ein Verschweigen für sie haben würde.

Nach geschehener Aufnahme gab der Ökonomiebeamte sein Gutachten über die Aussaat und den Ertrag des Ackers ab, und hierauf verfertigte der Kommissarius einen Anschlag, wie viel das Gut oder das Dorf zahlen könnte; die darauf haftenden Ausgaben, als Zins, Dienste, Decem, wurden abgezogen und von der übrigbleibenden Summe die Kontribution bei den Bauern mit 33⅓ Prozent festgesetzt. Die katholischen Edelleute klassifizierte man zu 25 Prozent, den evangelischen dagegen erließ der König 5 Prozent. Die Klöster und Stifter endlich mußten, wie in Schlesien, 50 Prozent geben. „Unsere Bischöfe behalten 24,000 Thaler Rente, die Äbte 7000", schrieb Friedrich Ende Februar an Voltaire; „die Apostel hatten nicht so viel. Man setzet sich mit jenen so auseinander, daß man sie der weltlichen Sorgen entlediget, damit sie, ohne sich zu zerstreuen, trachten können, das himmlische Jerusalem, welches ihr wahres Vaterland ist, zu gewinnen." Am Ende des Monats April, also nach 31 Wochen, war die ganze Klassifikation beendigt und das Kataster fertig [1]).

Eben damals waren auch die Justizeinrichtungen vervollständigt worden. Der König hatte es für eine Pflicht, welche den wenigsten Aufschub litte, gehalten, dafür zu sorgen, daß jeder Unterthan ohne Ansehen der Person Gerechtigkeit er-

1) Roden bei Preuß IV, 421. Oeuvres XXIII, 242.

langen könnte. Weil nun aber das Verfahren der bestehenden Gerichte selbst in gedruckten Schriften polnischer Geschichtschreiber als ein tumultuarisches und aller unparteiischen Rechtspflege widerstreitendes abgeschildert wurde, hatte Friedrich dieselben insgesamt aufgehoben und die ostpreußische Justizverfassung eingeführt. In Marienwerder war ein Ober-Hof- und Landesgericht bestellt worden, welches in einigen Fällen in erster, größtenteils aber in zweiter Instanz entscheiden mußte.

Das Notifikationspatent vom 28. September 1772 machte dieses alles den Unterthanen bekannt. Von unteren Gerichten blieben nur die Patrimonial- und städtischen Gerichte bestehen, doch verlangte der König, daß nicht anders als durch geprüfte Rechtsverständige diese Gerichtsbarkeit ausgeübt werden dürfte. Die übrigen Untergerichte wurden aufgehoben, ihre Geschäfte sollte das Ober-Hof- und Landesgericht durch Kommissarien oder sonstwie so lange besorgen, bis der König selbst Untergerichte bestellt haben würde.

Zwei Punkte des Notifikationspatentes verdienen noch einer besonderen Erwähnung. In Polen wohnte neben einer zügellosen Freiheit eine barbarische Knechtschaft; aber in dem Lande, welches nun preußisch geworden war, sollte der Adel empörende Gewaltthätigkeiten nicht mehr ausüben dürfen. Daher erfuhren die Patrimonial- und städtischen Gerichte eine Beschränkung. „Wir können das Leben und die persönliche Sicherheit unserer Unterthanen einem von diesen Gerichten zu fällenden Urteil nicht aussetzen", hieß es in dem Patent, „sondern es müssen die Akten mit dem Entwurf des Erkenntnisses jederzeit an unser Ober-Hof- und Landesgericht eingeschickt werden, welches die Urteile abfassen wird." Im Gegensatze zu der verrufenen polnischen Rechtspflege wurde ferner den neuen Unterthanen verkündet: „Gleichwie wir eine besondere Aufmerksamkeit auf das Leben und die persönliche Freiheit aller unserer Unterthanen haben: so kann derselben keiner mit einer etwas wichtigen Leibes-, Gefängnis-, Zuchthaus-, Festungs-, am allerwenigsten aber Lebensstrafe belegt werden, ohne daß

nach den verschiedenen Graden dieser Strafen entweder unser Staatsministerium oder wir selbst das Erkenntnis bestätigt haben."

Die Beilage, 15 Folioseiten lang, enthielt einen wertvollen Wegweiser für den Juristen und kann auch noch heutigen Tages mit Nutzen von jedem gebraucht werden, welcher die Rechtsverfassung des preußischen Staates unter Friedrich dem Großen studieren will. Sie gab zuerst die Sammlungen an, wo die verschiedenen Gesetze zu finden waren. Sie belehrte dann über das Verfahren in geistlichen Sachen. Von den kanonischen Rechten hieß es, daß sie Geltung hätten, soweit sie sich in Ländern anwenden ließen, die einer protestantischen Herrschaft unterworfen wären, und soweit sie der Landeshoheit in geistlichen Sachen nicht entgegenständen; ebendeshalb dürften ohne Vorwissen, Mitwirkung und Genehmigung des Ober-Hof- und Landesgerichts keine päpstlichen Bullen oder bischöflichen Verordnungen eingeführt oder bekannt gemacht werden. Der bei weitem größte Teil der Beilage gab die Abweichungen an, welche das preußische verbesserte Landrecht vom Jahre 1721 im Laufe der Zeiten erfahren hatte; danach war nur ein einziger Abschnitt, nämlich das dritte Buch, welches von dinglichen Rechten handelte, die jemandem über Hab und Güter zustehen, ganz unverändert geblieben [1]).

Im April und Mai 1773 vervollständigte Friedrich die Justizorganisation. Er bestellte nämlich 5 Landvoigteigerichte zu Kulm, Lobsens, Konitz, Stargard und Marienburg; hier ward außerdem noch für die 42 Dörfer des großen Marienburger Werders auf deren wiederholten Antrag ein besonderes Landvoigteigericht bestellt, während in den übrigen Domänenämtern königliche Justiziarien das Recht handhabten. Das Ober-Hof- und Landesgericht in Marienwerder erhielt den Namen „Westpreußische Regierung". Im September endlich wurden ausführliche Reglements und Instruktionen für diese Gerichte sowohl als die städtischen und Patrimonial-Gerichte gegeben.

1) Nov. Corp. Constitutionum V, 6. p. 452.

Im Oktober gründete Friedrich noch ein sechstes Landvoigteigericht für Lauenburg und Bütow in ersterem Orte.

Im großen und ganzen genommen war die neue Organisation Westpreußens am Ende des Monats Mai vollendet, und auch der Einnahme- und Ausgabe-Etat lag damals dem Könige vor. Bei der Accise hatte dieser auf einen Ertrag von 300,000 Thalern gerechnet, und er war dabei auch stehen geblieben, als die Kammer in Marienwerder Einwendungen gegen die Höhe dieser Summe gemacht hatte. Über den ganzen Etat schrieb er am 19. Mai an Domhardt: „Die Einnahme kann meines Erachtens merklich beträchtlicher schon ausfallen und angesetzt werden, den Ausgabe-Etat aber finde ich viel zu stark erhöhet, als daß ich solchen sehr eigentlich nachzusehen und berichtigen zu lassen entübrigt sein könnte.“ Im Anfange des Monats Juni kam er wieder zu den Musterungen nach Preußen und erledigte dabei wie im vorigen Jahr eine Menge von anderen Geschäften. Für Verbesserungen gewährten ihm die Einkünfte der neuen Provinz noch wenig, und er hatte deshalb bisher nur eine begonnen, aber freilich eine sehr wichtige, nämlich den Netzekanal. Die Ausführung dieses Werkes war dem Geheimen Finanzrate v. Brenkenhof übertragen worden. Bereits am 11. November 1772 überwies diesem der König die Einnahme aus dem Netzebezirk im Betrage von 28,000 Thalern, und er wiederholte das nicht nur, sondern er benutzte dann auch noch die Kasse der Marienwerderschen Kammer für diesen Zweck, so daß Brenkenhof 103,000 Thaler bis zum letzten Januar 1773 empfing. Und so ging es hierauf weiter. In Marienwerder wies der König 60,000 Thaler für den Kanalbau an.

Friedrich befolgte streng den Grundsatz, die Ausgaben nach den Einnahmen zu bestimmen, und da viele Kasernen errichtet, verschiedene Wacht- und Thorschreiberhäuser neu aufgeführt oder ausgebessert werden mußten, verschob er lieber die Vermehrung von 36 Infanterieregimentern um je 240 Mann, um das Notwendige zu bestreiten. Außerdem traf er schon für den nächsten Etat Vorkehrungen. Domhardt sollte nämlich

erstens gehörig nachsehen und anzeigen, was für Verbesserungen auf dem platten Lande sowohl als in den Städten, besonders den beträchtlichsten, wie Kulm und Graudenz, vorgenommen werden könnten, indem die wüsten Bauernhöfe, Vorwerke, Häuser wieder aufgebaut und mit Menschen besetzt werden müßten. Domhardt sollte ferner Anschläge davon einschicken und überhaupt aufzeichnen, was zur Aufnahme der Städte gereichen dürfte. Um aber der Bettelei zu steuern, welche sehr überhand genommen, sollte der Oberpräsident auf Anlegung einiger Arbeitshäuser in unbenutzten Schlössern bedacht sein, wo dergleichen liederliches Volk dem Staate nutzbar gemacht werden könnte, und ebenfalls Kostenanschläge machen lassen. Der König versprach ihm eine in Schweden erfundene Maschine zu senden, mit deren Hilfe die besten Suppen aus Knochen mit sehr geringen Kosten und weniger Feuerung bereitet werden könnten; bei öffentlichen Armenanstalten und in Schulen ließe sich davon Gebrauch machen.

Einige Tage später erteilte der König in Mockrau, wo fortan die Musterungen gehalten wurden, die ersten Befehle inbezug auf die Entschädigungen, welche die früheren Besitzer von Starosteien empfangen sollten. Es wurden zunächst hierzu 152,000 Thaler bestimmt und später weitere Summen angewiesen. Im ganzen hat Friedrich nach seiner eigenen Angabe 500,000 Thaler für diesen Zweck auszahlen lassen [1].

Wenn wir den Verkehr Friedrichs mit den Behörden in Westpreußen weiter verfolgen, so gewährt es uns ein hohes Vergnügen, zu bemerken, wie er sich des armen Volkes annimmt. Domhardt machte dem König Anzeige von der gewaltsamen Art der Anwerbung, welche sich die Regimenter in Preußen erlaubten, um auf eine wohlfeile Art zu ihren Rekruten zu kommen. Friedrich dankte dem Oberpräsidenten für die Nachricht, und ohne zu sagen, wie er zu der Kunde gelangt wäre, befahl er der Militärbehörde sehr ernstlich, den Mißbrauch ungesäumt abzustellen. Mit Schärfe tadelt er ein

1) Preuß, Urkundenbuch IV, 45—51.

anderes Mal das Generaldirektorium, welches den Preis des Salzes in Westpreußen höher gestellt als in Ostpreußen. Er hat ein solches Verfahren mit Befremden ersehen, da diese lieblose Behandlung seiner neuen Unterthanen seinen Absichten so wenig gemäß ist, daß er denselben vielmehr in Rücksicht auf ihre bekannte Armut auf alle Weise zu helfen bedacht sein wird.

Übrigens aber hält der König darauf, daß die Einkünfte so viel als möglich nicht hinter den im Etat angenommenen Summen zurückbleiben. Die Kammer hatte bekanntlich gegen die Ansetzung von 300,000 Thalern Accisegelder Einwendungen erhoben; aber Friedrich war davon nicht abgegangen, und als er aus dem Kassenextrakt für den Juli ersieht, daß kaum die Hälfte davon erhoben werden dürfte, da wird er zornig und wirft der Kammer ihre außerordentliche Nachlässigkeit und Sorglosigkeit vor, da sie doch diese Gefälle jährlich zu 300,000 Thalern selbst angegeben habe. Er nimmt ihr die Verwaltung der Accise ab und überträgt sie an de la Haye de Launay. Der Ärger treibt den König, noch eigenhändig den Direktor und die Räte aufzufordern, daß sie alles wohl beobachten, „oder es wird scharf mit der Kammer gehen“, schreibt er weiter; „meine Befehle müssen genau ausgeführt werden, und keine Nachlässigkeit“. Mißfällig bemerkt er im Januar 1774 den geringen Ertrag der Landzölle und legt auch das der Saumseligkeit der Kammer zur Last. „Die Landzölle zwischen Danzig und Polen“, schreibt er, „werden aller Wahrscheinlichkeit nach umfahren. Die Kammer muß also ihrerseits die Neben- und Schleichwege zu entdecken suchen und solche Sr. Königlichen Majestät zur Abhilfe schuldigst anzeigen.“ Und als er entdeckt, es werde die Einnahme aus den Forsten hinter dem Anschlage weit zurückbleiben, da kann er seine höchste Unzufriedenheit der Kammer nicht verbergen, die dann eilig verspricht, sie wolle suchen der Erfüllung des Forstetats so nahe zu kommen als möglich, eine Versicherung, welche der König sehr gern vernimmt [1]).

1) Preuß, Urkundenbuch IV, Nr. 62. 104. 160. 189. 192.

Auch bei den Ausgaben sieht Friedrich scharf zu. Als das Städtchen Gurzno abgebrannt ist, will er es zwar nur von Fachwerk, jedoch mit Ziegeln gedeckt wieder aufführen lassen. Er verlangt nun, daß die Kammer ihre Vorschläge macht, gerät aber in Zorn, als er dieselben empfangen hat. „Die Kammer", schreibt er, „muß entweder Ignoranten oder Betrüger zu Baumeistern haben. Seine Königliche Majestät lassen dergleichen Städte in Schlesien, und zwar noch zur Hälfte massiv, für 20,000 Thaler wiederbauen, begreifen also nicht, wie die Kammer so unverschämte Forderungen machen kann, und wollen demnach zwar, daß selbige durch vernünftigere Baumeister andere und billigere Anschläge anfertigen lassen und einschicken soll, zeigen ihr jedoch zugleich an, daß Sie fehlender Fonds wegen den Bau selber vor dem künftigen Jahre nicht können vornehmen lassen." [1])

Der Netzekanal und die Kasernen verschlangen alle Mittel, und so mußte denn auch die Herstellung der verödeten Städte noch verschoben werden; doch beschäftigte man sich wenigstens schon mit den Plänen. Friedrich hegte die Absicht, nicht ins Wilde vorzugehen, sondern mit Ordnung und auf eine solide Art, und er wollte sich deswegen zunächst auf Kulm, Graudenz und Bromberg beschränken; aber als er im Juni 1774 wieder zu den Musterungen fuhr und in Marienwerder sich abermals einige Zeit den westpreußischen Geschäften widmete, da kam noch Mewe dazu. Der König wies 100,000 Thaler für das Jahr 1775 an. Der Bau sollte hier massiv angenommen und zugleich ausgemittelt werden, ob und wie viel Prozent denjenigen zu geben wäre, die neue Häuser aufführen ließen. Die Kammer sollte ferner auch anzeigen, was für Handwerker darin am besten ihre Nahrung finden würden. Bei Mewe dachte Friedrich natürlich nur an die notwendigsten; für die anderen Städte dagegen hatte er schon früher solche besonders genannt, welche Waren verfertigten, die in Polen Absatz finden könnten, z. B. Bortenwirker, welche die polnischen

1) Preuß, Urkundenbuch IV, Nr. 104. 106.

Schärpen machten, und er lenkte die Aufmerksamkeit jetzt abermals darauf.

Friedrich hatte weiter bemerkt oder erfahren, daß in manchen Gegenden der Obst- und Gartenbau nicht gehörig betrieben würde; da nun aber die trockenen Früchte dieser Art eine gute Nahrung für den Landmann abgäben, so sollte darauf mehr gehalten und allenfalls aus der Fremde Gärtner dahingeschafft und angesetzt werden. Der König befahl ferner, daß die Gebäude auf den Domänenämtern, weil sie zum Teil in schlechtem Zustande wären, in ganz Westpreußen und dem Netzebezirk gehörig nachgesehen und ihm Vorschläge zur Ausbesserung oder zu Neubauten gemacht würden.

Endlich dachte der König auch wieder an die Erziehung der Jugend. „Es müßten“, schrieb er, „auf den Ämtern Schulen, evangelische sowohl als katholische, errichtet und an Orten, wo nur polnisch gesprochen würde, Lehrer, die beider Sprachen mächtig wären, eingesetzt werden. Evangelische Schulmeister der Art zu finden hielt der König nicht für schwer, wohl aber katholische, die er demnach aus Oberschlesien kommen zu lassen gedachte. Die Lehrer sollten nebst einem Stück Gartenland jährlich 60 Thaler Gehalt empfangen. Die Kammer wurde noch aufgefordert, bei jeder Gelegenheit den Adel anzutreiben, daß er diesem guten Beispiele nachzufolgen suchte.

Der König bestimmte ferner für den neuen Festungsbau 200,000 Thaler und fertigte der Kammer den vollzogenen Etat für Trinitatis 17⁷⁴/₇₅ zu; die Einnahme war in demselben auf 1,666,584 Thaler und die Ausgabe zu 1,727,944 Thaler festgesetzt worden; die hiernach fehlende Summe von 61,360 Thaler versprach er am Ende des Jahres zu decken [1]).

Inzwischen aber mögen die neuen Unterthanen wohl schon bemerkt haben, daß die preußische Regierung von der polnischen sich wesentlich unterscheide, daß sie handle und nichts verschleppen lasse. Als die Weichsel im Sommer 1774, wie es

1) Preuß, Urkundenbuch IV, 94 ff.

oft vorkam, Schaden durch Überschwemmungen anrichtete, sollten die Anschläge zu schneller Wiederherstellung der beschädigten Dämme und Gebäude sofort angefertigt werden. Die Kammer zeigte sich aber diesmal langsam und schickte die Nachweisung erst, als der König ihre unverantwortliche Nachlässigkeit und Saumseligkeit gescholten und mit seiner Ungnade gedroht hatte. Friedrich genehmigte dann die Zahlung von 10,385 Thalern mit der Bemerkung, daß solche Schäden jederzeit sobald als möglich untersucht und die Vergütigung den Verunglückten zeitig gegeben werden sollte, weil sie sonst durch den Verzug doppelt litten. Als das Wasser im folgenden Frühjahr abermals Dämme durchriß, wurden sofort neue Anschläge gemacht und 43,833 Thaler verlangt. „Das ist ja enorm", schrieb der überraschte König, „und übersteigt die erste Anzeige der Kammer gar sehr. Es kann daher dieser Überschlag unmöglich richtig sein." Der König befahl also der Behörde, die Anschläge gründlicher zu prüfen und eine billigere Kostenberechnung zu machen [1]).

Wenn man aber glauben wollte, daß Friedrich immer viel zu tadeln gehabt hätte, so würde man irre gehen. Oftmals hat er nichts zu bemerken gefunden; zuweilen spricht er auch der Kammer seine Anerkennung aus. Als im Februar 1775 die Ausgabe die Einnahme übersteigt, erscheinen ihm die dafür angegebenen Gründe richtig, und er tröstet sich damit, daß der Ausfall schon wieder in den folgenden Monaten würde gedeckt werden können. Im Dezember desselben Jahres hat er sich auf der anderen Seite darüber verwundert, daß die Zolleinnahme auf der Weichsel im vorhergehenden Monat noch so ansehnlich gewesen, da die Jahreszeit für die Schiffahrt doch schon schlimm und gefährlich sei. Wenn es möglich ist, will er freilich die Einnahme vermehren. Die Pachtjahre der Domänenämter laufen erst an Trinitatis 1776 ab; jedoch bereits am 2. Januar 1775 trägt er der Kammer auf, die neue Verpachtung schon jetzt ins Auge zu fassen und die An-

1) Preuß, Urkundenbuch IV, Nr. 232. 245. 249. 250. 275. 299.

schläge davon ungesäumt anzufertigen. Er rechnet darauf, 80,000 Thaler mehr zu erlangen [1]).

Da der König eine große Summe zur Hebung der Städte für das Jahr 1775 ausgesetzt hatte, mußte diese Angelegenheit natürlich auch ein Gegenstand der Erörterung zwischen ihm und der westpreußischen Kammer sein. Wenn letztere nicht allein Kulm, Bromberg, Graudenz und Mewe, sondern auch noch Stargard, Strasburg, Neumark, Löbau und Gollup berücksichtigen wollte, so untersagte Friedrich dies mit Recht; denn es war ohne Zweifel bei weitem besser, zunächst einigen wenigen Städten ordentlich aufzuhelfen und dann in derselben Weise fortzufahren, als die Wohlthaten von vornherein zu zersplittern. Er bestimmte ferner, daß Tuchmacher und andere Wollarbeiter vor der Hand nicht angesetzt werden sollten, damit man diejenigen, die in den kleinen Städten an der Netze und in Konitz angesessen wären, in ihrem Verdienste nicht schmälerte; später würde man ja sehen, ob diese für den inländischen Bedarf und den auswärtigen Handel nicht ausreichten. Friedrich wollte zuerst nur die gewöhnlichsten Handwerker und außerdem solche haben, die für den Verkehr mit Polen wichtig wären, z. B. Stellmacher, welche polnische Wagen und Kaleschen zu machen verständen. Letztere wurden wirklich angesetzt, es scheint, in Bromberg. Als hierauf die Kammer klagte, daß sie keinen Sattler gewinnen könnte, da antwortete Friedrich: „Ich sollte denken, es dürfte nicht so schwer sein, einen solchen schon in Ruf stehenden Professionisten zu erhalten; die Kammer muß es nur an Mühe und Sorgfalt nicht fehlen lassen." [2])

Regelmäßig machte Friedrich im Sommer seine Reisen in die verschiedenen Teile seines Königreiches, um die Musterungen abzuhalten und sich von dem Zustande der Provinzen, den Fortschritten, welche dieselben gemacht hätten, durch eigenen Augenschein zu überzeugen. Im Juni 1775 kam er wieder nach Marienwerder und freute sich hier über den General-

1) Preuß, Urkundenbuch IV, Nr. 277. 370. 260. 263.
2) Ebd., Nr. 241. 266.

Kassenabschluß; denn 5847 Thaler, die an der Einnahme fehlten, waren nicht allein zuletzt noch gedeckt worden, sondern er konnte sogar 159 Thaler zusammen mit einem anderen Überschuß von 4179 Thalern für Ausbesserungen und Bauten an der Montauer Spitze bestimmen. Zur Wiederherstellung der Wasserschäden wurden 7000 Thaler und zur Beihilfe für die von solchem Unglück betroffenen Einwohner 8000 Thaler angewiesen; 13,000 gab der König zur Vertiefung des Elbinger Fahrwassers und 100,000 zur Aufnahme der Städte [1]).

Friedrich hatte, wie erzählt worden ist, ursprünglich für die neue Erwerbung nur eine von der Königsberger Kammer abhängige Kammerdeputation in Marienwerder einsetzen wollen, dann aber doch eine selbständige Kammer in dieser Stadt gegründet. Es stellte sich später sogar heraus, daß die Arbeitskräfte nicht ausreichten, und es wurde deshalb in Bromberg ein Deputationskollegium errichtet, bestehend aus dem Kammerdirektor v. Gaudi, 4 Kriegs- und Domänenräten und 2 Steuerräten. Dieselben erhielten den Landstrich auf dem linken Ufer der Netze bis Driesen und auf dem rechten die Gegend von Polnisch-Krone bis Nakel als Kreis ihrer Thätigkeit angewiesen. Gaudi erschien natürlich bei der Ankunft des Königs auch in Marienwerder und empfing hier Verhaltungsbefehle, die vom 7. Juni 1775 datiert sind und eine besondere Erwähnung wohl verdienen. Zwei Wochen vorher, am 22. Mai, hatte der König, wie früher erzählt worden ist, in Inowraclaw sich huldigen lassen. Es gab in dieser Gegend viele Moräste und andere Plätze, welche urbar gemacht und mit Kolonisten besetzt werden konnten. Weil es aber an Menschen fehlte, meinte der König: „Es wäre schon recht, wenn sich die jetzt an der polnischen Grenze aufhaltenden türkischen Tataren dort niederlassen wollten. Ich würde sie in Kriegeszeiten zu Soldaten gebrauchen, und in Friedenszeiten sollten sie ruhig bei den Ihrigen bleiben. Ihr habt Euch demnach alle Mühe zu geben, wie Ihr solche hereinziehet. Ich will ihnen auch Moscheen

1) Preuß, Urkundenbuch IV, Nr. 147.

bauen und allen Schutz angedeihen lassen und sie überhaupt wie meine übrigen Unterthanen behandeln." Gaudi hat ohne Zweifel diese Befehle befolgt. Am 13. August erzählte Friedrich dem Philosophen in Ferney, daß er mit 1000 mohammedanischen Familien in Unterhandlung stehe, denen er Wohnungen und Moscheen in Westpreußen verschaffe. „Wir werden dann", schrieb er weiter, „religiöse Waschungen haben und Illih, Allah singen hören, ohne uns darüber zu ärgern." [1]) Indessen findet sich keine Spur einer solchen Einwanderung; ohne Zweifel sind also die Unterhandlungen glücklicherweise gescheitert.

Wie übrigens die Kammer, ebenso mußten auch die Justizbehörden vermehrt werden. Das Landvoigteigericht in Lobsens konnte die Geschäfte nicht bestreiten, es wurde daher nach Schneidemühl verlegt, und ein neues in Bromberg gegründet [2]).

Endlich verfolgte der König die Absicht, den Handel von Danzig weg nach Bromberg zu ziehen, und es sollten deshalb vier große den Messen gleichkommende Märkte daselbst eingerichtet werden. Außerdem schrieb der König dem Kammerdirektor vor: „Man muß suchen, den Polen bei Fordon alles ihr Korn und andere Produkte abzukaufen, und zwar in der Art, wie es die Danziger machen, und ihnen dagegen das, was sie brauchen und von Danzig holen, dort und zu Bromberg zu verschaffen, besonders die Art Wollenwaren und die Art Wagen, wie sie solche gern haben. Ihr müsset daher Leute, die dergleichen verfertigen, zu Bromberg anzusetzen suchen."

Der König wies ferner auf den Mangel an Handwerkern, besonders aber an geschickten Land- und Kreisphysicis und Apothekern, Badern und Chirurgen hin. „Da die armen Leute immer weit gehen müssen, wenn sie den einen oder andern davon gebrauchen, so habt Ihr darauf Bedacht zu nehmen,

1) Oeuvres XXIII, 344.

2) Nov. Corp. Constitutionum V, e, p. 171. Das Edikt ist vom 16. Juni 1775.

daß in jedem Kreise wenigstens ein tüchtiger Physikus bestellt, auch hier und da in den Städten geschickte Apotheker angesiedelt werden. Es wird solches zwar einige Kosten verursachen; allein ich werde sie gern geben, wenn meinen Unterthanen dadurch nur geholfen wird."

Der König empfahl dem Kammerdirektor außerdem, Handwerker ins Land zu ziehen, und weil er glaubte, daß es in den Städten an der Netze gar sehr an Wohnungen für solche Leute fehlen würde, so erklärte er sich bereit, für sie in Bromberg, Nakel oder anderswo etwa vier Häuser bauen und mit allem Notwendigen versehen zu lassen. Aber Binnenfabrikanten und Leinweber meinte der König hiermit nicht, da diese sich besser für das Land schickten. Auch hier empfahl er übrigens den Obstbau. Er wollte sich einige Gärtner aus der Pfalz verschaffen und sie hinsenden, damit die Einwohner von ihnen lernen könnten.

Endlich sollte die Kammer suchen die Menschen in den Städten und auf dem platten Lande zur Ordnung, Reinlichkeit und Arbeitsamkeit zu gewöhnen und durch Beispiele zur Nachahmung aufzumuntern [1]. In der Instruktion für die westpreußische Kammer, welche beinahe denselben Inhalt hat, wird dieser Punkt ebenfalls hervorgehoben. „Die Leute", heißt es darin weiter, „machen jetzt noch, besonders in den Dörfern Pomerellens, eine gar schlechte Figur und thun wenig Ordentliches. Auch muß die Kammer darauf sehen, daß in den Amtsdörfern nach und nach bessere Häuser erbaut werden; denn die jetzigen sind der Mehrzahl nach in dem schlechtesten Zustand und eher Viehställen ähnlich." Der König empfahl, einige Vorwerke zu teilen und mit tüchtigen Wirten zu besetzen, damit durch deren Beispiel die alten trägen Einwohner zu größerer Thätigkeit ermuntert würden.

In Pomerellen brachte der Ackerbau wenig ein. Deshalb schlug Friedrich vor, man sollte größeren Fleiß auf den Holzanbau verwenden, auch wohl den Schafstand vermehren und

1) Lippe-Weißenfeld, S. 131 ff.

da, wo es an Futter für dieses Vieh fehlte, häufig Pappelweiden pflanzen. Weil ferner die armen Leute in der Umgegend von Putzig kein anderes Gewerbe hatten, als daß sie Holz nach Danzig zum Verkaufe brachten, so befahl der König der Kammer, sie sollte denselben, wenn sie aus den königlichen Heiden das Holz nähmen, alle Erleichterung zuteil werden lassen, damit sie doch ihr Brot notdürftig verdienen könnten. Friedrich nannte dieses arme Land wohl sein Kanada. „Ich richte jetzt 180 evangelische und katholische Schulen ein", schrieb er, als er nachhause zurückgekehrt war, am 19. Juni 1775 an d'Alembert, „und ich betrachte mich als den Lykurg oder Solon dieser Barbaren .... Erst nach langer Zeit und vermittelst einer bessern Erziehung der Jugend wird man dahin gelangen, jene Irokesen zu zivilisieren." [1])

Der König beschäftigte sich damals wirklich viel mit dieser Angelegenheit. Nach dem Berichte der Kammer vom 6. Juli 1774 waren für Westpreußen und Ermeland 211 Schulmeister notwendig. Der König konnte damals noch keine Gelder zu diesem Zweck hergeben; aber er wies die Kammer an, auf den Kauf eines beträchtlichen Landgutes im voraus Bedacht zu nehmen. Er hatte Schönlanke im Sinne, nicht nur, weil dort noch ansehnliche Verbesserungen anzubringen wären, sondern auch, weil die Bewohner dieses Ortes, die alle der evangelischen Kirche zugehörten, dadurch aus der katholischen Unterdrückung kommen würden. Der König wollte 200,000 Thaler hierzu verwenden. Da ihm aber sehr viel daran lag, die so notwendigen Schulen ins Leben zu rufen, und es nicht gelang, ein passendes Gut zu erwerben, wurde das Geld einstweilen zu 5 Prozent in der ostfriesischen Landschaft untergebracht. Von den 10,000 Thalern Zinsen gedachte Friedrich 170 Lehrer zu besolden; er hoffte die evangelisch-deutschen Schulmeister aus der Berliner Realschule und anderen Anstalten, und die katholisch-deutschen aus Schlesien zu bekommen; inbezug auf die katholisch-polnischen wurde der Kammer aufgetragen, sich

1) Preuß, Urkundenbuch IV, 140, Nr. 310. Oeuvres XXV, 18.

an den Bischof von Ermeland zu wenden. Am 31. Januar 1776 schickte jene die Nachweisung der in diesem Jahr anzustellenden Lehrer, wovon 43 evangelisch, 44 katholisch-deutsch und 83 katholisch-polnisch sein sollten. Der König erließ alsbald die nötigen Befehle an die Minister v. Zedlitz, v. Hoym und den Fürstbischof von Ermeland, um die Schulmeister zu erlangen [1]).

Was die zur Aufnahme der Städte für das Jahr 1775 bestimmten 100,000 Thaler betrifft, so waren dieselben noch nicht zur Verwendung gekommen, sondern der König und die Kammer verhandelten über den Verteilungsplan und über die dem Lande nützlichen und notwendigen Handwerker. Im Februar 1776 befahl Friedrich dem Stadtpräsidenten und dem Magistrate der Residenz, durch die in Berlin ansäßigen Meister tüchtige und ordentliche Gesellen aus dem Sächsischen, Thüringischen und sonst von auswärts her verschreiben zu lassen. Die Gewerke versprachen das zu thun; aber sie bezweifelten, ob Fremde nur gegen freies Bürger- und Meisterrecht, das etwa 5 Thaler kostete, zu einer solchen Reise sich entschließen würden, und sie hielten es für besser, wenn man den ausländischen Gesellen, die wöchentlich in Berlin einträfen, des Königs Absicht bekannt machte und ihnen zu ihrer Einrichtung eine Beihilfe von 25—30 Thalern verspräche. Friedrich ging aber auf diesen Vorschlag nicht ein, sondern erklärte nur, daß die fremden Handwerker noch andere Begünstigungen zu erwarten hätten, da er in den westpreußischen Städten neue Bauten würde nach und nach ausführen lassen [2]).

Eine große Freude bereitete dem Könige der Ausfall einer Messe, die versuchsweise abgehalten ward. Ursprünglich war es sein Gedanke gewesen, Graudenz, Bromberg oder Kulm dafür zu wählen und diejenige Zeit zu nehmen, wo die Wasserfahrt aus dem Süden am stärksten wäre, nämlich im August.

1) Preuß, Urkundenbuch IV, 104, Nr. 223. 350. 353. 365. 368. 385. 391.

2) Ebd., Nr. 369. 372. 377. 386. 394. 398.

In diesem Monat pflegten die Polen die Erzeugnisse ihres Bodens auf der Weichsel nach Danzig zu bringen und sich dafür dort andere Waren zu holen. Zu dieser Zeit ward in der berühmten Handelsstadt eine Messe gehalten, die am Tage des heiligen Dominikus, am 5. August, ihren Anfang nahm. Mit dieser also gedachte Friedrich in Wettstreit zu treten. Was den Ort betrifft, so hatte die westpreußische Kammer in ihrem Bericht vom 15. September 1774 hervorgehoben, wie schwierig es sein würde, dem Bromberger und Graudenzer Handel zum Nachteil des Danziger aufzuhelfen. Unglücklicherweise war die Kammer, um recht deutlich zu sein, sehr ausführlich geworden. Letzteres aber haßte der König, und er hatte schon früher einmal der Kammer aufgegeben, sich der ganz unausstehlichen Weitläufigkeit zu enthalten [1]. Außerdem erfuhr er in einer Angelegenheit Widerspruch, die ihm sehr am Herzen lag. Da antwortete er denn recht ungnädig: ihm seien die Schwierigkeiten so bekannt, daß er sich wundere, wie die Kammer einfältig genug sein könne, solche mit vieler Weitläufigkeit ihm herzuerzählen. Er wagte nicht, dieselben als unrichtig zu bezeichnen, aber er meinte, sie könnten mit der Zeit schon überstiegen werden, sobald man nur mit Ernst hierbei zuwerke ginge. Man sieht, unter Schelten tritt Friedrich seinen Rückzug an, und später bestimmt er selbst einen anderen Ort für die Messe, nämlich die Danziger Vorstadt Schottland. Als man hierauf im Jahre 1775 den Versuch machte, wurden für 84,000 Thaler Waren verkauft. „Das ist für den Anfang ganz hübsch", antwortete Friedrich auf den Bericht der Kammer, „und wenn nur auf jeder Messe so viel abgesetzt wird, so macht das in drei Jahren 250,000 Thaler und darüber aus." Der König zweifelte nicht, daß

1) Preuß, Urkundenbuch IV, Nr. 67 (S. 37). Der König verlangt hier auch statt der ungewöhnlichen und unverständlichen Redensarten „impassable, Crescentien" u. s. w. gute deutsche und deutliche Ausdrücke. Später befahl er einmal der Kammer, sie solle nicht statt Kohlrüben, Erdtoffeln, Getreideertrag schreiben Wrucken, Cartoffeln, Erdrusch. Ebd., Nr. 261.

es in der Folge noch besser gehen würde. Kein Wunder also, wenn er am 29. Mai 1776 befahl, den Versuch zu erneuern; die Kammer sollte beizeiten mit aller Umsicht ihre Vorkehrungen treffen und die Tuchmacher und anderen Fabrikanten der Provinz zum Besuche der Messe gehörig anweisen [1]).

Einige Tage später reiste Friedrich wiederum nach Westpreußen zur Musterung. Er erledigte wie früher bei dieser Gelegenheit verschiedene Verwaltungsgeschäfte und gab dem Oberpräsidenten außerdem seine Willensmeinung über einige Punkte zu erkennen. Er rügt aufs neue den geringen Obstbau, besonders in den Gegenden an der Netze. Ferner tadelt er es, daß trotz der vielen Seeen in Preußen die Fischerei so schlecht betrieben werde; und wie er sich früher erboten, Gärtner aus der Pfalz kommen zu lassen, so erklärt er sich jetzt bereit, fremde Fischer anzusetzen und ihnen russische Netze zu verschaffen, die sehr gut seien, damit die Fische wohlfeiler werden. „Überhaupt ist es eine vorzügliche Angelegenheit, die Lebensmittel so wohlfeil als möglich zu machen; denn wo dieses ist, da ist auch das Arbeitslohn um so wohlfeiler, und desto mehr Absatz haben alle Waren, indem nach Verhältnis des wohlfeilen Arbeitslohnes auch die Preise aller Sachen geringer gestellt werden können. Die Fische lassen sich auch, wenn sie häufig sind, einpökeln und räuchern und auswärts verkaufen; so kommt dafür noch Geld ins Land."

Letzteres ist ein Hauptbestreben Friedrichs, und er sieht es daher nicht gern, daß aus Polen so viel Holz hereingebracht wird; man solle sich daher Mühe geben, daß der Bedarf im Lande gedeckt werde. Der König befiehlt aufs neue, nur ordnungsmäßig Bäume zu fällen, und wenn ein Schlag völlig ausgehauen worden sei, dann müsse man die Stubben gegen freie Überlassung derselben ausroden lassen, den Platz sofort wieder besäen und zugleich mit Graben und Zaun umgeben, damit das Vieh nicht hineindringen könne.

Auch die Vernichtung der Wölfe mit Fangeisen regt Friedrich

1) Preuß, Urkundenbuch IV, Nr. 50. 230. 239. 336. 346. 425.

besser gewöhnen und mehr mit gutem Willen daran gehen. In Schlesien bei dem dasigen Festungsbau kostet es in Ansehung der Arbeiter gar keine Schwierigkeit, und die Leute sind dort dazu weit williger. Es gereicht solches ja auch zu ihrem eigenen Besten, indem sie dabei einen Haufen Geld verdienen. Man muß sich daher mehr Mühe geben, den hiesigen Leuten das begreiflich zu machen."

Auch nachher beschwert er sich über die Trägheit in Preußen, und er lobt die Rüstigkeit der Schlesier, wo übrigens auch die Vollendung des Festungsbaues notwendiger sich erwies; denn ein vierter Krieg mit Österreich war gewissermaßen nur eine Frage der Zeit. Friedrich der Große hatte bereits den festen Entschluß gefaßt, wenn der letzte Wittelsbacher in München vom Tode fortgerafft werden sollte, der Vergrößerungslust des Wiener Hofes mit den Waffen in der Hand entgegenzutreten.

Berichtigung.

S. 161 muß es in der Überschrift heißen: „**Zollstreitigkeiten**" (nicht **Einführung**) mit Polen.

Zusätze.

Zu S. 474. Der Magistrat von Thorn wandte sich am 23. Februar 1774 wieder an Friedrich den Großen mit der Bitte, daß die zum Territorium der Stadt gehörigen Einsassen ihre Produkte dahin zu Markte bringen könnten. Der König fand das Gesuch der Billigkeit gemäß, fragte zuvor aber noch die Kammer, und obgleich diese nur die Beschwerden inbezug auf Wolle, Häute und Contrebandewaren gegründet fand, befahl ihr doch Friedrich, da der Verkehr mit der Stadt sonst schon ungemein eingeschränkt wäre, es mit derselben nicht so genau zu nehmen, vielmehr „nur ein gewisses Temperament gegen den Mißbrauch, so die Einsassen der quästionierten Güter davon machen könnten", auszumitteln und mit der Stadt zu treffen. Preuß, Urkundenbuch IV, 83. 85; Nr. 173. 178.

Zu S. 489, Anm. 2. Dem Generaladjutanten v. Anhalt gesteht Friedrich am 21. März 1772 im Vertrauen, daß die in Polen befindlichen Kommandos Czettrischen Dragoner- und Zietenschen Husarenregiments hauptsächlich die Ersparung der Fourage im Lande zur Absicht haben. Ebd. V, 163, Nr. 3.

Zu S. 490, Anm. 1. Benoit schreibt am 26. März 1772 an Anhalt: es seien zeither viele Klagen über das Betragen einiger preußischer Detachements in den katholischen Kirchen eingelaufen, als in welche sie dem Vorgeben nach ihre Pferde hereingeführt, die Altäre und die Hostien verspottet und die Kruzifixe herausgeschmissen haben sollen. Benoit bittet, wenn dergleichen je geschehen, wie er doch nicht glauben könne, solche Exzesse auf das schärfste zu verbieten und zu bestrafen. Ebd. V, 168.

Zu S. 505. Die ursprünglichen Grenzen des preußischen A
nennt der König am 6. Juni 1772 (ebd. V, 201): es sollten die G
pfähle und Tafeln gesetzt werden von Rinerkewo (ohne Zweifel R
zewo) gerade auf Bromberg und um das kulmsche Gebiet herum u.

Zu S. 536. Ich habe geschrieben: „Er befahl die Sache näh
untersuchen, damit er dann das Nötige verfügen könnte.“ Genauer
es heißen: Da ein solches Verfahren seiner Absicht keineswegs ents
und Belling dazu nicht ermächtigt war, gab Friedrich dem Ge
adjutanten v. Anhalt, der damals in Polen verweilte, den Auftrag
etwas näher darüber zu erkundigen und die schuldigen Offiziere in
zu setzen. Belling verlor das Kommando in Polen. Ebd. V,
Nr. 6 u. 7.

Druck von Friedr. Andr. Perthes in Gotha.

Druck von Friedr. Andr. Perthes in Gotha.

